

BEDÜRFNIS UND VERNUNFT

**Systematische Überlegungen zum praktischen
Argumentieren im Anschluß an Hegels Rechtsphilosophie**

**Inaugural-Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg**

**vorgelegt von
Siegfried Blasche
aus Sommerfeld/Krs. Crossen**

BEODURFIS UND VERNUNFT

Systematische Überlegungen zur
Angewandten Logik in der Philosophie

Verlag
der
Hochschule
zu Köln

Verfasser:
Siegfried Blum
aus Bonn



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543108_0004

BEDÜRFNIS UND VERNUNFT

**Systematische Überlegungen zum praktischen
Argumentieren im Anschluß an Hegels Rechtsphilosophie**

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



vorgelegt von

Siegfried Blasche

aus Sommerfeld/Krs. Crossen

Tag der mündlichen Prüfung: 31. Mai 1974

Dekan: Universitätsprofessor Dr. Wolfdietrich Fischer

Referent: Universitätsprofessor Dr.Dr.h.c. Paul Lorenzen

Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Manfred Riedel



Vorwort	III
Einleitung	1
1 "Sprache"- "Eigentum". "Person"- "Subjekt". Vorläufige Bemerkungen zur Methode der He- gelschen Rechtsphilosophie	38
Exkurs: Bedürfnis	99
Exkurs: Bildung	105
2 Moralisch relevantes Argumentieren (Be- griffsbestimmung)	110
Exkurs: Ethische Modalitäten	122
3 Vorverständnis und Vorbegriff	126
3.1 Die Gemeinsamkeit des Vorverständnisses	127
3.2 Die Gemeinsamkeit des Vorbegriffs	127
3.3 Der methodische Vorbegriff	135
Exkurs: "Entzweiung" und "Vereinigung"	147
4 Bedürfnisgebundene und interaktionsgebun- dene Praxis	153
Exkurs: Familie	163
5 Die "Eule der Minerva"	188
5.1 "Revolution"	189
5.2 "Philosophie ... ihre Zeit in Gedanken erfaßt"	204
6 Terminologie der Willensbildung	210
6.1 Elementare Termini des Dialogs	212
6.2 Monologische Reduktion	222
6.2.1 Termini des Monologs	222
6.2.2 Hegels monologisches Konzept	223
6.3 Weitere Termini - Noologie	235
6.4 Hegels noologische Terminologie	242
6.4.1 "Freiheit"	249

6.4.2 "Wirklicher Wille"	268
6.4.2.1 "Formen des wirklichen Willens".	270
6.4.2.2 "Inhalt des Willens"	281
6.4.2.2.1 "An sich seiender Wille"	284
6.4.2.2.2 "Für sich seiender Wille"	287
6.4.2.2.3 "An und für sich seiender Wille"	300
6.5 Der an und für sich seiende Wille als Beurteilungsprinzip	309
7 "Moralität"	324
8 Faktische Willensbildung	359
9 Methode	377
Literaturverzeichnis	398

Vorwort

Der Einbezug bedürfnisgebundenen Handelns, der Einbezug näher der Verfolgung von Zwecken, die ihrem Inhalt nach l e t z t l i c h von Natur vorgegeben und ihrer Form nach - wie Hegel sagt - so nur "gesetzt" sind¹⁾, in die praktische Philosophie ist philosophiegeschichtlich erst in der Moderne vollzogen worden. Er ist veranlaßt durch die historisch nachzeichenbare und der "alten Welt" noch nicht eigentümliche V e r a l l g e m e i n e r u n g des bedürfnisgebundenen Lebensvollzugs, die in Hegels Rechtsphilosophie als Definiens der bürgerlichen Gesellschaft - unter dem Titel des "Systems der Bedürfnisse" - zum Thema gemacht wird. Geschichtlich setzt der Verallgemeinerungsprozeß mit dem ausgehenden Mittelalter - in den Städten - ein. Daß in der alten - griechischen-Welt "die dem Bedürfnisse angehörige Besonderheit noch nicht in die Freiheit aufgenommen, sondern an einen Sklavenstand ausgeschlossen"²⁾ gewesen ist, macht deren Differenz zur modernen - bürgerlichen - Welt aus. Letztere wird durch die V e r a l l g e m e i n e r u n g des Lebens definiert, die zum einen den oben angeführten Aspekt betrifft, daß jedermann tendenziell in gleicher Weise die Reproduktion seines Lebens zu leisten hat. Zum anderen besteht sie darin, daß jedermann tendenziell in gleicher Weise sich in einem "Verhältnis" zum Kontext des emphatisch allgemeinen - des politischen - Lebens befindet³⁾. Mit dem Einbezug des bedürfnisgebundenen Lebens in die praktische Philosophie wandelt sich diese zur M o r a l p h i l o s o p h i e im modernen Sinne.

1) Vgl. zum Wortgebrauch unten den Exkurs "Bedürfnis".

2) G.W.F.Hegel, Rechtsphilosophie; In: ders. Sämtliche Werke, hg.v.H.Glockner, Stuttgart-Bad Cannstadt 1927 ff. Bd. VII, S.454.

Die Ethik und Politik des Aristoteles hatte, wenn sie die Frage nach dem, was zu tun sei, stellte, die Wahl der richtigen Lebensform zum Gegenstand. Sie nimmt ihren Ausgang vom Selbstverständnis der Zeit in Bezug auf eine erste Einordnung der Lebensformen und schließt so von vornherein jenes Handeln, das um eines außer ihm selbst liegenden Zweckes geleistet wird - bedürfnisgebundenes Handeln ist Paradigma eines solchen - aus der Betrachtung aus. Diejenigen Lebensvollzüge ($\beta\acute{\iota}\alpha\iota$), die "nicht einmal den Anspruch darauf erheben, als Glückszustände in unserem Sinne zu gelten"⁴⁾, fallen nicht unter die Praxis im emphatischen Sinne ($\pi\rho\acute{\alpha}\xi\iota\varsigma$), Gegenstand des philosophischen Zugriffs sind diejenigen Lebensführungen allein, die dem allgemeinen Verständnis nach zu den "glückvollen" ($\epsilon\upsilon\varphi\rho\acute{\alpha}\iota\sigma\mu\omicron\nu\iota\kappa\acute{\eta}$) gerechnet werden, das Genußleben ($\beta\acute{\iota}\alpha\varsigma \epsilon\pi\alpha\lambda\upsilon\sigma\tau\iota\kappa\acute{\eta}\varsigma$), das politische Leben ($\beta\acute{\iota}\alpha\varsigma \pi\omicron\lambda\iota\tau\iota\kappa\acute{\eta}\varsigma$) und der theoretische Vollzug ($\beta\acute{\iota}\alpha\varsigma \theta\epsilon\omega\rho\eta\tau\iota\kappa\acute{\eta}\varsigma$).⁵⁾

-
- 3) Ich gebrauche den Ausdruck "Verhältnis" hier im Hegelschen Sinne. Er bezeichnet ein Auseandertreten von "Allgemeinem" - hier das politische Leben - und "Besonderem" - hier der bedürfnisgebundene Lebensvollzug und - hier - einen zwar "reflektierenden" oder nur defizienten lebensmäßigen Bezug des Letzteren auf jenes.

In der modernen bürgerlichen Welt ist die Sphäre bedürfnisgebundener Praxis an der Schwelle ihrer geschichtlichen Ausbildung vom politischen Kontext getrennt. Jedermann ist in tendenziell gleicher Weise im absolutistischen Zeitalter vom politischen Entscheidungsbereich, von dem jedermann ja tangiert wird, ausgeschlossen; der Abbau der ständischen Lebensstrukturen führt zur Nivellierung, jedermann wird "Untertan". (Vgl. hierzu etwa die begriffsgeschichtliche Untersuchung M. Riedels in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg.v.O.Brunner, W.Conze, R.Koselleck, Stuttgart 1972, Bd. I, S.672 ff. (Art. Bürger)) Im Zuge der Ausweitung modern bürgerlichen Lebens auch auf den politischen Bereich nimmt das Individuum durch die Medien von Öffentlichkeit und Wahl nur einen defizienten Bezug aufs "Allgemeine".

- 4) Eth. Eud. 1215 a 27 (Übers. Dirlmeier).
 5) Vgl. Eth. Nic. 1095 b 16; Eth.Eud 1215 a 32.

Es liegt nahe, diese Einschränkung des Gegenstandsbereichs praktischer Philosophie auf jenen von Hegel namhaft gemachten Ausschluß des bedürfnisgebundenen Handelns an den Sklavenstand - überhaupt an den Bereich des Oikos allein - zurückzuführen. Praktisch argumentiert wird nur in jenen bedürfnisüberhobenen Vollzügen, und hier gehört dem politischen Kontext der Primat. Die Politik ist jener Praxisbereich, der eines Polisangehörigen lebensmäßig am würdigsten ist; der theoretische Vollzug ist dem Leben im aristotelischen Verständnis, hier knüpft das Mittelalter mit seiner Vorstellung der *vita contemplativa* an, ja schon tendenziell überhoben, ist ihm ja das praktische Argumentieren (metastuflich) nur *e i n e r* seiner Gegenstandsbereiche. Im politischen Leben treten die Oikosdespoten als gleiche einander gegenüber; wenn die Philosophie überhaupt für die hier sich vollziehende Willensbildung/Regeln aufstellt, so betrifft diese Regelung jedenfalls nicht, dem Selbstverständnis der Zeit entsprechend, das bedürfnisgebundene Handeln. Letzteres ist nicht Gegenstand eines praktischen Diskurses, es wird im polisvorgeordneten Oikos unmittelbar durch Herrschaft geleitet. Solange dies Herrschaftsgefüge, sei es durch unmittelbaren Einspruch der Beherrschten, sei es längerfristig durch Situationsveränderung dahingehend, daß die patriarchalische Herrschaftsstruktur disfunktional für die Reproduktion des Lebens wird - eine solche Veränderung liegt in der Aufhebung der Ausschließlichkeit agrarischer Produktion am Ausgang des Mittelalters vor - solange dies Herrschaftsgefüge⁶⁾ nicht in Frage steht, solange besteht auch keine Veranlassung das bedürfnisorientierte Handeln dem praktischen Diskurs zu öffnen.

6) Die Bildung und Auflösung des Herrschaftsgefüges und die Verallgemeinerung (Bildung des Rechts) ist Thema in Hegels Phänomenologie des Geistes im Abschnitt über Herr und Knecht und im Abschnitt über Herr und Knecht in der Philosophie des subjektiven Geistes in der Enzyklopädie Hegels.

Mit der Verallgemeinerung bedürfnisgebundenen Lebens unmittelbar verbunden ist die Auflösung des den Oikos definierenden Herrschaftsgefüges: es kommt zum praktischen Diskurs im Kontext der tradierten Herr-Knecht-Beziehung und schließlich zum sich ausbildenden System der Bedürfnisse, in dem jedermann mit seinen je besonderen bedürfnisbestimmten Zwecken und seinen jeweiligen Inhaberschaften besonderer Handlungsdisposition sich zur Geltung bringt. Der philosophische Reflex auf die Lebensvollzüge integriert diesen Lebensbereich⁷⁾ und bemüht sich um die Fixierung von Regeln fürs praktische Argumentieren zum Zwecke der Ausräumung von Konflikten, die nun allererst a l l g e m e i n im Kontext bedürfnisgebundener Praxis auftreten. Hegels Kapitel über die Moralität in der Rechtsphilosophie schließt in dem Abschnitt über die Absicht und das Wohl - in e i g e n t ü m l i c h e r Form allerdings - an diesen modernen Einbezug⁸⁾ bedürfnisgebundenen Lebens in die

7) Hat die griechische Philosophie das bedürfnisbefriedigende Handeln und das christliche Mittelalter die Arbeit - neben der Politik nun allerdings - im Gefolge der Hochschätzung der vita contemplativa disqualifiziert (Vgl. H.Arendt, Vita activa, Stuttgart 1960), so ist im Spätmittelalter im Bezug auf die Arbeit - auch auf die Politik schon bei Thomas von Aquin, Marsilius von Padua, schließlich bei Machiavelli - eine Umwertung zu konstatieren. Meister Eckhardt durchbricht die mystische Inversion des 12. Jahrhunderts (Bernhard von Clairvaux) - man vergleiche seine Anweisung zum schauenden Leben (in: ders., Schriften und Predigten, hg.u.übersetzt von H.Büttner, Jena 1923, Bd.I, S.71) - ihm ist Arbeit Vorbereitung und notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für einen christlichen Lebensvollzug. Stärker noch in den Vordergrund tritt die Arbeit in der Einschätzung Antonins von Florenz (vgl. W.Sombart, Der Bourgeois, Leipzig-München 1923, S. 310), der zwar - hier wäre die Neubewertung der Arbeit vollzogen - wie M.Weber zu Recht sagt (vgl. M.Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, hg.v.J.Winckelmann, München-Hamburg 1965, S.95), den spezifischen (calvinistischen) kapitalistischen Geist noch nicht repräsentiert - dem Calvinismus ist die Arbeit und deren Erfolg certitudo salutatis - der jedoch der Arbeit eine ethische Rechtfertigung zuteil werden läßt.

praktische Philosophie an. Der Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft in der Rechtsphilosophie hat den Vollzug verallgemeinerten bedürfnisorientierten Lebens zum Gegenstand.

Daß Vernunft im System der Bedürfnisse schon am Werke sei, daß dieses selbst nur besteht aufgrund durch Reden ("Denken") allein hervorgebracht¹er Zwecke, dies ist die Hegelsche These, wenn er der bürgerlichen Gesellschaft "formelle Allgemeinheit" zuspricht. Im bestehenden bedürfnisorientierten Lebensvollzug ist Vernunft in Form von willensmäßiger Übereinkunft schon realisiert. Das abstrakte Recht ist in seiner positiven Geltung und Pflege in der bürgerlichen Gesellschaft das Normengefüge, das die willensmäßige Über⁶einkunft in ihrer Differenziertheit repräsentiert. Die These, daß im bedürfnisbefriedigenden Lebenskontext praktische Vernunft schon realisiert sei - sie war auch im Oikos, wenn auch noch nicht auf der Stufe der Verallgemeinerung präsent - wird von Hegel - und hierin liegt die Eigentümlichkeit seiner Wendung - jedoch verschärft und zwar dahingehend, daß der bestehende f a k t i s c h e bedürfnisbefriedigende Lebensvollzug Vernunft nach Maßgabe einer in der Sache liegenden Einschränkung, nämlich der, daß bedürfnisbefriedigende Praxis insgesamt der letztlichen unhintergehbaren Vorgegebenheit der Zweckinhalte wegen, niemals vollgültig Vernunft zu realisieren in der Lage sei, höchstmöglich

-
- 8) Als Beleg für den Einbezug auch des bedürfnisbefriedigenden Handelns der Menschen in den Kontext der praktischen Philosophie sei eine Stelle aus Kants "Träumen eines Geistersehers" angeführt. Schon im Bedürfnis und in den Formen seiner Befriedigung zeigt sich jenes Allgemeine - der Wille -, zeigt sich Moralität, wenn auch in defizienter Gestalt, defizient - und hier trifft sich Kant mit Hegel - weil die Zweckinhalte letztlich vorgegeben sind. Emphatische Moralität ist nur in einer "Geisterwelt nach pneumatischen Gesetzen" realisierbar. (Vgl. I. Kant, Werke, hg.v.W.Weischedel, Darmstadt 1960, Bd.I, S.943 f.)

schon realisiert habe⁹⁾). Der "Begriff", so könnte man Hegels Terminologie folgend sagen, bedürfnisbestimmten Lebens ist in der bürgerlichen Gesellschaft realisiert, sie ist "Idee", wenn auch - gemessen am "Begriff" praktischer Vernunft, gemessen am "Begriff der Freiheit", den Hegel in der Einleitung zur Rechtsphilosophie als Beurteilungsprinzip für die bestehenden Lebenszusammenhänge formuliert (§ 27) und an dessen vorgeblicher Realisierung im modernen Staat - defiziente "Idee".

In der Vorrede zur Rechtsphilosophie findet sich herausgehoben Hegels Behauptung von der fertiggewordenen Welt. Das geschichtliche Werden hat im modernen Staat seinen Abschluß gefunden, er ist Idee der Freiheit, wie die nachträglich zu seiner Ausbildung hinzutretende Philosophie ("Eule der Minerva") erkennt - die Geschichte selbst ist "Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit" gewesen, n u n ist das Bewußtsein erreicht. Fertig geworden ist jedoch nicht nur der Staat, nicht nur in Bezug auf ihn ist ein gegenwärtige Praxis transzendierendes Handeln und Sollen ausgeschlossen, fertig geworden ist auch jene andere "sittliche" Sphäre - die Familie - u n d die bürgerliche Gesellschaft. In Bezug auf letztere ist mit dem "abstrakten Recht" die Willensbildung abgeschlossen, sie bleibt bestehen, wie sie n u n ist, sie sichert die Subsistenz

9) Eine vollgültige Realisierung ist dann erst erreicht, wenn Vernunft ihr eigener Gegenstand, ihr eigener Zweckinhalt ist, wenn die "Allgemeinheit" - der Wille - einen übergeordneten Zweck - ein Umwillen - nicht mehr an den bedürfnisbestimmten Zwecken der "Besonderheit" hat, sondern selbst der Inhalt seiner selbst wird, wenn die "V e r e i n i g u n g als solche ... selbst der wahrhafte Inhalt und Zweck, und die Bestimmung der Individuen ... ein allgemeines Leben zu führen (ist)". (Rechtsphilosophie, a.a.O., S.329)

der Menschen, hat unter Maßgabe in der Sache liegender Einschränkung "Einheit von Allgemeinheit und Besonderheit" ("formelle Allgemeinheit") erreicht. Und so kann es die Aufgabe einer Moralphilosophie nach Hegel nun nicht mehr sein, Regeln für argumentierende Reden bezüglich von Zwecken bedürfnisbestimmter Provenienz zu formulieren, sind sie ja schon formuliert und werden sie ja schon im täglichen faktischen Leben je aktualisiert.

Für die behauptete Abgeschlossenheit des Bildungsganges der Welt bedarf es eines Kriteriums. Hegel formuliert es als Freiheitsprinzip, als "freien Willen, der den freien Willen will"¹⁰⁾. Eine Praxis hat dann ein "Recht" - ist dann "gerecht" - wenn sie als Realisierung jenes Prinzips, unter Umständen nach Maßgabe von in der Sache liegenden Einschränkungen, rekonstruiert, das heißt "begriffen" werden kann. Das "Eigentum", aus welchem das abstrakte Recht hergeleitet wird, ist "Dasein" des individuellen Willens, der seiner selbst gewiß geworden ist, und zwar des individuellen Willens, insofern er sich auf eine "Sache" bezieht und so kommt ihm, seiner Geltung (im System der Bedürfnisse) und seinem Schutz (durch die Rechtspflege) in der bürgerlichen Gesellschaft ein Recht zu. Die "Subjektivität", wie sie im Kapitel über die Moralität in der Rechtsphilosophie entwickelt wird, ist individueller seiner selbst gewisser Wille, er hat sich als sein "Wohl" und das "Gute" verfolgend selbst zum Gegenstand, so besteht ein "Recht der Subjektivität (Besonderheit)". In der bürgerlichen Gesellschaft wird letzteres Recht - bei Hegel allerdings nur in Bezug auf die elementare Bedürfnisschicht, dies werde ich ausführen - durch Polizei und Korporation gesichert. Und was den Staat betrifft:

10) Vgl. unten Kapitel 6.4.2.2.3 und 6.5

er ist a l l g e m e i n e r Wille, der sich selbst Gegenstand ist und so emphatisch "Idee des Rechts". Am Prinzip so gemessen zeigt sich die Realität vollbracht.

Eine Kritik an Hegel, nimmt sie a u c h das von ihm angegebene Prinzip als verbindlich an, wäre dahingehend zu führen, daß sie nachweist, daß das "Eigentum" n i c h t die höchste Realisierung des individuellen Willens in Bezug auf Sachen ist, daß die bürgerliche Gesellschaft und der Staat nicht das "Recht der Besonderheit" zur Geltung kommen lassen, daß der Staat in seiner faktischen Gestalt nicht vollgültiges Realisat eines freien Willens ist. Die linkshegelianische Kritik hat hier angesetzt.

Mit der These von der Abgeschlossenheit des Bildungsganges der Welt fällt der handlungsanweisende Anspruch praktischer Philosophie, sie hat - wie ich sagen möchte - keine Praxisrelevanz mehr, sie ist n u r Erkenntnis, die um ihrer selbst willen geleistet wird - "absoluter Geist". Sie ist, wie K.Löwith schreibt: "Erinnerung des Gewesenen", und sie wird, fällt jene These durch die Kritik, u m z u w e n d e n sein - die Linkshegelianer haben, wie K. Löwith konstatiert, diese Umwendung des rückwärts begreifenden Verfahrens vollzogen - umzuwenden "in die Richtung eines zukunftsreichen Fortschritts"¹¹⁾. Fällt jene These, dann tritt die Frage, was zu tun sei in der noch nicht fertig gewordenen Welt (Gesellschaft und Staat) im Blick auf deren Vervollkommen, im Blick auf die Realisierung des Hegelschen Begriffs der Freiheit, erneut in die praktische Philosophie, die dann nicht mehr "absoluter", sondern integrierter Bestandteil

11) Vgl. K.Löwith, Die Hegelsche Linke (Einl.), Stuttgart-Bad Cannstadt 1962, S.9.

"objektiven Geistes" ist, ein, ein praxisorientiertes Erkenntnisinteresse leitet die Philosophie von neuem.

Mit dem Fallen der These von der Abgeschlossenheit des Bildungsganges der Welt ergibt sich jedoch in der Hegelschen Philosophie eine Lücke. Ist die Philosophie nicht mehr nur erinnernde Rekonstruktion von schon Geleistetem - hat sie Praxisrelevanz - so ist ihr Gegenstand nicht nur die Rekonstruktion schon zur Idee gewordener Willensbildung, sondern die Willensbildung selbst, die im praktischen Argumentieren sich vollbringt, ist auf ihrem schon faktisch erreichten Stand (faktisch erreichte Transsubjektivität) hin, der noch nicht vollgültig realisierter Begriff ist, zu befragen, und es ist auf die Prinzipien und die Bedingungen einer Realisierung begriffsgemäßer Willensbildung zu reflektieren. Was nach der Umwendung des rückwärts begreifenden Verfahrens im Hinblick auf die "Richtung eines zukunftsreichen Fortschritts" von Hegels Philosophie noch bleibt, in Rücksicht etwa auf die von ihm eingeführte Terminologie, in Hinsicht auf die Prinzipienbestimmung, in Hinsicht auf die Methode, das kann allererst die Diskussion der Texte ergeben.

Die vorliegende Arbeit hat in ihren systematischen Teilen die methodische Kritik und die Explikation von deren Kriterien und die daran anschließende Füllung von sich nach der Umwendung ergebenden Lücken zum Gegenstande. In ihren hermeneutischen Teilen ist ihr Gegenstand die immanent bleibende Rekonstruktion und Interpretation des Gedankenganges der Hegelschen Rechtsphilosophie. Es versteht sich, daß systematische und hermeneutische Teile aufeinander verweisen, daß jener nicht ohne diesen und umgekehrt sich herausbildet. Zugrunde aber liegt dem Ganzen das systematische Interesse an einer Bestimmung praktischen Argumentierens in Hinsicht auf die Beantwortung der praktischen Philosophie traditionell einleitenden Frage, was zu tun sei. -

In der vorliegenden Arbeit beabsichtige ich nicht eine Grundlegung emphatisch moralischer Willensbildung. Ich stütze mich in Bezug auf diesen entscheidenden Bereich einer praktischen Philosophie auf die von P.Lorenzen und O.Schwemmer vorgelegten Arbeiten.¹²⁾ Ich höre so gewissermaßen dort auf, nachdem ich in einem negativen Verfahren die Erforderlichkeit und Problematik einer Grundlegung moralischen Argumentierens aufgewiesen habe, wo die Ethik im strengen Sinne anfängt. Insofern enthält die Arbeit systematische Vorüberlegungen zum moralischen Argumentieren. Die Arbeit rekonstruiert, jene Grundlegung schon im Blicke, die schon faktisch gewordene "Allgemeinheit" (Transsubjektivität) die Hegel in den Abschnitten des Kapitels über die Sittlichkeit vor Augen hat, die er als "Idee" behauptet, insofern enthält sie systematische Nachüberlegungen im Anschluß an eine ausgeführte Grundlegung. Den Begriff im Blicke versucht die Arbeit den Nachweis zu führen, daß die bürgerliche Gesellschaft, die faktisch im Bedürfnisbefriedigungskontext schon realisierte "Allgemeinheit", ebenso wie der Staat, noch nicht sich zur Idee Bedürfnisbefriedigenden bzw. politischen Handelns sich gestaltet hat.

In den Teilen, in denen die Arbeit näher auf die Hegelsche Rechtsphilosophie eingeht, liegt ebenfalls eine Beschränkung vor. Sie diskutiert eingehender diejenigen Kapitel und Abschnitte des Hegelschen Textes, die bislang noch kaum in systematischer Absicht Gegenstand philosophischer Arbeiten gewesen sind. Dies betrifft (1) vor allem die Einleitung zur Rechtsphilosophie, in der die für die weitere Diskussion grundlegende Terminologie und das Prinzip für die Beurteilung des ganzen Gegen-

12) Insbesondere O.Schwemmer, Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1971 und P.Lorenzen/O.Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1973.

standsbereiches eingeführt wird¹³⁾. Auf die Anführung von Sekundärliteratur in Bezug auf die Einleitung habe ich verzichtet, begnügt sich doch das Wenige, was überhaupt vorliegt, mit nur paraphrasierender Assimilation an den Hegelschen Text und Hegelsche Redeweisen¹⁴⁾. Dies betrifft (2) das Kapitel über die Moralität¹⁵⁾, in dem Hegel seine Theorie der Subjektivität entwickelt, wo ich vor allem auf die Arbeiten von Derbola¹⁶⁾ und Ritter eingehe, und dies betrifft (3) den Abschnitt über die Familie. Letzterer Exkurs dient dem Nachweis, daß Hegel eine bestimmte faktisch bestehende Institution normativistisch überhöht, indem er sie als "unmittelbare Sittlichkeit", als Idee bestimmt. Die Kapitel bzw. Abschnitte über das abstrakte Recht, die bürgerliche Gesellschaft und den Staat werden unter Berücksichtigung relevanter Literatur in stärkerem Zusammenhang mit meinen systematischen Absichten und durch sie dann auch beschränkt, wenn auch häufig eingehend, diskutiert. Sie werden nicht gesondert behandelt, sondern ausgewählt jeweils im Kontext der methodischen Entwicklung des Ganzen. Die vorwiegend in systematischer Absicht ausgeführten Kapitel über das moralische Argumentieren, Vorverständnis und Vorbegriff, über Bedürfnis- bzw. interaktionsgebundene Praxis, über die "Eule der Minerva", die faktische Willensbildung und die Methode ergeben sich in ihrer Thematik im Anschluß an jene schon angedeutete Umwendung der Hegelschen praktischen Philosophie auf einen "zukunftsvollen Fortschritt".

13) Vgl. unten Kapitel 6

14) Ich denke hier besonders an die zusammenfassenden Monographien zu Hegels Gesamtwerk (K.Fischer, K.Rosenkranz), in denen auf die Einleitung zur Rechtsphilosophie kurz Bezug genommen wird und an den fortlaufenden Kommentar von E.Fleischmann, La Philosophie politique de Hegel, Paris 1964.

15) Vgl. unten Kapitel 7

Zu danken habe ich zuvörderst Prof.P.Lorenzen. Auf ihn geht die Anregung zur vorliegenden Arbeit zurück, seinem methodischen Anspruch habe ich zu genügen versucht, seine wohlwollende Geduld hat deren Abfassung begleitet. Zu danken habe ich Prof. M.Riedel für seine konstruktive Kritik, mit der er insbesondere meine Vermutungen zu Hegel bedacht hat. Oswald Schwemmer danke ich für seine Ermutigungen. Die gemeinsame Arbeit am Erlanger Philosophischen Seminar war Korrektiv für mein Eigenes. Für ihre Diskussionsbereitschaft danke ich den teils ehemaligen, teils gegenwärtigen Mitgliedern am Erlanger Philosophischen Seminar J.Mittelstraß, P.Janich, R.Hagemann, G. Keil, R.Kötter und W.Degen.

Einleitung

Die deutsche Sprache hält Hegel für die "philosophische Spekulation" für besonders geeignet. Die im Deutschen häufige, sogar lexikalisch feststellbare Mehrdeutigkeit der Wörter, die sogar "entgegen-gesetzte Bedeutung" sein kann - sie ist dem "Ver-stand ... widersinnig"¹⁾ - verrät einen "spekulati-ven Geist" u n d bereitet dem "Denken eine Freu-de".

Die "Philosophie bedarf ... überhaupt keiner beson-deren Terminologie"²⁾.

1) G.W.F.Hegel, Sämtliche Werke, hg. v. H.Glockner (Jubiläumsausgabe), Stuttgart 1927 ff., Bd. IV, S.22. Ich zitiere im folgenden, sofern ich es nicht ausdrücklich anders vermerke, die Werke Hegels nach dieser Ausgabe und zwar unter Angabe des Bandes in römischer und unter Angabe der Seite in arabischer Ziffer. Die Schreibweise werde ich vorsichtig modernisieren. Wörter und Wendungen Hegelscher Provenienz sind im folgenden, sofern ich es nicht ausdrücklich anders vermerke, in Anführungszeichen gesetzt. Gesperrte Ausdrücke sind teils Hervorhebungen, teils zeigen sie die von mir selbst eingeführte bzw. noch einzuführen-de Terminologie an.

2) IV,22. Daß die Philosophie auch Gegenstände zu bestimmen haben könnte, die es im bisherigen sprach-lichen Unterscheidungskontext noch nicht gibt, schließt Hegel aus. Die Begründung bleibt er m.E. schuldig. Eine Begründung ließe sich allenfalls aus seiner Meinung, daß die Philosophie - er ge-braucht hier das Bild der "Eule der Minerva" - sich ausschließlich auf in den Lebensvollzügen selbst schon Vollbrachtes und dort auch schon Prä-diziertes beziehe, gewinnen. Es ist die Meinung Hegels, daß die "Gegenstände der Philosophie" zwar "bekannt", deshalb aber noch keineswegs "erkannt" seien. (Vgl. zur "Eule der Minerva" unten Kapitel 5 und zum Unterschied von "bekannt" und "erkannt"

Die "Philosophie" hat das "Recht" aus der "Sprache des gemeinen Lebens, welche für die Welt der Vorstellungen gemacht ist, solche Ausdrücke zu wählen, welche den Bestimmungen des Begriffs n a h e z u k o m m e n s c h e i n e n"³⁾.

Zur "Sprache des gemeinen Lebens" gehören neben der von jedermann gesprochenen Umgangssprache auch die tradierten bildungssprachlichen Wörter⁴⁾.

Die "Philosophie" übernimmt die schon vorhandenen Wörter nicht unkritisch, sondern wählt diejenigen, die dem "Begriff" von sich aus schon "nahe zu kommen scheinen"; gegebenenfalls wird sie an den Wörtern deren "spekulativen Geist" aufzeigen⁵⁾.

II,33; IV,23; XIX,575.

Ganz anders argumentiert Fichte, für den keineswegs von vornherein auszuschließen ist, daß über die Sache, über die der Philosoph n u n redet, noch nicht gesprochen worden ist. "Erzeuge ich in mir einen neuen Begriff, so bedeutet freilich das Zeichen, wodurch ich ihn f ü r e u c h bezeichne ... etwas Neues, das Wort erhält eine neue Bedeutung, da ihr bisher das Bezeichnete noch gar nicht besessen habt." (J.G.Fichte, Werke, hg. v. F.Medicus, Leipzig 1908 ff., Bd. III, S.247)

3) V,177; vgl. auch den Kontext von VII,40.

4) Hierunter sind auch die Fremdwörter zu zählen, "welche ... durch den Gebrauch das Bürgerrecht in ihr (sc. der Philosophie) erhalten haben".(IV,22) Vgl. auch die Bemerkung zur Einführung des Wortes "Reflexion" IV,492

5) "... es ist die Philosophie selbst, den Begriff dessen zu erkennen, was sonst bloße Vorstellung ist. Es muß daher genügen, wenn der Vorstellung bei ihren Ausdrücken, die für philosophische Bestimmungen gebraucht werden, so etwas Ungeföhres von ihrem Unterschied vorschwebt; ...".(VII,177) Die Philosophie macht häufig die Entdeckung, daß der eigent-

Was heißt es, daß ein Wort nur für die "Welt der Vorstellungen" gemacht ist, und worin besteht jener spekulative Geist, der den "Begriff" im Unterschied zur "Vorstellung" auszeichnet ? Wie ist Hegels Rede von der Mehrdeutigkeit zu verstehen, die allererst ein Wort für genuin philosophische Belange geeignet machen soll ? Was versteht Hegel unter einer Terminologie, deren die Philosophie nicht bedürftig ist ? Was ist jener Verstand, dem die Spekulation widersinnig ist ?

Ich möchte diese Fragen in zwei Schritten beantworten. In einem ersten Schritt (1) werde ich den Unterschied von "Vorstellung" und "Begriff" zu verdeutlichen suchen. Ich werde dabei allerdings Hegel verkürzt interpretieren, da ich auf das Merkmal des vollentwickelten "Begriffs" - auf seine Mehrdeutigkeit - noch nicht zu sprechen komme. Ich werde den Unterschied von "Vorstellung" und "Begriff" als den von methodisch überprüfter und unüberprüfter Rede zu zeigen versuchen, dabei jedoch - wegen der oben namhaft gemachten Einschränkung - nur bis zum "Verstandesbegriff" kommen. Ich werde in einem zweiten Schritt (2) den Versuch machen zur Hegelschen Rede von der Mehrdeutigkeit eine Stellung zu beziehen.

(1) "Vorstellung" und "Begriff"

"Vorstellung" ist in Hegels Philosophie des subjektiven Geistes Oberbegriff zu Erinnerung, Einbildungskraft und Gedächtnis. Sie wird abgehoben von der blo-

lich spekulative Gebrauch der Wörter verloren gegangen ist bzw. zumindest verdeckt ist. Durch die Anwendung ihrer Methode wird er wiedergefunden. Vgl. z.B. VIII,229; II,94; IV,120 f.

ßen an die Präsenz des Gegenstandes gebundenen Anschauung. Sie ist "erinnerte Anschauung"⁶⁾. In ihrer vollentwickelten Gestalt ist sie sprachvermitteltes, von der Präsenz des Gegenstandes, von dessen Erinnerung (reproduzierende Vorstellung) und von der Einbildungskraft (produzierende Vorstellung) freies Gedächtnis⁷⁾.

Der erkenntniskritischen nachkantischen Tradition folgend faßt Hegel die Anschauung subjektiv und theoretisch. Er versteht unter ihr nicht die dem sprachlichen Zugriff je zugrundeliegenden Handlungs-Zweckkontexte, den unmittelbaren und zudem gemeinsamen Lebensvollzug⁸⁾.

Mit der Unabhängigkeit von der Präsenz des Gegenstandes geht jedoch eine gewisse Unsicherheit einher was die Übereinstimmung von Vorstellung einerseits und Anschauung andererseits betrifft. Diese Unsicherheit tritt schon in der bloßen Erinnerung ein, erst recht eignet sie dem sprachlichen Ausdruck. Es ist nicht so ohne weiteres sicher, daß der sprachliche Ausdruck in einer neuen Situation in gleicher Weise verwendet wird, daß andere gleiche Anschauungen bei erneutem Auftreten in gleicher Weise prädiiziert werden, wie bei ihrem ersten Auftreten. Nicht so ohne weiteres sicher ist, schon was die unsprachliche Erinnerung betrifft, daß das erinnerte Bild mit dem Urbild übereinstimmt.

6) X,328

7) X,353

8) In der ersten These über Feuerbach wirft Marx dem bisherigen Idealismus und damit auch Hegel vor, daß er zwar erkannt habe, daß das in der Anschauung gegebene produziert sei - also praxisvermittelt - daß er diese Produktion jedoch nicht als "wirkliche sinnliche Tätigkeit" fasse, das heißt als gemeinsamen Lebenszusammenhang.

Die Unsicherheit wird noch größer, wenn man ein dialogisches Konzept zugrundelegt, wenn man darauf zurückgreift, daß der der Vorstellung zugrundeliegende Lebensvollzug und dessen Prädizierungen g e - m e i n s a m komplementär aneinander geprüft sind. Hier ist die Gemeinsamkeit der Vorstellung, die Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs in Frage gestellt.

Die angeführten Unsicherheiten bergen dann keine besonderen Schwierigkeiten, wenn die Anschauungen jederzeit wiederholt werden können. Diese Wiederholung tritt bei bestimmten Lebensvollzügen - etwa in der elementaren Bedürfnisbefriedigung - häufig unmittelbar ein. Sie kann, zum Zwecke der Sicherung der Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs, häufig auch erneut eingeleitet werden. Diese Wiederholung sichert jedenfalls die Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs u n - m i t t e l b a r. Nur ist diese Sicherung an die unmittelbare Wiederholung bzw. an die prinzipielle Wiederholbarkeit der zugrundeliegenden Anschauung gebunden. Und so ist die Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs im Fortgange der den unmittelbaren Praxisbezug überschreitenden "Bildung" dann nicht mehr unmittelbar gesichert, wenn die Vergewisserung der Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs von anderen s p r a c h - l i c h e n Lehrstücken abhängig ist. Schon dann, wenn die unmittelbare Präsenz der Anschauungen nicht mehr oder noch nicht wieder hergestellt werden kann und dennoch allein mit den schon vorhandenen sprachlichen Mitteln die Gemeinsamkeit des Gebrauchs überprüft werden soll, ergeben sich Unsicherheiten hinsichtlich der Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs. Erst recht ergeben sich diese Unsicherheiten, wenn ein Wort p r i n z i p i e l l nur aufgrund von sprachlichen Leistungen selbst unter Herstellung bestimmter Redesituationen gelernt wird. Hier ist die Sicher-

heit des Gebrauchs erst dann hinreichend ~~gesichert~~, wenn diese Situationen e x p l i z i t zum Zwecke der Einführung und später dann zur Sicherung der Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs hergestellt werden. Die Rekonstruktion des Gebrauchs der letzteren Wörter, die wir in unserem alltäglichen Leben ohne jene explizite Einführung zumeist schon verwenden, ist nichts anderes als die Nachholung solcher expliziten Einführungen zur Sicherung von deren gemeinsamem Gebrauch. Unter die letzteren Wörter fallen z.B. die dialogischen und noologischen Termini, über die weiter unten noch zu reden sein wird.

Die Sicherung unserer Erkenntnis ist von der inter-personalen Überprüfung unserer Sätze abhängig; - hierfür jedenfalls ist die Überprüfung der Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs eine unerläßliche Bedingung.

Eine Rede, die ohne die Kontrolle der in ihr verwendeten sprachlichen Mittel - hierbei insbesondere der Wörter - geführt wird, ist nur "vorstellend", wie man gebrauchssprachlich ja auch in dieser Weise das Wort "Vorstellung" gebraucht, wenn man, des eigenen Wortgebrauchs oder desjenigen einer anderen Person nicht sicher, fragt, ob sie nun eine Vorstellung von der Sache habe.

"Vorstellungen überhaupt können als Metaphern der Gedanken und Begriffe angesehen werden."⁹⁾

"... die Philosophie tut nichts Anderes, als die Vorstellungen in Gedanken zu verwandeln, - aber freilich fernerhin die bloßen Gedanken in den Begriff."¹⁰⁾

Methodisch gesichert - "logisch" - Vorstellungen zu verwenden heißt nun in Hegelscher Terminologie "Denken". Das Denken ist neben Vorstellung und Anschauung die

dritte Gestaltung des "theoretischen Geistes" in Hegels Philosophie des subjektiven Geistes¹¹⁾. Ich habe bislang nur die Stufe methodischer Gesichertheit im Blick, die Hegel dort unter dem Titel "Verstand" zusammenfaßt, die explizite Gebrauchsfestlegung der Prädikatoren. Die Bildung des emphatischen "Begriffs" wird erst unter dem Titel der "Vernunft" abgeschlossen, in der sich allererst die Spekulation in ihrer vollendeten Form realisiert. Auf dieser Stufe werden Hegel zufolge die verstandesmäßig methodisch gegeneinander f i x i e r t e n Prädikatoren aufgehoben und zwar dadurch, daß "Gegensätze in Eins" gedacht werden. Hier kommt dann jene Mehrdeutigkeit ins Spiel, die nach Hegel den Vernunftbegriff auszeichnet.

Für die Gegenstände des gemeinen Lebens, etwa in den unmittelbar bedürfnisbefriedigenden Handlungs-Zweckzusammenhängen, reichen die Vorstellungen. Es bedarf ja, da die Gemeinsamkeit des Gebrauchs der Wörter unmittelbar durch das Leben - die P r a x i s¹²⁾ - kontrolliert wird, keiner gesonderten, auf die sprachlichen Mittel reflektierenden Überprüfung. Diese Überprüfung und explizite Sicherung ist jedoch bei den Wörtern erforderlich, die Gegenstände nur aufgrund gesonderter sprachlicher Leistungen bestimmen. Hier gilt es schon vorhandene und nicht überprüft gebrauchte Wörter auf ihren "Begriff" - das heißt zunächst jedenfalls auch nach Hegel: auf den Verstandesbegriff - zu bringen.

9) VIII, 44

10) VII, 74

11) X, 359

12) Unter P r a x i s - auch Lebensvollzug oder einfach Leben - verstehe ich im folgenden ein z w e c k o r i e n t i e r t e s T u n .

So sind "Begriffe" methodisch gereinigte "Vorstellungen". Man kann unter Einschränkung auf den Verstandsbegriff unter Einsetzung gleichbedeutender Wörter auch sagen: Termini sind explizit eingeführte und in ihrem Gebrauch geregelte Prädikatoren¹³⁾, und das Geschäft der Begriffsbildung betrifft in diesem Sinne nichts anderes als den Aufbau einer Terminologie. Hegel verwendet den Ausdruck "Terminologie" anders. Nach dem Kontext von IV,22 ist eine Terminologie eine Fachsprache, die zur Bestimmung von Gegenständen, die es im gebrauchssprachlichen Unterscheidungskontext bisher noch nicht gibt, gebildet wird.

Die Behauptung, daß die Philosophie keiner besonderen Terminologie bedürfe, schließt die Behauptung ein, daß die Philosophie keinen neuen, über den Unterscheidungskontext der Gebrauchssprache hinausgehenden Gegenstand mehr zu bestimmen habe. Man kann die Behauptung, daß man alle Wörter für die Belange der Philosophie schon habe - als "Vorstellungen" - nur verteidigen, wenn man ein Kriterium dafür zu Verfügung hat, welches denn die "Gegenstände der Philosophie"¹⁴⁾ sind und weiter ein Kriterium für die Abgeschlossenheit dieses Gegenstandsbereichs hat. Ich möchte es bei der Feststellung sein Bewenden haben lassen, daß Hegel meinte an seinem System, an dessen Geschlossenheit, Kriterien dieser Art zur Verfügung zu haben.

Ich habe mir nicht die Aufgabe gestellt, für das ganze Hegelsche System Verständnisvorschläge zu unterbrei-

13) Vgl. zu dieser Bestimmung des Wortes "Terminologie" W.Kamlah/P.Lorenzen, Logische Propädeutik, Mannheim 1967, S. 70 ff.

ten. Es kann unter der eingeschränkten Zwecksetzung der hier angestrebten Einholung Hegelscher Gedanken zum moralischen Argumentieren nur darum zu tun sein, nach einem bestimmten Gegenstand zu fragen. Auskunft über diesen Gegenstand gibt Hegel im ersten Paragraphen der Rechtsphilosophie.

"Die philosophische Rechtswissenschaft hat die Idee des Rechts, (das heißt e.A.) den Begriff des Rechts und dessen Verwirklichung zum Gegenstande."¹⁵⁾

An anderer Stelle sagt Hegel, daß "der Staat ... objektive Wirklichkeit des Rechts"¹⁶⁾ sei. "Idee des Rechts", "verwirklichter Begriff des Rechts" und "objektive Wirklichkeit des Rechts" werden bei Hegel gleichbedeutend verwendet. Der Staat ist die "Idee des Rechts" in ihrer vollendeten Gestalt. So ist der Staat der Gegenstand der Philosophie des Rechts.

Die nähere Bestimmung dessen also, was der Staat ist, ist die Aufgabe der Rechtsphilosophie, die Hegel auch dahingehend formuliert, daß es in dieser "philosophischen Schrift" darum ginge, zu "belehren" (regeln), "wie er (sc. der Staat), das sittliche Universum erkannt werden soll"¹⁷⁾. Mit anderen Worten: Es geht in der Rechtsphilosophie darum, zu normieren, wie über den Staat - näher: über sein Werden und sein Bestehen - geredet werden soll. Sieht man einmal davon ab, daß Hegel behauptet, daß die "Philosophie ...

14) Die Rede von "Gegenständen der Philosophie" stammt aus Hegel. Im strengen Sinne hat die Philosophie nach ihm nur einen, mit der Religion, gemeinsamen, Gegenstand, den letztere als "Gott", jene als das "Absolute" bestimmt. Definiert wird das "Absolute" als "Identität der Identität und der Nichtidentität" (I, 124) oder als "Vereinigung Entgegengesetzter". (IV, 22)

überhaupt keiner besonderen Terminologie" bedürfe, so darf doch die in V,177 erhobene Forderung, die Vorstellungen zum Begriffe zu reinigen, allgemein als die Aufforderung zur Sicherung und Kontrolle unserer Reden über den Staat verstanden werden.

(2) Eindeutigkeit - Mehrdeutigkeit

Elementare Prädikatoren werden unter Bezug auf eine gemeinsame Praxis unter Angabe von Beispielen und Gegenbeispielen eingeführt. Die Gemeinsamkeit des Gebrauchs solcher Prädikatoren ist in den Regel durch Praxis unmittelbar und hinreichend kontrolliert und gesichert. In elementaren Lebensvollzügen, die die Bedürfnisbefriedigung auf einer relativ wenig differenzierten Stufe zum Ziele haben, wird sich das Sprechen weitgehend auf Sätze beschränken, in denen Prädikatoren der eben erwähnten Art vorkommen¹⁸⁾.

Gegenstände werden weiter, und hiermit wird ein für die Lebensdifferenzierung bedeutsamer Situations-transzendierungsprozeß eingeleitet, durch den Zeigehandlungen begleitenden Demonstrator "dies", durch Kennzeichnungen, durch Indikatoren und schließlich durch Eigennamen als **E i n z e l n e** benannt. Durch

15) VII,38

16) XVIII,270

17) VII,35

18) Im normativen Aufbau einer Grammatik ist differenzierter über Prädikatoren zu reden, z.B. über deren aufgrund unterschiedlicher Zweckzusammenhänge sich bildende Unterscheidung in Ding-Handlungs- und Apprädikatoren. Der Verweis auf einige Arbeiten, die diese Fragen betreffen, mag hier genügen. Vgl. neben W.Kamlah/P.Lorenzen, Logische Propädeutik, a.a.O., K.Lorenz, Elemente der Sprachkritik, Frankfurt/M. 1970, H.Schneider, Historische und systematische Untersuchungen zur Abstraktion (Diss.), Erlangen-Nürnberg 1970, insbesondere aber P.Lorenzen/O.Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1973.

die Eigennamen wird es möglich, unabhängig von der Situation selbst, in der die Gegenstände unmittelbar vorhanden sind, über sie zu sprechen.

Die Lebensvollzüge werden durch die Differenzierung der Prädikatoren, insbesondere aber durch die erwähnte Ausbildung von sprachlichen Mitteln, die eine situationsunabhängige Rede erlauben, verfügbar, das heißt durch Reden einleitbar, kontrollierbar, stabilisierbar.

Höherstilisiert arbeitsteilig sich vollziehendes Handeln ist dadurch definiert, daß sich gewisse nicht von allen ausgeführte und damit auch nicht von allen gleichermaßen einsehbare Handlungsdifferenzierungen herausbilden. In einer solchen Situation werden von bestimmten Gruppen Gegenstände als Beispiel und Gegenbeispiel für Wörter verwendet, die für andere Gruppen oder Individuen Beispiel und Gegenbeispiel für andere Wörter gewesen sind. Es werden neue Prädikatoren in nicht allen gemeinsamen Handlungszusammenhängen gelernt. Die Gemeinsamkeit des Gebrauchs ist nicht mehr ohne Weiteres gegeben, nicht unmittelbar.

Im Falle von Verständnisschwierigkeiten werden die miteinander Redenden nach der gegenseitigen Unterrichtung über die jeweils die Einführungssituation bestimmenden Zweckzusammenhänge den Wortgebrauch regeln.

Durch eine erfolgende Regelung werden die Wörter terminologisch bestimmt. Eine solche Regelung erfolgt im alltäglichen Leben zumeist nur ad hoc - bei aktuellen Verständnisschwierigkeiten.

Erst die hochstilisierte ausdrückliche Normierung leistet den terminologischen Aufbau explizit und nach Maßgabe vollständig - w i s s e n s c h a f t l i c h ¹⁹⁾.

Durch die terminologische Fixierung wird nachträglich zu seiner Praktizierung das Präzisieren selbst als in Befolgung von Regeln schon geleistet verstehbar oder genauer als regelgemäß. Sie macht gewissermaßen das Prinzip explizit, dem die Einföhrungspraxis selbst schon gemäß gewesen sein muß, wenn überhaupt ein sprachliches Mittel zur Verfügung gestellt worden ist.

In dieser auf Eindeutigkeit angelegten Festlegung des Gebrauchs der Prädikatoren sieht Hegel nun die Leistung des verstandesmäßigen "Denkens" oder kurz: des "Verstandes".²⁰⁾ Durch die Fixierung des Wortge-

19) Prädikatorenregeln haben im elementaren Falle die Form $x \in P \Rightarrow x \in Q$ (lies: Wenn jemand $x \in P$ behauptet, dann greife nicht $x \in Q$ an!). Durch Prädikatorenregeln dieser Form wird ein System von Über- und Unterordnung der Prädikatoren begründet. Q ist genereller als P . Gilt umgekehrt auch $x \in Q \Rightarrow x \in P$, dann, so soll gesagt werden, stellen P und Q den gleichen Begriff dar oder sie bedeuten dasselbe. Hat die Regel die Form $x \in P \Rightarrow x \in Q$ (lies: Wenn jemand $x \in P$ behauptet, dann behaupte nicht $x \in Q$!), dann soll von einem k o n t r ä r e n G e g e n s a t z gesprochen werden. Gilt zusätzlich noch $x \in Q \Rightarrow x \in P$, dann soll von einem k o n t r a d i k - t o r i s c h e n G e g e n s a t z gesprochen werden. Regeln von der Form $x \in P \Rightarrow x \in Q$ können als Anweisungen verstanden werden: Verwende bei Bedarf d i e Gegenstände, an denen du P gelernt hast, auch als Beispiel für Q ! Regeln von der Form $x \in P \Rightarrow x \in Q$ können verstanden werden als: Verwende bei Bedarf d i e Gegenstände, an denen du P gelernt hast, als Gegenbeispiel für Q !

20) "Der Verstand ist das denkende Bestimmen überhaupt und das Festhalten in gedachten Bestimmun-

brauchs gegeneinander wird der Verstandesbegriff gewonnen.

Durch den Verstand wird nach Hegel der Kontext bedürfnisgebundener differenzierter Praxis bestimmt. Er leistet die Mittel- und Zweckdifferenzierung und hat in deren Hervorbringung ein weitgespanntes Betätigungsfeld, das keine Grenze hat und ist so "schlechte Unendlichkeit"²¹⁾. 7

In der "bürgerlichen Gesellschaft" ist die "Befriedigung des Bedürfnisses ... auf eine feste und allgemeine Weise" der Zweck des Handelns²²⁾. In der bürgerlichen Gesellschaft hat so der Verstand seine Betätigungsfeld par excellence. Der Verstand ist bei der Vervielfältigung und Differenzierung der Mittel und der Bedürfnisse am Werke²³⁾, weil er "Unterschiede auffaßt"²⁴⁾. Im Zusammenhang der bedürfnisbefriedigenden Praxis ist es das verstandesmäßige Denken, das sich stabilisierend auf das gelei- stete Handeln auswirkt. Und der Verstand bildet auch die Zwecke selbst.

gen"(III,212) "Der V e r s t a n d b e -
s t i m m t und hält die Bestimmungen fest ..."
(IV,17) "Das Denken nur e n d l i c h e Be-
stimmungen hervorbringend und in solchen sich
bewegend heißt V e r s t a n d im genaueren
Sinne des Wortes."(VIII,97) "Das Denken als
V e r s t a n d bleibt bei der festen Bestimm-
theit und der Unterschiedenheit derselben gegen
andere stehen; ein solches beschränktes Abstrak-
tes gilt ihm als für sich bestehend und seiend."
(VIII,185) "Es ist aber ... Tat des Denkens
und zwar des Verstandes, einen Gegenstand, der
in sich ein konkreter, reicher Inhalt ist, zu
einer einfachen Vorstellung (wie Erde, Mensch,
oder Alexander der Große und Cäsar) zu machen
und mit einem Worte zu bezeichnen, als dieselbe
aufzulösen, die darin enthaltenen Bestimmungen
ebenso in der Vorstellung zu isolieren, und ihnen
besondere Namen zu geben." (XI,107)

21) VII,275

22) X,408

Es macht die "Bildung", die von Hegel an den V e r -
s t a n d gebunden wird, aus²⁵⁾, daß sich die Indi-
viduen zu Zwecken ihrer Bedürfnisbefriedigung zusammen-
schließen und diesen Zusammenschluß als ein Mittel
zur Erfüllung der ihnen je individuell zukommenden
bedürfnisbestimmten Zwecke verstehen. Es macht die
"Bildung" aus, daß die Menschen lernen, ihren "Trie-
ben" nicht einfachhin nachzugeben und unter Erwägung
ihrer durch den Verstand nach Über-und Unterordnung
strukturierten Zwecke zu b e g e h r e n. Es macht
die "Bildung" aus, daß die Individuen aufgrund eines
Tat-Wirkungswissens lernen, "absichtlich"²⁶⁾ zu han-
deln. Die Befolgung des Realisierbarkeitspostulats,
daß das Wollen von einer Reflexion auf das Können
begleitet werden sollte, ist das Ergebnis der Bil-
dung des Verstandes.

Der Verstand dient so in einem ersten Schritt der
Stabilisierung und Differenzierung bedürfnisgebun-
dener Praxis. Er macht die Menschen von ihrer "er-
sten Natur" " f r e i". Hierdurch ist er einerseits
gerechtfertigt²⁷⁾. Er wird zum zweiten durch sei-
ne "sittlichen" Wirkungen gerechtfertigt. Durch ihn
nämlich werden die Menschen, indem sie auf ein
"Ganzes der Befriedigung" schauen, zu ersten Ge-
meinsamkeiten²⁸⁾ bezüglich auszuführender Handlungen

23) Vgl. unten den Exkurs "Bedürfnis"

24) VII,273

25) Vgl. unten den Exkurs "Bildung"

26) Vgl. VII,177 f.; vgl. unten die Rekonstruktion des
Kapitels über die "Moralität" in der Rechtsphiloso-
phie.

27) Dies ergibt eine Anwendung des Rechtfertigungsprin-
zips (s.u.) aus § 27 (VII,78) der Rechtsphiloso-
phie auf den Kontext bedürfnisgebundener Praxis.
Vgl. VII,270 ff.

und zu erfüllender Zwecke gebracht. Der Verstand macht die Handlungen, da konsistent auf gleichbleibende Zwecke ausgerichtet, allererst einer verstehenden und erst recht einer begreifenden Betrachtung zugänglich. Erst ein rational gewordenes Handeln ist verstehbar, denn wenn sich die Zwecke permanent wandeln, wie sollten ihnen Handlungen, die dem Deutenden vorliegen, die ja vielfältige Wirkungen und Folgen zeitigen, adäquat zugeordnet werden.

Hegel fordert den Philosophen dazu auf, das verstandesmäßige Vorgehen zu transzendieren. Die Gegenstände "vernünftig", das heißt zumindest nicht einseitig in Hinsicht auf bestimmte, durch das praktische Interesse vorgegebene Zwecke hin, zu betrachten, heißt, sie in ihrer Ganzheit von Bezügen zu bestimmen. Dabei kommt nach Hegel der Philosoph nicht umhin, auch durch den Verstand in ihrem Gebrauch gegeneinander geregelte Prädikatoren zur Bestimmung eines und desselben Gegenstandes zu verwenden. Einen Gegenstand - und Hegel denkt in der Rechtsphilosophie insbesondere an den Staat - "vernünftig" zu bestimmen, heißt ihn als "Vereinigung Entgegengesetzter" zu denken. So arbeitet die bedürfnisgebundene Praxis selbst mit "Verstandesbegriffen". Der philosophische Zugriff dagegen, die "vernünftige" Betrachtung etwa des "Systems der Bedürfnisse", zeigt, daß in ihm eine "Vereinigung Entgegengesetzter", von "besonderem" und "allgemeinem Willen" des näheren, vorliegt.

"Ferner pflegt nun aber gesagt zu werden, der Verstand dürfe nicht zu weit gehen, und darin liegt

das Richtige, daß das Verständige allerdings nicht ein Letztes ... ist ... Es ist die Weise der Jugend, sich in Abstraktionen herumzuwerfen, wohingegen der lebenserfahrene Mensch sich auf das abstrakte Entweder - oder nicht einläßt, sondern sich an das Konkrete hält."²⁹⁾

Hegel behauptet also, daß der Philosoph, der frei von besonderen Zwecksetzungen ist und nur der Erkenntnis lebt, zur Bestimmung der Gegenstände mehrdeutige Wörter, ja sogar solche von verschiedenen einander entgegengesetzten Bedeutungen brauche. Gegenstände werden vernünftig nicht durch Unterscheiden und Identifizieren allein, sondern zugleich durch Aufheben³⁰⁾ dieser Unterschiede in "Einer Tätigkeit"³¹⁾ "erkannt". Vom "Resultat der Spekulation"³²⁾ her zeigt sich die Erforderlichkeit, durch "mehrdeutige" Wörter oder durch das "In-Eins-Setzen" mehrerer Wörter von entgegengesetzten Bedeutungen³³⁾, letzteres kann ja nur heißen, durch Definition mit konträren oder gar kontradiktorischen Gliedern, zu bestimmen.

"Es ist der reine Wechsel, oder die Entgegensetzung in sich selbst, der Widerspruch zu denken."³⁴⁾

Diese Forderung, "Entgegengesetztes in Eins" zu denken, hat in der nachhegelschen Tradition teils völliges Unverständnis, teils auch unreflektierte und unmittelbare Assimilationen an den Hegelschen Sprachgebrauch zur Folge gehabt. Eine kritische Arbeit zu Hegel sollte nicht verfehlen, zu diesen Behauptungen eine Stellung zu beziehen. Ich möchte sie

29) VIII, 189 30) "Aufhebung" selbst ist ein mehrdeutiges Wort.

31) VIII, 435 32) Diese Wendung IV, 22

33) Nach der "Logischen Propädeutik" (a.a.O.) ist die Mehrdeutigkeit Signum unkontrollierten Redens. "Die-

in zwei Schritten erarbeiten. Ich möchte in einem ersten Schritt (a) die Berechtigtheit dieser Behauptung und die Forderung in der angegebenen Weise zu verfahren, nicht in Frage stellen und aus den vorliegenden Hegelschen Texten - gewissermaßen Hegel-immanent - eine Legitimation für ein anderes, als jenes "spekulative" Vorgehen, wenigstens was den Anfang des philosophischen Redens betrifft, beziehen. Ich möchte in einem zweiten Schritt (b) die Gründe skizzieren, die Hegel m.E. dazu veranlaßt haben, eine derartige Behauptung und Forderung aufzustellen, um von hier aus eine systematische Begründung für ein anderes als das Hegelsche Vorgehen - was jedenfalls das mehrdeutige Reden betrifft - zu gewinnen. M.E. geht nämlich nichts Wesentliches von den Intentionen Hegels, in Bezug auf die "objektive" Geistphilosophie jedenfalls, verloren, wenn man darauf verzichtet, die in Frage stehenden Gegenstände mehrdeutig zu definieren.

(a) Hegel gibt in Bezug auf eingeschränkte Zwecksetzungen, für Kontexte, in denen - wie im bedürfnisgebundenen Handeln - ein bestimmter Zweck gesetzt ist, dem Verstand sein Recht. Aber "... auch in solchen Gebieten und Sphären der Betätigung, die nach der gewöhnlichen Vorstellung dem Verstand am

se Mehrdeutigkeit wird ... durch die ausdrückliche Vereinbarung von Termini von vorn - her ein vermieden, und dies auch dann, wenn diese Normierung zunächst nichts anderes ist als die exemplarische Einführung der Termini. Wir sagen daher von Termini im Unterschied zu Gebrauchsprädikatoren: Sie sind kontextunabhängige oder kontextinvariante Elemente einer wissenschaftlichen oder philosophischen Sprache. (W.Kam-lah/P.Lorenzen, a.a.O., S.71 f.; vgl. auch ebda S.68 die Bemerkungen zum Entstehen von Mehrdeutigkeit.)

fernsten zu liegen scheinen, (darf) dieser gleichwohl nicht fehlen ... und in dem Maße, als dies der Fall ist, (muß) solches als ein Mangel betrachtet werden ... dies gilt namentlich von der Kunst, von der Religion und von der Philosophie ... Zum Philosophieren gehört vor allen Dingen, daß ein je - der Gedanke in seiner vollen Präzision (Sperrung von mir) aufgefaßt wird, und daß man es nicht bei Vagem und Unbestimmtem bewenden läßt."³⁵⁾ Wie auch sollte man philosophisch "Entgegengesetztes in Eins" denken, wenn man nicht zuvor die Bestimmungen als entgegengesetzte hätte. -

Vom "Resultat der Spekulation" weiß Hegel³⁶⁾, daß das begreifende Bestimmen durch die Überwindung der durch den Verstand fixierten Gegensätze ausgezeichnet ist.³⁷⁾ Nicht folgt daraus, daß man, sieht man sich zur Bestimmung von Gegenständen durch einander entgegengesetzte Bestimmungen veranlaßt, nur vermeintlich "spekulativ" verfahren ist³⁸⁾. Auch folgt nicht, daß man nicht überprüft geredet hat oder gar, daß es einen derartigen Gegenstand gar nicht gibt - letzteres eine Folgerung, die der Skeptizismus³⁹⁾ zieht. Sondern es folgt, daß das Bestimmen der Gegenstände eben gerade darin besteht, durch Entgegensetzung zu identifizieren, vom Gegenstände zu sagen, er sei "an ihm" selbst ent-

35) VIII,188 f.; vgl. auch VIII,140 über "Erkennen (als e.A.) bestimmendes und bestimmtes Denken".

36) IV,22

37) "Der Verstand bestimmt und hält die Bestimmungen fest; die Vernunft ist negativ und dialektisch, weil sie die Bestimmungen des Verstandes in Nichts auflöst; sie ist positiv, weil sie das Allgemeine erzeugt, und das Besondere darin begreift." (IV,17)

38) Vgl. die Bemerkung VII,141 Zus. 39) Vgl. IV,488

gegengesetzt. Dies "Resultat der Spekulation" ist dem "Verstand ... widersinnig".

Es ist nun die Frage zu stellen, wie denn überhaupt eine philosophische Argumentation in Gang kommen soll, wenn doch erst an deren Ende bestimmbar wird, nach welchen methodischen Regeln sie hätte geführt werden sollen. Es kann demjenigen, der es bislang in seinem Leben mit eindeutig bestimmten Zwecksetzungen zu tun hatte, in Hinsicht auf die er die Wörter zu gebrauchen gelernt hat, nur ein übler Trick sein, mit mehrdeutigen Wörtern, die durch einander konträr oder gar kontradiktorisch gelernte Wörter definiert werden, bei der Bestimmung *e i n e s* und *d e s s e l b e n* Gegenstandes konfrontiert zu werden. Gerade dies, die Definienda in Eins zu denken, vermag er aufgrund seiner bis dahin verbindlichen Lernsituation nicht. Die Frage, die sich stellt, lautet: Macht die Lehre selbst des philosophischen Redens schon von derartigen mehrdeutigen Wörtern selbst Gebrauch ?

Auf diese Frage geht Hegel in der Vorrede zur "Phänomenologie des Geistes" ein. Er erkennt dort die "Forderung des Bewußtseins, das zur Wissenschaft hinzutritt", nach einer "verständigen Form der Wissenschaft" als "gerecht" an.⁴⁰⁾

"Der Anfang der Philosophie macht die Voraussetzung oder Forderung, daß das Bewußtsein sich in diesem *E l e m e n t e* befinde (dem philosophischen Erkennen e.A.) ... Die Wissenschaft (bei Hegel synonym mit Philosophie e.A.) verlangt von ihrer Seite an das Selbstbewußtsein, daß es in diesen Äther sich erhoben habe, um mit ihr und in ihr leben zu können und zu leben. Umgekehrt hat das Individuum das Recht zu fordern, daß die Wissenschaft ihm die Leiter wenigstens zu diesem Standpunkte reiche, *i h m i n i h m s e l b s t* (Sperrung von mir) denselben aufzeige ... Daß das natürliche Bewußtsein sich der Wissenschaft unmit-

40) EL, 19. §. 9

telbar anvertraut, ist ein Versuch, den es, es weiß nicht von was angezogen macht, auch einmal auf dem Kopfe zu gehen; der Zwang diese ungewöhnliche Stellung anzunehmen und sich in ihr zu bewegen, ist eine unvorbereitete als unnötig scheinende Gewalt, die ihm angemutet wird, sich anzutun."⁴¹⁾

"... das Verständige ist das schon Bekannte und das Gemeinschaftliche der Wissenschaft und des unwissenschaftlichen Bewußtseins, wodurch dieses unmittelbar in jene einzutreten vermag."⁴²⁾

Wenn Hegel weiter sagt, daß die "verständige Form der Wissenschaft ... der Allen dargebotene und für Alle gleichgemachte Weg zu ihr"⁴³⁾ sei, so heißt dies, daß es für denjenigen, der nur verständig zu reden gelernt hat, nur die Möglichkeit gibt, sich durch den Verstand bis zu jener spekulativen Vernunft heraufzubilden. Analog verhält es sich auch mit dem Übergang von der methodisch unkontrollierten zur methodisch kontrollierten Rede, von der "Vorstellung" zum "Verstand". Auch hier ist dem unmethodisch Redenden mit seinen ihm schon geläufigen Mitteln die Erforderlichkeit eines methodischen Vorgehens erst einsichtig zu machen.

Die in der Hegelinterpretation häufig gestellte Frage nach der Stellung der Phänomenologie des Geistes als der Darstellung des "Werden(s) der Wissenschaft überhaupt oder des Wissens"⁴⁴⁾ hat hier ihren Ort.⁴⁵⁾

Hegel hat in der Phänomenologie des Geistes den Bildungsprozeß des "unwissenschaftlichen Bewußtseins

41) II, 28 f. 42) II, 20 43) II, 19 44) II, 30

45) Vgl. dazu die zusammenfassende Darstellung bei H.F.Fulda, Das Problem einer Einleitung in Hegels Wissenschaft der Logik, Frankfurt/M. 1965 und die Besprechung zu diesem Buch von R.K.Maurer, Der fast integrierte Hegel. In: Philosophische Rundschau Jg. XIV, S. 208 ff.; vgl. zu diesem Problem auch J. Habermas, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M. 1968, S. 14-35

zur Wissenschaft" dargestellt. Gegenstand der Phänomenologie des Geistes sind die Erfahrungen, die im Rekurs auf das eigene Tun derjenige macht, der sich zur Wissenschaft noch nicht heraufgebildet hat⁴⁶⁾. Diese Erfahrungen sind dem Anspruch nach

-
- 46) J. Hoffmeister zitiert in seiner Einleitung zu der von ihm besorgten Ausgabe der Phänomenologie Hegel unvollständig, wenn er anführt, daß die Phänomenologie nicht etwa "eine Anleitung des unwissenschaftlichen Bewußtseins zur Wissenschaft sei" (G.W.F.Hegel, Phänomenologie des Geistes, Hamburg 1952, S.XV). Bei Hegel steht (vgl. II,30), daß das in der Phänomenologie dargestellte "Werden der Wissenschaft" ... "nicht das sein (wird), was man zunächst unter einer Anleitung des unwissenschaftlichen Bewußtseins zur Wissenschaft sich vorstellt" (Sperrung von mir). Mit der Hoffmeisterschen Behauptung wäre der von mir als Beleg angezogene Kontext von II,19 f. und II,28 ff. nicht interpretierbar, wo es doch nach Hegel gerade darum geht, die "Aufgabe, das Individuum von seinem ungebildeten Standpunkte aus zum Wissen zu führen ... in ihrem allgemeinen Sinn zu fassen ..." (II, 30). Für denjenigen, der die Wissenschaft erst noch zu lernen hat, ist die Phänomenologie nichts anderes als ein Lehrstück, das ihn zur Philosophie erst noch bringen soll; mag sie immerhin für denjenigen, der "wissenschaftlich" sich den Gegenständen schon zu nähern vermag, auch selbst zur Wissenschaft schon zu zählen sein.

"Recht des Verstandes" ist das Recht eines in bestimmter Weise "gebildeten Bewußtseins" gelehrt zu bekommen, was es noch nicht kann und zwar mit den ihm schon geläufigen Wörtern und unter Hinweis auf eine Praxis, die auch die seine schon ist oder die doch als die seine hergestellt werden kann. So ist die Phänomenologie des Geistes auch als eine Vorbereitung zur genuin philosophischen Rede verstehbar. Beispiel hierfür ist etwa der Abschnitt über die "sinnliche Gewißheit". Soll doch hier derjenige, der aufgrund einer gewissen Einübung schon in den Gebrauch von sprachlichen Mitteln meint, sich einer Sache sicher zu sein, in eine Dialektik verstrickt werden, in einen Bildungsprozeß, in dem ihm in des Wortes wahrer Bedeutung "Hören und Sehen" vergeht.

in einer methodischen Reihenfolge strukturiert und geordnet.

Da Hegel selbst die Forderung, der Wissenschaft - wenigstens zunächst einmal - eine verständige Form zu geben als gerecht anerkennt, er selbst, das zeigen die Schwierigkeiten, die die Lektüre seiner Texte bereitet, ist dieser Forderung nicht nachgekommen, wenn er sogar betont, daß mit der verständigen Be-

Es geht mir darum, zu zeigen, daß Hegel den Versuch, mit Mitteln verständiger Rede, so sie nur konsequent genug geführt wird, sich zunächst einmal der Philosophie zu nähern, für legitim, ja sogar, weil dadurch allererst die Momente der Gegenstände gegeneinander bestimmt werden, für erforderlich hält. Jedenfalls gilt dies noch für die Phänomenologie (1807). Die Enzyklopädie (1817) beginnt sogleich mit Sätzen über das Absolute, ohne sich, und sei es auch nur versichernd, noch darum zu kümmern, ob es jemanden gibt, der mit der mehrdeutigen Rede, mit mehrdeutigen Wörtern, etwas anzufangen weiß.

Die Phänomenologie ist als Lehrstück nicht dialogisch in dem Sinne konzipiert, daß ein gemeinsamer Bildungsprozeß zur Wissenschaft zur Darstellung käme. Es fällt das einseitige, bis zum Ende sich durchhaltende Lehrer-Schülerverhältnis auf. Der Lernende gerät, häufig sogar aufgrund einer Verführung durch den Lehrer, stetig in eine Ausweglosigkeit der Bestimmungen, während der Lehrer stets von neuem mit Vorschlägen, doch das Gegensätzliche in Eins zu denken, Wege aus dem Labyrinth zeigt. Es ist n i c h t der gemeinsame Rede-Handlungskontext, der die Auswege eröffnet; es ist auch nicht eine individuelle Erfahrung des "unwissenschaftlichen Bewußtseins", die es allein mit sich selbst macht und durchhält. Es bedarf der Führung. Das unwissenschaftliche Bewußtsein von sich aus würde kaum weiterkommen, denn es macht zwar Erfahrungen, die es aber "ebenso immer wieder vergißt", und es fängt die "Bewegung von vorne an" (II,89).

Es ist so, daß gewissermaßen der Lehrer, sich erinnernd, der Wissenschaft eine verständige Form gibt, gleichwohl behauptend, damit ihr, die sich

stimmung allererst die Momente, die dann in Eins zu denken sind, herausgearbeitet werden, dann ist es jedenfalls erlaubt - den Hegelschen Text im Blicke - gewissermaßen zur Sache selbst überzugehen und v e r s t ä n d i g zu reden. Die Erforderlichkeit eines mehrdeutigen Bestimmens müßte sich, bestimmt man nur konsequent und überprüft genug, von selbst ergeben.

(b) Welche sind die Gründe, die Hegel zu der Behauptung bringen, daß Gegenstände philosophisch zu bestimmen heißt, sie mehrdeutig zu bestimmen ?

Die Philosophie ist nach Hegel ein Reflexionsvollzug, dessen Zweck die Erkenntnis ist - Philosophie ist Erkenntnis, die keinen außer ihr selbst liegenden Zweck hat. Philosophie ist neben Kunst und Religion Gestaltung des "absoluten Geistes".

genuin ja der Vernunftbegriffe zu bedienen hätte, keine ihr fremde Gewalt anzutun, vielmehr gerade in der verständigen Form der Explikation, im Auseinanderlegen und Bestimmen für den Lernenden, die Momente, die in Eins gedacht das Absolute bestimmen, selbst erst zu fixieren. All dies bleibt dem Lernenden zunächst unverstänlich, denn es fällt ihm schwer, Gegensätzliches in Eins zu denken und zu verstehen, daß der Weg zur Wissenschaft zugleich schon diese selbst und auch wieder nicht sie sei, wie Hegel in der angezogenen Stelle aus der Phänomenologie versichert. Für den Beobachter dieser Lehr- und Lernsituation fällt die "Halbherzigkeit" der Phänomenologie auf, von der Habermas (Erkenntnis und Interesse, a.a.O., S.18) spricht: daß nämlich einerseits die Erkenntnis des Absoluten als gegeben unterstellt wird - die philosophische Art zu reden also schon leitet - daß jedoch andererseits die Phänomenologie an eine solche Erkenntnis erst noch heranzuführen soll.

"Geist": Der Ausdruck "Geist" ist methodisch zu Zwecken der D e u t u n g von Handlungen einzuführen. Er dient traditionell der Unterscheidung genuin menschlicher Tätigkeiten von bloß natürlichen Gegebenheiten. Wir sprechen einer Gruppe ("objektiver Geist") oder einem Individuum ("subjektiver Geist") dann Geist zu, wenn wir einen tätigen Vollzug dieses Individuums oder der Gruppe als zu bestimmten Zwecken geleistet - als H a n d - l u n g - deuten können. Wir sprechen dann von einem geistigen Gebilde, wenn wir einen vorliegenden Sachverhalt durch eine Deutungsleistung als Handlung bzw. Handlungswirkung rekonstruieren können. Wir fragen z.B. nach G e i s t, wenn wir einen Sachverhalt daraufhin befragen, inwieweit er Realisierung oder Realisat von zugrundeliegenden Normen ist. Wir fragen nach N a t u r, wenn wir einen Sachverhalt als aufgrund von Gesetzen ablaufend bzw. entstanden zu erklären suchen. Wir haben ein geistiges Gebilde vor uns, wenn wir einen Sachverhalt v e r s t e - h e n, ein natürliches, wenn wir ihn e r k l ä r e n.

Hegel reifiziert den Ausdruck "Geist", indem er von ihm wie von einem vorfindlichen Sachverhalt spricht. Er macht nicht deutlich, daß die Rede von Geist - wie auch die von Natur - von den Methoden der Theoriebildung (im allgemeinsten Sinne) abhängig ist, mit denen wir uns einem Sachverhalt nähern. Die Rede von Geist oder Natur ist, wie man im Anklang an die neukantianische Schule um Rickert und Windelband sagen kann, davon abhängig, ob wir uns einem Sachverhalt mit einem wertideen - oder gesetzesorientierten Erkenntnisinteresse nähern. Nicht gibt es h i e r geistige und d o r t natürliche Gebilde, und wir gehen d a n n mit, je nach Gegenstandsbereich, unterschied-

lichen Methoden an diese Gebilde heran. Ein und derselbe Sachverhalt ist unter Umständen erklärbar und verstehbar. Können wir einen Sachverhalt überhaupt nicht verstehen, sondern nur erklären, dann sagen wir, daß wir über ein rein natürliches Gebilde reden. Können wir einen Sachverhalt überhaupt nicht erklären, sondern nur verstehen, dann haben wir ein rein geistiges Gebilde vor uns. So ist etwa auch Hegels Rede von Natur zu rekonstruieren. Die Philosophie der Natur ist die Zusammenfassung der Reden über nur erklärbare Sachverhalte.

Ein Tun ist "objektiv" geistig dann, wenn es als aufgrund von g e m e i n s a m e n Reden zustandegeworden - hervorgebracht - gedeutet werden kann. Historische Abläufe sind ebenso, wie die gegenwärtig bestehenden Institutionen - letztere sind Gegenstand der Rechtsphilosophie - "objektiv" geistige Gebilde. Die "Realisierung" "objektiven Geistes" ist die Geschichte. Die Philosophie erkennt, daß sich in der Geschichte "objektiver Geist" realisiert. Sie ist das Wissen um die Gestaltungen des Geistes.⁴⁷⁾ Als Rechtsphilosophie etwa rekonstruiert sie gemeinsame Zwecke, die bestimmten gegenwärtig geübten Handlungsweisen zugrundeliegen u n d beurteilt sie auf ihr "Recht" - ihre Gerechtigkeit - hin. Als Geschichtsphilosophie rekonstruiert sie das Werden der jetzigen Zustände, indem sie sie als fortschreitende Realisierung gewisser gemeinsamer Zwecke und als ein Fortbilden dieser Zwecke selbst deutet.

Deutungsleistungen sind selbst als geistige Gebilde zu rekonstruieren. Die Philosophie rekonstruiert bestimmte Gebilde als geistige und bestimmt sich selbst - in einer Selbstdeutung - als ein geistiges Gebilde.

47) Vgl. X, 446

"Der Begriff des Geistes hat seine Realität im Geist."⁴⁸⁾

So ist die Philosophie (1) "Philosophie der Natur", indem sie nur erklärt und den Gegenstandsbereich ausgrenzt, der sich Verstehensleistungen prinzipiell entzieht. Sie ist (2) "Philosophie des Geistes", indem sie nur versteht und den Gegenstandsbereich ausgrenzt, der sich gegen Erklärungen sperrt. Hierin ist die Geistesvergegenwärtigung. Sie ist (3) "Philosophie der Kunst" und "Philosophie der Religion", indem sie andere - defiziente - Formen der Geistesvergegenwärtigung ("Weltanschauung" - Kunst; "Weltvorstellung" - Religion) deutet und begreift. Sie ist (4) Philosophie ihrer selbst oder anders: Methodenlehre ("Logik"), indem sie sich selbst als geistiges Gebilde deutet und begreift. In modernerer Redeweise würde man die Philosophie in dieser ihrer selbstreflektierenden Leistung als Philosophie der Sprache bestimmen, in Bezug auf jene anderen Bereiche als angewandte Philosophie. Sie ist im einen Falle die Reflexion⁴⁹⁾ darauf, wie man reden soll, im anderen Falle diese Rede selbst.

"Absoluter Geist" ist die Philosophie deshalb, weil sie als geistige Leistung Geist rekonstruiert. Sie rekonstruiert mit sprachlichen Mitteln die Wirkungen sprachlicher Leistungen in der Welt. Mittels einer geistigen Leistung werden geistige Gebilde sowohl in ihrer Genese - von der Natur bis hin zur vollendeten "Freiheit" - wie auch in ihrem Bestehen in eine methodische Ordnung gebracht. Die Philosophie befragt Sachverhalte darauf, inwieweit sie geistige Realisierungen sind, so hat es die Philosophie mit "Ideen" zu tun: "Idee" ist bei Hegel der "realisierte Begriff". Gegenstand der Philosophie des Rechts ist

48) ebda 49) "Reflexion" gebrauche ich als "Rede über".

die "Idee des Rechts", die realisierte Freiheit in den Institutionen.

Hegel stellt eine Zusatzbehauptung auf: Der Prozeß der Vergeistigung der Welt ist abgeschlossen. Die Philosophie hat es nicht mit unvollständigen geistigen Gebilden, mit defizienten "Ideen", zu tun und entwirft praxisbezogene "Begriffe", die es erst noch zu realisieren gält. Sie hat es mit ⁵⁰im Laufe der Geschichte vollausgebildeten Gebilden zu tun. Der Bildungsprozeß der Welt ist abgeschlossen. Deren höchste Bildung, die menschlichen Institutionen, sind Realisate von Freiheit oder mit anderen Worten: Sie sind gänzlich als durch gemeinsame Willensbildung (geistig) hervorgebracht zu rekonstruieren. Die Institutionen sind , wie sie sein sollen. Die Philosophie verhält sich nur noch begreifend und nicht mehr im Hinblick auf erst noch zu vollbringende Lebensvollzüge⁵⁰). Der "subjektive und der objektive Geist sind als der Weg anzusehen, auf welchem sich diese Seite der R e a l i t ä t oder der Existenz ausbildet"⁵¹), der "absolute Geist" hat in seinen Ausbildungen Kunst, Religion und Philosophie "diese Seite der R e a l i t ä t" allein im Blicke, und in der Gegenwart bleibt nur noch die Erkenntnis, daß die Welt "diese Realität" ist.

Dieses Dogma, über das ich noch gesondert sprechen werde, von der prinzipiellen Nachträglichkeit der Philosophie zum Lebensvollzug selbst, erklärt e i n e n Aspekt von der Erforderlichkeit mehrdeutigen Redens und zwar ist Mehrdeutigkeit in diesem Aspekt V i e l d e u t i g k e i t. Der Lebensvoll-

50) Vgl. unten Kapitel 5

51) X,446

zug, in dem sich subjektiver und objektiver Geist durchsetzt, ist zweckgebunden und zwar richtet sich das Tun auf vielfältige u n d gegeneinander eingeschränkte Zwecke. Eingeschränkte Zwecksetzungen sind dafür verantwortlich, daß man zur Bestimmung von Gegenständen jeweils nur einige Prädikatoren bildet oder wählt und andere - weil für die vorgegebene Zweckerfüllungsaufgabe irrelevant - beiseiteläßt. So ist etwa die nähere Bestimmung, daß ein Gegenstand schön ist, in der Regel dann, wenn er als ein Gegenstand zur Erfüllung bedürfnisbestimmter Zwecke genommen wird, irrelevant. Umgekehrt ist die Bestimmung, daß er sich zum Verzehr eignet, unter Umständen dem Künstler, der ihn als Vorlage für ein Stilleben in Erwägung zieht, gleichgültig.

Die Philosophie ist, und dies Dogma ist bei der Interpretation Hegelscher Texte niemals aus dem Auge zu verlieren, E r k e n n t n i s ohne praktische erkenntnistranszendierende Relevanz. Die Praxis ist ja, wie sie sein soll; die Kunst stellt dies nur dar, die Religion stellt es vor, die Philosophie macht es mit sprachlichen Mitteln explizit. Eine praxisbezogene Erkenntnis ist im Unterschied dazu in Richtung der vorgegebenen Zwecksetzungen eingeschränkt. Wenn die Erkenntnis nun nicht mehr als ein Mittel zur Gestaltung des Lebens selbst zu verstehen ist, wenn mittels einer geistigen Leistung Geist n u r n o c h nachträglich zu seiner Ausbildung rekonstruiert und nicht mehr gebildet wird, dann fehlt die durch einen vorgegebenen Zweckzusammenhang definierte Beschränkung, und die Erkenntnis geht darauf, die Gegenstände in ihren vielfältigsten Bezügen zu bestimmen. Und so ist die Forderung nach Mehrdeutigkeit auf einer ersten Stufe einholbar.

Mehrdeutigkeit heißt hier: Der Gegenstand wird v i e l f ä l t i g bestimmt. Er wird nicht nur, je nach eingeschränkter Zwecksetzung, aufgenommen, sondern die Ganzheit möglichst a l l e r, unter je eingeschränkten Zwecksetzungen vorgenommenen Bestimmungen wird expliziert. Ein "lexikalisches" Geschäft.

Diese Art von Mehrdeutigkeit transzendiert allerdings nicht die Sphäre des Verstandes. Sie faßt dessen Einschränkungen nur - um der Erkenntnis willen - zusammen. Sie verwahrt gegen jenes "abstrakte Denken", das den Gegenstand jeweils nur in e i n e r Hinsicht nimmt, das andere Hinsichten teils nicht aufnimmt, teils sogar "vertilgt"⁵²⁾.

"Es wird ein Mörder zur Richtstätte geführt. Dem gemeinen Volke ist er nichts als ein Mörder. Damen machen vielleicht die Bemerkung, daß er ein kräftiger, schöner, interessanter Mann ist. Jenes Volk findet die Bemerkung entsetzlich; was? ein Mörder schön? wie kann man so schlecht denkend sein, und einen Mörder schön nennen; ihr seid wohl etwas nicht viel Besseres! Dies ist die Sittenverderbnis, die unter den vornehmen Leuten herrscht, setzt vielleicht der Priester hinzu, der den Grund der Dinge und die Herzen kennt."

"Dies heißt abstrakt gedacht, in dem Mörder nicht als dies Abstrakte, daß er ein Mörder ist, zu sehen, und durch die einfache Qualität alles übrige menschliche Wesen an ihm zu vertilgen."

Hier heißt Mehrdeutigkeit noch nicht, e i n e n Gegenstand mit zueinander konträr oder gar kontradiktorisch geregelten Prädikatoren zu bestimmen. Ein Mörder zu sein und zugleich kräftig, schön und interessant, schließt einander ja nicht aus. Und ausgeschlos-

52) Die folgenden Zitat sind dem Hegelschen Feuilleton "Wer denkt abstrakt?" entnommen. (XX, 447 ff.)

sen ist auch nicht, daß dieser Mörder unter "Gottes Gnadensonne" aufgenommen wird.

"Ganz anders hörte ich einst eine gemeine alte Frau, ein Spitalweib, die Abstraktion des Mörders töten, und ihn zur Ehre lebendig machen. Das abgeschlagene Haupt war aufs Schaffot gelegt, und es war Sonnenschein; wie doch so schön, sagte sie, Gottes Gnadensonne B i n d e r s Haupt beglänzt!... Sie erhob ihn von der Strafe des Schaffots in die Sonnengnade Gottes ...".

Um jene andere Rede von der Erforderlichkeit der Mehrdeutigkeit zu diskutieren, ist zum Dogma von der Abgeschlossenheit der Vergeistigung der Welt Hegels Behauptung hinzuzunehmen, daß die Philosophie keiner besonderen Terminologie bedürfe, daß die Gegenstände, um deren Bestimmung es der Philosophie zu tun ist, schon "bekannt", nur noch nicht "erkannt" seien. Damit behauptet Hegel auch die Abgeschlossenheit der Sprachschöpfung. Die Gegenstände, denen die Philosophie sich zuwendet, sind schon prädisiert; - die Lebensvollzüge, deren Geistcharakter sie explizit macht, sind von denen, die sie leisten, unter ihren je besonderen Zwecksetzungen, schon bestimmt. Und erweitern kann man dies auch auf die A u s s a g e n, die über diese Gegenstände gemacht worden sind. Es gilt diese Bestimmungen, diese Aussagen, in Eins zu denken. Und die Philosophie, die einstmals in den Lebensvollzug selbst eingebettet gewesen ist, die überkommene Verstandesphilosophie - die alte Metaphysik - hat ein System von Bestimmungen und Aussagen hinterlassen, auf das jene spekulative - praxisüberhobene - Philosophie als auf einen Fundus zurückgreifen kann.

Die in den Lebensvollzügen selbst vorgenommenen, die von der traditionellen Philosophie überkommenen, Bestimmungen schließen - legt man Verstandesregeln zu-

grunde - einander aus; die tradierten Aussagen sind - folgt man der Logik des Verstandes-miteinander unverträglich.

Was Hegel vor Augen hat, das sind die Kantischen Antinomien aus dessen Kritik der reinen Vernunft⁵³⁾, an deren Auflösung durch Kant selbst er Kritik übt. Zum einen kritisiert er, daß Kant für die auftretenden Widersprüche das Erkenntnisvermögen verantwortlich gemacht hat⁵⁴⁾, daß er - sprachkritisch gewendet - im inadäquaten Reden den Grund für das Auftreten der Antinomien suchte. Kant habe den Widerspruch nicht auf sich genommen und nicht gesehen, daß der Gegenstand oder der Sachverhalt in sich selbst diesen Widerspruch zeitige. Zum anderen, und hier liegt eine Erweiterung auf jeglichen Gegenstandsbereich vor, übt Hegel Kritik an Kant dahingehend, daß jener "nur 4 Antinomien anführt". Vielmehr findet sich die Antinomie "in a l l e n Gegenständen aller Gattungen, in a l l e n Vorstellungen, Begriffen und Ideen. Dies zu wissen und die Gegenstände in dieser Eigenschaft zu erkennen, gehört zum Wesentlichen der philosophischen Betrachtung".⁵⁵⁾

Unzweifelhaft ist also, daß Hegel konträr und gar kontradiktorisch zueinander Bestimmtes und aussagenlogisch einander Ausschließendes in Eins bei der Erkenntnis von Gegenständen formuliert wissen will. Unzweifelhaft ist nach seinem eigenen Bekunden, daß er nicht allein jenen praktischen Widerstreit von Zweckverfolgungen vor Augen hat und die Forderung nach Mehrdeutigkeit so versteht, daß zur Schlichtung auftretender Konflikte - etwa solchen von "besonderen" und "allgemeinen" Zwecksetzungen oder auch der "besonderen" untereinander - die verschiedenen sich p r a k t i s c h ausschließenden Aspekte Berücksich-

tigung finden sollen. "Besondere" und "allgemeine" Zwecksetzungen und auch die "besonderen" untereinander schließen sich ja nicht p r i n z i p i e l l aus. Unzweifelhaft ist, daß Hegel im Sinne hat, Bestimmungen von Gegenständen durch zueinander konträr oder kontradiktorisch geregelte Prädikatoren zu bilden, zu d e f i n i e r e n - das Definieren ist kein Sprachschöpfungsakt im emphatischen Sinne; daß er im Sinne hat, Konjunktionen von einander aussagenlogisch unverträglichen Sätzen zu bilden, um Sachverhalte genuin p h i l o s o p h i s c h darzustellen und zu diskutieren.

Der Sprachschöpfungsakt ist selbst Bestandteil des Bildungsprozesses der Welt und dieser ist nach Hegel abgeschlossen. Unter eingeschränkten Zwecksetzungen sind Gegenstände Beispiel für Prädikatoren und Gegenbeispiele für andere gewesen. Aussagen, die unter diesen eingeschränkten Zwecksetzungen wahr gewesen sind, sind als negierte falsch. Die Angemessenheit der Prädikation und die Wahrheit der Aussagen ist durch die gemeinsame Überprüfung an den Lebensvollzügen gesichert worden. So galt unter diesen eingeschränkten Zwecksetzung^{en} etwa die Metapredikatorenregel: Behaupte nicht, daß eine Aussage zugleich wahr u n d falsch sei. Diese Regel z.B. hat sich im Leben bewährt. Wenn Hegel nun behauptet, die Gegenstände, denen der Philosoph sich zuwendet, seien schon "bekannt", und weiter behauptet, daß sich die Antinomie an "allen Gegenständen aller Gattungen" ausweisen lasse, daß es für den Philosophen gälte, Entgegengesetztes in Eins zu denken, dann müßten aus jenen begrenzten Zweckkontexten her einander entgegengesetzte Bestimmungen und ein-

53) Vgl. I, 152; VIII, 139 ff.; XIX, 579 ff.

54) Vgl. IV, 228; 289

55) VIII, 141

ander ausschließende Aussagen über ein und denselben Gegenstand vorliegen, die gleichermaßen verstandesmäßig konsequent sind. Die Philosophie produziert die Entgegensetzungen nach Hegel ja nicht, sondern sie findet sie vor. Der Philosoph vermittelt ja jenes vorgefundene Entgegengesetzte. Oder mit anderen Worten: Die Philosophie müßte aus jenen Lebensvollzügen und den dort vorgenommenen Prädzierungen vorfinden, daß ein und derselbe Gegenstand zugleich Beispiel und Gegenbeispiel für einen Prädikator ist, daß eine und dieselbe Aussage zugleich wahr und falsch ist. Und dies Antinomische müßte sich an "allen Gegenständen aller Gattungen" zeigen. Daß Hegel derlei behauptet, ist jedermann, der seine Logik einmal zur Hand genommen hat, geläufig. Ihm hier zu folgen bereitet vom verstandesmäßigen Standort aus zumindest Schwierigkeiten. -

Man kann versuchsweise - unter Umständen unter Inanspruchnahme von gewagten Konstruktionen - einmal fragen, unter welchen Bedingungen Entgegensetzungen der angezeigten Art in Eins zu denken wären. Ich möchte einen solchen Versuch einmal am Beispiel der Prädikatorenbildung machen.

Ich möchte zwei Formen der Prädikatorenbildung herausgreifen und zwar (1) die durch exemplarische Einführung und (2) die durch Definition⁵⁶⁾. Die exemplarische Einführung sei als ein sprachschöpferischer Akt ausgezeichnet, das Definieren als ein sprachverwendender. Es sei unterstellt, daß die Gegenstände "bekannt" seien. Es liegen Prädikatoren zu ihrer Bestimmung aus sprachschöpferischen Akten vor. Die

56) Ich fasse den Ausdruck Definition weiter, als die Logische Propädeutik, a.a.O., S.77 ff. Ich möchte Definition nicht nur das dort vorgeführ-

Sprachschöpfung sei abgeschlossen. Nun käme jemand auf den Gedanken, diese in der Sprachschöpfung gewonnenen Prädikatoren ihrerseits noch zu definieren. Ein solches Definieren mag er als "Werden der Begriffe" bezeichnen. Auf den Gedanken, daß ein solches Verfahren möglich sei, mag er z.B. dadurch kommen, daß er gewisser Prädikatoren gebildet hat, von denen sich herausstellt, daß sie durch andere, auch schon gebildete Prädikatoren, durch deren Zusammenfügung etwa, definiert werden können. Er würde z.B. die Wörter "Sein", "Nichts" und "Werden", um bei einem Hegelschen Beispiel zu bleiben, sprachschöpferisch gebildet haben und nun das Werden durch Sein und Nichts zu definieren trachten. Eine solche Definition gelinge! - N u n sind die Gegenstände nicht nur "bekannt", sondern "erkannt".

Zur Erläuterung dessen, was mir in einer solchen Konstruktion vorschwebt, möchte ich ein elementarerer Beispiel anführen. Es seien die Prädikatoren Fisch und Vogel sprachschöpferisch gewonnen und konträr zueinander bestimmt worden. Man findet ein Lebewesen (Archäopterix), das in einigen Merkmalen Fisch, in anderen Vogel ist. Dieses Lebewesen lasse sich weder als Beispiel für Fisch, noch für Vogel anführen. Die Sprachschöpfung sei als abgeschlossen unterstellt. Man hat drei Wörter und versucht nun, folgendermaßen zu regulieren: Archäopterix $\leftrightarrow$ Fisch und Vogel. Man definiert mit zueinander konträr be-

te Wortabkürzungsverfahren nennen, in dem sprachgeschöpfte Prädikatoren äußerlich durch einen gesonderten Ausdruck zusammengefaßt werden, sondern auch jenes Verfahren, nach dem sprachgeschöpfte Prädikatoren untereinander durch die Doppelpfeilregel in Beziehung gebracht werden. Vgl. G. Gabriel, Definitionen und Interesse, Stuttgart 1972, S.72

stimmten Prädikatoren. Traditionell definiert man die Kentauren auf diese Weise.

Unter all diesen Bedingungen würde sich eine Mehrdeutigkeit, die zumindest an Hegelsche Redeweisen erinnert, ergeben. Diese Mehrdeutigkeit würde sich allerdings nicht ergeben, wenn man die Beziehungen zwischen den Prädikatoren auf folgende Weise herstellte. Man führt die Prädikatoren Fisch und Vogel zueinander konträr ein und stellt bestimmte Verifikationsverfahren⁵⁷⁾ bereit, mit deren Hilfe es möglich ist, künftighin einen Gegenstand als Fisch oder als Vogel zu präzisieren. Man sagt etwa: Vogel<fliegt, Lebewesen, Eierleger, Haarkleid, Krallen usw. Finden sich diese Merkmale an einem Gegenstand vor, für jedes dieser Merkmale gibt es wieder ein eigenes Verifikationsverfahren, dann ist der Gegenstand ein Vogel. Gleiches tut man für einen Fisch und nach Entdeckung auch für den Archäopterix. Nun stellt man fest, daß ein Teil der Verifikationsverfahren, die für den Archäopterix gegeben werden, je mit einem Teil oder dem Ganzen der Verifikationsverfahren von Fisch bzw. Vogel übereinstimmen, daß des weiteren das Verifikationsverfahren für Archäopterix insgesamt mit angegebenen Verifikationsverfahren von Fisch oder Vogel übereinstimmt, daß also kein Verifikationsverfahren für Archäopterix vorliegt, das nicht auch eines von Fisch oder Vogel ist. Nun mag man - unter Zuhilfenahme weiterer sprachlicher Mittel definieren: Der Archäopterix ist in einigen Merkmalen ein Vogel, in anderen ein Fisch. Keineswegs aber ist er dann Fisch und Vogel in Eins gedacht.

57) Der Ausdruck Verifikationsverfahren in diesem Zusammenhang stammt von W. Degen, Erlangen.

Definiert man Archäopterix - Vogel und Fisch, dann sucht man die Sprachschöpfung ("Bekanntes") durch sprachverwendende eingeschränkte Mittel einzuholen. Allgemeiner, suchte man ein solches Tun zum Programm zu machen, versuchte man dann sogar, analog etwa zu jenem Verfahren der Geometrie, aus Grundbegriffen durch deduktive Definition andere Wörter zu gewinnen, das ganze "bekannte" Vokabular aus wenigen Wörtern zu bilden.

Es besteht kein Grund, die Sprachschöpfung zu unterbinden bzw. als abgeschlossen zu betrachten. Mehrdeutigkeiten der angedeuteten Art vermag man zu entgehen, wenn man nicht versucht, aus einem schon "bekannten" Vokabular auf dem Wege der Definition sprachverwendend sprachschöpferische Akte einzuholen. Die Verletzung verständiger Regeln der vorn angegebenen Art ist - zumindest was den von mir angeführten Sachverhalt betrifft - vermeidbar. Unter verständigen Regeln kommt das angedeutete verallgemeinerte Verfahren einem Mißbrauch der Sprache gleich.

Für die Hegelsche Rechtsphilosophie sind m.E. diese letzteren Überlegungen irrelevant. Hier liegen jene p r a k t i s c h e n , sich im Verlauf der Geschichte und in den bestehenden Lebensvollzügen bildenden, "Widersprüche" vor - das sind "Entzweigungen" von Zweckverfolgungen. Diese Entzweigungen werden vom Philosophen vorgefunden, und er macht Vorschläge zu deren "Aufhebung"; oder - wie Hegel es sieht - der Philosoph findet die praktische Entzweigung vor u n d die im Lebensvollzug selbst schon vollbrachte "Versöhnung" und macht sie nun explizit und beurteilt sie.

Ich möchte im folgenden dem von Hegelinterpreten häufig geübten Verfahren begegnen, Hegel mit dessen ei-

genen mehrdeutigen Wendungen nur zu paraphrasieren. Der erste Schritt kann eh nur der sein, seine Texte verständig zu rekonstruieren. Hegel erkennt die Forderung nach einer verständigen Form der Wissenschaft denn ja auch selbst als gerecht an.

Eine Rekonstruktion Hegelscher Schriften sollte nicht mit dem System selbst beginnen, wie es in der Enzyklopädie vorliegt. Die Logik, mit der dieses System anhebt, berücksichtigt jene gerechte Forderung nach einer verständigen Form nicht. Der Anfang ist dort zu machen, wo über eine uns geläufige, unser Leben definierende, Situation gesprochen wird. Die Rekonstruktion beginnt so i n m i t t e n seiner Schriften, im Kontext der Geistphilosophie. Hier wird über die Entgegensetzungen und über deren Vereinigung gesprochen, über die Vereinigung Entgegengesetzter, von der wir wenigstens schon eine Vorstellung haben.

Was nun die Hoffnung Hegels betrifft, er könne ebenso wie Luther die Bibel und Voß den Homer nun seinerseits die "Philosophie deutsch sprechen lehren"⁵⁸⁾, hat sich trotz der Versicherung von Karl Rosenkranz, Hegel habe es "wahrlich nicht an Fleiß zu diesem Endzweck fehlen lassen"⁵⁹⁾ nicht erfüllt. Die Philosophie benutzt immer noch eine unverständige Rede und über die Verständnisschwierigkeiten bei der Lektüre Hegelscher Schriften selbst wird allenthalben zu Recht Klage geführt.

58) Briefe von und an Hegel, hg.v.J.Hoffmeister, Hamburg 1952, Bd.I, S.100. Im folgenden werden diese Briefe unter Angabe des Bandes und der Seitenzahl zitiert.

59) K.Rosenkranz, Vorwort zur Herausgabe der Hegelschen Philosophischen Propädeutik in III,5.

1. "Sprache" - "Eigentum". "Person" -- "Subjekt".
Vorläufige Bemerkungen zur Methode der Hegelschen
Rechtsphilosophie.

Ich werde in diesem Kapitel weitestgehend Hegelsche Bemerkungen zur Rolle der Sprache diskutieren. Ich werde dabei eine erste Übersicht über den Aufbau der Hegelschen Rechtsphilosophie zu geben haben. Einige Grundtermini der Hegelschen Rechtsphilosophie werden dabei eingeführt werden.

Hegel spricht dem Thomasius ein "unsterbliches Verdienst" zu. Er habe "über die Philosophie in deutscher Sprache" geschrieben¹⁾. Hegels Verdikt gilt der "fremden Sprache", gehört doch eine "Wissenschaft nur dann einem Volke an ..., wenn es sie in seiner eigenen Sprache besitzt, und dies ist bei der Philosophie am Notwendigsten"²⁾. Und "diese Innigkeit, mit welcher die eigene Sprache uns angehört, fehlt den Kenntnissen, die wir in einer fremden besitzen; sie sind durch eine Scheidewand von uns getrennt, welche sie dem Geiste nicht wahrhaft einheimisch sein läßt".³⁾

Die "eigene Sprache" eines Volkes, das ist, wie der Kontext der zitierten und angeführten Stellen ergibt, für Hegel die Gebrauchssprache. Sie wird näher aus der Umgangssprache und aus den nicht gegen den Übergang in die Umgangssprache sich immunisierenden Fachsprachen ge-

1) XIX,476; vgl. auch III,236

2) XIV,474; vgl. auch III,236

3) III,234

bildet.⁴⁾ Die fremde Sprache ist eine Fachsprache, die ausdrücklich von denen, die sie sprechen, gegen jenen Übergang verwahrt wird.

Was ist näher und systematisch unter einer solchen fremden Sprache zu verstehen ? Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich zunächst einige terminologische Bemerkungen voranschicken.

Wenn eine Person eine andere Person a u f f o r - d e r t, eine Handlung auszuführen und die aufgeforderte Person die Aufforderung entweder, sei es unmittelbar oder vermittelt, befolgt oder Reden führt, die jene Aufforderungsbefolgung zum Inhalte haben, dann soll von einem V e r h ä l t n i s dieser Personen gesprochen werden.

Die auffordernde Person - so möchte ich sagen - i n - t e n d i e r t ein Verhältnis; - die aufgeforderte Person a k t u a l i s i e r t es - im elementaren Falle durch die unmittelbare B e f o l - g u n g der Aufforderung. R e d e n, die hinsichtlich der Verhältnisaktualisierung geführt werden, sind a r g u m e n t i e r e n d e Reden. Ihr Zweck besteht, sofern die aufgeforderte Person spricht - immer vorausgesetzt, daß unterstellt werden darf, daß keine Verständnisschwierigkeiten bezüglich der Aufforderung bestehen - darin, die auffordernde Per-

4) Die Umgangssprache ist nach J.Mittelstraß, Neuzeit und Aufklärung, Berlin 1971, S.422 eine Sprache, "mit der man sich gegenüber anderen im täglichen Leben verständlich macht und zwar unabhängig davon, ob diese anderen die gleiche Tätigkeit ausüben, die man selbst ausübt, oder nicht ...". Eine F a c h s p r a - c h e ist im Unterschied dazu eine Sprache, "die nur der Verständigung unter solchen, welche die gleichen Tätigkeiten ausüben, dient ...". Sie ist, wie die Umgangssprache, im Unterschied zur K u n s t s p r a -

son zur Aufgabe oder Veränderung der Intentionen zu bewegen. Ihr Zweck besteht, sofern die auffordernde Person spricht, darin, die Aktualisierung des Verhältnisses durch Aufforderungsbefolgung durchzusetzen. Argumentierende Reden betreffen die auszuführenden Tätigkeiten oder die durch die Tätigkeiten zu erfüllenden Zwecke.

Es sei folgender Fall, den ich später noch systematisch entwickeln und differenzieren werde, angenommen:

(1) Eine Gruppe G_1 faßt aufgrund von internen Argumentationen **B e s c h l ü s s e**, die Aufforderungen an eine Gruppe G_2 enthalten.

(2) Die Gruppe G_2 aktualisiert die von der Gruppe G_1 intendierten Verhältnisse **u n m i t t e l b a r** durch Aufforderungsbefolgung.

(3) Metaaufforderungen der Gruppe G_1 an die Gruppe G_2 , an sie ergangene Aufforderungen **u n m i t t e l b a r** zu befolgen und in der Befolgung nicht **innezuhalten**, um etwa zu argumentieren, werden von der Gruppe G_2 **u n m i t t e l b a r** befolgt.

(4) Werden die Metaaufforderungen (3) nicht befolgt, dann wird von der Gruppe G_1 argumentativ - und hierauf beschränken sich deren **argumentierende** Reden in Bezug auf G_2 - auf **W i r k u n g e n** der Nichtbefolgung hingewiesen, deren Eintritt in der Verfügung der Gruppe G_1 liegt, die die Erfüllung von Zwecken der Gruppe G_2 verhindern. Letztere Zwecke haben bei den Gruppenmitgliedern der Gruppe G_2 eine höhere Präferenz als diejenigen, die durch die Argumentation,

c h e parallel zur und orientiert an der naturwüchsig fortschreitenden Differenzierung gruppenmäßigen (im Falle der Umgangssprache allgemeinen) Handelns selbst naturwüchsig geworden

das heißt durch eine wenigstens tendenzielle Nichtbefolgung der Aufforderungen, erfüllbaren Zwecke. Im Grenzfall wird im Falle der Nichtbefolgung der Aufforderung (3) von der auffordernden Gruppe G_1 auf ihre Verfügung über die durch die elementaren Bedürfnisse bestimmten Zwecke der Gruppe G_2 hingewiesen.

In dem hier skizzierten Falle geführte Reden *über* Zwecke und Tätigkeiten sind esoterisch⁵⁾. Die Gruppe G_2 wird an diesen Reden nicht beteiligt. Sie hat keine Möglichkeiten, sich in argumentierende Reden einzuüben. Es ist ein Mittel dazu, die Gruppe G_2 von argumentierenden Reden fernzuhalten, wenn man ihr das Vokabular, das deren Führung allererst ermöglicht, vorenthält und gewissermaßen eine Sprachbarriere errichtet. Die die Zwecke und die Tätigkeiten betreffenden Reden werden so von der Gruppe G_1 in einer Fachsprache geführt, die gegen den Übergang in die Umgangssprache ausdrücklich gesichert wird.

Solche immunisierten Fachsprachen sind das Latein des Mittelalters und das Französisch des absolutistischen Zeitalters gewesen. Die Umgangssprache enthielt häufig nicht die Wörter - sofern es um höherstilisierte Sach- oder Sollverhalte ging (Recht, Religion, Philosophie) - die zur Beratung der Zwecke, zur Erfüllung von denen gehandelt wurde, erforderlich gewesen wären. Die Tätigen wußten so nicht, wozu sie etwas tun.

Ein "Volk", das *seine* Zwecke durch die Entwicklung einer "eigenen Sprache" zu formulieren beginnt, das für die Formulierung und Beratung dieser

5) Ich habe zur Verdeutlichung einen Grenzfall konstruiert. Faktisch werden in der Regel die aufgeführten Gruppen intern selbst beraten und über ein differenziertes umgangssprachliches Vokabular verfügen.

Zwecke sich ein Vokabular bildet oder entlehnt, ist für Hegel auf dem Wege zum "Selbstbewußtsein". Die die Zwecke einholenden Reden der Tätigen selbst - und nun im emphatischen Sinne erst **H a n d e l n - d e n** - definieren eine expandierende Praxisverfügung oder mit Hegel "Freiheit".

In die Lage, solche Reden zu führen, geraten die verfügbaren Gruppen dadurch, daß die Androhung von Sanktionen (vgl.(4)) bei Nichtbefolgung der Metaaufforderung (3) unwirksam geworden ist. Die auffordernde Gruppe G_1 verfügt nicht mehr über in der Präferenz hochstehende Zweckerfüllungen der Gruppe G_1 . Dies mag seinen Grund in einer veränderten Situation haben, in der sich die Gruppen G_1 und G_2 nun befinden, ohne daß sie selbst für die Änderung dieser Situation verantwortlich zu machen sind - externe Bedingungen sind dann für die Änderung verantwortlich. Dies mag seinen Grund auch darin haben, daß sich durch gruppeninterne Änderungen Verschiebungen des Verhältnisses ergeben, etwa durch interne Auseinandersetzungen innerhalb der auffordernden Gruppe G_1 . Dies mag seinen Grund auch in einem immanenten Bildungsprozeß der Gruppe G_2 haben, indem diese Gruppe ausdrücklich auf eine Änderung der Bedingungen, unter denen jene Metaaufforderung (4) durchgesetzt wird, -hinarbeitet - in einer "Aufklärung" also. Wodurch solche Änderungen zustandekommen, diese Frage ist nicht prinzipiell und ein für allemal zu beantworten, sondern nur empirisch - in Hinsicht auf den jeweiligen Fall.

Der Rekurs des Zeitalters der "Aufklärung" auf die Nationalsprachen, die Forderung etwa nach der Aufhebung des latinisierten Wissenschaftsbetriebs, hat in der Einsicht in die Gebundenheit der Lebensverfügung an die Ausbildung der eigenen Sprache ihren Grund. Zwei

längere Zitate aus Hegel sollen der Verdeutlichung des Zusammenhanges von Sprache und Freiheit dienen und den historischen - der Aufklärung verbundenen - Ort, von dem aus Hegel sich so emphatisch über die Rolle der eigenen Sprache im allgemeinen Befreiungsgange der Menschheit äußert, näherbringen.

"Wenn die Kenntnis des Rechts ... Eigentum eines auch durch Terminologie, die für die, um deren Recht es geht, eine fremde Sprache ist, sich ausschließend machenden Standes ist, so sind die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, die für die Subsistenz auf ihre Tätigkeit, ihr eigenes Wissen und Wollen angewiesen sind, gegen das nicht nur Persönlichste und Eigenste, sondern auch das Substanzielle und Vernünftige darin, das Recht, fremde gehalten und unter Vormundschaft, selbst in eine Art Leibeigenschaft gegen solchen Stand, gesetzt. Wenn sie wohl das Recht haben, im Gerichte leiblich, mit den Füßen, zugegen zu sein (in judicio stare), so ist dies wenig, wenn sie nicht geistig, mit ihrem eigenen Wissen gegenwärtig sein sollen, und das Recht, das sie erlangen, bleibt ein äußerliches Schicksal für sie."⁶⁾

"... hier bei sich selbst in seinem Eigentum (Sperrung von mir; man achte für das folgende auf den Ausdruck Eigentum e.A.) zu sein, in seiner Sprache zu sprechen, zu denken, gehört ebenso zur Form der Befreiung. Luther hätte nicht seine Reformation vollendet, ohne die Bibel in's Deutsche zu übersetzen; und nicht ohne diese Form, in eigener Sprache zu denken, hätte die subjektive Freiheit bestehen können."⁷⁾

Der Ausbildung der eigenen Sprache kommt im geschichtlich sich durchsetzenden Befreiungsgange der Menschheit eine entscheidende Rolle zu. Dieser Befreiungsgang wird als Bildungsgang des objektiven Geistes rekonstruiert. Im Zusammenhang der Rechtsphilosophie

6) VII, 309

7) XIX, 257

erkennt Hegel dem "Eigentum" - näher dem Privateigentum - ebenfalls eine solche Rolle zu⁸⁾. Dessen Ausbildung macht die Individuen zu "Personen", die mit einander als "freie" in einen Kontakt - in Vertragsbeziehungen - treten. Man könnte interpretieren: Durch die Ausbildung der eigenen Sprache werden die Individuen (oder Völker) - um einen modernen Ausdruck zu verwenden - kommunikativ kompetent. Durch das Eigentum erlangen sie ihre "rechtliche" Kompetenz.

Hegel parallelisiert an mehreren Stellen die Rede über die "eigene Sprache" mit der über das "Eigentum". In dem angeführten Zitat ist ihm in der eigenen Sprache zu sprechen wie "in seinem Eigentum sein". Zur Verdeutlichung verwendet er häufig dann, wenn er über die Sprache spricht, auch den Ausdruck "Eigentum"⁹⁾, an anderer Stelle zur Verdeutlichung ein zur Argumentation um das Eigentum paralleles Modell¹⁰⁾. Auffallend aber ist, und diesem Sachverhalt möchte ich einige Ausführungen widmen, daß Hegel dem Eigentum im enzyklopädischen Systemaufbau in Bezug auf die Ausbildung und Wirksamkeit objektiven Geistes einen ganzen Abschnitt widmet¹¹⁾, die Rolle, die er selbst an einigen Stellen der Sprache bei der Ausbildung und Wirksamkeit objektiven Geistes zuspricht dort aber vernachlässigt.¹²⁾ Zwar ist sie ihm in der Rechtsphilosophie "das geistigste Dasein des Geistigen"¹³⁾, dies aber nur in einer Neben-

8) Vgl. etwa VII,117

9) Vgl. neben den schon zitierten Stellen XIX,257 und VII,309, auch X,364

10) Vgl. etwa parallel die Argumentationen II,390 und VII,94 ff.

11) Vgl. X,385 f.; VII,94 ff.

12) Sie wird im technischen Kontext lediglich als Bestandteil "theoretischer Bildung" des Verstandes erwähnt.

bemerkung und nicht in einem expliziten Exkurs.

Ludwig Feuerbach hat in seiner philosophiehistorisch wirkungsvollen "Kritik der Hegelschen Philosophie" (1839) auf die "Bedeutung der Sprache", die "nichts ~~Anderes~~ (ist) als die R e a l i s a t i o n d e r G a t t u n g" hingewiesen¹⁴⁾; diese Einsicht findet sich bei Hegel andeutungsweise auch, wie die angeführten Stellen zeigen. 7

Im Systemaufbau findet sich der Exkurs über die Sprache in der Philosophie des subjektiven Geistes¹⁵⁾. Sie ist so aber, wie der Titel schon zeigt, nur in einer subjektiven Sicht, ich möchte weitergehen und sagen: in einer subjektivistischen Verkürzung Thema. In der Philosophie des subjektiven Geistes wird ja nur ein isoliertes Individuum in seinem Verhältnis, das es zu sich selbst gewinnt, als geistig gedeutet, nicht ein Individuum in V e r h ä l t n i s s e n (mit Anderen). Daß die Individuen in objektiven Verhältnissen ihre eigene Sprache lernen und gebrauchen, davon findet sich in Hegels Schriften, die seinem späten Systemaufbau folgen, nichts. Und insgesamt ist hier an Hegels Systemaufbau schon Kritik zu üben. Er beginnt mit dem subjektiven Geist. V e r h ä l t n i s s e zu anderen, objektive geistige Gebilde werden aus Verhältnissen, die die Individuen schon zu sich selbst gewonnen haben, entwickelt. Ein methodischer Anfang dagegen mit den objektiven Verhältnissen - für den weiter unten noch zu argumentieren sein wird - ließe das "Subjekt", das Hegel sich in der Philosophie des subjektiven Geistes ausbilden läßt, als W i r k u n g eines gattungsmäßigen kulturell-geschichtlichen Prozesses erscheinen. In Hegels Systemaufbau tritt das Subjekt gewissermaßen schon fertig - in seinen Vermögen voll ausgebildet - in V e r h ä l t n i s s e zu anderen ein. Es spricht

13) VII, 343

14) L. Feuerbach, Sämtliche Werke, hg. v. F. Jodl und W. Bodin, Stuttgart 1903 - 11, Bd. II, S. 169

schon seine eigene Sprache, es weiß um seine individuellen Zwecke und vermag sein individuelles Tun schon explizit zu kontrollieren. Im Verhältnis von Philosophie des subjektiven Geistes zur Rechtsphilosophie ist das Individuum schon emanzipiert vom gemeinsamen Lebensvollzug - vom "Allgemeinen" - ehe es überhaupt ihn einen Kontakt zu ihm getreten ist. Ganz anders verhält es sich mit der Entwicklung und Ausbildung des Eigentums.

Ich möchte versuchsweise die in den angeführten Nebenbemerkungen Hegels ausgesprochene Einsicht in die objektive Aufgabe der Sprache zum Maßstab für eine methodische Kritik am Hegelschen Systemaufbau nehmen. Ich möchte den Ort näher bestimmen, an dem im Kontext der Philosophie des objektiven Geistes über die Sprache - d a s Kommunikation stiftende Medium par excellence - zu sprechen wäre. Hierzu ist es erforderlich, zunächst Bemerkungen über den Aufbau der Philosophie des objektiven Geistes voranzuschicken. Ich werde diesen Aufbau anhand der Rechtsphilosophie skizzieren.

Sieht man von der Einleitung zur Rechtsphilosophie einmal ab (§§ 1 - 33), die im wesentlichen Argumentationen der Philosophie des subjektiven Geistes wiederholt, dann ist die Rechtsphilosophie gegliedert in (1) "abstraktes Recht" (§§ 34 - 104), (2) "Moralität" (§§ 105 - 141) und (3) "Sittlichkeit" (§§ 142 - 360). Mit anderen Worten: Die Rechtsphilosophie hat (1) das Verhältnis von Individuen in ihrer Eigenschaft als Eigentümer zueinander - als "daseiende Personen" - zum Thema. Sie spricht (2) über das Verhältnis, das

die Individuen aufgrund ihrer Reden mit sich selbst zu sich h a b e n und zwar in Bezug auf diejenigen Reden ("denken"), die relevant den Kontext der gemeinsamen Lebensvollzüge tangieren. Gegenstand des Kapitels über die Moralität ist das "vorsätzliche", das "absichtliche" - auf das individuelle "Wohl" explizit hin orientierte - und das "gute" - durch das "Gewissen" kontrollierte - H a n d e l n ¹⁶⁾. Die Rechtsphilosophie spricht (3) über die geschichtlich vermittelten bestehenden Institutionen, die als durchgängig geübte Interaktionen, als in Befolgung von Normen realisiert rekonstruiert werden können. Sie spricht über "Familie", "bürgerliche Gesellschaft" und "Staat".

Realisiert ist der objektive Geist in den Institutionen. Sie sind von Menschen in ihrer Geschichte hervorgebracht worden. Sie liegen n u n in ihrer ausentwickelten Gestalt vor. Vergangene institutionalisierte Lebensvollzüge, wie etwa die in der griechischen Polis geübten, finden im systematischen Kontext der Rechtsphilosophie faktisch Erwähnung nur insofern, als im Kontrast zu ihnen sich die modernen bestehenden Lebensvollzüge besser bestimmen lassen. Institutionen der Vergangenheit werden dann s y s t e m a t i s c h diskutiert, wenn sie auch als moderne noch bestehen bleiben. Unter diese letzteren Institutionen fällt etwa die patriarchalisch organisierte, auf Agrikultur gründende Familie, die "immer mehr die Weise des patriarchalischen Lebens und die substantielle Gesinnung desselben" - auch unter Bedingungen der modernen Produktion - "behalten"¹⁷⁾ wird. Das geschichtliche Werden der Institutionen ist Thema des letzten Unterabschnitts des Abschnitts über den Staat im Kapitel über die Sittlichkeit in der Rechts-

16) Vgl. hierzu die differenzierenden Bemerkungen Anm. 27 dieses Kapitels

17) VII,281; vgl. unten den Exkurs "Familie"

philosophie und dort unter dem Titel "Weltgeschichte" zu finden.

Die Institutionen liegen in ihrer ausentwickelten Gestalt vor. Kriterium hierfür ist der Grad erreichter "Allgemeinheit" - die Lebensvollzüge können als in Befolgung von Normen geleistet verstanden werde. Die bestehenden Institutionen sind "allgemeiner Geist", "die Weltgeschichte (ist) ... die Auslegung und Verwirklichung des allgemeinen Geistes".^{18) 19)}

18) VII, 447 (§342)

19) Von einem "allgemeinen" Lebensvollzug - so möchte ich das Hegelsche Allgemeinkriterium interpretieren, sofern der Ausdruck "allgemein" emphatische Gemeinsamkeit in Bezug auf zu verfolgende Unter- bzw. Oberzwecke meint, von einem "allgemeinen" Lebensvollzug ist dann zu sprechen, wenn jedermann gleiche oder komplementär sich ergänzende Handlungsweisen zur Erfüllung von bei jedermann gleichen oder zur Erfüllung von allen gemeinsamen Zwecken übt. Die Gleichheit der Zwecke ergibt sich dabei aus der natürlichen Vorgegebenheit der Zweckinhalte - etwa der Bedürfnisse - die sich bei jedermann, als individuell bestimmt, finden lassen. Die Gemeinsamkeit von Zwecken verdankt sich der willensbildenden gemeinsamen Rede allein, der "Spontaneität der Vernunft". Die sie definierenden Zweckinhalte sind nicht als von Natur vorgegeben zu rekonstruieren.

So ist, um bei Hegelschen Beispielen zu bleiben, weder die Bedürfnisbefriedigende, noch die politische Praxis der griechischen Polis "allgemein". Nicht jedermann hat dort gleiche oder komplementär sich ergänzende Handlungsweisen etwa zur Erfüllung der bei allen gleichen - im groben wenigstens gleichen - Bedürfnisgebundenen Zwecke geübt. Jedermann hat zwar Bedürfnisse, die in ihrer elementaren Form bei jedermann auch gleiche sind, Die Handlungsweisen jedoch, die diese Zwecke erfüllten, waren an "einen Sklavenstand ausgeschlossen" (VII, 454). Und die Zwecke, die die politische Praxis leiteten, waren weder bei jedermann gleiche, noch gemeinsame und die Handlungen, die zu deren Erfüllung geübt worden sind, wurden ebenfalls nicht

An den modernen institutionalisierten Lebensvollzügen, an der bürgerlichen Gesellschaft und am Staat,

von jedem, der in der Polis zugegen gewesen ist, geleistet.

Es sind verschiedene Stufungen - Intensitätsgrade gewissermaßen - von "Allgemeinheit" eines Lebensvollzugs bestimmbar. Eine elementare Allgemeinheit liegt schon dann vor, wenn jedermann zu gleichen Zwecken die gleichen Handlungsweisen übt, aber derart, daß die Lebensvollzüge einander nicht überschneiden. Die autarke Hauswirtschaft der Antike und des Mittelalters fällt unter diese Allgemeinheit. Sie ist eine als Oikos bestimmte, primär auf Ackerbau gründende Praxis, die zwar, schaut man auf alle Oiken, mit gleichen Prädikatoren beschrieben werden kann, sowohl was die Handlungen, als auch was die Zwecke betrifft, wobei diese Lebensvollzüge sich jedoch nicht berühren. Eine zweite - intensivere - Allgemeinheit liegt vor, wenn wie im "System der Bedürfnisse" - komplementär sich ergänzende Handlungsweisen differenziert zur Befriedigung von im Gefolge der Mitteldifferenzierung sich differenzierenden Bedürfnissen, zu bei letztlich allen gleichen Zwecken, geübt werden. Es wird dabei g e m e i n s a m zur Erfüllung von prinzipiell voneinander individuell verbesserten Oberzwecken gehandelt: Gemeinsamkeit von Handlungen und Unterzwecken, wobei bei jedermann diese Zwecke g l e i c h sind. Diese Allgemeinheit ist in Hegelscher Formulierung nur "formell", weil der zugrundeliegende Zweckinhalt ein prinzipiell nicht allgemeiner ist, sondern nur in der "Form der Allgemeinheit" erfüllt wird. Eine dritte Intensitätssteigerung von Allgemeinheit sieht Hegel im Staat erreicht, wo jedermann gleiche bzw. einander komplementär sich ergänzende Handlungsweisen zur Erfüllung eines und desselben gemeinsamen Zwecks, der Erhaltung und Differenzierung des Staats übt. Hier ist die Allgemeinheit "konkret", weil die "V e r e i n i g u n g (das Allgemeine o.A.) als solche ... selbst der wahrhafte Inhalt und Zweck (ist)" (VII, 329). Die geübten Handlungsweisen sind nicht mehr als zu individuellen Zwecken geübt verstehbar

zeigt Hegel die realisierte Allgemeinheit. Die bürgerliche Gesellschaft ist ein allgemeiner Lebensvollzug, der sich aufgrund der bei jedermann g l e i c h e n , von Natur vorgegebenen und von den Individuen als Zweck ausgezeichneten Bedürfnisse herausgebildet hat. Der Staat ist ein allgemeiner Lebensvollzug, der sich im Unterschied dazu nicht auf g l e i c h e von Natur vorgegebene Eigenschaften von Individuen gründet, sondern auf deren gemeinsame H e r v o r b r i n g u n g von Zweckinhalten. Die bürgerliche Gesellschaft ist ein Lebensvollzug, der sich auf nur g e s e t z t e Zweckinhalte letztlich gründet, der Staat gründet sich auf h e r v o r g e b r a c h t e Zweckinhalte.²⁰⁾

"Bürgerliche Gesellschaft": Sie ist dadurch bestimmt, daß "Subjekte" - näher "moralische Subjekte" - mit ihren je "besonderen" - ihnen selbst e x p l i z i t e n - bedürfnisbestimmten Zwecken zueinander in V e r h ä l t n i s s e treten. Die Subjekte handeln in der bürgerlichen Gesellschaft komplementär einander ergänzend zur Erfüllung ihrer bedürfnisbestimmten Zwecke. Im Gefolge dieses Handelns differenzieren sie aufgrund fortschreitender Bildung ihre Mittel, die Organisation dieser Mittel ("Arbeitsteilung") und als Wirkung hiervon "teilen" und "vielfältigen" sie auch die Bedürfnisse selbst.²¹⁾²²⁾

20) Auf den Unterschied von S e t z e n und H e r v o r b r i n g e n komme ich des näheren noch zu sprechen.

21) Vgl. VII, 272 ff.; VII, 276 f.

22) Es geht mir in diesem Kapitel um die Hegelsche Unterschätzung der Rolle der Sprache im Zusammenhang der objektiven Geistesentwicklung. Ich verzichte dieser eingeschränkten Zwecksetzung wegen an dieser Stelle, die nur eine Skizzierung Hegelscher Gedankengänge verlangt, auf eingehende Belege. Da ich über das meiste in diesem Kapitel Angesprochene noch gesondert sprechen werde, werde ich auch die Belege noch nachliefern.

Beschreibt man den allgemeinen Lebensvollzug, der als bürgerliche Gesellschaft bestimmt ist, mit anderen als den Hegelschen Worten, dann stellt sich das Verhältnis der Handelnden zueinander folgendermaßen dar. Die Bedürfnisse der einzelnen Individuen kehren immer wieder. Das Handeln, das die Individuen komplementär einander ergänzend üben, ist nicht einmalig, da die Bedürfnisbefriedigung eine andauernde Aufgabe bleibt. Die auszuführenden Handlungen sind nicht an bestimmte Individuen gebunden. Fällt aus dem System der Bedürfnisse ein Individuum aus, dann tritt ein anderes an die gleiche Stelle des differenzierten Handlungs- Wirkungs- zusammenhangs.

Handlungen sind als Befolgungen von Aufforderungen verstehbar. In der bürgerlichen Gesellschaft werden Handlungsweisen geübt. Handlungsweisen sind Handlungen, die in gleichen Situationen unabhängig von einem Wechsel der sie ausführenden Personen geleistet werden²³⁾. Handlungsweisen werden so per definitionem nicht aufgrund eines jeweils einmaligen von bestimmten Individuen an andere Individuen ergehenden Aufforders geübt. Es bestehen permanente Aufforderungen, die über eine einmalige Befolgung hinaus in Geltung bleiben und immer dann ~~wieder~~ explizit oder stillschweigend befolgt werden, wenn eine bestimmte, vorgängig dem Handeln selbst schon definierte, Situation eintritt - im Falle bedürfnisgebundenen Handelns ist dies eine Mangelsituation. Diese Aufforderungen richten sich, und dies macht die Allgemeinheit des Verhältnisses aus, an jedermann, sofern er sich nur in diesen bestimmten Situationen befindet. Die von den Individuen geleisteten Handlungsweisen sind als in Befolgung von Normen geleistet verstehbar.

23) Vgl. O. Schwemmer, Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1971, S.215

N o r m e n sind Aufforderungen von jedermann an jedermann. Versteht man die die bedürfnisgebundenen allgemeinen Lebensvollzüge leitenden Normen einmal analog zu den singulären Aufforderungen eines bestimmten Individuums an andere Individuen, analog also zu singulären Verhältnissen, dann ist von ihnen zu sagen: Es sind die gleichen Aufforderungen, die von jedermann formuliert und die von jedermann befolgt werden. Jedermann intendiert u n d aktualisiert das gleiche Verhältnis. Jedoch: Jedermann macht die Befolgung der an ihn individuell ergangenen Aufforderung von der Befolgung der von ihm ausgehenden Aufforderungen abhängig. Denn im bedürfnisgebundenen Lebensvollzug sind ja die individuellen Bedürfnisse die bestimmenden Zweckinhalte. Diese werden durch die Befolgung der von den Individuen ausgehenden Aufforderungen erfüllt. Die an diese Individuen ergehenden Aufforderungen erfüllen diese Zwecke nicht unmittelbar. Deshalb differenziert das Individuum die Normen selbst als an es ergehende und als von ihm ausgehende Aufforderungen.

"Meinen Zweck befördernd, befördere ich das Allgemeine, und dieses befördert wiederum meinen Zweck."24)

Auf zwei Bedingungen der Möglichkeit auf Seiten des Individuums macht Hegel in Bezug auf das Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft in den Kapiteln über das "abstrakte Recht" und über die "Moralität" aufmerksam. Die erste Bedingung ist die Ausbildung des Individuums zur "abstrakten Person"²⁵⁾, die zweite

24) VII, 264

25) Daß die Personwerdung das Ergebnis eines "Kampfes um Anerkennung" ist, erwähnt Hegel in der Rechtsphilosophie nur kurz (vgl. z.B. VII, 112). Dieser Kampf gehört dem Bildungsprozeß - so ist Hegels Mei-

ist dessen Ausbildung zum "moralischen Subjekt". In der ersteren Eigenschaft steht es im Bedürfnisbefriedigungszusammenhang in einem Verhältnis mit anderen

nung - der Individuen zur Allgemeinheit an. Er betrifft "den Geist, welcher nur erst auf dem Standpunkte seines Bewußtseins ist" und ist - dies ist eine Folge der schon namhaft gemachten subjektivistischen Verkürzung - bei ihm Teil der Philosophie des subjektiven Geistes (X,280 ff.). Es ist nicht einsichtig, weshalb Hegel die Ausbildung allgemeiner Verhältnisse - eine solche ist der Kampf um Anerkennung (vgl. X,285 f.) - nicht selbst zum objektiven Geist zählt und ihm eine Stelle etwa im Abschnitt über die Weltgeschichte zuweist. Als geschichtliches und so objektiv geistiges Phänomen hat ihn Hegel noch in seiner Phänomenologie des Geistes behandelt (vgl. II,148 ff.). Ihr ist die spätere strenge Trennung in subjektiven und objektiven Geist noch fremd. Der Kampf um Anerkennung und die in seinem Verlaufe sich wildwüchsig ausprägende Herrschaft sind nicht nur als Durchgangsstadium des Individuums zur "Person" zu begreifen und so nur Thema einer subjektiven Geistphilosophie. "Herrschaft" ist eine Daseinsweise objektiven Geistes und so auch von den Aufklärern des 18. Jahrhunderts ebenso, wie von der modernen Soziologie verstanden worden. Sie ist ein geschichtliches Phänomen und als solches nicht einfachhin nur faktisch, zufällig und subjektiv. Aufgrund der Erfahrungen mit ihr bildet sich allererst ein differenzierter Begriff von Freiheit. U n d sie ist auch Herausbildung einer - wenn auch nur Gruppen - bzw. klassenmäßig - "Form der Allgemeinheit", ein Aspekt, der bei Hegel keine Erwähnung findet. Hegel faßt Herrschaft als ein einseitig bleibendes singuläres Aufforderungsverhältnis z w e i e r Individuen - vgl. zu diesem subjektivistischen Verständnis X,283 unten - und nicht als Verhältnis von Gruppierungen und schon garnicht selbst als ein a l l g e m e i n e s Verhältnis, wie man in Bezug auf moderne Zustände sagen könnte. Auch hier liegt eine subjektivistische Verkürzung vor, die es Hegel versagt, das auch bei ihm namhaft gemachte Klassenverhältnis in der bürgerlichen Gesellschaft als ein Herrschaftsverhältnis zu beschreiben (vgl. VII,318 ff.). Der Kampf um Anerkennung allerdings in der Form, in der Hegel ihn vor Augen hat, als Kampf um die Sicherung

Individuen. Die zweite Eigenschaft ist dafür verantwortlich, daß es sich selbst in ein solches Verhältnis einbringt. "Abstrakte Person" und "Subjekt" sind zentrale Termini von Hegels Rechtsphilosophie. Im Kapitel über die Moralität wird das Individuum in den Eigenschaften bestimmt, aufgrund deren es sich auf allgemeine Verhältnisse einläßt. Im Kapitel über das abstrakte Recht wird es in der Eigenschaft bestimmt, aufgrund deren es ein Glied der allgemeinen Verhältnisse i s t und überhaupt bleiben kann, in seiner Eigenschaft nämlich, ein andere ausschließender anerkannter Eigentümer zu sein - "daseiende Person".

"Subjekt": Ich habe bislang stillschweigend die Bestimmung des Subjekts aus dem Kapitel über die Moralität verwendet, das heißt das "moralische Subjekt" vor Augen gehabt. Danach ist ein Subjekt ein "Lebendiges", das über seine Zwecke selbst befindet, sie bedenkt und sein individuelles Handeln vom tatvorgängigen Denken abhängig macht. In dieser Bedeutung tritt das Subjekt als ein explizit sich eine "Schuld" zusprechendes und diese Schuld differenzierendes, sein "Wohl" verfolgendes Individuum auf. Im Hegelschen Wortgebrauch ist dies jedoch eine speziellere Verwendung des Wortes "Subjekt".

Allgemeiner, und dies betrifft vor allem das Vorkommen dieses Wortes in der Philosophie des subjektiven Geistes, ist Hegel jedes "lebendige" Individuum mit seinen vielfältigen Eigenschaften - zu "empfinden" und zu "fühlen" etwa (Anthropologie), "anzuschauen" und "wahrzunehmen" (Phänomenologie), zu "denken" und zu "wollen" (Psychologie) ein Subjekt - "jedes Leben-

eines ausschließenden und konkurrierenden Privateigentums ist mit dem Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft beendet (vgl. X, 283 f.). In ihr ist die Anerkennung des Privateigentums Voraussetzung.

dige überhaupt (ist) ein Subjekt"²⁶⁾. Dasjenige Individuum, das bestimmte seiner Eigenschaften sich explizit zum Inhalt seiner Zwecke macht, das näher seine Bedürfnisse und deren Befriedigung sich explizit zum Zweckinhalt s e t z t, ist "moralisches Subjekt". In dieser letzteren Bedeutung, als sein Wohl sich explizit zum Maßstab seines Handelns machendes Subjekt, wird vom Individuum und seiner Stellung als einem Glied der bürgerlichen Gesellschaft gesprochen.

Als "absichtlich" handelndes und sein Wohl ausdrücklich allein im Blick habendes Individuum wird das Subjekt jedoch in der "bürgerlichen Gesellschaft" nur in einer defizienten Gestalt berücksichtigt. Im Kapitel über die Moralität folgt auf den Abschnitt über das "Gute und das Gewissen", in dem das Subjekt der Tradition folgend (Kant) emphatisch als m o r a l i s c h e s, als einem selbsthervorgebrachten Prinzip, das das Allgemeine mit einbezieht, folgendes und durch sein "Gewissen" in seinem Handeln kontrolliertes Individuum bestimmt wird. In dieser emphatischen Gestalt ist das moralische Subjekt jedoch in der Rechtsphilosophie n u r Gegenstand im Kapitel über die Moralität und kommt in sonstigen Kontexten nicht mehr vor. Weder tritt es in dieser Bestimmung in der bürgerlichen Gesellschaft, noch im Staat auf. Das Individuum als moralisches Subjekt im emphatischen Sinne ist eine Gestaltung, auf die in der Rechtsphilosophie zwar aufmerksam gemacht wird, auf die es aber bei der Durchsetzung objektiven Geistes, bei der Ausbildung institutionalisierter Interaktion u n d bei deren Beurteilung nach Hegel nicht mehr ankommt²⁷⁾. Sehr wohl bedarf es aber, folgt man Hegel

26) VII, 90

27) So ist der Abschnitt über das "Gute und das Gewissen", sieht man immanent auf die Hegelsche Ge-

im Aufbau seines Texts, als Bedingung für das Entstehen und das Bestehen bürgerlicher gesellschaftlicher Zustände - gesellschaftlicher Verhältnisse - des aus-

dankensführung, in der Rechtsphilosophie überflüssig. Für eine Hegelkritik allerdings, die den Anspruch des Subjekts, sich in den Institutionen nicht nur in seiner Bedürfnisnatur und den an sie anschließenden Zwecksetzungen, sondern auch in seiner Vernunft wiederzufinden, in seinem Vermögen, i n s i c h einen Maßstab für eine allgemeine Ordnung zu haben, wäre - etwa in einem Anschluß an Kant - dieser Abschnitt sehr wohl bedeutsam. Hegel desavouiert Kants Ausgang von der Moralität als prinzipiell und unhintersehbar subjektiv; er bestreitet, daß das Subjekt in sich selbst einen Maßstab finden könne, der zugleich Prinzip einer "allgemeinen Gesetzgebung" zu sein vermöchte; er bestreitet prinzipiell die Selbsttranszendierungsfähigkeit des Subjekts zum "sittlichen Allgemeinen" (vgl. VII, 193 ff.) und befindet sich damit in der Tradition von Machiavelli und Hobbes. Zwar spricht Hegel dem Subjekt eine "Berechtigung" zu, "i n s i c h und a u s s i c h selbst zu wissen, was Recht und Pflicht ist, ... ob aber das Gewissen einem b e s t i m m t e n I n d i v i d u u m s dieser Idee des Gewissens gemäß ist, ob das, was es f ü r g u t h ä l t oder ausgibt, auch wirklich gut ist, dies erkennt sich allein aus dem I n h a l t dieses Seinsollenden. Der Staat kann deswegen das Gewissen in seiner eigentümlichen Form, d.i. als s u b j e k t i v e s W i s s e n nicht anerkennen ..." (VII, 196 f.)

In der Konsequenz ist diese Ansicht Hegels totalitär. Denn vor welcher Instanz sollte das Subjekt denn seine "Berechtigung" ... "aus sich selbst zu wissen, was Recht und Pflicht ist" zur Geltung bringen, ist doch der Staat, gegenüber dem das Subjekt ja dieses Recht zur Geltung zu bringen hätte, nach Hegel per definitionem, weil allgemeiner, prinzipiell höhergewichtetes Realisat von Vernunft. Er ist Realisat jenes Seinsollenden, nach dem sich das Subjekt auszurichten hat. Die Versöhnung des Gewissens mit dem Allgemeinen ist nur durch das moralische Subjekt, nicht und niemals durch den Staat zu leisten. Sie besteht in einer bruchlosen Assimilation an dessen Forderungen. Der Staat ist ja das realisierte Seinsollende.

→

gebildeten absichtlich handelnden und sein Wohl im Blicke habenden Subjekts. Um absichtlich aber handeln zu können, bedarf das Individuum nun einer differenzierten eigenen Sprache, in der es seine Zwecke und sein Tun und dessen Wirkungen expliziert.

"Subjekt" und "Person": Mit der Beantwortung von zwei Fragen (a) (b) möchte ich, unter Anlehnung an den Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft²⁸⁾ den Versuch machen, die Hegelsche Unterscheidung von "Subjekt" und "Person" einzuholen. Ich werde dabei von einem dialogischen Konzept her meinen Ausgang nehmen: dialogisch, weil ich den Ausgang von Verhältnissen nehme. Ich werde dabei die Reihenfolge, die Hegel selbst im gegliederten Aufbau der Rechtsphilosophie wählt - er beginnt mit der "Person", spricht dann über das "Subjekt", dann über die "Fa-

Nicht ist erst jeweils - in Bezug auf ein gemeinsames Beurteilungsprinzip, dem Staat und dem moralischen Subjekt gleichermaßen unterliegen, - zu prüfen, bei welcher Instanz, gemäß dem "Inhalt dieses Seinsollenden" (s.o.), das höhere Recht liegt. Insofern reduziert sich die Berechtigung des Subjekts, seinem Gewissen zu folgen, auf das Recht, dieses an den bestehenden Staat und dessen Forderungen anzupassen. Nicht aber hat es ein Recht, gleich aus welchem Kriterium es dieses auch zieht, sich aus seinem Gewissen heraus gegen den Staat zur Geltung zu bringen. Ein "Frevel" wäre es, diese - ja vom Subjekt zu vollbringende - Übereinstimmung (ein "Heiligtum") "anzutasten" (VII, 197), ein "Frevel", der allerdings, dies folgt aus dem Vorhergehenden, wiederum nur vom Subjekt überhaupt vollbracht werden könnte. Der Staat hat ja niemals ein Korrektiv am Gewissen. In seiner Behauptung, daß der Staat realisierte Vernunft - Idee - sei, liegt der Grund, warum der Abschnitt über das "Gute und das Gewissen" in Hegels Rechtsphilosophie überflüssig ist.

28) Ich benutze vor allem den in § 209 (VII, 286 f.) explizierten Sachverhalt. Zu dessen weiterer Interpretation vgl. unten S. 195 ff.

milie", den "Bürger", den "Staatsbürger" - zunächst außerachtlassen. Diese Reihenfolge verdankt sich dem - wie ich es nennen möchte - n o r m a t i v e n Aufbau, dem die Hegelsche objektive Geistesphilosophie folgt, dem Ausgang von einem Beurteilungsprinzip für die bestehenden Institutionen²⁹⁾ und der methodischen - dialektischen - Entwicklung der Unterscheidungen aus ihm.

(a) Die Beantwortung der ersten Frage ergibt sich unmittelbar aus dem bereits Dargelegten. Sie lautet: Zu welchem Zweck fordern in der bürgerlichen Gesellschaft Subjekte in Form von allgemeinen Aufforderungen (Normen) einander auf und wozu befolgen sie diese Aufforderungen selbst? Sie tun dies eben darum, weil sie Subjekte sind, weil sie einerseits eine differenzierte Einsicht in Tat-Wirkungszusammenhänge haben, die ihrem absichtlichen Handeln zugrundeliegt u n d weil sie sowohl die Befolgung der Normen durch andere, als auch die eigene Normenaktualisierung als M i t t e l zur je besonderen Zweckerfüllung, deren Zusammenhang das Wohl definiert, selbst verstehen.

(b) Die zweite Frage betrifft näher die G r ü n d e, die die Subjekte veranlassen, die Normen zu b e f o l g e n: Wodurch ist die Befolgung der Normen ein M i t t e l zur Erfüllung der besonderen Zwecke der Subjekte?

Diese Frage ist einfacher an einem singulären Aufforderungsverhältnis zu beantworten und dann unschwer nach der angegebenen Deutung der Normen als Aufforderungen von jedermann an jedermann auf allgemeine Verhältnisse zu übertragen.

29) Dieses Prinzip wird in § 27 (VII,78) der Rechtsphilosophie formuliert.

Ein Subjekt S_1 fordert ein anderes Subjekt S_2 auf, eine bestimmte Handlung H zur Erfüllung eines dem Inhalt nach durch ein individuelles Bedürfnis bestimmten Zwecks Z_1 von S_1 auszuführen. Zugrundegelegt sei hierbei, daß sich sowohl S_1 , als auch S_2 ausschließlich von ihrem "Wohl" - vom "Prinzip der Besonderheit" - in ihren Zweckverfolgungen leiten lassen. Unter dieser Bedingung erfüllt S_2 die Zwecksetzung von S_1 , die ja nicht zugleich unmittelbar eine von S_2 ist, nur dann, wenn S_1 (- in allgemeinen Verhältnissen im weitesten Sinne verstanden -) seinerseits Adressat auch zumindest einer Aufforderung zur Ausführung einer Handlung ist, die ihrerseits einen Zweck Z_2 von S_2 erfüllt; wobei die Befolgung dieser Aufforderung durch S_1 von S_2 an die Befolgung der von S_1 an S_2 ergangenen Aufforderung, eine Handlung auszuführen, gebunden wird. S_1 und S_2 machen die Befolgung der an sie ergehenden Aufforderungen komplementär von der Befolgung der von ihnen selbst jeweils ausgehenden Aufforderungen abhängig. Zunächst ist damit nur die Handlung des jeweils anderen ein **M i t t e l** zur Erfüllung der eigenen Zwecke.

Wird die Komplementarität durchbrochen, das heißt befolgt etwa S_2 nicht die von S_1 ausgehende Aufforderung, dann wird als Wirkung das von S_2 selbst zu seinen Zwecken intendierte Verhältnis zu S_1 von S_1 nicht aktualisiert werden. Der von S_1 verfolgte Zweck wird ebenso, wie der von S_2 verfolgte, **n i c h t** erfüllt. Das komplementär intendierte Verhältnis wird **n i c h t** aktualisiert.

Es sei nun angenommen - und dies ist eine weitere Bedingung - daß mit der Nichtaktualisierung des intendierten Verhältnisses eine prinzipielle Nichterfüllung der besonderen Zwecke der Subjekte, zu deren Erfüllung sie sich gegenseitig auffordern, als **W i r -**

k u n g verbunden ist, daß die Subjekte mit anderen Worten über die Zweckerfüllungen des jeweils anderen Subjekts verfügen. Eine V e r f ü g u n g zu haben, das heißt: Die Ausführung der Handlung, zu der aufgefordert wird, ist (1) von den Reden abhängig, die das aufgeforderte Subjekt mit sich selbst tatvorgängig führt; u n d (2) die Zweckerfüllung des auffordernden Subjekts ist ausschließlich durch die Handlung des aufgeforderten Subjekts erreichbar.

Unter welchen Bedingungen tritt eine Zweckerfüllung eines Subjekts a l l e i n als Wirkung des Handelns eines bestimmten anderen Subjekts ein? Die Ausführungen von Handlungen sind von bestimmten Eigenschaften des Handelnden, sei es von durch Natur vorgegebenen, sei es auch von durch "Bildung" erworbenen, abhängig. Es sind dies die "b e s o n d e r e n , k ö r p e r l i c h e n u n d g e i s t i g e n G e s c h i c k l i c h k e i t e n"³⁰⁾. Die Ausführung von Handlungen ist zum anderen vom Gebrauch gewisser äußerer Gegenstände - sie definieren die weiteren "Möglichkeiten der Tätigkeit"³¹⁾ abhängig. Letztere werden teils vorgefunden, teils sind sie in ihrem Bestehen ihrerseits Wirkungen von Handlungen, Wirkung einer "Formierung". Die Zweckerfüllung eines Subjekts S_1 ist dann allein Wirkung des Handelns eines anderen Subjekts S_2 , wenn letzteres a l l e i n die zur Ausführung der Handlungen erforderlichen Gegenstände gebraucht. Ein Subjekt v e r f ü g t über die Zweckerfüllungen eines anderen Subjekts, wenn der Einsatz dieser - ihm allein vorbehaltenen - Fähigkeiten bzw. der Einsatz jener äußeren Gegenstände a l l e i n von seinen - mit sich selbst geführten - Reden abhängt. Die Fähigkeiten bzw. äußeren Gegenstände - Hegel spricht

30) VII,123

31) ebda

in Bezug auf beide von "Sachen"³²⁾ - die ein Subjekt willentlich aufgrund tatvorgängiger Reden mit sich selbst zur Ausführung seiner Handlungen einsetzt, definieren seinen "Besitz".

"Daß ich etwas in meiner selbst äußern, Gewalt habe, macht den Besitz aus ..." ³³⁾

Jemandem Besitz zuzusprechen, das ist gleichbedeutend damit, ihm eine individuelle Disposition zu Handlungen und damit eine individuelle Verfügung über Zweckerfüllungen zuzusprechen. Daß jemand Besitz hat allein heißt allerdings noch nicht, daß er damit auch über Zweckerfüllungen von anderen verfügt. Zunächst nämlich kann von Besitz auch bezüglich von "Möglichkeiten der Tätigkeit" zu eigenen Zweckerfüllungen gesprochen werden. Um bei dem beliebten Beispiel der Nationalökonomie zu bleiben: auch Robinson ist Besitzer.

Von einer individuellen Verfügung über Zweckerfüllungen von andern ist erst dann zu sprechen, wenn bestimmte Handlungsdispositionen ausschließlich bestimmten Subjekten zuzusprechen sind, wobei diese Dispositionen Bedingungen für Handlungen sind, deren Wirkungen von anderen Subjekten als Inhalte ihrer Zwecke, oder was dasselbe ist, als Willensbestimmungen ausgezeichnet werden. Und so kann die eingangs gestellte Frage dahingehend beantwortet werden, daß die Subjekte die Normen befolgen - immer unter der Bedingung des "Prinzips der Besonderheit" - weil sie von bestimmten Handlungsdispositionen, die Bedingungen ihrer Zweckerfüllungen sind, ausgeschlossen sind und die Ausführung der an jene Handlungsdispositionen gebundenen Handlungen

32) Vgl. VII, 96 ff.

33) VII, 99

zur eigenen Zweckerfüllung davon abhängig ist, daß die Normen befolgt werden. Die Normen ihrerseits fordern dazu auf, bestimmte Handlungen auszuführen, deren Bedingung bestimmte ausschließliche Handlungsdispositionen sind, die ihrerseits Wirkungen haben, die von anderen als Zweckinhalte ausgezeichnet werden.

Es ist von individuellem Besitz, von Privatbesitz die Rede. Der institutionalisierte Lebensvollzug, der vom "Prinzip der Besonderheit" geleitet wird, ist als Realisierung eines Systems von Normen verstehbar, die sich an all jene wenden, die Privatbesitzer sind unter der Bedingung, daß dieser Privatbesitz eine Bedingung für die Zweckerfüllungen von anderen Privatbesitzern ist..

In allgemeinen unter dem Prinzip der Besonderheit stehenden Verhältnissen haben die Subjekte füreinander G e l t u n g, das heißt: Sie sind füreinander Individuen, deren Aufforderungen - die nun allerdings in Form von Normen vorliegen - zu befolgen sind, nicht ~~an~~ ihrer "besonderen" Eigenschaft, bedürftige Wesen zu sein. Sie haben füreinander Geltung als komplementär aufgrund von Privatbesitz über Zweckerfüllungen verfügende Individuen. Sie haben Geltung füreinander in e i n e r ihrer Eigenschaften - als "abstrakte Personen". Der zugrundeliegende Inhalt des Zwecks, der das Verhältnis begründet, ist nicht die "Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen"³⁴⁾.

In der bürgerlichen Gesellschaft treten jeweils bedürftige Subjekte dem Prinzip der Besonderheit folgend anderen bedürftigen Subjekten komplementär

34) VII,278

in der Eigenschaft, "abstrakte Personen" zu sein, gegenüber. Es stehen sich "im Verhältnis zu anderen rechtlichen Personen ihre Selbsterhaltung vermittelnde Individuen"³⁵⁾ einander gegenüber. Insofern die Subjekte in dieser isolierten Eigenschaft allein füreinander Geltung haben, betrifft das System der Normen ebenfalls ausschließlich diese Eigenschaft. Institutionen, die sich explizit wieder an der Bedürfnisbefriedigung (aller) orientieren - sie liegen bei Hegel in der Polizei und der Korporation vor - sind keine streng "rechtlichen" Instanzen mehr. Sie überschreiten bereits den g e s e l l s c h a f t - l i c h e n Lebensvollzug. Das für die bürgerliche Gesellschaft genuin geltende Normensystem regelt die Beziehungen der Privatbesitzer zueinander. Es definiert die R e c h t s v e r h ä l t n i s s e.

Ich habe (a) bislang den Ausdruck "abstrakte Person", ohne ihn näher zu bestimmen, verwendet. Ich habe (b) bislang der Ausdruck "Eigentum", der bei Hegel im Kapitel über das abstrakte Recht gebraucht wird, vermieden und das Wort "Besitz" verwendet. Ich möchte zu diesen Wörtern eine terminologische Klärung vornehmen.

(a) Von der "konkreten Person" spricht Hegel im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft als von demjenigen Individuum, welches "sich als Besonderes Zweck ist"³⁶⁾. "Konkrete Person" und jenes defiziente "moralische Subjekt", das im Abschnitt über die Absicht und das Wohl bestimmt wird, werden so gleichbedeutend verwendet. "Die B e s o n d e r h e i t des Willens" dagegen ist "in der abstrakten Persönlichkeit als solcher noch nicht enthalten"; ..."(es)

35) VII, 327

36) VII, 262

kommt ... auf das besondere Interesse, meinen Nutzen oder mein Wohl (nicht) an - ebenso wenig auf den besonderen Bestimmungsgrund meines Willens, auf die Einsicht oder Absicht"³⁷⁾. Über die abstrakte Person wird von Hegel unabhängig zu den je besonderen Zwecken der Individuen geredet. Dies ist die negative Abgrenzung dieses Ausdrucks.

(b) Von "Eigentum" spricht Hegel im Kontext des normativen Aufbaus der Rechtsphilosophie. Der Besitz, das Bestehen von Handlungsdispositionen ("Möglichkeiten der Tätigkeit") zur Erfüllung von besonderen Zwecken, liegt in diesem normativ-methodischen Aufbau zunächst noch nicht im Blicke. Dies ist näher zu erläutern.

Der Besitz wird dadurch definiert, daß (1) "Ich etwas in meiner ... äußeren Gewalt habe" u n d (2) dadurch, "daß Ich etwas aus natürlichem Bedürfnisse, Triebe und der Willkür zu dem meinigen mache" - aus besonderen Zwecken also heraus. Im Unterschied dazu ist für das Eigentum definierend, daß die "Gewalt" über "Sachen" Realisat meines Willens, meiner "Freiheit" ist³⁸⁾. Das Eigentum ist Idee des individuellen Willens, sofern dieser eine äußere Welt vorfindet. Die Rede vom Besitz betrifft nur eine "äußerliche Seite"³⁹⁾ - "äußerlich" innerhalb des normativ-methodischen Kontextes. Die Rede über das Eigentum betrifft die "substantielle Seite", "daß Ich als freier Wille mir im Besitze gegenständlich und hiermit erst wirklicher Wille bin ..." ⁴⁰⁾.

Auf den normativ-methodischen Aufbau der Rechtsphilosophie habe ich bislang nur im Sinne einer potentiellen Kennzeichnung verwiesen. Bevor ich näher auf die He-

37) VII,91

38) VII,99 (§45)

39) VII,135 (§78)

40) VII,99 (§45)

gelsche Argumentation um das Eigentum eingehe, möchte ich den Versuch machen, dieses Vorgehen näher zu skizzieren. Ich will dann anschließend dieses Vorgehen am Beispiel der Person und des Eigentums exemplifizieren. Im Anschluß an diese Ausführungen werde ich zeigen - und damit zum Ausgangspunkt zurückkehren - an welcher Stelle in Hegels Rechtsphilosophie eine Reflexion auf die "objektive" Aufgabe der Sprache ihren Ort hätte.

Ziel der Rechtsphilosophie ist es, die modernen Institutionen zu "begreifen". Begreifen heißt; Die Zwecke, zu denen die institutionalisierten Handlungsweisen als Mittel verstanden werden können, werden auf ihre G e r e c h t h e i t hin beurteilt. Die Beurteilung erfolgt mit Hilfe eines Prinzips, von dem einsichtig ist, daß es sich als Beurteilungskriterium für die Gerechtigkeit von Lebensvollzügen eignet.

Dem B e g r e i f e n ist die Bildung eines V e r - s t ä n d n i s s e s vorgeordnet, das seinerseits wieder von einem - zunächst noch nicht expliziten - V o r b e g r i f f geleitet ist.⁴¹⁾, der ein Relevanzkriterium bezüglich der Inhalte darstellt, die dem Begreifen schließlich zugeführt werden. Die Verständnisbildung besteht darin, a d ä q u a t Handlungsweisen Zwecke unterzulegen, zu deren Realisierung sie geleistet werden. Diese Verständnisbildung wird von Hegel im enzyklopädischen Aufbau seiner Philosophie nicht geleistet⁴²⁾, sondern schon vorausgesetzt. Es gilt, "was ist zu begreifen" - das ist die "Erkenntnis", "was ist", das ist zumindest schon "bekannt". Hegel greift, ohne im einzelnen dafür zu argumentieren, in seiner Rechtsphilosophie die von anderen Wissenschaften schon geleistete Verständnis-

41) Vgl. hierzu S.Blasche/O.Schwemmer, Methode und Dialektik. Vorschläge zu einer methodischen Rekonstruktion Hegelscher Dialektik. In: M.Riedel (Hrsg.), Rehabilitation der praktischen Philosophie, Bd. I, Freiburg 1972, S.481

bildung auf. Aus der Nationalökonomie, die "das Interessante (zeigt), wie der Gedanke (s. Smith, Say, Ricardo) aus der unendlichen Menge von Einzelheiten, die zunächst vor ihm liegen, die einfachen Prinzipien der Sache, den in ihr wirksamen und sie regierenden Verstand herausfindet"⁴³⁾, läßt er sich die Ausgrenzung der Handlungsweisen vorgeben, die als zu bedürfnisbestimmten Zwecken geleistet verstehbar sind und die Erkenntnis, daß die bedürfnisgebundenen allgemeinen Lebensvollzüge unter dem Prinzip der Besonderheit stehen. Das moderne Naturrecht, das mit seinen Vertretern bei Hegel allerdings kaum so explizite Erwähnung hinsichtlich ihrer Methode findet, liefert ihm mit seiner Vertragstheorie die Erkenntnis, daß die Verhältnisse, die die Subjekte von sich aus um ihrer besonderen Zwecke willen eingehen, allgemein sind und Rechtsverhältnisse definieren⁴⁴⁾. Mit der französischen Revolution sieht Hegel dieses Recht endgültig "positiv" werden. Das Recht ist "notwendig ... als Schutz für die Besonderheit ... es tritt in die Existenz, weil es nützlich für die Bedürfnisse ist"⁴⁵⁾.

Aufgrund der ausschließlichen individuellen Handlungsdispositionen, die die Zweckerfüllungen anderer In-

42) Vgl. ebda die Bemerkungen S. 479

43) VII, 271

44) Hegel ist nun allerdings nicht der Ansicht, daß der moderne sittliche Staat sich auf Verträge zwischen den ihre besonderen Zwecke verfolgenden Individuen gründet (vgl. III, 91; VI, 296, 393 f.; VII, 132 f.). Der moderne Staat gründet nicht, wie die "Verhältnisse des Privateigentums" (VII, 132) auf einem - und hier verwendet Hegel eine Formulierung von Hobbes - "Vertrag Aller mit Allen" oder einem "Vertrag dieser Aller mit dem Fürsten" (ebda), sondern Verträge selbst haben nach Hegel erst einen "v o l l s t ä n d i g e n wirklichen Sinn" (VI, 388) innerhalb des Staates, der seine Grenze nicht an

dividuen einschließen, interagieren in der bürgerlichen Gesellschaft explizit ihre Bedürfnisse als oberste Zwecke auszeichnende Subjekte unter expliziter Geltendmachung ihrer Handlungsdispositionen miteinander und begründen unter dem Prinzip der Besonderheit stehende allgemeine Verhältnisse.

Sowohl die *i n d i v i d u e l l e* Verfügung über Handlungsdispositionen, als auch die Auszeichnung der Bedürfnisse als oberste praxisleitende Zwecke, als auch die explizite Einsetzung und Ausweitung von individuell vorbehaltenen Handlungsdispositionen, ist *W i r k u n g* einer historisch-faktischen Entwicklung. Die historische Ausbildung der individuellen Handlungsdispositionen macht Hegel - wenn auch sehr allgemein - im Abschnitt über das System der Bedürfnisse⁴⁶⁾ namhaft. Danach ist das System der Bedürfnisse ein Bildungsprozeß, Ausweitung "theoretischer" und "praktischer Bildung"⁴⁷⁾. Eine fortschreitende je hochstilisiere und effektivere Mittelbereitstellung hat eine fortschreitende "Verfeinerung" der "Weisen der Befriedigung" der "partikularisierten Bedürfnisse" und schließlich auch deren "Verfeinerung" und "Vervielfältigung" wildwüchsig im Gefolge⁴⁸⁾.

"Für uns", die Betrachter eines solchen Prozesses, sind die Bedürfnisse, zu deren Befriedigung die vergemeinschafteten Individuen handeln, je "besondere" - die von *I n d i v i d u e n*. Das heißt aber nicht,

der "Willkür des Einzelnen" (VII,133) hat. Wohl aber gründet der "Not- und Verstandesstaat" (VII, 262) - die bürgerliche Gesellschaft - auf der "Verwirklichung" des "selbstsüchtigen Zwecks".

45) VII,286. Allerdings, so fügt Hegel auch an dieser Stelle seinem normativ-methodischen Konzept folgend an, betrifft die Gebundenheit des Rechts an die Bedürfnisse nur dessen "äußerliche" Seite. Denn es kommt nach ihm vom "Begriff" her.

46) VII,270 ff. 47) Vgl. VII,276 48) Vgl. VII,272 f.

daß jene Individuen selbst schon ihre je besonderen Bedürfnisse auch als für sich selbst leitende besondere Zwecke explizit gegeneinander zur Geltung bringen. Zunächst einmal werden die Bedürfnisse der Einzelnen unmittelbar durch das gemeinsame Handeln befriedigt. Es besteht für die Individuen noch kein Grund, ihre Bedürfnisse selbst gegeneinander als besondere Zwecke zu formulieren. In der auf der Agrikultur gründenden Familie sieht Hegel jene unmittelbar die Bedürfnisse der Einzelnen befriedigende Praxis unter Anwendung sich b e g r e n z t differenzierender Mittel verwirklicht.⁴⁹⁾ Hier wird die "(Subsistenz) ... weniger durch die Reflexion und e i g e n e n (Sperrung von mir) Willen vermittelt", als vielmehr aufgrund einer "substantiellen Gesinnung" - auf "Zutrauen" gründend. Zutrauen doch darauf, daß die Familie unmittelbar, das heißt ohne die explizite Reflexion auf die individuellen Handlungsdispositionen, für die Subsistenz ihrer einzelnen Mitglieder sorgt.

In dem Maße nun, wie sich die Mittel differenzieren, wird der unmittelbare Zusammenhang von Natur und Bedürfnisbefriedigung verlassen, der noch der Agrikultur eigen gewesen ist. Ist in der Agrikultur die "Natur die Hauptsache, und der eigene Fleiß ... dagegen das Untergeordnete", so wird nun "der Verstand das Wesentliche ... und das Naturprodukt nur als Material betrachtet ..." ⁵⁰⁾. Die Loslösung von natürlichen Ge-

49) Der "Boden ... (erfordert) nicht nur unbestimmte Abnutzung, sondern eine objektive Formierung"(VII, 280), eine Mitteldifferenzierung. Dennoch bleibt die Arbeit letztlich an "feste Natur-Epochen" und die "veränderliche Beschaffenheit des Naturprozesses" gebunden, womit der Mitteldifferenzierung, daß die Landwirtschaft "wie eine Fabrik betrieben wird" nach Hegel ein für allemal eine Grenze gesetzt ist. (Vgl. VII, 281, § 203 Zus.)

50) VII, 282

gebenheiten besteht in der Differenzierung der Mittel, einer Spezifizierung der Produktion, der Hervorbringung einer " T e i l u n g d e r A r b e i t e n ". Letztere hat eine Vervollständigung der "Abhängigkeit" und "Wechselbeziehung der Menschen" im gefolge⁵¹⁾. Sie ist Bedingung für die Ausbildung eines allgemeinen Lebensvollzugs, der auf der Bedürfnisbefriedigung gründet.

Durch die Arbeitsteilung, die sich, so läßt sich ihr Entstehen rekonstruieren, einer technischen Argumentation der Handelnden verdankt, werden individuelle Verfügungen über Zweckerfüllungen von anderen geschaffen⁵²⁾. Damit die Bedürfnisse überhaupt auf der bisherigen Höhe, geschweige denn auf einer höheren Warte, befriedigt werden können, sind die Individuen aufgrund der Ausschließlichkeit der Verfügung über Handlungen aneinander verwiesen - sie "(haben) die Notwendigkeit ... nach Anderen sich herauszuwenden"⁵³⁾.

Mit fortschreitender Arbeitsteilung wird der Lebensvollzug verallgemeinert und ist nicht mehr ohne weiteres für die Individuen überschaubar. Die Bedürfnisbefriedigung der Individuen ist nur noch für diejenigen gesichert, die die Handlungen der jeweils anderen für ihre Zwecke zu aktivieren vermögen. Dies vermögen sie aufgrund der ihnen selbst eigenen Verfügung über Handlungen, die ihrerseits Zwecke der anderen Individuen erfüllen. Auf dem Markt werden die

51) VII, 277

52) An dieser Stelle läßt sich die Formulierung von Marx aus der Deutschen Ideologie anführen, daß "Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Ausdrücke (sind) - in dem Einen wird in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem Anderen in Bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird" (Marx/Engels, Werke, Berlin 1969, Bd. III, S. 32).

53) VII, 280

komplementären Handlungsdispositionen deutlich. Im Tausch zeigt sich, ob jemand eine derartige Handlungsdisposition hat oder nicht. In dem Maße, wie der Abhängigkeitszusammenhang anonymer und unüberschaubarer - weil allgemeiner - wird, in dem Maße beginnen die Individuen, das Bestehen individueller Handlungsdispositionen zum ausdrücklichen Zweckinhalt zu machen. Die Gefährdung der Bedürfnisbefriedigung durch die tendenzielle Monopolisierung von Mitteln in individuellen Händen - die Monopolisierung erfolgt auf einer ersten Stufe komplementär - veranlaßt zur expliziten individuellen Reflexion auf jene Mittel. Und so wird der Erwerb und der Erhalt von individuellem Privatbesitz zur Bedingung für eine gesicherte Bedürfnisbefriedigung im sich verallgemeinernden Bedürfnisbefriedigungsvollzug. Der Privatbesitz leitet die Zwecksetzungen der Handelnden, da nun über ihn vermittelt nur noch die Subsistenz gesichert ist, da es nun - wo das Zutrauen auf die Gesinnung der Anderen nicht mehr gegeben ist - zusätzlicher Sicherungen für die Subsistenzsicherung bedarf.

Mit der Gefährdung der Bedürfnisbefriedigung durch deren Bindung an das Bestehen individueller Handlungsdispositionen geht aber auch eine Reflexion auf die Bedürfnisse selbst einher. Sie werden, da von Natur an die Individuen gebunden - ihrem "Sein" nach sind sie individuell - von diesen Individuen nun explizit als besondere Zwecke ausgezeichnet. Die Individuen treten als ausdrücklich in Hinsicht auf H a n d - l u n g s d i s p o s i t i o n e n und in Hinsicht auf ihre B e d ü r f n i s s e sich unterscheidende Subjekte einander gegenüber.

Eine zusätzliche Sonderung tritt dadurch ein, daß aufgrund der wildwüchsig sich ausweitenden Monopolisie-

zung von Handlungsdispositionen und aufgrund dessen, daß einige Individuen in deren Gefolge *r e l e - v a n t e r* über Zweckerfüllungen⁵⁴⁾ anderer Individuen verfügen, als diese ihrerseits umgekehrt in Bezug auf jene, ihre Bedürfnisse *e i n s e i t i g* "vervielfältigen" und "einseitig" "verfeinerter" befriedigen⁵⁵⁾.

Die ausdrückliche Auszeichnung des Erwerbs und der Erhaltung von Handlungsdispositionen u n d die ausdrückliche Auszeichnung der Bedürfnisse - einschließlich von ~~deren~~ Vervielfältigung und verfeinerter Befriedigung - als Zweck definiert nun nach Hegel die "individuelle Freiheit". Die *a u s d r ü c k - l i c h e* - durch differenzierte eigene Sprache vorgenommene - individuelle Reflexion auf die *M i t - t e l* und die *Z w e c k e* ist (1) Bedingung jener auf dem Prinzip der Besonderheit gründenden allgemeinen Verhältnisse; denn erst dann, wenn die Individuen ihr Handeln "für sich" selbst unter ein Prinzip stellen, ist gesichert, daß der Lebensvollzug ohne Brüche *g l e i c h e* Zwecke verfolgt. Sie ist (2) Ausdruck einer individuellen Verfügung über Lebensvollzüge, Ausdruck jener "individuellen Freiheit".

Im Freiheitsbegriff überschneiden sich nun bei Hegel historisch-methodisches Vorgehen - innerhalb dessen der Ausdruck "Besitz" seinen Ort hat - und normativ-

54) Ein Subjekt S_1 verfügt dann *r e l e v a n t e r* über Zweckerfüllungen eines anderen Subjekts S_2 , wenn es ausschließliche Handlungsdispositionen hat, deren Aktualisierungen in dessen Zwecksystem Zwecke höherer Präferenz erfüllen, als umgekehrt das Subjekt S_2 unter Aktualisierung der ihm eigenen Handlungsdispositionen in Bezug auf die nach Präferenz strukturierten Zwecke von S_1 .

55) Auf diese Entwicklung verweist Hegel VII,265 (§185) und VII,316 ff.

methodisches Vorgehen. Findet sich das historisch-methodische Vorgehen am ehesten im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft, so das letztere in dem Kapitel über das abstrakte Recht, nimmt das erstere Vorgehen einen ausdrücklichen, wenn auch schon stark "finalisierten" und "funktionalisierten"⁵⁶⁾ Rekurs auf die Geschichte, so wird im normativ-methodischen Konzept auf diesen Rekurs Verzicht geleistet.

Der historisch-methodische Aufbau, den ich in groben Zügen - teilweise Hegel folgend, teilweise modifizierend und ergänzend - skizziert habe, geht aus von einer gegenwärtigen kulturell vermittelten Praxis, um deren V e r s t ä n d n i s es geht. In ihm wird unter Zuhilfenahme eines Rekurses auf deren geschichtliche Gewordenheit nach den f a k t i s c h leitenden Prinzipien und Bedingungen dieser Praxis gefragt. Am Ende eines konsequent durchgeführten historisch-methodischen Vorgehens würden etwa folgende Sätze stehen - Hegel übernimmt sie aus der durch die Nationalökonomie und das Naturrecht vorgenommenen Verstandisleistung: Unsere gegenwärtigen Lebensvollzüge oder wenigstens ein bestimmter Teil derselben ist als ein auf dem Prinzip der Besonderheit gründendes allgemeines Verhältnis verstehbar. Bedingung des Bestehens dieser Verhältnisse ist die Erreichung eines gewissen hochstilisierten, aufgrund technischer Bildung entstandenen, Standes der Mitteldifferenzierung, einer Organisation der Mittel (Arbeitsteilung) und eine Bedürfnisdifferenzierung u n d im Reflex hierauf die explizite Auszeichnung des Erwerbs und

56) Vgl. zum "finalisierenden" und "funktionalisierenden" Vorgehen bei der Rekonstruktion faktischer Genesen näher Blasche/Schwemmer, Methode und Dialektik, a.a.O., S.475.

des Bestehens von ausschließenden Handlungsdispositionen und die explizite Auszeichnung der Bedürfnisse, einschließlich von deren Differenzierung, als Zweck durch die handelnden Individuen selbst.

Ein methodisches Vorgehen der angezeigten Art nennt Hegel selbst⁵⁷⁾ eine "geschichtliche Erklärung und Rechtfertigung". Er betont, daß man diese nicht "zur Bedeutung einer an und für sich gültigen Rechtfertigung" ausdehnen oder sie mit einer solchen verwechseln solle. Hegel macht also der Sache nach selbst einen Unterschied zwischen Verstehen und Begreifen.

Eine "an und für sich gültige Rechtfertigung" hat das "Entstehen aus dem Begriffe" zu zeigen. Diesen Begriff formuliert Hegel in der Einleitung zur Rechtsphilosophie als den "abstrakte(n) Begriff der Idee des Willens": "der freie Wille, der den freien Willen will"⁵⁸⁾. Hegel kennzeichnet diesen Begriff auch näher als den des "Rechts"^{59) 60)}.

Ein Lebensvollzug wird nach diesem Kriterium daraufhin beurteilt, ob er als zu Zwecken geleistet rekonstruierbar ist, die ihrem Inhalt nach durch W i l l -

57) Vgl. VII, 42 ff. Hegel führt hier als Beispiel Montesquieu an, der in seinem Werk "Vom Geist der Gesetze" beabsichtigte, "einen Schlüssel zum V e r s t ä n d n i s (Sperrung von mir) der Verfassungen und Verfassungsentwicklungen zu geben ..." (E. Forsthoff in der Einleitung zum von ihm herausgegebenen "Geist der Gesetze", Tübingen 1951, Bd. I, S. XVIII)

58) VII, 78 (§27)

59) Vgl. z.B. VII, 39

60) Ich möchte an dieser Stelle noch nicht auf die Frage eingehen, inwiefern diesem Begriff eine Dignität zukommt, die dem historisch-methodisch bestimmten Vorgehen, das faktisch leitende Lebensvollzugsprinzipien expliziert, nicht zuzusprechen

l e n s b i l d u n g a l l e i n h e r v o r g e -
b r a c h t s i n d , o d e r o b e r - u n d d i e s d e f i n i e r t
g e w i s s e r m a ß e n n u r e i n e d e f i z i e n t e F o r m v o n F r e i h e i t -
a l s z u v o r g e g e b e n e n Z w e c k i n h a l t e n g e l e i s t e t r e k o n -
s t r u i e r b a r i s t . D i e W i l l e n s b i l d u n g s e l b s t i s t e i n e
g e u i n m e n s c h l i c h e H e r v o r b r i n g u n g . D i e
e m p h a t i s c h e R e a l i s a t i o n v o n F r e i h e i t i s t n a c h H e g e l
d a n n e r r e i c h t , w e n n d i e W i l l e n s b i l d u n g s e l b s t , m a n
m a g i n a n d e r e r T e r m i n o l o g i e a u c h s a g e n : d i e B e r a t u n g ,
I n h a l t d e r W i l l e n s b i l d u n g (B e r a t u n g) g e w o r d e n i s t o d e r
m i t a n d e r e n W o r t e n : F r e i h e i t i s t d a n n v o l l r e a l i -
s i e r t , w e n n d i e M e n s c h e n i h r e I n t e r a k t i o n e n u n d
K o m m u n i k a t i o n e n s e l b s t z u m G e g e n s t a n d i h r e r B e r a t u n g
m a c h e n . G e n a u e r : W e n n s i e i h r e e i g e n e n d u r c h B e r a -
t u n g s c h o n g e b i l d e t e n o d e r a l s g e b i l d e t r e k o n s t r u -
i e r b a r e n H e r v o r b r i n g u n g e n - H e g e l d e n k t h i e r b e i a n
d i e ü b e r k o m m e n e n I n s t i t u t i o n e n - b e r a t e n u n d g e s t a l -
t e n . E i n e W i l l e n s b i l d u n g , d i e i n d i e s e r W e i s e s i c h
s e l b s t z u m Z w e c k i n h a l t e h a t , h a t k e i n e n a u ß e r i h r
l i e g e n d e n Z w e c k m e h r , s i e i s t i n H e g e l s c h e r R e d e " a b -
s o l u t " (o d e r w a h r h a f t " u n e n d l i c h ") . I m m o d e r n e n S t a a t
s i e h t H e g e l e i n e d e r a r t i g e R e a l i s i e r u n g v o n F r e i h e i t
s c h o n g e g e b e n .

Nun ist nicht jeder Lebensvollzug in dieser Weise
"Idee der Freiheit", nicht jeder Lebensvollzug be-
zieht sich derart auf von ihm selbst schon hervorge-
brachte Inhalte. Die Menschen haben in ihrer Geschich-
te, und dies definiert ihre kulturelle Entwicklung,
erst gelernt zu beraten und Zwecke zu verfolgen, sich

ist. Ich möchte auch noch nicht untersuchen, an
welcher Stelle seines systematischen Aufbaus und ob
überhaupt Hegel für diesen Begriff a r g u -
m e n t i e r t . Ich möchte zunächst nur darauf
hinweisen, d a ß Hegel einen derartigen Begriff
formuliert, mit dessen Hilfe er rechtfertigt - be-
stimmt, was "Recht" ist.

Inhalte des Willens selbst zu geben und diese Inhalte selbst wieder in Frage zu stellen.

Hegel stellt sich die Aufgabe, die bestehenden Institutionen zu begreifen und zu beurteilen, inwieweit sie jeweils Realisat von Freiheit sind, inwieweit sie selbst auf Willensbildung - und zwar, da es um die Rekonstruktion objektiven Geistes geht, auf gemeinsame Willensbildung - schon zurückgeführt werden können. Er hat zunächst einmal die bürgerliche Gesellschaft vor Augen, die in ihrer vollentwickelten Gestalt durch Institutionen definiert wird, deren Aufgabe darin besteht, die Bedingungen, unter denen dies allgemeine Verhältnis überhaupt besteht, zu sichern. Das V e r h ä l t n i s, wie es im System der Bedürfnis vorliegt, besteht (1) um der "besonderen" Zwecke der Subjekte willen. An diesen Zwecken hat es seine Grenze, das heißt: Wird durch das Verhältnis nicht mehr gewährleistet, daß die Bedürfnisse der Einzelnen befriedigt werden, dann wird es von den Einzelnen, die ihr Wohl im Blicke haben, aufgelöst. Der expliziten Sicherung der "Besonderheit", daß diese Grenze⁶¹⁾ nicht überschritten wird, dient die "Polizei und Korporation"⁶²⁾. Seine Rechtfertigung erhält das System der Bedürfnisse dadurch, daß es die Subsistenz der Individuen sichert und dadurch allererst die Bedingungen für andere, als

61) Diese Grenze wird nach Hegel durch die der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Dialektik überschritten; sie zerfällt, sich selbst überlassen, in Klassen, wobei der einen Klasse nicht mehr gewährleistet ist, was Bedingung für das Bestehen des allgemeinen Verhältnisses ist, die Subsistenz, was einem Zusammenbruch der Gesellschaft gleichkommt. (VII, 318 ff.)

62) "... es soll auf mein Wohl, auf meine Besonderheit Rücksicht genommen werden, und dies geschieht durch die Plizei und Korporation". (VII, 310)

die bedürfnisgebundenen Lebensvollzüge erstellt. Das seine Zwecke explizit im Blick habende und verfolgende Subjekt ist Realisat von Freiheit, es leitet seinen Lebensvollzug durch seinen Willen. Zum anderen (2) haben die Subjekte in einer isolierten Eigenschaft, die konkreten Personen als abstrakte füreinander Geltung. Die Geltung füreinander und damit das Bestehen der allgemeinen Verhältnisse hat seine Grenze am Bestehen von Handlungsdispositionen. Deren explizitem Schutz dient die "Rechtspflege"⁶³⁾.

Der Unterschied des auf das *V e r s t ä n d n i s* gerichteten methodischen - historisch-genetisch sich orientierenden - Vorgehens vom auf das Begreifen gerichteten normativ-methodischen Vorgehen, macht Hegel in Bezug auf das Eigentum auf folgende Weise deutlich:

"Eigentum zu haben, erscheint in Rücksicht auf das Bedürfnis, indem dieses zum Ersten gemacht wird, als Mittel; die wahrhafte Stellung aber ist, daß vom Standpunkte der Freiheit aus das Eigentum als das erste *D a s e i n*⁶⁴⁾ derselben, wesentlicher Zweck für sich ist."

"Eigentum" - das "erste Dasein der Freiheit". An anderen Stelle heißt es: "das Eigentum ... (ist) Dasein der Persönlichkeit"⁶⁵⁾, und "ich (gebe) meinem Willen *D a s e i n* (und auch hier wird, wie der Kontext von §§ 36 ff. der Rechtsphilosophie ergibt, an ein "erstes Dasein"⁶⁶⁾ gedacht e.A.) durch das Eigentum"⁶⁷⁾.

63) "... durch die Rechtspflege wird die *V e r -*
l e t z u n g des Eigentums und der Persönlich-
keit getilgt." (VII, 310)

64) VII, 99

65) VII, 104

66) VII, 90 f.

67) VII, 100

Wie ist die Rede vom "Dasein der Freiheit", des "Willens" oder der "Persönlichkeit" zu verstehen? Ich beschränke mich bei der Beantwortung dieser Frage auf der Terminus "Wille".

Der Terminus "Wille" ist methodisch in Bezug auf Beratungen und gefaßte Beschlüsse, gewisse Handlungen auszuführen, zu bestimmen. Liegt eine derart argumentierende Rede vor und wird aufgrund der⁶⁷ in ihr gefaßten Beschlüsse gehandelt, dann können die Wirkungen der Handlungen, sofern sie in den Beschlüssen schon enthalten waren, als "Dasein des Willens" bestimmt werden. Liegen nun Handlungsvollzüge oder gewisse Handlungswirkungen vor, dann kann - unter Einhaltung gewisser methodischer Regeln - indem gesagt wird, d a ß sie Dasein des Willens sind, auf einen zugrundeliegenden Willen zurückgeschlossen werden. Wir sprechen in letzterem Falle von einer v e r s t e h e n d e n Rekonstruktion vorliegenden Handelns. Die Rede vom "e r s t e n Dasein des Willens" ist so zu verstehen, daß von elementarsten Handlungsvollzügen bzw. Handlungswirkungen, die w i l l e n t l i c h hervorgebracht sind bzw. als willentlich hervorgebracht rekonstruiert werden können, gesprochen wird. Es versteht sich, daß für die Verteidigung der Behauptung, daß von elementarsten Handlungen die Rede ist, Kriterien erforderlich sind.⁶⁸⁾

68) Daß das Eigentum erstes Dasein des Willens ist, folgt für Hegel, das ist aus dem Kontext des Kapitels über das abstrakte Recht ersichtbar, daraus, daß andere willentlich gestiftete und kontrollierte Lebensvollzüge allererst aufgrund einer vorgängigen Verfügung über "Sachen" zustandekommen. So etwa stehen die Individuen in Verhältnissen zueinander - in der bürgerlichen Gesellschaft - aufgrund ihrer Eigenschaft, über Zweckerfüllungen von anderen zu verfügen und diese Verfügung "für sich" auch als Zweck auszeichnen. Die pragmatische Ordnung des Nacheinanders der Daseinsformen des Willens hat ihren Ausgang und Bedingung in der Verfügung über "Sachen".

Die Gleichsetzung von erstem Dasein der Freiheit, Dasein der Persönlichkeit und Dasein des Willens verdankt sich nun allerdings der von mir schon namhaft gemachten subjektivistischen Verkürzung, von der Hegels objektive Geistphilosophie ihren Ausgang nimmt. Der Terminus Wille wird nämlich in der Einleitung zur Rechtsphilosophie (§§ 5-9) im Anschluß an die in der Philosophie des subjektiven Geistes getroffenen Bestimmungen als Terminus für den inneren geistigen Zustand eines Individuums eingeführt, und es ist schon - unhinterfragt - ehe überhaupt in das Geschäft des Begreifens eingetreten wird, vorentschieden, daß von realisierter Freiheit oder was dasselbe ist, von Dasein des Willens elementar dann auch nur hinsichtlich einer individuellen Praxis und schließlich individuellen Eigentums und individueller Handlungsdisposition gesprochen wird.

Nun mag ja immerhin, wie ich schon ausgeführt habe, eine elementare Bedingung des Bestehens der bürgerlichen Gesellschaft eine ausgebildete individuelle Verfügung über Mittel und Zwecke sein und damit das Bestehen individueller Freiheit. Es mag sich weiter auch zeigen lassen - sei es prinzipiell oder auch nur im Rekurs auf faktisch-historische Verläufe - daß die Befreiung von Zwängen, denen die Menschen aufgrund ihrer ersten Natur - infolge ihrer Bedürftigkeit - unterworfen sind, allererst in dieser Gesellschaft, im System der Bedürfnisse, mit hochstilisierten Mitteln, unter arbeitsteiliger Organisation und im Gefolge davon unter expliziter Setzung von Handlungsdispositionen und differenzierten Bedürfnissen als "besondere" - dem Individuum eigene - Zwecke auf einem Niveau "allgemein" erreicht wird, das andere - nicht bedürfnisgebundene - Realisierungen von Freiheit auf einer anderen Stufe als der der Bedürfnisbefriedi-

gung allererst ermöglicht. So folgt daraus doch nicht, daß eine Befreiung von erster Natur überhaupt erst unter, durch obige Bedingungen definierten, bürgerlichen Verhältnissen stattfindet, daß von Freiheit, von einer willentlichen Gestaltung des Lebens, erst bezüglich sich voneinander explizit besondernder Individuen zu sprechen ist. Kurz: Es ist nicht einsichtig, wieso Hegel die Rede über Freiheit und Willen in einem e r s t e n Schritt an die erfolgende Ausdifferenzierung der Individuen gegeneinander gebunden worden ist, und so ist die Behauptung, daß das individuelle Eigentum ein "e r s t e s D a s e i n" der Freiheit oder des Willens ist, jedenfalls zu hinterfragen.

Diese Behauptung ist auf zweierlei Weise kritisierbar, nämlich (1) einmal unter Hinweis auf von Hegel selbst getroffene Unterscheidung bezüglich einer vorbürgerlichen Praxis, die gleichwohl durch Elemente realisierter Freiheit definiert ist, ohne daß bezüglich ihrer von einer Ausdifferenzierung der Individuen gegeneinander gesprochen werden kann und (2) zum anderen aus prinzipiellen methodischen Überlegungen heraus, die Hegels monologischen und subjektivistischen Anfang der Rechtsphilosophie betreffen.

(1) Hegel bestimmt zwei v o r b ü r g e r l i c h e Zustände, von denen er zumindest dem einen eine gewisse - aufgrund einer, wenn auch begrenzten, Zweck-Mitteldifferenzierung - Realisation von Freiheit bei der normativen Beurteilung zuzusprechen hätte. Zum einen, und hierin schließt Hegel sich an eine gewisse Naturrechtstradition an, die in Hobbes ihren Hauptvertreter hatte, bestimmt er einen N a t u r z u s t a n d ⁶⁹⁾, in dem Individuen ihren unmittelbaren "Begierden" folgend sich im Krieg aller gegen alle

69) Vgl. dazu den Ausgangszustand, von dem aus in den Kampf um Anerkennung eingetreten wird, (II, 139 ff.)

befinden. Bezüglich dieses Zustands ist nicht von Freiheit, nicht von einer willentlichen Gestaltung des Lebens zu sprechen.⁷⁰⁾ Zum anderen ist das auf Agrikultur gründende, noch nicht "allgemeine", sondern nur kleingruppenmäßig organisierte, als Oikos bezeichnete, Verhältnis von Menschen zueinander ein vorbürgerlicher Zustand. Seine Ausgrenzung verdankt sich der an Aristoteles anschließenden Ökonomie⁷¹⁾, der Lehre von der Hauswirtschaft, die erst im 18. Jahrhundert - im Zeitalter des Merkantilismus - von der modernen Nationalökonomie verdrängt worden ist. Im "ganzen Haus" sind bedürfnisbefriedigende und sittliche Lebensvollzüge^{72) 73)} zusammengefaßt und im Grenzfalle nach außen hin "geschlossen"⁷⁴⁾. Diese Lebensvollzüge sind jedoch nicht mehr einfach hin "natürlich", sondern als von - allerdings noch nicht individuell bestimmten, sondern als von g e - m e i n s a m e n - Willensbildungen geleitet und geführt verstehbar. Im Oikos wird explizit zweckgerichtet gehandelt. Im Oikos gibt es auch eine gewisse, wenn auch noch nicht zur Handlungsweise hochstilisierte Arbeitsorganisation. Im Oikos findet -

70) Vgl. XI,72 f.

71) Wenn Hegel von "Ökonomie" spricht, dann denkt er gleichfalls noch an das ans Haus gebundene Wirtschaften (vgl. etwa VII,281 Zus.), während er bezüglich der modernen bürgerlichen Produktion von "Nationalökonomie" spricht.

72) Vgl. O. Brunner, Adeliges Landleben und europäischer Geist, Salzburg 1949; ders.: Das ganze Haus, In: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen 1968², S.103-128.

73) Vgl. zu Hegels Verständnis der Familie unten den Exkurs dieses Titels.

74) Vgl. zur geschlossenen Hauswirtschaft K.Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen 1919¹¹, S.92 ff.

und seine Beschreibung vom Neolithikum, wo er entstand, bis hin zur modernen Zeit bestätigt dies - eine noch nicht bis zur institutionalisierten Arbeitsteilung fortgeschrittene Mitteldifferenzierung statt, die von einer Bedürfnisdifferenzierung und damit von einer Ablösung von erster Natur begleitet ist. Und so ist unter Anwendung des Freiheitsprinzips bezüglich dieser vorbürgerlichen, allerdings noch nur *b e g r e n z t* allgemeinen Verhältnisse zu sagen, daß sie schon als Realisate von Freiheit begriffen werden können. Und sie sind auch noch Gegenstand bei der Beurteilung der *g e g e n w ä r t i g e n* Situation, weil sie als Teilpraxis auch noch in der bürgerlichen Gesellschaft fortbestehen⁷⁵⁾. Die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft - moralisches Subjekt und abstrakte Person - bilden sich in der Geschichte erst aus jenen Verhältnissen heraus. Sie realisieren Freiheit auf neue Weise, differenzierter und allgemeiner zwar, aber nicht von Grund auf, wie man aus Hegels Rede über das Eigentum als dem *e r s t e n* Dasein der Freiheit zu entnehmen hätte. Von Eigentum, das der subjektivistischen Verkürzung wegen für Hegel prinzipiell Privateigentum⁷⁶⁾ ist, ist bezüglich dieser vorbürgerlichen Verhältnisse nicht die Rede, und daß die Familie ihren Besitz - das "Vermögen"⁷⁷⁾ - gegen

75) Vgl. Hegel über den "substantiellen Stand" VII,180.

76) Vgl. VII,99. Nach dieser Stelle ist das "gemeinschaftliche Eigentum" durch seine mögliche Auflösung ins "Privateigentum" permanent gefährdet - es "(kann) seiner Natur nach vereinzelt besessen werden". Daraus aber, daß das "gemeinschaftliche Eigentum" "einer *a n s i c h a u f l ö s b a r e n* Gemeinschaft" angehört, folgt in keiner Weise, wie Hegel behauptet, daß es eine "Sache der *W i l l k ü r* (Sperrung von mir) ist", "meinen Anteil" im "gemeinschaftlichen Eigentum" zu

andere zur Geltung bringt, gehört erst dem "Übergang der Familie in die bürgerliche Gesellschaft" an, daß sie sich selbst nämlich - zunächst repräsentiert durch den Oikosdespoten - als "Person" in allgemeine Verhältnisse einbringt bzw. einfügt⁷⁸⁾. Kurz: Daß das Eigentum erstes Dasein der Freiheit sei, ist schon aufgrund von Hegels eigenen Ausführungen nicht einsichtig. Gleichwohl, und dies wäre dann allerdings eine Einschränkung der generellen Hegelschen Rede vom ersten Dasein der Freiheit, mag das Eigentum ein erstes Dasein individueller Freiheit sein. Die Rede über einen ausgebildeten individuellen Willen mag immerhin nur bezüglich eines Individuums zu führen sein, das sich als Eigentümer in den Verhältnissen selbst ausdrücklich zur Geltung bringt.

(2) Der Terminus "Wille" wird in der Einleitung zur Rechtsphilosophie (§ 7)⁷⁹⁾ eingeführt und zwar - ich fasse kurz zusammen - ist danach von demjenigen zu sagen, daß er w o l l e, der aufgrund seines "Denkens" beschließt, einen bestimmten Zustand herzustellen und dabei von seinem V e r m ö g e n, jeden beliebigen vorfindlichen bzw. seinerseits selbst schon

belassen. Abgesehen davon, daß die Rede von "meinem Anteil" ja selbst schon dem Auflösungsprozeß jener "Gemeinschaft" angehört, selbst dann, wenn die Individuen gelernt haben mögen, ein von ihnen singulär Erworbenes oder Erarbeitetes als i h r e Sache zu kennzeichnen, so folgt daraus in keiner Weise, daß sie "willkürlich", das heißt ohne Vernunft handeln, wenn sie auf die private Aneignung und Herauslösung aus dem "gemeinschaftlichen Eigentum" Verzicht leisten. Es liegt ein Schluß vom "Sein" auf's "Sollen" vor, wenn man von der M ö g l i c h k e i t einer Auflösung der Gemeinschaft und des Gemeineigentums darauf schließt, daß deshalb Privateigentum sein s o l l e.

77) VII,249

78) Vgl. VII,261

79) VII,58

gesetzten Inhalt aufgeben zu können (§ 5) u n d seinem Vermögen, Inhalte setzen zu können (§ 6) Gebrauch macht⁸⁰⁾. Über die "Person" spricht Hegel im Anschluß an § 7 im Kapitel über das abstrakte Recht⁸¹⁾. Und zwar ist die Person danach der "Einzelne Wille" eines Subjekts, der eine "Welt", zu der er sich als z u s e i n e n Inhalten - positiv oder negativ - verhält, vorfindet. Indem die Person diese Welt bedenkt und beschließt, sie umzugestalten, macht sie sie sich z u e i g e n. Die Welt sich aneignen, das heißt sie sich zum Zweckinhalte machen und die vorfindliche Sache aufzuheben und sich gemäß jenem Zwecke umzugestalten - die "Sache aufzuheben und sich zu der seinigen umzuschaffen"⁸²⁾. An jenem Umgang mit Sachen macht die individuelle Person die e r s t e Erfahrung mit ihrer Freiheit. Sie zeigt sich als unabhängig von gewissen vorgegebenen Inhalten und lernt, im Reflex auf's eigene willentliche Tun, ihr H a n d e l n, sich selbst als Wille und als frei zu prädisieren. Und die Personen untereinander machen über ihrem Umgang mit Sachen die Erfahrung des Wollens des jeweils anderen, wenn es etwa zu Kollisionen im Umgang mit den Sachen untereinander kommt. Sie lernen darauf zu achten, ob die Sachen, die sie zum positiven Inhalte ihres Willens machen, schon zuvor von anderen in Besitz genommen⁸³⁾ worden sind: Sie lernen etwa auf die Genese einer Sache, ob sie selbst schon durch "Formierung" gebildet ist oder auf "äußere Zeichen", die die Besitznahme repräsentieren, zu achten.

So ist Hegel der Ansicht, daß I n d i v i d u e n sich allererst über ihren Umgang mit Sachen in V e r -

80) Vgl. zur Rekonstruktion dieser Paragraphen unten Kapitel 6.

81) VII,88 82) VII,98

83) Vgl. zu "Besitznahme" VII,107 ff.

h ä l t n i s s e zueinander bringen und über ihren Umgang mit Sachen erst lernen, sich gegenseitig als Personen, als wollende Individuen zu berücksichtigen. Dies würde aber heißen, daß sie v o r ihrem Eintritt in V e r h ä l t n i s s e zu anderen schon singulär, allein auf sich selbst gestellt, gelernt haben, willentlich mit Sachen umzugehen und daß dann aufgrund der Kollision der unterschiedlichen Zweckverfolgungen, der Kollision mit anderen, die ihrerseits singulär ihren Willen in die gleiche Sache legen, sich Verhältnisse allererst bilden.

Das erste objektive Verhältnis, das Hegel als Realisation von Freiheit in der Rechtsphilosophie begreift, ist das von abstrakten Personen zueinander. Es wird als Verhältnis von Eigentümern zueinander bestimmt, die sich ihrer Zwecke selbst individuell gewiß sind. Da er vom Eigentum als dem ersten Dasein der Freiheit spricht u n d den Ausdruck "Wille" zunächst nur bezüglich des "Denkens" eines I n d i v i d u u m s einführt und nicht bezüglich miteinander beratender - noch nicht sich explizit voneinander selbst unterscheidender Individuen - bieten sich zwei Interpretationen an: (1) Hegel ist der Meinung, daß sich Verhältnisse prinzipiell erst aufgrund einer vorgängigen singulär - durch Besitznahme - erfolgten Verfügung über Sachen bilden. (2) Hegel ist der Meinung, daß es zwar auch sinnvoll ist, von Verhältnissen zu reden, in denen sich noch nicht explizit voneinander unterscheidende Personen einander gegenüber treten; daß es aber bezüglich dieser defizienten Verhältnisse nicht möglich ist, sie als Realisationen von Freiheit zu begreifen. Sie sind weitgehend von Natur vorgegeben und bestimmt, - die Individuen werden gewissermaßen schon in sie hineingeboren und gestalten sie nicht selbst. Hinsichtlich dieser natürlichen Verhältnisse wäre von Willensbildung nicht zu sprechen.

Die Emanzipation aus diesen Verhältnissen besteht darin, daß sich nicht zunächst diese Gruppe - in Ausbildung einer eigenen Sprache für Zweckverfolgungen und Handlungen - gemeinsam an die willentliche Gestaltung ihres Lebensvollzugs macht, - sie besteht darin, daß sich die Individuen, die Gruppenmitglieder, als Personen gegeneinander verbesondern.

Der Anfang mit dem abstrakten Recht in der Rechtsphilosophie legt die erstere Deutung nahe. Die Personen bilden - in Kommunikation über Sachen - allererst Verhältnisse. Das Kapitel über die Sittlichkeit legt die zweite Deutung nahe. In der traditionellen Familie, die als "substantieller Stand" auch noch in der bürgerlichen Gesellschaft fortlebt, wurde u n m i t t e l b a r das realisiert, was höherdifferenziert durch das explizite Wollen frei realisiert wird - die Bedürfnisbefriedigung u n d das sittliche Handeln. Erst die bürgerliche Gesellschaft und der Staat sind Lebensvollzüge, bezüglich deren von w i l l e n t l i c h e r Verfügung zu sprechen ist.

Der Annahme, daß Hegel meine, V e r h ä l t n i s s e würden prinzipiell erst durch Personen begründet, kann man dadurch begegnen, daß man den Anfang mit dem abstrakten Recht auf das Vorhaben Hegels, "was ist" - die m o d e r n e n Institutionen, die bürgerliche Gesellschaft und den Staat - zu begreifen, zurückführt. Er hat so schon von vornherein s p e z i e l l e Verhältnisse vor Augen, nach deren Bedingung ihrer Möglichkeit er fragt und bezüglich ihrer - dies betrifft insbesondere das Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft - mag ja die Ausbildung von Personen eine "erste" Bedingung sein. So kann es aber des weiteren dann immer noch sinnvoll sein, von Verhältnissen anderer Art zu sprechen - und diese Rede wäre in die Philosophie der Weltgeschichte einzuprin-

gen - die ihrerseits n i c h t die ausgebildete, sich selbst zur Geltung bringende Person zur Bedingung haben. So bliebe die zweite Annahme, daß Hegel von Verhältnissen spricht, die noch nicht als Realisat von Freiheit begriffen werden können und solchen, die dies aufgrund dessen, daß in ihnen Personen miteinander interagieren, sind. So würde aber die Rede über Freiheit unhintergebar an die von i n d i - v i d u e l l e r Freiheit gebunden, und dies ist aus methodischen Gründen heraus nicht einsichtig.

So komme ich zur Kritik der Behauptung Hegels, daß das Eigentum e r s t e s Dasein der Freiheit sei. Sie betrifft die monologische Einführung des Willensbegriffs⁸⁴⁾. Würde Hegel nämlich den Terminus Wille nicht im Anschluß an einen dem objektiven Geist methodisch vorgeschalteten subjektiven Geist einführen, würde er nicht ausschließlich eine singuläre Praxis eines Individuums vor Augen haben, sondern diese individuelle Praxis selbst als Ergebnis eines hochstilisierten gattungsgeschichtlichen Bildungsprozesses verstehen, würde Hegel also im Rekurs auf das M i t e i n a n d e r b e r a t e n den Ausdruck "Wille" einführen - also dialogisch - würde er also objektiven Geist nicht subjektivistisch zu hinterfragen trachten, dann würde als erstes Dasein der Freiheit nicht das individuelle Eigentum zu bestimmen sein und dann würden die Verhältnisse, die sich noch nicht auf der ausgebildeten Person gründen, ebenfalls unter das Freiheitsprinzip zu bringen sein. Ein g e - m e i n s a m e s, aufgrund g e m e i n s a m e r Beratung eingeleitetes und kontrolliertes Handeln und dessen Wirkungen wären dann Dasein des Willens. Und was die Frage nach einem methodisch zu bestimmenden

84) Vgl. zur näheren Kritik der subjektivistischen Verkürzung unten Kapitel 6.

e r s t e n Dasein betrifft: Die elementaren Reden, die die Individuen aufgrund ihrer vorgegebenen bedürftigen Natur m i t e i n a n d e r führen, werden die Sachen betreffen, mit deren Hilfe sie ihre Bedürfnisse befriedigen. Die g e m e i n s a m e Besitznahme dieser Sachen und nicht das hochstilisierte private Eigentum wäre so erstes Daseins des Willens, ein Gegenstand, im Rekurs auf welchen ein g e m e i n s a m e s Wollen rekonstruiert werden kann. Mögen die Individuen dann des weiteren - im Kontext und unter Voraussetzung jener schon gemeinsam realisierten Freiheit - auch noch lernen, individuell Besitznahmen durchzuführen und Eigentum zu bilden.

Immer unter der Voraussetzung nun, daß sich Gründe für die Wahl eines d i a l o g i s c h e n oder was dasselbe ist objektiven Ausgangs für den Aufbau einer objektiven Geistphilosophie anführen lassen, läßt sich nun über die - m.E. von Hegel in seinem Systemaufbau unterbestimmte - Rolle der Sprache des näheren etwas sagen. Ist nämlich der Willensbegriff methodisch im Rekurs auf das Miteinanderberaten und das gemeinsame Beschließen und das daraufhin erfolgende Handeln und Bewirken einzuführen, dann ist die S p r a c h e die Bedingung von Freiheit. Nur aufgrund dessen, daß die Individuen lernen, miteinander zu reden, zunächst über M i t t e l zu gegebenen Inhaltsrealisierungen, dann über diese Inhalte selbst als Willensbestimmungen, nur aufgrund dessen, daß sie eine a l l e n v e r s t ä n d l i c h e Sprache sprechen, erlangen sie jene Loslösung von unmittelbarer Natur, die Hegel als "Befreiung", und die S e t z u n g bzw. H e r v o r b r i n g u n g von Zwecken, die er als Realisierung der Freiheit, prädiiziert. Und so ist die Bedingung jener g e m e i n s a m e n Besitznahme von Sachen und erst recht die der i n d i v i d u e l l e n eine ent-

wickelte Sprache. In dem Maße, in dem die Individuen g e m e i n s a m lernen, ihr schon geleistetes Tun selbst zu bestimmen, sich über Handlungs-Wirkungszusammenhänge ein Wissen zu erwerben und künftiges Tun sprachlich ihm selbst vorgängig schon zu fixieren, bilden sie ihr Wollen. Eines geht mit dem anderen einher.-

So ist der g e m e i n s a m e Besitz von Sachen - zur Erfüllung vorgegebener Willensinhalte - ein erstes Dasein des Willens und die Bildung von Eigentum ein erstes des individuellen Willens und beides Wollen hat seine Bedingung in der Bildung der Sprache, im gemeinsamen Reden bzw. im - hochstilisiert - Reden eines Individuums mit sich selbst, im Denken, und die Parallelisierung von Eigentum und Sprache, die Hegel an einigen Stellen namhaft macht, wird hin-fällig. Vielmehr ist die Entwicklung der Sprache und des Denkens der Eigentumsbildung im methodischen Aufbau vorzuordnen. Eine Reflexion auf die Sprache wäre, bevor über Recht, Moralität und über das sittliche Leben gesprochen wird, an den Anfang einer objektiven Geistphilosophie zu setzen⁸⁵⁾.

Die Parallelisierung von Eigentum und Sprache, die Hegel vornimmt und die trotz ihrer Verfehltheit zeigt, daß Hegel die Bedeutung der Sprache für die Entwicklung des objektiven Geistes geahnt hat, verdankt sich nun ebenfalls jener subjektivistischen Verkürzung, von der schon die Rede war. Der Willensbegriff wird

85) Meines Erachtens zeigt auch schon - anders als J. Habermas dies meint - die Jenenser Philosophie Hegels in Hinsicht auf die "Sprache" jene Verkürzung. (Vgl. J. Habermas, Arbeit und Interaktion. In: Technik und Wissenschaft als "Ideologie", Frankfurt/M. 1968, S. 10 f., Anm. 3; vgl. Hegel, Jenenser Realphilosophie, hg. v. J. Hoffmeister, Hamburg 1931, 179 ff.) Hegel redet hier über Sprache nicht prinzipielle anders als in der späteren Enzyklopädie.

im Hinblick nur auf ein denkendes Individuum eingeführt⁸⁶⁾ - ein "Ich". Das Denken seinerseits wird nicht als hochstilisiert auf Lernprozesse der Individuen im Kontext zunächst gemeinsamen Redens rückführbares Reden mit sich selbst verstanden, sondern umgekehrt - dies zeigt die Behandlung der Sprache in der Philosophie des subjektiven Geistes im Abschnitt über den theoretischen Geist - wird das i n n e r e g e i s t i g e T u n eines Subjekts, sein Denken, als dem Reden mit anderen - ja als dem Reden überhaupt - vorgeordnet behandelt. Nicht reden bei Hegel die Menschen zunächst einmal zweckgebunden miteinander und lernen dann - ein gattungsmäßiger Fortschritt - mit sich selbst zu reden, das heißt zu denken, sondern sie denken - gewissermaßen sprachfrei und ä u ß e r n dieses ihr Inneres durch die Eingießung des Gedankens in die Sprache, - die Wörter, die Sätze. Als Denkende treten die Menschen über das Medium der Sprache in Beziehungen zueinander. Die Sprache "ist das D a ß e i n des reinen Selbsts, als Selbsts; in ihr tritt die f ü r s i c h s e i e n d e E i n z e l n h e i t des Selbstbewußtseins⁸⁷⁾ als solche in die Existenz, so daß sie f ü r A n d e r e ist".⁸⁸⁾

Offensichtlich hat Hegel schon das a u s g e b i l d e t e Subjekt vor sich, das schon gelernt hat, mit sich selbst zu reden und das in der Regel die Sätze, die es äußert, dieser Äußerung vorgängig schon b e i s i c h bedacht hat. Dieses Subjekt ist aber das Ergebnis eines gattungsmäßig abgelaufenen Bildungsprozesses, und dieses Ergebnis sollte nicht

86) VII, 54

87) Vgl. Zur Bestimmung des Ausdrucks "Selbstbewußtsein" unten S. 254 ff.

88) II, 390

paradigmatisch für die Sache genommen werden.

Die Metaphorik, die Hegel verwendet, daß die Sprache als ein Äußerliches zum Denken genommen wird, reifiziert das Denken, versäumt deutlich zu machen, daß der Ausdruck "Denken" zum Zwecke der D e u t u n g (oder Selbstdeutung) einer bestimmten Weise des Redens eingeführt wird.

Die Reifizierung bringt Hegel dazu, Sprache und Eigentum zu parallelisieren. Das Eigentum ist Dasein des Willens - die Sprache "gleichsam der Leib des Denkens"⁸⁹⁾, "Werk des Gedankens"⁹⁰⁾, "Ausdruck des Geistes"⁹¹⁾. Das Eigentum ist in Bezug auf den Willen, was die Sprache in Bezug auf das Denken - Äußerung.

Hätte Hegel, der den Willen als Denken, das sich selbst den Inhalt, auf den es sich wendet, herstellt, bestimmt⁹²⁾, der nicht müde wird gegen diejenigen, die den Willen als vom Denken unabhängiges Vermögen bestimmen, zu betonen, "daß ohne Denken kein Wille sein kann und auch der ungebildetste Mensch nur insofern Wille ist, als er gedacht hat"⁹³⁾, dem der "Wille ... eine besondere Weise des Denkens"⁹⁴⁾ ist, hätte Hegel die Rede über das Denken methodisch in der angedeuteten Weise mit einer Reflexion auf die Sprache verbunden, er hätte Sprache und Eigentum nicht in der angegebenen Weise parallelisieren können.

Ist das Eigentum Dasein des Willens und ist das Wollen ein sich selbst einen Inhalt herstellendes und fixierendes Reden, dann ist die Sprache dem Eigentum methodisch vorzuordnen. Sie ist gewissermaßen dessen Bedingung der Möglichkeit; es ist ein Inhalt, den

89) VIII, 328

90) VIII, 74

91) X, 246

92) X, 364

93) ebda; vgl. auch VII, 50 f.

94) VII, 51

das Denken erst zu einem bestehenden m a c h t.

Und was die Rolle der Sprache in der Philosophie des objektiven Geistes betrifft. Die Sprache ist dieser objektive Geist selbst. Sie ist gemeinsame geschichtlich Freiheit begründende Tat. "Objektiven Geist" zu rekonstruieren, das heißt nichts anderes, als die sprachliche Vermittlung der Welt, die im jeweiligen sprachlichen Rekurs auf durch Sprache schon vermittelte Sachverhalte sich fortentwickelt, zu v e r d e u t l i c h e n.

Interaktion mag in einer bestimmten ihrer Formen - als Miteinanderhandeln von moralischen Subjekten - über Sachen, über persönlich g e m a c h t e s Unpersönliches - traditionell (bei Kant etwa) werden "Sache" und "Person" gegeneinander bestimmt⁹⁵⁾ - über individuelles "daseiendes Wollen", zustandekommen. A l l g e m e i n e r ist Interaktion an die prädikative und kommunikative Kompetenz gebunden, die gruppenmäßig und auch individuell im Vollzug der Bildung der Gattung in Auseinandersetzung mit der Natur - mit der vorgegebenen e r s t e n ebenso wie mit der produzierten zweiten - erbracht wird.

"Insofern Jeder als ein freies Wesen anerkannt wird, ist er eine P e r s o n ... Die Menschen haben durch ihre g e i s t i g e N a t u r (Sperrung von mir) Persönlichkeit."⁹⁶⁾

Aufgrund des eben Ausgeführten hieße demnach, eine Person zu sein und eine geistige Natur zugesprochen zu bekommen: Das Individuum hat sich durch eine differenzierte Sprache als fähig erwiesen - als geistig - über seine eigenen Zwecke zu befinden. Es wird als ein der Sprache mächtiges Individuum anerkannt und zur Teilnahme an Willensbildungen zugelassen.

95) Kant, Metaphysik der Sitten, Einleitung IV.

96) III, 56

So hat etwa Kant die Person als "vernünftiges Wesen" definiert, als dasjenige "Subjekt, dessen Handlungen einer Z u r e c h n u n g fähig sind"⁹⁷⁾, als dasjenige Wesen also, das weiß, zu welchem Zwecke es was tut. Und in der Tradition vor Kant definiert Christian Wolff: Die Person ist ein "Ding, das sich bewußt" ist, die Menschen sind Personen, "weil sie sich bewußt sind, daß sie eben diejenigen sind, die vorher in diesem und jenem Zustande gewesen sind"⁹⁸⁾, und nach Locke ist Person "ein denkendes, verständiges Wesen, das Vernunft und Überlegung besitzt und sich selbst als sich selbst betrachten kann"⁹⁹⁾. Diese Bestimmungen der Person lassen sich ohne Schwierigkeiten als Definitionen durch die Sprachmächtigkeit, die soweit reicht, daß das Individuum in der Lage ist, sich selbst mit seinen Zwecken zur Geltung zu bringen, rekonstruieren. Und nimmt man Hegels Bestimmung der "k o n k r e t e n Person", die sich "als Besondere Zweck" ist, jenes defiziente moralische Subjekt, das absichtlich zur Erfüllung ¹⁰⁰⁾ seines Wohls handelt - also zurechnungsfähig ist - dann ist deren Ausgrenzung mit der traditionellen in Übereinstimmung. Nur ist Hegel anzulasten, daß er auf die Rolle der Sprache bei der Ausbildung der k o n k r e t e n Person nicht eingeht. Er versäumt, darauf hinzuweisen, daß die Menschen in ihren gemeinsamen sprachvermittelten Lebensvollzügen erst l e r n e n, sich von anderen explizit zu unterscheiden, ihre Vorschläge individuell zu artikulieren, daß die Ausbildung der konkreten Person als ein gattungsmäßig fortschreitender Sprachbildungsbildungsprozeß zu re-

97) Kant, a.a.O.

98) Chr. Wolff, Vernünftige Gedanken § 927. Zitiert bei F. Mauthner, Wörterbuch der Philosophie, München-Leipzig 1910, Bd. II, S.239

99) J. Locke, Über den menschlichen Verstand, Hamburg 1962, Bd. I, S.419

100) Vgl. unten Kapitel 7.

konstruieren ist. Objektiv geistige Sachverhalte werden als Bedingung der Möglichkeit der Ausbildung des moralischen Subjekts nicht in Erwägung gezogen. Systematisch werden die Ausführungen, die sich im Kapitel über die Moralität finden, unmittelbar an die Philosophie des subjektiven Geistes angeschlossen.

Grundlegende Bedingung - "erstes Dasein der Persönlichkeit" - ist nach Hegel nicht die Sprachmächtigkeit des Individuums für dessen Definition als Person, sondern dessen Eigenschaft, Eigentümer zu sein. In dieser Eigenschaft ist sie erst in der Neuzeit erkannt worden. Erst in der Neuzeit ist durch das Eigentum, das dem Einzelnen zukommt, der Mensch insofern "geistige Natur", daß er als Person vollgültig bestimmt werden kann.

"Es ist wohl an die anderthalb tausend Jahre, daß die Freiheit der Person durch das Christentum zu erblühen angefangen hat und unter einem übrigens kleinen Teile des Menschengeschlechts allgemeines Prinzip geworden ist. Die Freiheit des Eigentums aber ist seit gestern, kann man sagen, hier und da als Prinzip anerkannt worden." 101) 102)

101) VII, 117

102) Allerdings hat auch das mittelalterliche Christentum nicht gesagt, daß Person zu sein heiße, aufgrund von gemeinsam verfügbarer Sprache - erlangter individueller kommunikativer Kompetenz - gelernt zu haben, selbständig, das heißt die eigenen individuellen Zwecke verfolgend und fremde reflektierend an gemeinsamen Beratungen über zu Leistendes teilzunehmen. Vielmehr ist der Mensch nach christlicher Ansicht von vornherein, durch sein von Geburt an mitgegebenes Verhältnis zu Gott und durch die Befreiung der Menschen durch Christus und nicht durch ein erst willentlich herzustellendes Verhältnis zu anderen Menschen als Person zu definieren. In zweifacher Hinsicht, so formuliert es W. Pannenberg im Anschluß an

Bezüglich dieses Zitats ist noch einmal auf den Unterschied von moralischem Subjekt oder konkreter Person einerseits und abstrakter Person andererseits aufmerksam zu machen. Im Christentum "erblüht" die "Freiheit der Person", - gedacht ist hier an die konkrete, es erblüht die "subjektive Freiheit". Das "Recht der subjektiven Freiheit" besteht darin, "sich befriedigt zu finden"¹⁰³⁾. "... der gebildete, innerlich werdende Mensch, will, daß er selbst in Allem sei, was er tut".¹⁰⁴⁾ "Das Wesen des neuen Staats ist, daß das Allgemeine verbunden sei mit der vollen Freiheit der Besonderheit und dem Wohlergehen der Individuen, ..." ¹⁰⁵⁾; " ... es soll auf mein Wohl, auf meine Besonderheit Rücksicht genommen werden".¹⁰⁶⁾

Die "moderne Welt" wird nach Hegel durch die Ausbildung dieses "Rechts der Besonderheit" definiert; sie ist die differentia specifica zur "alten Welt"¹⁰⁷⁾. Der moderne Staat sichert dieses Recht institutionell ab.

"Auf die Einheit der Allgemeinheit und Besonderheit im Staate kommt Alles an. In den alten Staaten war der subjektive Zweck mit dem Wollen des

Duns Scotus, ist der Mensch Person (vgl. den Artikel: Person in RGG³, Bd. V, S. 230 ff.), nämlich in "Verselbstung" gegen Gott oder in gottgeöffneter "Andacht" (S.233). Der Mensch kann sich - schon von Geburt und nicht aus eigenem Willen heraus Person - zu anderen Personen in ein Verhältnis bringen, weil a l l e durch ihr Verhältnis zu Gott schon bestimmt werden. Vgl. den Kontext von X,10; XVII,79.

103) VII,182 104) VII,166 105) VII,338 106) VII,310

107) Vgl. VII,182; 265 f.; 283 f.; 339 ff.; vgl. insbesondere die detaillierte Untersuchung von J. Ritter, Moralität und Sittlichkeit, In: Metaphysik und Politik, Frankfurt/M. 1969, S.283 ff.

Staates schlechthin Eins, in den modernen Zeiten dagegen fordern wir eine eigene Ansicht, ein eigenes Wollen und Gewissen. Die Alten hatten keines in diesem Sinne: das Letzte war ihnen der Staatswille ... der Mensch in der modernen Welt (will) in seiner Innerlichkeit geehrt sein."¹⁰⁸⁾

Als ein Individuum, das derart gelernt hat, sich selbst in seinen besonderen Zwecken zu artikulieren, tritt die konkrete Person in die bürgerliche Gesellschaft ein. Dadurch steht letztere unter dem "Prinzip der Besonderheit". In der bürgerlichen Gesellschaft aber gilt dieses Individuum nicht, jedenfalls was das System der Bedürfnisse betrifft, aufgrund seiner subjektiven Freiheit, aufgrund eines "Rechts", seine "Besonderheit befriedigt zu finden", sondern aufgrund einer Eigenschaft, die es erst in neuerer Zeit erworben hat, aufgrund der, Privateigentümer zu sein - abstrakte Person. Die Ausbildung der konkreten Person ist definiens der modernen Welt - seit dem Christentum - ihre Ansprüche werden erstmals in der griechischen Welt spürbar (Sokrates)¹⁰⁹⁾. Die Ausbildung der abstrakten Person ist definiens der Neuzeit - Bedingung der Möglichkeit der erst neuerlich bestehenden bürgerlichen Gesellschaft.

Das Recht der Besonderheit, sich befriedigt zu finden, wird im System der Bedürfnisse nicht berücksichtigt. Hier gilt der Mensch nur in seiner Eigenschaft, Privateigentümer zu sein; hier vermitteln die Menschen ihre Selbsterhaltung "im Verhältnis zu anderen r e c h t - l i c h e n (Sperrung von mir; als abstrakten) Personen"¹¹⁰⁾. Das Recht der Besonderheit, ohne dessen Befriedigung - was z u f ä l l i g eintreten kann, was aber auch in der sich selbst überlassenen Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft: dem Auseinanderfal-

108) VII,341

109) Vgl. VII,377; XVIII,71 ff.

110) VII,327

len in Klassen beschlossen liegt - die Vergemeinschaftung zusammenbricht, wird in der bürgerlichen Gesellschaft, an der Grenze der sie leitenden Prinzipien, von der Polizei und der Korporation berücksichtigt und durchgesetzt.

Es ist aber darüberhinaus, wenigstens dem Hegelschen Anspruch nach, dieses Recht der Besonderheit wesentlicher Bestandteil konkreter Sittlichkeit - des Staates. Dessen "Allgemeinheit des Zwecks" kann nicht fortschreiten "ohne das eigene Wissen und Wollen der Besonderheit, die ihr Recht behalten muß"¹¹¹⁾. Transsubjektivität als Forderung bezüglich der zu leistenden Lebensvollzüge - ohne Berücksichtigung jenes Rechts - ist totalitär. Der einzelne, der individuelle Wille ist gleichfalls dem Prinzip des freien Willens komparabel und eine Ordnung ist nicht sittlich, die Freiheit nur als Realisat des Allgemeinen begreift und nicht auch die Besonderheit zu ihrer Freiheit kommen läßt.

Durch die Berücksichtigung des Rechts der Besonderheit wäre gesichert, daß die V o r s c h l ä g e von Personen in gemeinsamen Willensbildungen als Beratungsgegenstand anerkannt werden, daß die Willensbildung nicht in Situationen stattfindet, in denen Gewaltandrohung ein G r u n d in Beratungen ist, daß die Gründe für die Ablehnung der je eigenen oder der Annahme von Vorschlägen der Anderen explizit gemacht werden, daß die Bedürfnisse und die auf ihnen gründenden Zwecke gesichert befriedigt werden.

Sieht man auf die Formulierung, daß die "Allgemeinheit des Zwecks" nicht ohne das "eigene Wissen und Wollen" der Individuen fortschreiten könne, so wird

111) VII, 338

das Leben des Einzelnen zu einem M i t t e l für die Zwecke des Allgemeinen. Das Individuum in seinen Ansprüchen auf Glückseligkeit ist nicht selbst ein Zweck der allgemeinen Ordnung. Daß Hegels Konzept in der Konsequenz totalitär ist, daß dieses Recht der Besonderheit bei ihm nichts anderes ist, als das Recht auf bewußte Assimilation an die Forderungen des Allgemeinen, habe ich schon erwähnt.^{112) 113)}

Daß nun die Person grundlegend erst in ihrer Selbstständigkeit und Freiheit dadurch definiert wird, daß sie Eigentümer ist, daß sie sich im Eigentum ihre "äußere Sphäre ihrer Freiheit" gibt, ist nicht einzusehen. Es ist nicht einzusehen, wieso die grundlegende Bedingung für die interaktive Potenz der Individuen erst durch ihre Rechtsfähigkeit gelegt sein soll. Die Zulassung der Individuen zu willensbildenden Beratungen ist sachlich nicht unauflöslich an das Bestehen von Privateigentum zu binden. Bei Hegel werden die Interaktionen der I n d i v i d u e n vornehmlich als welche über Sachen entwickelt. Im

112) Vgl. vorn Anm. 27 dieses Kapitels,

113) In seiner Ästhetik formuliert Hegel: "Das Interesse nun aber und Bedürfnis solch einer wirklichen individuellen Totalität und Selbstständigkeit wird und kann uns nie verlassen, wir mögen die Wesentlichkeit und Entwicklung der Zustände in dem ausgebildeten und politischen Leben als noch so ersprießlich und vernünftig anerkennen." (XII, 266) Dies Interesse, "Einheit von Allgemeinem und Besonderem" als i n d i v i d u e l l e s Leben zu verwirklichen - Hegel sieht es auf u n m i t t e l b a r e Weise im "Heros" realisiert (vgl. XII, 245 ff.) - wird nach ihm durch die Weltentwicklung selbst nicht eingeholt und zwar prinzipiell nicht. Der "prosaische Weltzustand" ist in einen "poetischen" nicht mehr zu überführen. Die Versöhnung von besonderen und allgemeinen Zwecken findet nicht im individuellen Lebensvollzug selbst, sondern nur im Gedanken desselben statt.

sittlichen Kontext des Staates sind sie nur Rollenträger - beliebig austauschbar - nicht ist der Staat ein institutionalisierter Willensbildungsprozeß, in dem die Individuen in ihren besonderen Ansprüchen zur Geltung kommen. Die abstrakte Person kommt zur Geltung im Not- und Verstandesstaat - in der bürgerlichen Gesellschaft - die konkrete Person und deren Recht wird der Polizei und der Korporation überlassen.

Die interaktive Potenz ist an die Ausbildung der Sprache - das "geistigste Dasein des Geistigen" - allein unhintergebar gebunden. Ihr ist die gattungsmäßige Befreiung von den Zwängen der Natur ebenso zu danken, wie die individuelle aus gattungsmäßig erzeugten Zwängen. Dieser Befreiungsgang mag dadurch, daß der "gebildete" Einzelne sich im Privateigentum eine bestimmte äußere Sphäre seiner Freiheit gibt, beschleunigt werden. Der Blick auf die faktische Geschichte zeigt die Unbestreitbarkeit einer solchen Behauptung zur Genüge. Daß prinzipiell aber nur über das Privateigentum die Person sich voll ausbildet - die individuelle Selbständigkeit - ist fragwürdig. Daß jemand Person ist, eine individuelle "geistige Natur" hat, ist nicht primär daraus zu deuten, daß er Privateigentümer ist, sondern daraus, daß er s p r i c h t.

Exkurs: Bedürfnis

Hegel: Das "Bedürfnis" ist das "Gefühl eines Mangels"¹⁾. Dieser Mangel ist prinzipiell individuell empfunden und entzieht sich somit der Vergemeinschaftung. Bedürfnisse hat jeder für sich allein, hieran ändert auch deren Differenzierung oder Konkretisierung nichts²⁾.

Unabhängig von ihrer Differenzierung haben wir die gleichen Bedürfnisse. Dies ergibt der verstehende Rekurs auf die letzten Inhalte unseres Wollens, das durch den Bedürfnisbefriedigungskontext definiert wird.

Was sind Bedürfnisse? Unsere komplexe Lebenspraxis ist dadurch bestimmt, daß wir teils gemeinsam, teils individuell, differenziert und nach organisatorischen Regeln, teils nur regelgemäß, teils auch regelbefolgend³⁾, zur Erfüllung von zumeist hochstilisierten und differenzierten Zwecken handeln. Sind als Inhalte oder Teilinhalte dieser Zwecke Beseitigungen von Mangelsituationen bestimmbar, die, bevor sie als Zweckinhalt überhaupt, das heißt: von den Handelnden explizit, gesetzt

1) III,107

2) Die Zwecke, die in ihrem Inhalt durch die Bedürfnisse bestimmt sind, sind so eben als der Vergemeinschaftung prinzipiell entzogen und solche der "Besonderheit". Vgl. zur "Besonderheit" der durch die Bedürfnisse bestimmten Zwecke II,139 ff.; III,108 ff. (Begierde); VII,262 ff. ("Die konkrete Person ... als Ganzes von Bedürfnissen") So spricht Hegel auch von "partikulären Bedürfnissen" (X,382).

3) Der Unterschied von regelgemäß und regelbefolgend wird parallel zur Hegel-

worden sind, schon Wirkung eines Tuns⁴⁾ gewesen sein müssen, ehe sie Wirkung eines Handelns überhaupt sein können und ist die Erreichung jener Wirkungen durch das Tun jeglichem anderen Handeln vorgängig Bedingung oder was dasselbe sagt: Bedingung für Setzungen oder Hervorbringungen von Zweckinhalten überhaupt, dann soll gesagt werden, daß jene Zweckinhalte durch elementare Bedürfnisse definiert sind. Da jene Inhalte unserem Handeln vorgängig schon realisiert worden sein müssen, das heißt aber: unserem Reden und damit aller kulturellen Vermittlung vorher, soll von ihnen - im Unterschied zu den differenzierten Bedürfnissen - gesagt werden, daß sie unseren Lebensvollzügen von Natur vorgegeben sind.

Was ein elementares Bedürfnis ist, ist bezüglich von Mangelsituationen zu bestimmen. Diese sind auf einer ersten Stufe von Natur vorgegeben. Sie sind jedoch unter Umständen auch Wirkungen - das heißt durch Handlungen erst erzeugt. Auch bezüglich der letzteren Mangelsituationen können elementare Bedürfnisse bestimmt werden⁵⁾. Die Frage nach einer bestimmten - ein für allemal festgelegten - Anzahl

schen Unterscheidung von "an sich" und "für sich" gemacht. Wenn wir, im Unterschied zu den Handelnden selbst, von deren Handeln sagen: es ist als Befolgung einer Regel verstehbar, dann soll gesagt werden, daß die Betroffenen regelgemäß handeln. Sagen die Handelnden selbst von ihrem Handeln, es sei regelgemäß, dann handeln sie regelbefolgend.

- 4) Ich spreche über Tun unabhängig zur expliziten Auszeichnung von dessen Wirkungen als Zweckinhalt durch die Tätigen selbst und über Handlung bezüglich einer solchen, der Tat in willensbildender Rede vorhergehenden Auszeichnung.

von Bedürfnissen als anthropologische Konstanten wird damit eliminierbar.

Die elementaren Bedürfnisse sind die von Individuen⁶⁾ und den Einzelnen von Natur vorgegeben. Sie bestimmen die Egoizität all jener Zwecke, die ihrem Inhalt nach - das heißt durch deren Befriedigung - durch sie bestimmt werden. Auch die Differenzierung der Bedürfnisse⁷⁾ differenzierte Bedürfnisse sind kulturell vermittelte elementare Bedürfnisse - ändert an der Egoizität der Zwecke, die dann ja durch eine differenzierte Befriedigung ihrem Inhalt nach bestimmt sind, nichts. Zwar ist bezüglich der differenzierten Bedürfnisse zu sagen, daß sie aufgrund einer expandierenden kulturellen Entwicklung ("Bildung") zustandekommen, der zugrundeliegende Inhalt, von dem gesagt wird, er sei differenziert worden, bleiben jedoch die elementaren Bedürfnisse.

-
- 5) So wäre es nicht sinnvoll, hinsichtlich eines Lebens im Schlaraffenland von elementaren Bedürfnissen zu reden. Es läßt sich aber unter Bezug auf eine erst entstandene Situation, in der sich ein bestimmter Mangel erst zeigt und in der wir Handlungen zu dessen Beseitigung schon ausführen, ein bislang noch nicht bestimmtes Bedürfnis namhaft machen - etwa das nach reiner Luft und reinem Wasser.
- 6) Nach dem hier vorgetragenen Vorschlag sind Bedürfnisse näher "physische Bedürfnisse". Hegels eigener Wortgebrauch ist hier, ebenso wie der umgangssprachliche, nicht so streng. Gebraucht er im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft diesen Ausdruck im Sinne von "physisches Bedürfnis", so spricht er VIII, 419 etwa im Unterschied zum "natürlichen" auch vom "geistigen Bedürfnis".

Die Egoizität der elementaren Bedürfnisse vererbt sich gewissermaßen auch auf die differenzierten. Zwar kommt es in bedürfnisbestimmten Zweck-Handlungszusammenhängen zu ersten gemeinsamen Zwecksetzungen. Sie betreffen jedoch nur Unterzwecke - die letzten Oberzwecke sind durch die elementaren Bedürfnisse bestimmt. Und so ist die G e m e i n - s a m k e i t ("Allgemeinheit") für die ihre bedürfnisbestimmten Zwecke verfolgenden Individuen nur ein M i t t e l ⁷⁾, "die "Besonderheit" der Zwecke bleibt der zugrundeliegende Inhalt"⁸⁾. Im die Bedürfnisse differenzierenden "System der Bedürfnisse" bleibt die "Besonderheit" der zugrundeliegende Zweck. Die Gemeinsamkeit ermöglicht und garantiert die Erfüllung der bedürfnisbestimmten Zwecke der Einzelnen. Der als M i t t e l verstehbare sich herstellende gemeinsame Zweckzusammenhang ("Bildung" zur "Allgemeinheit") wird nicht durch g e m e i n s a m e B e d ü r f n i s s e oder durch ein B e d ü r f n i s nach G e m e i n - s a m k e i t, sondern durch die von Natur gegebenen individuierten, aber bei allen g l e i c h e n Bedürfnisse bestimmt. Und die G e m e i n s a m - der Zweckzusammenhänge, die sich bis zum allgemeinen Verhältnis - zum "Rechtsverhältnis" - hochstilisiert, b e s t e h t, weil die Bedürfnisse stets wiederkehren⁹⁾.

7) Vom "Allgemeinen als Mittel" bzw. als "Zweck" spricht Hegel an verschiedenen Stellen. Z.B. "... das Allgemeine ..., das ihnen somit als M i t t e l e r s c h e i n t" (VII,267); "Indem ... die Besonderheit ... dieses Allgemeine zum Zweck und Gegenstand ihres Willens macht ...". (VII,323)

8) Diese Wendung VII,275

9) Ein Faktum, auf das Hegel, allerdings in einer - wie mir scheint - normativen Überhöhung, indem er nämlich "Vernunft" in diesen natürlichen Vorgang hineinlegt, aus Anlaß der "Wiederkehr" der "Begierde" (II,146) hinweist.

Die Differenzierung der Mittel hat eine effektivere und gesichertere Erfüllung der bedürfnisbestimmten Zwecke und eine Differenzierung der Bedürfnisse selbst im Gefolge. Die Organisation dieser Mittel und die sich entwickelnde "Teilung der Arbeiten" verstärkt jene Effektivierung und Höherstilisierung der Bedürfnisbefriedigung. Sie bringt zugleich jenes System gegenseitiger Abhängigkeit bei der Erfüllung bedürfnisbestimmter Zwecke hervor. Die gegenseitige Abhängigkeit betrifft so einmal die Bedürfnisbefriedigung auf einer bestimmten fixierten Differenzierungsebene. Sie betrifft aber auch den Fortgang der Differenzierung selbst. In den die bedürfnisbefriedigenden Lebensvollzüge begleitenden Reden wird nämlich darüber zu sprechen sein, welcher jeweils wie weit differenzierte bedürfnisbestimmte Zweck des Einzelnen durch die g e m e i n s a m e - einander komplementär geübte - Tätigkeit erfüllt werden soll. Welcher differenzierte bedürfnisbestimmte Zweck des Einzelnen jeweils erfüllt wird, das ist - und hierin liegt ein Moment jener gegenseitigen Abhängigkeit - von den Anderen, die über Handlungsdispositionen zu deren Erfüllung gebieten, mitzuentcheiden.

Die Nichterfüllung der differenziert bedürfnisbestimmten Zwecke hat nicht, wie im Falle der elementar bedürfnisbestimmten Zwecke, die Aufhebung jeglicher Willensbildung unmittelbar im Gefolge. Der Inhalt jener Zwecke, jenes differenzierte Bedürfnis, m u ß auch nicht dem H a n d e l n vorgängig schon durch ein T u n reagiert sein.

Der individuellen Vorgegebenheit der e l e m e n t a r e n Bedürfnisse wegen ist die bedürfnisbestimmte Praxis nicht prinzipiell konfliktfrei zu gestalten. Denn die sich auf die differenzierten Bedürfnisse

vererbende Egoizität hat zur Folge, daß in einem isolierten bedürfnisgebundenen Praxiskontext - wie er etwa im Hegelschen System der Bedürfnisse vorliegt - das konfliktträchtige "Prinzip der Besonderheit" die Willensbildung leitet. Die bedürfnisbefriedigende Praxis ist prinzipiell konfliktträchtig, solange der Differenzierungsprozeß von Mitteln und Bedürfnissen und die Abhängigkeit von äußeren Gegebenheiten nicht stillgestellt ist. Konflikte in diesem Lebensvollzug sind jedoch allgemein antizipierbar und bei ihrem Auftreten aufgrund vorgängiger schon geleisteter Willensbildung - wie sie etwa im Hegelschen "abstrakten Recht", in der "Rechtspflege" und in der "Polizei" und "Korporation" dem Anspruch nach wenigstens vorliegen - beseitigbar.

Exkurs: Bildung

Im Unterschied zum Bildungsbegriff der Pädagogik, in der Bildung als oberstes Erziehungsideal inhaltlich durch ästhetische Leitvorstellungen, die aus der griechisch-römischen Klassik gewonnen sind, bestimmt wird, hat Hegel einen eingegrenzt technischen Bildungsbegriff¹⁾. Schon in der Differenzschrift (1802) ist für Hegel Bildung die faktische des Zeitalters²⁾ und Signum für dessen "Entzweiung". Bildung steht für den Grad nicht realisierter und thematisierter Harmonie des Lebens.

"Je weiter die Bildung gedeiht, je mannigfaltiger die Entwicklung der Äußerungen des Lebens wird, in welche die Entzweiung sich verschlingen kann, desto größer wird die Macht der Entzweiung, desto fester ihre klimatische Heiligkeit, desto fremder dem Ganzen der Bildung und bedeutungsloser die Bestrebungen des Lebens, sich zur Harmonie wieder zu gebären ..."³⁾

Bildung steht zunächst einmal für den Grad erreichter technischer Verfügung über Mittel zur Erfüllung gegebener Zwecke, die einander, da selbst nicht explizit gemeinsam reflektiert, gegebenenfalls einander ausschließen und einen entzweiten Zustand begründen. Bildung ist die des Verstandes und so an die Welt der "Vorstellungen" gebunden.⁴⁾ Eine Entwicklung des Lebens hin zur Realisierung von Vernunft wird von Hegel, etwa ganz im Unterschied zu Humboldt, nicht mit dem Wort "Bildung" bestimmt. Wird bei Humboldt durch Bildung gerade der Prozeß der Humanisierung

1) Daß Hegel einen der "gesellschaftlich notwendigen Arbeit" verhafteten Bildungsbegriff nur kennt und nicht eine "Bildung, die sich selbst einziger Zweck sein darf", vermerkt J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, S. 60

2) I, 44
106.

3) I, 47

4) Vgl. z. B. VIII, 187; X, 334, XI,

bezeichnet⁵⁾ jene von Hegel angesprochene Harmonie des Lebens gerade realisiert, die darin besteht, daß die "Sittlichkeit in ihm (sc. dem Menschen) zur Gesinnung"⁶⁾ wird, so wird bei Hegel mit dem Wort "Bildung" nachgerade das Gegenteil bestimmt, nämlich das zu überwindende, auf die einseitige Verstandesbetätigung zurückzuführende, Stadium der Entzweiung des Lebens.

Die Bildung hat ihre Rolle im Befreiungsgange des Menschen von den Zwängen der "ersten Natur" und hat hierin ihre Rechtfertigung. Sie ist jedoch zugleich für die explizit von ihnen selbst hervorbrachte Sonderung der Individuen verantwortlich, die darin besteht, daß die Individuen fortschreitend l e r n e n, ihr je individuelles Wohl als leitenden Zweck ihres Handelns auszuzeichnen, i h r Eigentum gegen das der Anderen zu sichern und e x p l i z i t zur Geltung zu bringen. Bildung bezeichnet so gerade den Verlust von Sittlichkeit, der Zustand der Gebildetheit ist in seiner ausgeprägten Form die bürgerliche Gesellschaft.

Bildung jedoch ist nicht einfachhin ein Negativum. Hegel verwahrt sich gegen die Forderung, in einen "natürlichen Zustand" zurückzukehren, eine Forderung, die von Hegel gegen Rousseau gewendet, kritisiert wird⁷⁾. Denn zum einen wird durch die Bildung ja jene Befreiung von erster Natur geleistet⁸⁾, der Bedürfnisbefriedigungsprozeß, die Differenzierung und Stabilisierung der Bedürfnisbefriedigung sind

5) Vgl. z.B. W.v.Humboldt, Theorie der Bildung des Menschen. In: Werke, Darmstadt 1960, Bd.I, S.234 ff.; vgl. ders.: Über das Verhältnis der Religion und der Poesie zu der sittlichen Bildung, ebda, S.562 ff.

6) ebda, S.562

7) Vgl. z.B. II, 403 f.; VII, 275; XI, 72f.; XI, 443 f.

8) Vgl. X, 64

Ausdruck der Bildung. Eine - im natürlichen Zustand - in die "unmittelbare Befriedigung" von elementaren Bedürfnissen "versenkte Geistigkeit" steht für einen Zustand der "Rohheit und Unfreiheit". Zum anderen wird in jener Entzweiung, die darin besteht, daß die Individuen unter dem Prinzip der Besonderheit handeln, gewissermaßen hinter deren Rücken, wildwüchsig **G e m e i n s a m k e i t** bezüglich von Handlungen und Zwecken hervorgebracht, ein "Allgemeines", an dem sich die Transzendierung der unter dem Prinzip der Besonderheit stehenden Praxis zur Sittlichkeit vollzieht. Zugleich nämlich mit der durch "praktische" und "theoretische Bildung"⁹⁾

9) Das *Movens* der Bildung ist nach Hegel der Sache nach die **E i n ü b u n g**, die bei ihm unter den Titeln "Gewohnheit" und "Gedächtnis" abgehandelt wird (vgl. VII,234; X,236 ff.). Gewohnheit und Gedächtnis begründen durch eine "Mechanisierung" der Rede- und Handlungsweisen eine "zweite Natur". Als Gewohnheit hat die Einübung "die Abhärtung gegen äußerliche Empfindungen, eine der "Bildung zum Allgemeinen" zuträglichste Abstumpfung der "Begierden" und eine Erhöhung der "Geschicklichkeit" zur Folge. So ist die Gewohnheit schon erste Befreiung des Menschen von seiner ersten Natur, damit Beginn der - wie Hegel sagt - "praktischen Bildung" (VII,277). Als Gedächtnis (X,352) ist die Einübung "namenbehaltend", "reproduktiv" und in der höchsten Form "mechanisch" - Sprachsedimentierung. Erst ein geübtes - mechanisiertes - Gedächtnis läßt die Sprache zum Eigentum der Redenden werden. Es ergibt sich "eine Beweglichkeit und Schnelligkeit des Vorstellens und des Übergehens von einer Vorstellung zur andern, das Fassen verwickelter und allgemeiner Beziehungen usf. - die Bildung des Verstandes überhaupt, damit auch der **S p r a c h e**" (VII,276 f.) - "theoretische Bildung".

Vgl. zum Verhältnis von Gewohnheit und Gedächtnis zur "ersten Natur" die differenzierte Kommentierung der entsprechenden Stellen aus Hegels subjektiver Geistphilosophie bei I. Fetscher, Hegels Lehre vom Menschen, Stuttgart-Bad Cannstadt 1970, S.86-94 und insbesondere S.176-182, wo Fetscher auf die Parallelität der Argumentation um die Befreiungs-

eingeleiteten Differenzierung der M i t t e l und der sich an sie anschließenden Differenzierung der Z w e c k e werden die Arbeiten geteilt (Organisierung der Mittel), und es wird damit ein "System gegenseitiger Abhängigkeit" begründet, in dem unter den je besonderen Zwecksetzungen der Individuen sich - in Unterzweckzusammenhängen zunächst - eine G e m e i n s a m k e i t der Zwecksetzungen und des Handelns auf einer der Natur fernen Stufe b i l d e t.

Hegel sagt so von der Bildung, sie habe einerseits eine Befreiung von der ä u ß e r e n Natur im Gefolge, andererseits aber auch eine von der i n n e r e n, von den "Trieben", "bloßer Subjektivität des Benehmens, von der "Willkür des Beliebens". Sie ist dadurch der "absolute Durchgangspunkt zu der geistigen, ebenso zur Gestalt der Allgemeinheit erhobenen, subjektiven Substantialität der Sittlichkeit"¹⁰⁾.

Die Forderung geht also nicht auf eine Beseitigung der Bildung, denn sie käme einem Rückfall in den Zustand der Rohheit und Unfreiheit gleich. " ... die Forderung dieser Auflösung kann nur an den G e i s t der Bildung selbst gehen, daß er aus seiner Verwirrung als G e i s t zu sich zurückkehre, und ein noch höheres Bewußtsein gewinne"¹¹⁾.

rolle der Arbeit für das "knechtische Bewußtsein" in der Phänomenologie des Geistes mit den in der subjektiven Geistphilosophie vorgetragenen Überlegungen um die Rolle der Gewohnheit und Geschicklichkeit einerseits und des Gedächtnisses und der Mechanisierung desselben andererseits hinweist.

10) VII, 269

11) II, 404

Indem durch die Bildung die Bedingungen für die Befriedigung der Bedürfnisse geschaffen werden, für deren - wie Hegel auch sagt - "Objektivität"¹²⁾, allerdings bei zunächst unkontrolliert bleibender weiterer Bildung derselben - der es zu steuern gilt - wird ein Freiraum geschaffen für andere als die unmittelbar bedürfnisgebundenen Lebensvollzüge. Insbesondere wird die unhinterschreitbare Bedingung für jenes "Bedürfnis ... der Bedürfnislosigkeit", für das Treiben von "Theorie" erfüllt¹³⁾, von dem Hegel im Anschluß an Aristoteles spricht. In gleicher Weise wie das Theorietreiben wird durch die Bedürfnisbefriedigung - dem hergestellten "Frieden ... zwischen Subjekt und Objekt"¹⁴⁾ - die der Bildung zu verdanken ist - Sittlichkeit als Charakteristikum von Lebensvollzügen realisierbar.

Das "Bedürfnis, sich mit dem reinen Gedanken zu beschäftigen" - das Treiben von Philosophie - ebenso, wie die Realisierung eines emphatisch Freiheit realisierenden Lebens, steht unter Bedingungen der Bildung.

12) VII, 270 13) IV, 24

14) VIII, 415

2. Moralisch relevantes Argumentieren (Begriffsbestimmung).

Ich spreche im folgenden über Beratungen und unterscheide dabei - der Tradition folgend - **t e c h n i - s c h e A r g u m e n t a t i o n e n**, die die Mittelbestimmung zur Erreichung von vorgegebenen beliebigen Zwecken betreffen, von **m o r a l i s c h r e l e v a n t e n A r g u m e n t a t i o n e n**, die die Zwecke selbst betreffen, zu denen jene Mittel eingesetzt werden.

M o r a l i s c h r e l e v a n t e s A r g u m e n t i e r e n hat zum Zwecke (1) die Inhaltsbestimmung eines Zwecks, oder (2) die Einordnung eines inhaltlich schon bestimmten Zwecks in ein nach Präferenz Gesichtspunkten schon geordnetes System von Zwecken, oder (3) die Umstrukturierung eines schon nach Präferenz Gesichtspunkten strukturierten Systems von Zwecken.

M o r a l i s c h e A r g u m e n t a t i o n e n sind moralisch relevante Argumentationen, die - wie man traditionell sagt - unter dem **M o r a l - p r i n z i p** stehen. Sie unterliegen einem normativen Beurteilungskriterium. Als moralisch beurteilbare Argumentationen werden sie von Argumentationen unterschieden, die jenem Beurteilungskriterium nicht gemäß sind, die jedoch konsistent beim Auftreten gleicher Situationen zu verschiedenen Malen in gleicher Weise geführt werden. Eine Bestimmung der Struktur moralisch relevanten Argumentierens läßt sich nur hinsichtlich einer Verallgemeinerung der Argumente in der angezeigten Art und hinsichtlich der Annahme, daß konsistent argumentiert wird, vornehmen. Bloß **s u b j e k t i v e s** Argumentieren ist durch das Fehlen von Allgemeinheit und Konsistenz definiert.

Ein Argumentieren, das durch Allgemeinheit und Konsistenz in der angegebenen Weise *r a t i o n a l* ist, das unter Bezug auf über einmalige Situationen hinaus strukturierte Zwecke geführt wird, ist selbst erst das Ergebnis eines gattungsgeschichtlichen Lernprozesses, der von den Individuen einübend in Vorbereitung ihrer Einordnung in unser hochstilisiertes Leben in der Kindheit jeweils wiederholt wird. In *u n s e r e r* Lebenssituation können wir ein derartiges Argumentieren als weitgehend schon geübt unterstellen. Ich möchte deshalb dieses Argumentieren, sofern es den moralischen Kriterien nicht genügt bzw. sofern bezüglich seiner noch unabhängig zu jenem Beurteilungskriterium gesprochen wird, unter dem Titel einer *f a k t i s c h e n* *W i l l e n s b i l d u n g* zusammenfassen.

T e c h n i s c h e *A r g u m e n t a t i o n e n* betreffen Tat-Wirkungszusammenhänge. Sie stellen fest, *d a ß* ein *T u n* bestimmte *W i r k u n g e n* zeitigt und welche es zeitigt, und sie dienen der Feststellung, ob ein Handeln *s e i n e n* Zweck, der der Beratung vorgegeben ist, erreicht. *M o r a l i s c h r e l e v a n t e* *A r g u m e n t a t i o n e n* gehen auf die Zwecke selbst, deren Inhalt den Sollbestand der ergehenden Aufforderungen oder fixierten Normen definiert. In moralisch relevanten Argumentationen wird für bzw. gegen die Befolgung von Aufforderungen (*! A*) oder Normen hinsichtlich der durch sie intendierten Zustände geredet. Da die in diesen Argumentationen vorgebrachten Gründe unter Bezug auf schon zugrundeliegende Zwecke formuliert werden, die in einem hochstilisierten - vom elementaren Bedürfnisbefriedigungskontext abgehobenen - Lebensvollzug nach Präferenzgesichtspunkten strukturiert sind, gehört die Rede um diese Strukturierung ebenfalls zur *m o r a l i s c h r e l e -*

v a n t e n A r g u m e n t a t i o n . Was ein Grund ist, der jemanden zur Befolgung einer Aufforderung oder zum Verzicht auf ein intendiertes Verhältnis bringt, das ist ja abhängig von der Weise jener Strukturiertheit der Zwecke. Aufforderungen höherer Stufe zur Umstrukturierung der Zwecke in jenem System werden dann ergehen, wenn ein B e - g r ü n d e n von Aufforderungen, die den Lebensvollzug u n m i t t e l b a r betreffen, unter Bezug auf eine schon vorliegende Strukturierung eines Systems von Zwecken nicht gelingt. Die Aufforderungen höherer Stufe zur Umstrukturierung der Zwecke in jenem System werden unter Rückgang auf Zwecke im strukturierten Zwecksystem begründet, die in der Präferenz höherstehen als diejenigen, deren Umstrukturierung in den Aufforderungen höherer Stufe intendiert ist. Die Zwecke, hinsichtlich deren für die Änderung von Präferenzen argumentiert wird, sind dabei selbst von Änderungsintentionen noch ausgeschlossen.

Wie ist ein moralisch relevantes Argumentieren unter der Bedingung der vorn vorausgesetzten Konsistenz und Allgemeinheit zu beschreiben ? Ich werde die Ausgrenzung der Struktur eines derartigen Argumentierens h i e r nur insoweit explizieren, als dies zur Verdeutlichung der Zwecke dienlich ist, die die Einführung der Prädikatoren W o l l e n und S o l l e n erforderlich machen. Ich werde an späterer Stelle diese Prädikatoren selbst erst methodisch einführen und auch eingehender auf jene f a k - t i s c h e Willensbildung zu sprechen kommen.

Ich lege zur Verdeutlichung eine einfache dialogische Situation zugrunde. Zur Vereinfachung beschränke ich mich auf argumentierende Reden f ü r die Befolgung singulärer Aufforderungen: Ein Subjekt S_1 for-

der⁴ ein Subjekt S_2 auf, einen bestimmten Zustand herzustellen. Das Subjekt S_2 befolgt diese Aufforderung *n i c h t*. Der Zweck von S_1 sei, S_2 durch Rede doch noch zur Befolgung der ergangenen Aufforderung zu bringen. Das Subjekt S_1 argumentiert im Rekurs auf das *i h m b e k a n n t e* strukturierte Zwecksystem von S_2 .

In welcher Weise wird dieser Rekurs unternommen⁴? Das Subjekt S_1 führt Zwecke von S_2 an, die bei Nichtbefolgung der Aufforderung nicht erfüllt werden. Die Verhinderung der Erfüllung dieser Zwecke mag ihren Grund in einer Mangelsituation haben, sie mag aber auch auf eine Verfügung über Zweckerfüllungen durch andere Subjekte - etwa auch auf eine des Subjekts S_1 über welche von S_2 - zurückzuführen sein. In letzterem Falle liegt ein *K o n f l i k t* vor. - Die angeführten Zwecke bei S_2 sind im der Argumentation zugrundeliegenden Zwecksystem präferenzmäßig höher eingestuft, als *d i e* Zwecke von S_2 , die für die Nichtbefolgung der Aufforderung durch S_2 verantwortlich sind. Es wird etwa gesagt: Befolge die Aufforderung, da sonst ein höherpräferenzierter Zweck, den du (S_2) doch jedenfalls als den deinen auszeichnest, nicht erfüllt wird! Du *s o l l s t* die Aufforderung befolgen !

Der Ausdruck *S o l l e n* wird als Terminus für die aufgrund begründender Rede erfolgende Aufforderung eingeführt, eine ergangene Aufforderung zu befolgen.

Es lassen sich folgende Reden vereinbaren:

(1) Die ergehende Aufforderung wird durch den intendierten Sachverhalt und den Operator "!" definiert. "!" heißt dann: Stelle den Sachverhalt A her! Es läßt sich weiter definieren !'A als: Stelle nicht den Sachverhalt A her! Es macht pragmatisch keinen

Sinn, eine Aufforderung zu definieren, die es gleichgültig läßt, ob sie befolgt wird oder nicht.

(2) Eine ergehende Aufforderung wird *n i c h t* befolgt. Im Rückgang auf ein strukturiertes Zwecksystem wird für oder gegen die Befolgung *a r g u m e n t i e r t*. Es wird gesagt: Das Bestehen eines bestimmten Sachverhalts wird *g e w o l l t*. Es läßt sich weiter definieren: Das Bestehen eines bestimmten Sachverhalts wird *n i c h t g e w o l l t*; das Nichtbestehen eines bestimmten Sachverhalts wird gewollt; das Nichtbestehen eines bestimmten Sachverhalts wird nicht gewollt; weder das Bestehen noch das Nichtbestehen eines bestimmten Sachverhalts wird gewollt. Umgangssprachlich wird syntaktisch nicht genau unterschieden zwischen "gewollt, daß nicht" und "nicht gewollt, daß". Im letzten Falle (Def.oben) hat die Umgangssprache das Wort "gleichgültig" zur Verfügung. Es ist, so ergibt die Deutung, einem Subjekt gleich, ob ein bestimmter Sachverhalt besteht oder nicht. Die unterschiedlichen weiteren Definitionen tragen einer möglichen Deutung Rechnung, daß bestimmte Sachverhalte *n i c h t* oder nur in Bezug auf eine Seite in das nach Präferenzgesichtspunkten strukturierte Zwecksystem integriert sind.

Der Ausdruck *W o l l e n* wird zum Zwecke der Fixierung des Begründungsbezugssystems eingeführt, im Rekurs auf welches für oder gegen die Befolgung von Aufforderungen oder Normen argumentiert wird. Das den Begründungen zugrundeliegende Zwecksystem der Subjekte oder Gruppen wird aufgrund von deren Tun und deren tatvorbereitenden Reden oder mit anderen Worten: aufgrund ihres *H a n d e l n s* durch *D e u t u n g* gewonnen und schrittweise - relativ zur Erweiterung des gemeinsamen Lebenserfahrungshorizonts,

erweitert. Das den jeweils gerade aktuellen Argumentationen zugrundeliegende nach Präferenzgesichtspunkten strukturierte Zwecksystem wird aufgrund gattungsgeschichtlicher und individueller Erfahrungen, die die Subjekte sich gegenseitig explizieren, gewonnen.

(3) Der Ausdruck *S o l l e n*, symbolisiert durch $\Delta !A$ (geboten), wird eingeführt zum Zwecke des Abschlusses der Begründung mit einer Aufforderung, eine (begründete) Aufforderung zu befolgen¹⁾.

A u f g e f o r d e r t e Individuen *w o l l e n*, wenn sie moralisch relevant argumentieren, die Auffordernden zur Änderung bzw. zur Aufgabe des von ihnen intendierten Verhältnisses bringen. *A u f f o r d e r n d e* Individuen *w o l l e n*, wenn sie moralisch relevant argumentieren, die die Aufforderungen nicht befolgenden Individuen zu einer schließlichen Befolgung der Aufforderung bringen. Um moralisch relevant beraten zu können, werden die Termini *w o l l e n* und *s o l l e n* eingeführt.

Einer methodisch vorgehenden praktischen Philosophie²⁾ ist spätestens seit Kants Vernunftkritik geläufig, daß aus dem isolierten *S e i n* ein *S o l l e n* nicht hergeleitet werden kann³⁾. Man kann es auch anders ausdrücken: *B e g r ü n d u n g e n* für oder gegen die Befolgung von Aufforderungen lassen sich nicht im Rekurs auf isolierte Seinsbestim-

1) Vgl. zum weiteren, insbesondere zu weiteren Definitionen aus $\Delta !A$ den folgenden Exkurs über "Ethische Modalitäten".

2) Vgl. z.B. G.Simmel, Einleitung in die Moralwissenschaft, Berlin 1892, S.1 ff.; H.Kelsen, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, Tübingen 1923, S.3-33.

3) Vgl. etwa Kant, Kritik der reinen Vernunft, A 319.

mungen gewinnen. Genauer läßt sich nach dem von mir Ausgeführten von einer Nichtrückführbarkeit des W o l l e n s auf das S e i n sprechen. Aus der Konstatierung dessen allein, d a ß Menschen gewisse von Natur gegebene Eigenschaften h a b e n, daß sie etwa durch bestimmte Mängel zu definieren sind - bedürftige Wesen - läßt sich nicht d e u t e n, daß sie diese Mängel auch beseitigen w o l l e n. Hierzu bedarf es des Rekurses auf ein durch Rede vorbereitetes Tun der Menschen. Und w a s i s t, das bestimmen wir ohnehin erst im Hinblick auf die Zwecke, die unsere Lebensvollzüge definieren. F e s t - s t e l l u n g e n des S e i n s sind erst erforderlich, wenn die Zwecke, die wir verfolgen, in ihrer Erfüllung durch extraintentionale - handlungs-unabhängige - Einflüsse verhindert werden. Wie sollte, was erst nachträglich zu den verfolgten Zwecken überhaupt zu bestimmen sich als erforderlich zeigt, allein bestimmend für unsere Zwecksetzungen sein⁴⁾.

Auch Hegel leitet so Recht, Moralität und Sittlichkeit nicht mehr, wie es zu seiner Zeit heißt, aus der Natur des Menschen, sondern aus dessen "Freiheit", aus seinem praktischen Vernunftvermögen her⁵⁾.

Sowohl im traditionellen als auch im modernen Naturrecht ist der Versuch unternommen worden, das W o l l e n und S o l l e n von vornherein als zum S e i n gehörig auszuzeichnen. Das traditionelle

4) Daß Seinsbestimmungen als Prämissen im der Begründung zugrundeliegenden Zwecksystem auftreten, auch daß sie den Inhalt von Zwecken ausmachen, ändert an dieser Behauptung nichts.

5) Vgl. die Äußerungen Hegels hierzu in den Vorlesungen zu "Naturrecht und Staatswissenschaft", Nachschrift C.G.Homeyer. In: Hegel, Rechtsphilosophie, Edition Ilting, Stuttgart-Bad Cannstadt 1973, S.231 ff.

Naturrecht ist, wie W.Euchner zusammenfassend schreibt, "dadurch gekennzeichnet, daß das Universum, die Schöpfung, von einer objektiven Normordnung (dem stoischen *L o g o s*, der thomistischen *l e x a e t e r - n a*) durchwaltet wird, deren Grundbegriffe der menschlichen Seele innewohnen. Die Vorschriften des natürlichen Gesetzes müssen befolgt werden, weil sie gut und gerecht sind"⁶⁾. Im traditionellen Naturrecht wird ein Konglomerat von Trieben, die unmittelbar aus der göttlichen Ordnung her^{bestimmt sind}, zugrundegelegt und normativ besetzt. Diese Triebe repräsentieren das weltübergreifende Wollen und sind schon das individuelle.

Das moderne Naturrecht beruft sich auf einen der weiteren Ableitung überhobenen "Geselligkeits-" oder/und "Selbsterhaltungstrieb" und begründet von hier aus Aufforderungen und Normen. In dem Maße aber, wie die *lex aeterna* als durchwaltendes Prinzip in der neuzeitlichen Philosophie zurücktritt, tritt geistesgeschichtlich die Selbstsetzung des Wollens durch den Menschen in den Vordergrund. Dies ist eine Entwicklung, die in Kants antinaturalistischer "autonomer Vernunftmoral" gipfelt⁷⁾.

Daß sich Recht, Moralität und Sittlichkeit weder auf die äußere noch die erste innere zurückführen läßt, daß das Wollen sich praktischer Vernunft verdankt, dieser Einsicht hat Hegel am Beispiel der Rechtsgesetze im Unterschied zu den Naturgesetzen in der Rechtsphilosophie beredten Ausdruck verliehen⁸⁾. Die

6) W.Euchner, *Naturrecht und Politik bei J.Locke*, Frankfurt/M. 1969, S.10; vgl. auch S.14 ff.

7) ebda

Rechtsgesetze sind "Gesetztes, herkommend vom Menschen. Mit diesem, was also als nicht absolutes gilt, kommt eine innere Stimme in Kollision oder stimmt bei. Der Mensch bleibt bei dem Daseienden nicht stehen, sondern behauptet in sich den Maßstab zu haben von dem was Recht ist ... in sich findet er die Bewährung dessen was gilt oder eine Nichtbewährung ... in den Gesetzen des Rechts gilt die Sache nicht weil sie ist, sondern jeder fordert, sie sollen einem eigenen Kriterium folgen ... das Recht kommt nur aus dem Geist, denn die N a t u r h a t k e i n e R e c h - t e" (Sperrung von mir).

Und aus der Fortsetzung dieser Stelle wird deutlich, daß Hegel den Ausdruck "Bedürfnis" für die Bestimmung eines Empfindungszustands einführt, der sehr wohl unterschieden ist von einem inneren g e i s t i g e n, für den der Ausdruck "Wollen" steht.

Äußerlich führen zunächst Bedürfnisse die Menschen zusammen; aber diese Triebe hat der Mensch im ganzen mit den Tieren gemein ... d i e s e r (Sperrung von mir) Zusammenhang mit Anderen ist nur ein natürlicher; i n (Sperrung von mir) diesen drängt sich das Geistige (der Trieb wird etwa als Zweckinhalt gesetzt e.A.), das den anderen Zusammenhang verdrängt."

Im deutenden Rekurs auf das Tun und Reden der Menschen läßt sich ein S y s t e m anerkannter Zwecke

-
- 8) Die Stelle aus Vorlesungsnachschriften, die ich hier zitiere, ist in der Jubiläumsausgabe VII,24 f., die der von E.Gans besorgten Ausgabe folgt, nur in gekürzter Fassung enthalten. Herr M.Riedel hat mir dankenswerterweise den vollständigen Text der Nachschrift H.G.Hotho, auf die Gans selbst auswählend zurückgegriffen hat, zugänglich gemacht. Diese Nachschrift wird im übrigen demnächst in der von K.Iltting aufwendig besorgten Herausgabe der Vorlesungsnachschriften zu Hegels Rechtsphilosophie erscheinen.

bestimmen, in Hinsicht auf das moralisch relevant für oder gegen die Befolgung von Aufforderungen bzw. Normen argumentiert werden kann. Insbesondere läßt sich in der Regel auf schon geleistete Willensbildungen rekurrieren, in denen solche anerkannten Zwecke Argument gewesen sind, in denen weitere Zwecke für jedermann deutlich werden. Für die Zwecke des Argumentierens ist es nun zunächst - unter formalen Gesichtspunkten - gleichgültig, welche Zwecke als jedenfalls schon zu verfolgende von den Beratenden ausgezeichnet werden und in welcher Weise diese Zwecke nach Präferenzgesichtspunkten strukturiert sind.

Allerdings ist ein Sinnkriterium an die der Argumentation zugrundeliegende Zweckstrukturierung und deren inhaltliche Bestimmung anzulegen. Aufgrund dieses Sinnkriteriums soll von einer moralisch relevanten Argumentation nur dann gesprochen werden, wenn die den Argumentationen zugrundeliegenden Zwecke, die im nach Präferenzgesichtspunkten geordneten System am höchsten eingestuft sind, durch die elementare Bedürfnisbefriedigung definiert sind. Das moralisch relevante Argumentieren soll die Gestaltung der bestehenden Praxis und deren Fortentwicklung zum Thema haben und nicht deren Aufgabe überhaupt. Dafür nun, daß das moralisch relevante Argumentieren dies soll, dafür läßt sich nicht in gleicher Weise argumentieren, wie sonst für die Befolgung von Aufforderungen. Argumente ließen sich ja allererst bezüglich eines zugrundeliegenden Zwecksystems anführen und über dessen elementare Strukturierung wird gerade erst gesprochen. Dieses S o l l e n verdankt sich einer G r u n d e i n - s i c h t, die die Menschen gattungsmäßig erst erworben haben. Es hieße nämlich das Argumentieren selbst in Frage stellen, wenn man das Leben der miteinander Redenden in Frage stellt. Dessen Aufgabe schließt die

Aufgabe allen S i n n s ein⁹⁾.

Es ist ein gattungsgeschichtlich nachzeichenbarer Lernprozeß, daß die Menschen gelernt haben, ihre Zwecke nach Präferenzgesichtspunkten zu strukturieren. Sie haben in einem ersten Schritt gelernt, e l e m e n t a r e bedürfnisbestimmte Zwecke, deren Nichterfüllung ihre Existenz aufhebt, von differenzierten bedürfnisbestimmten Zwecken zu unterscheiden. Letztere sind ohne Folgen für die Existenz der Bedenden prinzipiell reduzierbar. Werden elementare Bedürfnisbe-

friedigungen durch die Verfolgung differenziert bedürfnisbestimmter Zwecke gefährdet, dann sind diese Differenzierungen zu reduzieren. In einem zweiten Schritt haben die Menschen gelernt, ihre differenzierten bedürfnisbestimmten Zwecke untereinander zu strukturieren. Tritt eine Mangelsituation oder ein Konflikt ein, dann wird den einen eine höhere Präferenz zuerkannt als anderen.

Die Strukturierung der Zwecke nach Präferenz wird zum einen unabhängig zu bestimmten Situationen vorgenommen und verläuft parallel zur pragmatischen Ordnung, die der Genese der Bedürfnisdifferenzierung zugrundeliegt. Zum anderen aber ist sie auch situations-

9) Ich möchte die Einsicht, daß die Aufhebung der Existenz die Aufhebung allen Sinns einschließt, um dessentwillen, sei es argumentiert, sei es mit nackter Gewalt gekämpft wird, als die praktische Elementar- oder Grundeinsicht bezeichnen. S i e macht bei Hegel der sich unterwerfende Knecht (vgl. II, 152 ff.). Sie ist das Ergebnis eines Lernprozesses, eine Erfahrung, durch die sich der Knecht dem Herrn - bei Hegel - überlegen erweist. Er sieht ein, daß der Verlust des Lebens den Verlust dessen, worum es in diesem Kampfe geht - die "Anerkennung" nämlich - einschließt, und er wählt das Leben und sucht seine Anerkennung in der Zukunft, in den Mitteln, die er gegen den Herrn im Verlaufe seines Lebens sich bereitstellt.

abhängig, abhängig von den Wechseln etwa des Mangels von Zweckerfüllungsmitteln. Jedoch: eine gewisse fixierte nach Präferenz strukturierte Ordnung von Zwecken ist für moralisch relevantes Argumentieren unhintergebar. Hätte jemand seine Zwecke in keiner Weise strukturiert - Hegel verweist unter dem Titel "für sich seiender Wille" auf einen derartigen der "Willkür" folgenden Lebensvollzug¹⁰⁾ - er wäre Argumenten nicht zugänglich.

Wir haben so ein erstes W o l l e n, von dem wir in unserer Situation annehmen dürfen, daß jedermann es auf Befragen auch für sich formulieren würde. Es liegt, das ergibt unser erster Deutungsschritt, den Argumentationen, die wir faktisch schon geleistet haben, zugrunde. Die feststellbaren Abweichungen von diesem ersten Wollen haben, das zeigen die Auseinandersetzungen und Aufhebungen des Argumentierens, den Fall in die Ausübung redefreier Gewalt im Gefolge. Gewaltandrohung selbst ist noch immer ein Argument, das sich auf zugrundeliegende Zweckstrukturierungen bezieht. Aktuelle Gewalt bricht auf, wenn G r ü n d e sich nicht mehr in Hinsicht auf Zweckstrukturen formulieren lassen, wenn etwa die in der Präferenz obenan stehenden bedürfnisbestimmten Zwecke in ihrer Erfüllung gefährdet werden.

10) Vgl. unten Kapitel 6

Exkurs: Ethische Modalitäten

Aufforderungsbefolgungen stellen die Wahrheit von Aussagen her.

Aufforderungen richten sich im elementaren Fall an b e s t i m m t e Individuen oder Gruppen. Dem Operator '!' wird eine Nominatorenvariable, die zum Einsetzen bestimmter Eigennamen dient, zuzufügen sein. Der Nominator, der für die Variable eingesetzt werden kann, wird häufig - aber keineswegs immer - derselbe sein, wie derjenige, der in der Aussage, die den herzustellenden Sachverhalt darstellt, vorkommt.

Wird die Aufforderung in einer bestimmten Situation formuliert und ist den Betroffenen empraktisch einsichtig, daß diese Aufforderung nur für die besondere gegenwärtige Situation gilt, dann soll, zur Unterscheidung von b e d i n g t e n und u n b e d i n g t e n Aufforderungen, von b e - d i n g u n g s f r e i e n Aufforderungen gesprochen werden. Bedingungsfreie Aufforderungen sind stets zugleich s i n g u l ä r, da sie sich an bestimmte Einzelpersonen oder Gruppen richten.

Wird eine Einschränkung gemacht, das heißt wird die Herstellung der die Aufforderung mitdefinierenden Aussage von der bestehenden Wahrheit einer anderen Aussage abhängig gemacht¹⁾ und wendet sich

1) Schwemmer spricht bei diesem "wenn-dann" von einer "praktischen Subjunktion" (a.a.QS.30) und hält die Verwendung des einfachen Subjunktionspfeils, wie er zur Verknüpfung von Aussagen sonst verwendet wird, statt des konstruktiven Regelpfeils für erlaubt. Eine bedingte singuläre Aufforderung hat danach die Form $B \rightarrow !_p A$, wobei p die Nominatorenvariable symbolisiert.

die Aufforderung an eine b e s t i m m t e Einzelperson oder Gruppe, dann soll von einer b e - d i n g t e n Aufforderung gesprochen werden.

Richtet sich die Aufforderung an jedermann, dann soll von a l l g e m e i n e n Aufforderungen oder von N o r m e n gesprochen werden. N o r m e n können in bedingte und unbedingte unterschieden werden. U n b e d i n g t e N o r m e n sind Aufforderungen, die sich an jedes Individuum in jeder Situation richten²⁾. Die weitere Argumentation wird zeigen, daß die Aufstellung unbedingter Normen das Resultat eines Dogmatismus ist, den z.B. Hegel an Kant kritisiert. Im folgenden wird über b e d i n g t e Normen gesprochen werden. Desgleichen wird über bedingte Z w e c k e zu reden sein, bezüglich deren für oder gegen die Befolgung von Normen argumentiert wird.

N o r m e n intendieren a l l g e m e i n e Verhältnisse. Sie sind als Aufforderungen von jedermann an jedermann und von jedermann an sich selbst rekonstruierbar. Sie sind Aufforderungen, die über eine einmalige Befolgung hinaus beim Eintritt gleicher Situationen Verhältnisse intendieren. Sie sind V e r h ä l t n i s s c h e m a t a.

Es sei ein Zwecksystem Σ gedeutet, in Bezug auf welches für oder gegen die Befolgung von Aufforderungen argumentiert wird. In diesem Zwecksystem seien b e - d i n g t e - seien es singuläre oder auch allgemeine - Zwecke enthalten. Unter Bezug auf ein solches Zwecksystem soll die Herstellung der Wahrheit einer Aussage A dann g e b o r e n bezüglich Σ (symbolisiert: $\Delta_{\Sigma} !A$) genannt werden, wenn eine Aussage B als Prämisse für A genannt wird, die eine Konjunktion von im System Σ enthaltenen - Tatbestände darstellenden - Aussagen $B_1, \dots, B_j$ impliziert und wenn zugleich die

Aussage A von den als Konklusionen von B_1 bis B_j akzeptierten und ihnen jeweils zugeordneten - Sollbestände des Zwecksystems Σ darstellenden - Aussagen $A_1, \dots, A_j$ impliziert wird.

Das Zwecksystem Σ wird fixiert, um gegebenenfalls Behauptungen, daß die Herstellung bestimmter Zustände *g e b o t e n* (verboden oder keins von beiden) sei, zu verteidigen bzw. zu widerlegen. Die *d e o n t i s c h e M o d a l l o g i k*³⁾ ist dabei die systematische Reflexion auf die Mittel, mit denen Behauptungen der angegebenen Art verteidigt bzw. widerlegt werden können.

Nach der Einführung von *g e b o t e n* können weitere Modalitäten durch Definition eingeführt werden:

- (1) *v e r b o t e n*: $\Delta'A \Leftrightarrow \Delta \neg A$
- (2) *e r l a u b t*: $\nabla A \Leftrightarrow \neg \Delta'A$
- (3) *u n g e b o t e n*: $\nabla'A \Leftrightarrow \neg \Delta A$
- (4) *f r e i g e s t e l l t*: $\Sigma A \Leftrightarrow \nabla A \wedge \nabla'A$

Erlaubt und ungeboten sind nicht eindeutig bestimmt, da das, was erlaubt ist, lediglich nicht verboten, jedoch immer noch geboten sein mag. Was ungeboten ist, ist lediglich nicht geboten, mag jedoch immer nicht verboten sein. Freigestellt ist dagegen eindeutig bestimmt. Es ist weder geboten noch verboten.

Nach dem hier vorgeschlagenen Wortgebrauch sollte

-
- 2) Die unbedingte (allgemeine) Aufforderung unterscheidet sich von der bedingungsfreien (singulären) durch ihren Geltungsanspruch für *j e d e* Situation.
 - 3) Ich folge bei der Einführung der ethischen Modalitäten im wesentlichen P.Lorenzen. Vgl. Normative Logic and Ethics, Mannheim 1969, S.69, Die deontische Logik selbst ist dort entwickelt. Vgl. auch Lorenzen/Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, a.a.O., S.89 ff.

man nicht sagen, daß Normen *g e b i e t e n*. Normen fordern auf, ihre Befolgung ist bezüglich *ü* geboten. Es spricht jedoch nichts prinzipielles dagegen, an die Umgangssprache angelehnt, weiterhin zu sagen, daß Normen geböten, wenn man sich einmal vergegenwärtigt hat, daß die Herstellung bestimmter Aussagenwahrheiten geboten ist, *w e i l* ein Zwecksystem gegeben ist, bezüglich von dessen Realisierung schon eine Übereinkunft - etwa der Betroffenen mit sich selbst - getroffen ist.

Die Einführung der ethischen Modalitäten geschieht aufgrund der Annahme, daß ein Zwecksystem schon vorliegt, in Bezug auf das für oder gegen die Befolgung von Aufforderungen argumentiert wird. Die Einführung der Modalitäten darf schon vor der Reflexion auf die Gerechtigkeit der Zwecke und deren Strukturierung vorgenommen werden. Ebenso darf die Modallogik bereits entwickelt werden. Erforderlich ist, daß die Menschen gewisse Zwecke, gleich ob auf gerechte Weise oder nicht, verfolgen und strukturieren.

"Schon dann, wenn die eigentliche Schwierigkeit noch gar nicht in den Blick gekommen ist, nämlich die Schwierigkeit, die Annahme eines solchen Basissystems zu 'rechtfertigen', schon dann stellt sich die Aufgabe, das logische Schließen mit Imperativen zu normieren."⁴⁾

4) P.Lorenzen, Szientismus versus Dialektik. In: Hermeneutik und Dialektik, Festschrift für H.G.Gäddamer, Tübingen 1970, Bd. II, S.57-73.

3. Vorverständnis und Vorbegriff

Zu welchem Zwecke wird moralisch relevant argumentiert? Wie wird moralisch relevant argumentiert?

Eine erste Einschränkung moralisch relevanten Argumentierens hat sich in Bezug auf die praktische Elementareinsicht ergeben, die elementare lebenserhaltende Bedürfnisbefriedigung jedenfalls als zu verfolgenden Zweck auszuzeichnen. S i e soll gemäß dieser Einsicht nicht mehr in Frage gestellt werden. Man mag immerhin - formal - ein Argumentieren auch moralisch relevant nennen, das die elementare Bedürfnisbefriedigung als Zweck anderen Zwecken unterordnet¹⁾. Da jedoch im eintretenden Falle der Unvereinbarkeit dieser Zwecke mit der Bedürfnisbefriedigung die letztere dann aufgegeben wird, würde sich jegliches Argumentieren inskünftig erübrigen. Dem Sinnkriterium entsprechend hat f ü r u n s das moralisch relevante Argumentieren seinen letzten Bezug bei den elementar bedürfnisbestimmten Zwecken und wird zunächst hinsichtlich der Erfüllung bzw. Nichterfüllung differenziert bedürfnisbestimmter Zwecke geführt.

Wozu argumentieren wir moralisch relevant? Wozu wollen wir andere - oder uns selbst - dazu bringen, bestimmte Handlungen (nicht) auszuführen bzw. bestimmte Zwecke (nicht) zu verfolgen, oder bestimmte - vorliegende - Zwecksysteme umzustrukturieren?

1) Hegel hat in der Einleitung zur Rechtsphilosophie (VII, 55 f.) in einem allerdings komplexeren Zusammenhang, den es hier erst noch zu erarbeiten gilt, auf das Faktum einer solchen bedürfnisnegierenden - bei ihm: "Unverträglichkeit gegen jedes Besondere" (VII, 56) - Zwecksetzung und Strukturierung und auf deren Folgen aufmerksam gemacht.

3.1 Die Gemeinsamkeit des Vorverständnisses

Unsere gemeinsame Lebenspraxis ist dadurch bestimmt, daß Behauptungen geäußert werden, die nicht unwidersprochen bleiben und daß Begehren geäußert werden, deren Erfüllung versagt ist oder wird. Daß ein Begehren nicht erfüllt wird, kann einerseits daran liegen, daß gewisse Zweckerfüllungsmittel nicht zur Verfügung stehen. Dann liegt eine *M a n g e l s i t u a t i o n* vor. Sie ist das Thema einer technischen Argumentation. Schließen die Wirkungen des Handelns einander aus, so liegt ein *k o n f l i k t b e s t i m m t e s* Verhältnis vor. Ein *K o n f l i k t* ist ein Zustand, der durch ein *V e r h ä l t n i s* definiert wird, in dem einander ausschließende *B e g e h r e n* geäußert werden²⁾.

Konflikte werden durch Aufgabe oder Änderung der Begehren vermieden oder ausgeräumt. Das Vorverständnis von unserer Situation bestimmt sich nun dadurch, daß wir schon auf Erfahrungen mit Konflikten, auf deren Auswirkungen und auch auf Beseitigungen zurückblicken können.

3.2 Die Gemeinsamkeit des Vorbegriffs

Aus der Erfahrung heraus, daß nicht jedes Begehren erfüllbar ist, haben die Individuen gelernt, ihre Zwecke nach Präferenz Gesichtspunkten zu strukturieren. Das strukturierte System von Über- und Unterordnung der Zwecke gibt an, welche Zwecke vor anderen und welche jedenfalls Erfüllung finden sollen. Im Präferenzsystem obenan stehen die als Zwecke ausgezeichneten

2) Der Konflikt "in einem Subjekt", den Hegel in seinem monologisch aufgebauten Konzept der "Philosophie des subjektiven Geistes" vor Augen hat (vgl. etwa X,375), ist ein hochstilisierter Konflikt, der im dialogischen Aufbau später zu rekonstruieren ist.

neten elementaren Bedürfnisbefriedigungen.

Konflikte werden durch Aufgabe oder Änderung der kontroversen Begehren vermieden oder ausgeräumt. Sie werden dann jedenfalls vermieden oder ausgeräumt, wenn durch die Verfolgung der kontroversen Begehren die Erfüllung von im strukturierten Zwecksystem übergeordneten Zwecken gefährdet oder verhindert wird. Oder: Die Änderung oder Aufgabe kontroversen Begehrens wird dann vorgenommen, wenn sie als *M i t - t e l* zur Erfüllung von im Zwecksystem nach Präferenz übergeordneten Zwecken verstanden werden können. Oder: Die Konfliktvermeidung wird von den Begehrenen dann als Zweck ausgezeichnet, wenn durch sie eine gefährdete oder verhinderte Erfüllung von dem Begehren im Präferenzsystem übergeordneten Zwecken gesichert wird.

Wenn das gemeinsame Vorverständnis die Qualifizierung der Lebenssituation als konfliktbestimmt betrifft, so besteht der gemeinsame Vorbegriff bezüglich des in moralisch relevanten Argumentationen zu Leistenden in der Auszeichnung der Konfliktvermeidung als Zweck.

Diesem Vorbegriff wird jeder insofern zustimmen, sofern bei ihm aufgrund der Verfolgung eines kontroversen Begehrens die Erfüllung von Zwecken, die im nach Präferenz strukturierten System von Zwecken dem aktuellen Begehren übergeordnet sind, gefährdet oder verhindert wird.

Folgender Unterschied, der dem von bloß faktischer Willensbildung einerseits und den von moralischer Willensbildung andererseits näher bestimmt, ist zu machen.

(1) Eine Willensbildung ist bloß f a k t i s c h, wenn die Konfliktvermeidung oder -beseitigung a u s s c h l i e ß l i c h als M i t t e l zur Erfüllung von im strukturierten Zwecksystem dem äktuellen Begehren übergeordneten Zwecken verstanden werden kann. Konfliktfreiheit wird nämlich nur dann und nur insoweit angestrebt, als die Erfüllung übergeordneter Zwecke durch die Verfolgung kontroversen Begehrens auch gefährdet oder verhindert wird. Da die Erfüllung jener übergeordneten Zwecke aufgrund der ausschließlichen Handlungsdispositionen unter Umständen in der Verfügung der das aktuelle kontroverse Begehren äußernden Individuen oder Gruppen liegt und aufgrund unterschiedlicher Handlungsdispositionen auch u n t e r s c h i e d l i c h - dem Grad nach - über übergeordnete Zweckerfüllungen des jeweils anderen verfügt wird, wird sich die Auszeichnung der Konfliktvermeidung als Zweck (Unterzweck) bei den Kontrahenten auch unterschiedlich gestalten. Die Aufgabe und Änderung des jeweils aktuellen Begehrens und auch die Aufgabe bzw. Änderung der der Argumentation zugrundeliegenden Zwecke wird sich auf einem dem Grad nach unterschiedlichen Niveau bei den Kontrahenten einspielen. Die Bereitschaft, im Konfliktfalle Zweckverfolgungen aufzugeben bzw. zu ändern, wird sich auf all jene Zwecke erstrecken, die im strukturierten Zwecksystem d e m Zwecke untergeordnet sind, über dessen Erfüllung der Kontrahent verfügt. Verfügen die Kontrahenten aufgrund unterschiedlicher Handlungsdispositionen unterschiedlich über Zweckerfüllungen des jeweils anderen - unterschiedlich hinsichtlich des Präferenzgrades im strukturierten Zwecksystem - so wird die Bereitschaft, die

Konfliktvermeidung als Zweck auszuzeichnen, unterschiedlich sein. Verfügt ein Kontrahent einseitig über die Erfüllungen eines Zwecks des anderen, der dem Inhalt nach durch ein elementares Bedürfnis bestimmt ist, dann wird sich die Bereitschaft des letzteren, Zwecke aufzugeben oder zu ändern, auf **a l l e d i f f e r e n z i e r t e n** bedürfnisbestimmten Zwecke erstrecken.

(2) Eine Willensbildung ist dann **m o r a l i s c h**, wenn sie die Konfliktvermeidung selbst als Zweck auszeichnet und zwar so, daß sie nicht - oder wenigstens nicht ausschließlich - **M i t t e l** zur Erfüllung von dem jeweils aktuellen Begehren im Zwecksystem übergeordneten Zwecken ist. Die Willensbildung ist dann moralisch, wenn das jeweils aktuelle Begehren ebenso wie die Strukturierung der Zwecke seinerseits als **M i t t e l** zur materialen Gestaltung und Differenzierung eines konfliktfreien **g e m e i n - s a m e n** Lebensvollzugs verstanden oder besser begriffen werden kann.

M o r a l i s c h im emphatischen Sinne wird also nicht nur bezüglich eines als unverändert genommenen material strukturierten Zwecksystems zum Zwecke der Aufgabe eines kontroversen Begehrens argumentiert. Die **m o r a l i s c h e** Argumentation schließt jedenfalls die Struktur des Zwecksystems selbst ein und zwar wird (a) in einem ersten Schritt die Strukturierung der Zwecke in ihrer Genese **v e r s t e - h e n d** rekonstruiert, das heißt es werden **d i e** Willensbildungen explizit gemacht, deren Ergebnis die bestehende faktische Zweckstrukturierung ist. Es wird in einem zweiten Schritt (b) parallel zu dieser Genese unter Anwendung des normativen Beurteilungskriteriums methodisch nach der Gerechtigkeit der Strukturierung, das heißt aber nach der Gerechtigkeit der

G r ü n d e, die die Menschen zu dieser oder jener Strukturierung veranlaßt haben, gefragt. Dabei mag sich in Bezug auf schon geleistete, uns überkommene, Lebensvollzüge sehr wohl ergeben, daß ungerechte Willensbildungen gerechtfertigte Zwecke als Wirkung gehabt haben. Die Ausübung von Herrschaft hat unter Umständen Wirkungen, die dann von den sie Erleidenden nachträglich ebenfalls als zu verfolgende Zwecke ausgezeichnet werden. So ist zweifellos unsere hochstilisierte bedürfnisgebundene Praxis faktisch genetisch durch Herrschaft vermittelt. Dennoch werden die durch diesen Gang erstellten Bedürfnisbefriedigungsmittel und Bedürfnisbefriedigungsweisen v o n u n s als zu verfolgende Zwecke ausgezeichnet. Hinter dem Rücken von Herrschaft mag sich gleichwohl Vernunft realisieren, Vernunft, die allerdings erst f ü r u n s als solche bestimmt wird. Es reicht nicht hin, "die Spuren der Gewalt" in der Geschichte zu rekonstruieren³⁾, um festzumachen, ob die Wirkungen, die diese Geschichte gezeitigt hat, f ü r u n s nun als Zweck ausgezeichnet werden sollen. Die Geschichte ist nicht allein nach rationalen Gesichtspunkten verlaufen und Herrschaft hat häufig dort, wo sie als Mittel zu Zwecken gesonderter Gruppen verstanden werden konnte, Wirkungen gezeitigt, die von den Beherrschten dann als Zweck ausgezeichnet wurden. Ein Phänomen, das im kleineren Maßstab jedermann geläufig ist, der sich mit der Sozialisation eines Kindes beschäftigt hat. Nicht stets haben sich die Motive der Herrschenden, derjenigen, die die Willensbildung verzerrten, als allein wirksam für die Zwecke, die nun von uns auf ihre Vernunft hin befragt werden, gezeigt. Das

3) Vgl. J.Habermas, Erkenntnis und Interesse. In: Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt/M. 1968, S.164.

Hegelsche Programm, die "Vernunft in der Geschichte" zu rekonstruieren erschöpft sich nicht in der Beantwortung der Frage nach den "Spuren der Gewalt" in ihr. Was eine k ü n f t i g e Praxis dagegen betrifft, so ist hier allein in der moralischen Willensbildung eine Garantie gegeben, daß gerechtfertigte Zwecke gesetzt bzw. hervorgebracht werden. Ein anderes Vorgehen würde den bewußtlosen Gang, den die Geschichte bislang genommen hat, perpetuieren und weiterhin die Realisierung von Vernunft dem Zufall anheimgeben, die Konstatierung von Vernunft nur dem nachträglichen reflektierenden Zugriff erhellen.

M o r a l i s c h im emphatischen Sinne argumentiert wird in Hinsicht auf einen (noch) nicht bestehenden Zustand. Die Argumentation endet mit dessen Bestimmung - im g e r e c h t f e r t i g t e n Wollen. Es versteht sich, daß in einer unmittelbar konfliktfreien Situation nicht moralisch argumentiert zu werden brauchte. Die Menschen würden ja von vornherein nur miteinander verträgliche Zwecke verfolgen. Und es würden allenfalls M a n g e l s i t u a t i o n e n auftreten und somit technische Argumentationen zu deren Beseitigung geführt werden. Es bestünde kein Grund, über die Zwecke selbst zu reden.

Ist aber ein konfliktfreier Zustand durch moralisches Argumentieren erreicht worden - wir haben Grund selbst da, wo wir faktisch konfliktfrei unsere Lebensvollzüge leisten, die Konfliktfreiheit nicht als unhinterfragbar, sondern als problematisch und jedenfalls g e w o r d e n zu rekonstruieren - dann ist die Beurteilung dieses Zustands auf seine Gerechtigkeit hin noch nicht überflüssig. Im N a c h h i n e i n ist eine Beurteilung eines - nach bestem Wollen durch moralische Argumentation hergestellten - Zustands gleich-

wohl vonnöten. In unserer Situation ist für künftiges Handeln **m o r a l i s c h** zu argumentieren, um gerechtfertigte Zwecke zu bestimmen. Nach Abschluß des durch derartige Reden eingeleiteten Lebensvollzugs ist der erreichte Zustand auf seine Gerechtfertigkeit hin noch einmal zu befragen. Es ist das gleiche Prinzip, das der moralischen Willensbildung und das der Beurteilung von Zuständen zugrunde zu legen ist; es erhält das eine Mal die Aufgabe, Willensbildungen zu leiten, das andere Mal die durch willensbildende Reden hergestellten Zustände zu beurteilen. Für Hegel, für den der Willensbildungsprozeß abgeschlossen ist, ist jenes normative Prinzip nur noch in der letztgenannten Weise - als Beurteilungsprinzip in Bezug auf das "was ist" - anzuwenden.

Zwar hat die moralische Argumentation, der das **S o l - l e n** - im Sinne von: noch nicht realisiert - noch inhäriert einen unter Umständen vorläufigen Abschluß gefunden. Die **B e u r t e i l u n g** aber der durch moralische Argumentation initiierten und begleiteten Praxis selbst hat noch einen diese Praxis gewissermaßen erst abschließenden Sinn. Sie prüft, ob ein Zustand emphatischer Konfliktfreiheit erreicht ist oder ob nicht durch faktisch eingetretene Nebenwirkungen dessen Eintritt selbst fragwürdig geworden ist oder zu werden droht. Eine derartige Beurteilung sollte unsere konfliktfreie Praxis dort, wo sie schon gelingt, in Permanenz begleiten und zwar sinnvollerweise dann, wenn wir die Konflikterfahrung schon gemacht haben und die bestehende Konfliktfreiheit als **g e w o r d e n e** zu rekonstruieren haben.

So wird das Prinzip auf zweierlei Weise angewendet. Es ist Prinzip der Willensbildung, indem es der Änderung des Begehrens vorgängig bzw. sie begleitend die **G r ü n - d e** auf ihre Gerechtigkeit prüft, die zum Zwecke der

Änderung bzw. Aufgabe von Zweckverfolgungen von den Kontrahenten vorgebracht bzw. anerkannt werden. Eine solche Anwendung wird insbesondere die tradierten Zwecksystemstrukturen zum Gegenstande nehmen. Hier-von ist die Beurteilung zu unterscheiden, die sich auf eine, sei es durch moralische Argumentation selbst schon begleitete und initiierte, sei es auch nur durch faktische Willensbildung vorbereitete, schon geleistete Praxis bezieht. H i e r ist das Prinzip ein B e u r t e i l u n g s p r i n z i p.

Hegel kennt in seiner Rechtsphilosophie, und dies sogar noch mit einer spezifischen Modifikation, ausschließlich die zweite argumentations- und praxis-nachträgliche Form der Beurteilung. Die spezifische Modifikation besteht darin, daß als Zweck der nach-träglichen Beurteilung des Lebensvollzugs nicht mehr die Sicherung und Überprüfung der konfliktfreien Pra-xis angegeben wird, also selbst ein durch den V o r - b e g r i f f noch abgedeckter Zweck; sondern: Der Zweck, um dessentwillen die Beurteilung vorgenommen wird, besteht nach Hegel nur noch im "Erkennen". Für letzteres aber gibt es nach ihm n u n keinen pra-xisbezogenen Zweck mehr⁴⁾. Die Lebensvollzüge sind schon "Idee" - "Einheit von Begriff und Realität" - es geht nur noch darum, dies nun auch noch explizit zu machen. Im übrigen ist diese Redeweise zirkulär. Woher, wenn nicht aus dieser eben angeführten Er-kenntnis, weiß man denn, daß die Lebensvollzüge Re-alisate des "Begriffs" - prinzipiengemäße Realität - sind. Daß diese Erkenntnis keinen praxisrelevanten Bezug mehr hat, das kann allenfalls von ihrem Er-gebnis her gesagt werden. Wenn jene Redeweise, daß der Erkenntnis keine praxisrelevante Aufgabe mehr

4) Vgl. die Vorrede zur Rechtsphilosophie.

zukommt, verteidigbar geführt wird, dann ist jene Erkenntnis selbst schon geleistet und nicht mehr noch eine Aufgabe, zumal keine, die sich in ihrem Vollzuge als ein Zweck selbst erfüllt. Dann kommt es garnicht mehr darauf an, zu erkennen. Eine Philosophie, die von sich begründet behaupten kann, sie habe ihre Aufgabe nur noch als praxisüberhobene² Vollzug zu leisten, muß diese Aufgabe schon geleistet haben. Sie kann von sich erst im Nachhinein behaupten, daß sie keine praktische Relevanz mehr hat, nicht jedoch dies schon vorweg programmatisch erklären, wie die Hegelsche dies tut.

Die Hegelsche Philosophie kennt so keinen V o r - b e g r i f f vom zu Leistenden mehr, da ihr V o r - v e r s t ä n d n i s nicht mehr das von einer konfliktbestimmten Situation ist. Es stellt sich die Frage, inwiefern Hegels Philosophie des objektiven Geistes dennoch eine praktische Philosophie genannt zu werden verdient, daß heißt inwiefern sie Methoden des Argumentierens für die Überwindung von konfliktbestimmten Lebensvollzügen, für die Überführung des V o r b e g r i f f s (dem nur "an sich seienden Begriff") in den "realisierten Begriff" bereitstellt und inwiefern sie ein methodisches Rüstzeug für die normative Beurteilung von unserer Situation artikuliert.

3.3 Der methodische Vorbegriff

Die Artikulation des Vorverständnisses von unserer Situation und die Formulierung des Vorbegriffs vom durch Argumentationen zu Leistenden ist ein A n f a n g und zwar - mit Dingler zu reden - in einem doppelten Sinne ein "Anfang in der Mitte". Der Anfang ist nämlich einmal (1) i n m i t t e n unseres L e b e n s, bei

unseren Konflikterfahrungen und bei den Antizipationen von konfliktfreien Zuständen genommen worden. Als ausdrücklich gemachter ist dieser Anfang kritisierbar und Gegenargumenten zugänglich. Diesen Kriterien sollte ein Anfang genügen, weiterer bedarf es methodisch nicht. Eine Argumentation gegen diesen Anfang sollte darin bestehen, daß ein anderer Vorschlag für einen Anfang vorgebracht und begründet wird. Der Anfang wurde des weiteren (2) in mitteilen unserer schon eingeübten Redepraxis gemacht. Ihr nämlich sind die sprachlichen Mittel für die Artikulation inmitten unserer Lebensvollzüge entnommen worden. Dabei sind die Wörter, die zur Bestimmung unserer Situation und insbesondere zur Artikulation des Vorbegriffs verwendet worden sind unbegründet als in ihrem Gebrauch unproblematisch unterstellt worden.

In Bezug auf den Anfang inmitten unseres Reden ist noch einmal anzufangen. Er ist zu hintergehen und zwar dadurch, daß auf die Gemeinsamkeit der sprachlichen Mittel explizit reflektiert wird. Erst durch die Sicherung der Gemeinsamkeit des Gebrauchs der sprachlichen Mittel wird die Gemeinsamkeit des Vorverständnisses und des Vorbegriffs gesichert⁵⁾. Der

5) In der philosophischen Tradition und nicht zuletzt von Hegel (vgl. etwa II,67 ff.) ist behauptet worden, daß die sprachlichen Mittel nicht zirkelfrei hinterfragt werden könnten, mache doch die Sprachkritik von den Mitteln, die sie zu kritisieren trachte, schon Gebrauch. Habermas spricht, wenn auch - der Tradition folgend - unter dem Titel "Erkenntnis", von einem "Zirkel, in den sich Erkenntnistheorie unvermeidlich verstrickt, ... Erkenntnis-kritik (ist) nicht der Spontaneität eines Ursprungs mächtig, sondern (bleibt) als Reflexion auf ein Vorgängiges angewiesen ..., auf das sie sich richtet, indem sie zugleich selber daraus hervorgegangen ist" (J.Habermas, Erkenntnis und Interesse, a.a.O. S.16). Die Möglichkeit eines stufenweisen metho-

Anfang (2) wird so mit einer Sicherstellung der Möglichkeit von Kritik am Anfang (1) inmitten unseres Lebens gemacht.

Wir haben gelernt, mit bestimmten Reden bestimmte Handlungen zu verbinden⁶⁾. So etwa in elementaren Aufforderungskontexten, in denen es darauf ankommt, durch unser Reden nichtsprachliche Handlungen unmittelbar einzuleiten. Das Wittgensteinsche Beispiel: "Halte dich ungefähr hier auf!"⁷⁾ mag stellvertretend für den Komplex dieser unmittelbar auf die Einleitung nichtsprachlichen Handelns gerichteten Rede stehen.⁸⁾ Wir dürfen bei diesem Reden an-

disch kontrollierten und in der Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs gesicherten Aufbaus der Rede wird bestritten. Auf die verschiedenen Varianten dieser Behauptung möchte ich hier nicht eingehen. Sie wurden im Anschluß an K.O.Apel zusammenfassend von K.Lorenz und J.Mittelstraß dargestellt und - wie ich meine - hinreichend kritisiert. (Vgl. K.Lorenz/J.Mittelstraß, Die Hintergebarkeit der Sprache. In: Kant-Studien 58, 1967, S.187-208) Die folgende Skizzierung eines solchen Aufbaus und die in dieser Arbeit auch sonst vorkommenden Bemerkungen zum methodischen Sprachaufbau mögen genügen, die "Möglichkeit" eines solchen stufenweisen - nicht zirkulären Aufbaus - zu zeigen.

- 6) Im wesentlichen folge ich in meinen weiteren methodischen Ausführungen Arbeiten, die am Erlanger Philosophischen Seminar im Anschluß an P.Lorenzen vorgelegt worden sind. Vgl. insbesondere P.Lorenzen, Methodisches Denken, Frankfurt/M. 1968; O.Schwemmer, Philosophie der Praxis, a.a.O.; P.Lorenzen/O.Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, a.a.O.
- 7) L. Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen. In: Schriften, Frankfurt/M. 1960, S.335 (§88).
- 8) Schwemmer nennt diese unmittelbar auf nichtsprachliche Handlungen gerichtete Rede "praktische Rede" und unterscheidet sie im Anschluß an einen Terminus, der von P.Lorenzen in diesem Zusammenhang gebraucht wird, von der epipraktischen Rede, die über Praxis geführt wird. Vgl. O.Schwemmer, Philosophie der Praxis, a.a.O., S.27.

nehmen, "daß - jedenfalls um die mit ihr verfolgten Zwecke zu erreichen - eine hinlängliche Gemeinsamkeit im Gebrauch der praktischen Redeweisen hergestellt ist"⁹⁾. Die unmittelbare Kontrolle durch das nichtsprachliche Handeln garantiert nämlich die Gemeinsamkeit des Wortgebrauchs. "Das gemeinsame Handeln erweist sich als gleichsam 'naturwüchsig', das heißt faktisch gewordene, Kontrollinstanz für die Gemeinsamkeit des Sprachgebrauchs ..." ¹⁰⁾.

In der Regel ist es nicht erforderlich, den Gebrauch der in derart elementaren - der alltäglichen Lebenspraxis zugehörigen - Aufforderungskontexten gelernten Wörter explizit an Beispielen und Gegenbeispielen zu verdeutlichen, obwohl im Zweifelsfalle - also prinzipiell - eine derartige Vereinbarung getroffen werden kann. Wir wollen sagen, daß der Wortbestand und die Verwendungsregeln der derart empirisch kontrollierten Sprache unproblematisch sind. Die Wörter sind unmittelbar v e r s t ä n d l i c h.

Anders ist es mit den Reden, die nicht unmittelbar in der angegebenen Weise durch nichtsprachliches Handeln kontrolliert werden können. Die ihr zuzurechnenden Wörter werden nämlich im Zusammenhang mit sprachlichen Handlungen selbst gelernt und sind zum Zwecke der Sicherung der Gemeinsamkeit ihres Gebrauchs methodisch und explizit (noch einmal) einzuführen und im Gebrauch zu regeln. Das Programm der methodischen Sicherung der Gemeinsamkeit der Rede bezieht sich sinnvollerweise auf diese Teile unserer Sprache. Sie betrifft den Teil, in dem ü b e r nichtsprachliches Handeln gesprochen wird, die e p i p r a k - t i s c h e n Reden und zwar genauer d e n Teil

9) ebda, S.28

10) ebda

des Vokabulars, der ausschließlich epipraktisch verwendet wird.

Die - wie gesagt werden soll - e m p r a k t i s c h
gelernten und überprüften Wörter bilden ein Grund-
vokabular - die E l e m e n t a r s p r a c h e.
Diese Wörter machen - sofern sie in Reden ü b e r
Praxis Verwendung finden, also in epipraktischem
Gebrauch - den unproblematischen Teil epipraktischer
Rede aus.

Problematisch ist die Gemeinsamkeit des Gebrauchs
des ausschließlich epipraktisch verwendeten Voka-
bulars, zu dem z.B. die für das moralisch relevante
Argumentieren unerläßlichen noologischen Termini
gehören. Zu seiner Einführung wird jeweils ein be-
stimmter Handlungs-Zweckzusammenhang oder eine be-
stimmte Redesituation erzeugt, im Reflex auf welche
dann sich die erforderlichen Wörter bestimmen lassen.
So werden in Bezug auf die für das moralisch rele-
vante Argumentieren erforderlichen Wörter mit Hil-
fe der Elementarsprache bestimmte Dialogsituationen
hergestellt.

Eine methodisch eingeführte Sprache soll eine O r -
t h o s p r a c h e genannt werden. Eine Sprache,
die bei der Einführung der Orthosprache Hilfestel-
lung leistet, soll eine E i n f ü h r u n g s s p r a -
sein. Die E l e m e n t a r s p r a c h e dient,
neben ihrer unmittelbar empraktisch bzw. vermittelt
epipraktischen Verwendung, auch als Einführungsspra-
che für Orthosprachen. Im s t r e n g gesicherten
methodischen Aufbau enthält die Einführungssprache
keine Synonyma der einzuführenden Sprache. Der streng
gesicherte methodische Aufbau der Sprache von Grund
auf, anfangend bei den empraktisch gelernten und kon-

trollierten Wörtern der Elementarsprache und stufenweise fortschreitend bis zur Bildung der für die jeweilige Argumentation erforderlichen Orthosprache, ist n i c h t zirkulär.

Nun ist allerdings die Elementarsprache nicht die einzige Einführungssprache. Sie ist nur dadurch vor anderen Einführungssprachen ausgezeichnet, als die Gemeinsamkeit ihres Gebrauchs als jedenfalls gesichert unterstellt werden kann. Es versteht sich, daß sich die methodisch gewonnene Orthosprache, was die gesicherte Gemeinsamkeit ihres Gebrauchs betrifft, relativ zur Sicherheit der Gemeinsamkeit des Gebrauchs der Einführungssprache bestimmt.

Ist von der E l e m e n t a r s p r a c h e gesagt worden, sie sei v e r s t ä n d l i c h, so soll nun in Aufnahme der Hegelschen Rede vom "Verstand" gesagt werden: O r t h o s p r a c h e n sind v e r s t ä n d i g. Von anderen Einführungssprachen als der Elementarsprache soll gesagt werden, daß sie als - mehr oder weniger - v e r s t ä n d l i c h u n t e r s t e l l t werden.

Wozu aber bedarf es über die Elementarsprache hinaus überhaupt noch anderer Einführungssprachen? Welchen Sinn hat es überhaupt mit Hilfe eines dann ja relativ ungesicherten Vokabulars - das anderen Einführungssprachen eignet - orthosprachlich zu normieren?

Das Vorhaben, die für eine Argumentation erforderlichen Wörter in einem i s o l i e r t e n Redekontext - die schriftliche Darstellung ist Paradigma eines solchen - einzuführen, stößt auf ein spezifisches Dilemma, das nicht ohne weiteres auszuräumen ist. Auf die Praxis nämlich, in der es gälte, die Wörter zu lernen, sie einzuüben und zu kontrollieren,

auf eine zum Zwecke der Worтеinführung und Gebrauchsregelung herzustellende Praxis, kann nur **v e r - w i e s e n** werden. Man befindet sich nicht in der Einführungssituation selbst, man hat deren Herstellung auch nicht vor bzw. vermag sie auch nicht herzustellen. So **s t e l l e n** wir Situationen, in denen wir ansonsten empraktisch Wörter oder epipraktische Ausdrücke lernen würden, nur **v o r** und verbinden diese Vorstellung mit der Aufforderung an den Adressaten unserer Reden, sich nun selbst seinerseits die Situationen **v o r z u s t e l l e n**.

Hat man also in einer isolierten Redesituation vor, ein Vokabular orthosprachlich einzuführen und zu normieren, dann wird man den Adressaten im Rekurs auf dessen Erfahrungen auffordern, sich eine bestimmte Situation **v o r z u s t e l l e n**. Das Wort "vorstellen", ohne dessen Gebrauch der Adressat gar nicht verstünde, was er mit den geführten Reden anfangen soll, ist selbst ein Wort ausschließlich epipraktischen Gebrauchs, also selbst problematisch und jedenfalls in einem konsequent orthosprachlich normierenden Programm erst einzuführen. Gälte es dieses Wort in einem **i s o l i e r t e n** Redekontext selbst methodisch einzuführen, dann würde eine bestimmte Situation mit einem elementaren unproblematischen empraktisch kontrollierten Vokabular **v o r g e s t e l l t** und dies mit der Aufforderung an den Adressaten der Rede verbunden, sich diese Situation nun seinerseits **v o r z u s t e l l e n**. Ein offensichtlich zirkuläres Verfahren. Der gesicherte Gebrauch des so problematischen Wortes "vorstellen", das es orthosprachlich erst zu normieren gälte, wird so in der Einführungssprache schon in Anspruch genommen. Dies Wort (oder ein Synonym) wird als unproblematisch und **v e r s t ä n d l i c h** schon

u n t e r s t e l l t. Methodisch zirkelfrei läßt sich das Wort "vorstellen" in einer isolierten Redesituation nicht einführen. Dies unterscheidet dieses Wort von anderen orthosprachlich zu normierenden Wörtern. Zirkelfrei läßt sich seine Einführung nur im Rekurs auf eine gewisse Einführungssituation selbst bestimmen.

In i s o l i e r t e n Redekontexten besteht so bei dem Versuch, ein epipraktisches Vokabular von Grund auf einzuführen, ein gewisser Zirkel. Die Einführungssprache enthält zumindest e i n Wort, das als v e r s t ä n d l i c h schon zu unterstellen ist bzw. das seine v e r s t ä n d i g e Normierung schon außerhalb des isolierten Redekontextes gefunden hat. Die Regel also, daß die Einführungssprache kein Wort der Orthosprache oder ein Synonym enthalten darf, gilt bezüglich isolierter Redekontexte nicht in aller Strenge. Die unhintergehbare Zirkularität des Verfahrens hat ihren Grund in der Restriktion der Lehr- und Lernsituation auf die i s o l i e r t e Rede. So beruht m.E. jener Zirkel, auf den die Erkenntniskritik seit langem aufmerksam macht, wenn sie auf die Überprüfungs mittel der Erkenntnis reflektiert, auf solchen Einföhrungsrestriktionen. Sie verdankt sich einer Isolierung der Rede von der ihr zugrundeliegenden Praxis und der durch sie ausgeübten Kontrolle.

Das Wort "vorstellen" (oder ein Synonym) soll gemäß seiner Aufgabe, jemanden g e i s t i g in eine Situation h i n e i n zu versetzen, als d a s e p a g o g i s c h e Wort gekennzeichnet werden. Es bildet zusammen mit dem Vokabular der elementaren Einführungssprache in isolierten Redekontexten die e p a g o g i s c h e Einführungssprache. Letztere stellt das Minimalvokabular dar, mit dessen Hilfe

in e i n f a c h isolierten Redekontexten ein orthosprachlich normiertes ausschließlich epipraktisches Vokabular eingeführt werden kann. Mit seiner Hilfe ist es etwa möglich, eine G e s c h i c h t e zu erzählen, in der Situationen vorgeführt werden.

Komplexere isolierte Redekontexte ergeben sich aus weiteren Restriktionen der Lehr- und Lernsituation¹¹⁾. Sie kommen durch die Hinzunahme weiterer besonderer Zwecksetzungen über die einfache, redeisoliert orthosprachlich zu normieren, hinaus zustande. Durch die Hinzunahme solcher weiteren Zwecksetzungen wird der zur Festlegung des Wortgebrauchs erforderliche Anteil von nicht explizit vereinbarten Wörtern an der Einführungssprache erweitert.

So ist es z.B. eine zusätzliche und begründbare Zwecksetzung, gleich zu Beginn einer Rede zu sagen, worüber im folgenden gesprochen wird. Dabei werden dann schon Wörter, die es im Fortgange der Argumentation erst einzuführen gälte, der orthosprachlichen Normierung vorgängig, schon verwendet. Man vertraut darauf, daß bezüglich des Gebrauchs der in der Einführungssprache verwendeten= prinzipiell allerdings in ihrem Gebrauch zu problematisierenden - Wörter ein gewisser Konsensus faktisch - etwa aufgrund eines gemeinsamen Bildungshintergrundes - schon besteht. So setzt etwa die exaktere Fixierung des Wortes "Praxis", das ich bislang schon häufig verwendet und auch schon näher fixiert habe, insbesondere aber die Bestimmung von deren spezifischen Formen, die noch folgt, eine gewisse im bisherigen Aufbau noch nicht explizierte und gesicherte Gemeinsamkeit bezüglich solcher Wörter wie "wollen", "beraten", "Zweck" usw. schon voraus. Der Verzicht auf die Verwendung dieser Wörter wäre

mit dem Verzicht auf eine Angabe der Zwecksetzung, den Leser über das Thema zu informieren, verbunden. Es würde dem Leser ein erwartungsfreies Sicheinlassen auf "er weiß nicht was" abverlangen.

Wir verlassen uns in einer isolierten Redesituation unter der zusätzlichen angegebenen Zwecksetzung auf eine der sprachlichen Normierung selbst vorgängige Verständlichkeit unserer Rede und b e g i n n e n damit auf schwankendem Boden. Unsere Rede ist solange im strengen Sinne nur vorläufig, solange wir unsere auf den Lebensvollzug selbst hinweisende Rede, insofern es sich nicht um elementarsprachliche Bestandteile handelt, nicht ihrerseits orthosprachlich normiert haben. Es versteht sich, daß die unter Umständen sogar nur esoterische - jedenfalls noch nicht explizit normierte - Einführungssprache möglichst sparsam Verwendung findet u n d daß - bezogen auf die schriftliche D a r s t e l l u n g - der Autor nur solche Wörter und diese v o r l ä u f i g in die Einführungssprache aufnimmt, die in einer dialogischen Lehr- und Lernsituation prinzipiell frei von der relativ ungesicherten Einführungssprache orthosprachlich normiert werden können. Letz-

-
- 11) So wird aus Gründen der Gestrafftheit der Argumentation im folgenden zumeist auf elementarsprachliche Bestandteile Verzicht geleistet. Es werden etwa, dort wo auf sie hingewiesen wird, keine auffordernden - exemplarischen - Reden selbst material vorgeführt, sondern es wird auf solche - uns allen wohl geläufigen - Reden bloß v e r w i e s e n und zwar unter Inanspruchnahme eines schon faktisch gemeinsamen - wenn auch nicht explizit überprüften - ausschließlich in epipraktischer Verwendung stehenden Vokabulars. Der Verzicht auf empraktisch gelernte Wörter bei der schriftlichen Darstellung - wie sie wissenschaftlichen Texten häufig eigentümlich ist, ist eine weitere Einschränkung der Lehr- und Lernsituation, die die Verwendung von Synonyma der Orthosprache in der Einführungssprache erforderlich macht.

teres vor dem Schreiben eines Buches zu entscheiden, sollte dem Autor, dem ja in dem der D a r s t e l - l u n g selbst vorgängigen F o r s c h u n g s - g a n g e dialogische Lehr- und Lernsituationen zur Verfügung stehen, wegen der Nachträglichkeit der Darstellung zur Forschung prinzipiell möglich sein.

In die Einführungssprache werden unter den angegebenen Restriktionen schon Wörter aufgenommen, die es bei der einfachen Zwecksetzung - in isoliertem Redekontext zu normieren - nicht gebraucht hätte. Der Gebrauch solcher Wörter wird nun aber durch die weitere Restriktion der Lehr- und Lernsituation unumgänglich. Diese Wörter nun gehören, so soll gesagt werden, gemäß ihrer Aufgabe jemanden (geistig) auf das Niveau des Vorhabens zu bringen, der a n a g o - g i s c h e n (oder protreptischen) Einführungssprache an.

Die orthosprachliche Normierung anagogischer Sprachbestandteile der Einführungssprache ist, damit das Verfahren überprüfbar wird, an anderer - späterer - Stelle, unter Verletzung der pragmatischen Ordnung des Nacheinanders der Einführungen¹²⁾, die ja nur in einer unmittelbaren Lehr- und Lernsituation eingehalten werden könnte, nachzuholen. Die orthosprachliche Normierung hat sich trotz der Einsicht in das zirkuläre Dilemma nicht erübrigt. Ist nämlich auch in isolierten Redekontexten eine orthosprachliche Normierung von Grund auf nicht zu leisten, so sollte doch der Zirkel so weit ausgeführt und g e s c h l o s - s e n werden, daß eine Verankerung des terminologischen Gefüges in wenigen Schritten - im Rückgang in die Praxis selbst, der etwa dann möglich ist, wenn über ein Buch diskutiert wird - gelingt und einen festgefühten Halt für die Argumentation im Ganzen legt.

12) Die Einführungssprachen lassen sich so unterscheiden in solche, die keine Synonyma der erst einzu-

E l e m e n t a r e Sprachbestandteile habe ich bislang kaum verwendet. Ich habe mich bemüht, der Forderung, nur solche argumentationsrelevante Wörter zu verwenden, die einer strengen orthosprachlichen Gebrauchsfestlegung zugänglich sind, zu genügen. Unter den von mir angenommenen Restriktionen der Lehr- und Lernsituation habe ich bisher in großen Teilen noch erst nur anagogisch gesprochen und werde nicht umhin können, dies auch im folgenden, bis der Zirkel sich schließt, zu tun.

Der Anfang i n m i t t e n unserer naturwüchsig gewordenen Redepraxis ist damit explizit gemacht, kritisierbar und kontrollierbar. Es ist programmatisch eine Methode angegeben worden, wie der Anfang in der Mitte unterschritten werden kann.

Zu leisten ist die orthosprachliche Normierung, denn sie ist der e i n z i g e Weg zu einer gesicherten gemeinsamen Argumentation. Der V o r b e g r i f f ist trotz des Dilemmas, daß diese Normierung von Grund auf in einer restringierten Lehr- und Lernsituation zirkelfrei nicht zu leisten ist, um die Forderung nach der Bildung einer Orthosprache zu erweitern - um den m e t h o d i s c h e n V o r b e g r i f f¹³⁾.

führenden Sprache enthalten und solche, die gewisse Vorgriffe auf erst noch zu Leistendes machen (müssen).

13) Vgl. Schwemmer, Philosophie der Praxis, a.a.O., S.20.

Schwemmer unterscheidet ein "thematisches Vorverständnis" (Konflikterfahrung und Antitipation von Konfliktfreiheit) vom "methodischen Vorverständnis" ("Aufbau einer gemeinsamen Terminologie zur Formulierung unserer Vorschläge").

Exkurs: "Entzweiung" und "Vereinigung"

Hegel hat in seinen frühen Schriften selbst die Konflikterfahrung und deren Artikulation als Vorverständnis artikuliert und die Konfliktüberwindung als Vorbegriff an den Anfang seiner Überlegungen gestellt. In der Differenzschrift (1801) stehen hierfür die Termini "Entzweiung" und "Vereinigung", woran sich das "Bedürfnis der Philosophie"¹⁾ - welches sie hat - definiert.

Zwei Bedingungen führt Hegel dafür an, daß eine Philosophie eine "besondere Form" hat: (1) Auf der subjektiven Seite ist die "Originalität des Geistes", die des Philosophen, der auf die "Entzweiung" reflektiert und Vorschläge zu deren Überwindung macht, für die "besondere Form" der Philosophie verantwortlich. (2) Objektiv ist für die "besondere Form" die "besondere Form, welche die Entzweiung trägt, aus der das (philosophische e.A.) System hervorgeht"²⁾ verantwortlich zu machen.

"Entzweiung", so sagt Hegel, "ist der Quell des Bedürfnisses der Philosophie".

Da zu verschiedenen Zeiten die Probleme, um die es zu philosophieren gilt, je andere sind, die Entzweiung so eine je andere Form hat, einmal, um die von Hegel gewählten Beispiele zu wählen³⁾, als die von "Geist und Materie", dann als die von "Seele und Leib", von "Glauben und Verstand", dann als die von "Freiheit und Notwendigkeit" diskutiert wird, hat auch die Philosophie ihre je besondere Form, wenn es

1) I, 44 f.

2) I, 44

3) I, 45

ihr auch stets um ein und dasselbe geht: Die Philosophie ist nämlich "Tätigkeit der einen und allgemeinen Vernunft auf sich selbst" und hat sich "aus dem Bauzeug eines besonderen Zeitalters ... eine Gestalt organisiert"⁴⁾.

Die Entzweigungen, auf die Hegel in der Differenzschrift aufmerksam macht, sind insgesamt einer hochstilisierten Redepraxis entnommen und wenn er als d a s zu bewältigende Problem einer Zeit den Gegensatz von "absoluter Subjektivität" und "absoluter Objektivität", hier an Schelling anschließend - als Kulminationspunkt gewissermaßen jeglicher Entzweigung - behauptet⁵⁾, dann scheint die vorn als V o r v e r s t ä n d n i s formulierte Konfliktbestimmung mit der Hegelschen Entzweigungsproblematik nichts zu tun zu haben. Die Hegelschen Beispiele entstammen aber dem Umkreis des von ihm gewählten Themas, der Differenz des Fichteschen und Schellingschen Systems der Philosophie, und dieses Thema ist jedenfalls nicht die objektive Geistphilosophie. Dort wo sie Thema der philosophischen Reflexion ist, man vergleiche dazu nur kurz seine sonstigen - in der Jenaer Zeit noch ausgearbeiteten - Systementwürfe, in denen seine nationalökonomischen und naturrechtlichen Studien ihren Niederschlag finden, dort findet sich die Entzweigung näher in dem von mir angezeigten Sinne.

Fragt man, was ein Gegensatz von absoluter Subjektivität und absoluter Objektivität in Bezug auf den Gegenstand einer objektiven Geistphilosophie ist, so wird sich ohne Schwierigkeiten der von "Allgemeinem" und "Besonderem" explizieren lassen, von dem Hegel dann - modifiziert allerdings eher als Erinnerung an

4) I, 43

5) Vgl. den Kontext von I, 46

die schon erfolgte Überwindung dieses Gegensatzes in der modernen Welt - in der Rechtsphilosophie spricht. In Hegels späterem System wird jedenfalls in Bezug auf dessen als praktische Philosophie rekonstruierbaren Teil, wenn von Entzweiung oder von - wie Hegel dann sagt: "Widerspruch" gesprochen wird, vom Auseinanderfallen von **Zwecken** gesprochen, von **Konflikten**⁶⁾. In Bezug auf die praktische Philosophie ist die Entzweiung von Zwecken so der Sache nach der "Quell des Bedürfnisses der Philosophie"⁷⁾.

Die allgemeinen Bemerkungen Hegels zum "Bedürfnis der Philosophie" stellen an den Anfang die Konstatierung der Entzweiung und formulieren als den Vorbegriff deren Überwindung⁸⁾. Die Philosophie formuliert einen "Mangel", dessen Beseitigung sie sich zum Zwecke setzt. Sie hat ein Bedürfnis und ist so Erkenntnis unter praxisrelevantem Bezug. Je nach der besonderen Form der Entzweiung hat sie selbst eine besondere Form, je nachdem in welchem ihr zugänglichen Gegenstandsbereich, ob etwa in der Natur oder in der geschichtlichen Entwicklung, in welcher je spezifischen Weise, aufgrund etwa unterschiedlicher Vorleistungen, aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen, die das Zeitalter definieren, in welchem ihr zugänglichen Gegenstandsbereich die Entzweiung zu konstatieren ist. Die Philosophie ist so eine Gestalt der Geschichte selbst und nicht - wie Hegel späterhin behauptet - "absoluter Geist".

6) Vgl. VII,69 ff., insbesondere §§ 19 f.; Vgl. auch den Kontext von II,139-158; X,276-289; X,373-379.

7) Der Ausdruck "Bedürfnis der Philosophie" findet sich auch noch in der Enzyklopädie VIII,55 f. Daß Hegel in seiner Rechtsphilosophie das Problem der Entzweiung aufnimmt, hält J. Ritter für die "ent-

In diesem Sinne hat nun die spätere Rechtsphilosophie kein Bedürfnis mehr. Dem enzyklopädischen Systemkonzept folgend ist die Philosophie die vollendete Form "absoluten Geistes" und damit nicht mehr ein gestalterisch in die Geschichte eingreifendes Mittel. Sie wird nicht mehr als "objektiver Geist" rekonstruiert; sie ist als dessen Philosophie ihm selbst enthoben und nachträglich zu dessen Ausbildung erinnernde methodisch erfolgende Rekonstruktion von dessen Genese. Die Konflikte der Zwecke, wie etwa der der Ausbildung des "abstrakten Rechts" vorhergehende "Kampf um Anerkennung"⁹⁾ oder der in der bürgerlichen Gesellschaft aufbrechende Klassengegensatz¹⁰⁾ werden als längst bewältigt - als im modernen Staat aufgehoben - "begriffen", jedenfalls nicht mehr als Konflikte, für deren Überwindung die Philosophie ein methodisches Rüstzeug zur Verfügung zu stellen hätte.

Die Versöhnung ist vollbracht. Sittliche Praxis ist im modernen Staate realisiert. Ihre hochstilisierte und differenzierte Form, ihre Komplexität wird genetisch auf einstmals konfligierende Zweckverfolgungen, deren Transformierungen deren normativen Beurteilungen standhaltende Verträglichkeit im Gefolge hatte, zurückgeführt. Kurz: Die Hegelsche Rechtsphilosophie ist eine methodisch erinnernde Rekonstruktion schon stattgehabter Versöhnung.¹¹⁾

scheidende Bedeutung" derselben (J. Ritter, Hegel und die französische Revolution. In: Metaphysik und Politik, Frankfurt/M. 1969, S. 234; vgl. auch ebda S. 213 ff., 252). Zu modifizieren ist diese Behauptung allerdings dahingehend, daß im späteren Systemkonzept die Entzweiung nur noch als erinnerte und überwundene Thema ist.

8) Vgl. I, 49

9) VII, 112; 130

10) VII, 316 ff.

Die Differenz zur Hegelschen Argumentation liegt auf der Hand. Sie ist im unterschiedlichen Vorverständnis von unserer Situation begründet. W i r vermögen Hegel darin nicht zu folgen, daß eine sittliche Praxis mit dem modernen Staate nicht erst nur dem "Begriffe" nach - "an sich" - sondern allgemein und "konkret" schon realisiert sei, daß der Widerstreit der Zwecke qualitativ schon überwunden und schon faktisch in einer positiven Form "aufgehoben" und daß diese Praxis allenfalls noch quantitativ ("empirisch") auszuweiten sei. Die Realisierung von Sittlichkeit ist noch nicht vollbracht.

Der Kampf um Anerkennung und die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft - und dies ist eine Materialisierung unseres Vorverständnisses - finden noch statt, unsere Erkenntnis und philosophische Bemühung ist noch an den Vorbegriff gebunden. Sie soll dessen Realisierung zu leisten mithelfen.

So ist sinnvollerweise der Anfang mit der Rekonstruktion Hegelscher Texte nicht mit dem System selbst zu machen, sondern mit der u n s e r e r Form der Entzweiung entsprechenden besonderen Philosophie. Befinden wir uns unserem Vorverständnis nach noch inmitten von unbewältigten Konflikten und gibt die Rechtsphilosophie vor, die Genese bestehender Kon-

11) Wie sehr sich, schaut man auf diese Einschätzung der Rolle der Philosophie, hier Hegels Meinung geändert hat, wird an folgenden Zitat aus der Differenzschrift deutlich, in dem der Philosophie eine Rolle bei der Erreichung von Versöhnung zugesprochen wird: "Wenn die Macht der Vereinigung aus dem Leben der Menschen verschwindet, und die Gegensätze ihre lebendige Beziehung und Wechselwirkung verloren haben, und Selbständigkeit gewinnen, entsteht das Bedürfnis der Philosophie". (I,46) In der Rechtsphilosophie dient die "Eule der Minerva" als Metapher.

fliktfreiheit als in den bestehenden Institutionen aufgehoben zu rekonstruieren, dann lohnt der Versuch zu prüfen, ob der e r i n n e r t e Weg - die Methode - Anweisungen für eine selbst erst noch zu leistende Praxis enthält.¹²⁾

-
- 12) Ich bestreite nicht, daß mit einer derartigen Prüfung Hegels Einordnung der Philosophie des objektiven Geistes in sein System, als Bestandteil des absoluten, nur auf sich und seine Produktionen reflektierenden Geistes, außer acht gelassen wird. J. Ritter hat in seinem Beitrag über Hegel und die französische Revolution (a.a.O., S.187) zu Recht darauf hingewiesen, daß man Hegels "politische Philosophie (notwendigerweise) um(deutet)", wenn man sie "aus der Philosophie (dem System e.A.) herauslöst und die metaphysische Herkunft und Bedeutung ihrer Grundbegriffe außer acht läßt". Man stellt sie nämlich, und hierin besteht jene Umdeutung, in der Tat mit einer solchen Herauslösung - um bei der berühmt gewordenen Marxschen Metapher zu bleiben - vom Kopf auf die Füße, vom Kopf, in dem die Versöhnung schon vollbracht ist, auf die Füße, die dessen Einbildungen erst noch zu erlaufen haben. Keineswegs aber "zerstört" man Hegels politische und praktische Philosophie mit einem solchen Vorgehen, wie Ritter weiter meint. Die "metaphysischen Grundlagen der Hegelschen Philosophie" sind, dies bemerkt W. Euchner gegen J. Ritter zu Recht, untergegangen: "Dennoch besteht ... die Marxsche Formel zu Recht, daß aus deren "metaphysischer Hülle" ein "rationeller Kern" herausgearbeitet werden könne. H e g e l s immense Gedankenarbeit hat eine Fülle von sozialen Zusammenhängen plausibel gemacht, die als empirische Annahmen oder als - wenngleich nicht unmittelbar überprüfbare - Theorieelemente von heuristischem Wert ernst genommen zu werden verdienen. Zwar bietet die Gedankenwelt Hegels so, in d i s i e c t a m e m b r a aufgelöst, das dem Philosophen ärgerliche Bild eines Steinbruchs, worin sich jeder nach passenden Bausteinen umsehen mag. Wer die moderne Welt nicht grundsätzlich kontingent, mit partiellen Regelmäßigkeiten, sondern von ihrem Reproduktionsprozeß vorstrukturiert erachtet wird dort immer fündig". (W. Euchner, Eigentum und Herrschaft bei Hegel. In: Politische Vierteljahresschrift (Ztschr.) XI. Jg., 1970, S.532) Allerdings wird bei diesem Verfahren die geläufige Übung, Hegelsche Texte nur als Sammlung von Zitaten zu verwenden, um damit vorgeblich Eigenem den Schein einer übergreifenden Objektivität zu verleihen, zu vermeiden sein.

4 Bedürfnisgebundene und interaktionsgebundene Praxis

Ich gebrauche den Ausdruck P r a x i s hinsichtlich eines T u n s, das als zur Erfüllung von Zwecken geleistet verstanden werden kann. Genauer: Ich spreche dann von Praxis, wenn ein Tun als aufgrund von willensbildender Rede eingetretene Befolgung von A u f f o r d e r u n g e n rekonstruiert werden kann, wobei eine unter Umständen zu konstatierende Diskrepanz zwischen unserem Wirkungswissen und dem der Tätigen in Rechnung zu stellen ist. Ein Tun, das w i r leisten und das unseres Wissens eine bestimmte Wirkung zeitigt, ist damit P r a x i s. Aber auch ein Tun, das andere leisten und das i h r e s Wissens eine bestimmte Wirkung zeitigt, unseres Wissens aber nicht¹⁾, ist nach dieser Bestimmung P r a x i s.

Ich mache spezieller einen Unterschied zwischen (1) b e d ü r f n i s g e b u n d e n e r (oder - bestimmter) und (2) i n t e r a k t i o n s g e b u n d e n e r (oder - bestimmter) Praxis und zwar bezüglich der das Tun letztlich leitenden Oberzwecke. In der Regel handelt es sich bei einem vorliegenden Tun um ein Ineinandergreifen beider Praxisformen. Die eine (2) ist zudem als aus der anderen (1) genetisch hervorgegangen zu rekonstruieren, wenngleich sie in ihrem Bestehen keineswegs mehr in ihren leitenden Oberzwecken an jene gebunden sein muß.

Der Unterschied der beiden Praxisformen erfolgt parallel zur Hegelschen Unterscheidung von System der Bedürfnisse (bedürfnisgebundenes Handeln) einerseits und Familie

1) Auf diese Weise werden auch gewisse relevante - etwa religiöse Lebensvollzüge, die unseres Wissens die von ihnen intendierte Wirkung nicht erreichen, die aber gleichwohl eine institutionalisierte Form haben, unter dem Ausdruck Praxis subsumierbar.

und Staat (das unmittelbar oder vermittelt sittliche Handeln) andererseits. Im System der Bedürfnisse, dessen Organisation die bürgerliche Gesellschaft bei Hegel definiert, wird eine allgemeine Praxis vorgestellt, die unter dem "Prinzip der Besonderheit steht, in dem eine Allgemeinheit der Zwecke sich zwar herausbildet, in dem diese Allgemeinheit aber sich nur in Unterzweckkontexten herstellt, das heißt aber als **M i t t e l** zur Befriedigung der je individuierten Bedürfnisse zu verstehen ist. Im Staat wird eine allgemeine Praxis herausgestellt, die, so jedenfalls nach Hegels Behauptung, unter dem Prinzip der Freiheit steht.

Ich spreche des näheren von einer **b e d ü r f n i s - g e b u n d e n e n P r a x i s** dann, wenn die zum Zwecke des Verstehens von Handlungen rekonstruierten Zwecke ihrem **I n h a l t**²⁾ nach - um einen Ausdruck Kants zu verwenden - "pathologisch" und durch willensbildende Rede nur **g e s e t z t** sind.

Von nur **g e s e t z t e n** Zweckinhalten spreche ich dann, wenn die in den Zwecken als Inhalt vorliegenden Sachverhalte jeglicher Willensbildung vorgängig als **W i r k u n g e n** eines Tuns schon erreicht sein **m ü s s e n**. Der Inhalt ist der Willensbildung unhintergebar **v o r g e g e b e n**. Es ist bereits derjenige Zustand als Wirkung eines Tuns erreicht, der in der Willensbildung zusätzlich noch als **Z w e c k** ausgezeichnet, das heißt in die Formulierung eines Zwecks als Inhalt aufgenommen werden mag. Diese Aufnahme ist die **S e t z u n g** des Inhalts.

Es sind die **e l e m e n t a r e n B e d ü r f - n i s s e**, die nachträglich zu ihrer schon erfolgten Befriedigung in willensbildender Rede als **I n h a l t e** von Zwecken (positiv) als zu verfolgende oder (negativ)

als Verfolgung des negierten Inhalts g e s e t z t³⁾ werden. Ehe nämlich in eine Willensbildung überhaupt eingetreten werden kann, m ü s s e n die elementaren Bedürfnisse schon befriedigt sein, auch dann, wenn zum Gegenstand der willensbildenden Reden die elementare Bedürfnisbefriedigung gemacht werden mag. Da die I n h a l t e der bedürfnisgebundenen Praxis, jedenfalls was ihre Oberzwecke betrifft, vorgegeben sind, ist die Verfügung über die Praxis nur "formell", um einen von Hegel in diesem Zusammenhang gebrauchten Ausdruck zu verwenden.

Die S e t z u n g der durch Natur vorgegebenen Inhalte (positiv oder negativ) als Zweck zeigt eine formelle Verfügung über Zweckverfolgungen an, die mit der über das Leben selbst gleichbedeutend ist. Die n e g a t i v e Setzung nämlich der vorgegebenen Inhalte bedeutet die Aufhebung aller Willensbildung durch Willensbildung selbst.

Die S e t z u n g der durch Natur vorgegebenen Inhalte definiert die "formelle Freiheit". Das Leben in seiner organischen Struktur ist kein durch Willensbildung h e r v o r g e b r a c h t e r Sachverhalt, - es wird als Inhalt eines Zwecks nur g e s e t z t. Letzteres Vermögen zu setzen unterscheidet nach Hegel den Menschen vom Tier.

"Der Mensch allein kann Alles fallen lassen, auch sein Leben: er kann einen Selbstmord begehen; das Tier kann dieses nicht; es bleibt immer nur negativ; in einer ihm fremden Bestimmung, an die es sich nur gewöhnt."⁴⁾

2) Der I n h a l t eines Zwecks (Willensbestimmung) wird durch die in der Formulierung des Zwecks enthaltenen Aussagen dargestellt.

3) Vgl. zu dieser "formellen Freiheit der Subjektivität" VII, 181.

4) VII, 55

Die Willensbildung, deren Ergebnis die **S e t z u n g** der durch die Natur vorgegebenen Inhalte als Willensbestimmung ist, ist - und dies ist als zusätzliche Bestimmung hinzuzunehmen - als die von **E i n z e l - n e n** zu bestimmen, da die **e l e m e n t a r e n** **B e d ü r f n i s s e** - als von Natur vorgegebene - ja die von Individuen sind. Es ist das moralische Subjekt jenes Individuum, das sich seine von Natur letztlich vorgegebenen Bedürfnisse explizit zum Inhalte seiner Zwecke macht, und dies moralische Subjekt ist in seiner Genese ein hochstilisiertes Ergebnis eines kulturellen und geschichtlich vermittelten Prozesses. Die **E i n z e l n e n** lernen erst aufgrund eingeübter gemeinsamer Willensbildung, aufgrund einer in gemeinsamen Handlungskontexten erlernten Sprache, sich "für sich" zu verbesondern, sich bei sich selbst einen Willen zu bilden und für sich selbst ihre individuell vorgegebenen Bedürfnisse als individuell zu verfolgende Zwecke auszuzeichnen - **I n h a l t e** **z u** **s e t z e n**. Ihr Tun, das sie vor diesem gattungsgeschichtlichen Ereignis der ^Herausbildung des moralischen Subjekts leisten - in Sippenzusammenhängen etwa - ist zwar auch als zu Zwecken der je individuellen Bedürfnisbefriedigung geleistet verstehbar, dies aber nur "für uns" oder "an sich". "Für sich" selbst steht diese Praxis noch nicht unter dem Prinzip der Besonderheit. Die Bedürfnisbefriedigung wird aus dem Gemeinsamen unmittelbar geleistet, aus dem gemeinsam erarbeiteten "Vermögen" . Die Menschen haben noch nicht gelernt, sich getrennt vom **g e m e i n s a m e n** Lebensvollzug einen individuellen Willen zu bilden und besondere Zwecke zu verfolgen. Ist jene Praxis, in der sich die Individuen noch nicht explizit voneinander verbesondert haben, bei Hegel Thema im Abschnitt über die "Familie", so diejenige Praxis, die von den Individuen explizit um ihrer je besonderen ihnen selbst explizi-

ten bedürfnisgebundenen Zwecke willen geleistet wird, Thema des Abschnitts über die bürgerliche Gesellschaft.

Und so ist auch unter Bezug auf jene willentliche Verfügung über das Leben zu sagen, daß der Mensch sich nicht erst dann vom Tier unterscheidet, wenn er sein individuelles Leben ("subjektiv") sich (positiv oder negativ) als Zweck zu **s e t z e n** vermag, denn dies tut erst jenes moralische Subjekt^{af} - ein hochstilisiertes Kulturprodukt. Die elementare Differenz zum Tier liegt in jenem gemeinsamen sprachlich vermittelten Lebensvollzug, aus dem heraus allererst sich jene individuelle Verfügung "bildet"; - auch die über das eigene Leben.

Von einer **i n t e r a k t i o n s g e b u n d e n e n** Praxis spreche ich dann, wenn die zum Zwecke des Verstehens von Handlungen rekonstruierten Zwecke ihrem Inhalt nach als durch willensbildende Reden **h e r v o r g e b r a c h t** rekonstruiert werden. Ein Inhalt (eines Zwecks) ist hervorgebracht dann, wenn er der Willensbildung vorgängig nicht schon ein bestehender Sachverhalt sein **m u ß**.

Auch individuell mögen solche durch willensbildende Reden hervorgebrachte Zwecke verfolgt bzw. gebildet werden. Solche Reden machen Gebrauch vom in gemeinsamen Kontexten gelernten Vokabular, von Erfahrungen, die durch Interaktion übermittelt sind. Ich möchte deshalb bezüglich eines nicht bedürfnisbestimmten individuellen Handelns, das sich auf hervorgebrachte Zwecke gründet, von einem **i n t e r a k t i o n s - v e r m i t t e l t e n** Handeln sprechen.

Die **i n t e r a k t i o n s g e b u n d e n e** Praxis bildet sich zunächst im Kontext bedürfnisbefriedigenden Tuns heraus. Sie bildet sich unter dem Primat bedürfnisbestimmter Oberzwecke. Hegel formuliert, daß

die "geistigen Beziehungen zunächst nur eine Existenz in der unmittelbaren Wirklichkeit" gewinnen⁵⁾. Erst die genetisch nachzuzeichnende schließlich Verselbstständigung und Emanzipation v o n den Bedürfnissen erlaubt dann im strengen Sinne die Rede von einer auch bezüglich der Oberzwecke i n t e r a k t i o n s - g e b u n d e n e n Praxis.

Ich spreche differenzierter zunächst nur von einer l e t z t l i c h b e d ü r f n i s g e b u n d e n e n⁶⁾ (oder: a u c h i n t e r a k t i o n s g e b u n d e n e n) Praxis und habe dabei ein zu a u c h interaktionsbestimmten Zwecken geleitetes Handeln vor Augen, das insgesamt jedoch, das heißt: l e t z t - l i c h als zur Erfüllung der egoistischen Zwecke der Bedürfnisbefriedigung geleistet zu verstehen ist. Dieser Fall ist in der von uns geleisteten gemeinsamen Lebenspraxis die Regel. In einem weiteren methodischen Schritt kann dann auch von einer a u c h b e - d ü r f n i s g e b u n d e n e n Praxis⁷⁾ gesprochen werden. Eine Praxis ist dann a u c h b e - d ü r f n i s g e b u n d e n , wenn sie als um i n - t e r a k t i o n s b e s t i m m t e r Oberzwecke willen geübt verstanden werden kann und zugleich b e - d ü r f n i s b e s t i m m t e Zwecke miterfüllt.

5) XII, 202

6) Auf die Rechtsphilosophie Hegels übertragen wäre dies etwa die Praxis, die in der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft, die aus sich heraus interaktionsbestimmte Handlungsvollzüge (Arbeitsorganisation, Recht), ja selbst schon sittliche Institutionen (Stände, Korporationen) hervorbringt, geleistet wird.

7) Auf Hegel übertragen ist dies die Praxis von Familie und Staat, deren Prinzip zwar als Bedürfnisüberhoben formuliert wird, die aber den Lebenserhalt der Individuen (Familienglieder, Bürger) a u c h zum Inhalt haben.

Von einer i n t e r a k t i o n s g e b u n d e n e n
P r a x i s oder kurz: von I n t e r a k t i o n
spreche ich des näheren dann, wenn die verstehende
Rekonstruktion von Handlungen (auch Reden) eine
sei es positive oder negative Auszeichnung an-
derer Menschen als Z w e c k ergibt. Präziser:
Von I n t e r a k t i o n⁸⁾ spreche ich dann,
wenn die Rekonstruktion von vorliegenden Handlungs-
kontexten als I n h a l t der ihnen zugrunde-
liegenden Zwecke die H a n d l u n g e n oder
Z w e c k e anderer Menschen - sei es nun Ein-
zelner oder sei es auch die einer Gesamtheit -
ergibt.

Der für Hegel zentrale Terminus "Anerkennung"
läßt sich hier näher bestimmen. Von A n e r k e n -
n u n g eines Menschen soll dann gesprochen wer-
den, wenn seine Z w e c k e durch andere Menschen
p o s i t i v selbst als zu verfolgende Zwecke
ausgezeichnet, das heißt zum I n h a l t der
Zwecke anderer werden. A n e r k e n n e n d e s
H a n d e l n ist eine der Formen i n t e r a k -
t i o n s g e b u n d e n e r P r a x i s.

In einer bedürfnisgebundenen differenzierten Pra-
xis, in der die Individuen ihr eigenes besonderes
"Wohl" explizit im Blicke haben und in dem sie je
individuell bestimmte ausschließliche Handlungs -

8) Die Bestimmung des "sozialen Handelns" bei Max
Weber ist mit der von mir hier vorgeschlagenen
einer interaktionsbestimmten Praxis verträglich,
da das "sinnhaft am Verhalten des anderen orien-
tierte eigene Verhalten" (handeln) als positive
oder negative Aufnahme des A n d e r e n, seines
Handelns und seiner Zwecke, als Inhalt in die
eigene Zweckverfolgung jeweils rekonstruierbar
ist. Vgl. M.Weber, Wirtschaft und Gesellschaft,
Studienausgabe, Erster Halbband, Köln-Berlin
1964, S.16.

dispositionen innehaben, werden die Handlungen eines anderen, die einen eigenen Zweck erfüllen, ihrerseits selbst als Zweck (Unterzweck) ausgezeichnet, - es besteht, wie man auch sagen mag, ein Interesse an den Handlungen des anderen. Unter dem Prinzip der Besonderheit stehende allgemeine Verhältnisse (bürgerliche Gesellschaft) werden durch ein *I n - t e r e s s e* derart *a l l e r a n a l l e n* definiert. Derjenige, der einen anderen zur Ausführung einer Handlung *a u f f o r d e r t*, hat ein Interesse. Er zeichnet die Handlung, zu der er auffordert, als Zweck aus und zwar im bedürfnisgebundenen Praxiskontext als Unterzweck zur Erfüllung eines bedürfnisbestimmten Oberzwecks. Der Aufgeforderte seinerseits zeichnet, wenn er die Aufforderung befolgt, diesen bedürfnisbestimmten Oberzweck des anderen "für sich" selbst als Zweck aus. Die Befolgung der Aufforderung eines anderen schließt ja die Auszeichnung von dessen Zweck, der durch die Befolgung der Aufforderung gerade erreicht wird, als eigenen Zweck durch den Aufgeforderten ein, schließt also *A n e r k e n n u n g* ein. Mag auch immerhin die Auszeichnung der bedürfnisbestimmten Zwecke eines anderen, wie im unter dem Prinzip der Besonderheit stehenden Leben per definitionem, ihrerseits Unterzweck zur Realisierung des Interesses an Handlungen des anderen - jetzt Auffordernden - sein, die ihrerseits wieder einen eigenen bedürfnisbestimmten Oberzweck erfüllen.

So ist gerade die differenzierte emphatisch unter dem Prinzip der Besonderheit stehende bedürfnisgebundene Praxis *a u c h* interaktionsgebunden. Erst recht ist die Bedürfnisbefriedigung dort, wo sie noch unmittelbar - nur im Bereich der Handlung - *g e - m e i n s a m*, ohne jene hochstilisierte Ausdifferenzierung der explizit sich selbst verbessernden Sub-

jekte , geleistet wird, bezüglich der w i r in unserem verstehend Praxis rekonstruierenden Zugriff sagen, daß sie b e d ü r f n i s g e b u n d e n e Praxis sei, interaktionsbestimmt. Im Abschnitt über die Familie, den Hegel dem über die bürgerliche Gesellschaft, die ja durch jene Ausdifferenzierung der Subjekte gegeneinander bei durch diese sich herstellender Allgemeinheit des Verhältnisses⁹⁾ definiert wird, voranstellt, hat Hegel diesem unmittelbar interaktiven Zusammenhang Rechnung getragen, wobei er allerdings mehr den sittlichen - bedürfnisüberhobenen - Aspekt (Ehe, Kindererziehung usw.) im Blicke hat und nicht die die Subsistenz der Familienmitglieder erhaltende Praxis, die jedenfalls die Familie in Zeiten, in denen das System der Bedürfnisse noch nicht entwickelt gewesen ist, mitdefiniert hat¹⁰⁾.

Ob nun eine bedürfnisgebundene Praxis unmittelbar gemeinsam, wie in der früheren auf Agrikultur gründenden Familie oder arbeitsteilig unter Ausbildung und Bestehen von individuellen Handlungsdispositionen geleistet wird, immer schon steht sie unter der Bedingung einer gewissen Gemeinsamkeit, unter einem Interesse am anderen, unter der Bedingung des Bestehens von Interaktion.

Die Differenziertheit näher der Bedürfnisse hat zur Bedingung, daß Menschen zueinander in (Aufforderungs) Verhältnisse schon getreten sind und ein, wenn auch

9) Habermas hat jenen bürgerlichen Zustand vor Augen, wenn er von der Differenz des "Stammespartikularismus" - hier mag der traditionelle oikosdefinierte Familientyp eingesetzt werden - von "universalistischen und zugleich individualistischen Orientierungen" spricht. (vgl. J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S.23.

10) Vgl. den folgenden Exkurs: Familie.

zunächst noch sehr unspezifiziertes Interesse aneinander genommen haben. Und die Differenzierung selbst kann im Unterschied zum elementaren Bedürfnis auch dem Inhalt der verfolgten Zwecke nach als hervorgebracht rekonstruiert werden, sie ist jedenfalls kein von Natur vorgegebener Inhalt. Sie ist (gattungsgeschichtlich) aufgrund von Interaktionen gestiftet - eine Kulturleistung. Im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft greift Hegel in Bezug auf die Genese und das Bestehen der Differenzierung auf die Ergebnisse der vorliegenden Nationalökonomie zurück, die das "was ist" und was es nun zu begreifen gilt schon zum theoretischen Gegenstand gemacht hat.

Hier - im methodischen Aufbau am Anfang - ist festzuhalten, daß die interaktionsgebundene Praxis zunächst nur als eine Teil- bzw. Unterpraxis zur bedürfnisgebundenen zu bestimmen sein wird. Sie steht, das sagt dasselbe, noch unter deren Prinzip. Daß dieses Prinzip unsere Lebensvollzüge nicht allein leitet, daß im emphatischen Sinne von Freiheit zu sprechen die Befreiung vom Bedürfnis einschließt, die bedürfnisüberhobene Interaktion allererst jene Freiheit vollgültig - bei Hegel als Staat - realisiert, diesem Nachweis ist Hegels Rechtsphilosophie gewidmet

Exkurs: Familie

Das als Familie zu definierende Leben ist Hegel zufolge als ein zu gruppenmäßigen Zwecken geübtes sittliches Handeln zu begreifen. Diese Institution - v o n u n s normativ beurteilt - erweist sich als ein Interaktionszusammenhang, der - "für uns" - sich selbst in seinem Vollzug als Zweck realisiert¹⁾ oder - in Hegelscher Rede - unmittelbarer Wille ist, der sich selbst zum Inhalte hat. Die Familie ist in dem ihr zugeordneten Abschnitt in der Rechtsphilosophie als ein allenfalls a u c h b e d ü r f n i s g e b u n d e n e r Lebensvollzug bestimmt, der auf natürlichen Grundlagen - Geschlechterdifferenzierung, Aufzucht der Kinder - über die "Empfindung" der sie ausmachenden Glieder und einer willentlichen S e t z u n g dieser Empfindungen als Zweckbestimmung, interaktionsbestimmte Oberzwecke unmittelbar realisiert.¹⁾

In der Familie agieren die Individuen nicht als moralische Subjekte, die ihr je individuelles Wohl sich explizit zum leitenden Zweck ihres Handelns machen. Sie verzichten, sofern die bürgerliche Gesellschaft als ein familientranszendierender Lebenszusammenhang schon besteht, auf ihre Selbständigkeit, die sie unter traditionellen Bedingungen im übrigen noch gar nicht erreicht haben, "... so daß die Gesinnung ist, das Selbstbewußtsein seiner Individualität i n d i e s e r E i n h e i t als an und für sich seiende Wirklichkeit zu haben, um in ihr nicht als eine Person für sich, sondern als M i t g l i e d zu sein"²⁾.

1) VII,237;240

2) VII,237; vgl. zum folgenden insbesondere VII,240 ff.

Im Abschnitt über die Familie in der Rechtsphilosophie hat Hegel bereits den modernen Familientyp vor Augen und nicht den traditionellen, der einer vorbürgerlichen Welt zugehörig ist. Er geht nämlich davon aus, daß die Familie in der Eheschließung durch "Personen" begründet wird, die "die freie Einwilligung ..." dazu geben, "Eine Person auszumachen". Die Familiengründung wird durch einen - zwar durch die Empfindung schon inhaltlich vorgegebenen - willentlichen Akt von geschlechtsunterschiedenen Individuen vorgenommen und damit von ausgebildeten sich bei sich selbst einen Willen bildenden Subjekten geleistet.³⁾

3) Was D. Leclercq (Die Familie, Freiburg 1955⁴⁾) in seinem Buch über die Ehe sagt, daß in ihr nämlich in sich selber vollständige, sich genügende und ihr eigenes Ziel in autonomer Weise verfolgende Menschen - "Personen" sich vereinigen (13), daß die "Ehe ... der wesentliche Akt (ist), in dem der Mensch über sein Leben verfügt (15), trifft nur auf den modernen familiengründenden Akt zu. Erst mit der Ausbildung der Person, und dies ist ein historischer Hiatus, erst aufgrund von gattungsgeschichtlichen Lernprozessen, sind die Individuen überhaupt in die Lage versetzt, in der angegebenen Weise individuell über sich zu verfügen. Die individuelle Verfügung eines Menschen über sich setzt eine Emanzipation vom "Allgemeinen", und das ist in diesem Falle die traditionelle Großfamilie, voraus. Erst Individuen, die aus den traditionellen Banden heraus sich verbesondert haben, sind in die Lage versetzt, aus ihrer individuellen Willensbildung heraus sich zur Vereinigung in einer komplexeren Person zu bringen, und dies ist ein Emanzipationsvorgang, der erst in der bürgerlichen Gesellschaft vollzogen wird. So ist historisch der Zusammenbruch der Großfamilie, der seinen Grund in veränderten ökonomischen Vorgängen hat, die Bedingung für die Freisetzung der Individuen aus ihren traditionellen Banden und damit jedenfalls Bedingung für die Ausbildung der "Person", die autonom sich zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit bringt und die moderne Kleinfamilie gründet, die im Unterschied zur traditionellen Großfamilie mit dem Erwachsenwerden der Kinder sich verkleinert und mit dem Tode der Gatten ihr "natürliches Ende" (vgl. VII, 251 ff.) findet.

So hat Hegel die moderne bürgerliche Ehe im Blick, die ihren "subjektiven Ausgangspunkt" im Empfinden, der "besonderen Neigung der beiden Personen", im "Verliebtsein" hat und ihren "objektiven" in jener "freien Einwilligung ... E i n e P e r s o n auszumachen". In der vorbürgerlichen Welt "verfügen die Eltern über die Ehe nach ihrer Willkür ohne die Individuen zu fragen, und diese lassen es sich gefallen, da die B e s o n d e r h e i t d e r E m p f i n d u n g (Sperrung von mir) noch keine Präntention macht"⁴⁾.

Die Familie ist nicht mehr jene Wirtschaftsgroßfamilie, die Aristoteles in seiner Politik, wenn er vom Oikos spricht, vor Augen gehabt hat und der die sogenannte Hausväterliteratur bis hinein ins 18. Jahrhundert eine Anleitung gewesen ist⁵⁾. Sie ist nicht mehr das "ganze Haus", wie W.H.Riehl es nannte⁶⁾, welches er zu seiner Zeit (1854) bei den "Mächten des Beharrens" - Aristokratie und Bauern - im Unterschied zu den n u n wirksamen und tendenziell sich ausweitenden "Kräften der Bewegung"⁷⁾ -

4) R. König spricht unter Bezug auf letzteren Sachverhalt von der "Vormundschaft der Familie über die Ehe". Die Ehe ist traditionell im strengen Sinne nicht familiengründend gewesen, sondern ein Einbezug eines neuen Mitglieds - zumeist der Ehefrau - in den alten Familienverband. Letzterer bestimmte demgemäß bei der Gattenwahl mit. (Vgl. R.König, Soziologie der Familie. In: Soziologie, hg.v.A.Gehlen und H.Schelsky, Düsseldorf-Köln 1955). Diese Vormundschaft konstatiert auch Hegel in Bezug auf die traditionelle Familie VII, 251 (§ 172).

5) Vgl. O.Brunner, Hausväterliteratur (Art.). In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, Bd.5, S.92f. und dort angegebene Literatur.

6) Vgl. W.H.Riehl, Naturgeschichte des Volkes (4 Bde), Bd.3 (Die Familie), Stuttgart-Berlin 1904¹², S.158 ff.

7) Vgl. ders. zu diesen Titeln ebda Bd. 2 (Die bürgerliche Gesellschaft).

Bürgertum und Proletariat - realisiert fand. Schon gar nicht hat Hegel die "Verwandtschaftsgroßfamilie" vor Augen, die als enge Lebensgemeinschaft aller Blutsverwandten bestimmt ist und als lockerer und weiterer Lebensverband als Sippe definiert wird⁸⁾.

Die traditionelle Wirtschaftsgroßfamilie ist ökonomisch durch die Agrikultur bestimmt, durch eine noch relativ wenig differenzierte Arbeits- und Bedürfnissphäre. Sie ist patriarchalisch organisiert gewesen und allein durch den Oikosdespoten nach außen hin vertreten. Sie schloß einen weiteren Mitgliederkreis ein, der über den Rahmen der Kernfamilie (Ehepaar und Kinder) hinausging⁹⁾. Sie sicherte ihren Mitgliedern *z e i t l e b e n s* die Subsistenz, auch dann, wenn sie aus dem Produktionsprozeß ausschieden¹⁰⁾. Letzteres ist übrigens ein in-

8) Vgl. zur Typologie der Familie die zusammenfassenden Bemerkung von St. Münke in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, a.a.O. 1961, Bd.3, Art. Familie, S.472.

9) Zu ihr zählte neben Eltern, Kindern, Großeltern und weiteren Verwandtschaften auch das Gesinde. So etwa noch Kant in: Metaphysik der Sitten, Rechtslehre, §§ 23,30 und Brief an C.G.Schütz vom 10.7. 1797. Daß das Gesinde zur Familie zu rechnen ist, ist eines der Hauptmerkmale der Wirtschaftsgroßfamilie und W.H.Riehl konstatiert an der Freisetzung des Gesindes deren Zusammenbruch. Auch im fortschrittlicheren 19. Jahrhundert wird teilweise noch wie selbstverständlich das Gesinde zur Familie gerechnet (vgl. etwa C.v.Rotteck und C.Welcker, Familie (Art.). In: Staatslexikon, 1846, Bd. 4. S.606), wobei bemerkenswert ist, daß C.v.Rotteck - ein liberaler Publizist des Vormärz - im gleichen Zusammenhang das Verbleiben der Kinder auch als Erwachsene im Familienverband, auch dieses definierte die traditionelle Familie mindest ebenso, wie die Zurechnung des Gesindes, ganz "verwerflich" und "verkehrt" findet (ebda, S.604).

teraktionsgebundener Zweck. Die Mitglieder verließen den Umkreis der Familie kaum, schon gar nicht, um außerhalb ihrer einem Beruf nachzugehen. Die Familie war Produktionsgemeinschaft und in der Produktion weitgehend autark. Die Produktionsmittel (Grund und Boden, Werkzeuge usw.) waren insgesamt in ihren Händen und die agrarische Produktionsweise bestimmte weitgehend die Familienstruktur¹¹⁾.

-
- 10) Dies ist eine Aufgabe, die bei Hegel in der bürgerlichen Gesellschaft an die "Korporation" verwiesen wird. Die Korporation wird von Hegel, der hier eine Funktionsverlagerung der Familie offensichtlich bemerkt, als "zweite Familie" bezeichnet. (VII, 324)
- 11) W.H. Riehl und F. Le Play (Les ouvriers européens, Paris 1855) gelten als die Begründer der modernen - unter konservativen Zwecken allerdings stehenden - Familiensoziologie (vgl. G. Schwägler, Soziologie der Familie. Ursprung und Entwicklung, Tübingen 1970, S. 33-51). Beide und mit ihnen die familiensoziologischen Theorien der Folgezeit behaupten als traditionellen Familientyp das Vorherrschen der Großfamilie und konstatieren in der Moderne eine Tendenz zu deren Auflösung und zur Ausbildung der um die Kernfamilie zentrierten Kleinfamilie. Sie beziehen sich bei ihren Untersuchungen vorwiegend auf die tradierten juristischen Normierungen der Familienverhältnisse (Schwägler, S. 137) und lassen die faktischen Lebensvollzüge, die den positiv rechtlichen Rahmen überschreiten, mangels einer zureichenden methodisch durchgeführten empirischen Erhebung außer acht. Historisch faktische Untersuchungen haben deshalb inzwischen modifizierend gewirkt. Neuere Untersuchungen (vgl. E. J. Walter, Kritik einiger familiensoziologischer Begriffe im Lichte der politischen Arithmetik des 18. Jahrhunderts. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1961, Jg. 97, S. 64-75 und hierzu Schwägler, a.a.O., S. 141 ff.), die Lebensdauer, Heiratsalter und Ehedauer einbeziehen, haben ergeben, daß in den Haushalten im 17.-19. Jahrhundert selten faktisch mehr als zwei Generationen vereinigt gewesen sind, daß also die Zahl der Familienmitglieder sich in relativ engen Grenzen gehalten hat. Daß die Familie die Tendenz - als traditionelle Institution - zur großfamilialen Ausprägung gehabt hat und neben der Kernfamilie auch "Seitenverwandte, Dienstboten,

Im Unterschied zur modernen bürgerlichen Familie ist die traditionelle Familie nicht als bedürfnisüberhoben definiert und zwar weder, was die K o n s u m - t i o n - also die Erfüllung der bedürfnisbestimmten Zwecke bei gegebenen Gütern - noch was die P r o - d u k t i o n - die jene Güter bereitstellt - betrifft. In der traditionellen Familie, in der die Individuen sich noch nicht als selbständige gegeneinander verbesondert haben, sind bedürfnisgebundene und interaktionsgebundene Praxis unmittelbar zusammengeschlossen, für uns nicht eindeutig voneinander unterscheidbar.

Im Kapitel über die Familie in der Rechtsphilosophie definiert nun Hegel die Familie ausschließlich als sittliche Instanz¹²⁾. Was ist hierfür der Grund?

gewerbliches Arbeitspersonal, unselbständige Untermieter und Tischgänger" (Schwägler, S.141) zu ihr gezählt wurden und daß dies auch juristisch und theoretisch (Hausväterliteratur) fixiert gewesen ist, bleibt unbestritten.

- 12) Es seien einige Belege aus Hegels früheren Schriften angeführt, in denen die Familie emphatisch als d a s sittliche Verhältnis bestimmt wird. "Das Sittliche scheint in das Verhältnis der einzelnen Familienglieder zur ganzen Familie als der Substanz gelegt werden zu müssen." (II,342; vgl. die nähere Bestimmung der Interaktionsverhältnisse, die die Familie ausmachen II,347 ff.) "Das erste notwendige Verhältnis, worin das Individuum zu anderen tritt, ist das Familienverhältnis." (III,88) "Das L e b e n i n d e r F a m i l i e ... ist ein persönliches Verhältnis, ein Verhältnis der Empfindung, der Liebe, des natürlichen Glaubens und Zutrauens; e s i s t n i c h t d a s B a n d e i n e r S a c h e (Sperrung von mir), sondern das natürliche Band des Bluts; d a s K i n d g i l t h i e r d a r u m, w e i l e s K i n d i s t (Sperrung von mir); es erfährt ohne Verdienst die Liebe seiner Eltern, so wie es ihren Zorn, ohne ein Recht dagegen zu haben, zu ertragen hat." (III,269) Die Familie wird im Unterschied zur "Welt" - zur bürgerlichen - in der das "Verdienst" gilt, in der "der Mensch gilt ... nach den Geschicklichkeiten und der Brauchbarkeit für eine ihrer Sphären" bestimmt (ebda).

Hegel sieht, daß sich die moderne bürgerliche Familie von der traditionellen unterscheidet. Die moderne Familie gründet darauf, daß jene ihren Zusammenhalt verloren und die ihr zugehörigen Mitglieder als Subjekte freigesetzt hat. In Bezug auf die traditionelle Form verwendet auch Hegel die Kategorie des "Hauses" und verweist darauf, daß der moderne Familientyp durch die Herausbildung einer "selbständigen" Organisation definiert wird, die sich relativ unabhängig von übergreifenden Organisationen erhält, daß die moderne Familie ihr Leben der auf Liebe sich gründenden Entscheidung autonomer Personen, "Eine Person" auszumachen, verdankt und daß die moderne Familie nicht mehr die "natürliche Blutsverwandtschaft zur Grundlage (hat)"¹³⁾.

Mit einer eigenen Überschrift vermerkt Hegel jenes nur der modernen Familie eigentümliche Merkmal der "Auflösung"¹⁴⁾. Die Kinder verlassen das Haus, die Familie besteht, solange e i n e Ehe sich erhält.

Die moderne Familie ist Gattenfamilie¹⁵⁾ und hat ihr Bestehen in der Liebe der Partner. In den Kindern wird die Liebe "objektiv": "Die Mutter liebt im Kinde den Gatten, dieser darin die Gattin; beide haben in ihm ihre Liebe vor sich"¹⁶⁾. Das heißt, daß von Hegel die Kinder nicht mehr unter dem Aspekt betrachtet werden, daß s i e allererst die Familie voll-

13) Vgl. VII,250 (§ 172)

14) VII,251

15) "... die Ehe und das Gattenpaar (wird) ... zur zentralen Zone dieses Familientyps, der dann die Kinder von vornherein mit einer gewissen Selbständigkeit und auch mit einem gewissen Abstand gegenüberstehen." (R.König, Soziologie der Familie, a.a.O., S.138)

16) VII,251

enden, sie werden unter dem Aspekt betrachtet, inwiefern ihnen in Bezug auf das Eheverhältnis eine Rolle zukommt. Und in den Kindern setzt sich die Familie ja auch nicht fort, gründen diese ja in gleicher Weise selbständige Familien¹⁷⁾.

Und weiter, daß Hegel den Unterschied des modernen - an der Ehe zentrierten - Familientyps zum traditionellen deutlich gewesen ist, das zeigt seine Behandlung des "substantiellen Standes" im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft¹⁸⁾. Hier findet sich als Relikt noch der auf Agrikultur gründende, Bedürfnis und Interaktion unmittelbar realisierende, patriarchalisch organisierte Familientyp, der sich aus dem Grund, weil sich die Agrikultur - das ist Hegels Meinung - prinzipiell einer fabrikmäßigen Produktion verschließt, auch noch unter bürgerlichen Verhältnissen auf Dauer erhält. Diejenige Familie, die auch heute noch als zumindest auch bedürfnisgebundene Praxis zu rekonstruieren ist - jedenfalls was die Produktion betrifft, Konsumtionsgemeinschaft ist auch die moderne Familie - wird von Hegel bezeichnenderweise im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft abgehandelt, sie fällt in das System der Bedürfnisse. Die moderne bürgerliche Familie aber wird gerade dadurch definiert, daß sie sich freihält vom gesellschaftlichen Erfordernis und Bezug.

17) So haben es in der modernen Gesellschaft - "im Gegensatz zu fast allen anderen Familientypen" (Goode) - die Menschen in der Regel im Verlaufe ihres Lebens mit zwei Familien zu tun, derjenigen nämlich, in der sie geboren und von der sie sozialisiert werden ("Orientierungsfamilie") und derjenigen, die sie selbst gründen ("Fortpflanzungsfamilie"). Vgl. hierzu W.J.Goode, Die Struktur der Familie, Köln-Op-laden 1960, S.78 f.; vgl. auch Hegels Rede von den zwei Familien VII,255 (§ 177).

18) Vgl. VII,280 ff.

Gründe dafür, daß die moderne Familie von Hegel als bedürfnisüberhoben definiert wird, sind aus den angeführten Belegstellen allenfalls zu erschließen. Hegel selbst bleibt die Begründung schuldig. Eine Begründung bietet die moderne Soziologie¹⁹⁾. Sie wird durch den Aufweis eines historisch in der bürgerlichen Gesellschaft eingetretenen Funktionsverlustes gegeben. Dieser Funktionsverlust hat eine - wie R.König sagt²⁰⁾ - "soziale Desintegration" zur Folge, die darin besteht, daß in der historischen Entwicklung der Institutionen zunehmend n e b e n der Familie andere "Kultursektoren" sich herausbilden, die "relativ unabhängig voneinander funktionieren und auch relativ autonom sind"²¹⁾. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung geht ein Aufgabenverlust für die Familie einher (Funktionsverlust)²²⁾ und eine Verschiebung von ehemals der Familie zugehörigen Aufgaben auf jene anderen, sich neu herausbildenden Institutionen (Funktionsverlagerung). Hegel hat schon jene in ihrem Aufgabenkreis eingeschränkte Familie vor Augen, und hier liegt der Grund, weshalb er der Meinung ist, sie sei rein interaktionsbestimmt.

19) R.König meint, daß die moderne Familie erst ihre ureigenste "familiäre Funktion" gefunden hat, nämlich "außer der Fortpflanzung den Aufbau der sozial-kulturellen Persönlichkeit", die "zweite Geburt" des Menschen als "sittliches Wesen". (Vgl. R.König, Familie (Art.) In: Soziologie, Fischerlexikon, hg.v.R.König, Neuausgabe Frankfurt/M. 1967, S.78 und ders. Soziologie der Familie, S.145.

20) Vgl. R.König, Desintegration und Desorganisation der Familie. In: Materialien zur Soziologie der Familie, Köln 1955²⁾.

21) R.König, Familie (Art.), Fischerlexikon, S.78.

22) Den in der soziologischen Fachliteratur gebräuchlichen Ausdruck "Funktion" ist unscharf. Er bedeutet dort teils "Zweck", teils "Wirkung", teils "Aufgabe". Im hier verwendeten Gebrauch ist er gleichbedeutend mit "Aufgabe".

Die Aufgabe, für die Bedürfnisbefriedigung zu sorgen, kommt nur noch jenem Relikt zu, das in der bürgerlichen Gesellschaft für die agrarische Produktion sorgt. Die Mitglieder der modernen Familie dagegen leben auf der Höhe industriellen Produzierens im bedürfnisbestimmten a l l g e m e i n e n Lebensvollzug. Sie sind Individuen, die entweder dem "Stand" des "Gewerbes" oder dem "allgemeinen Stand"²³⁾ zuzurechnen sind, und diese konstituieren sich - im Unterschied zum "substantiellen Stand", dem die elementare Subsistenzsicherung obliegt - unabhängig von der familialen Institution.

Worin besteht der Funktionsverlust und worin ist er begründet? Welche Aufgaben, welche Lebensvollzüge definieren noch die Familie, welche Aufgaben gewinnt sie unter Umständen neu? Ist die Familie jener reinen interaktionsgebundene und sittliche Lebensvollzug, als den Hegel ihn im ersten Abschnitt des Kapitels über die Sittlichkeit in der ^{Rechts}philosophie bestimmt?

W.J.Goode unterscheidet fünf Funktionen, die der Familie in "allen Gesellschaften" zukommen: (a) Reproduktion (biologische Fortpflanzung), (b) Statuszuweisung, (c) Sozialisierung und soziale Kontrolle, (d) biologische Erhaltung des Individuums, (e) emotionale und wirtschaftliche Erhaltung des Individuums²⁴⁾. Ich möchte der Einfachheit halber undiskutiert lassen, ob es sinnvoll ist, in dieser Weise die Hauptaufgaben der Familie ein für allemal abzugrenzen. Ich möchte den derart abgegrenzten Aufgabenkreis nur als Orientierungshilfe benutzen, indem ich unterstelle, daß zumindest die traditionelle Familie - in der vorn

23) VII, 282 f.

24) Vgl. W.J.Goode, a.a.O., S.19 und S.32

schon angedeuteten Weise - diese Aufgabe hatte, und ich möchte an diesem Aufgabenkreis exemplarisch skizzieren, worin der Funktionsverlust oder wenigstens eine Änderung in der Weise der Aufgabenerfüllung besteht, der zur Ausbildung der modernen bürgerlichen Familie geführt hat.

Die traditionelle Familie war Produktionsgemeinschaft und Konsumtionsgemeinschaft in einem. Beides definiert ihren Bezug zur bedürfnisgebundenen Praxis. Die traditionelle Familie hat die Produktionssphäre, den Bereich der Gütererstellung, an die Gesellschaft, näher an das System der Bedürfnisse - einen allgemeineren und anonymen Lebenszusammenhang - verloren. Familiales Leben und berufliches fallen so auseinander. Wesentliche Teile des Lebensvollzugs der Menschen sind damit aus dem familialen Lebenszusammenhang herausgenommen. In wesentlichen Zwecken orientieren sich die Menschen nicht mehr an den traditionellen der Familie, sondern an den Erfordernissen der Gesellschaft. Sie orientieren sich daran, in dieser Gesellschaft einen Ort erst zu finden - in die Familie wird man im Unterschied dazu hineingeboren - und diesen sich zu erhalten, eine Verfügung über Zweckerfüllungen von anderen zu erlangen, denn nur von der Gesellschaft her wird die Bedürfnisbefriedigung gesichert. So kommt es in der Moderne zur Trennung von Ökonomie und Haushalt, der im individuellen Bereich die Aufspaltung in Beruf und Privatsphäre entspricht. "Gesellschaft" und "Familie" treten auseinander.²⁵⁾

In der historisch nachzeichenbaren Entwicklung verliert die Familie "ihre Funktion i n der Produktion" (Ha-

25) Vgl. hierzu J.Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, a.a.O. (§ 17, Polarisierung von Sozial- und Intimsphäre) S.168 ff.

bermas). Dennoch hat sie - und gesprochen wird hier allein von der Entwicklung zur Familie bürgerlichen Typs, der Hegel vorliegt - aufgrund ihres Vermögens, das zu Zwecken der Kapitalverwertung eingesetzt wird, eine Funktion "für die Produktion"²⁶⁾. Dieser Typ der Familie - es ist ein Übergangstyp, schaut man auf die historische Entwicklung - ist es genauer, den Hegel vor Augen hat.

Die Familie tritt selbst als Person - die Eigentum ("Vermögen") hat - in die Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft ein, in der sich "(ergibt), worin ... jenes Vermögen besteht, und welches die wahrhafte Weise seiner Befestigung sei" und weiter: diese Familie wird "gegen Andere" durch den "Mann als ihr Haupt vertreten", dem "vorzüglich der Erwerb nach Außen, die Sorge für die Bedürfnisse, so wie die Disposition und Verwaltung des Familienvermögens" zukommt. Das Familienvermögen ist "gemeinsames Eigentum, so daß kein Glied der Familie ein besonderes Eigentum, jedes aber sein Recht an das Gemeinsame hat"²⁷⁾ ²⁸⁾.

26) ebda, S.171

27) VII,249 f.

28) In Stifters "Nachsommer" wird dieser Übergangstyp der Familie exemplarisch vorgeführt. Das Vermögen der Familie - in den Händen des Vaters zentriert - wird kapitalistisch verwertet. Auch das, davon allerdings de jure schon getrennte, besonders ererbte Vermögen der Kinder, wird in diesen Verwertungsprozeß einbezogen. Berufs- und Privatsphäre werden - durch den erfolgreichen Bau des Wohnhauses v o r der Stadt - nun auch äußerlich getrennt. Es wird damit nur die Konsequenz daraus gezogen, daß die Familie selbst schon keine Funktion mehr in der Produktion hat, die für die Produktion dagegen verbleibt ihr. In der Produktion befindet sich nur noch das Familienoberhaupt, die Restfamilie ist in der Intimität der Privatsphäre und wird bewußt in ihr, dem Refugium des Vaters, gehalten. Die Hegelsche Familie hat im Stifterschen Nachsommer ihre exemplarische Gestalt gefunden.

Daß der gesellschaftlich dominierende Familientyp - unter Beibehaltung seiner Reduktion auf die Kleinfamilie - auch noch zusätzlich seine Funktion für die Produktion verliert - "die für heutige Verhältnisse typische Reduktion des Familieneigentums auf das Einkommen der einzelverdienenden Lohn- und Gehaltsempfänger"²⁹⁾ - daß der bürgerliche Typ zum kleinstbürgerlichen sich weiterentwickelt, dem der Rückhalt im Vermögen und die damit verbundene Sicherheit abgeht, liegt noch außerhalb der Hegelschen Sicht. So ist schon an dieser Stelle zu konstatieren, daß Hegel eine bestimmte historisch-faktische Gestalt der Familie vor Augen hat, die sich bis in unsere Tage weiterentwickelte, und seine Behauptung, daß die Familie in der Gestalt, in der er sie vorführt, eine abgeschlossene Institution sei, die sich autonom neben Gesellschaft und Staat als Intimbereich konsolidiert hat, ist damit zumindest schon fragwürdig.

Für die Trennung von Gesellschaft und Familie, einstmals "gleichsinnig strukturierte Sphären"³⁰⁾ und für die eintretende Reduktion auf die Kernfamilie sind ökonomische Strukturwandlungen verantwortlich. Die moderne industrielle auf Kapitalverwertung ausgerichtete Produktion zusammen mit der "auf Erwerbung des Reichtums gerichtete(n) Gesinnung" - sie wird von Hegel von der "substanziellen" auf Agrikultur gründenden Familie unterschieden³¹⁾ - setzt einen weit höheren Grad von "Bildung" (Arbeitsteilung, Fähigkeiten, Flexibilität usw.) voraus, als die auf Agrikultur gründende Produktion. Sie setzt mehr "Fleiß" und "Verstand" voraus³²⁾, was sich in einem größeren Zeitaufwand für die Produktion, in einer räumlich und ausgeweiteter zeitlichen Lösung der produzierenden Menschen aus ihrem familialen Lebensvollzug - aufgrund

29) J.Habermas, a.a.O, S.171

30) ebda., S.168

31) VII,282

32) ebda

der Konzentration der Arbeitskräfte an den Produktionsstätten - kurz in einer Aufteilung von Sphären des Lebensvollzugs niederschlägt, die der traditionellen großfamiliären Lebensform noch nicht eigen gewesen ist.

Im gesellschaftlichen Bereich - im System der Bedürfnisse - gilt der Einzelne "durch das, was er leistet: er hat Wert nur, insofern er ihn verdient ..." ³³⁾, hier gilt der Einzelne aufgrund der ihm individuell eigenen Handlungsdispositionen. Zunehmend lernt der aus dem traditionellen Rahmen ausgegliederte Mensch, daß die Befriedigung s e i n e r Bedürfnisse und der seiner Angehörigen von jenen individuellen Handlungsdispositionen abhängig ist, von einem individuellen Besitz, von gewissen Fähigkeiten usw., und er wird so zu jenem der Tradition sich entfremdenden rationalen moralischen Subjekt, das sein Wohl allein explizit im Blicke hat, das s e i n e Zwecke sich explizit strukturiert, das s e i n e Willensbildung für sich selbst lernt und an jene Zweckstrukturierungen bindet. Und so gewinnt im gesellschaftlichen Bereich die Interaktion - die gemeinsam geübte, nun arbeitsteilig organisierte Praxis - den expliziten Charakter eines Mittels ("Allgemeines als Mittel") zur Erfüllung bedürfnisbestimmter - unter dem Prinzip der Besonderheit stehender - Zwecke. Es bildet sich eine bedürfnisgebundene interaktionsvermittelte allgemeine Praxis heraus.

Der Zusammenhalt der traditionellen Großfamilie ist im wesentlichen dadurch gewährleistet gewesen, daß sie Produktionsgemeinschaft gewesen ist. Das gemeinsame ökonomische Interesse der Gruppe hatte anders als unter industriellen Produktionsbedingungen eine primär

33) III, 269

integrierende Wirkung. Die Statik des Lebensablaufs - bedingt durch die agrarische Produktion - hatte die stete Einübung ganzer Generationen in ein und dieselben bleibenden Sitten und Gebräuche im Gefolge, die eine sekundäre Integrationswirkung zeitigte. Die Gewöhnung aneinander, die Produktion und Konsumtion auf engstem Raume und die damit verbundene unmittelbare soziale Kontrolle hatten Verfestigungen in der Interaktion zur Folge, die den gesamten Lebensablauf betrafen. Dieser Zusammenhang wird nun durch die Trennung von Produktion und Konsumtion zerstört. Im gesellschaftlichen Bereich gelten jene integrierten Lebensformen nicht mehr und die rationale, am eigenen Wohl orientierte Sichtweise schlägt in einer Art Rückkopplung auf die traditionelle Familie zurück. Zum einen trennen sich die Individuen zunehmend vom Lebensraum der alten Großfamilie, indem sie ihren Wohnsitz in der Nähe der Produktionsstätten nehmen - Trennung von Stadt und Land - zum anderen trennen sie sich aber auch innerlich von den traditionellen Familienbanden, indem sie das Kriterium der Nützlichkeit auf die Tradition selbst anzuwenden lernen. Der Zusammenhalt, der durch das agrarische Eigentum und durch die gegenseitige Abhängigkeit der Individuen voneinander - durch gruppenmäßige Abhängigkeit im Unterschied zur Abhängigkeit aller voneinander in der bürgerlichen Gesellschaft - gegeben war, solange die Familie noch Produktionsgemeinschaft gewesen ist, fällt weg und die Familie wird auf jenen Kern eingeschränkt, in dem sie - trotz der gesellschaftlichen Einübung in ein unter dem Prinzip der Besonderheit stehendes Handeln - nur noch eine gesellschaftsenthobene Grundlage hat. Sie wird auf ihre emotionale Grundlage eingeschränkt, auf die Geschlechtsbeziehung, auf die Ehe. In dem Maße, wie die Rationalität im gesellschaftlichen Be-

reich sich durchsetzt, in dem Maße wird die Familie auf eine "natürliche Grundlage" reduziert, ein Ereignis, das im Kontrast von Aufklärung und Romantik seinen historischen Niederschlag gefunden hat. Es "treten die rein persönlichen und subjektiven Beziehungen immer mehr in den Vordergrund"³⁴⁾ und - wenigstens im Selbstverständnis der Zeit - es kommt zum Auseinandertreten von miteinander nicht mehr sich vermittelnden Sphären des Lebensvollzugs - abgeschlossene Intimsphäre und bürgerliche Welt - so daß selbst der Dialektiker Hegel sich veranlaßt sieht, die Familie abstrakt nicht mehr zur "wirklichen Welt" zu zählen³⁵⁾. So ist gerade die bürgerliche Familie durch ihre Entfernung zur bürgerlichen Welt definiert.

Weder die Großfamilie noch die Kleinfamilie sind in der Lage, den Individuen die für die gesellschaftlich erfolgreiche Produktion erforderlichen Fähigkeiten zu vermitteln. So werden der Familie die höherdifferenzierten wissensbildenden Erziehungs- und Berufsvorbereitungsaufgaben entzogen. Ihr verbleibt die Elementarerziehung neben der Aufgabe, für die Subsistenz der Kinder zu sorgen. Die Elementarerziehung besteht zum einen darin, dem Kind den Gebrauch der Sprache zu vermitteln, ihm eine erste prädikative und kommunikative Kompetenz zu geben. Zum anderen besteht die Elementarerziehung - und dies ist erst durch die an der Psychoanalyse sich orientierende moderne Soziologie³⁶⁾ so recht klar geworden - darin, das Kind p r i m ä r zu sozialisieren, es in die sozialen

34) R.König, Soziologie der Familie, a.a.O., S.138.

35) III, 269

36) Vgl. hierzu die "Studien über Autorität und Familie", hg.v.M.Horkheimer, Paris 1936. Hierbei insbesondere den "Allgemeinen Teil" v. M.Horkheimer (Wiederabdruck in: M.Horkheimer, Kritische Theorie, hg.v.A.Schmidt, Frankfurt/M. 1968, Bd.I, S.277-360) und den "sozialpsychologischen Teil" dieser Studien von E.Fromm.

Kontexte, in die Wertvorstellungen seiner Umwelt einzuüben, ihm die Grundkonstanten seiner "sittlichen Persönlichkeit"³⁷⁾ zu legen und seine "Charakterbildung" zu leisten. Kurz: Es werden die Grundzüge für eine künftige Willensbildung gelegt. So wird die Familie "eine sozial-moralische Einrichtung der Gesellschaft zum Aufbau der sozialen Persönlichkeit des Menschen"³⁸⁾. Jedenfalls ist sie nicht mehr der Ort, in dem der gesamte Bildungsprozeß des Menschen erfolgt³⁹⁾ und in den er eingefangen bleibt. Gesellschaftliche und staatliche Institutionen greifen ein und entziehen der Familie Aufgaben, die sie einstmals definierten⁴⁰⁾.

Ein weiterer Funktionsverlust, der mit der Reduktion auf die um die Ehe zentrierte Kernfamilie zusammenhängt, tritt in Bezug auf die Altersversorgung ein. Sie wird ebenfalls von gesellschaftlichen (etwa Versicherungen) bzw. staatlichen Instanzen übernommen. Hegel erwähnt die Altersversorgung im Abschnitt über die Familie schon nicht mehr als eine sittliche Pflicht der Kinder, obwohl ihm bewußt ist, daß die traditionelle Familie diese Aufgabe hatte. Bei Hegel wird, wenn das Vermögen der Familie aus irgendwelchen Gründen ausfällt, die Versorgung durch die "Korporation" (die "zweite Familie") oder die "Polizei", das heißt durch gesellschaftliche Institutionen, vorgenommen. "Die allgemeine Macht übernimmt die Stelle der Familie bei den A r m e n ..."⁴¹⁾, ist doch die

37) Vgl. R.König, a.a.O., S.146

38) ebda, S.127

39) In der Gegenwart verliert die Familie die Aufgabe p r i m ä r e r Sozialisation ebenfalls. Vgl. dazu D.Riesman, Die einsame Masse, Hamburg 1958; J.Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, a.a.O. S.173 und dort angegebene Literatur.

40) Vgl. etwa zum "Recht" der durch die Polizei repräsentierten Gesellschaft g e g e n die Familie VII,314.

41) VII,317

Gesellschaft, die durch diese "allgemeine Macht" repräsentiert wird, dafür verantwortlich, daß "das weitere Band der Familie als eines Stammes" aufgehoben worden ist⁴²⁾ und daß sich das Individuum in einer seine Subsistenz angreifenden Krise nicht mehr gruppenmäßig zu orientieren vermag.

Öffentliche Sphären, die den Lebenskontext der traditionellen Großfamilie überstiegen, das politische Leben etwa der griechischen Polis (πόλις⁴³⁾), sind weitgehend dem Oikosdespoten vorbehalten gewesen. Mehrere Bedingungen muß nach Aristoteles⁴³⁾ derjenige erfüllen - und dies bleibt so, mit wenigen Veränderungen, bis zum Anbruch der Neuzeit - der als "Bürger" (πολίτης⁴⁴⁾) gerechnet werden darf. Er muß (1) frei sein von den Sorgen um die Bedürfnisbefriedigung, er muß (2) Vorsteher eines Oikos sein, u n d er muß (3) selbst schon seine Herkunft auf Bürger zurückführen können. Für den Status, den jemand in der Polis einnimmt ist so zweierlei verantwortlich, nämlich einmal der Status der Familie a u s der man stammt und zum anderen der Status, den jemand i n der Familie innehat. Selbst der Status derjenigen Familienmitglieder - der Ehefrau, der Kinder, ja selbst des Gesindes - die sich nur partiell in familienübergreifenden Lebenskontexten befinden (Spiel der Kinder, Einkauf auf dem Markt usw.), richtet sich nach dem Status der Familie, a u s der sie stammen und der jeweiligen Stellung des Individuums i n der Familie (ob es etwa Erbe ist usw.)⁴⁴⁾.

In der bürgerlichen Gesellschaft gilt jemand aufgrund der Leistungen, die er zu erbringen vermag. Für seinen Status i n der Gesellschaft ist der Status, den er i n der Familie innehat, auf der Höhe bürgerlicher

42)VII,316 f. 43) Vgl. Aristoteles, Politik 1275 ff.

44)Vgl. das von R.König angeführte Beispiel, a.a.O., S.139 f.

Entwicklung im Prinzip nicht mehr entscheidend. Und dem Anspruch nach ist für die Stellung, die jemand in der Gesellschaft hat, auch nicht der Status der Familie, aus der er stammt, entscheidend - daß hier faktisch Abstriche zu machen sind, daß sehr wohl der Status der Familie, aus der jemand stammt, seine Herkunft, ihn von vornherein für seine spätere Stellung in der Gesellschaft vorprägt, das hat die moderne Soziologie inzwischen hinreichend belegt⁴⁵⁾. Festzuhalten aber ist, daß sich im Unterschied zu vorbürgerlichen Lebensformen ein tiefgreifender Wandel in Bezug auf die Aufgabe der Familie, den überfamilialen Status der ihr zugehörigen Individuen zu bestimmen, vollzogen hat.

So hat - zusammengefaßt - die Familie aufgrund des historisch eingetretenen Wandels selbst einen Wandel durchgemacht. Sie hat ihre Aufgabe in der Produktion und zunehmend die für die Produktion verloren. Sie hat sich im Gefolge des Verlustes dieser Aufgabe auf die um die Ehe zentrierte Kernfamilie reduziert. Die Kinder selbst stehen in einem distanzierten Verhältnis zum Bestehen der Familie, ihre Sozialisation wird zunehmend von außerfamilialen Instanzen übernommen. Ihr bleibt, zunächst jedenfalls, die Aufgabe der primären Sozialisation der Kinder, und sie bleibt in Bezug auf das Gattenverhältnis ein Interaktionsraum, in dem aufgrund der auf Dauer angelegten Empfindung und Gewöhnung die Auszeichnung des

45) Vgl. z.B. den Erhebungsnachweis, daß die Inhaber privilegierter Positionen in Gesellschaft und Staat sich nahezu ausschließlich aus der Elite zugehörigen Familien rekrutieren bei. W.Zapf, Wandlungen in der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-61, München 1965. Vgl. auch den Aufweis, daß trotz des Anspruchs absoluter Durchlässigkeit der Sozialschichtung die Aufwärtsmobili-

jeweils anderen an sich selbst als Zweck, in dem die Realisierung von Sittlichkeit wenigstens tendenziell, was den bürgerlichen Familientyp angeht, gelingt. Ihr ist jedoch eine Ambivalenz eigen, die Hegel in einer einseitigen Sicht von deren sittlicher Komponente nicht wahrnimmt. Hegel sieht n u r, daß die Familie eine v o n der Gesellschaft, vom System der Bedürfnisse entfernte und getrennte Institution ist. Er sieht nicht, daß die Gesellschaft zugleich auf diese Institution zurückwirkt und sie ihrer Sittlichkeit tendenziell auch wieder entkleidet.

Was ihre Sittlichkeit betrifft, daß in der Familie die Gemeinsamkeit des Lebensvollzugs um seiner selbst willen und nicht, wie im Vertragsverhältnis,⁴⁶⁾ um eines anderen übergeordneten besonderen Zwecks willen gewollt wird⁴⁷⁾, so ist die Familie eine zu gesellschaftlichen Rationalität ungleichzeitige, auf Liebe und Zutrauen, auf "natürlichen Grundlagen" sich aufbauende Institution. Sie ist in dieser ihrer Sittlichkeit, die sie aufgrund der gesellschaftlichen

tät von Unterschichtangehörigen äußerst beschränkt ist, was die empirische Soziologie etwa durch den Nachweis von Bildungsbarrieren belegt. Vgl. u.a. P.M.Roeder u.a., Sozialisation und Schulerfolg, Heidelberg 1965; H.-G.Rolff, Sozialisation und Auslese durch die Schule, Heidelberg 1967.

- 46) Die Ehe ist für Hegel kein Vertragsverhältnis, da in diesem die Individuen nur in Bezug auf Sachen sich einen gemeinsamen Willen bilden, dabei aber "selbständige Personen" bleiben (vgl. VII,131 f.; 242).
- 47) "Das Sittliche der Ehe besteht im Bewußtsein dieser Einheit als substantiellen Zweckes, hiermit in der Liebe, dem Zutrauen und der Gemeinsamkeit der ganzen individuellen Existenz." (VII,241) In der Ehe ist der zu rekonstruierende Wille so nicht Mittel, sondern deren eigener Inhalt. Sie fällt so positiv unter jenes normative Beurteilungskriterium, das Hegel der rechtsphilosophischen Reflexion zugrundelegt.

Entwicklung erst erfährt (Funktionsverlust), als ein gegen den Vergesellschaftungsprozeß sich sperrendes Verhältnis zu bestimmen. Sie gewinnt in ihrem bürgerlichen Typ, in dem Maße wie sie bedürfnisgebundene Funktionen verliert, eine Intimität, aus der die Einzelnen heraus in der Gesellschaft agieren und sich in den Besondereungsprozeß der Zwecke einfügen; sie ist für den Einzelnen weiter eine Instanz, in die er aus dem gesellschaftlichen Leben zurückkehrt⁴⁸⁾ und seine Besonderung aufgibt.

Die Familie ist jedoch noch unter einem anderen Aspekt zu betrachten. Sie ist Familie nicht nur neben der und gegen die bürgerliche Gesellschaft, sondern auch in der bürgerlichen Gesellschaft und Hegel formuliert selbst, daß die "Familie ... in der bürgerlichen Gesellschaft ein Untergeordnetes ist" und daß die Gesellschaft "den Menschen an sich reißt, von ihm fordert, daß er für sie arbeite und daß er **A l l e s** (Sperrung von mir) durch sie sei und ver-

48) M. Horkheimer, der als einer der ersten gerade die Rückwirkung der Gesellschaft auf die Familie untersucht hat, der darauf hingewiesen hat, daß die Familie in der primären Sozialisation der Kinder die Charaktere erzeugt, die das "gesellschaftliche Leben erfordert" (M. Horkheimer, a.a.O., S. 330) und daß der Familie insbesondere eine Frustrationen im gesellschaftlichen Leben selbst auf autoritäre Weise kompensierende Funktion faktisch zukommt, macht emphatisch auf die ihr auch zuzusprechende Sittlichkeit aufmerksam. Sie befindet sich danach zur Gesellschaft auch "in einem antagonistischen Verhältnis ..."; "... die Familie (war) ein Ort, wo sich das Leid frei ausgesprochen und das verletzte Interesse der Individuen einen Hort des Widerstands gefunden hat..."; "... in der Familie (hat ... der Mensch) ... stets auch die Möglichkeit besessen, nicht bloß als Funktion, sondern als Mensch zu wirken"; "... das gemeinschaftliche Interesse ... hat ... in der Geschlechtsliebe und vor allem in der mütterlichen Sorge eine positive Gestalt"; "... die Familie

mittels ihrer tue"⁴⁹⁾. Aus dieser Einsicht, die sich wieder bei Marx formuliert findet, zieht Hegel nun nicht die Konsequenz, die Familie in der Erfüllung der ihr verbliebenen Aufgaben hinsichtlich von deren Förderlichkeit für außerfamiliäre Zwecke zu untersuchen und die Familie auch aus dieser Sicht zu beurteilen. Er konstatiert lediglich die entsittlichenden Wirkungen der bürgerlichen Gesellschaft. Ihm ist, wie die von mir angeführten Stellen hinreichend deutlich machen, bewußt, welche zerstörenden Folgen diese Gesellschaft für die traditionellen Institutionen und hier insbesondere die traditionelle Großfamilie gehabt hat. Der Funktionsverlust, den die Familie im Laufe ihrer Entwicklung erfahren hat, wird von Hegel ebenfalls unmittelbar registriert. Er meint jedoch, daß sie nach diesem Funktionsverlust einen auf Liebe⁵⁰⁾ gründenden Intimkern allein

führt insofern nicht zur bürgerlichen Autorität, sondern zur Ahnung eines besseren Zustands". Und Horkheimer konstatiert im Anschluß an diese Ausführungen, daß "Hegel ... d i e s e n (Sperrung von mir) Gegensatz von Familie und Gemeinwesen erkannt und dargestellt (hat)". (M.Horkheimer, a.a.O., S.346 f.)

49) VII,315

50) H.Krempel behauptet, daß Hegel "die Liebe für das Familienverhältnis nicht gelten ... für das Aufkommen eines Liebesverhältnisses keinen Platz (läßt)". (Vgl. H.Krempel, Zur Moralphilosophie Hegels, Berlin 1972, S.105) Das ist offensichtlich falsch. Hegel verweist lediglich darauf, daß die bloße triebhafte Liebe für ein dauerhaftes Verhältnis nicht ausreicht, und daß es gilt sie phantasievoll und w i l l e n t l i c h hochzustilisieren, um ihr "das Vergängliche, Launenhafte und bloß Subjektive" zu nehmen (VII,240; vgl. übrigens auch die bei Krempel selbst angegebenen Stellen aus Hegel). Keineswegs ist es so, wie Krempel behauptet, daß Hegel einseitig die "Vernunft" dem "Gefühl" - jedenfalls in Bezug auf die Familie tut er dies nicht - entgegengesetzt, "um durch diese Konstruktion das Bestehen der Familie auf der Grundlage des Privateigen-

darstellt, der i n s i c h bruchlos sittlich ist; er meint, daß die fortschreitende Entsittlichung der Verhältnisse für die Familie ein letztlich nur äußerlicher Vorgang bleibt. Die i n n e r l i c h e Organisation der Familie bleibt durch die bürgerliche Gesellschaft unberührt. Die Familien stehen in sich intakt und in ihrem Kern unberührt von den Folgen, die die Dialektik bei Hegel sonst für das Aufgehobene zeitigt, i n der bürgerlichen Gesellschaft als autonome Personen in versachlichten Beziehungen einander gegenüber⁵¹⁾.

Die Familie hat sich trotz des ihr zweifellos a u c h zuzusprechenden sittlichen Charakters bis in ihren inneren Kern - die Ehe - vom gesellschaftlichen Einfluß und Erfordernis nicht freihalten können⁵²⁾. Sie bringt in der primären Sozialisation der Kinder, die ja von Eltern geleistet wird, die sich selbst schon längst in das gesellschaftliche Leben integriert haben, d i e Charaktere hervor, die in dieser entsittlichten unter dem Prinzip der Besonderheit stehenden Gesellschaft zu überleben vermögen; - sie bringt an diese Gesellschaft sich anpassende Individuen hervor⁵³⁾.

tums ideologisch zu rechtfertigen" (ebda), ist es doch gerade Hegel, der Ehe und Familie nicht als ein Vertragsverhältnis deutet, der Ehe und Familie in ihren wesentlichen Bestimmungen als bedürfnisüberhoben und unabhängig vom Privateigentum definiert. Letzteres tritt erst ein, wenn vom g e s e l l s c h a f t l i c h e n Bezug dieser Familie die Rede ist.

51) Auch kritisiert Hegel jenen Zusammenbruch der traditionellen Familienbeziehungen nicht als einen entsittlichenden Vorgang, wie dies etwa K.Marx tut, dem die Auflösung der auf Agrikultur gründenden Familienbeziehungen durch die Beseitigung von deren materieller Grundlage im Gefolge der "ursprünglichen Akkumulation" des Kapitals, der Expropriation etwa des lehnsrechtlich noch gesicherten kleinen Gebrauchseigentums (dominum utile), "furchtbar und ekelhaft" ist. (Vgl.K.Marx, Das Kapital.In: MEW, Bd.23, S.514)

52) Vgl. M.Horkheimer, a.a.O.

Außerdem - und hierauf hat erst die sich an der Psychoanalyse orientierende Soziologie hingewiesen, hat die Familie eine im gesellschaftlichen Bereich aufbrechende Konflikte individuell und auf autoritäre Weise sich erfüllende kompensierende Wirkung. Aufgrund der sowohl im bürgerlichen als auch im kleinbürgerlichen Familientyp anhaltenden ökonomischen Dominanz des Vaters kommen diesem ausschließliche Handlungsdispositionen einseitig zu, die im Konfliktfall als Gründe im familialen Willensbildungsprozeß zur Geltung kommen. Die Familie ist so a u c h ein Autoritäts- und unter Umständen sogar ein Herrschaftsverhältnis. Dieser Sachverhalt tangiert auch den i n n e r e n Familienkern. Dies sieht Hegel nicht. Bei ihm herrscht im Intimbereich letztlich Gleichberechtigung. Aufgrund ihrer "Natur" haben Mann und Frau zwar verschiedene Aufgaben zu erfüllen, keineswegs aber führt dies zu einseitig strukturierten Verhältnissen. Dem Vater kommt eine besondere Autorität n u r nach außen, zum gesellschaftlichen Bereich hin, zu⁵⁴⁾. Die Mutter hat komplementär ihre Aufgabe im Intimbereich und eher ist s i e hier Gestalterin des Lebens⁵⁵⁾. Der Mann hat im Unterschied zur Frau "sein wirkliches substantielles Leben im Staate, der Wissenschaft und dergleichen, und

53) Auf die Gesellschaft integrierende Funktion der familialen primären Sozialisation macht insbesondere - allerdings ohne gesellschaftskritischen Anspruch - T.Parsons und die an ihn sich anschließende strukturell-funktionale Theorie aufmerksam.

54) Vgl. VII,246;249 f.

55) Vgl. auch hierzu Stiffters Nachsommer. Die Mutter übernimmt wesentliche Teile der Gestaltung des intimen Lebensvollzugs, insbesondere eine genau definierte Rolle in der primären Sozialisation. Sie ist es etwa, die ihre Tochter auf ihre künftige Rolle als Hausfrau vorbereitet. Vgl. dazu parallel VII,247 (Zus. § 166) und A.Stifter, Nachsommer, Darmstadt 1963, S.349.

sonst im Kampfe und der Arbeit mit der Außenwelt ...⁵⁶⁾. Daß diese Dominanz im Außenbereich, insbesondere daß die ökonomische Stellung des Mannes sich auf den Intimbereich selbst entsittlichend auswirkt, hätte Hegel nicht verborgen bleiben dürfen. Er hat hier ein einseitig romantisierendes Familienbild vor Augen. Durch die ökonomische Dominanz des Mannes in der Familie kommen Herrschaftsstrukturen in diese hinein, die mit ihrer sittlichen Charakterisierung unverträglich sind. Diese Struktur ist auch schon an jenem Übergangstyp der Familie zu bemerken gewesen, den Hegel bestimmt. Noch mehr aber ist sie dem Typ der Familie eigen, der auch keine Funktion mehr "für die Produktion" hat, in der - mit anderen Worten - der Mann nur noch Lohn- und Gehaltsempfänger ist, einseitig Abhängiger im gesellschaftlichen Prozeß der Produktion. Die ökonomische Dominanz im familialen Intimbereich bleibt dennoch bestehen, und es ist damit eine individuelle Handlungsdisposition hinsichtlich der elementaren Bedürfnisbefriedigung bezüglich der anderen Familienmitglieder gegeben, die sich in Konfliktfällen, insbesondere deshalb, weil im gesellschaftlichen Bereich schon eingeübt, auch kleingruppenmäßig - familial - zur Geltung bringt.

"Tritt, wo die Familie noch Produktionsgemeinschaft ist, das Oberhaupt in seiner produktiven gesellschaftlichen Leistung unmittelbar vor Augen, so ist seine Position in der zur Konsumtionsgemeinschaft eingeschrumpften Familie wesentlich durch das von ihm hereingebrachte Geld vermittelt und für die Seinen um so schicksalhafter. Infolge dieser raum-zeitlichen Trennung kann nun jeder bürgerliche Vater, auch wenn er im sozialen Leben eine armselige Stellung hat und den Rücken krümmen muß, zu Haus als Herr auftreten und die höchst wichtige Funktion ausüben, die Kinder an Bescheidenheit und Gehorsam zu gewöhnen."⁵⁷⁾

56) VII,246 57) M.Horkheimer,a.a.O.,S.340

5. Die "Eule der Minerva"

(1) Hegels Ausführungen über die Nachträglichkeit der Philosophie zur "Wirklichkeit" sind sowohl in der Rezeption als auch in der Kritik der Hegelschen Philosophie zumeist zu einseitig interpretiert worden. Allerdings legt die Metapher von der "Eule der Minerva" aus der Vorrede zur Rechtsphilosophie, die zur Verdeutlichung des Verhältnisses von Philosophie und Wirklichkeit gedacht ist, auch Mißverständnisse nahe. Hegels Behauptung nämlich, daß die Philosophie zum "B e l e h r e n, wie die Welt sein soll ... immer zu spät"¹⁾ komme, seine wiederholten Bemerkungen zur Eliminierung des "Sollens" aus der philosophischen Rede, seine eigenen politischen Tagesschriften, insbesondere aber sein Verdikt gegen jene, die den Staat belehren wollen, wie er sein soll, legen die Deutung nahe, Hegel habe der Philosophie - überhaupt dem wissenschaftlichen Zugriff - ein für allemal eine Einflußmöglichkeit auf die Gestaltung des Lebens selbst abgesprochen²⁾.

(2) Für die Rechtsphilosophie ist die von K.Löwith³⁾ aufgewiesene "endgeschichtliche" Gesamtkonzeption

1) VII, 36

2) "Als der G e d a n k e der Welt erscheint sie (sc. die Philosophie) erst in der Zeit, nach dem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertig gemacht hat. Dies, was der Begriff lehrt, zeigt notwendig ebenso die Geschichte, daß erst in der Reife der Wirklichkeit das Ideale dem Realen gegenüber erscheint und jenes sich d i e s e l b e Welt, in ihrer Substanz erfaßt, in Gestalt eines i n t e l l e k t u e l l e n (Sperrung von mir) Reichs erbaut." (ebda)

der Hegelschen Philosophie zu konstatieren und dafür verantwortlich zu machen, daß für Hegel der "moderne Staat" nicht nur seinem Begriffe oder wie man auch sagen mag, seinem Prinzip nach, sondern schon faktisch Realisat dessen ist, "was sein soll", daß er Idee ist. In Bezug auf die Rechtsphilosophie ist damit - mit Bloch zu sprechen - Hegels Philosophie nur "kontemplativer Idealismus"⁴⁾.

Zwei Thesen formuliert Hegel die Rechtsphilosophie einleitend: (1) Philosophie - allgemeiner Theorie - ist prinzipiell nachträglich erst zur Wirklichkeit, nachträglich zur vollendeten Praxis. Sie kommt zur Belehrung "immer zu spät". (2) Im Hinblick auf die Situation der eigenen Zeit gibt es sowieso - selbst dann, wenn es einen solchen theoretischen Zugriff in Bezug auf noch nicht realisierte Lebensvollzüge gäbe - nichts mehr zu belehren. Die Welt ist schon, was sie sein soll. Sie hat Freiheit im modernen Staate realisiert. Die Philosophie hat dies nur noch zu erkennen.

5.1 "Revolution"

Für seine eigene und die künftige Ordnung der Welt sieht Hegel so die "Dialektik" - was hier nichts anderes heißen soll als: die Weiterentwicklung - ge-

3) Vgl. Karl Löwith, Von Hegel zu Nietzsche, Frankfurt/M. 1969, S.44. "Die Geschichte des 'Begriffs' ist in der Tat mit Hegel beschlossen, indem er die ganze Geschichte bis hierher und von daher erinnernd als Erfüllung der Zeiten begreift. Dem widerspricht nicht, daß das empirische Geschehen, das ohne Prinzip ist und darum auch ohne Epochen, anfangs- und endlos weiter verläuft." (ebda S.48)

4) E.Bloch, Über die Besonderheit bei Hegel. In: Über Methode und System bei Hegel, Frankfurt/M. 1970, S.93.

wissermaßen stillgestellt. Die Sphären der sittlichen Welt, die Familie, die bürgerliche Gesellschaft und der Staat bestehen miteinander, ohne einander zu stören, besonderes Interesse und allgemeines sind miteinander versöhnt; die Sub-Normensysteme, wie etwa das der Familie, oder das des Systems der Bedürfnisse sind integrierter bzw. integrierender Bestandteil einer umfassenden sittlichen Ordnung.

Die Geschichte nach Hegel hat hinreichend deutlich gemacht, daß er die ihm selbst präsente Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft⁵⁾ nicht ernst genug genommen hat. Diese Dialektik besteht in der Ausbildung eines - das Bestehen dieser Gesellschaft in Frage stellenden - Gegensatzes von Klassen. Diese Dialektik hat sich - jedenfalls in Deutschland - erst nach Hegel voll ausgebildet; Hegel dagegen nahm sie als schon überwunden an. Die bürgerliche Gesellschaft, der Wildwuchs in der Veränderung der Verhältnisse, befand sich, anders als Hegel dies vermutete, noch in "ungehinderter Wirksamkeit"⁶⁾.

Hegel war der Ansicht, daß das beim Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft verlorengegangene Sittliche, das in einer Reduzierung der Individuen auf ihre je besonderen Bedürfnisse und in einer expliziten Bindung an ihr Wohl besteht, als "ein Immanentes in die bürgerliche Gesellschaft zurück"-kehre⁷⁾, schon zurückgekehrt sei - in der Korporation, einem gruppenmäßigen (also schon "allgemeinen") Zusammenschluß, in dem nach Hegel der "besondere Zweck" schon derart transformiert ist, daß er allgemeineren Gruppenzielen nicht mehr widerstreitet⁸⁾.

5) VII, 318 ff.

6) ebda

7) VII, 323

8) VII, 326

Die Korporation fängt die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft auf, was nichts anderes heißt als: den Zerfall in Klassen. Einen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aufbrechenden und mit offener Gewalt ausgetragenen "Kampf um Anerkennung", analog zu jenem ersten, der den Übergang aus dem Naturzustand kennzeichnet⁹⁾, jetzt als Klassenkampf ausgetragenen, also nicht von Individuen gegen Individuen - wie bei jenem ersten - sondern von Gruppen gegeneinander, in die sich die bürgerliche Gesellschaft wildwüchsig aufgespalten hat, von Kapital und Arbeit gegeneinander, kennt Hegel nicht. Die Folgen, die die Desintegration ganzer Klassen aus der bürgerlichen Gesellschaft für deren Gefüge selbst hat, hat Hegel nicht gesehen.

Gegen R.Haym hat J.Ritter behauptet, daß es - neben der Hegelschen - "keine zweite Philosophie gebe, die so sehr und bis in ihre innersten Antriebe hinein Philosophie der Revolution ist"¹⁰⁾. Diese These ist, wie J.Habermas gezeigt hat¹¹⁾ in Rücksicht auf den Hegelschen Systemaufbau zu modifizieren, daraufhin, an welcher Stelle Hegel der Revolution in seinem System ein Recht gibt.

Zwei Übergänge in der objektiven Geistesentwicklung kennt Hegel, die Praxis allererst unter e i n Prinzip stellen - allgemeine Verhältnisse begründen - und zwar (1) einmal den Übergang in den Rechtszustand überhaupt aus einem Zustand der Willkür je besonderen und ausschließlich positiv geltenden Rechts - Hegel denkt hier an die mittelalterliche ständisch organisierte Ordnung, in der "der Mensch" nicht "gilt", "weil er Mensch ist", sondern weil "er Jude, Protes-

9) Vgl. II, 148 ff. 10) J.Ritter, Hegel und die französische Revolution, a.a.O. S.192

11) J.Habermas, Hegels Kritik der Französischen Revolution. In: Theorie und Praxis, Neuwied 1963, S.89 ff.

tant, Italiener usw. ist"¹²⁾, weil er Oikosdespot ist oder Leibeigener. Es ist dies das andere Mal (2) der Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft zum Staat, vom die erstere leitenden Prinzip der Besonderheit zum den letzteren leitenden sittlichen Prinzip.

Hegel leitet, wie die Naturrechtstradition und die Nationalökonomie, die bürgerliche Gesellschaft noch vom Bedürfnisbefriedigungszusammenhang her; sie hat ihr Bestehen um der Befriedigung der Bedürfnisse der Einzelnen willen und an dieser Befriedigung hat sie auch ihre Grenze. Erst später ist jener "Geist des Kapitalismus", den M. Weber in deutender Absicht jenem verallgemeinerten Lebenszusammenhang unterlegt, in den Blick gekommen. Daß es in der bürgerlichen Gesellschaft nicht primär darum geht, die Bedürfnisse zu befriedigen, daß es also nicht sinnvoll ist, sie in ihrem Bestehen, mag es in Bezug auf ihre Genese immerhin sinnvoll sein so zu sprechen, durch das System der Bedürfnisse und den an dieses sich anschließenden Institutionenkomplex zu definieren, hat streng erst Marx mit seinem "Kapital" gezeigt. Die Deutung für die gesellschaftlich geübten Handlungsweisen, die Marx anbietet, geht hin auf die Akkumulation von Kapital, und die Bedürfnisbefriedigung ist hinsichtlich dieses Ziels eher als ein Mittel zu verstehn, als jene Akkumulation ein Mittel zu letzterer ist. Diese Gedanken kennt Hegel noch nicht, und sie sind in seine Explikationen auch nicht hineininterpretierbar. Ich will deshalb an dieser Stelle das Hegelsche verkürzte Selbstverständnis von dieser Gesellschaft zugrundlegen und die Entstehung der "Allgemeinheit", des "abstrakten Rechts", wie Hegel dies tut, aus dem System der Bedürfnisse nachzeichnen, um jenen Übergang zu bestimmen, an dem Hegel in seinem geschichtsphilosophischen Konzept der

12) VII, 286

Revolution ein Recht einräumt.

Im Kontext bedürfnisbefriedigenden Handelns und der wildwüchsig sich einstellenden gegenseitigen Abhängigkeit voneinander, bilden sich **V e r h ä l t n i s s e** heraus, genauer **V e r h ä l t n i s s e h e m a t a**, als deren Realisierungen die Einzelhandlungen der Individuen oder Gruppen verstanden werden können. Das abstrakte Recht ist das rekonstruierte Verhältnis-schemata, das historisch-faktisch sich im Bildungsgange der Menschen zum System der Bedürfnisse - der vergesellschafteten Produktion der zur Lebenserhaltung erforderlichen Güter - herausgebildet hat. Dies abstrakte Recht ist das fixierte, dem gesellschaftlichen Handeln zugrundeliegende, es leitende Normensystem.

Daß dem System der Bedürfnisse ein Normensystem zugrundeliegt heißt zweierlei: (1) **W i r**, die wir einen Kontext gegenseitigen Handelns zum Zwecke der Befriedigung differenzierter Bedürfnisse vor Augen haben, rekonstruieren die vorliegenden bedürfnisbefriedigenden Handlungen als Realisierungen von **V e r h ä l t n i s s e h e m a t a**. Diese Verhältnis-schemata sind **v o n u n s** rekonstruierte Normen. **W i r d e u t e n** das unter dem Prinzip der Besonderheit stehende Handeln als in Befolgung jener Normen geleistet vollzogen¹³⁾. In diesem ersten Verständnis ist - wie Hegel sagt - das abstrakte Recht nur erst "an sich", was nichts anderes heißt als: die Handelnden haben sich selbst die Verhältnis-schemata, als deren Realisierung ihr Handeln - wenigstens in weiten Bereichen - verstanden werden kann, noch nicht explizit gemacht.

13) Hegel unterscheidet die zwei Prinzipien der bürgerlichen Gesellschaft (VII, 262). In ihr ist sich (1) die "konkrete Person ... als Besondere Zweck ..., als ein Ganzes von Bedürfnissen und eine Vermischung

Das abstrakte Recht ist nur erst "für uns" - die wir die vorliegenden Handlungskontexte deuten - das den differenzierten gemeinsamen bedürfnisbefriedigenden Handeln zugrundeliegende Verhältnisschema. Die Täten handeln normengemäß¹⁴⁾. Begründet ist so auch

von Naturnotwendigkeit und Willkür ...". In ihr steht (2) die "besondere Person als wesentlich in Beziehung auf andere solche Besonderheit, so daß jede durch die andere und zugleich schlechthin nur als durch die Form der Allgemeinheit ... vermittelt sich geltend macht und befriedigt" - in letzterem Bezug zueinander bildet sich das abstrakte Recht heraus, das die allgemeinsten Normen enthält, als deren Realisierung das Miteinanderhandeln der Individuen rekonstruierbar ist (Anerkenntnis des Anderen als "Person", "Vertrag", negativ: das "Unrecht").

- 14) Im normativ-methodischen Aufbau der Rechtsphilosophie steht das abstrakte Recht am Anfang. Es ist das Normensystem, das als unserem verallgemeinert gesellschaftlich sich vollziehenden bedürfnisgebundenen Handeln zugrundeliegend rekonstruiert wird. Solange das bedürfnisbefriedigende Handeln noch kleingruppenmäßig - etwa familienbezogen - geleistet wurde, solange ist ein derartiges Normensystem nicht rekonstruierbar, da es ja ein permanentes Aufforderungssystem ist, das sich an jedermann richtet, das jedermann befolgt. Erst dann, wenn die Bedürfnisbefriedigungspraxis sich verallgemeinert, wenn jener Kontext gegenseitiger und allseitiger Abhängigkeit entsteht, läßt sich das Miteinanderhandeln der Individuen abstrakt auf ein Prinzip, auf ein Normensystem bringen. Daß dieses Recht eine historische Genese hat und erst im sich entwickelnden Miteinander und Gegeneinander der ihre Bedürfnisbefriedigung im Blick habenden Menschen sich voll entwickelt, daß die Menschen mit anderen Worten erst gelernt haben, ihr Handeln konsistent aufeinander abzustimmen, so daß es nun als Realisierung eines in sich schlüssigen Verhältnisschemakomplexes verstanden werden kann, bestreitet Hegel auch in der Rechtsphilosophie nicht. Daß aber unabhängig von seiner faktischen Genese dieses Recht in Bezug auf die "konkrete Person ... welche sich als Besondere der Zweck ist", auch noch "vernünftig" ist, dies zeigt Hegel dadurch an, daß er - quasi geschichtsüberhoben, unabhängig von der faktischen Genese - das abstrakte Recht aus dem "Begriffe"

keine konsequent durchgehaltene Allgemeinheit. Abweichendes Handeln ist, da die Normen den Handelnden selbst nicht explizit sind, noch gängig.

Daß ein Normensystem dem unter dem Prinzip der Besonderheit stehenden System der Bedürfnisse zugrundeliegt, kann weiter (2) heißen - und hieran wird sich Hegels Stellung zur Revolution näher bestimmen lassen: Die Handelnden selbst haben sich die Normen, als deren Realisierung ihr Handeln verstanden werden kann - näher ihr Miteinanderhandeln - selbst explizit gemacht. Sie haben selbst die Deutungsleistung vollzogen und nachträglich das Erdeutete als Zweck ausgezeichnet. Sie wissen oder genauer: sie verstehen wozu sie handeln, welches die Normen sind, an denen sie ihr Handeln ausrichten und welches die Zwecke sind, durch die diese Normen begründet werden. Sie anerkennen das Normensystem explizit und machen es zum "positiven Recht", zum "Gesetz".

Bei Hegel heißt es: "Die objektive Wirklichkeit des Rechts ist, teils für das Bewußtsein zu sein, überhaupt gewußt zu werden" - das heißt: die Handelnden machen sich die Normen, denen gemäß sie schon agiert haben, explizit. Und: (Die objekti-

(des freien Willens) entwickelt. Daß der Bezug zur faktischen "Wechselbeziehung der Bedürfnisse und der Arbeit für sie" bei Hegel, wenn er über das abstrakte Recht und dessen positive Geltung spricht, nicht fehlt, erhellt aus VII, 286 (vgl. insbesondere § 209 Zus.). Dennoch findet das abstrakte Recht seine Rechtfertigung nicht darin, daß es auf den Bedürfnisbefriedigungskontext, allein als Mittel zu dessen Funktionieren, hin verstanden wird, sondern darin, daß in ihm ("abstrakt", das heißt unter Absehung von anderen Inhalten) Interaktion, von Menschen hervorgebrachte Inhalte (der andere als Zweck), Gegenstand sind, daß es - mit Hegel - Realisation von Freiheit ist und nicht - wie der Bedürfnisbefriedigungskontext - nur auf vorgegebene und nachträglich gesetzte Inhalte sich bezieht.

ve Wirklichkeit des Rechts ist,) "teils die Macht der Wirklichkeit zu haben und zu g e l t e n und damit auch als a l l g e m e i n G ü l t i g e s g e w u ß t zu werden" - das heißt positiv verankertes Recht, das für jedermann gültig ist, zu sein. Und weiter: "Was a n s i c h Recht ist", was die Miteinanderhandelnden im Kontext bedürfnisbefriedigender Praxis schon n o r m e n g e m ä ß geleistet haben, "ist in seinem objektiven D a s e i n (Sperrung von mir) g e s e t z t, d.i. durch den Gedanken für das Bewußtsein bestimmt" - das heißt explizit gemacht - "und als das, was Recht ist und gilt, b e k a n n t, das G e s e t z; und das Recht ist durch diese Bestimmung p o s i t i v e s Recht überhaupt"¹⁵⁾.

Der Rechtszustand ist dann realisiert, wenn die im vergesellschafteten Bedürfnisbefriedigungskontext Handelnden sich selbst die Normen, denen g e m ä ß sie bislang schon gehandelt haben, sich explizit machen samt deren Setzung als positives Recht. Die Menschen treten sich in ihren Beziehungen zueinander in ihrer Eigenschaft, gewisse ausschließliche Handlungsdispositionen zu haben - als Eigentümer - gegenüber. Der Rechtszustand fixiert diese Beziehungen und macht sie a l l g e m e i n.

Interaktion im Kontext bedürfnisbefriedigenden Handelns, die sich nicht auf der ausschließenden und gegenseitig anerkannten Verfügung über Sachen gründet - dies ist das Selbstverständnis der Zeit - ist nur Tradition, hat n u r positive Geltung (faktische), ist jedoch nach Hegel kein "Recht". Im Recht sind alle gleich, "der Mensch (gilt) so, weil er Mensch ist", nicht aufgrund gewisser anderer Unterschiede (Herkunft, Stand); er gilt in seiner Eigenschaft, "seinen Willen in eine Sache legen" zu können, in seiner Eigenschaft abstrakte Person zu sein, in der, gewisse ausschließliche

15) VII, 287

Handlungsdispositionen zu haben. In dieser Eigenschaft kommen nach Hegel im Rechtssystem *a l l e* Menschen überein. Sie treten rechtlich allein in dieser abstrakten Eigenschaft in Beziehungen zueinander. Unter dem Prinzip der Besonderheit stehendes *a l l g e m e i n e s* Handeln, wie es die bürgerliche Gesellschaft definiert, ist als Miteinanderhandeln definiert dadurch, daß die Menschen in ihrer Eigenschaft, über Sachen zu verfügen, in Beziehungen zueinander treten.

Faktisch-historisch ist der Kontext bedürfnisgebundenen Handelns - im Oikos - vom übergreifenden allgemeinen Handeln getrennt. Aristoteles zählt konsequent den Oikos nicht unter die in der Polis geleistete Praxis. Bedürfnisgebundenes Handeln und interaktionsgebundenes allgemeines Handeln, das jedermann mit einbezieht, fielen relativ beziehungslos auseinander. Und weder im Oikos, noch im Staat, waren die Menschen allein aufgrund ihrer Eigenschaft, abstrakte Personen zu sein, anerkannt. Sie galten in vielfältigen Eigenschaften in Beziehungen zueinander, als Herr und Knecht, als Fürst und Bürger, sie galten aufgrund von Herkunft, Stand, Ansehen usw. Insbesondere war der bedürfnisgebundene Praxiszusammenhang in der Tradition kleingruppenmäßig organisiert - im Oikos - und nicht, wie in der bürgerlichen Gesellschaft *a l l g e m e i n* aufgrund allseitiger gegenseitiger Abhängigkeit. So waren in der Tradition die verschiedenen Praxiszusammenhänge voneinander getrennt. Eine solche Trennung kennt Hegel noch als die zwischen Familie einerseits und Gesellschaft und Staat andererseits, eine Trennung, die er m.E. allerdings zu einseitig nimmt¹⁶⁾. In Be-

16) Vgl. vorn Exkurs Familie

zug auf gesellschaftliche und politische Praxis wird die Trennung jedoch, und dies führt zurück auf das Verhältnis von Poiesis und Praxis oder Arbeit und Interaktion, nicht vollzogen. Die Individuen werden mit ihren besonderen Zwecken in der bürgerlichen Gesellschaft belassen und können sie hier relativ ungehindert zur Geltung bringen. Ihre *a l l g e - m e i n e n* Zwecke sind beim Staat aufgehoben, und dieser setzt sie unter Umständen *g e g e n* die besonderen Zwecke der Individuen durch. Es kommt prinzipiell nach Hegel - dies habe ich vorn in Erwähnung des Kapitels über das "Gute und das Gewissen" ausgeführt - nicht darauf an, ob die Subjekte für sich selbst die Allgemeinheit als Zweck auszeichnen, die Institution "Staat" sorgt ~~für~~ dessen Durchsetzung. Bürgerliche Gesellschaft und Staat zusammengenommen machen den allgemeinen unter Normen stehenden Praxiszusammenhang aus, die erstere den unter dem Prinzip der Besonderheit stehenden, die letztere den unter dem Prinzip der Allgemeinheit (konkrete Allgemeinheit) stehenden.

Die Vergesellschaftung, von der ich gesprochen habe, besteht darin, daß sich der Bedürfnisbefriedigungszusammenhang, in der traditionellen Gesellschaft eine abgetrennte Teilpraxis, verallgemeinert. Tendenziell werden *a l l e* Menschen in das System der Bedürfnisse eingefügt, *a l l e* gelten allein aufgrund der ihnen eigenen Handlungsdispositionen *für-einander*.

In der Hegel vorliegenden bestehenden bürgerlichen Gesellschaft, die die tradierten Lebensvollzüge entweder zerstört (z.B. das Leben der Großfamilie) oder in den Wirkungskreis des Systems der ^Bedürfnisse integriert, gilt das abstrakte Recht, dem *a l l e* auf-

grund von deren Eigenschaft Personen zu sein, gleich sind, allgemein¹⁷⁾. Diese allgemeine Geltung verdankt sich einem Bildungsprozeß, daß nämlich die Bürger sich die Normen, als deren Realisierung die von ihnen unter dem Prinzip der Besonderheit stehenden Handlungen miteinander verstanden werden können, selbst explizit gemacht haben und daß sie diese Normen positiv als "gesetzte" nun auch formulieren und durchsetzen. Zu letzterem aber, und hier hat nach Hegel die Revolution ihr Recht, ist Bedingung, daß sich die Menschen aus den tradierten Lebensvollzügen lösen, in denen sie aufgrund prinzipiell "zufälliger" - nicht unter ein Prinzip zu bringender - Gegebenheiten stehen. Diese Emanzipation von der alten Ordnung wird durch die Revolution endgültig vollbracht. Sie beseitigt die "besonderen Rechte", die Privilegien und macht alle Menschen gleich - vor dem Gesetz. Mit der Revolution - näher historisch: mit der französischen Revolution - tritt das abstrakte Recht f a k - t i s c h allgemein ein - es wird positives Recht. Als positives Recht nun ist das abstrakte Recht mit Hegelschen Worten "objektiv" oder "wirklich" und so Gegenstand im Kapitel über die bürgerliche Gesellschaft. Erst in ihr, einer historischen Gestaltung eines Lebensvollzugs, ist es realisiert.

Das abstrakte Recht als positiv gesetztes Recht, ein Vernunftrecht, das nach Hegel wegen seiner Herleitbarkeit aus dem Begriffe des Willens seine Rechtfertigung erfährt, als "Gesetz", ist Thema des Unterabschnitts über die Rechtspflege im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft. Durch seine Vernünftigkeit

17) "Die Vernunft des rationalen **Naturrechts** hat den Traditionszusammenhang mit den geltenden Sitten der Bürger und den wirkenden Einrichtungen des Gemeinwesens abgestreift: vor ihr hat einzig die abstrak-

ist dies positive geltende Recht vom bloß positiv geltenden der Tradition, das sich nicht auf den Freiheitsbegriff, sondern nur auf bloß faktisch-historisch Gewordenes zurückführen läßt, unterschieden.

Für den Eintritt der Rechtspflege gibt es - wie vorn bemerkt - zwei Bedingungen: (1) Die im Bedürfnisbefriedigungskontext miteinander Handelnden machen sich die Normen, als deren Befolgung ihr Handeln verstehbar wird, explizit und anerkennen sie explizit auch für ihr künftiges Handeln als leitend. Historisch: das Zeitalter der Aufklärung¹⁸⁾, das positiv in Alternative zur "alten Ordnung" das moderne rationale Naturrecht als das genuin dem System der Bedürfnisse zugrundeliegende Normensystem formuliert hat. (2) Zweite Bedingung ist: Das derart formulierte abstrakte und bewußtseinsmäßig zumindest schon "wirkliche Recht" wird faktisch allgemein anerkannt, nicht etwa nur von Bürgern in Städten, während sich anderweitig die traditionellen Privilegien noch halten, sondern von jedermann. Es wird in positive Geltung gesetzt, was negativ zumindest die Beseitigung der alten Ordnung voraussetzt. Historisch-faktisch hat nach Hegel die Revolution¹⁹⁾ das Recht

te Freiheit der Rechtspersonen in der Gleichheit aller Menschen unter formellen und generellen Gesetzen bestand." (Habermas, a.a.O., S.90)

18) Vgl. XI, 551 ff.

19) "Man mußte den Beginn der französischen Revolution als den Kampf betrachten, den das vernünftige Staatsrecht mit der Masse des positiven Rechts und der Privilegien, wodurch jenes unterdrückt worden war, einging ..." (VI, 395; vgl. auch XI, 554 ff.) "Hegel begreift die Französische Revolution als das weltgeschichtliche Ereignis, das zum ersten Mal das abstrakte Recht zu Dasein und Geltung gebracht hat." (Habermas, a.a.O., S.90)

als Gesetz eingeführt.

Aufklärung ist eine unhinterschreitbare Bedingung für den Übergang zu Rechtszustand. Sie vermittelt allererst das Wissen um die Normen, die Gesetze werden sollen. So aber hat das abstrakte Recht Wirklichkeit eingeschränkt erst nur im Bewußtsein - "die objektive Wirklichkeit des Rechts ist, teils für das Bewußtsein zu sein"²⁰⁾.

Die Revolution ist nun nicht gleichermaßen unhinterschreitbare Bedingung für den Übergang zum Rechtszustand, der ja erst dann vollgültig realisiert ist, wenn das abstrakte Recht positiv geworden ist. Daß von heute auf morgen aufgrund einer gewissen Situation - "weil die Umgestaltung nicht von der Regierung vorgenommen wurde"²¹⁾ - die alte Ordnung zerstört worden ist, ist für Hegel prinzipiell nur faktisch. Die Revolution ist beim Übergang zum Rechtszustand zwar ausgebrochen, und die Reflexion auf sie kann ihr im Nachhinein auch einen Sinn abgewinnen, die Etablierung des abstrakten Rechts aber als positives ist woanders - in der protestantischen Welt²²⁾ - Hegel nennt z.B. das Preußen Friedrich II.²³⁾, mit anderen Mitteln, mit reformerischen nämlich, aus Einsicht in die Entwicklung des welthistorischen Prozesses heraus, a u c h eingetreten. Die französische Revolution ist ein auslösendes Ereignis: "... fast alle moderne Staaten (sind) durch Eroberung demselben Prinzip geöffnet, o d e r d i e s e s a u s d r ü c k l i c h d a r i n e i n g e f ü h r t w o r d e n" (Sperrung von mir)²⁴⁾. "Die französische Revolution ist durch die steife Hartnäckigkeit der Vorurteile,

20) VII,287; vgl. vorn den Text zu Anm. 15 dieses Kapitels.

21) Vgl. zu den französischen vorrevolutionären Zuständen XI,557

22) XI,564 ff.

23) XI,551

24) XI,563

hauptsächlich den Hochmut, die völlige Gedankenlosigkeit, die Habsucht erzwungen worden ... Sache der Regierung wäre es gewesen, das Konkrete zu befehlen, Einrichtungen und Verbesserungen in konkreter Form; dies hat sie nicht verstanden."²⁵⁾ In Deutschland dagegen fällt das Vernunftrecht auf fruchtbareren, auf einen vom Protestantismus schon vorbereiteten Boden: " ... die protestantische Welt (hatte) in ihr das Bewußtsein, daß in der früher explizierten Versöhnung das Prinzip zur weiteren Ausbildung des Rechts vorhanden sei,"²⁶⁾

So läßt sich die These, daß die Hegelsche Philosophie "bis in ihre innersten Antriebe hinein Revolution" sei, nicht aufrechterhalten; Die Revolution ist eine unter mehreren Weisen der Veränderung der Welt, und hierbei sogar eine stattgehabte, inzwischen versöhnte und stillgestellte. Sie wird sich nicht wiederholen. So ist die Revolution für Hegel nicht Prinzip der Philosophie, sie ist auch nicht, wie Habermas interpretiert, Prinzip "um einer Philosophie willen, die als solche die Revolution überwindet"²⁷⁾. Die Philosophie leistet in keiner Weise, was die Revolution zu leisten hatte, sie ist ja lebensüberhebener allein zum Erkenntniszweck geleisteter Vollzug, Reflex auf jenes, was Revolution und Reform in der Welt schon vollbracht haben. vi

Die Revolution hat lediglich faktisch-historisch dem Rechtszustand zum äußeren Dasein verholfen. Darüberhinaus hat sie für die Gestaltung und Ausbreitung, für die institutionelle Gliederung und Durchsetzung des Rechts keinerlei Aufgabe mehr. Ihr Eintritt selbst ist darüberhinaus einer nur kontingenten Situation

25) XIX, 516; vgl. auch XI, 556

26) XI, 555

27) Vgl. J. Habermas, a.a.O., S. 89

zu verdanken. Kurz: Die Revolution ist für Hegel ein einmaliger Akt, der über seine faktisch eingetretene Wirkung hinaus - die Etablierung des Vernunftrechts als Gesetz - keinerlei Rechtfertigung erfährt.

Erst recht ist Hegel der Ansicht, daß der Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft zum Staat²⁸⁾ in einen nicht mehr unter dem Prinzip der Besonderheit stehenden sittlichen Weltzustand nicht revolutionärer Natur ist. Genaugenommen ist dieser Übergang von Hegel nicht einmal als ein historisch-faktisch sich vollziehender fixiert, denn der Staat, der für die Verfolgung der allgemeinen Zwecke entsteht, ist als tradiert Lebensvollzug "überhaupt vielmehr das E r s t e, innerhalb dessen sich erst die Familie zur bürgerlichen Gesellschaft ausbildet²⁹⁾". Einen historisch situierten Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft zum Staat kennt Hegel nicht. Daß der Staat im Zuge der Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft seine Autonomie verloren haben könnte, zum Not- und Verstandesstaat faktisch sich zurückgebildet haben könnte und daß es eine historische Aufgabe sein könnte, Instanzen für's wahrhaft Allgemeine erst wieder den gesellschaftlichen Bereich transzendierend zu etablieren, der Gedanke einer e r s t n o c h zu etablierenden besseren - sittlichen - Ordnung des Lebens, wird von Hegel nicht in Erwägung gezogen. Die Kritik von Marx am Hegelschen Staatsrecht dient dem Nachweis, daß selbst der Hegelsche - vorgeblich sittliche Staat - jener Sachwalter bestimmter gesellschaftlicher Interessen ist, als den Hegel getrennt davon den Not- und Verstandesstaat sieht.

28) Vom Übergang der bürgerlichen Gesellschaft zum Staat, der nur allerdings ein methodisch bestimmter und kein historisch situierter ist, spricht Hegel VII, 327 f. (§ 256).

29) ebda

5.2 "Philosophie ... ihre Zeit in Gedanken erfaßt"

Hegel hat seine methodologische Einsicht in die Nachträglichkeit der (philosophischen) Theorie zum Lebensvollzug selbst zu einseitig ausgelegt. Er wendet sich strenggenommen - und zu Recht - gegen diejenigen materialen Sollenssätze, die gänzlich unabhängig von der Reflexion auf eine schon geleistete Praxis formuliert werden. Diese Einsicht aber schließt eine Belehrung darüber, wie künftighin zu handeln sei, wie über künftighin zu verfolgende Zwecke beraten werden solle, nicht aus.

Zweierlei hat nach Hegel die Philosophie bei der Beschäftigung mit der Geschichte, und da die Geschichte die Ausbildung des Staates "in der Zeit" mit einschließt auch des Staates zu tun. Sie hat einerseits mit dem "einfachen Gedanken" an die Weltgeschichte zu gehen, daß es in ihr "vernünftig zugegangen sei"³⁰⁾; andererseits aber hat sich "aus der Betrachtung der Weltgeschichte selbst zu ergeben, daß es in ihr vernünftig zugegangen ist"³¹⁾. "Wer die Welt vernünftig ansieht, den sieht sie auch vernünftig an: Beides ist in Wechselbestimmung."³²⁾

Hegels methodologische Einsicht in die Nachträglichkeit der Philosophie zum Lebensvollzug wird auch von Marx geteilt, der jedoch gerade aus ihr heraus das "Sollen" wieder in die Philosophie einbringt³³⁾. Marx

30) XI,34

31) XI,36

32) XI,37

33) "Die Vernunft hat immer existiert, nur nicht immer in der vernünftigen Form. Der Kritiker kann also an jede Form des theoretischen und praktischen Bewußtseins anknüpfen und aus den e i g e n e n Formen der existierenden Wirklichkeit die wahre Wirklichkeit als ihr Sollen und ihren Endzweck entwickeln." (Marx, Briefe aus den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern". In: MEW, Bd.I,345)

verweist darauf, daß zwar der "Begriff", das Kriterium, mit dessen Hilfe ein Lebensvollzug b e u r t e i l t wird, diesem Lebensvollzug selbst entstammt - er ist schon in dieser Praxis, wenigstens partiell realisiert und mit Hegelschen Worten "Idee" - daß aber zugleich mit dessen Gewinn auch die Entzweigung der Situation - von "Begriff" und seiner "Objektivität" (Hegel)³⁴⁾, der "Widerspruch" von "ideeller Bestimmung mit seinen realen Voraussetzungen"³⁵⁾, deutlich werde. Sowohl Hegel als auch Marx polemisieren gegen die praxisferne Antzipation von Zuständen, wie sie "sein sollen"³⁶⁾. Der Unterschied zwischen beiden ist darin zu suchen, daß Hegel aus der methodologischen Einsicht u n d der Rekonstruktion des modernen Staates den Schluß zieht, daß es n u n n u r n o c h darauf ankomme, zu ergründen, wie über den Staat geredet werden solle, wobei diese Rede aber, eben aus Gründen der erreichten Faktizität des Ver-

34) V,242

35) "Was nun das wirkliche Leben betrifft, so enthält grade der p o l i t i s c h e Staat, auch wo er von den sozialistischen Forderungen noch nicht bewußterweise erfüllt ist, in allen seinen m o - d e r n e n Formen die Forderungen der Vernunft. Und er bleibt dabei nicht stehen. Er unterstellt überall die Vernunft als realisiert. Er gerät aber ebenso überall in den Widerspruch seiner ideellen Bestimmung mit seinen realen Voraussetzungen." (MEW, Bd.I, S.345)

36) "Wenn man diese Vorstellung und das ihr gemäßige Treiben sieht, so sollte man meinen, als ob noch kein Staat und Staatsverfassung in der Welt gewesen, noch gegenwärtig vorhanden sei, sondern als ob man j e t z t - und dies J e t z t dauert immer fort - ganz von vorne anzufangen, und die sittliche Welt nur auf ein solches j e t z i g e s Ausdenken und Begründen gewartet habe." (VII,23)

"Wir treten ... der Welt (nicht) doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien..." (MEW, Bd.I, S.345).

nünftigen - wie er sie emphatisch im letzten Paragraphen der Rechtsphilosophie feiert - eine künftige Praxis nicht mehr tangiere³⁷⁾. Hegel bestimmt damit die Rolle, die dem vernünftigen Zugriff in Bezug auf eine künftige Praxis zukommt, zu kurz³⁸⁾.

"Philosophie" ist " i h r e Z e i t i n G e d a n -
k e n e r f a ß t". Sie unterscheidet unter Anwen-
dung der ihr eigenen Methoden Vernünftiges von Unvernunft, normativ gelungene von nur faktisch gelungener oder mißlungener Praxis. Sie tut dies im Rückgriff auf schon Geleistetes und ist als dem Lebensvollzug nachträgliche Fixierung von dessen Prinzipien dessen Stabilisierung, Kontrolle und Kritik. Aufgrund der in Bezug auf das schon Geleistete getroffenen Unterscheidungen wird allererst dessen Kritik ermöglicht und durch die Verallgemeinerung gewisser Teile dieser zugrundeliegenden Praxis wird ein neuer Lebensvollzug eingeleitet.

Die Verkürzung der methodologischen Einsicht, wie sie uns in der Vorrede zur Rechtsphilosophie vorliegt, die Einsicht darein, daß man nicht unabhängig von der Historie die eigene Situation zu deuten, zu begreifen vermag, kommt durch die hinzugenommene Behauptung zustande, daß der Staat schon sei, was er sein soll und es nur noch darauf ankommt, ihn zu erkennen, ohne daß dieser Erkenntnis noch eine praktische Relevanz zukommt. Nicht immer hat Hegel die

37) "Als philosophische Schrift muß sie (sc. die Rechtsphilosophie) am entferntesten davon sein, einen Staat, wie er sein soll, konstruieren zu sollen; die Belehrung, die in ihr liegen kann, kann nicht darauf gehen, den Staat zu belehren, wie er sein soll, sondern vielmehr, wie er, das sittliche Universum, erkannt werden soll." (VII, 34 f.)

38) "Es wird sich ... zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das

Rolle aber der Philosophie in gleicher Weise selbst unterbestimmt. K.Löwith hat dies hinreichend unter Angabe von Belegstellen aus Hegel deutlich gemacht: "Die M ö g l i c h k e i t des Fortgangs zu einer neuen Entzweigung ist aber auch schon in Hegels eigenem geschichtlichen Bewußtsein angelegt und vorgeesehen. Denn das philosophische Wissen um das Substantielle der Zeit geschieht zwar im Geiste der ihm zugehörigen Zeit und ist also nur "formell", als gegenständliches Wissen, darüber hinaus. Zugleich ist aber mit diesem sich abhebenden Darüberwissen auch ein Unterschied gesetzt, der zu einer weiteren Entwicklung treibt: der Unterschied zwischen dem Wissen und dem was ist. Daraus ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Fortgangs zu neuen Entzweigungen sowohl in der Philosophie wie in der Wirklichkeit"39).

Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen. Es wird sich zeigen, daß es sich nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die V o l l z i e h u n g der Gedanken der Vergangenheit."(MEW, Bd.I, S.346)

- 39) K.Löwith, Von Hegel zu Nietzsche, Frankfurt/M. 1969, S.56. Löwith zieht zum Beleg, daß auch Hegel die Rolle der Philosophie für die Lebensvollzüge, die sie begreift, sieht und sie nur für die eigene Zeit leugnet, folgende Stellen heran: Hegel, Briefe, Bd.I, S.253; XVII,86; XVII,276 f.; vgl. weiter zu Hegels methodologischer Einsicht in das Philosophie-Praxisverhältnis, das in der Vorrede zur Rechtsphilosophie in so eigenartiger Verkürzung auftritt, M.Riedel, Die dialektische Begründung des Fortschritts in Hegels Geschichtsphilosophie. In: Hegeljahrbuch 1968/69, hg.v.W.R.Beyer, Meisenheim am Glan, insbesondere S.102 ff. M. Riedel danke ich den Hinweis auf die für den hier explizierten Sachverhalt interessante Stelle in G.W.F. Hegel, Einleitung in die Geschichte der Philosophie, hg.v.J.Hoffmeister, Hamburg 1940, S.286. "In solchen Zeiten, wo die politische Existenz sich umkehrt, hat die Philosophie ihre Stelle; und dann geschieht es nicht nur, daß überhaupt gedacht wird;

Die Frage, deren Beantwortung gemäß dem Vorbegriff vom noch zu Leistenden in unserer Zwecksetzung liegt, lautet nicht: Wie kann Philosophie und allgemeiner Theorie p r a k t i s c h werden? (Platon, Fichte), sondern: Wie kann Praxis philosophisch werden, v e r - n ü n f t i g? (Aristoteles, Hegel, Marx)

Eine durch den theoriebildenden Reflex begleitete, geleitete und vorbereitete Praxis P_t ist die modifizierte Wiederholung einer schon geleisteten Praxis P . Die Praxis P_t ist dadurch ausgezeichnet, daß (1) die Verfolgung bestimmter Zwecke bzw. die Ausführung bestimmter Handlungen, deren Wirkungen unerwünscht sind, die den Tat-Wirkungskontext, von dem P ein Teil ist, mitdefinieren, explizit eliminiert worden sind. Oder: Die Praxis P_t ist dadurch ausgezeichnet, daß (2) bestimmte Zwecke, durch welche Teilpraxen $P_1, \dots, P_m$ von P definiert werden, verallgemeinert und für größere Gruppen verbindlich gemacht werden. In der Regel wird der Übergang von P nach P_t fließend sein und erst die methodische Rekonstruktion dieses Übergangs wird aufhellen, welche von beiden modifizierten Wiederholungen (1) (2) oder ob beide vorliegen.

Die Reflexion geht in ihren Resultaten in die Praxis P_t ein, sie wird geprägt. Die vorgängige Praxis P ist als Handlungszusammenhang selbst schon durch Ausdrücklichkeit der Zwecksetzung bestimmt, sie ist

sondern dann geht der Gedanke voran und bildet die Wirklichkeit um (Sperrung von mir). Denn wenn eine Gestalt des Geistes nicht mehr befriedigend ist, dann gibt die Philosophie ein scharfes Auge dazu, das Unbefriedigende einzusehen." Man kontrastiere diese Stelle mit der Metapher von der Eule der Minerva. -

selbst schon eine Praxis P_t .

Ergibt die Beurteilung einer schon geübten Praxis P , daß die Erfüllung bestimmter sie definierender Zwecke zwar *g e b o t e n* ist, jedoch mit den bislang geübten Handlungen nicht in der intendierten Weise erreicht werden - partielle Nichterfüllung, unerwünschte Nebenwirkungen - dann werden andere, sie intendiert erfüllende Handlungen vorgeschlagen werden. Ergibt sich jedoch, daß die Erfüllung dieser Zwecke nur im *a l l g e m e i n e n* geboten ist, was heißt, daß auf sie intendiert erfüllende Handlungen noch nicht verwiesen werden kann - aufgrund einer schon geübten Praxis P - dann wird eine durch einen theoretischen Reflex noch nicht vorbereitete Praxis P_n , gewissermaßen versuchsweise, einzuleiten sein. Das prognostische Wissen ist dann nur als Erwartung oder Hoffnung vorhanden und ungesichert. Die *d a n n* im Reflex auf die neue Praxis P_n vorgenommene Fixierung der Wirkungen ist dann die Vorbereitung einer die bisherige Praxis P modifizierenden Praxis P_t .

Die Wirkungen von bislang noch nicht geübten Handlungen sind nicht voll antizipierbar. Haben die Handlungen, die zur Erfüllung im *a l l g e m e i n e n* gebotener Zwecke ausgeführt werden, Wirkungen, die nicht schon im Vorsatze gelegen haben, dann werden diese, sofern sie in eine Beziehung zum schon vorliegenden fixierten Zwecksystem zu bringen sind, gemäß *d i e s e m* beurteilt und positiv oder negativ selbst als Zweck nun ausgezeichnet, der künftighin erreicht oder nicht erreicht werden soll. Die letzteren Zwecke, die das bislang geltende Zwecksystem erweitern, gab es im bisherigen Kontext des Lebens nicht.

6. Terminologie der Willensbildung

Zum Zwecke der Formulierung des normativen Beurteilungsprinzips für die gegenwärtig bestehenden Institutionen stellt Hegel eine Terminologie bereit, die zugleich - problematisiert man einmal seine Behauptung von der Abgeschlossenheit jeglicher Willensbildung als Definiens des Zustandes seiner Zeit - Grundtermini für moralisch relevante Argumentationen im weiteren Sinne und für moralische Argumentationen im engeren Sinne enthält. Geht man mit der Absicht, die Strukturen von Argumentationen zu rekonstruieren, deren Ergebnis d e r Zustand ist, den Hegel vor Augen hat und der seiner Ansicht nach als Realisat von Sittlichkeit zu gelten hat, an die Rechtsphilosophie heran, dann ist j e d e n f a l l s jenes Vokabular zu rekonstruieren. Da diese Argumentationen selbst, sowohl was die d e u t e n d e n - faktische Zweckstrukturen explizierenden - Schritte betrifft, als was d i e Schritte betrifft, aufgrund von denen die Befolgung von Normen als g e b o t e n bzw. - da hinsichtlich eines als g e r e c h t f e r t i g t erwiesenen Zwecksystems gewonnen - als g e r e c h t g e b o t e n begründet ist, bei Hegel unter jener dogmatischen Behauptung von der Welt als faktisch vollendeter "Idee der Freiheit" fehlen, sind sie bei einer begründeten Bestreitung dieser Behauptung zu ergänzen.

Ich rekonstruiere Hegels Terminologie in Hinsicht auf die Ergänzung von moralisch relevanten bzw. moralischen Argumentationen. Ich werde im Anschluß an die rekonstruierte Terminologie die bei Hegel fehlenden Argumentationen selbst zu rekonstruieren versuchen. Ich werde des weiteren versuchen, Hegels Me-

thode des Beurteilens der gegenwärtig bestehenden Institutionen zu verdeutlichen.

In einem ersten Schritt werde ich im Rekurs auf unsere gemeinsamen Lebensvollzüge, innerhalb deren argumentationsmotivierende **K o n f l i k t e** auftreten, im Rekurs auf die die Argumentationen ausmachenden **D i a l o g e** den Versuch machen, eine Terminologie zunächst selbst zu normieren. Sodann werde ich Hegels eigene Terminologie, sofern sie für den von mir verfolgten Zweck relevant ist, wie sie sich im Abschnitt über den "praktischen Geist" in der Enzyklopädie und in der Einleitung zur Rechtsphilosophie findet, orthosprachlich einzuholen versuchen. Im Zusammenhang damit werde ich auf Hegels monologische oder subjektivistische Verkürzung zu sprechen kommen. Sodann werde ich auf jenes normative Beurteilungskriterium, wie es sich in § 27 der Rechtsphilosophie findet, eingehen, zu dessen Formulierung Hegel die terminologischen Festlegungen überhaupt vornimmt. Jenes Beurteilungskriterium möchte ich zugleich als ein Kriterium für willensbildende Argumentationen aufzeigen. Ich werde sodann im nächsten Kapitel Hegels Handlungsbegriff anhand einer Rekonstruktion seines Kapitels über die Moralität bestimmen. Ein eigener Vorschlag in Ergänzung zu Hegels eigenem Vorgehen in Bezug auf faktische Willensbildungen und die Rekonstruktion von deren allgemeiner Struktur wird sich anschließen. Ich werde zu zeigen versuchen, daß jene allgemeinen - unter Prinzipien stehenden - und konsistenten Willensbildungen, Hegels Bestimmung des nichtsittlichen Verhältnisses - der bürgerlichen Gesellschaft - einholen. Die bestehende bürgerliche Gesellschaft - die jedenfalls, die Hegel vor Augen hat - läßt sich als Realisierung von in faktischen Willensbildungen begründeten Normen rekonstruieren.

6.1 Elementare Termini des Dialogs

U n m i t t e l b a r nichtsprachliches Tun einleitende Reden nennt der Grammatiker "Imperative". Der kompliziertere Fall, daß auf derartige Reden wiederum - wenigstens zunächst einmal - mit Reden geantwortet wird, sei hier zunächst noch ausgeschlossen.

Die Situation, in der derartige Reden sinnvollerweise geführt werden, ist durch einen gemeinsamen bzw. komplementären Lebenszusammenhang schon bestimmt. In diesem Lebenszusammenhang befinden sich diejenigen schon, die n u n reden und etwas tun. Dieser Lebenszusammenhang mag v o n u n s als ein Tat-Wirkungskomplex oder aber auch als selbst schon sprachlich vermitteltler Handlungs-Zweckkomplex beschrieben werden.

Im elementaren Fall, den Schwemmer¹⁾ unter Zitierung des Wittgensteinschen Bauarbeiterbeispiels anführt, befinden sich zwei Subjekte S_1, S_2 in einem schon gemeinsamen Handlungs-Zweckzusammenhang. Die Redehandlung sowohl als auch die Ausführung der Handlungen sind Mittel zur Erfüllung des vorgegebenen Zwecks, der selbst sich willensbildender Reden verdankt.

Erst die den Lebenszusammenhang definierenden Wirkungen oder Zwecke von Taten oder Handlungen lassen verstehen, daß zum Zwecke der Ausführung von nichtsprachlichem Handeln geredet wird und daß eine zur geführten Rede "passende" Tat ausgeführt wird.

Redet ein Subjekt S_1 zum Zwecke der Ausführung einer nichtsprachlichen Tat durch S_2 zu S_2 , dann f o r d e r t

1) Schwemmer, Philosophie der Praxis, a.a.O., S.37

sie (elementar) a u f. Führt S_2 die zur Aufforderung passende Tat aus, dann b e f o l g t es die Aufforderung.

Jemand, der aufgefordert wird, muß deshalb das Wort "auffordern" selbst noch keineswegs gelernt haben. Ebenso muß dieses Wort auch derjenige, der selbst auffordert, noch nicht in seinem Vokabular haben. Das Wort "auffordern" wird im Rekurs auf die Sprachhandlung - den Sprechakt, wie man auch sagt - erst gelernt. Dieses Wort wird erst gebraucht, wenn es sich aufgrund der Nichtbefolgung von Aufforderungen als erforderlich erweist, ü b e r die Aufforderungen selbst zu sprechen. Das Wort "auffordern" wird in Argumentationen gebraucht. D a ß das Wort "auffordern" richtig gelernt worden ist, wird durch die Aufforderung, nun selbst a u f z u f o r d e r n, kontrolliert.

Wenn ein Subjekt S_1 ein Subjekt S_2 auffordert und letzteres sei es (1) die Aufforderung befolgt oder (2) verbal oder extraverbal zu verstehen gibt, daß es die Aufforderung nicht befolgen wird oder (3) Gegenreden führt, so besteht eine Aufforderungssituation oder ein V e r h ä l t n i s²⁾. Je nachdem, in welcher Weise der Aufgeforderte auf die Aufforderung reagiert (1-3) ist das Verhältnis näher zu charakterisieren. Durch das Verhältnis wird die d i a l o - g i s c h e Situation in ihrer elementaren Form bestimmt.

Ein Z u s t a n d oder eine S i t u a t i o n ist ein Komplex von Tatbeständen - das Bestehen näher von V e r l ä u f e n bzw. D i n g e n. Ein Zustand ist ein und derselbe geblieben, wenn zu verschiedenen aufeinanderfolgenden Zeitpunkten ein und

dasselbe System von Aussagen w a h r ist. Eine Zustandsänderung ist zu konstatieren, wenn zu dem einen Zeitpunkt m i n d e s t e n s eine Aussage, die zu dem anderen Zeitpunkt wahr gewesen ist, nicht mehr wahr ist. Die Kontrolle darüber, ob eine Zustandsänderung W i r k u n g der Befolgung einer Aufforderung (einer Tat) ist oder nicht, darf in unserer elementaren bedürfnisbestimmten Praxis als unproblematisch unterstellt werden³⁾. Wissenschaftlich lassen sich Aussagen darüber, ob eine Zustandsänderung auf Aufforderungsbefolgungen und damit auf Taten oder gar Handlungen oder auf extra-intentionale Einflüsse zurückzuführen ist, durch Anwendung von Gesetzeswissen machen. Das Wissen darum, ob ein Zustand h e r g e s t e l l t und W i r k u n g oder bloß e i n g e t r e t e n und F o l g e ist, soll hier noch nicht näher problematisiert werden.

Wir befinden uns schon in h e r g e s t e l l t e n (bewirkten) Zuständen und gehen Verhältnisse schon in hergestellten Zuständen je erneut ein. Wir v e r s t e h e n unsere Welt nur darum, das heißt wir haben sie nicht nur zu e r k l ä r e n, weil wir sie (gattungsmäßig) h e r v o r g e b r a c h t haben.

Einige Verhältnisse werden durch die Ausführung der intendierten Zustandsänderungen wieder beendet. Dies ist der Fall bei singulären Aufforderungen. Bei allge-

2) Marx verwendet (MEW, Bd.III, S.28 ff.) den Ausdruck "Verhältnis" in einem sehr viel weiteren Sinne als hier von mir vorgeschlagen. Neben den Beziehung von Menschen zueinander ist ihm der V o r g a n g der Bedürfnisbefriedigung und - differenzierung selbst, sind die Produktivkräfte und der gesellschaftliche Zustand Verhältnisse.

3) Vgl. Schwemmer, a.a.O., S.47

meinen Aufforderungen (Normen) dagegen wird das Verhältnis durch die Ausführung der intendierten Zustandsänderung nicht aufgehoben. Sie begründen Verhältnisse, die über eine einmalige Aufforderungsbefolgung hinaus bestehen bleiben. Bei N o r m e n gibt es kein bestimmtes Aufforderungssubjekt und keinen bestimmten Adressaten der Aufforderung. Jedermann ist, je nach Situation, in der er sich gerade befindet, Subjekt bzw. Adressat der Norm.

Die praktische Philosophie hat es nach Hegel nicht mit jenen singulären Aufforderungen - der Sache nach - und den durch sie definierten partikularen Verhältnissen zu tun. Sie ist Institutionenlehre. Ihr Gegenstand sind die durch Normen begründeten Verhältnisse, wobei die Normen von den Handelnden aufgrund vorgängig geführter oder als geführt zu rekonstruierender Reden als geboten bzw. als gerechtfertigt geboten erwiesen sind. Der Gegenstand der praktischen Philosophie, nimmt man einmal die Rechtsphilosophie und die in ihr abgehandelten Themen als eine solche, sind die durch begründete Normen geleiteten Handlungen (Handlungsweisen) der Menschen. Die Einschränkung auf die Institutionen - jene normengeleiteten Handlungsweisen - hat ihren Grund zum einen darin, daß bezüglich singulären Handelns, sofern es nicht selbst sich als normenvermittelt oder in Normen integriert zeigen läßt, keine a l l g e m e i n e Theorie - per definitionem - zu erstellen ist. Sie hat zum anderen ihren Grund in der Einsicht, daß in der gegenwärtigen Zeit singuläres Handeln im Kontext jenes allgemeinen - institutionell vermittelten - seine Bestimmung erfährt.

N o r m e n - als Aufforderungen von jedermann an jedermann - begründen v e r h ä l t n i s s c h e - m a t a. Jedermann realisiert - beim Eintritt einer

bestimmten Situation - stets den gleichen Zustand.

Wir befinden uns schon in allgemeinen, andauernden und nicht aufgehobenen Verhältnissen aller zueinander. Das Hegelsche System der Bedürfnisse ist das aktualisierte⁴⁾ und stets von neuem sich aktualisierende Verhältnisschema par excellence, in dem wir uns schon befinden. Das ergibt unser schon geleistetes Selbstverständnis von unserem bedürfnisbezogenen Leben.

-
- 4) Ein Verhältnis ist aktualisiert: (a) wenn eine Aufforderung befolgt wird (Aktualisierung durch Befolgung), (b) wenn Gegenreden geführt (tendenzielle Aktualisierung) und über die Befolgung der vorgetragenen Aufforderung - aus welchen Gründen immer - ein positiver Beschluß gefaßt wird (Aktualisierung durch/nach Beratung). Es versteht sich, daß eine tendenzielle Aktualisierung nicht von vornherein die Vollaktualisierung im Gefolge haben muß; Im Verlaufe von komplexeren Beratungen sind in der Regel mehrere Verhältnisse tendenziell aktualisiert, von denen schließlich nur eines - wenn überhaupt - aufgrund des gefaßten Beschlusses voll aktualisiert wird.

Ein Verhältnisschema ist aktualisiert: (a) wenn Normen befolgt oder besser: realisiert werden. Die Realisierung schließt die Aktualisierung ein (faktisch aktualisiert durch Befolgung), (b) wenn ein Beschluß aller Betroffenen vorliegt oder wenn jedenfalls nach bestimmten Kriterien behauptet werden darf, daß, hätten nur alle Betroffenen an einer Beratung teilgenommen, ein solcher Beschluß vorliegen würde, beim Eintreten eines bestimmten Tatbestandes die Norm zu befolgen (Aktualisierung durch Beratung). Die Beratung mag dabei eine nur faktisch allgemeine oder aber auch eine moralischen Kriterien gemäße sein. Es versteht sich, daß letztere Aktualisierungsbehauptungen, die wir formulieren, methodisch überprüfbarer Begründungen bedürfen.

Das Hegelsche System der Bedürfnisse läßt sich als Aktualisierung sowohl durch Befolgung als auch durch Beratung - und zwar als die eines Verhältnisschemas rekonstruieren.

Der Adressat und tendenzielle Befolger von Aufforderungen ist keineswegs von vornherein in einer untergeordneten Position, wie auch der Auffordernde sich keineswegs von vornherein in einer ausgezeichneten Position befindet. Daß f a k t i s c h der Auffordernde eine ausgezeichnete Position innehaben mag, hängt mit der Situation zusammen, in der aufgefordert wird, etwa damit, daß der Auffordernde relevantere Handlungsdispositionen innehat als der Aufgeforderte. Prinzipiell verfügt ein S u b j e k t, das aufgefordert wird, über die A k t u a l i s i e - r u n g des Verhältnisses und über die Weise dieser Aktualisierung. Hierdurch wird, mit einer Hegelschen Redeweise, seine "negative Freiheit" definiert.⁵⁾

Der Fall, daß Aufforderungen n i c h t befolgt werden, hat Konsequenzen, die eine Differenzierung der Rede über V e r h ä l t n i s s e erforderlich machen. Folgende Fälle sind zu unterscheiden:

(1) Das aufgeforderte Subjekt S_2 befolgt die Aufforderung nicht, führt aber Gegenreden. Solange solche Gegenreden geführt werden, bestehen tendenziell aktualisierte Verhältnisse. Es bestehen unter Umständen mehrere tendenziell aktualisierte Verhältnisse in Beratungen nebeneinander.

(2) Das aufgeforderte Subjekt S_2 befolgt die Aufforderung nicht, sie ist ihm - so darf jedenfalls aufgrund früher geführter Reden angenommen werden- zwar v e r s t ä n d l i c h, das heißt es werden Wörter benutzt, die es zu gebrauchen schon gelernt hat, das aufgeforderte Subjekt befolgt jedoch weder die Aufforderung noch führt es Gegenreden. In diesem Fall

5) Vgl. VII, 55

ist das Verhältnis nur eines für den Auffordernden, nicht aber für den Aufgeforderten. Das intendierte Verhältnis wird nicht aktualisiert. Das auffordernde Subjekt S_1 mag sich bemühen, durch Reden, von denen es annimmt, daß sie Gründe für S_2 sind, das Verhältnis so oder so zu aktualisieren, S_2 doch noch dazu zu bringen, die Aufforderung zu aktualisieren.

(3) Aufgrund schon früher geführter Gegenreden durch S_2 oder aufgrund eines Vorverständnisses, das das Subjekt S_1 von S_2 aus einer schon gemeinsamen Praxis hat - es hat ein Wissen um die Zwecke von S_2 - kann das auffordernde Subjekt das Ausbleiben von Befolgung und Gegenrede als Gegenrede deuten. Es mag dann so weiterreden, als hätte S_2 das Verhältnis durch Gegenreden tendenziell aktualisiert.

Für partikuläre Aufforderungen gilt folgendes: Eine Aktualisierung eines intendierten Verhältnisses kommt nicht zustande, wenn das aufgeforderte Subjekt die Aufforderung nicht zur Kenntnis nimmt (Fall 2).

Das Verhältnis wird aufgelöst, wenn nach geführten Reden die Aufforderung nicht mehr artikuliert wird.

Ein aktualisiertes Verhältnis ist erloschen, wenn die Aufforderung befolgt worden ist. Das Verhältnis, so mag man im Anschluß an Hegels Rede vom "objektiven Zweck"⁶⁾ sagen, ist "objektiv" geworden, ein hergestellter Sachverhalt - er ist Wirkung der Aufforderungsbefolgung - ist deutbar als objektiviertes Verhältnis.

Aufgrund schon gemachter Erfahrungen mit der Befolgung bzw. Nichtbefolgung von Aufforderungen wird das auffordernde Subjekt S_1 schon von vornherein damit rechnen, daß das von ihm intendierte Verhältnis nicht

6) Vgl. unten Kapitel 6.4.2.1

aktualisiert wird bzw. daß die vorgetragene Aufforderung trotz einer tendenziellen Aktualisierung des Verhältnisses nicht befolgt wird. Es wird deshalb die Aufforderung von vornherein, und dies hat es aufgrund der Erfahrungen mit Nichtbefolgungen und daran anschließenden Argumentationen gelernt, als tendenzielle Argumentationseinleitung vortragen - probeweise. Es wird, ehe es die Aufforderung äußert, bei sich solche Argumentationen schon geführt haben - die es dann in aktuellen Beratungssituationen äußert - und es wird die Möglichkeit, daß noch andere, von ihm nicht antizipierte Argumente vortragen werden, in Rechnung stellen. Daß ein Subjekt derart probeweise aufgefordert hat, läßt sich jedenfalls im Nachhinein dann annehmen, wenn es Gegenreden zur Kenntnis genommen hat und selbst argumentierende Reden geführt hat. Erst recht läßt es sich annehmen, wenn es die Aufforderung aufgibt oder wenigstens modifiziert. Von einem Subjekt, das in dieser Weise verfährt, darf angenommen werden, daß es gelernt hat, Aufforderungen probeweise vorzutragen. Im Rekurs auf sein eigenes Tun lernt es den Ausdruck "probeweises auffordern". Es mag dann selbst, indem es den Status seines Sprechaktes bezeichnet, jemandem, den es auffordert, sagen: ich fordere probeweise auf. Nun bedarf es keiner Deutungsleistung mehr, um von jemandem zu sagen, er fordere probeweise auf - er sagt es selbst von sich.

Die probeweise vorgetragenen Aufforderungen sollen Vorschläge, die gleicherart geführten Gegenreden Gegenvorschläge genannt werden. Einigen sich die Vorschlagenden aufgrund der geführten Reden auf einen Vorschlag - in der Regel werden argumentierende Reden der vorn angezeigten Art zwischengeschaltet sein, wenn nicht, dann handelt es sich um ein rudimentäres Beraten - dann

haben sie einen B e s c h l u ß gefaßt. Der Beschluß ist aufgrund einer (unter Umständen rudimentären) B e - r a t u n g⁷⁾ zustandegekommen. Eine Beratung ist der Komplex all der Reden, in denen für oder gegen die Befolgung von Aufforderungen geredet wird.

Von einem, der aufgrund von Beratungen Aufforderungen b e f o l g t, soll gesagt werden: er h a n d e l t.

Insofern wir ü b e r unsere Beziehungen zueinander reden und Wörter wie "Verhältnis" (für die dialogische Situation), "Handeln", "Auffordern" usw. ein-

-
- 7) Auf den ersten Blick klingt die hier vorgeschlagene Terminologie harmonistisch. Dies liegt an gebrauchssprachlichen Überlappungen in die normierte Rede. Die Gebrauchssprache, der wir unsere Wörter - aus pragmatischen Gründen - der Gestalt nach entnehmen, weil sie schon "so ungefähr" das von uns Gemeinte ausdrücken, hat nämlich schon Vorentscheidungen bezüglich des Gebrauchs dieser Wörter aufgenommen - zumeist sind es tradierte - die häufig faktisch, da wir unsere Bindung an die überkommene Welt ja nicht abstrakt lösen, in unsere normierten Reden noch nachklingen. (Vgl. etwa zur gebrauchssprachlichen Verwendung von "Beratung" und "Vorschlag" und zu der oben angedeuteten harmonistischen Komponente die entsprechenden Erläuterungen in: Der große Duden, Mannheim 1964, Bd.VIII, S.136) Dem ideologiekritischen Verdacht, daß durch die Wahl solcher ansonsten (gebrauchssprachlich) so harmonistisch besetzten Wörter eine Vorentscheidung bezüglich des Umgangs mit etwa sozialen Sachverhalten schon getroffen sei, kann nur dadurch entgegengewirkt werden, daß a u s d r ü c k l i c h auf die - etwa oben erfolgte - sehr sparsame Normierung verwiesen wird, verbunden mit der eindringlichen Aufforderung, n u r a n d i e s e Gebrauchs- festlegung - bei der Lektüre des vorliegenden Textes - sich zu halten. Es handelt sich ja zunächst um nicht mehr als um e r s t e Gebrauchs- festlegungen, die nur eine sehr allgemeine - dazu noch hier kulturunabhängige - Praxis betreffen. Weitere - ins Einzelne gehende - Reflexionen auf unsere Praxis werden genugsam Gelegenheit bieten, zu differenzieren. Es wird dann erforderlich sein, zum jeweiligen Sachzusammenhang eine speziellere Terminologie zu vereinbaren. D a n n wird es u.U. nicht

führen, sind die Bezüge, in denen wir zueinander stehen, welche für uns. Wir wissen um sie und sind damit in Hegelscher Rede "Fürsichsein". Von den Tieren mögen wir in uneigentlicher Rede sagen, daß sie sich - wenn sie sich z.B. durch Gesten voneinander warnen - "an sich" in Beziehungen zueinander befinden. Sie befinden sich nicht für sich selbst in solchen Beziehungen⁸⁾. Und weiter: Da die Differenz - bleibt man bei der Hegelschen Terminologie - von "an sich" und "für sich" einer sich selbst reflektierenden Praxis entstammt, die jedenfalls nicht den Tieren eigen ist, ist die Behauptung, die Tiere befänden sich an sich in einem Verhältnis zueinander, dahingehend zu präzisieren - wie Hegel dies in Absetzung gegen Kants Rede vom "an sich" tut - daß sie sich nur für uns, die Betrachter und mit uneigentlichem deutenden Zugriff Deutenden, in einem Verhältnis befinden. Wir beschreiben deren Tun und deuten es mit Mitteln, die dem Reflex auf unsere eigenen Lebensvollzüge entstammen, unsere Reden sind so nur uneigentlich. Terminologische Mittel, die eine eigentliche Rede ermöglichen, sind für solche Gegenstandsbereiche gesondert zu entwerfen.

gleichgültig sein, welches Wort - ob das speziellere oder das allgemeinere - verwendet wird, mag eine Prädikatorenregel immerhin einen "formellen" Übergang erlauben. Dann wird es nicht gleichgültig sein, ob man sagt "Beratung" oder "verzerrte Beratung". Harmonisierend würde unser Reden dann, wenn wir zur Umgehung etwa der Bestimmung einer unsittlichen Praxis eine speziellere Terminologie durch eine allgemeinere ersetzten.

- 8) Marx schreibt: "Wo ein Verhältnis existiert, da existiert es für mich, das Tier "verhält" sich zu Nichts und überhaupt nicht. Für das Tier existiert sein Verhältnis zu anderen nicht als Verhältnis." (MEW, Bd. III, S.30)

6.2 Monologische Reduktion

6.2.1 Termini des Monologs

Von jemand, der sich selbst aufzufordern gelernt hat und im Anschluß an diese Selbstaufforderungen Reden mit sich selbst führt, soll gesagt werden, daß er ein Verhältnis zu sich selbst hat. Der Ausdruck **S e l b s t v e r h ä l t n i s** steht für die monologische Situation. Von jemand, der aufgrund von mit anderen geführten Beratungen gelernt hat, sich selbst Vorschläge zu machen und für die Aufforderungen an sich selbst Begründungen zu geben, soll gesagt werden, daß er **a b w ä g t**. Wird unter mehreren Selbstvorschlägen einer als zu realisierender ausgezeichnet, dann hat sich das Subjekt **e n t s c h l o s s e n**.

Unser Verhältnis zu uns selbst ist sprachvermittelt. Die Sprache lernen wir in Lebensvollzügen, in denen wir mit anderen stehen. Wir lernen sie aufgrund von Lebensvollzügen, die andere vor uns schon geleistet haben. In die Sprache geht unsere gattungsgeschichtliche Entwicklung ein und so in unsere Reden mit uns selbst der gattungsgeschichtlich geführte Dialog. Und in unseren Verhältnissen, in die wir mit anderen eintreten, lernen wir die sprachlichen Mittel, mit denen wir in diesen Verhältnissen zu bestehen vermögen. Erst dann, wenn diese Verhältnisse zerbrechen, sind wir auf uns selbst verwiesen und formulieren für uns allein, was wir sonst nur für die anderen formuliert hätten. Dem dialogischen Verhältnis geht das monologische Selbstverhältnis nicht vorher. Letzteres ist dem ersten methodisch nachgeordnet.

6.2.2 Hegels monologisches Konzept

Diese Einsicht, daß nämlich, wie Habermas es in einer Charakterisierung der Philosophie des jungen Hegel ausdrückt, "sich die Identität des Ich erst durch Einübung in soziale Rollen, nämlich in die Komplementarität von Verhaltenserwartungen auf der Basis gegenseitiger Anerkennung, konstituieren kann"⁹⁾, geht beim Hegel des enzyklopädischen Systems weitgehend wieder zugunsten einer monologisch konzipierten Theorie der Subjektivität - in der Philosophie des subjektiven Geistes - verloren. Die an der "Logik des Begriffs"¹⁰⁾ sich orientierende Ichspekulation am Beginn der Rechtsphilosophie¹¹⁾ läßt die dem Selbstverhältnis vorgängige Aktualisierungserfahrung von Verhältnissen zu anderen vermissen. Dies hat bei Hegel Folgen für den Aufbau seiner Terminologie des Geistes.

Ein Lebensvollzug, der als g e s c h i c h t l i c h vermittelt, g e m e i n s a m vollbracht und unter dem Freiheitsprinzip stehend begriffen werden kann, ist nach Hegel Realisat objektiven Geistes. Das S p r e c h e n nun ist Freiheit - als Verfügung über Tat- bzw. Handlungszusammenhänge - Gemeinsamkeit und Geschichtlichkeit konstituierendes Handeln und zwar fällt ein Lebensvollzug gewissermaßen mit e i - n e m Schlag unter die Kategorie des objektiven Geistes, wenn er als sprachvermittelt rekonstruiert werden kann. Anders verfährt Hegel, und hierin liegt der Grund für die subjektivistische Verkürzung seiner Geistphilosophie. Über Gemeinsamkeit und Geschicht-

9) Habermas, Arbeit und Interaktion, a.a.O., S.19 Anm.
Vgl. auch ders., Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M.
1968, S.290 Anm.

10) Vgl. V, 14; 35-65

11) VII, 54-60

lichkeit redet er erst nachträglich zur Rede über Freiheit¹²⁾; der Wille, jenes praktisch werdende Denken, bezüglich dessen der Freiheitsbegriff entwickelt wird, wird nicht als objektive Geistkategorie eingeführt, sondern nur subjektiv.

Als kulturinvariante Bedingung objektiven Geistes, ja Geistes überhaupt, läßt sich die Sprache, läßt sich genauer die durch sie vollbrachte Herstellung von V e r h ä l t n i s s e n zeigen. Und erst unter Bezug auf den Aktualisierungszusammenhang von Verhältnissen ist von einer Willensbildung und damit von Freiheit, von sich herstellender Gemeinsamkeit und, sofern im Anschluß an schon bestehende Verhältnisse gehandelt wird, von Geschichtlichkeit zu sprechen.

Die Rede über Freiheit, von der Hegel in der Einleitung zur Rechtsphilosophie den Ausgang nimmt, wird, da zunächst unabhängig zum gemeinsamen Lebensvollzug und zu dessen Geschichtlichkeit geführt, nur bezüglich einer monologisierenden Willensbildung e i n e s Subjekts geführt. Die noologische Terminologie, bei Hegel unter dem Titel "Psychologie" zusammengefaßt¹³⁾, werden der Philosophie des objektiven Geistes vorgängig in der Philosophie des subjektiven Geistes eingeführt. Elementare dialogische - objektiven Geist in seiner elementaren Form bestimmende - Termini fehlen dementsprechend. -

12) Vgl. die Einleitung zur Rechtsphilosophie.

13) Hegel hat an dieser Stelle noch den tradierten Wortgebrauch von Psychologie, der die kognitiven Leistungen zusammenfaßt. Psychologische Termini im modernen Wortgebrauch - wie etwa "Empfinden", "Wahrnehmen" usw. - werden bei ihm unter den Titeln "Anthropologie" und "Psychologie" entwickelt.

Der Anfang mit einer Terminologie für den Dialog ist mit der Kritik an Hegel verbunden, hinter seine von Habermas namhaft gemachte frühe "Einsicht"¹⁴⁾ selbst zurückgefallen zu sein¹⁵⁾.

Man kann gegen Hegel dessen eigenen Vorwurf gegen Fichte, dieser kenne nur ein "subjektives Subjekt-Objekt"¹⁶⁾ in Bezug auf sein späteres Gliederungsschema des Aufbaus einer Geistphilosophie wiederholen. Kant hatte als grundlegenden Ausgang seiner Kritik formuliert, "daß wir annehmen, die Gegenstände müssen sich nach unserer Erkenntnis richten"¹⁷⁾. Diese "kopernikanische Wende" schließt ein, daß die Unterscheidung von Subjektivem einerseits und Objektivem - im Sinne von prinzipiell subjektunabhängiger Welt - andererseits keineswegs so ursprünglich ist, wie die bisherige Philosophie angenommen hatte. Das Unterscheiden in Subjektives und Objektives ist, nimmt man jenen Satz in seiner ganzen Strenge, selbst eine Erkenntnisleistung und somit subjektiv. Der Vorwurf Fichtes richtete sich gegen eine

14) Diese Einsicht findet sich im übrigen auch bei Fichte schon formuliert. Vgl. J.G.Fichte, Sämtliche Werke, hg.v.I.H.Fichte, Berlin 1845, Bd. III, S. 1-56, insbesondere S.39; Bd.IV, S.219 ff.

15) Auch D.Henrich scheint eine subjektivistische Verkürzung bei Hegel im Blicke zu haben, die nach ihm dazu geführt hat, "daß der gesamte Hegelianismus in der Bewußtseinstheorie dogmatisch und unproduktiv geblieben ist", wenn er schreibt, daß Hegel das "Selbstbewußtsein" (Subjektivität) "als Zusichkommen eines solchen, das an sich schon Selbstbeziehung ist" beschreibe. Hegel halte sich strikt an das Reflexionsmodell und es bedeute auch keine Einschränkung, daß Hegel meine "die Reflexion könne nur im sozialen Interaktionszusammenhang zustande kommen". (Vgl. D.Henrich, Selbstbewußtsein. In: Hermeneutik und Dialektik, Festschrift für H.-G. Gadamer, Tübingen 1970, Bd.I, S.281).

16) I,35 f. 17) Kant, Kritik der reinen Vernunft, B XVI.

Inkonsequenz Kants, daß er trotz seiner kritischen Einsicht in die Subjekthaftigkeit der Welt, dogmatisch noch einen radikalen Unterschied von ansichseiender - erkenntnisunabhängiger und erkenntnisunzugänglicher - Welt einerseits und durch "Kategorien" vermitteltem subjektiven Erkenntnisinhalt andererseits mache, daß er nicht streng auch das Ding an sich als durch eine subjektive Leistung gesetzt aufgewiesen habe. Die berühmte Empfehlung F.H.Jacobis an Fichte, doch nun konsequenterweise "den kräftigsten Idealismus, der je gelehrt worden ist, zu behaupten"¹⁸⁾ ¹⁹⁾ und nun auch

18) F.H.Jacobi, Über den transzendentalen Idealismus. In: ders., Werke, Darmstadt 1968 (Nachdruck), Bd.II, S.310.

19) Der deutschen idealistischen Philosophie bis hin zu Hegel war die "Einsicht", daß Philosophie zuvörderst eine der Sprache sein solle, noch fremd. Wo überhaupt die Sprache zum philosophischen Gegenstand gemacht wird, ist sie Thema neben anderen. Die Bestimmung der Aufgabe der Philosophie als: Wie sollen wir über Gegenstände *reden*? läßt sich zwar aus den Erkenntnistheorien des Idealismus rekonstruieren, es läßt sich jedoch nicht behaupten, daß die Philosophie der Zeit selbst ihre Aufgabe als Kritik unseres Redens verstanden hätte.

Die Rede vom "Subjekt-Objekt" läßt sich mit Mitteln der Sprachkritik rekonstruieren als: Die Gliederungen der Welt sind sprachliche Gliederungen. Die Frage, was eine an sich gegliederte Welt sei, ist die Frage: Wie sollen wir über Wirklichkeit reden? oder: Wie läßt sich verläßlich reden?

Rekonstruiert man sprachkritisch, dann läßt sich der Vorwurf Hegels, Fichte kenne nur ein "subjektives Subjekt-Objekt" (gemeint ist er von Hegel als Vorwurf, Fichte komme zu keiner Naturphilosophie) dahingehend formulieren, daß Fichte - jedenfalls hat Hegel diese Ansicht - die tradierten und auch gegenwärtigen Unterscheidungen der Welt als sprachliche Unterscheidungen fasse ("das echte Prinzip der Spekulation" I,35), jedoch die Verläßlichkeit dieser Aussagen nicht als durch *gemeinsame* Praxis überprüft bzw. zu überprüfen erkannt habe. Es ist der Vorwurf, ein geschichtsloses und einsames Subjekt konzipiert zu haben "Ich=Ich" (ebda), das *allein*, ohne den Durchgang durch die gemeinsame Lebenspraxis die Welt sprachlich gliedert. Vgl. zum sprachkritischen Problemkreis Kamlah/Lo-

die Unterscheidung von Ding an sich und Erkenntnisinhalt selbst als Leistung des Subjekts aufzuweisen, hat Fichte in seinen Bemühungen um die Wissenschaftslehre befolgt.

Hegel hat an Fichte kritisiert, daß er "Vernunft und reines Bewußtsein als Eines gesetzt, und die in der endlichen Gestalt aufgefaßte Vernunft zum Prinzip erhob"²⁰⁾. Dieser Vorwurf, daß Fichte die Vernunft nur als die eines isolierten Subjekts ("endliche Gestalt") kenne, kann als Hinweis auf den die Verlässlichkeit unseres Redens allein garantierenden Kontext unseres gemeinsamen Lebensvollzugs verstanden werden. In diesem Vollzug lernen wir Gegenstände voneinander zu unterscheiden, und die Objektivität unserer Unterscheidungen hat ihr Korrektiv allein an der gemeinsamen Übereinkunft, ob unsere Aussagen, die wir treffen wahr, ob die Imperative, die wir formulieren, gerecht sind. Aufgrund unseres Agierens in derartig gemeinsamen Vollzügen lernen wir uns von Gegenständen, andere Individuen von uns - als Individuen - zu unterscheiden. Unsere Subjektivität - unsere "Besonderheit" - bildet sich erst in der Einübung ins Unterscheiden und zwar im Kontext einer als intersubjektiv und - sofern unsere Lebensvollzüge zumindest in Teilbereichen auch vernünftig sind - als transsubjektiv rekonstruierbaren Praxis.

In Hegels später Lehre vom subjektiven Geist wird ein Subjekt konzipiert, das bis auf eine Episode mit

renzen, Logische Propädeutik, a.a.O., S.39-53; 116-148, insbesondere die Passagen zu "Wahrheit", "Wirklichkeit", "Aussage", "Sachverhalt". Vgl. auch J. Mittelstraß, Die Prädikation und die Wiederkehr des Gleichen. In: Das Problem der Sprache, hg.v. H.-G. Gadamer, München 1967, insbesondere S.94 f.

20) I,36

anderen Subjekten nicht interagiert.²¹⁾ In der Philosophie des objektiven Geistes liegt das Gewicht auf der Bildung z u m Allgemeinen, denn dessen Gestaltung ist deren Thema. Wo aber in Hegels Philosophie des subjektiven Geistes wird auf die Bildung der Subjektivität d u r c h d a s Allgemeine verwiesen, wo - modern gesprochen - auf die soziale Genese von Individualität? Die subjektiven Gliederungen, die Hegel durch die Einführung anthropologischer, psychologischer und noologischer Termini vornimmt, sind ausschließlich subjektiv. Aus den Voraussetzungen, die Hegel namhaft macht, wird nicht ersichtlich, wozu sich subjektiver Geist zum objektiven ausweitet.

Fetscher vermerkt in seinem sehr genauen fortlaufenden Kommentar zur Philosophie des subjektiven Geistes, daß in Hegels Jenenser Philosophie der "individuelle Aspekt ganz hinter dem überindividuellen zurücktrat" und daß seit der Nürnberger Zeit (1809) die " a l l - g e m e i n e S p h ä r e a l s e i n e E n t w i c k l u n g s s t u f e d e r i n d i v i d u e l l e n " erscheint²²⁾. Fetscher versucht jedoch keine Kritik an der Gerechtfertigkeit der von ihm doch klar gesehenen Verschiebung. Das Unbehagen, das Fetscher etwa in Bezug auf die Anthropologie Hegels äußert, ist sinngemäß auf die ganze Lehre vom subjektiven Geist auszuweiten.

"Bei diesem ersten Teil der 'Lehre vom Menschen' kann man sich allerdings zuweilen des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß hier ein Phänomen in einer dialektischen Beweglichkeit erfaßt werden soll, dem diese Dialektik selbst gar nicht eigentümlich ist."²³⁾

21) "Anerkennendes Selbstbewußtsein", X, 280 ff.

22) I. Fetscher, Hegels Lehre vom Menschen, Stuttgart-Bad Cannstadt 1970, S. 24

23) ebda, S.

Die Terminologie des subjektiven Geistes ist ohne die Explikation und den Rekurs auf Entwicklungen des objektiven Geistes nicht einsichtig entwickelt.^{24) 25)}

Die Philosophie des subjektiven Geistes wird von Hegel als Übergangsstufe zwischen die Philosophie der Natur und die der - wie man sagen kann - Freiheit geschoben. Sie hat im Kapitel "Anthropologie" die "erste Natur" des Menschen - seine innere vorgegebene - zum Gegenstand und sucht in der Kapiteln "Phänomenologie" und "Psychologie" einen Übergang zur willensbestimmten "zweiten Natur". Mit der Konstruktion dieses Übergangs wird nun allerdings die ihm selbst aus seiner Einsicht in die Unzulässigkeit des unmittelbaren Übergangs vom Sein zum Wollen geläufige Schärfe der Trennung von einerseits als Natur zu bestimmender und andererseits als Geist zu rekonstruierender Welt verdeckt. Zum einen wird die Natur mit der Begrifflichkeit bestimmt, die in der Philosophie des Geistes unter deren Zwecksetzungen entwickelt wird, sie wird unter eine normative Begrifflichkeit gebracht. Zum anderen wird sie doppeldeutig beurteilt.

Die Natur ist auf der einen Seite - und hier formuliert Hegel gegen Rousseau - Abwesenheit von Geist überhaupt und somit "böse" und "auszurotten"²⁶⁾. Sie ist, insofern sie auf unmittelbare Weise bewirkt, was der Mensch auf der Höhe entwickelter Freiheit willentlich vollbringt,

24) W. Euchner bemerkt zu Recht, daß "Hegel ..., insoweit er seine politische Theorie mit dem isolierten Subjekt, das durch den freien Willen bestimmt ist, beginnen läßt, noch zur Epoche der frühbürgerlichen politischen Philosophie (gehört)". Er stellt ihn mit diesem subjektivistischen Konzept in die unmittelbare Tradition von Hobbes, Locke, Rousseau, Fichte. Vgl. W. Euchner, Freiheit, Eigentum und Herrschaft bei Hegel. In: Politische Vierteljahresschrift, Op-laden, XI. Jg., 1970, S. 533.

25) Vgl. auch Fetscher, ebda, S. 138 26) Vgl. VII, 70

"gut". Allerdings "(steht) die christliche Lehre, daß der Mensch von Natur böse sei, ... höher wie die andere, die ihn für gut hält"²⁷⁾.

"Natur ist der sich entfremdete Geist"²⁸⁾. Sie "zeigt in ihrem Dasein keine Freiheit, sondern Notwendigkeit und Zufälligkeit"²⁹⁾. "Der Naturzustand ist der Stand der Rohheit, Gewalt und Ungerechtigkeit"³⁰⁾. Bestimmt wird hier der Grenzzustand - Geistlosigkeit - zu dem sich der durch Freiheit bestimmte Zustand entgegengesetzt bestimmt. Eine positive Modifikation tritt ein, wenn, wie in folgendem Zitat, jener - durch das Hegelsche Systemkonzept vorgezeichnete - **Ü b e r g a n g** von der Natur zum Geist im Vordergrund steht. Die erste Natur des Menschen wird dann als eine höhere - auf dem Wege der Fortentwicklung der Gattung zur Freiheit - Form der "Idee" bestimmt, als jene bloß äußere Natur, wie sie Gegenstand der Naturphilosophie ist. Sie ist tendenziell ja schon ("an sich") zweite Natur.

"Dasjenige, was im einzelnen Menschen die Form eines Subjektiven, eines bloßen Triebes hat, und bewußtlos als ein Sein, in ihm ist, (entfaltet sich) im Staate zu einem System unterschiedener Sphären der Freiheit - zu einer von der selbstbewußten menschlichen Vernunft geschaffenen Welt."³¹⁾

Zu achten ist darauf, daß Hegel hier von einer "E n t f a l t u n g" - an anderen Stellen spricht er von "Entwicklung" - eines bloßen Seins zu einer durch Freiheit - durch **S e t z u n g** bzw. **H e r v o r b r i n g u n g** von Zweckinhalten - konstituierten Ordnung spricht. Was "an sich" - in der Natur des Menschen - schon vorhanden ist, wird **n u n**, in dieser willentlich durch Gemeinsamkeit und Geschichte gestalteten Welt, durch "selbstbewußte menschliche Ver-

27) ebda

28) IX,50

29) IX,54

30) III,70 f.; vgl. auch VII,267,275; X,283 f.,390 f., 428; XI,73,298; XIX,442 f. (hier wird von Hegel selbst auf die Ambivalenz bei der Bewertung der Natur verwiesen, XIX,510.)

nunft geschaffen".

Daß Hegel der Natur des Menschen überhaupt hinsichtlich gut und böse eine Beurteilung zukommen läßt, das hat, wie schon bemerkt, zunächst einmal systemimmanente Gründe. Die Welt soll, das steht von vornherein fest, als Fort- und Höherentwicklung des Geistes bis hin zu dem Orte, an dem er es nur noch mit sich selbst, mit seinen Hervorbringungen und seinen Gedanken über seine Hervorbringungen zu tun hat, rekonstruiert werden. Das ist das teleologische - vorgegebene und gegen Kritik immunisierte - Systemkonzept Hegels. Seine Einlösung bestimmt sein faktisches Erkenntnisinteresse, das ihn bis hin zur Aufgabe grundlegender erkenntniskritischer Einsichten bringt. Aus diesem Erkenntnisinteresse heraus wird die Natur einmal als Abwesenheit von Geist bestimmt, zum anderen als Vorstufe einer normativ bestimmten Weltordnung. Das einsinnig vorgegebene Systemkonzept ist mit einem eindeutigen Bruch zwischen Natur und Geist unverträglich.

Die erkenntniskritische Grundeinsicht, die Hegel mit seinem Systemkonzept hinterschreitet, besteht darin, daß von einem Sachverhalt zu sagen, er besteht, daß davon zu reden, etwas sei wirklich, von der Überprüftheit der Wahrheit der Aussagen, in denen dieser Sachverhalt dargestellt wird, abhängt, wobei diese Überprüfung nicht gemäß jener Adäquatheitsthese erfolgen kann - sie führt in einen Zirkel - gemäß der eine Aussage wahr ist, wenn sie einer Realität entspricht, sondern alle in sich der gemeinsamen Lebenspraxis und der in ihrem Rahmen, u.U. systematisch erfolgenden Vergewisserung bezüglich der Gemeinsamkeit der Anerkennung der Aussagen hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts verdankt.

Von dieser Überprüfung kann gesagt werden, sie sei subjektiv, sofern darunter verstanden wird, daß es ein außersprachliches - im weitesten Sinne verstanden - Überprüfungsverfahren nicht gibt. Die Objektivität des Verfahrens verdankt sich dabei der Vergewisserung am schon gestalteten - schon sprachlich vermittelten - oder noch erst zu gestaltenden Lebensvollzug. Diese Grundeinsicht hat Hegel schon früh formuliert, wenn er an Fichte und Kant kritisierte, sie hätten nur ein subjektives Subjekt- Objekt - diese Kritik betrifft die objektivitätsstiftende Instanz - und wenn er selbst formuliert, daß das, was an sich sei, ein für uns ist.

Hegel reifiziert, wie ich schon ausgeführt habe, die Rede über Natur und Geist. Er ist davon entfernt, was als Natur bzw. als Geist bestimmt wird, erkenntniskritisch von einem je unterschiedlichen auf Gesetzeswissen oder auf die Rekonstruktion von Wertideen (Zwecke) gerichteten Erkenntnisinteresse der Menschen herzuleiten. Gegenstände sind ihm schon Natur oder Geist, Natur ist Abwesenheit von Geist und so gegen ihn das Böse, sie ist aber auch "an sich" geistig und so gut. Die Welt ist "Entfaltung" der Natur zum Geist, das System zeichnet diesen Prozeß, der zudem nun schon abgeschlossen ist, nur noch erinnernd nach.

"Gut" und "Böse" sind Wörter, die zur Beurteilung von als geistig rekonstruierten Gebilden eingeführt werden und zwar nach der Bestimmung eines Beurteilungskriteriums. Die Anwendung dieser Wörter auf Natur ist allenfalls uneigentlich zu nehmen, in einer auf ihre sprachlichen Mittel konsequent reflektierenden Rede hat sie nichts zu suchen. Die Natur ist gewissermaßen jenseits von gut und

böse, und dies betrifft auch die innere, die erste Natur des Menschen. Und so sind zwei Fragen zu unterscheiden, die Hegel m.E. nicht klar genug auseinanderhält. (1) Ist der Mensch von Natur her gut oder böse? Diese Frage stellt das moderne Naturrecht, das weder schon durch jene erkenntniskritische Grundeinsicht, noch durch die Einsicht in die Autonomie praktischer Vernunft, noch durch den Reflex auf sprachliche Mittel geprägt ist. (2) Ist es gut oder böse, seiner Natur zu folgen, seine Triebe etwa unmittelbar zu befriedigen? Diese Frage macht sich eines Fehlgebrauchs sprachlicher Mittel nicht schuldig. Sie betrifft einen als geistig rekonstruierbaren Bereich, nämlich die Frage, ob eine Auszeichnung von Natur vorgegebener Sachverhalte als Inhalte von Zwecken sich rechtfertigen läßt oder nicht.

Zur Ergänzung seien ähnlich reifizierende Redeweisen über die Natur des Menschen und seinen Geist bei Schiller notiert, der ja auch durch Kant und Fichte mit jener Grundeinsicht der idealistischen Philosophie vertraut gewesen ist und mit seinen Reden hinter sie zurückfällt. Nur ist seine Bewertung der menschlichen Natur anders als bei Hegel. Findet sich bei Hegel eine vorwiegend negative Besetzung des Naturbegriffs unter jener systemimmanent vollzogenen positiven Modifikation, so bei Schiller eine vorwiegend positive Bewertung der Natur. Sie wird von vornherein in Bezug auf ihre Fortbildung zur Sittlichkeit hin beurteilt, ein "Zustand roher Natur ... ist bloß Idee (eine Konstruktion e.A.), aber eine Idee, mit der die Erfahrung in einzelnen Zügen aufs genaueste zusammenstimmt ... Der Mensch, kann man sagen, war nie ganz in diesem tierischen Zustand, aber er ist ihm auch nie ganz entflohen".³²⁾ So wird bei Schiller

32) F.Schiller, Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen. In: ders., Philosophische Schriften, Großherzog Wilhelm Ernst Ausgabe, Bd.4, S. 452 (Br.24).

vereinseitigend der "natürliche Charakter des Menschen" als "selbstsüchtig und gewalttätig" und auf die "Zerstörung der Gesellschaft" zielend³³⁾ bestimmt. Ansonsten heißt für Schiller über die Natur des Menschen zu reden, daß "er schon durch seine Triebe zu einem solchen Verfahren geführt werden (muß), als nur immer ein sittlicher Charakter zur Folge haben kann"³⁴⁾ und sogar Freiheit spricht Schiller jener Natur des Menschen zu: "Der gebildete Mensch macht die Natur zu seinem Freunde und ehrt ihre Freiheit, indem er bloß ihre Willkür zügelt"³⁵⁾.

"Die Natur zeichnet uns in ihrer physischen Schöpfung den Weg vor, den man in der moralischen zu wandeln hat."³⁶⁾

Die Beurteilung der menschlichen Natur hinsichtlich gut und böse entstammt der naturrechtlichen Tradition und zwar der klassischen (christlichen), an die Stoa anschließenden ebenso wie der modernen. Ambivalent in dem angezeigten Sinne ist die Beurteilung insbesondere der an Grotius und Pufendorf anschließenden Tradition. Sie konzipieren neben dem durch die Bedürfnisse und die Selbsterhaltung definierten Trieb, der für die *e g o i s t i s c h e* Natur des Menschen steht, einen *g e s e l l i g e n* Trieb, der die altruistische - allgemeine - (gute) Natur des Menschen konstituiert.³⁷⁾ Beide Triebe zusammenge-

33) ebda, S.373 (Br.3) 34) ebda, S.377 (Br.4)

35) ebda, S.380 (Br.4) 36) ebda, S.391 (Br.7)

37) Vgl. Pufendorf, De jure nature et gentium libri octo, Francoforti ad Moenum 1684², S.208 ff. Vgl. zur Stellung Lockes zum Sozialitätstrieb W. Euchner, Naturrecht und Politik bei J.Locke, a.a.O., S.70 ff. Bei Pufendorf ist der appetitus societatis allerdings nur hinsichtlich von kleinen Vergemeinschaftungen wirksam. Vgl. hierzu H.Welzel, Die Naturrechtslehre S.Pufendorfs, Berlin 1958, S.45, Anm. 49; vgl. zum ganzen Kontext des Ge-

nommen definieren die erste Natur des Menschen. Sie werden in dieser Tradition nicht aufeinander reduziert.³⁸⁾

6.3 Weitere Termini - Noologie

B e h a u p t u n g e n sind Aussagen mit Wahrheitsanspruch, das heißt - in strenger Regelung - sie sind Aussagen, von denen - mehr oder weniger gesichert - gesagt wird, daß sie **w a h r** sind und Tatbestände darstellen. Umgangssprachlich wird eine Aussage zumeist nur grundstufllich verwendet, und es ist aus dem Kontext ersichtlich, daß sie als wahr unterstellt wird und somit eine Behauptung ist. Kann eine **B e h a u p t u n g v e r t e i d i g t** werden - die Methoden der Behauptungssicherung sind Gegenstand

selligkeitstrieb bei Pufendorf diese Abhandlung Welzels S.40 ff. Auf die Staatsbildung wirkt sich der Sozialitätstrieb nach Pufendorf nicht aus. Man achte auf die Parallelität zu Hegel, bei dem die **k l e i n e** Gemeinschaft - die Familie - auch auf Natur, das Empfinden, gründend rekonstruiert wird. Der Willensakt, der die Willkür aus der schon natürlichen Bindung der Partner entfernt und diese auf Dauer stellt, tritt erst nachträglich zu dieser natürlichen Grundlage hinzu. Der Staat hat diese natürliche - auf den anderen gerichtete - Grundlage nicht mehr. Die Differenz zum Naturrecht ist allerdings hier deutlich. Der Staat wird nach Hegel allein auf die Autonomie der Vernunft gegründet, ein Gedanke, der dem Naturrecht fremd ist. Ihm ist der Staat jener Not- und Verstandesstaat Hegels.

- 38) Im Rückgriff auf natürliche menschliche Trieb- und Affektstrukturen diskutiert - zumeist gegen Hobbes egoistische Reflexionsmoral gerichtet - auch die schottische Moralphilosophie des 18. Jahrhunderts die gute und die böse Natur des Menschen. Schiller etwa geht auf diese Tradition, insbesondere auf Ferguson, mit dessen Schriften er auf der Hohen Karlsschule schon durch seinen Lehrer Abel bekannt wird, zurück. Vgl. bei Ferguson, Abhandlung über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Jena 1923, S.1 - 102.

der Wissenschaftstheorie³⁹⁾ - das heißt i s t s i e wahr, dann soll von einem begründeten Behaupten gesprochen werden.

Ebenso wie v o r s c h l a g e n i s t b e h a u p - t e n ein dialogischer Terminus.

Monologische Reduktion: Hat jemand gelernt, innerlich mit sich zu reden und Aussagen in der angegebenen Weise mit Wahrheitsanspruch für sich zu formulieren, dann soll gesagt werden: e r m e i n t. Von jemand soll gesagt werden: e r w e i ß, wenn er begründet i n n e r l i c h behauptet. M e i - n e n und W i s s e n mag man als n o o l o - g i s c h e Termini bestimmen, was allerdings nicht heißen soll, daß G e i s t nur ein innerliches Vermögen sei und nicht den dialogischen Verhältnissen eigne. Die Rede über Meinen und Wissen ist ein Reden über ein i n n e r l i c h e s Behaupten. -

Durch die Aufforderungsbefolgung - die T a t - wird der Sollbestand der Aufforderung zum Tatbestand.

Im e l e m e n t a r e n Falle sind Aufforderungen mit keinen Behauptungen verbunden. Der in der Aufforderung formulierte Sollbestand wird durch deren Befolgung realisiert - ein Z u s t a n d. Im Anschluß an die Aufforderungsbefolgung mag dann b e - h a u p t e t werden, daß der Sollbestand der Aufforderung nun ein Tatbestand sei.

Im k o m p l e x e n Falle sind Aufforderungen mit Behauptungen verbunden, wobei es hier gleichgültig sein soll, ob diese Behauptungen selbst im Dialog

39) Vgl. Lorenzen/Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, a.a.O., Teil III, S.130-221.

geäußert werden oder aber auch nur - eventuell sogar nur von einem der im Verhältnis zueinanderstehenden Individuen - innerlich als Meinen oder Wissen.

Die mit den Aufforderungen verbundenen Behauptungen⁴⁰⁾ betreffen:

(1) ein Bestehen von Zuständen $Z_n, \dots, Z_t$, das auf die Befolgung der Aufforderung zur Erreichung von Zustand Z^+ zurückzuführen ist, neben oder nach der Realisierung von Z^+ . Anagogisch ausgedrückt ist dies der Ausdruck für den Sachverhalt, daß in der Regel eine Handlung mehrere Wirkungen hat und zwar über die Realisierung der Zustände, zur Erreichung von denen aufgefordert wird, hinaus.

(2) die Erforderlichkeit des Bestehens noch anderer Zustände $Z_1, \dots, Z_m$ neben oder vor dem Bestehen des Zustands Z^+ , zu dessen Erreichung aufgefordert wird. Häufig ist dabei das Bestehen bestimmter Zustände $Z_1, \dots, Z_i$ oder das Bestehen bestimmter anderer Zustände $Z_k, \dots, Z_m$ - wie man sagt: wahlweise - Bedingung für die Erreichung von Z^+ . Letzteres ist - anagogisch ausgedrückt - Darstellung des Sachverhalts, daß häufig ein Zustand durch mehrere Handlungen erreicht wird.

Tat - Wirkung: Der Sollbestand der ergehenden Aufforderung ist ein System von Aussagen, das - nach Realisierung der Aufforderung - Z^+ darstellt. Es wird behauptet, daß zugleich mit Z^+ auch noch andere - vor Z^+ noch nicht bestehende - Zustände $Z_n, \dots, Z_p$ aufgrund der Aufforderungsbefolgung bestehen werden.

40) Die folgenden Bemerkungen dienen neben der Bereitstellung einer orthosprachlichen Terminologie für Willensbildungen der Vorbereitung der Rekonstruktion der ersten beiden Abschnitte des Kapitels über die Moralität in der Rechtsphilosophie.

$Z_n, \dots, Z_p$ sind tatvorgängig schon behauptete Wirkungen der Tat-Wirkungsbehauptungen.

Ereignis - Folge: Es wird behauptet, daß k ü n f - t i g h i n, n a c h der Realisierung von Z^+ und $Z_n, \dots, Z_p$ u n a b h ä n g i g auch von weiteren Aufforderungsbefolgungen Zustände $Z_{qu}, \dots, Z_t$ bestehen werden, die nicht bestehen würden, wenn Z^+ bzw. $Z_n, \dots, Z_p$ nicht realisiert würden. Es bleibt dabei gleichgültig, ob Z^+ u n d $Z_n, \dots, Z_p$ neben $Z_{qu}, \dots, Z_t$ weiterbestehen werden oder sich zu $Z_{qu}, \dots, Z_t$ ändern. Die Behauptung nun, daß n a c h dem Eintritt von Z^+ und der weiteren Wirkungen $Z_n, \dots, Z_p$ u n a b h ä n g i g von weiteren Taten, aber unter der Bedingung, daß Z^+ bzw. $Z_n, \dots, Z_p$ bestehen, weitere Zustände bestehen, ist eine E r e i g n i s - F o l g e b e h a u p t u n g. Insofern auf das Bedingungsverhältnis des Bestehens von einerseits Z^+ bzw. $Z_n, \dots, Z_p$ und des Bestehens von $Z_{qu}, \dots, Z_t$ andererseits allein geblickt wird, liegt eine natürliche (sich ereignende) Zustandsänderung vor. Insofern aber v o r der Realisierung von Z^+ und dem prognostizierten Hervorbringen von $Z_n, \dots, Z_p$ bereits der künftige Eintritt von $Z_{qu}, \dots, Z_t$ e b e n f a l l s behauptet wird, sofern nur Z^+ bzw. $Z_n, \dots, Z_p$ erst bestehen, ist $Z_{qu}, \dots, Z_t$ ebenfalls eine W i r k u n g der T a t.

Von den zusammen mit den ergehenden Aufforderungen verbundenen Behauptungen sind diejenigen zu unterscheiden, die n a c h vollbrachter Tat aufgestellt werden. Teils werden die tatvorgängig behaupteten Wirkungen der Tat nun bestehende Zustände sein, teils auch nicht, aber es werden u.U. auch Wirkungen der Tat zu konstatieren sein, die n i c h t bereits auch tatvorgängig behauptet worden sind. S i e mögen näher als N e b e n w i r k u n g e n bestimmt werden.

Zweck: Der (1) in der Aufforderung selbst formulier-
te Sollbestand Z^+ , (2) die als Bedingungen für die
Realisierung von Z^+ behaupteten Zustände $Z_1, \dots, Z_i$
(oder $Z_k, \dots, Z_m$) (3) die aufgrund der Realisierung
von Z^+ eintretenden **b e h a u p t e t e n** Wirkungen
(im engeren Sinne) $Z_n, \dots, Z_p$ und (im weiteren Sinne)
 $Z_{qu}, \dots, Z_t$ sollen **Z w e c k e** genannt werden.

Die **n a c h** vollbrachter Tat begründet als **b e -**
s t e h e n d behaupteten Zustände, die tatvorgängig
schon als Zwecke formuliert worden sind, sind **r e -**
a l i s i e r t e ("objektive") **Z w e c k e**. Von
ihnen sind die nichtrealisierten (bloß "subjektiven")
Zwecke zu unterscheiden.

Der Unterschied von **T a t** und **H a n d l u n g**,
der bei Hegel für das Kapitel über die Moralität in
der Rechtsphilosophie bei der Bestimmung des "vor-
sätzlichen" bzw. des "absichtlichen" Tuns⁴¹⁾ so be-
deutsam wird, ist nun genauer zu machen.

T a t ist allgemeiner als **H a n d l u n g**. Von
einer **T a t** soll schon bei **u n m i t t e l b a r e r**
Aufforderungsbefolgung gesprochen werden. Mögliche
Bedingungen bzw. weitere Wirkungen werden der Befol-
gung vorgängig nicht expliziert bzw. bleiben beim
deutenden Zugriff unberücksichtigt. Von einer **H a n d -**
l u n g ist bei einer Aufforderungsbefolgung zu
sprechen, der vorgängig - und dies geschieht in einer
Beratung - weitere Bedingungen bzw. Wirkungen (mög-
liche Zwecke) expliziert werden. Werden bei festge-
legten Zwecken die Bedingungen der Erfüllung dieser
Zwecke bzw. weitere Wirkungen der Aufforderungsbe-
folgung festgestellt, dann handelt es sich um eine
t e c h n i s c h e Beratung. Von einer **m o r a -**
l i s c h - r e l e v a n t e n Beratung ist dann

41) Vgl. VII, 172 ff.; vgl. unten Kapitel 7.

zu sprechen, wenn die Aufforderungsbefolgung selbst und damit die Erfüllung bestimmter Zwecke vom Eintritt bestimmter *W i r k u n g e n* abhängig gemacht wird.

Handlungen, die den Eintritt von Zuständen $Z_1, \dots, Z_1$ bewirken, deren $\wedge$ bestehen tatvorgängig als Bedingung für die Realisierung des Zustandes Z^+ behauptet worden ist, zu dessen Erreichung (zunächst), im einfachsten Fall unmittelbar, aufgefordert worden ist, sollen - der Tradition gemäß - *M i t t e l* genannt werden.

Ein *Z u s t a n d*, dessen Bestehen als Bedingung für die Erfüllung eines Zwecks behauptet wird, ist ein *U n t e r z w e c k* und von letzterem - dem *O b e r z w e c k* - zu unterscheiden.

Traditionell werden die Termini (a) *b e g e h r e n* und (b) *w o l l e n* zur Bestimmung des (inneren) Zustandsgebraucht, in dem sich derjenige befindet, der sich selbst (a) einen Vorschlag macht bzw. aufgrund einer Abwägung (inneren Beratung) (b) sich entschließt, zu handeln.

Die moderne Zeit wird Hegel zufolge durch die Ausbildung des Subjekts, das heißt des "für sich" (innerlich) seine Zwecke reflektierenden und verfolgenden Individuums definiert. Unsere Reden mit anderen werden in der Regel schon durch inneres Reden vorbereitet und im Verlaufe auch begleitet. Reden der anderen werden von uns oft schon innerlich vorweggenommen und auf ihre Begründetheit hin schon befragt. Der Einzelne repräsentiert so schon - und dies macht seine subjektive Bildung aus - das Allgemeine für sich, und wenn die moderne philosophische Literatur die dialogische Terminologie so eklatant vernachlässigt, so

hat dies seinen Grund in jener subjektiven Verinnerlichung des Allgemeinen, die den Anschein erweckt, als sei d e s s e n Bestehen der Spontaneität der Subjektivität zu danken und nicht umgekehrt diese der Spontaneität gattungsgeschichtlich sich vermittelnder Vernunft. Wenn also - wie auch bei mir - primär von Wissensbildung statt von Behauptungsbildung gesprochen wird, so ist im Auge zu behalten, daß bei diesem Reden eine monologische Reduktion vorliegt, die dem Tatbestand Rechnung trägt und ihn hervorhebt, daß das i n n e r e Reden - die ausgebildete Subjektivität - unsere bürgerliche Welt definiert, was nichts anderes heißt als: Wir würden den Geist unserer Lebenswelt ohne den Gebrauch einer der monologischen Reduktion Rechnung tragenden Terminologie nicht adäquat rekonstruieren.

Die noologischen Termini M e i n e n und W i s s e n, B e g e h r e n und W o l l e n ermöglichen es, die G r ü n d e zu rekonstruieren, die bei der Bratung zwar gegenwärtige, aber sich nicht selbst beteiligende Individuen dazu bringen, sich bestimmten Beschlüssen anzuschließen bzw. nicht anzuschließen, was sie ja durch deren Ausführung bzw. Nichtausführung zu verstehen geben. Diese Termini ermöglichen des weiteren eine Rekonstruktion der Gründe, die Individuen dazu bringen, sich einmal gefaßten Beschlüssen zu entziehen. Insbesondere aber können mit Hilfe dieser Termini Vorschläge bzw. Gegenvorschläge von bei aktuellen Beratungen nicht gegenwärtigen Individuen allererst adäquat antizipiert und somit bei der gemeinsamen Beschlußbildung berücksichtigt werden. In Hegelscher Rede: die noologischen Termini ermöglichen die Rekonstruktion "subjektiven Geistes" - sofern er sich schon ausgebildet hat.

Für die Rekonstruktion "objektiven Geistes" werden die dialogischen Termini verwendet. Insbesondere der

zunächst dialogische eingeführte Terminus **Z w e c k** wird zur Verständnisbildung bzw. zum Begreifen von vorfindlichen, zu prognostizierenden oder zu planenden Handlungen und zur verstehensmäßigen bzw. begreifenden genetischen Rekonstruktion vorfindlicher Zustände verwendet.

6.4 Hegels noologische Terminologie

Die in der Enzyklopädie Hegels vorliegende Philosophie des subjektiven Geistes verschließt sich nicht einer methodisch vorgehenden Rekonstruktion, sofern man den Hegelschen monologischen Aufbau nur dialogisch wiederholt. Die dialogische Wiederholung, das ist der Rückgang auf die dem subjektiven Geist, seiner Ausbildung und seinem Bestehen, zugrundeliegende Objektivität, das heißt der Rückgang auf **V e r h ä l t - n i s s e**. Sie ist der Rückgang auf einen dem subjektiven Geist schon genetisch und sachlich vorgeordneten objektiven Geist.⁴²⁾

In der Einleitung zur Rechtsphilosophie normiert Hegel - Einführungen und Bestimmungen der Philosophie des subjektiven Geistes in der Enzyklopädie wiederholend⁴³⁾ und zusammenfassend - die Termini, die für die Rekonstruktion stattgehabter Willensbildung erforderlich sind.

Der zentrale Terminus der Einleitung zur Rechtsphilosophie ist der des "Willens", näher - wie Hegel sagt - der des "freien Willens".

Zur Redeweise: Hegel personalisiert den "Willen" -

42) Der Fragestellung wegen beschränke ich mich im wesentlichen auf die unter dem Titel "Der prakti-

ein Ausdruck auch einer Reifizierung - und verwendet Redeweisen wie: "der Wille enthält ..." ⁴⁴⁾, "d e r W i l l e bestimmt sich" ⁴⁵⁾, "insofern die Willensbestimmungen die e i g e n e n des Willens ..." ⁴⁶⁾. Derartige Redeweisen sind m.E. ohne Verletzung der Hegelschen Intentionen eliminierbar und dürfen durch Redeweisen, in denen die Wendung, daß "jemand will", vorkommt, ersetzt werden. Ein Satz wie: "der Wille bestimmt sich" ist dann - allerdings hier unter noch zusätzlichen Rekonstruktionsleistungen - zu lesen als: "j e m a n d zeichnet aufgrund tatvorgängigen Redens - mit anderen oder mit sich selbst - einen bestimmten Zustand als Zweck aus". Hegel selbst verwendet personalisierende Prädikatoren wie "Person", "Subjekt" usw. erst in material komplexeren Kontexten der Rechtsphilosophie und definiert sie durch eine je bestimmte - "besondere" - Qualität - etwa die "Eigentümer" zu sein oder die "Bedürfnisse" zur Geltung zu bringen. Es ist aber sinnvoll, zu sagen: es ist der M e n s c h, der w i l l ⁴⁷⁾, mag dann immerhin

sche Geist" in der Enzyklopädie (§§ 469-480) befaßten praktischen noologischen Termini. Die theoretischen noologischen Termini, wie sie teils im Abschnitt "Phänomenologie", teils auch in der "Psychologie" entwickelt werden, so auch die "anthropologischen" und "psychologischen" Termini bleiben unberücksichtigt.

- 43) Daß die Einleitung im wesentlichen eine Wiederholung des ersten Teils der Geistphilosophie der Enzyklopädie ist, meint auch Fetscher, Hegels Lehre vom Menschen, a.a.O., S.190.
- 44) VII,54 45) VII,59 46) VII,61
- 47) In der Rechtsphilosophie (VII,272) schreibt Hegel: "Im Rechte ist der Gegenstand die P e r s o n, im moralischen Standpunkte das S u b j e k t, in der Familie das F a m i l i e n g l i e d, in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt der B ü r g e r (als bourgeois) - hier auf dem Standpunkte der Bedürfnisse ... ist es das Konkretum d e r V o r s t e l l u n g, das man M e n s c h nennt;

unter anzugebenden Gesichtspunkten von ihm noch gesagt werden, daß er ein "Ich", eine "Person", ein "moralisches Subjekt", "bedürftig" sei. Die Rede von einem

es ist also erst hier und auch eigentlich nur hier vom Menschen in diesem Sinne die Rede".

Zwei Interpretationen bieten sich an. Zum einen (a) könnte man meinen, Hegel selbst bestimme den Ausdruck "Mensch" im Hinblick auf die Bedürftigkeit jenes Wesens, das in einer anderen Hinsicht als "Subjekt", "Person", "Familienglied" usw. bestimmt wird. "Mensch" wäre dann nicht Oberbegriff zu jenen, sondern eine Qualität neben anderen, die einem und demselben Wesen zuzusprechen sind. Nach der angegebenen Stelle wäre sogar der Ausdruck "Bürger" allgemeiner als "Mensch", da ja das System der Bedürfnisse eine definierende Teilpraxis der Gesellschaft ist. (b) Zum anderen läßt sich die Stelle als im Anschluß an einen bestimmten tradierten Sprachgebrauch formuliert lesen, als diesen normierend, der zwar als allgemeinste Bestimmung für jenes Wesen den Ausdruck "Mensch" wählt, aber meint, dieses Wesen vollständig durch die Bedürftigkeit zu definieren.

Zu a) In dieser Weise interpretiert L. Feuerbach diese Stelle (L. Feuerbach, Werke, a.a.O., II, 242 f.). Er kritisiert, daß Hegel den Ausdruck "Mensch" nicht, wie er selbst vorschlägt, als Oberbegriff zu all jenen Besonderungen verwendet. Ein wortstrategisches Problem, kein sachliches. - Bestimmt man die Bedürftigkeit und die daran anschließenden Organismen eines Wesens als spezifisch "menschlich" und hält für bestimmte andere Eigenschaften und Ausbildungen andere Wörter bereit, so ist hiergegen nichts einzuwenden, mag auch diese Normierung gegen einen gewissen anderen eingeübten tradierten - etwa umgangssprachlich gebräuchlichen - Sprachgebrauch verstoßen. Man mag eben, um diesen Sprachgebrauch, sofern er sinnvoll ist, zu ersetzen, ein Synonym einführen. Und daß "in Wahrheit immer nur von dem einen und selben Wesen" gesprochen wird, wenn "vom Bürger, vom Subjekt, vom Familienglied, von der Person" (Feuerbach) die Rede ist - gleichgültig, ob man für dieses Wesen nun den Ausdruck "Mensch" bereitstellt oder nicht - das ist Hegel jedenfalls auch geläufig.

Zu b) Meines Erachtens rekonstruiert Hegel mit dieser Stelle einen bestimmten und zwar modernen naturrechtlichen Sprachgebrauch und verwendet selbst

wollenden "Willen", wie sie implizit bei Hegel vorliegt, führt zu Mißverständnissen.

ansonsten den Ausdruck "Mensch" in jenem weiteren Sinne, den auch Feuerbach vor Augen hat. "Konkretum der Vorstellung" in der vorn angeführten Stelle heißt, wenn man sich vergegenwärtigt, was Hegel unter einer Vorstellung versteht: In einer unmethodisch und unkontrolliert geführten Rede wird jenes differenzierte - einerseits an die Natur noch gebundene und andererseits mit spontaner Vernunft begabte - Wesen auf eine Qualität, die hier im System der Bedürfnisse ihre Konkretion hat, ("abstrakt") reduziert. In "diesem Sinne" ist nun "hier" von diesem Wesen die Rede und "hier" wird jener - in der modernen naturrechtlichen Literatur häufig gebräuchliche - Sprachgebrauch eingeholt. "Man" sagt, jenes Wesen sei nichts anderes als "bedürftig" und alle sonstigen ausgrenzbaren Qualitäten seien auf diese Bedürftigkeit letztlich zurückführbar und "man" definiert dieses Wesen als "Menschen". Übersteigt man diese "Vorstellung" und "denkt", dann treten auch jene anderen Gesichtspunkte adäquat in den Blick; die allgemeinste Bestimmung jenes Wesens läßt den Unterschied zum Tier gar nicht explizit werden, den Unterschied konstituiert eine nicht auf Bedürftigkeit reduzierbare Geistigkeit. Wählt man den Ausdruck "Mensch" als allgemeinsten Ausdruck für jenes Wesen, dann wird auch mit anderen Bestimmungen als der der Bedürftigkeit zu definieren sein. Diesen Gebrauch hat Hegel etwa X,30, wo er schreibt:
"... der Mensch ist der denkende Geist und dadurch und zwar allein dadurch wesentlich (Sperrung von mir) von der Natur unterschieden". Der "Mensch, das endliche Bewußtsein, ist der Geist in der Bestimmung der Endlichkeit" (Sperrung von mir) (XVI,41).
"Die zwei ersten Teile der Geistlehre befassen den endlichen (Sperrung von mir) Geist." (X,41) Auch Fetscher hat diesen allgemeinen Sprachgebrauch vor Augen, wenn er seinem Buch über Hegels subjektive Geistlehre den Titel "Hegels Lehre vom Menschen" gibt.

In der angeführten Stelle wendet sich Hegel gegen eine Verkürzung bei der Bestimmung jenes Wesens, das über seine Bedürftigkeit hinaus wesentlich durch weitere Qualitäten zu definieren ist.

Ich werde mich im folgenden vorwiegend an der Einführung der praktischen Noologie, die Hegel in der Einleitung zur Rechtsphilosophie vorlegt, orientieren und zusätzlich einige Stellen - als Ergänzung bzw. als Interpretationsstütze - aus der "Psychologie" anfügen.

Zur Gliederung: In den ersten Paragraphen spricht Hegel vom Willen und zwar in der Absicht, die ihn definierende Freiheit näher zu bestimmen (§§ 4-7). Angefügt wird die Einführung des zentralen Terminus "Zweck" (§§ 8 f.). Sodann - und jetzt folge ich der von Hegel selbst (§ 21 Zus.)⁴⁸⁾ angegebenen Gliederung, wird über den "sinnlichen Willen" (§§ 10 ff.), von dem auch gesagt wird, er sei "unmittelbarer", "natürlicher" oder "nur erst an sich freier Wille" (§ 11) gesprochen. Der "sinnliche Wille" wird negativ dadurch definiert, daß er nicht durch einen Bildungs- oder Beratungsprozeß hindurch - in Hegelscher monologisch reduzierter Terminologie: daß er nicht durch "Denken" vermittelt ist - gegangen ist. Durch den "unmittelbaren Willen", durch unmittelbare Zweckverfolgungen wird, wenn die Wirkungen der Taten einander ausschließen, ein konfliktbestimmter Zustand begründet, zu dessen Beseitigung beraten wird.

Die Bildung des Willens durch konfliktbeseitigendes Beraten ist "reflektierender Wille". Er ist die erste Stufe der Überwindung des konfliktträchtigen "sinnlichen Willens" und ist, wie die Reflexion auf das ihn leitende Prinzip ergibt, zunächst einmal durch die "Vorstellung" der "Glückseligkeit" (§ 19) geleitet. Durch den "reflektierenden Willen" wird - zunächst nur als Nebenwirkung - "formelle Allgemeinheit" her-

48) So auch die Gliederung in X, 366 f.

gestellt. Die konfliktträchtigen disparaten Willensinhalte werden vom Prinzip der Besonderheit geleitet, sie werden teils aufgegeben, teils transformiert, teils aber auch in ihrer Verfolgung ausdrücklich bestätigt. "Formell" ist die "Allgemeinheit", die unter dem Vorbegriff "Glückseligkeit" hergestellt wird, deshalb, weil als den Begründungen für die Transformationen bzw. Aufgaben der jeweiligen Begehren zugrundeliegend Oberzwecke bestimmt werden können, die ihrerseits nicht "allgemein" sind, sondern solche der "Besonderheit". Unsere faktisch schon geleisteten Willensbildungen, die als vom Prinzip der Besonderheit geleitet rekonstruiert werden können, sind "reflektierender Wille" im Hegelschen Sinne. Gruppen oder Individuen beraten innerlich ihre Zwecke, und Allgemeinheit stellt sich nur bezüglich schon voll ausgebildeter Zweckvorstellungen - bzw. Zweckstrukturierungen dieser Subjekte her. Ihre Orientierung haben "objektive" Gebilde im "subjektiven" Zweckgefüge.

Hegel geht, und auch dies liegt wiederum an der monologischen Verkürzung seiner Geistphilosophie, vom i n d i v i d u e l l e n "sinnlichen Willen" unmittelbar zum i n d i v i d u e l l e n "subjektiven Willen" über. "Allgemeinheit" stellt sich erst über den Konflikt zwischen Individuen und die Beratung von "moralischen Subjekten", die schon gelernt haben, "für sich" ihre eigenen Zwecke zu explizieren und zu verfolgen, her. Entschlüsse werden Beschlüssen bei Hegel prinzipiell vorgeordnet. Hegel bestimmt keine Stufe reflektierenden Willens, in der die Zwecke der Besonderheit n o c h n i c h t den Willensbildungsprozeß leiten. Historisch, und so bestimmt doch auch Hegel, ist die Stufe "reflektierenden" Willens, die e r in den einführenden Paragraphen vor Augen

hat, die der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche, und Hegel sieht deren Prinzip in der "alten Welt" allenfalls einbrechen - in der Sophistik und bei Sokrates - aber keineswegs den Lebensvollzug voll bestimmen. "Reflektierende" Beratungen um Zweckverfolgungen sind der expliziten Besonderung der Subjekte sachlich sowohl als auch historisch-faktisch vorgeordnet bestimmbar.

Ein unter dem Freiheitsprinzip gebildeter Wille ist der "an und für sich seiende Wille" (§ 21 ff.). Hat der reflektierende Wille noch vorgegebene Zweckinhalte, unter denen er - nach Hegel dem Prinzip der Besonderheit unterworfen - wählt, so sind dem "an und für sich seienden Willen" hervorgebrachte Inhalte Gegenstand, Inhalte, um deren Erhaltung, Höherstilisierung und Entfaltung es ihm zu tun ist. Diese Höherstilisierung und Entfaltung selbst hervorgebrachter Inhalte definiert im übrigen den geschichtlichen Prozeß. Der hervorgebrachte Inhalt aber par excellence ist der Wille selbst.

Willensbildungen, die in der angegebenen Weise sich selbst, ihre schon geleisteten Hervorbringungen zum Inhalte haben, die Willensbildung selbst ist dieser Inhalt, sind an und für sich seiender Wille.

"So ist der wahrhafte Wille, daß das, was er will, sein Inhalt, identisch mit ihm sei, daß also die Freiheit die Freiheit wolle."⁴⁹⁾

"... der freie Wille, der den freien Willen will."⁵⁰⁾

Derart aus Freiheit durch willensbildende Rede hervorgebrachte Gebilde sind nach Hegel die Institutionen

49) VII,73

50) VII,78

- das sind geschichtlich sich vermittelnde zu Handlungsweisen stilisierte Interaktionen der Menschen. Institutionen sind willensbildende allgemeine Subjekte, die zum Zweckinhalte sich selbst haben - oder zumindest a u c h sich selbst haben. Unter dem Prinzip der Besonderheit letztlich noch stehende Institutionen wie das "abstrakte Recht", das "positiv" gesetzt - in der Rechtspflege - das Verhältnisschema der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft ist, sind nur a u c h Realisate von Freiheit. Der zugrundeliegende Zweckinhalt, sieht man einmal nicht isoliert ("abstrakt") n u r auf's System des Rechts, sondern auch auf seine Funktion im L e b e n, ist noch ein besonderer und vorgegebener. Die "Freiheit" ist so nur "formell". Anders - immer Hegel zufolge - ist es mit dem Staat. E r hat keinen außer ihm liegenden Zweck, er ist ein Interaktionszusammenhang - ein a l l g e m e i n e s Verhältnis - der sich in seinem willentlich gestalteten Vollzug stets nur selbst erreicht.

Was vorn über den monologischen Aufbau der Philosophie des subjektiven Geistes insgesamt gesagt worden ist, das gilt erst recht für den Aufbau des Teils über die Psychologie. Es gilt auch für die Einleitung der Rechtsphilosophie.

6.4.1 "Freiheit"

Vom "Willen" und von "Zweck" spricht Hegel in seiner subjektiven Geistphilosophie in Hinsicht auf einen i n n e r e n geistigen Zustand eines Individuums. In der objektiven Geistphilosophie dient dieser Ausdruck der "begreifenden" Rekonstruktion interaktionsvermittelten Handelns und tatvorgängigen Beratens (Den-

kens").⁵¹⁾

"Der Geist als Wille weiß sich als sich in sich beschließend, und sich aus sich erfüllend."⁵²⁾

Dieser Satz - dialogisch gewendet - expliziert nichts anderes als die Leistungen, aufgrund von denen der Ausdruck "Wille" allererst einföhrbar wird - das Beraten ("Denken"- "sich aus sich erfüllend") und das Beschließen. Wer adäquat von sich zu sagen gelernt hat, daß er wolle, der hat auch ein Wissen um diese von ihm erbrachten Leistungen.

"Als sich selbst den Inhalt gebend ist, der Wille bei sich, frei überhaupt."⁵³⁾

Die von Hegel hier aus der Tradition übernommene Rede von der "Freiheit des Willens" ist der Hinweis darauf - wendet man es dialogisch - daß die Willens- oder Zweckinhalte durch Reden vermittelt - g e s e t z t durch sie oder gar h e r v o r g e b r a c h t -

51) Im dialogischen - auf V e r h ä l t n i s s e rekurrierenden - Konzept einer objektiven Geistphilosophie ist Denken, wie Hegel diesen Ausdruck gebraucht, m.E. - in Übereinstimmung mit Hegels Intentionen - als Beraten zu nehmen. "Etwas allgemein machen, heißt es denken" (VII, 51; vgl. auch XVII, 129). "Etwas allgemein machen" aber heißt in der objektiven Geistphilosophie, es explizit in Rücksicht auf miteinander schon eingegangene bzw. zu begründende Verhältnisse zu bestimmen oder - wie auch gesagt werden mag - es zu einem Gemeinsamen machen. Die eine Bestimmung des objektiven Geistes, daß er "überindividueller, transsubjektiver Geist, das zwei oder mehreren Subjekten bzw. Subjekteinheiten ... Gemeinsame" ist (vgl. M. Riedel, Objektiver Geist und praktische Philosophie, *Immers...* Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt/M. 1969, S. 11), rechtfertigt hinsichtlich der objektiven Geistphilosophie die dialogische Ersetzung von "Denken" durch B e r a t e n.

52) X, 365

53) ebda

sind⁵⁴⁾. Bei Hegel heißt es deshalb:

"Dieser Begriff, die Freiheit, ist wesentlich nur als Denken"⁵⁵⁾.

"Eben die Freiheit ist das Denken selbst; wer das Denken verwirft und von Freiheit spricht, weiß nicht, was er redet. Die Einheit des Denkens mit sich ist die Freiheit, der freie Wille. - Denken nur als wollend, d.h. Trieb seine Subjektivität aufzuheben, Beziehung auf Dasein, Realisierung seiner, indem ich mich als Existierendes mir als Denkendem gleich setzen will. Der Wille ist nur als denkender frei. Das Prinzip der Freiheit ist aufgegangen, und hat dem Menschen, der sich selbst als Unendliches faßte (als allein selbst seinen Willen bestimmend e.A.) diese unendliche Stärke gegeben. - Dieses gibt den Übergang zur kantischen Philosophie ..." ⁵⁶⁾

54) So läßt sich m.E. etwa auch Kants Rede von der "Willensfreiheit" dialogisch rekonstruieren. Vgl. etwa die folgenden Stellen aus der Kritik der reinen Vernunft A 546 ff.: "Der Mensch ... erkennt sich selbst auch durch bloße Apperzeption, und zwar in Handlungen und inneren Bestimmungen, die er gar nicht zum Eindrücke der Sinne zählen kann, ... ist sich selbst ... intelligibler Gegenstand ...". Rekons/truktion: Er lernt seine i n n e - r e n Zustände zu bestimmen und sie von ä u - ß e r e n - den Sinnen zugänglichen - zu unterscheiden. Er lernt des näheren von sich zu sagen, daß er "wolle" und zwar aufgrund einer Reflexion auf seine Tun ("bloße Apperzeption"), auf seine schon geleisteten Willensbildungen. Daß dieser "intelligible Gegenstand", als dessen "Vermögen" Kant die Vernunft nennt, "Kausalität habe" ("Kausalität aus Freiheit" bewirke), daß "Vernunft" also praktisch sei, das zeigt sich an den "Imperativen", wobei das "Sollen ... eine mögliche Handlung ausdrückt, davon der Grund nichts anderes, als ein bloßer Begriff ist", + der Grund ist jedenfalls nicht "Erscheinung". Daß Vernunft praktisch, daß Freiheit Kausalität habe, das zeigt sich also an den Imperativen. Deren Grund sind ihrer Äußerung vorgängige - u.U. rudimentäre - Beratungsvorgänge ("bloßer Begriff"). Die "Vernunft ... macht sich mit völliger Spontaneität eine eigene Ordnung nach Ideen, in die sie die empirischen Bedingungen hineinpaßt". Die Ordnung nach Ideen - zunächst nur redeimmanenter Inhalt - kann als jenes tatvorgängige und leitende System von Zwecken rekonstruiert werden, in das die "empirischen Bedingungen" hineingepaßt werden.

Die explizite Betonung dessen, daß von Willen zu sprechen heißt auch vom Denken zu reden, richtet sich gegen die These von der Reflexions- und Traditionsüberhobenheit des Willens, wie sie historisch etwa - ganz anders als der antiken Auffassung zufolge - durch das Christentum und nach Hegel in modifizierter Form in der Folge von Schopenhauer, Kierkegaard und Nietzsche vertreten worden ist.

"Wille ohne Freiheit ist ein leeres Wort, so wie die Freiheit nur als Wille, als Subjekt wirklich ist."⁵⁷⁾

Die Freiheit ist, wie Hegel sagt, der "bestimmte Begriff"⁵⁸⁾ des Willens, dessen "Grundbestimmung"⁵⁹⁾. "Freiheit" ist der Ausdruck dafür, daß die Leistung des Setzens bzw. Hervorbringens von Willensinhalten sich tatvorgängigen Reden verdankt. Durch den B e s c h l u ß⁶⁰⁾ wird festgelegt, welchem der vielfältigen Beratungsinhalte - um bei der Hegelschen Redeweise zu bleiben - "Wirklichkeit" zukommt. Durch den Beschluß wird die Vernunft allererst praktisch oder wie Hegel sagt: "Geist wirklich". Der Wille ist - folgt man der Hegelschen Formulierung - "wirkliche Freiheit".

"... als Wille tritt der Geist in Wirklichkeit."⁶¹⁾

"Die denkende Subjektivität ist somit wirklich; ihre Bestimmungen sind Z w e c k e; sie ist f r e i - e r W i l l e."⁶²⁾

So wird die Hegelsche Behauptung⁶³⁾, daß "theoretische" und "praktische Intelligenz" überhaupt nicht zwei von-

57) X,365

58) ebda

59) VII,50

60) "... durch das Beschließen allein tritt der Mensch in die Wirklichkeit." (VII,65 f.)

61) X,365

62) VI,272

63) Vgl. VII,51 f.,65; Rechtsphilosophie, hg.v.Hoffmeister, S. 307; X,364 ff.

einander unterschiedene Vermögen seien, verständlich. Der Wille ist nichts anderes als das mit einem Beschluß (Entschluß) bezüglich eines n o c h n i c h t bestehenden Sachverhalt verbundene Denken. Die Rede ist das Medium, durch das hindurch der Wille sich bildet.

"... ohne Denken (kann) kein Wille sein ... und auch der ungebildete Mensch (ist) nur insofern Wille ..., als er gedacht hat, - das Tier dagegen, weil es nicht denkt, (vermag) auch keinen Willen zu haben."⁶⁴⁾

Daß vom Willen zu reden heißt, auch vom Denken zu reden, findet bei Hegel seinen Niederschlag darin, daß er in der "Psychologie" die Erörterung des "theoretischen Geistes" der über den "praktischen Geist" voranstellt⁶⁵⁾. Er beginnt aber, und hieran ist grundlegend Kritik zu üben, seinen Exkurs über das Denken unabhängig von jedem denküberschreitenden Lebensvollzug; statt mit "praktischen" Reden, mit Aufforderungen - wie Kant etwa - zu beginnen und von ihnen aus Reflexionsvollzüge zu entwickeln, beginnt er mit "Anschauung" und "Vorstellung". Das gebildete Wissen ist jedoch - die Behauptungen sind jedoch - zunächst integrierter Bestandteil praktischen Redens und im Rekurs auf dieses zu bestimmen.⁶⁶⁾ Ein dem Lebensvollzug vorgängiges und von ihm unabhängiges Reden oder Denken, das aus sich heraus, wie die Hegelsche Konstruktion am Übergang zum "praktischen Geist" in der "Psychologie" nahelegt, zum "Dasein" drängt, ist sinnvoll im Rekurs auf unser Leben nicht zu rekonstruieren.

Streng genommen ist es überflüssig, gesondert zu betonen, daß der Wille frei sei. Letzteres versteht sich

64) X, 364 65) Vgl. X, 307-364 und 365-377

66) Eine Einsicht hierein findet sich VII, 52.

für denjenigen, der das Wort "Wille" zu gebrauchen gelernt hat, gewissermaßen von selbst. Die Rede von einem u n f r e i e n W i l l e n, die Hegel im übrigen selbst auch nicht führt, wäre gleichbedeutend mit einer - gemessen an der terminologischen Vereinbarung - Fehlverwendung des Wortes "Wille". Die Rede von der "Freiheit" des Willens ist so eliminierbar. Man spricht ja auch nicht von einem weißen Schimmel. Es macht in Bezug auf Hegelsche Redeweisen so auch keinen Unterschied, ob man von einem "an und für sich freien Willen", oder von einem "an und für sich seienden Willen" spricht, oder ob man "Wille an und für sich" sagt.

Hegel vermerkt, daß man sich auf das "Selbstbewußtsein eines jeden"⁶⁷⁾ beziehen könne, um lehrbar zu machen, wie man über den Willen und das ihn definierende Denken reden solle. Ich möchte das Vorkommen des Ausdrucks "Selbstbewußtsein" an dieser Stelle zum Anlaß nehmen - ehe ich auf das angeführte Zitat wieder zu sprechen komme - den Gebrauch der Wörter "Bewußtsein" und "Selbstbewußtsein" näher zu explizieren.

Bewußtsein-Selbstbewußtsein: Von einem Individuum wird je nach Sicherung der Behauptungen, die es für sich formuliert, gesagt, daß es m e i n e bzw. w i s s e. Hegel hat hierfür den Ausdruck "Bewußtsein"⁶⁸⁾ und genauer: "theoretisches Bewußtsein", worunter er das näheren das "sinnliche", das "wahrnehmende" und das "verständige Bewußtsein" befaßt. Je nach Beratungs- und Rechtfertigungsstatus wird von einem Individuum gesagt, daß es b e g e h r e, faktisch oder gerecht w o l l e. Hegel hat hierfür ebenfalls den Ausdruck "Bewußtsein" und zwar genauer: "praktisches Bewußt-

67) VII, 53 f.

68) Vgl. z.B. den Wortgebrauch im ersten Kapitel der "Phänomenologie des Geistes". Vgl.u.a. III, 25, 103 ff.; X, 263 ff.

sein". Häufig sagt er aber auch statt "praktisches Bewußtsein" "Selbstbewußtsein"⁶⁹⁾. In dieser Verwendung ist "Selbstbewußtsein" g r u n d s t u f l i c h Oberbegriff für die noologischen praktischen Termini. Und: Von demjenigen, der von sich zu sagen gelernt hat, daß er begehre oder wolle, wird gesagt, daß er ein Wissen um seine eigenen inneren praktischen Zustände habe. Auch in dieser m e t a s t u f l i c h e n Verwendung spricht Hegel von "Selbstbewußtsein".

Ein Beispiel aus einem Hegelschen Text mag - durch unmittelbare Verdeutlichung des Sprachgebrauchs an den entsprechenden Stellen - zur Verdeutlichung der Mehrdeutigkeit des Gebrauchs dienen.

"Das Selbstbewußtsein setzt sich durch N e g a - t i o n des A n d e r s s e i n s und ist p r a k t i s c h e s (grundstufllich e.A.) Bewußtsein. Wenn also im eigentlichen Bewußtsein, das auch das t h e o r e t i s c h e genannt wird, die Bestimmungen desselben und des Gegenstandes sich a n s i c h s e l b s t veränderten, so geschieht dies jetzt durch die Tätigkeit des Bewußtseins selbst (durch den Willen und das ihn vorbereitende Reden e.A.) und f ü r (Sperrung von mir) dasselbe ("Selbstbewußtsein" metastufllich e.A.). Es ist sich bewußt, daß ihm diese aufhebende Tätigkeit zukommt." (Es weiß, daß sein Reden praktisch wirksam ist - Wissen um einen inneren geistigen Zustand und ein Vermögen)⁷⁰⁾.

Hegel trennt hinsichtlich des Gebrauchs von "Selbstbewußtsein" - so dann auch an den entsprechenden Stellen, wo er vom "Für-sich-sein" spricht - nicht streng zwischen einer grundstufllichen und einer metastufllichen Verwendung. Grundstufllich ist ihm "Selbstbewußtsein" p r a k t i s c h e r Bezug ("Negation des Andersseins" - "Negation der Negation"), das heißt

69) Vgl. zu "theoretisches" und "praktisches Bewußtsein" insbesondere III,107; "Selbstbewußtsein" in dieser grundstufllichen Verwendung ist etwa Oberbegriff zu "Begierde" in der "Phänomenologie des Geistes".

70) III,107

Aufnahme eines Inhalts als Bestimmung des Willens (herzustellender Sachverhalt), die eine Änderung ("Negation") eines bestehenden Sachverhalts bedeutet. Metastuflich ist ihm "Selbstbewußtsein" das Wissen um diese Leistungen, das sich darin äußert, daß derjenige, der etwa "will" auch von sich zu sagen gelernt hat, daß er "will". Im eigenen systematischen Aufbau der Terminologie möchte ich die Wörter "Bewußtsein" und "Selbstbewußtsein" aus Gründen der tradierten Inkonsistenz - nicht nur bei Hegel⁷¹⁾ - ihrer Verwendung vermeiden.

-
- 71) Die Verwendung der Wörter "Bewußtsein" (lat. conscientia) und daran anschließend "Selbstbewußtsein" ist in der philosophischen Tradition keineswegs eindeutig und deren ungeprüfter und unrekonstruierter Gebrauch führt darum allzuleicht zu Mißverständnissen. "Bewußtsein" ist - in der Tradition - einmal in g r u n d s t u f l i c h e r Verwendung Titel einer umfassenden "theoretischen" und/oder "praktischen" Noologie, häufig auch Psychologie. In metastuflicher Verwendung ist "Bewußtsein" häufig synonym (theoretisch) mit "Wissen des Wissens" und/oder (praktisch) mit "Wissen des Wollens", betrifft also das Wissen um eigene i n n e r e geistige Zustände. Eine erste t e r m i n o l o g i s c h e Festlegung findet sich bei Thomas v. Aquin (Summa theol. 79, 13; vgl. auch de veritate qu. XVII, 1), der ausdrücklich (1) theoretisch das Konstatieren und (2) praktisch das Auffordern und das moralische Beurteilen conscientia nennt. Die neuzeitliche Philosophie trennt den theoretischen Bewußtseinsbegriff vom praktischen, letzterer bleibt in der theologischen Tradition (etwa bei Luther) als Gewissen erhalten. Die Philosophie dagegen fixiert zunehmend, wohl aus Gründen ihrer Orientierung am Ideal naturwissenschaftlicher Erkenntnis, teils grundstuflich, teils metastuflich den theoretischen Gebrauch. Bei Descartes noch ist Bewußtsein (cogitatio sive conscientia) grundstuflich Oberbegriff zu Verstehen, Einbilden, Fühlen, Wollen, Zweifeln (vgl. Medit. II, Ausgabe Adam-Tannery, Bd. VII, S.28; Medit. obj. III, ebda, Bd. VII, S.176), metastuflich jedoch (Princ. I, Bd. VIII, S.7; de verit., Bd.X, S.521) sicheres W i s s e n um i n n e r e Zustände ("Zweifel"). Leibniz weist

In der hier zur Interpretation anstehenden Stelle (VII,53) verwendet Hegel den Ausdruck "Selbstbewußtsein" grundstuflich. Der Hinweis, von dem die Rede

explizit auf die metastufliche Verwendung hin. Er unterscheidet die Perzeption als inneren Zustand (*état intérieur*) der Monade, der "äußere Dinge repräsentiert" (*choses externes*) von der Apperzeption, die das Bewußtsein oder die reflexive Kenntnis (*connaissance reflexive*) dieses inneren Zustands ist (Leibniz, Philosophische Schriften, hg.v.Gerhardt, Bd. VI, S.600). Eine weitere reflexive Stufung führt bei Leibniz zur Artikulation des einheitstiftenden "Ich-Bewußtseins" (ebda, Bd. II, S.47 f., Bd.VI, S.612), wodurch er zum unmittelbaren Vorgänger Kants und des sich an der Selbstbewußtseinsproblematik orientierenden deutschen Idealismus wird. Die Verwendung des Wortes "Apperzeption" ist allerdings bei Leibniz nicht durchgängig gleich. An anderer Stelle (ebda, Bd.V, S.121) unterscheidet er grundstuflich "Wahrnehmung" (*perception*) von Bewußtsein (*s'appercevoir*), versteht darunter jedoch psychologisch lediglich den Unterschied von unbewußten (*petites perceptions*) und gemerkten (gewußten) Wahrnehmungen. Durch den Gewußtheitsgrad ihrer Perzeptionen unterscheiden sich die Monaden voneinander (ebda, Bd.VI, S.611, 617 f.).

Für Kant ist die "reflexive Kenntnis" der Vorstellungen, die Leibniz "Apperzeption" genannt hat, "empirisches Bewußtsein" (Kritik der reinen Vernunft, A 117 Anm.). Bezüglich dieses "empirischen Bewußtseins" spricht er von verschiedenen Bewußtseinsgraden und unterscheidet (ebda, B 415 Anm.), verleitet von einer psychologischen Argumentation ein vorsprachliches (nicht explizites) von einem sprachlich vermittelten Bewußtsein ("Bewußtsein des Unterschieds"). Das "transzendente Bewußtsein" ("transzendente Apperzeption"), das "Ich denke", das "alle meine Vorstellungen" und damit das "empirische Bewußtsein" "begleiten können muß", ist nach Kant der oberste einheitstiftende Bezugspunkt für die Erkenntnis (Krit.d.r.Vern., A 117 Anm.). Des weiteren unterscheidet Kant in anderem Gebrauch noch "subjektives" und "objektives Bewußtsein" ("Bewußtsein überhaupt"), welches die Allgemeingültigkeit von Sätzen betrifft. Ohne im einzelnen auf die Argumentationen Kants eingehen zu wollen, darf gesagt werden, daß Kant einen ausschließlich theoretischen Gebrauch des Wortes "Bewußtsein" hat und zwar (1) grundstuflich und (2) metastuflich). "Es

ist, gilt dem praktisch intelligenten Tun - der schon von jedermann geleisteten Willensbildung, von jedermann jedenfalls schon geleistet, der zu Reden ü b e r Willensbildungen überhaupt schon motiviert ist. Der Reflex auf die Beratungspraxis - die im Zweifelsfalle ja jederzeit neu geleistet werden kann - insbesondere die Reflexion auf die A u f g a b e bzw. N e u - f o r m u l i e r u n g v o n V o r s c h l ä g e n in Beratungen und die schließlich im B e s c h l u ß erreichte Übereinstimmung, erlaubt die Bestimmung von Fähigkeiten, die als im willensbildenden Beraten immer schon in Anspruch genommen behauptet werden können. Es sind dies die Fähigkeiten: (1) schon vorhandene Willensinhalte aufzugeben, wobei jeder Ä n d e r u n g von derartigen Inhalten mit einer partiellen Aufgabe derselben gleichbedeutend ist; (2) Inhalte als Willensbestimmungen zu s e t z e n; (3) Inhalte als Bestimmungen des Willens als miteinander v e r t r ä g l i c h zu setzen.

"Jeder wird zunächst in sich finden, von allem, was es sei, abstrahieren zu können und ebenso sich selbst bestimmen, jeden Inhalt durch sich in sich setzen zu können, und ebenso für die weiteren Bestimmungen das Beispiel in seinem Selbstbewußtsein zu haben."72)

(sc. das Bewußtsein) ist die logische Persönlichkeit, nicht die praktische" (Kant, Handschriftlicher Nachlaß, Akademieausgabe, Bd. XVIII, R 5049, S.72). Hegel spricht dann, wie oben gezeigt, wieder von Bewußtsein unter praktischem Bezug (vgl. etwa III,25 f.;107), verwendet dann aber auch stattdessen das Wort "Selbstbewußtsein" und zwar teils grundstuflich zur Bestimmung p r a k t i s c h e r innerer Zustände, teils metastuflich zur Bestimmung des Wissens um dieselben.

- 72) VII,53; Ein Hinweis auf das Selbstbewußtsein eines jeden und die Aufforderung, eine Situation herzustellen, in der gelernt werden kann, was es heißt: man gibt Willensinhalte auf, findet sich in den Randbemerkungen zur Rechtsphilosophie (Ausgabe hg.v.Hoffmeister, S.309): "Man sage einem Menschen - er soll seinen Willen schrankenlos halten - nicht etwas Bestimmtes wollen ... er soll nichts wollen".

(1)⁷³⁾ § 5 der Einleitung zur Rechtsphilosophie dient der Bestimmung der Fähigkeit, von Willensinhalten absehen zu können.

73) Ich folge hier der von Hegel angegebenen Gliederung (§§ 5 - 7) der Rechtsphilosophie, die sich ihm selbst aus dem Rekurs auf methodologische Erwägungen der Begriffslogik (vgl. V, 14; vgl. auch III, 27) ergibt. Hegel beginnt (§ 5) mit dem "abstrakten Ich", das frei von allen Willensbestimmungen ist. Er fährt (§ 6) mit dem "besonderen Ich" fort, dem "Setzen" von "besonderen" Willensbestimmungen. Er schließt (§ 7) mit dem "konkret allgemeinen Ich", das die besonderen Bestimmungen als in Übereinstimmung setzt. Hegel, der seinen Gliederungen das Schema "Allgemeines", "Besonderes", "Einzelnes" ("konkret Allgemeines") zugrunde legt, tut dies aus normativ-methodischen Überlegungen heraus. Mit dem "Allgemeinen" ist, wie er sagt, "an sich oder dem Begriffe" nach das Prinzip der genetischen Entwicklung durch den Zustand der Entzweiung ("Besonderung") hindurch bis hin zum versöhnten Zustand festgelegt. Daß dieser "Begriff" - d a s "Allgemeine" - erst nachträglich zur stattgehabten Versöhnung dem Philosophen explizierbar wird, das ist Hegels These von der Eule der Minerva. Die Bestimmung des "Begriffs" hat ja nach ihm keine lebensvollzugsrelevante Funktion mehr. Hält man daran fest - anders als Hegel - daß sich der "Begriff", das Prinzip eines Vollzugs - als V o r b e g r i f f - schon während seiner Realisierung selbst bestimmen läßt, so folgt daraus, besteht nur darin Übereinstimmung, daß unsere Ausgangssituation eine der Entzweiung ist, daß mit der "Besonderung" zu beginnen ist und damit mit der aus ihr wildwüchsig erwachsenden konfliktbestimmten Situation. Es ist statt mit dem vollgebildeten - n a c h t r ä g l i c h zum wildwüchsig verlaufenden Vollzug bestimmten - "Begriff" mit dem V o r b e g r i f f zu beginnen, der allerdings parallel zum Begreifen und zu seiner Entwicklung/je neu zu konkretisieren ist. Der Hegelsche Anfang mit dem "Allgemeinen" hat einen Sinn nur, wenn die Philosophie das - wie man sagen mag - Empirische schon im Rücken hat und quasi nur noch erinnernd den Gang zur Versöhnung als Realisierung eines Prinzips (Werden des Begriffs zur Idee) rekonstruiert. Was nicht unter diesen Begriff zu bringen ist, das fällt unter das b l o ß Empirische bei diesem Verfahren, ihm kommt keine emphatische "Wirklichkeit" - weil keine Vernunft, die an jenem Begriff definiert wird - zu.

"In diesem Elemente des Willens liegt, daß ich mich von Allem losmachen, alle Zwecke aufgeben, von allem abstrahieren kann. ⁷⁴⁾ Der Mensch allein kann Alles fallen lassen ..."

In aktuellen Beratungen tritt in der Regel an die Stelle der aufgegebenen Vorschläge unmittelbar ein anderer neuer bzw. eine Modifikation des alten.

Der Rekurs auf die Erfahrung, Willensinhalte aufgeben zu können - dialogisch gewendet: auf einen Vorschlag Verzicht zu leisten - läßt Hegel nun allgemein vom "Element der reinen Unbestimmtheit", das den Willen bestimme, reden.

"Der Wille enthält ... das Element der reinen Unbestimmtheit oder der reinen Reflexion des Ich in sich ... die schrankenlose Unendlichkeit ... seiner selbst." ⁷⁵⁾

"Der Mensch ist das reine Denken seiner selbst ..." ⁷⁶⁾

Diese Sätze sollten nicht dahingehend mißverstanden werden, daß Hegel nun der Ansicht sei, daß ein gewissermaßen leerer Wille ⁷⁷⁾ ein bei jedermann - der Besonderung vorgängig - auffindbarer bzw. unmittelbar herzustellender innerer Zustand sei. Eine erfolgte radikale Absehung von (unter Umständen allen) Inhalten mag immerhin - und Hegel verweist (§ 5) hierauf ausdrücklich - als Faktum im (religiösen) "Fanatismus der reinen Beschauung", im "Selbstmord" und als (politisches) Prinzip als der "Fanatismus der

74) VII, 55

75) VII, 54

76) VII, 55

77) Ich verwende, um der Belastung durch dauernde dialogische Übersetzung auszuweichen, im folgenden weitgehend Hegels monologisch verkürzte Redeweisen. Die Übertragung in dialogische Termini ist mehrfach vorgenommen worden und jeweils leicht nachzuholen. Eine Assimilation an den Hegelschen Ausdruck dürfte deshalb gegen mögliche Fehldeutungen inzwischen hinreichend gesichert sein.

Zertrümmerung aller bestehenden gesellschaftlichen Ordnung" fixierbar sein. Für Reden über Willensbildungen, wie sie uns dem vorn angegebenen Thema folgend interessieren, ist eine Vereinbarung der Rede über die F ä h i g k e i t zur Aufgabe von Willensinhalten ausreichend. Die weitergehende reifizierende betrifft einen Extremfall. Ihre Bestimmung dient allenfalls der Verdeutlichung des Sachverhalts. Hegel selbst gibt allerdings - in der Absicht nur "Elemente" der Willensbildung zu verdeutlichen - allzuleicht (vgl. etwa § 6) durch die Reifizierung seines Redens Anlaß zu Fehldeutungen, wenn er z.B. vom "Übergehen (sc. des Ichs) aus unterschiedsloser Unbestimmtheit zur Unterscheidung ..." spricht, so also, als b e s t e h e ein unbestimmter Willenszustand i n d e n bzw. a u s d e m übergegangen würde.

Worum es Hegel in den zur Interpretation anstehenden Paragraphen (§§ 5-7) geht, das läßt sich aus dem Kontext der Einleitung zur Rechtsphilosophie entnehmen. Es geht ihm um die Bereitstellung einer Terminologie, mit der sich Willensbildungen rekonstruieren lassen, das ist die Herstellung der Verträglichkeit von Zwecken und die Gemeinsamkeit bezüglich von Zwecksetzungen. Die Verträglichkeit von Zwecken und schon gar eine Gemeinsamkeit bezüglich ihrer Inhalte ist jedenfalls nicht erreichbar, wenn die Individuen unverrückbar an ihren Willensbestimmungen festhalten. Der "Kampf um Leben und Tod", wie er im Kapitel über Herrschaft und Knechtschaft beschrieben und analysiert wird, mag als Paradigma für eine Situation gelten, in der Individuen unverrückbar an ihren vorgegebenen Willensbestimmungen festhalten. Die konfliktbestimmte Situation aber ist in einem ersten elementaren Schritt beseitigbar, wenn die divergierenden Willensinhalte nicht mehr verfolgt werden, wenn die Kontrahenten im Konfliktfalle i n s g e s a m t auf ihr Begehren verzichten, durch die ersatzlose A u f-

g a b e der Willensbestimmungen (§ 5). Die Willen werden unterscheidbar, es stellt sich eine Allgemeinheit her, von der Hegel jedoch sagt, daß sie "abstrakt" sei⁷⁸⁾, ist doch diese Allgemeinheit nur durch die N e g a t i o n der Inhalte erreicht, zu deren Erreichung in den Beratungsgang überhaupt eingetreten wird. Im Grenzfalls, wenn ein elementares Bedürfnis - sei es im Widerstreit mit anderen elementaren, sei es auch im Widerstreit mit anderen differenzierten - einen kontroversen Zweckinhalt darstellen würde, würde die abstrakte Anwendung des Prinzips der Aufgabe a l l e r Willensbestimmungen die Aufhebung allen Sinns, weil des Lebens selbst, einschließen.

In § 5 wird gewissermaßen die Bedingung, ohne die eine konfliktbestimmte Situation jedenfalls nicht beseitigt werden kann, bestimmt. Nur die Fähigkeit, die ihre Aktualisierung in Beratungen erhält, sie wird im übrigen im Rekurs auf schon geleistete Willensbildung bestimmt⁷⁹⁾, Willensinhalte aufgeben zu können, ermöglicht Allgemeinheit. Und ist nicht nur die (ad hoc erfolgende) Konfliktbeseitigung das Ziel, sondern eine Konfliktvermeidung ein für allemal, dann hieße es, diesem Prinzip zu folgen, auf alle Zweckverfolgungen ein für allemal zu verzichten. Ist doch jede Zweckverfolgung konfliktträchtig, insbesondere die, deren Inhalte vorgegeben und durch den Willen nur g e s e t z t sind.

78) "Abstrakt" ist nach Hegel eine einseitige - etwa ungenetisch vorgehende - Betrachtungsweise, die e i n e Bestimmung oder Zwecksetzung unabhängig zu bestimmten Gewordenheiten der Situation als alleinigen Gesichtspunkt bzw. als allein geltend festhält bzw. durchhält. Die Anweisung etwa, Allgemeinheit s t e t durch die ersatzlose Aufgabe a l l e r Willensbe-

"... nur denkend ist der Mensch diese Kraft, sich Allgemeinheit zu geben, das heißt alle Besonderheit, alle Bestimmtheit zu verlöschen. Diese negative Freiheit oder diese Freiheit des Verstandes ist einseitig, aber dies Einseitige enthält immer eine wesentliche Bestimmung in sich: es ist daher nicht wegzuerwerfen, aber der Mangel des Verstandes ist, daß er seine einseitige Bestimmung zur einzigen und höchsten erhebt."⁸⁰⁾

"Ein Wille, der ... nur das abstrakt Allgemeine will, will nicht s, und ist deswegen kein Wille."⁸¹⁾

(2) In § 6 bestimmt Hegel die F ä h i g k e i t, auch sie läßt sich im Rekurs auf das "Selbstbewußtsein" eines jeden entwickeln, Inhalte des Willens zu s e t z e n.

"Ebenso ist I c h das Übergehen aus unterschiedsloser Unbestimmtheit zur U n t e r s c h e i d u n g, B e s t i m m e n und Setzen einer Bestimmtheit als eines Inhalts und Gegenstands."⁸²⁾

Ebenso wie auf in Beratungen schon geleistete Aufgaben von Willensinhalten und die dadurch erzielte "abstrakte Allgemeinheit" kann auf das S e t z e n von Inhalten als Bestimmungen des Willens verwiesen werden.

"Das Ich geht hier aus unterschiedsloser Unbestimmtheit zur Unterscheidung, zum Setzen einer Bestimmtheit, als eines Inhalts und Gegenstandes über. Ich will nicht bloß, sondern ich will e t w a s."⁸³⁾

Bezüglich der die Vorschläge (Begehren) bzw. Beschlüsse (Willen) definierenden Zweckinhalte werden die Individuen bzw. Gruppen für uns und für sich selbst voneinander unterscheidbar.

stimmungen, die kontrovers sind, zu realisieren, ist in dieser Weise abstrakt. Sie berücksichtigt nicht die Gewordenheit des Konflikts, nicht die Zwecke, die ihm zugrundeliegen und die nicht, zu deren Zweck beraten wird.

79) Vgl. zur Einführung von "Fähigkeit" Schwemmer, Philosophie der Praxis, a.a.O., S.43

80) VII,55 81) VII,57 82) VII,56 83) VII,57

"Durch dies Setzen seiner selbst als eines b e - s t i m m t e n (das ist eines, das etwas bestimmtes will e.A.) tritt Ich in das D a s e i n überhaupt (es wird an seinem Beschluß indentifizierbar als Besonderes e.A.) ... B e s o n d e r u n g des Ich."⁸⁴⁾

(3) "Wirklicher" - Hegel sagt auch "einzelner" - "Wille" (§ 7) ist mit Hegels Worten "allgemein", schließt aber die "Besonderheit" (§ 6) - wie die in § 5 hergestellte "Allgemeinheit" - nicht aus. Der "wirkliche Wille" ist ein durch "Denken" "allgemein" gemachter "Wille". Die einander ausschließenden Besonderheiten sind miteinander verträglich und dennoch kann der nun verfolgte Zweck a u c h als Erreichung der Zwecke der Besonderheit verstanden werden, oder der Zweck ist gar ein gemeinsamer im emphatischen Sinne, von jedermann um seiner selbst willen verfolgt. Er ist kein Wille, der "nichts will", sondern einer, der "etwas" - nun miteinander verträglich gemachtes - verfolgt.

"Der Wille ist die Einheit der beiden Momente;- die i n s i c h reflektierte und dadurch zur A l l g e m e i n h e i t zurückgeführte B e s o n d e r h e i t; - E i n z e l n h e i t."⁸⁵⁾

Wird unter abstrakter Anwendung des Prinzips aus § 5 die "Allgemeinheit" - die Überwindung der Entzweiung - aufgrund der A u f g a b e aller kontroversen Willensinhalte erreicht, so ist die in § 7 formulierte Allgemeinheit auf die Ä n d e r u n g kontroversen Begehrens zurückzuführen. Der "wirkliche Wille" (§ 7) ist der "Entschluß", der aufgrund von "Denken" zustandekommt⁸⁶⁾, welches eine Ä n d e r u n g kontroversen Begehrens unter der Zwecksetzung Verträglichkeit (Allgemeinheit) zu realisieren im Blicke hat.

Von der Ä n d e r u n g eines Begehrens - und was dies heißt kann erst nach der näheren Rekonstruktion

m o r a l i s c h - r e l e v a n t e r Willens-
bildung, zu deren Zweck hier die Terminologie er-
stellt wird, deutlicher werden - soll dann gesprochen
werden, wenn die Allgemeinheit aufgrund eines Rück-
gangs⁸⁷⁾ auf nicht-kontroverse O b e r - bzw. ü b e r -
g e o r d n e t e⁸⁸⁾ Zwecke und eine unter Umständen
daran anschließende erneute konfliktfreie Differen-
zierung derselben zustandekommt. Der Rückgang auf
Oberzwecke ist eine Änderung im engeren Sinne, der
Rückgang auf übergeordnete Zwecke, die ihrerseits
nicht Oberzweck zum angemeldeten kontroversen Begehren
sind, kommt einer Aufgabe des kontroversen Begehrens
gleich, allerdings nicht einer abstrakten, sondern
einer durch einen anderen Inhalt kompensierten; -
wird ja das formulierte Begehren zugunsten einer an-
deren Zweckerfüllung aufgegeben und nicht - wie in
§ 5 intendiert - ersatzlos gestrichen.

Der wirkliche Wille ist - wie die weitere Rekonstruk-
tion zeigen wird - der Abschluß m o r a l i s c h -
r e l e v a n t e r W i l l e n s b i l d u n g⁸⁹⁾.

"Allgemeinheit": Ich möchte in Zusammenfassung und
im Anschluß an von mir bereits angeführte Stellen
aus Hegel und im Anschluß an den Kontext der Einlei-
tung zur Rechtsphilosophie folgende Stufungen von

84) VII,56

85) VII,58

86) Vgl. zu dieser Bestimmung des "wirklichen Willens"
Hegels Randbemerkungen zur Rechtsphilosophie,
Ausgabe hg.v.J.Hoffmeister, S.310

87) Vgl. hierzu Lorenzen/Schwemmer, Konstruktive Logik,
Ethik und Wissenschaftstheorie, a.a.O., S.121.

88) Vgl. zum Unterschied von Ober-Unterzweck einerseits
und übergeordneten und untergeordnetem Zweck anderer-
seits unten Kapitel 8.

89) Vgl. ebda.

"Allgemeinheit" (Gemeinsamkeit) unterscheiden. Ich wähle den dialogischen Fall:

(1) Individuen oder Gruppen formulieren ihre je eigenen Zwecke für sich allein. Die Wirkungen der Handlungen, die diese Zwecke realisieren, schließen einander nicht aus - bloße V e r t r ä g l i c h k e i t. Diese bloße V e r t r ä g l i c h k e i t der Zwecke würde etwa durch die abstrakte A u f g a b e je aktuell-kontroversen Zweckverfolgens erreicht.

(2) Individuen oder Gruppen formulieren g e m e i n s a m e Zwecke, die ihrerseits als Mittel zur Erfüllung ihrer je besonderen Zwecke, die sie f ü r s i c h selbst formulieren, verstanden werden können - G e m e i n s a m k e i t der Unterzwecke zur Erfüllung b e s o n d e r e r Oberzwecke - in Hegelscher Rede "formelle Allgemeinheit". Unter die formelle Allgemeinheit fällt insbesondere das institutionelle Handeln, das als Mittel zur Erfüllung der besonderen Zwecke von Individuen oder Gruppen zu verstehen ist - die bürgerliche Gesellschaft.

(3) Institutionen haben sich selbst zum Zweckinhalt - Individuen kommen im differenzierten Falle, wie im Hegelschen Staat jeweils besondere Rollen zu, die allerdings unabhängig von Eigennamen bestehen und ihrerseits als Realisierungen von Verhältnisschemata zu verstehen sind - "wahre Allgemeinheit".

Welche dieser Allgemeinheiten nun im "wirklichen Willen" realisiert sind, das hängt von zweierlei ab und zwar zum einen davon, ob die Inhalte, die beraten werden, vorgegeben und nur g e s e t z t oder im emphatischen Sinne h e r v o r g e b r a c h t sind und zum anderen davon, in welcher Weise die kontroversen Zweckinhalte beraten werden, w a s in der Willensbildung als ein G r u n d zur Willensänderung angesehen wird.

Die aufgrund von "Denken" gesetzten oder hervorgebrachten Willensinhalte (§ 7) sind einer erneuten Reflexion grundsätzlich **n i c h t** entzogen. Dieser erneute Reflex - wird er vorgenommen, und der Rekurs auf Geschichte ist ein solcher Reflex - bedeutet, daß nun Wille sich auf Wille wendet, gattungsgeschichtlich und im Hinblick auf Institutionen bezogen, daß - mit Hegel gesprochen - der "Wille sich selbst, zum Inhalt hat", individuell bezogen, daß individueller Wille sich auf anderen tradierten gemeinsamen oder auf anderen tradierten ~~individuellen~~ oder auf anderen aktuellen individuellen oder auf eigenen schon gebildeten als Inhalt bezieht.

"...als diese **B e z i e h u n g a u f s i c h** ist es (sc. das Ich) ebenso gleichgültig gegen die-
se Bestimmtheit, weiß sie als die **seinige** und
i d e e l l e, als eine bloße **M.ö.g.l.i.c.h.k.e.i.t**,
durch die es nicht gebunden ist, sondern in der
es nur ist, weil es sich in derselben setzt."⁸⁰⁾

"Dies ist die **F r e i h e i t** des Willens, welche
seinen Begriff oder Substantialität ... ausmacht..."⁸¹⁾

Die Fähigkeit **j e d e n** "wodurch es sei gegebene(n)
und bestimmte(n) Inhalt"⁸²⁾ in Frage stellen bzw. er-
neut als Bestimmung des Willens **s e t z e n** zu kön-
nen, wird in der Willensbildung - zumal in der als
geschichtlich rekonstruierbaren - in Anspruch genom-
men.

80) VII, 58; "Beziehung auf sich" das heißt: prinzipielles Infragestellen der Inhalte - Hegel: "Negation der Negation", wobei die "erste Negation" im Setzen von Inhalten als Willensbestimmungen besteht (§ 6), die zweite in deren Aufgabe. In der hier angeführten Stelle werden, wie vorn bei der Rede vom Selbstbewußtsein, die Sprachebenen nicht hinreichend unterschieden. Die Aufgabe der Willensbestimmungen - das **T u n** - schließt ja das Wissen um die **p r i n z i -**
p i e l l e n Möglichkeiten, Willensbestimmungen auf-
geben zu können, noch nicht ein.

81) ebda

82) VII, 54

Hegel hebt die in §§ 5,6 geführten reifizierenden Redeweisen selbst auf, wenn er der Sache nach sagt, daß er im normierten Sinne von "Wille" - "wirklicher Wille" - erst in § 7 spricht. In § 5 wird die abstrakte Fähigkeit, Willensinhalte aufgeben zu können, methodisch unter Bezug allerdings auf "wirklichen Willen" schon und dessen Bildung, in § 6 gleichermaßen die Fähigkeit, Willensinhalte setzen zu können, als Bedingungen gewissermaßen von dessen Möglichkeit bestimmt.

"Es kann hier nur noch bemerklich gemacht werden, daß wenn man so spricht: der Wille ist allgemein (§ 5 e.a.), der Wille bestimmt sich (§ 6 e.a.) man den Willen schon als vorausgesetztes Subjekt oder Substrat ausdrückt, aber er ist nicht ein Fertiges und Allgemeines vor seinem Bestimmen und vor dem Aufheben und der Idealität dieses Bestimmens, sondern er ist erst Wille als diese in sich vermittelnde Tätigkeit und Rückkehr in sich"⁸³⁾

6.4.2 "Wirklicher Wille"

In den an § 7 anschließenden Paragraphen spricht Hegel über den "wirklichen Willen".

"Das weiter Bestimmte der Besonderung (... § 6) macht den Unterschied der Formen des Willens aus ..."⁸⁴⁾

Der in diesem Zitat vorgenommene Verweis auf § 6 darf nicht so gelesen werden, daß Hegel nun im Anschluß an eines jener zuvor bestimmten abstrakten Momente - die "Besonderung des Ich" - in der Argumentation fortfahren wolle. Der "wirkliche Wille" ist ein "besonderer Wille" - diese Besonderung wird in § 6

83) VII,59

84) VII,60

näher bestimmt. Er h a t einen "Inhalt" und ist so - um wiederum mit Hegel zu sprechen - ein "Wille, der etwas will". Für die Bestimmung der "Formen des Willens" reicht es an § 6 anzuschließen; - es wird nämlich unabhängig zur näheren Bestimmung des Inhalts - ob er etwa von Natur vorgegeben oder aus der Spontanität des Willens "erzeugt" ist - gesprochen. Ansonsten aber wird die erreichte Bestimmung des Willens in § 7 nicht wieder unterschritten. Daß Hegel nicht an eines der abstrakten Momente anschließt - an eine isolierte Fähigkeit - erhellt aus § 9, wo er von der Willensbestimmung als der " i n s i c h reflektierten(=) Besonderung" spricht: "in sich reflektiert", das heißt ja, durch die "Negation" (§ 5) hindurchgegangen - bedacht. Das oben angeführte Zitat wird richtig gelesen, wenn man ergänzt: "Formen des (w i r k l i c h e n) Willens".

Statt "wirklicher Wille" sagt Hegel auch "Bestimmtheit".

"Der Wille ist überhaupt nicht nur im Sinne des Inhalts, sondern auch im Sinne der Form bestimmt."⁸⁵⁾

Zwei Sichtweisen werden hinsichtlich der "Besonderung" unterschieden und zwar (1) eine hinsichtlich der "Form", in der "etwas" gewollt wird⁸⁶⁾ und (2) eine hinsichtlich desjenigen, w a s gewollt wird, eine hinsichtlich des I n h a l t s. Die "Bestimmtheit" wird - umgangssprachlich ausgedrückt - zum einen dadurch definiert, (1) daß "etwas" auf eine bestimmte Weise gewollt wird und (2) dadurch, w a s gewollt wird.

85) VII, 61

86) Die zur Interpretation anstehenden §§ 8 f. fassen zusammen, was in der Begriffslogik (V, 217 ff.) breiter ausgeführt ist.

Sagt man: "ein Individuum P will A", so wird in der einen Betrachtung auf den den Zweck definierenden Ausdruck "wollen" rekurriert und dieses näher - seiner Form nach - bestimmt, in der anderen Betrachtung auf den - hier mit A - bezeichneten Inhalt.

6.4.2.1 "Formen des wirklichen Willens"

Hegel unterscheidet des näheren drei Formen, in denen die "Bestimmtheit" auftritt und zwar tritt sie auf als (1) "subjektiver Zweck", als (2) "Ausführung des Zwecks" ("Tätigkeit" und "Mittel") und (3) "objektiver Zweck"⁸⁷⁾. Oder anders gesprochen: Von der "Bestimmt-

87) In § 9 der Rechtsphilosophie unterscheidet Hegel einen "innerliche(n) und subjektive(n)" Zweck von einem "verwirklichte(n), ausgeführte(n) Zweck", wobei letzterer Ausdruck synonym mit der anderweitig gebrauchten Redewendung "objektiver Zweck" ist (vgl. etwa III,160 f.; V,217 ff.); Rechtsphilosophie, hg.v.Hoffmeister, S.312).

Anders unterscheidet Kant zwischen "subjektiven" und "objektiven" Zwecken. Nach ihm ist ein Zweck dann "subjektiv", wenn er seinen "Wert" nur durch sein "Verhältnis auf ein besonders geartetes Begehungsvermögen des Subjekts" ("Triebfedern") erhält. Er ist "objektiv", wenn er durch seinen Bezug aufs moralische Prinzip gerechtfertigt ist und "für jedes vernünftige Wesen gelten" kann (Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. In: ders.: Werke, hg.v.W.Weischedel, Bd.IV,S.59). Die Kantische Unterscheidung ist eine zwischen normativen und nur faktischen Zwecksetzungen und betrifft den Inhalt des Willens, während die Hegelsche dem Unterschied von erfüllt und (noch) nicht erfüllt dient, der Unterscheidung der Form. Den Ausdruck "objektiv" kann man, das zeigen Wendungen wie "objektives Bedürfnis", "objektives Recht" u.ä. bei Hegel zunächst einmal sofort als gleichbedeutend mit erfüllt bzw. befriedigt verwenden. Der Ausdruck "subjektiv" ist so gleichbedeutend mit unerfüllt. Die Hegelsche Un-

heit" wird unter Bezug auf einen (1) n o c h n i c h t bestehenden Zustand, (2) unter Bezug auf das Tun, das einen Zustand bewirkt und (3) unter Bezug auf bestehende Zustände, die Wirkungen eines Tuns sind und zwar hinsichtlich von deren Form geredet.

"Die Bestimmtheit der Form nach ist der Zweck, und die Ausführung des Zwecks."⁸⁸⁾

"Subjektiver Zweck" ist gleichbedeutend mit n o c h n i c h t e r f ü l l t e r Z w e c k. Der den Zweck definierende Sachverhalt ist nur "ideell" - n u r "Vorstellung" oder "reiner Begriff". Es besteht ein "f o r m e l l e (r) Gegensatz von S u b j e k t i v e m und O b j e k t i v e m als äußerlicher unmittelbarer Existenz".

terscheidung ist in dem angezeigten Sinne zunächst nur terminologisch, sie bekommt aber in der Anwendung auf den Gegenstand der Rechtsphilosophie, wie ich zeigen werde, einen normativen Sinn - "objektiv": das heißt in der Rechtsphilosophie zugleich auch "dem Begriffe gemäße Realität".

- 88) VII, 61. Lies: Folgende "Formen des Willens" sind zu unterscheiden: (1) "Zweck" und zwar (a) "subjektiver Zweck" bzw. (b) "objektiver Zweck" und (2) "Tätigkeit" und "Mittel" ("Mittel" hier verwendet im Sinne von D i n g oder G e r ä t, das in Ausführung der Tätigkeit benutzt wird). In der Begriffslogik (V, 217 ff.) unterteilt Hegel: "A. Der subjektive Zweck" (S. 217-221), "B. Das Mittel" (S. 221-224), "C. Der ausgeführte Zweck" (S. 224-235).

Tätigkeit-Gerät: Sogenanntes ä u ß e r e s Handeln ist dadurch definiert, daß in den Handlungswirkungskomplex Ereignis-Folgebeziehungen eingebettet sind. Die Bestimmung von Geräten erfolgt in Hinsicht auf derartige Ereignis-Folgen. Durch das Tun wird mit ihrer Hilfe in die äußere Natur gewissermaßen die Brücke geschlagen. Die Bestimmung der Ereignis-Folgen und damit des Geräts erfolgt in Abhängigkeit von den verfolgten Zwecken und in Abhängigkeit vom je erreichten Wissensstand.

"... insofern die Bestimmtheit der f o r m e l -
l e Gegensatz von S u b j e k t i v e m und O b -
j e k t i v e m als äußerlicher unmittelbarer
Existenz ist, so ist dies der f o r m a l e Wille
als Selbstbewußtsein, welcher eine Außenwelt v o r -
f i n d e t, und als die in der Bestimmtheit in
sich zurückgehende Einzelheit der Prozeß ist, den
s u b j e k t i v e n Z w e c k durch die Vermitt-
lung der Tätigkeit und eines Mittels in die O b -
j e k t i v i t ä t z u ü b e r s e t z e n."89)

Diese aus § 8 zitierte Stelle setzt der Interpretation
und Rekonstruktion⁹⁰⁾ Schwierigkeiten entgegen. Diese
Schwierigkeiten sind auf das verwendete Vokabular
zurückzuführen. Ich möchte deshalb einige der vorkom-
menden Wendungen⁹¹⁾ in andere Hegelsche Ausdrücke, die
ich selbst schon teils implizit, teils explizit re-
konstruiert habe, teils aber auch in eigene vorge-
schlagene Wörter übersetzen: Insofern der "bestimmte
Wille" noch nur auf Seiten des Subjekts unvermittelt
("formell") einen von ihm unterschiedenen bestehenden
Sachverhalt gegenübersteht, ist die "Form des Willens"
("formaler Wille" - "formal" wird anders verwendet
als "formell") nur "subjektiv" ("Selbstbewußtsein").
Das Subjekt findet eine von ihm unterschiedene Welt
vor, es reflektiert einen Inhalt und s e t z t ihn
durch einen Entschluß als Willensbestimmung. Es befin-
det sich damit auf dem Wege, den von ihm unterschiede-
nen bestehenden Sachverhalt in Hinsicht auf die

89) VII,60 f.

90) Interpretation soll heißen: Ich expliziere (1) -
falls erforderlich - die Grammatik eines Textes
und übernehme (2) die Sprache eines Autors, sie
selbst wird als unproblematisch unterstellt. Die
Interpretation ist von der Rekonstruktion zu unter-
scheiden, die (1) darin besteht, die Orthosprache
eines Autors aus dessen eigenen methodisch unpro-
blematischen Einführungen, Definitionen, Regeln
usw. zu erarbeiten und gegebenenfalls (2) ein selbst
methodisch - unter Umständen schrittweise erst durch
die Beschäftigung mit dem Autor selbst - in perma-
nenter Rückkopplung - erarbeitetes Vokabular auf
jeweils begegnende Stellen zu applizieren.

Willensbestimmung zu ändern, womit, da hier die "Tätigkeit" und das "Mittel" eingreift, der "Wille" seine "Form" ändert.

Wozu dient die Unterscheidung von "subjektivem Zweck" einerseits und "objektivem" andererseits ?

Diese Frage ist in zwei Schritten zu beantworten, und zwar (1) zum einen hinsichtlich des Zwecks, dem nach Hegel eine Philosophie des objektiven Geistes dient und (2) zum andern hinsichtlich des methodisch-systematischen Sinns dieser Unterscheidung über jene Hegelschen Festlegungen hinaus.

(1) Das Hegelsche Programm zu "begreifen, was ist", bedeutet - und dies ist für die Bestimmung s e i n e r Methode ein für allemal festzuhalten - nach dem vorn ("Eule der Minerva") schon Ausgeführten nicht, einen "Begriff" - ein "Prinzip" - auf eine diesem (noch) nicht gemäße Realität anzuwenden und letztere, ihm folgend, unter Reflexion auf die Bedingungen, die durch diese Realität selbst gegeben sind - unter diese Bedingungen wäre etwa allgemein die Bedürftigkeit der Menschen zu zählen - umzugestalten. Der "Begriff" - und dies ist das der Begründung entzogene Dogma Hegels - wird allererst von einer begriffsgemäßen Realität ("Wirklichkeit") abgezogen - "die Philosophie ist i. h. r e Z e i t i n G e d a n k e n e r f a ß t. Es ist ebenso töricht zu wähnen, irgend eine Philosophie gehe über ihre gegenwärtige Welt hinaus, als, ein Individuum überspringe seine Zeit, springe über Rhodus hinaus"⁹¹⁾. Der Philosophie liegt nicht eine vom "Begriff" entzogene Realität zugrunde, wenn sie sich auf den Weg macht, sondern die "Idee". Letztere in ihren

91) VII,35

Momenten, ihrem "Begriffe" und der "Realität" auseinanderzulegen und zu explizieren ist die Aufgabe der Rechtsphilosophie⁹²⁾.

Der Gegenstand der Philosophie ist die "Idee", das heißt aber auf den Gegenstandsbereich, der als "objektiver Geist" rekonstruiert wird, bezogen, er ist "objektiver Zweck" - vollbrachte Welt. Über die schon realisierten Zustände hinaus reicht kein Wollen mehr, jedenfalls keines, das von der Philosophie, die ja zum Belehren stets zu spät kommt, überhaupt formuliert werden könnte. Und so wird im Kontext der Rechtsphilosophie die terminologische Unterscheidung von "subjektivem" und "objektivem Zweck" auf die von vergangener und moderner Welt anwendbar. Von unserem Standort aus, im Rekurs auf die Geschichte, die Auseinanderlegung des Geistes in der Zeit, wird die vergangene Welt als *n o c h n i c h t* ihren Zweck realisiert habende bestimmt. Die vergangene Welt wird als noch durch "Entzweiung" von *n u n* - von uns formuliertem "Begriff" und allererst *v o n u n s* formulierbarem Begriff und bestehender Realität definiert. Unsere Welt hat den von uns formulierten Begriff realisiert und ist "objektiver Zweck".

"Im Geiste, wie er an und für sich ist, als in welchem die Bestimmtheit schlechthin die *s e i n i - g e* und wahrhafte ist ..., macht das Verhältnis des Bewußtseins (das Auseinanderfallen von Wille und Realität e.A.) nur die *S e i t e* der *E r - s c h e i n u n g* des Willens aus, welche hier nicht mehr für sich in Betracht kommt."⁹³⁾

Gemäß dem Programm zu "begreifen, was ist" geht es der Philosophie des objektiven Geistes nur um die Explikation

92) Vgl. VII, 38 f.

93) Zur Verdeutlichung dessen, was "Seite der Erscheinung" heißt, sei folgendes Zitat herangezogen. "Diejenige

dessen, daß die Welt in ihrem gegenwärtigen Bildungsstande als objektiv geistiges Phänomen, als realisierter Geist zu deuten ist. Thema ist nicht, und dies wird in dem oben angeführten Zitat wiederholt - "Seite der Erscheinung" - weder in der Philosophie der Geschichte, noch in der Rechtsphilosophie die Explikation "wirklicher" Entzweiung. Was dem "Begriffe" nicht gemäß ist, was nicht als integrierter Bestandteil zu seiner Realisierung - als "Moment" - zu deuten ist, das wird in der Geschichtsphilosophie dem "Schutt der Geschichte" überantwortet, das ist in der Rechtsphilosophie dem Zufall preisgegebene, geistlose Empirie, der keine "Wirklichkeit" zugesprochen wird - "welche hier nicht mehr für sich in Betrachtung kommt". Das Auseinanderfallen des bloß Empirischen und des "Begriffs" - wie es etwa im Kontrast der Not der unterhalb der Subsistenzbedingungen existierenden arbeitenden Klasse zu den den Geist repräsentierenden Instanzen, zum Staat etwa oder gar zum Philosophen, vorliegt - wird als Entzweiung, die es nicht nur äußerlich, durch Verwaltungsakte, sondern im Willensbildungsgange selbst zu überwinden gälte, nicht mehr wahrgenommen. An welchem Kriterium wird hier gemessen? Der "Begriff" ist (1) entweder so formuliert, daß eine bestimmte Existenz - hier die arbeitende Klasse - nicht mehr unter ihn fällt und als nur zu "Seite der Erscheinung" gehörig qualifiziert wird. Dann aber zerfällt die Welt, mit Hegelschen Worten, in einen "formellen Gegensatz", in deren begriffsgemäßen Teil und den anderen unwesentlichen. Ein solches Vorgehen aber ließe sich an jedem Zustande der Weltgeschichte vornehmen, sofern nur

Realität, welche dem Begriffe nicht entspricht, ist bloße Erscheinung, das Subjektive, Zufällige, Willkürliche, das nicht die Wahrheit ist". (V, 238) Sie ist unterschieden von der emphatischen "Wirklichkeit", die, wie Hegel in der Phänomenologie des Geistes sagt, in ihrer geschichtlichen Ausbreitung die "Schädelstätte des Geistes" ausmacht. (II, 620)

ein "Begriff" jeweils einen Teil des Zustands adäquat durchwaltet. Der "Begriff" wäre nur faktisch geltendes Prinzip, er würde - mit anderen Worten - nur ein V e r s t ä n d n i s von Situationen ermöglichen, nicht aber ein normatives Kriterium darstellen. Oder aber (2) es läßt sich zeigen, daß es keinen "Begriff" über den formulierten hinausgibt. Hegel meint dies (§ 27). Dann zerfällt die Welt in einen begriffsgemäßen Teil und einen nicht begriffsgemäßen unvermittelt auseinander. Ganze Klassen von Menschen nehmen am emphatischen Leben nicht teil. Oder aber (3), und hier liegt m.E. die adäquate Hegeldeutung, der "Begriff" i s t das normative Beurteilungsprinzip, für das er ausgegeben wird, über den "Willen", der sich selbst zum Inhalt hat - d e r "Begriff" - ist kein weiterer Wille denkbar, die "Dialektik", das konkrete Begreifen der gegenwärtigen Situation, wird nur nicht bis an ihr Ende geführt. Die Dialektik wird stillgestellt. Es wird nicht gesehen, daß die Welt die Entzweiung noch immer nicht überwunden hat und daß das bloß als empirisch Deklarierte vielmehr noch die eine Seite eines "wirklichen Gegensatzes" darstellt, sehr wohl noch zur begriffsgemäßen Realität zu stilisieren ist.

Der Zusammenhang von Objektivität des Zwecks, wie sie in der Rechtsphilosophie als entwickelte Welt vorkommt - sie ist willentlich gestaltete Welt - und vollbrachter Welt als begriffsgemäße Realität, ist jedenfalls zu hinterfragen.

(2) Hegels terminologischer Unterscheidung von "subjektivem" und "objektivem Zweck" kommt jedoch über den endgeschichtlichen Ort, in den sie von ihm eingebettet wird, hinaus dennoch ein guter Sinn zu. Das Prinzip einen Praxis - der B e g r i f f - allerdings zuerst noch als V o r b e g r i f f vom zu Leistenden formuliert, der Gedanke von dessen ("Allgemeinheit")

Universalisierung, wird im Reflex auf eine noch nicht begriffsgemäße allgemeine Praxis schon bestimmbar⁹⁴⁾ und als singular geübt mit Hilfe dieses Prinzips kontrolliert gestaltbar. Als Beispiel für dieses Verfahren, in Hinsicht allerdings auf die Bestimmung von nur faktisch leitenden Prinzipien, sei das von Hegel namhaft gemachte Vorgehen der Nationalökonomie erwähnt.⁹⁵⁾ Sie, wie auch das moderne Naturrecht mit seiner Ausbildung des "abstrakten Rechts", hat das Prinzip einer erst noch "allgemein" zu leistenden Praxis formuliert - als subjektiven Zweck also - lange, ehe die geschichtliche Welt in ihrem Vollzug sich hinsichtlich der dort formulierten Inhalte fertig gemacht hat. Und nicht nur die aus bloß faktisch-historischer Praxis gewonnenen Prinzipien sind im Reflex auf eine noch nicht an ihr Ende gekommene Welt bestimmbar, sondern auch das Prinzip, das realisiert eine normative "Ordnung nach Ideen" im Gefolge hätte, wird im Reflex auf nur partiell geleistete als geistig rekonstruierbare Lebensvollzüge formulierbar. Übernimmt man Hegels Programm "zu begreifen, was ist" ohne den endgeschichtlichen Aspekt, den dieses Programm bei ihm hat, dann heißt "begreifen" auch, einen Lebensvollzug als unter Umständen nicht begriffsgemäß zu bestimmen, denn es steht ja nicht von vornherein fest, daß die Beurteilung, nur recht durchgeführt, ergibt, daß er allgemein begriffsgemäß ist.

Ist das Ziel nicht nur der Nachweis, daß die zu beurteilende Praxis schon begriffsgemäße Realität ist, dann geht der Anwendung des Begriffs vorher die Verständnisbildung. Ehe die Handlungen und die durch sie erfüllten Zwecke beurteilt werden können, müssen sie bekannt sein.

94) Vgl. vorn Kapitel 5

95) VII, 271

Die Verständnisbildung erfolgt auf zweierlei Weise:

(a) Sie besteht zum einen darin, die ein vorliegendes Tun leitenden Zwecke zu bestimmen. Unter Anwendung des Handlungs-Wirkungswissens des Verstehenden werden die *W i r k u n g e n* jenes Tuns bestimmt. Unter Zugrundelegung des Handlungs-Wirkungswissens der Handelnden werden unter Rekonstruktion von deren moralisch-relevanten Beratungen die von ihnen verfolgten Zwecke formuliert. (b) Die Verständnisbildung besteht zum anderen darin, zu *b e s t e h e n d e n* Zuständen, von denen angenommen wird, daß sie *Z w e c k e* von Handelnden (gewesen) sind, zugehörige Handlungskomplexe festzustellen u n d zugrundeliegende moralisch-relevante Beratungen zu rekonstruieren, wobei angenommen wird, daß letztere zu *B e s c h l ü s s e n* geführt haben, deren Ausführung die *b e s t e h e n d e n* Zustände, von denen im methodischen Verfahren ja ausgegangen wurde, zur *W i r k u n g* hatten.

Durch die methodische Rekonstruktion zugrundeliegender moralisch-relevanter Beratungen wird die Adäquatheit des Verständnisses gesichert. Für diese Rekonstruktion ist ein Tat-Wirkungswissen des Rekonstruierenden, des weiteren ein Wissen um das Handlungs-Wirkungswissen der Handelnden selbst, insbesondere aber ein Wissen um die Strukturierung der den Beratungen zugrundeliegenden Zwecksysteme bei den Beratenden, neben einer Kenntnis der Situation, in der beraten wird (Verfügungsstand über Naturprozesse usw.) erforderlich.

Das unter (b) bezeichnete Verfahren nimmt nun "objektive Zwecke" zum Ausgang, von denen allerdings *n i c h t* schon feststeht, daß sie einer Beurteilung auf ihre Begriffsgemäßheit auch standhalten, zunächst sind die

Wirkungen, von denen der Ausgang genommen wird, nur faktische "objektive Zwecke" - "objektiv" noch jenseits (im methodischen Nacheinander) von gut und böse.⁹⁶⁾ Es kommt - und diesem Mißverständnis ist vorzubeugen - bei diesem Verfahren nicht so sehr darauf an, daß diejenigen, die die Zustände, von denen methodisch der Ausgang genommen wird, durch ihr Tun bewirkt haben, faktisch auch beraten haben und daß der "objektive Zweck" zuvor auch deren "subjektiver" gewesen ist. Die "objektiven Zwecke" werden bei diesem Verfahren - das ich hier nur ganz allgemein andeuten möchte - nicht bezüglich von ihnen vorgängig "subjektiven" bestimmt, sondern vom Bewirkten her. Ja, sogar was nun als "subjektiver Zweck" der Handelnden behauptet wird, wird vom "objektiven" her bestimmt. Ein Verfahren des "Als-ob". -

Die Verständnisbildung hält Hegel, wie ich vorn schon bemerkt habe, für geleistet. Er hat nur isoliert das "Begreifen" im Blicke. Sieht man von dieser eingeschränkten methodischen Zwecksetzung ab⁹⁷⁾, dann läßt unter Einbezug der Verständnisbildung das unter (b) skizzierte Verfahren bei Hegel unter dem Titel "teleologische Tätigkeit"⁹⁸⁾ - auch "teleologische Beziehung"⁹⁹⁾ - finden.

96) Daß die Verfahren der Festsstellung von Zwecken in der Verständnisbildung und bei der Beurteilung durch das Begreifen, ja nicht einmal die bloße Deskription unserer Situation nicht derart linear in methodisch aufeinanderfolgenden Schritten, sondern stets unter nachträglicher Explizierung von schon in Anspruch genommenem geschieht, das ergibt sich aus der Bestimmung der dialektischen Methode. Auf sie sei - um der Vermeidung von Mißverständnissen willen - hier vorgreifend schon verwiesen. Vgl. S.Blsche, O.Schwemmer, Methode und Dialektik, a.a.O., S.481 ff.

97) Insbesondere ist von Hegels teleologisch-theologischer Absicht abzusehen bzw. diese methodologisch umzuinterpretieren.

98) V,228

99) VII,216 ff.

"Man kann daher von der teleologischen Tätigkeit sagen, daß in ihr das Ende der Anfang, die Folge der Grund, die Wirkung die Ursache sei, daß sie ein Werden des Gewordenen sei, daß in ihr nur das schon Existierende in die Existenz komme u.s.f., das heißt, daß überhaupt alle Verhältnisbestimmungen, die der Sphäre der Reflexion oder des unmittelbaren Seins angehören, ihre Unterschiede verloren haben, und was als ein A n d e r e s wie Ende, Folge, Wirkung u.s.f. ausgesprochen wird, in der Zweckbeziehung nicht mehr die Bestimmung eines A n d e r e n habe, sondern vielmehr als identisch mit dem einfachen Begriff gesetzt ist."¹⁰⁰)

Es wird vom Bewirkten her begriffen. In den Blick gerät so nur das Realisierte. Und gleichermaßen kann eine Verständnisbildung auch verfahren. Das ehemals n u r subjektive Intendierte, jedoch nicht realisierte, findet bei d i e s e m Verfahren - sehr wohl jedoch bei dem unter (a) bezeichneten - keine Berücksichtigung. "Identisch mit dem einfachen Begriff gesetzt" (aus obigem Zitat): Die bestehende Realität wird aus methodischen Gründen als Z w e c k behauptet. Was an ihr sich als Wirkung von Handlungen rekonstruieren ist, das ist realisierter Geist.

Die Geschichte - dies ist ein (Hegelsches) methodisches Prinzip - "vernünftig" anzusehen heißt zwar zu erwarten, daß es in ihr a u c h vernünftig zugegangen sei, diese Erwartung schließt jedoch die endgeschichtliche Überzeugung Hegels nicht ein. Was sich "objektiv" durchsetzt und nun als "objektiver Zweck" aus methodischen Gründen behauptet wird, was als wildwüchsiges Sichabarbeiten unter subjektiven Zwecksetzungen entstanden sein mag und unsere Situation als Wirkung bzw. im Gefolge hatte, m u ß keineswegs schon "Idee" sein. Wenn Hegel im Rekurs auf seine normative Vorstellung vom "objektiven Zweck" und von "List der Vernunft" redet, daß sich hinter dem Rücken der Handelnden, ohne daß sie je deren "subjektiver Zweck" wäre, die begriffsgemäße Realität als "objektiver" erzeugt hat,

¹⁰⁰) V,228

gerät er in die Nähe zur Theologie¹⁰¹⁾. Eine Dialektik hin zum "Negativen" - zu einem "objektiven Zweck", dessen normative Beurteilung negativ verlief - auf die Adorno komplementär¹⁰²⁾ zu Hegel verweist, kommt in der Hegelschen fortschrittsoptimistischen und endgeschichtlich definierten Philosophie nicht vor.

6.2.2.2 "Inhalt des Willens"

Die Beseitigung bzw. Vermeidung von Konflikten ist vorn als der moralphilosophische Überlegungen leitende **V o r b e g r i f f** formuliert worden. Der Vorbegriff wird in Bezug auf entzweite Situationen bestimmt, in denen "subjektive Zwecke" einander ausschließen. Dieser Vorbegriff selbst ist in der Hegelschen Bedeutung der Wendung selbst "subjektiver Zweck" und kommt deshalb in der Hegelschen Rechtsphilosophie, die es mit "Ideen" - positiv normativ beurteilten "objektiven Zwecken" also - zu tun hat, "nicht mehr für sich in Betrachtung".

Hegel für moralphilosophische Überlegungen im angezeigten Sinne nutzbar zu machen könnte demgemäß heißen, was bei ihm als "objektiver Zweck" formuliert wird - als "Idee" - in einen subjektiven zurückzuübersetzen und damit den Begriff als **V o r b e g r i f f** zu fassen von einem Lebensvollzug, der zumindest noch nicht allgemein geübt wird - eine Konsequenz, die jedenfalls der Linkshegelianismus gezogen hat.

Nun ist aber zumindest die Einleitung zur Rechtsphilosophie und das Kapitel über die Moralität - vom er-

101) Vgl. etwa die emphatischen Äußerungen Hegels zur "List der Vernunft" und zur "göttlichen Vorsehung" VIII, 42o.

102) Vgl. Th.W.Adorno, Negative Dialektik, Frankfurt/M.1966

reichten Standort der "Idee" aus - e r i n n e r n -
d e Rekonstruktion jenes als überwunden behaupteten
Zustands des nur "erscheinenden Willens", und wer
die Moralphilosophie Hegels zu rekonstruieren sucht,
wird hier fündig. Und der Abschnitt über die bürger-
liche Gesellschaft - nimmt man ihn in der konzipier-
ten Fassung als Zustand entzweiter Sittlichkeit und
folgt Hegel darin nicht, daß die bürgerliche Gesell-
schaft die Entzweigung immanent und daß die Entzweigung
durch den die bürgerliche Gesellschaft transzendie-
renden Staat erst recht schon aufgehoben sei - der
Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft bietet
ein hinreichendes Vokabular, das unsere Situation als
entzweite bestimmt.

Bevor also jene Rückübersetzung des Begriffs in den
Vorbegriff unternommen wird, ist zunächst einmal die
in der Einleitung zur Rechtsphilosophie entwickelte
m o r a l p h i l o s o p h i s c h e Terminologie
der Willensbildung näher zu explizieren. Hierunter fal-
len neben den schon angeführten "subjektiver" und
"objektiver Zweck" insbesondere die Termini "Wille an
sich" und "reflektierender Wille". Der letztere Ter-
minus steht für moralisch-relevante Willensbildungen
invariant zur ihrer Begriffsgemäßheit, die allerdings,
da nur "erscheinender Wille", von Hegel selbst nicht
näher in ihrer Struktur bestimmt werden. Ich werde
im übernächsten Kapitel (8) versuchen, für derartige
Willensbildungen, die hier unter dem Titel "reflek-
tierender Wille" zusammengefaßt werden, eigene Vor-
schläge zu formulieren.

Eine Rückübersetzung in den subjektiven Zweckbegriff
wird allerdings mit dem Terminus "Wille an und für sich"
vorzunehmen sein, desgleichen mit dem an ihm formulier-
ten Freiheitsprinzip. Letzteres wird nicht nur in sei-

ner Aufgabe, die es bei Hegel hat, den Nachweis nämlich zu führen, daß die modernen Institutionen seine Realisationen sind, genommen, sondern insbesondere in seiner Aufgabe, die ihm als einem Beurteilungs- und Willensbildungsprinzip nach Ablegung des endgeschichtlichen Dogmas zukommt, zu nehmen sein. Zu prüfen ~~sein~~ wird insbesondere, inwieweit das Freiheitsprinzip rückübersetzt ~~ein~~ Moralprinzip wird.

Im Anschluß an die Entwicklung der in der Einleitung zur Rechtsphilosophie bestimmten Terminologie werde ich mich - im nächsten Kapitel (7) - in einer Interpretation und Rekonstruktion des Kapitels über die Moralität dem Hegelschen Handlungsbegriff zuwenden, der Bestimmung des moralisch-relevanten Handelns im weiteren Sinne, was die beiden ersten Teile dieses Kapitels betrifft und der des ("subjektiv") moralischen im engeren Sinne, dem der dritte Teil gewidmet ist.

Vom "wirklichen Willen" wird in Hinsicht auf einen (1) (noch) nicht bestehenden Zustand, (2) auf die Herstellung dieses Zustandes selbst und (3) auf den hergestellten Zustand gesprochen, und es werden so von Hegel dessen drei "Formen" unterschieden und zwar unabhängig zur näheren Bestimmung des Inhalts des "bestimmten Willens". In §§ 9 ff. wird nun auf den Inhalt gesehen und zwar des näheren darauf, ob er vorgegeben, ob er als vorgegeben ~~er~~ reflektiert und gesetzt oder ob er als durch Willensbildung selbst hervor gebracht ist. Bezüglich des Inhalts wird der wirkliche Wille in (1) "an sich seienden Willen", (2) "für sich seienden" oder "reflektierenden Willen" und (3) "an und für sich seienden Willen" unterschieden.

6.4.2.2.1 "An sich seiender Wille"

"Dieser Inhalt oder die unterschiedene Willensbestimmung ist zunächst u n m i t t e l b a r. So ist der Wille nur a n s i c h f r e i, oder f ü r u n s ..."¹⁰³⁾

Auf die Bestimmung dessen, was "an sich" heißt, geht Hegel in §§ 10 f. näher ein. Die Unterscheidung von "an sich" und "für sich", auf die ich mich zunächst beschränken möchte, betrifft geistige Gebilde und zwar deren - von der ausentwickelten Gestalt her bestimmten Reflexionsgrad (dialogisch: Beratungsgrad). Daß ein Wille nur an sich ist, das wird von uns ("für uns") her bestimmt und mag immerhin auch derjenige, von dem w i r sagen, er habe nur einen an sich seienden Willen lernen, dies - im Reflex auf sein eigenes Tun - auch selbst zu konstatieren, so tut er dies von einer gewissermaßen höheren Reflexionswarte aus, und es ist "für ihn" nun, was zuvor nur "an sich" gewesen ist. Hegel macht - in Anlehnung an tradierte Redeweisen - parallel zur Rede von "an sich" und "für sich" den Unterschied von "möglich" und "wirklich". Der Ausdruck "Wille" wird im Rekurs auf eine "in sich reflektierte Besonderung" eingeführt, auf die Bedachtheit der Willensbestimmung¹⁰⁴⁾ und von hier aus als defiziente Gestalt - als n o c h n i c h t - bestimmt. In diesem Sinne aber ist der an sich seiende Wille aber gar kein Wille, denn er wird ja gerade vom Ergebnis des Rekurses auf die Bedachtheit von Willensbestimmungen her als Nichtbedachtheit der Willensbestimmung definiert.

Der an sich seiende Wille ist die unmittelbare "Begierde" ("Trieb"), Hegel nennt ihn auch "sinnlichen Willen", und der Ausdruck "Wille" wird in der Wendung

¹⁰³⁾ VII, 62

¹⁰⁴⁾ Vgl. die von Hegel in diesem Zusammenhang noch einmal explizit vorgenommene Normierung von "Wille" VII, 63 (§ 10 Zus.)

gebraucht, um die Begierde eines seine Vernunft (noch) nicht gebrauchenden Menschen von der im "An sich" unwiderruflich verharrenden tierischen¹⁰⁵⁾ zu unterscheiden. "Für uns" ist der "Trieb" dieses Menschen aus dem Grunde, weil er in eine sprachliche Artikulation gebracht wird¹⁰⁶⁾, ein Gegenstand eines prinzipiell möglichen Rekurses durch den durch unsere Prädikation Betroffenen selbst.

"Die empirische Psychologie erzählt und beschreibt diese Triebe und Neigungen ..."¹⁰⁷⁾

Der Ausdruck "an sich seiender Wille" ist nicht gleichbedeutend mit dem vorn normierten - der monologischen Reduktion Rechnung tragenden - Terminus "begehren". Als probeweises Selbstauffordern ist das Begehren jedenfalls schon denkvermittelt. Auf Erfahrungen mit Nichtrealisierungen von Selbstaufforderungen wird schon Bezug genommen und die Willensbestimmung ist schon Denkgegenstand. Von der bloßen Begierde wird hinsichtlich einer unmittelbaren - nicht bedachten - Selbstaufforderung samt deren unmittelbarer Befolgung zu sprechen sein. Das "Begehren" ist schon "für sich seiender Wille".

Zwar ist der an sich seiende Wille auf die Realisierung eines bestimmten Sachverhalts aus, nur ist von einem Entschluß - gemäß der gegebenen Einführung dieses Wortes - nicht zu sprechen. Spricht man dennoch von Entschluß, wie die vorn schon erwähnte an einem irrationalen Willensbegriff sich festmachende

105) Vgl. VII,64 (§ 11 Zus.).

106) "Dieser Inhalt ... kommt zwar von der Vernünftigkeit her ..., aber in solche Form der Unmittelbarkeit ausgelassen, ist er noch nicht in Form der Vernünftigkeit." (VII,63)

107) VII,63

Tradition es tut, dann ist diese Rede ebenfalls im oben angezeigten uneigentlichen Sinne zu nehmen. Da der Inhalt nicht reflektiert ist, kommt dem "unmittelbaren Willen ... nur das a b s t r a k t e B e - s c h l i e ß e n , als solches, zu ..." ¹⁰⁸⁾.

In der Philosophie des subjektiven Geistes (Enz.) wird der an sich seiende Wille ausführlicher unter dem Titel "praktisches Gefühl" ¹⁰⁹⁾ abgehandelt. Klarer noch als in der Einleitung zur Rechtsphilosophie wird hier, daß Hegel über die unmittelbare Vorgegebenheit von Inhalten spricht und zwar unter Bezug auf ein zwar prinzipiell - unter Umständen noch nicht "gebildetes" - zu konstatierendes, nicht aktiviertes Vermögen zu wollen. Die Berechtigung für uns, ein solches Vermögen zu konstatieren, erwächst - dialogisch rekonstruiert - aus der s p r a c h - l i c h e n Artikulation des zu realisierenden Inhalts, etwa in einer unmittelbar geäußerten Aufforderung. Durch die Rede vom "praktischen Gefühl" oder "fühlenden Wollen" ¹¹⁰⁾ wird eine genauere seinsmäßige Unterscheidung zwischen tierischen und genuin menschlichen B e d ü r f n i s s e n ermöglicht. ¹¹¹⁾ An sich seiender Wille ist in diesem Zusammenhang sprachlich k o n s t a t i e r t e s Bedürfnis. Und auch andere - kulturell vermittelte - Inhalte, die überkommen und a r t i k u l i e r t werden,

108) Hegel gebraucht, anderes als von mir vorn in Rücksicht auf die methodische Trennung monologischer und dialogischer Redeweisen vorgeschlagen, "sich entschließen" und "beschließen" gleichbedeutend. Vgl. VII, 64

109) X, 367

110) X, 371

111) "Triebe, Begierden, Neigungen hat auch das Tier, aber das Tier hat keinen Willen, und muß dem Trieb gehorchen, wenn nichts Äußeres es abhält. Der Mensch steht aber als das ganz Unbestimmte über den Trieben und kann sie als die seinigen bestimmen und setzen. Der Trieb ist in der Natur, aber daß ich ihn in dieses Ich setze, hängt von meinem Willen ab, der sich also darauf, daß er in der Natur liegt, nicht berufen kann." (VII, 64)

über die jedoch nicht argumentiert wird (worden ist), die dennoch "abstrakt beschlossen" sind, sind als praktisch "gefühlte" bestimmbar.

"Endlich entsteht eine ... Art von Gefühlen dadurch, daß auch der aus dem Denken stammende, substantielle Inhalt des Rechtlichen, Moralischen, Sittlichen und Religiösen in den fühlenden Willen aufgenommen wird."¹¹²⁾

Definiert wird der an sich seiende Wille durch einen Inhalt, der unreflektiert vorgegeben - als menschliches Bedürfnis von Natur vorgegeben - ist und bleibt.

"...Inhalt - es sind die Triebe, Begierden, Neigungen, durch die sich der Wille von Natur bestimmt findet."¹¹³⁾

6.4.2.2 "Für sich seiender Wille"

Der "wirkliche Wille" wird durch die - auf "Denken" gründende - Aktualisierung der Vermögen, jeglichen Inhalt aufgeben (§ 5) und Inhalte als Willensbestimmungen aufnehmen zu können (§ 6), definiert. Diese Bestimmungen erfolgen im Rekurs auf schon geleistete Willensbildung, im Rekurs auf die Tätigkeit des wirklichen Willens. Die Bestimmung des an sich seienden Willens erfolgt im Rekurs auf Inhalte, die zwar aufgegeben werden können, die jedoch ihrerseits nicht schon selbst von demjenigen Willen, über den gerade gesprochen wird, reflektiert und gesetzt (§ 6) sind. So ist terminologisch festzulegen: Sind die vorgegebenen Inhalte in keiner Weise als

¹¹²⁾ X, 372

¹¹³⁾ VII, 63; In der Philosophie des subjektiven Geistes unterscheidet Hegel noch genauer zwischen "Begierde", "Trieb" und "Neigung" ("Leidenschaft"). Vgl. X, 373 f.

durch Willen (§§ 6 f.) gesetzt oder hervorgebracht rekonstruierbar, dann ist er elementar bedürfnisdefiniert. Sind die vorgegebenen Inhalte als durch a n d e r e n Willen gesetzt oder hervorgebracht rekonstruierbar - etwa als Kulturleistung - jedoch nicht durch d e n Willen, über den gerade gesprochen wird, reflektiert, dann handelt es sich um interaktionsvermittelte oder interaktionsbestimmte Inhalte. Sie sind dem Willen, über den gerade gesprochen wird, als Gefühlsinhalt vorgegeben (etwa als durch einen Vorgang der Internalisierung zustandekommendes Gerechtigkeitsgefühl, religiöses Gefühl usw.).

Tritt das in § 5 artikulierte Moment ein, das heißt tritt das Denken an diesen Inhalt - wird beraten - dann ist vom für sich seienden Willen und im eigentlichen Sinne vom w i r k l i c h e n W i l l e n erst zu sprechen, sofern allerdings das Denken im Entschluß zu einem Ende kommt, denn ein nicht sich entschließendes Reflektieren ist kein wirklicher Wille.¹¹⁴⁾

In reifizierender Redeweise spricht Hegel, wenn er das Vermögen, von allem Inhalt absehen zu können (§ 5), im Blicke hat, über ein "bei sich selbst seiendes u n e n d l i c h e s I c h", das über dem Inhalt steht¹¹⁵⁾, allerdings über ein nur "formell unendliches" - ungebundenes - weil es "an diesen Inhalt, als die Bestimmungen seiner Natur und seiner äußeren Wirklichkeit, jedoch als unbestimmtes nicht an diesen oder jenen Inhalt, g e b u n d e n ist (§ 6,11)".¹¹⁶⁾ Diese Inhalte, an die das "unendliche Ich" gebunden ist, sind jedenfalls die elementaren Bedürfnisse, denn deren Nichtbefriedigung hat ja

114) VII,65

115) VII,66

116) ebda. Vgl. auch X,377 (§ 476)

die Aufhebung jenes Aufhebungsvermögens selbst im Gefolge. Und was Hegel stärker im Auge hat, das ist die Gebundenheit an die vielfältigen - auch schon höherstilisierten - vorgegebenen Inhalte, zu denen dann in Erweiterung auch die schon einer Willensbildung unterworfenen und nun in Frage gestellten gesetztem treten¹¹⁷⁾, bezüglich deren dann die Verfügung darin besteht, den einen o d e r einen anderen Inhalt zu setzen, das heißt zu "wählen".

"... Ich die M ö g l i c h k e i t, mich zu diesem oder einem anderen zu bestimmen, - unter diesen für dasselbe nach dieser Seite äußern Bestimmungen zu w ä h l e n."¹¹⁸⁾

Durch das Herantreten des Denkens an den Inhalt wird die Verfügung über Praxis begründet. Der Inhalt, der nun die Willensbestimmung ausmacht, wird als vorgegebener g e s e t z t.

"Eine solche Besonderheit des Triebes ist auf diese Weise nicht mehr unmittelbar, sondern erst die s e i n i g e (sc. des Willens), indem er sich mit ihr zusammenschließt und sich damit bestimmte Einzelheit und Wirklichkeit gibt."¹¹⁹⁾

Dies, daß ich diesen oder jenen Inhalt wählen kann, nennt Hegel in reifizierender Weise die "Allgemeinheit des Willens"¹²⁰⁾, als b e s t ü n d e nach Aufhebung aller Bestimmung ein unbestimmtes "unendliches Ich", das n u n "wählt" und setzt. Macht man diese Reifizierung nach dem vorn angeführten Vorschlag rückgängig und hat man vor Augen, daß mit ihr das methodisch bestimmte Aufhebungsvermögen des Willens einen Ausdruck findet, das in Hinsicht auf die Verträglichkeit von Willensbestimmungen ak-

117) VII, 69 (§ 16)

118) VII, 66. Vgl. auch X, 377 (§ 477)

119) X, 377

120) VII, 68

tiviert wird, dann wird folgender Satz verständlich.

"Die Wahl liegt daher in der Unbestimmtheit des Ich, und in der Bestimmtheit eines Inhalts."¹²¹⁾

Die Verfügung über Praxis beschränkt sich auf die Wahl zwischen mannigfaltiger Vorgegebenheit, denn der "Inhalt (ist) nicht durch die Natur meines Willens bestimmt"¹²²⁾.

"... hält man die Ansicht fest, daß der Inhalt ein gegebener sei, so wird der Mensch dadurch bestimmt und ist eben nach dieser Seite hin nicht mehr frei."¹²³⁾

In den Ausführungen über den für sich seienden oder "reflektierenden Willen" hat Hegel - "abstrakt" - das Verhältnis allein von V o r g e g e b e n - h e i t und S e t z u n g im Blicke.

In einem ersten Schritt wird ein orientierungsloses "Wählen" bestimmt - die bloße "Willkür". Von ihr ist dann zu sprechen, wenn die Deutung von Handlungsfolgen im Rekurs auf gleiche wiederkehrende Situationen keine Konsistenz bezüglich verfolgter Zwecke ergibt. Die bloße Willkür ist maßstablos und mag im Grenzfall auch die Nichtaufnahme eines elementaren Bedürfnisses als Willensinhalt einschließen. Argumentieren zum Zwecke der Konfliktvermeidung ist bezüglich eines derartigen Wollens per definitionem nicht möglich, denn die Konfliktvermeidung wäre ja schon ein Maßstab, der ein konsistentes Verfolgen gleichbleibender Zwecke einschlosse,

In ihrer Erfüllung schließen die unmittelbaren sowohl, als auch die gesetzten Willensbestimmungen

121) ebda

122) VII, 68

123) VII, 69

einander häufig aus¹²⁴⁾. Zusammen sind die Inhalte nicht realisierbar. Bloß willkürlich ist die Entscheidung für den einen o d e r einen anderen der einander ausschließenden Inhaltsrealisierungen, wenn kein der jeweils aktuellen Willensbildung zugrundeliegendes Zwecksystem im deutenden Zugriff bestimmt werden kann - Willkür erster Stufe.

Eine Willkür zweiter Stufe, die von Hegel allerdings ununterschieden zur ersten behandelt wird¹²⁵⁾, ergibt sich dann, wenn die Wahl mit "berechnendem Verstande, bei welchem Triebe m e h r (Sperrung von mir) Befriedigung oder nach welcher andern beliebigen Rücksicht"¹²⁶⁾ sonst, vorgenommen wird, dem deutenden Zugriff - u n s - wird die Bestimmung eines Maßstabs, als unter dessen Anwendung (Gemäßheit oder Befolgung) die Wahl erfolgreich rekonstruiert wird, bestimmbar. Die Willkür betrifft hier die Vorgegebenheit oder die Wahl des Maßstabs, daß durchgängig etwa dann, wenn die vorgegebenen Inhalte mit unterschiedlicher Intensität auftreten, stets der Inhalt gewählt wird, der einen höheren Intensitätsgrad aufweist als ein kontroverser anderer. Was Intensität eines Triebes etwa heißt, wäre allerdings erst noch methodisch zu bestimmen.

Die "Naturgewalt der Triebe" setzt sich durch, und das Denken gibt sich mit "dem Augenblicklichen zufrieden"¹²⁷⁾.

"Willkür" ist nach der Hegelschen Bestimmung jegliches "formelle Wollen". "Formell" ist ein Wollen, das sich im Bezug auf v o r g e g e b e n e Inhalte realisiert.

124) ebda (§ 17); vgl. X, 375

125) VII, 69 (§ 17)

126) VII, 69

127) VII, 71

Die Willkür nach dieser Bestimmung hat ihre eingeschränkste Stufe erreicht, wenn die Setzung a k - t u e l l sich anbietender - unter Umständen in ihrer Realisierung ausschließender - Inhalte als Willensbestimmung nicht mehr von deren unmittelbarer Gewalt abhängt, sondern allgemein, das heißt s t e t s auf m ö g l i c h e , nicht aktuell schon im Blick liegende Inhalte, bezogen wird, das heißt, wenn auf die vielfältigen Wirkungen und Folgen aktueller Inhaltsrealisierungen rekurriert wird und die Setzung, wie Hegel sagt, von einem "Ganzen der Befriedigung"¹²⁸⁾ abhängt. Dieser Bezug ist der auf ein der aktuellen Willensbildung vorgängig nach Über- und Unterordnung strukturiertes System bedingter Zwecke, wobei deren Strukturierung selbst in Hinsicht auf eine höchstmögliche Befriedigung unter Maßgabe von einer möglichen Einschränkung der zu realisierenden Inhalte gegeneinander abhängig gemacht wird. Statt "Ganzes der Befriedigung" sagt Hegel auch "Glückseligkeit"¹²⁹⁾.

"Die Glückseligkeit ist die verworrene Vorstellung der Befriedigung a l l e r Triebe, deren einer dem anderen ganz oder zum Teil aufgeopfert, vorgezogen und vorgesetzt werden soll."¹³⁰⁾

Die Ausrichtung aktueller Willensbildung (Setzung) nach der Glückseligkeit bedeutet eine Überschreitung der Gebundenheit an die Vorgegebenheit des Inhalts und des Maßstabs, der ja auf der zweiten Stufe der Willkür eh nur einer für uns ist, die Deutenden. Zwar wird die Glückseligkeit jeweils durch die Erfüllung bestimmter vorgegebener Inhalte realisiert und bleibt so an jene gebunden, sie ist jedoch da-

129) Vgl. VII,71 f. und X,378. Unter dem Titel "Wohl" spricht Hegel im Kapitel über die Moralität über die Glückseligkeit in der näheren Bestimmung, die für den Eintritt des "Subjekts" in den gesellschaftlichen Kontext bedeutsam ist.

130) VI,279 (§ 396)

rüberhinaus ein die besonderen Inhalte transzendierender allgemeiner Zweck und zwar ein "subjektiver".

"Die Glückseligkeit ist die nur vorgestellte, abstrakte A l l g e m e i n h e i t des Inhalts, welche nur sein s o l l." ¹³¹⁾

Da immer wieder neue Inhalte vorgegeben werden, deren Erfüllung zugleich Realisierung der Glückseligkeit ist - die Bedürfnisse etwa kehren immer wieder - so ist sie niemals voll realisierter - "objektiver" - Zweck.

"Die Glückseligkeit ist ... abstrakte Allgemeinheit": "Allgemeinheit" im vorliegenden monologischen Ansatz Hegels heißt hier noch nicht "Gemeinsamkeit". Die Glückseligkeit ist nicht allgemein in dem Sinne, daß sie einen gruppenmäßigen, die besonderen Begehren von Individuen überschreitenden Zweck definierte. Allgemeinheit ist - und gleiches ist von der Rede über die "Allgemeinheit des Ich" in § 5 der Rechtsphilosophie zu sagen - Ausdruck für die Ungebundenheit des Individuums bezüglich der Vorgegebenheit bestimmter besonderer Inhalte, dafür, daß in aktueller Willensbildung zugunsten einer Vielzahl anderer Inhalte ein Inhalt - auch wenn er mit "Naturgewalt" auftritt - aufgegeben wird und Verträglichkeit hierdurch erreicht wird.

Die Rede von der Orientierung an einem Ganzen der Befriedigung ist im Rekurs auf ein durch Deutung rekonstruiertes nach Über- und Unterordnung strukturiertes System von bedingten Zwecken zu führen. Wer seine je aktuelle Willensbildung hinsichtlich der Setzung v o r g e g e b e n e r Inhalte von einem solchen Zwecksystem abhängig macht, von dem

131) X, 378

soll gesagt werden, daß er ein Ganzes der Befriedigung oder die Glückseligkeit im Blick hat.

Über Glückseligkeit wird in Rücksicht darauf gesprochen, daß Zwecke schon strukturiert sind. Mit der Bestimmung der Glückseligkeit ist noch kein p o s i t i v e s Prinzip dafür gewonnen, wie sie strukturiert werden s o l l e n. Hegel greift denn auch im Kapitel über die Moralität bei der Bestimmung der Glückseligkeit nur auf ein faktisch vorfindliches solches System von Zwecken, hinsichtlich dessen von einem Ganzen der Befriedigung gesprochen werden kann, zurück. Es wird in Hinsicht auf die Bestimmung des Lebensvollzugs des "Subjekts" i n der bürgerlichen Gesellschaft ein (letztlich) bedürfnisstrukturiertes System rekonstruiert, von dem Hegel näher als vom "Wohl" spricht. Obenan stehen, so läßt sich Hegels Text insbesondere dann, wenn man auf die Einordnung des Subjekts in die bürgerliche Gesellschaft und seine dort sich entwickelnde Orientierung schaut, verstehen, die elementaren Bedürfnisse, deren aktuellen Willensbildungen vorgängige Auszeichnung als übergeordneter Zweck die erste Strukturierung ergibt.

Nach der von mir vorn vorgeschlagenen Redeweise skizziert Hegel, i m d e u t e n d e n Rückgriff auf die Gewordenheit der eigenen Situation, ein System zugrundeliegender Zwecke, hinsichtlich dessen m o r a l i s c h r e l e v a n t argumentiert werden kann. D a ß ein solches System bedürfnisorientiert, also letztlich unter Obenanstellung der elementaren Bedürfnisse als Zwecke strukturiert werden soll, dafür läßt sich nur von der G e m e i n s a m k e i t des V o r b e g r i f f s bzw. vom erarbeiteten "Begriff" her, wie er von Hegel dem Anspruche nach im Kontext der Bestimmung des an und für sich seienden Willens expliziert wird,

selbst argumentieren. Daß unsere Situation durch eine Orientierung an einem solchen bedürfnisorientierten System bestimmt ist, das ergibt der deutende Zugriff auf die Geschichte, die Bestimmung unseres Lebensvollzugs als bürgerliche Gesellschaft. Daß die Orientierung an einem solchen System von Zwecken erfolgen soll, die Frage erweitert sich bei Hegel dahin, ob die bürgerliche Gesellschaft sein soll, ob sie in ihrem Bestehen "Idee" ist. Letztere Frage wird durch die Einordnung der bürgerlichen Gesellschaft in das Kapitel über die Sittlichkeit, durch die Funktionsbestimmung, die vorgegebenen unhintergehbaren Inhalte zu realisieren, beantwortet. Das System der Sittlichkeit - der Staat - steht unter der Bedingung, daß das System der Bedürfnisse besteht.

Die Ausprägung der Orientierung an einem Ganzen der Befriedigung, die Heranführung der "Allgemeinheit des Denkens" an die vorgegebenen Inhalte und näher die Orientierung an einer bedürfnisorientierten Strukturierung führt Hegel auf einen Prozeß der "Bildung" zurück¹³²⁾ und zwar - Hegel verweist hier auf § 187 der Rechtsphilosophie - auf einen Prozeß, der schließlich die unter dem Prinzip der Besonderheit - letzteres ist nichts anderes als die explizite subjektive Orientierung am Wohl - stehende bürgerliche Gesellschaft hervorbringt.

Die Glückseligkeit ist "allgemeiner Zweck", der in Hinsicht auf ein sich wildwüchsig bildendes strukturiertes Zwecksystem bestimmt wird. Wer einen derartigen Bildungsprozeß im Rücken hat, wer zu der vornamhaft gemachten ursprünglichen Einsicht gekommen ist, der verfolgt die Glückseligkeit. Die

132) VII,71

Glückseligkeit ist ein nachträglich zur vorgenommenen Zweckstrukturierung bestimmtes, kein sie selbst materialstrukturierendes Prinzip. Über die Zwecke selbst, welche jedenfalls verfolgt werden sollen und welche nicht, gibt dieses Prinzip keine Auskunft. Die Glückseligkeit ist so nur "abstrakt Allgemeines".

"In dem Ideal von Glückseligkeit liegen ... zwei Momente: erstens ein Allgemeines, das höher ist als alle Besonderheiten: da nun aber der Inhalt dieses Allgemeinen wiederum der nur allgemeine Genuß ist, so tritt hier noch einmal das Einzelne und Besondere, also ein Endliches auf, und es muß auf den Trieb zurückgegangen werden. Indem der Inhalt der Glückseligkeit in der Subjektivität und Empfindung eines Jeden liegt, ist dieser allgemeine Zweck seinerseits partikular, und in ihm also noch keine wahre Einheit des Inhalts und der Form vorhanden."¹³³⁾

Wer seine Willensbildung in Hinsicht auf ein strukturiertes System von Zwecken ausrichtet¹³⁴⁾, der hat ein Ganzes der Befriedigung im Blicke, das unabhängig von je bestimmten Inhaltsrealisierungen erreicht wird. Durch die Beziehung auf das strukturierte Zwecksystem wird V e r t r ä g l i c h k e i t einander ausschließender Inhalte erreicht, die Strukturierung selbst wird zum Zwecke der Vermeidung von Nichterreichungen von Inhaltsrealisierungen, die einander ausschließen, vorgenommen - sie steht unter dem V o r b e g r i f f. Die Verträglichkeit wird jedoch nicht mehr durch die Aufgabe aller einander ausschließender Inhalte erreicht (§ 5), sondern im Hinblick auf ein jeweils material bestimmtes Ganzes der Befriedigung. Inhalte werden zwar aufgegeben, aufgegeben aber zugunsten anderer, die sonst nicht erreicht würden.

Daß die Glückseligkeit die Willensbildung durchwaltendes Prinzip ist, das ist im Nachhinein zu der Übung, auf ein nach Über- und Unterordnung strukturiertes

System von Zwecken zu rekurrieren, bestimmt worden. Daß die aktuelle Willensbildung nun aber an ein zugrundeliegendes Zwecksystem gebunden wird, das bedeutet nichts anderes als: Sie wird an schon g e b i l d e t e n Willen bezüglich allgemein zu verfolgender Zwecke gebunden. Sie geschieht nicht mehr ad hoc.

Wer seine Willensbildung in Hinsicht auf ein strukturiertes System von Zwecken ausrichtet, verfolgt die Glückseligkeit. Dabei ist es in einem ersten Schritt noch gleichgültig, w i e das zugrundeliegende Zwecksystem strukturiert ist. Die Glückseligkeit ist ein - wie Hegel in dem angeführten Zitat sagt - "abstrakt Allgemeines", das heißt ein zwar die b e s t i m m t e n besonderen vorgegebenen Inhalte überschreitender und von ihnen sich abhebbender Zweck, da jedoch durch deren Erfüllung überhaupt realisierbar, auch an sie gebunden. Die Glückseligkeit hat "den affirmativen Inhalt allein in den Trieben"¹³⁵⁾.

Auf eine Differenz im Gebrauche des Wortes "Allgemeinheit"¹³⁶⁾ ist aufmerksam zu machen. In der entwickelten Philosophie des objektiven Geistes - im Kapitel über die Sittlichkeit - ist "allgemeiner Wille" gleichbedeutend mit überindividuellem g e m e i n s a m e m Willen. Wenn Hegel etwa im Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft von "formeller Allgemeinheit" spricht, dann ist von einem gemeinsamen Willen - der sich im Gefolge allerdings subjektiver Zweckverfolgungen herstellt - die Rede. Und die "konkrete Allgemeinheit" - der Staat - ist Gemeinsamkeit des Willens, die ihrerseits Zweck gemeinsamer Willensbildung ist, die sich nicht - jedenfalls dem Anspruch nach - totalitär gegen den "besonderen Willen" der

¹³⁴⁾ Daß in diesem Zusammenhang von Hegel der Sache nach an ein strukturiertes System von Zwecken gedacht wird, erhellt aus dem Abschnitt über die Absicht und das Wohl. Vgl. nächstes Kapitel.

¹³⁵⁾ X, 378

¹³⁶⁾ Vgl. VII, 75

Individuen durchsetzt, sondern sich mit diesen vermittelt. Letzteres heißt: Den Individuen ist (1) ein Raum unabhängig von den gemeinsamen Zwecksetzungen überlassen, in dem sie sich frei entfalten können, insbesondere ist ihnen der Freiraum für das bedürfnisbefriedigende Handeln in der bürgerlichen Gesellschaft freigelassen; (2) als Systemglied wird das Individuum in Form eines Rollenträgers lebensvollzugmäßig in den gemeinschaftlichen Willen - die Institution - integriert und ihm wird die Möglichkeit eröffnet, sich subjektiv selbst als *i n d i v i d u e l l e r* Träger des gemeinsamen Willens zu verstehen. Sieht man einmal von letzterer Vermitteltheit des "Allgemeinen" mit dem "Besonderen" ab, so heißt so auf dem Standpunkt der verstandesmäßigen "Reflexion"¹³⁷⁾ "Allgemeinheit" jedenfalls Gemeinschaftlichkeit. Die Institutionen werden in der Rechtsphilosophie daraufhin beurteilt, inwieweit sie *g e m e i n s a m e r* Wille sind, der sich selbst zum Inhalt hat.

So ließe sich auch im Rekurs auf eine dialogische Situation die Rede von der Glückseligkeit und deren Allgemeinheit als gemeinschaftlicher Zweck entwickeln und *d a n n* erst - in monologischer Reduktion - die Hegelsche Rede als Spezifikation einholen. Eine *G r u p p e* orientiert ihre je aktuellen Willensbildungen - noch ehe sich die Individualität näher zur Subjektivität gebildet hat - an einem Ganzen der Befriedigung. Sie läßt Inhalte als Willensbestimmung nur abhängig von deren Einordnung in ein strukturiertes gemeinsam schon gebildetes System *gemeinsamer Zweck* zu. Sie läßt, und hierfür lassen sich historische Beispiele die Fülle finden, *i n d i v i d u e l l e s* Leben sogar nur dann zu, wenn es nicht höhergeordneten

137) Vgl. ebda

gemeinsamen Zwecken widerstreitet. Glückseligkeit in dieser Bedeutung ist gemeinsamer oberster Zweck.

Hegel nimmt - und folgt hierin der Tradition - in seiner Bestimmung von Glückseligkeit das Subjekt zum Ausgang. Das System der aktuellen Willensbildungen zugrundeliegenden Zwecke ist das von Einzelnen und näher wird es als bedürfnisstrukturiert ("Wohl") bestimmt. Diese monologische Reduktion wird unter der Zwecksetzung, Bedingungen des Bestehens der bürgerlichen Gesellschaft zu bestimmen, vorgenommen. Die bürgerliche Gesellschaft wird dadurch definiert, daß ihr "Wohl" explizit im Blick habende - "absichtlich" handelnde - Subjekte, in ihr Ganzes der Befriedigung also reflektierend, ein "Allgemeines" - hier im Sinne nun von "Gemeinschaftlichkeit" - als "System der Bedürfnisse" und als Rechtsordnung, in Wirkung - zunächst nur wildwüchsig - der Verfolgung ihres Wohls herstellen bzw. je erneut durch ihr Tun aktualisieren. Die bürgerliche Gesellschaft ist so dadurch definiert, daß Individuen sich von ihrer bloßen Triebgebundenheit abheben, auf ein Ganzes ihrer individuellen Befriedigung blicken, welches sich in der Bedürfnisstrukturierung kundtut, sie ist dadurch definiert, daß die Individuen im Blick auf dieses Ganze der Befriedigung auf die Realisierungsmöglichkeiten von Inhalten blicken und dadurch auch den Anderen, der in gleicher Weise sich orientiert, in ihre Reflexion einbeziehen und auf diese Weise, über den Bildungs- und Erfahrungsgang gegenseitigen Anerkennens, ein allgemeine Ordnung konstituieren. Ein "allgemeiner Wille" ist als Gemeinschaftlichkeit durch Unabhängigkeit von je bestimmten Besonderungen der Willen definiert. Im Falle monologischer Reduktion, dort wo Hegel von der "Allgemeinheit des Ich" etwa spricht oder der, die dem Ganzen der Befriedigung eines Subjekts eignet, ist Allgemeinheit dann nur der Aus-

druck für die Unabhängigkeit individueller Zweckerfüllung von je bestimmten besonderen Inhaltsrealisierungen, Ausdruck etwa dafür, daß ein Individuum einen bestimmten Zweck erreicht unter Aufgabe eines Inhalts, der mit "Naturgewalt" auftritt, dessen Erreichung aber der Erfüllung jenes Zwecks widerstreitet.

6.4.2.2.3 "An und für sich seiender Wille"

Der Ausdruck "Wille" wird von Hegel (§§ 5-7) zum Zwecke des Begreifens von Handlungen eingeführt. Erweitert man das Hegelsche Programm um die Verstandnisbildung, dann wird dieser Ausdruck in einem ersten Schritt zum Zwecke der Deutung eingeführt. Er wird eingeführt zum Zwecke der Rekonstruktion und weiter zur Beurteilung handlungsvorgängigen Beratens und Beschließens - Denkens und Entschließens. -

In den Ausführungen über den an sich seienden Willen hat Hegel einen sich (noch) nicht aktualisierenden Willen im Blicke. Jemand, dem *w i r* das Vermögen zu wollen prinzipiell zusprechen, tut etwas, was *w i r* nicht als Ausführung eines aufgrund einer Beratung gefaßten Beschlusses deuten können. Ein Inhalt, der geeignet ist, Gegenstand einer Willensbildung zu sein, wird unmittelbar realisiert. Er ist jedoch, sei es weil der Tätige es *n o c h n i c h t* gelernt hat zu beraten oder sei es, weil er im aktuellen Falle nicht beraten hat, kein Gegenstand einer Willensbildung gewesen. Der Tätige realisiert den Inhalt *u n m i t t e l b a r* - er folgt, so wird von Hegel gesagt, seinem "Trieb", einer "Neigung", einer "Leidenschaft". "Trieb", "Neigung", "Leidenschaft" sind Wörter, die zur Deutung eines nicht durch Beratung vermittelten *m e n s c h l i c h e n* Tuns eingeführt

werden. "Menschlich" das heißt: Unseres Erachtens ist der Fatige prinzipiell in der Lage, den durch die Tat realisierten Inhalt einem Beratungsprozeß zu unterwerfen. Der Inhalt des Willens ist - sofern vom an sich seienden Willen gesprochen wird - v o r g e - g e b e n.

In den Ausführungen über den für sich seienden Willen hat Hegel das Verhältnis von V o r g e g e b e n - h e i t und S e t z u n g im Blicke. Einen Inhalt als Willensinhalt zu s e t z e n heißt nichts anderes, als ihn sprachlich zu artikulieren und zu beschließen (im elementaren Falle). Ist auf den beiden ersten vorn bezeichneten Stufen der Willkür die Beratung noch nur rudimentär, so wird auf der dritten Stufe, wo die zu verfolgenden Inhalte im Hinblick auf ein Ganzes der Befriedigung als aktuelle Willensinhalte g e s e t z t werden, insbesondere dann, wenn das Wohl diesen Bezugspunkt ausmacht, schon vollständig moralisch relevant argumentiert. Welche Zwecke verfolgt werden, so ergibt unsere Deutung, hängt von einer zugrundeliegenden Zweckstrukturierung ab.

Zwecke lassen sich nach Über- und Unterordnung nur strukturieren, in Rücksicht auf vielfältige Wirkungen und Folgen eines Tuns läßt sich nur beraten und handeln, wenn die Inhalte selbst, mögen sie einer aktuellen Willensbildung immerhin v o r g e g e b e n sein, ihrerseits selbst schon als geistig - willensmäßig - vermittelte Gebilde bestimmt sind. Nur dann ist es sinnvoll, Zwecke zu strukturieren - ich spreche im weiteren über bedürfnisstrukturierte Zwecksysteme - wenn die elementare Bedürfnisschicht schon verlassen ist, wenn die Aufgabe eines Inhalts zugunsten eines anderen erfolgen kann, ohne daß das Leben selbst, das ja seine unhinterschreitbare Bedingung in der elementaren Bedürfnisbefriedigung hat, sich aufhebt. Ein

Inhalt aber, der derart von der elementaren Bedürfnisschicht schon abgehoben ist - mag er einer aktuellen Willensbildung immerhin vorgegeben sein - ist für sich selbst nicht als von Natur vorgegeben bestimmbar, sondern selbst schon geistig vermittelt. Die Inhaltsdifferenzierung - das differenzierte Bedürfnis - ist nicht einfachhin vorgegeben und nun nur noch zu setzen, sondern er ist als hervorgebracht - als geistig vermittelter - vorgegeben und nun zu setzen - aktuell. Die Inhalte sind für sich betrachtet schon objektive Zwecke, realisierter Wille. Wille rekuriert so auf Willen - aktuell individueller etwa auf tradierten gemeinsamen, gegenwärtiger auf geschichtlich vermittelten. -

Der Inhalt, dem individuellen Willensbildungsgang vorzugeben, mag für diesen unhintergebar sein, das heißt es liegt nicht in seiner Verfügung, ihn zu einer individuellen Hervorbringung zu formen. Dieser Fall liegt dann vor, wenn es sich um geschichtlich vermittelte kulturelle Inhalte handelt. Hier - etwa im Kontext institutionellen Handelns, in das das Individuum sich integriert - bleibt dem Individuum nur, den Inhalt als unhintergebar vorgegeben - wie einen von Natur vorgegebenen - zu reflektieren und gegebenenfalls zu setzen. I n d i v i d u e l l vermag es, ohne den Einbezug a n d e r e n Willens,

gegen diesen Inhalt nichts, oder einer Formung desselben sind zumindest Grenzen gesetzt. So aber ist dem I n d i v i d u u m - steht es im überkommenen Verhältnis - materiale Verfügung über sein Leben nur eingeschränkt möglich und Freiheit nur formell. Es sieht sich natürlichen und kulturell vermittelten Inhalten einfachhin konfrontiert, reflektiert sie und setzt sie positiv oder negativ als Zweckbestimmung - f ü r s i c h allein. Die kulturell vermittelten Inhalte sind keine objektiven Zwecke, die sich ihrerseits, das definiert sie geradezu, subjektiver Willens-

bildung verdanken. Weder sind sie die Tat eines Heros, noch tritt ihnen ein solcher n u n entgegen.

So wendet sich Willen auf anderen Willen oder genauer subjektiver auf allgemeinen objektiven. Und so ist auch nur der allgemeine, geschichtlich eingebundene Wille im emphatischen Sinne frei. Er findet eine Welt vor, die als von ihm selbst als geschichtliche Tat oder Handlung als hervorgebracht zu bestimmen ist und sein Rekurs auf den vorgegebenen Inhalt (z.B. eine kulturelle Leistung) ist der auf einen von ihm selbst hervorgebrachten. Das Leben des Staates, der über den gesellschaftlichen Kontext, in dem die Vorgegebenheit - in den Bedürfnissen der Einzelnen - eine letztlich noch n a t ü r l i c h e ist, hinausgehende Interaktionsvollzug, ist emphatisch Wille - immer nach Hegel - der nichts sonst zum Gegenstande hat als sich selbst.

Was aber heißt es genauer, daß der Wille sich selbst zum Inhalt hat? Im isoliert genommenen moralisch relevanten Argumentieren hat, wendet man die Hegelschen Bestimmungen an, der Wille sich selbst jedenfalls nicht selbst zum Inhalt. Die aktuelle Willensbildung vollzieht sich im Rekurs auf ein zugrundeliegendes Zwecksystem. Dieses selbst - in seiner Strukturierung - ist Inhalt einer Willensbildung nur im Rekurs auf noch grundlegendere Strukturierungen. Ein auf die Glückseligkeit ausgerichtetes Leben ist in seinem isoliert genommenen Vollzug noch nicht "wahrhaft frei".

"Die Wahrheit aber dieser formellen, für sich unbestimmten und ihre Bestimmtheit an jenem Stoffe vorfindenden Allgemeinheit ist die sich selbst bestimmende Allgemeinheit, der Wille, die Freiheit. Indem er die Allgemeinheit, sich selbst, als die unendliche Form zu seinem Inhalte, Gegenstande und Zweck hat, ist er nicht nur der an sich, sondern ebenso der für sich freie Wille - die wahrhafte Idee."¹³⁸⁾

Beratungen werden auf einer ersten Stufe in Hinsicht auf v o r g e g e b e n e Inhalte geführt. Die Beratung selbst - isoliert betrachtet - ist kein vorgegebener Inhalt. Sie ist von denen, die sie führen, hervorgebracht und v o n u n s als Mittel zum Zwecke der Realisierung jenes vorgegebenen Inhalts verstehbar. Die Beratenden selbst mögen Wörter wie Beratung, Willensbildung, Mittel usw. - Wörter also, die dann gebraucht werden, wenn ü b e r Beratungen gesprochen wird, wenn Beratungen selbst etwa zum Zweckinhalt werden - noch gar nicht gebildet haben. Beraten wird - so sagen w i r - zum Zwecke t e c h n i s c h einer gesicherten Erfüllung vorgegebener Zwecke und m o r a l i s c h r e l e v a n t zum Zwecke der K o n f l i k t b e s e i t i g u n g. Die Reden, die w i r als zum Zwecke der K o n f l i k t b e s e i t i g u n g geführt verstehen, betreffen jeweils gerade die Zwecke, die aktuell kontrovers sind. Dies die erste Stufe des Beratens, die als M i t t e l zu übergeordneten Zwecken (dem Beraten übergeordneten Zwecken) zu verstehen ist. Die Beratung ist u n m i t t e l b a r Mittel.-

Zur zweiten Stufe des Beratens, das als M i t t e l zu verstehen ist: Wird die K o n f l i k t v e r m e i d u n g zum Zwecke - sie ist der V o r b e g r i f f, von dem vorn die Rede gewesen ist - dann wird von den Beratenden folgender Satz, und in ihm werden Wörter der oben angegebenen Art verwendet, formuliert: Laßt uns künftighin nur dann etwas tun, eine Aufforderung formulieren bzw. befolgen, wenn der Tat vorgängig b e r a t e n u n d b e s c h l o s s e n worden ist! - Der Beschluß, in dieser Weise künftighin zu verfahren, wird aufgrund des vorn angegebenen Vorverständnisses formuliert und steht unter dem Vorbegriff. Er ist als aufgrund von Beratung zustandekommen rekonstruierbar.

Bezüglich der Beratung und des Beschlusses, künftighin jegliches Tun nur aufgrund von Beratungen und Beschlüssen zu leisten, also stets *W i l l e n* zu "bilden", läßt sich nun - metastuflich - ebenfalls von *W i l l e* sprechen und zwar als von einem *W i l l e n*, der *W i l l e n* zum Inhalte hat, Willen, der Willen will, wenn man die reifizierete Hegelsche Redweise übernimmt. Auf dieser zweiten Stufe wird der Wille allerdings zu einem übergeordneten - durch den *V o r b e g r i f f* formulierten - Zwecke, schließlich zum Zwecke der Realisierung vorgegebener Inhalte als Zweck (Unterzweck) ausgezeichnet. Er ist so ein *M i t t e l* oder die Auszeichnung des Willens als Zweck ist Mittel. - Gewollt wird ein Inhalt nicht mehr - wie auf der ersten Stufe - geradehin, gewollt - und hier findet die Metastufung statt - wird ein Inhalt als gewollter. Damit eine Beratung ihre Aufgabe, die durch den Vorbegriff definiert ist, erfüllen kann, wird sie selbst zum Beratungsinhalt.

Auf beiden Stufen ist die Beratung, ist die Willensbildung ein Mittel. Sieht man einmal davon ab, daß die explizite Auszeichnung des Willens selbst als Zweck, wie auf der zweiten Stufe angezeigt, seinerseits als Mittel zu verstehen ist - insofern ist der "Wille formell" - so findet sich - schaut man also nur auf's Wollen, das ein Wollen zur Bestimmung hat - Hegels Bestimmung des "an und für sich seienden Willens".

"So ist der wahrhafte Wille, daß das, was er will, sein Inhalt, identisch mit ihm sei, daß also die Freiheit die Freiheit wolle."¹³⁹⁾

Indem beraten und beschlossen wird, wie beraten und beschlossen werden soll, ist der Wille, in Hegelscher Formulierung, die allerdings die Metastufung nicht explizit enthält, sein eigener Inhalt. Er ist damit "oh-

ektiv ... in dem Sinne, daß sie (sc. die Freiheit) als das vernünftige System selbst"¹⁴⁰⁾ ist.

"Der Wille ... insofern er sich selbst zu seiner Bestimmung hat und so seinem Begriffe gemäß und wahrhaftig ist, ist der s c h l e c h t i n o b j e k t i v e W i l l e ..." ¹⁴¹⁾

Insofern nun in Auswirkung des "vernünftigen Systems", das der Wille sich selbst - indem er sich Inhalt ist - gibt, gehandelt wird, ist das "Dasein", das durch das H a n d e l n erstellt wird, in dem Kontext, in dem es W i r k u n g ist, das heißt unter Absehung von der Vorgegebenheit des Inhalts, Realisat des Willens oder der Freiheit, deren "Idee", "objektiv ... in dem Sinne ... daß dies (sc. die Freiheit) unmittelbare Wirklichkeit"¹⁴²⁾ ist.

"Die O b j e k t i v i t ä t ist endlich die einseitige Form im Gegensatze der subjektiven Willensbestimmung, hiermit die Unmittelbarkeit des Daseins, als ä u ß e r l i c h e Existenz; der Wille wird sich in diesem Sinne erst durch die Ausführung seiner Zwecke o b j e k t i v." ¹⁴³⁾

Bei der Bestimmung des an und für sich seienden Willens durch Hegel ist auf die Metastufung zu achten ¹⁴⁴⁾. Zunächst ist der Wille noch sinnlich und reflektierend, betrifft die Beratung und der Beschluß einen unhintergebar vorgegebenen Inhalt. Es wird zwar beraten und beschlossen, keineswegs ist es aber erforderlich, daß die Beratenden und Beschließenden auf dieser Stufe selbst schon Prädikatoren für dieses ihr eigenes reflektierendes Tun zur Verfügung haben, sie haben so noch kein W i s s e n um ihr eigenes Tun. Die beiden ersten Stufen der "Willkür" lassen sich in dieser

140) VII,78

141) VII,76

142) VII,78

143) VII,76

144) Vgl. insbesondere auch X,379 (§ 481)

Weise bestimmen.

In dem Maße, in dem der vorgegebene Inhalt zwar nicht aus den Augen verloren wird, seine Realisierung jedoch - im Komplex von Ereignis-Folge und Tat-Wirkungsbeziehungen - von den geführten Beratungen abhängig wird, in dem Beratungen auch mißlingen, in dem Maße also, in dem die aktuelle Konfliktbeseitigung als Zweck zugunsten allgemeiner Konfliktvermeidung zurücktritt, tritt die Willensbildung selbst als Inhalt, über den es einen Willen zu bilden gilt, in den Vordergrund. Erforderlich wird ein Wissen darum, daß es zu beraten und zu beschließen und wie es zu beraten und zu beschließen gilt. Eine Erarbeitung eines epipraktischen Vokabulars Beratungen betreffend wird unumgänglich. Damit aber wird die Metastufe erreicht, der grundstuflische Gebrauch von "Selbstbewußtsein" macht bei Hegel dem metastufigen Platz.

"Das Selbstbewußtsein, das seinen Gegenstand, Inhalt und Zweck bis zu dieser Allgemeinheit reinigt und erhebt, tut dies als das im Willen sich durc h s e t z e n d e D e n k e n."¹⁴⁵⁾

Wer sich als Welt gestaltend und hervorbringend weiß und diese Gestaltungen und Hervorbringungen will, der erhebt sich über die "Unmittelbarkeit der Natürlichkeit und die Partikularität"¹⁴⁶⁾ und ist an und für sich seiender Wille.

Die Willensbildung selbst ist, wird sie zum Gegenstand selbst einer Willensbildung, kein vorgegebener und vorgefundener Inhalt. Sie ist hervorgebracht, mag sie immerhin genetisch aus Anlaß der Konfliktbestimmtheit von Situationen, die sich auf vorgegebener Inhalte - etwa die Bedürfnisse - zurückführen läßt, zu standekommen. Aus der Konfliktbestimmtheit einer Situation

145) VII,73

146) VII,72

allein folgt ja nicht, daß man sie auch beseitigen will.

Wille hat Wille zum Inhalt, das ist die Bestimmung des an und für sich seienden Willens. Unter der Zwecksetzung der Konfliktvermeidung - unter dem V o r - b e g r i f f stehend - hat Wille Willen zum Inhalt zum Zwecke der Erreichung letztlich vorgegebener Inhalte und ist so nur in einer isolierten Betrachtung ("abstrakt"), unter methodisch vorgenommener A b - s e h u n g von der Gebundenheit an Vorgegebenheit, an und für sich. Das "abstrakte Recht" ist in einer solchen isolierten Betrachtung bestimmbar und Wille, der Willen zum Inhalt hat. Die rechtlichen Verhältnisse nicht isoliert genommen, in ihrer in den gesellschaftlichen Vollzug eingebetteten Aufgabe, dienen der gesicherten Erreichung vorgegebener Inhalte, der gesicherten Bedürfnisbefriedigung. Oder mit anderen Worten: Der gesellschaftliche Lebensvollzug normativ-methodisch auf seine "Begriffsgemäßheit" befragt, erweist sich als willensgeleitet durch Auszeichnung von Willen als Willensbestimmung. Er steht so unter dem sittlichen Prinzip. Darüberhinaus aber steht er, dies ergibt die Deutung, auch unter dem bedürfnisorientierten Prinzip der Besonderheit. Die terminologische Trennung von "Eigentum" und "Besitz"¹⁴⁷⁾ ist Ausdruck dieser beiden möglichen deutenden Zugriffe.

Ein Lebensvollzug ist Realisat des "Begriffs" - so "Idee des Rechts" (§ 1)- insofern und insoweit er als durch Willen gebildet und geleitet rekonstruiert werden kann, der Willen zum Inhalt hat. Ergibt der deutende Zugriff wie beim normengeleiteten gesellschaftlichen Leben, daß die Gebundenheit an vorgegebene Inhalte besteht, so ist dieses Leben - in der isolierten Betrachtung - defiziente "Idee", n o r m a t i v

147) Vgl. unten Kapitel 1

nur in der isolierten Betrachtung, an unhintergehbare F a k t i z i t ä t aber noch gebunden in einer anderen. Als "geistig" ist dieses Leben nur zum Teil rekonstruierbar, daneben ist es noch "Natur".

"Wahrhafte Idee", vollentwickelte "Idee der Freiheit", ist - und hier findet bei Hegel die Transzendierung des gesellschaftlichen Lebens statt - eine Praxis, die insgesamt als Wille, der Willen zum Inhalt hat, unabhängig und fern aller unhintergehbaren Vorgegebenheit, zu rekonstruieren ist, ein rein als geistig zu bestimmendes Leben - der institutionelle, so meint Hegel, Vollzug der politischen Praxis, der Staat.

6.5 Der an und für sich seiende Wille als Beurteilungskriterium

Ein Handeln, das als Realisierung des an und für sich seienden Willens rekonstruiert werden kann - "begriffen" - ist der Hegelschen Bestimmung nach "sittlich".

"Die Sittlichkeit ist die Idee der Freiheit ... der zur vorhandenen Welt und zur Natur des Selbstbewußtseins gewordene Begriff der Freiheit."¹⁴⁸⁾

Gegenstand der Rechtsphilosophie sind die b e s t e h e n d e n allgemeinen Lebensvollzüge. Nur im a l l g e m e i n e n Leben läßt sich nach Hegel die "Idee der Freiheit" voll erreichen, besonderes Leben hat an der prinzipiellen Vorgegebenheit der Zweckinhalte seine Grenze; besonderes Leben ist so nur oder allenfalls m o r a l i s c h, wo es zur Allgemeinheit - zur nur "formellen" (in der bürgerlichen Gesellschaft)

148) VII,226; vgl. auch VII,167

Allgemeinheit - sich in der Verfolgung seines "Wohls" erhebt.

Die allgemeinen Lebensvollzüge werden daraufhin befragt, inwieweit sie Realisate des an und für sich seienden Willens sind - "daseiendes Recht"¹⁴⁹⁾. Die Methode der Befragung und Beurteilung ist die "Dialektik"¹⁵⁰⁾.

Gegenstand der Philosophie der Geschichte ist das W e r - d e n j e n e r b e s t e h e n d e n allgemeinen und als sittlich rekonstruierbaren Lebensvollzüge - unter Anwendung des "Begriffs". Die Philosophie der Geschichte dient der Beantwortung der Frage, inwieweit jeweils im Zuge der geschichtlichen Entwicklung, unter Umständen expandierend, allgemeines Leben als - unter Umständen defizientes - "Dasein des Rechts" beurteilt werden kann.

Die Hegelschen Antworten sind bekannt. Die Philosophie der Geschichte kann zeigen, daß das Werden des Lebens ein "Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit", was nichts anderes heißt als: fortschreitende Ausbildung des an und für sich seienden Wollens in der Welt, ist.

"... die Weltgeschichte ist nichts als die Entwicklung des Begriffs der Freiheit ... ihr (sc. der Philosophie) Interesse ist, den Entwicklungsgang der sich verwirklichenden Idee zu erkennen, und zwar der Idee der Freiheit, welche nur ist als Bewußtsein der Freiheit."¹⁵¹⁾

Die Rechtsphilosophie erweist, daß das b e s t e h e n - d e allgemeine Leben - der "moderne Staat" - voll

149) VII,79 f. (insbesondere § 30)

150) VII,81 ff; vgl. hierzu unten das Kapitel "Methode".

151) XI,568 f.; vgl. auch XI,46 f.;101

realisierter "Begriff der Freiheit" ist.

"Die Idee der Freiheit ist wahrhaft nur als der Staat."¹⁵²⁾

Was heit im d i a l o g i s c h e n Aufbau näher an und für sich seiender Wille? Was heißt näher: Der an und für sich seiende Wille ist Beurteilungskriterium für das Werden und das Bestehen des gegenwärtigen Lebens?

Partikuläre Aufforderungen begründen im Befolgungsfalle Verhältnisse, Normen - wie man sagen mag: im Anerkennungsfalle¹⁵³⁾ - Verhältnisschemata. Werden Aufforderungen nicht befolgt bzw. Normen nicht anerkannt, dann wird nach den vorn angeführten Bedingungen beraten.

Auf der ersten Stufe haben Beratungen die B e s e i - t i g u n g aktuell auftretender Konflikte zum Zweck. K o n f l i k t v e r m e i d e n d e s Beraten wird aufgrund von Lernprozessen im Anschluß an Erfahrungen mit konfliktbestimmten Situationen und deren beratungsloser Lösung¹⁵⁴⁾ bzw. im Anschluß an Erfahrungen mit konfliktbeseitigenden Beratungen geleistet. Aufforderungen bzw. Normen - und dies definiert die konfliktvermeidende Beratungssituation - werden nicht mehr einfachhin befolgt, Inhalte nicht mehr geradehin realisiert, sondern willentlich nur noch aufgrund einer vorgängigen Willensbildung. Inhalte werden - hier tritt die Meta-stufung ein - als gewollte gewollt.

152) VII, 112

153) A n e r k e n n u n g von Normen heißt: Ihre Befolgung darf bei Eintritt einer bestimmten Situation erwartet werden.

Die Übereinkunft, stets Willen zu bilden, ist eine Forderung nach T r a n s s u b j e k t i v i t ä t¹⁵⁵⁾. Eine Stufe der Verallgemeinerung ist nämlich erreicht. Zwecksetzungen der je anderen finden Berücksichtigung. Zwar mag, wie im Falle der Auszeichnung der elementaren Bedürfnisbefriedigung als oberstem Zweck, die Erfüllung der je eigenen Zwecke die Willensbildung insgesamt leiten ("Prinzip der Besonderheit") - insofern ist sie noch s u b j e k t i v - insofern aber unter Maßgabe der Einschränkung der eigenen Zweckerfüllungen durch die der anderen - was eine Komplementarität von Handlungsdispositionen voraussetzt - die eigenen Zwecke selbst schon formuliert werden, findet eine Transzendierung der Subjektivität statt. Es wird - mit der M.Weberschen Bestimmung - "sozial" gehandelt. "Soziales Handeln" derart geleistet ist freies Handeln, verdankt, insofern es als Zweck ausgezeichnet wird, mag es auch in einer anderen Hinsicht immerhin nur ein Mittel sein, sich allein der willensbildenden Rede.

Der gebildete Wille, Inhalte nur dann zu realisieren, wenn der Realisierung vorgängig Wille gebildet worden ist, die Forderung, die Subjektivität stets zur Allgemeinheit hin zu transzendieren, sagt noch nichts darüber, w a i e diese Allgemeinheit näher zu bilden

154) Die beratungslose Konfliktlösung ist an einseitige Inhaberschaften von Handlungsdispositionen zur Realisierung von Zwecken gebunden. Im Konfliktfalle werden konfligierende Zwecke durch Einsatz dieser Handlungsdispositionen - sprachfrei und unmittelbar - zugunsten der Zweckrealisierungen desjenigen, der Inhaber dieser Dispositionen ist, in ihrer Realisierung verhindert. Ein Übergang zur beratenden und somit "geistigen" Konfliktlösung findet statt, wenn die unmittelbare Verhinderung von Zweckrealisierungen durch den Inhaber der einseitigen Handlungsdispositionen nur a n g e - d r o h t wird.

ist. Bedingung für die Aufstellung dieser Forderung jedenfalls ist eine ausgebildete S u b j e k t i - v i t ä t, eine Orientierung der Individuen an eigenen von ihnen für sich selbst formulierten Zwecken, denn welchen Sinn hat die Forderung nach Bildung von Transsubjektivität dort, wo Subjektivität das Leben überhaupt noch nicht bestimmt. Die Ausbildung von Subjektivität und die Orientierung am "Wohl" ist ein h i s t o r i s c h e s Ereignis, die Orientierung aller in gleicher Weise an i h r e m Wohl Definierens der bürgerlichen Gesellschaft.

So ruht Transsubjektivität - Interaktion oder "kommunikatives" Handeln - als Befolgung der Forderung, Inhalte nur aufgrund von Willensbildung zu realisieren, in einem ersten Schritt auf vorstrukturierten individuellen Zwecksystemen auf.

Eine gewisse Allgemeinheit ist unter der Bedingung des Bestehens komplementärer Handlungsdispositionen in gegenseitiger Kenntnis der je individuellen Strukturierung der Zwecke, gleich wie die Strukturierung selbst aussieht, schon herstellbar. Eine allgemeinere Stufe ist erreicht, wo im Prinzip gleiche individuelle Zweckstrukturierungen bei allen Beratenden die Willensbildung leiten (g l e i c h e Subjektivität), der Hegelsche Zustand der bürgerlichen Gesellschaft.¹⁵⁶⁾ Hier erst ist von normengemäßigem und erst recht normenbefolgendem Handeln sinnvoll die Rede, hier erst werden allgemeine Verhältnisse begründet - die griechische Polis etwa war in diesem Sinne kein allgemeines Verhältnis.

155) Lorenzen/Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, a.a.O., S.117 formulieren als praktisches Vernunft- oder Transsubjektivitätsprinzip: "Das Vernunftprinzip können wir lesen als die Forderung, keine bloß subjektiven ... Zwecksetzungen zu haben", was gleichbedeutend mit der Forderung ist, s t e t s Willen zu bilden.

156) Die bei allen g l e i c h e Subjektivität wird bei Hegel im Kapitel über die Moralität entwickelt.

Willensbildungen, die in Gemäßheit oder in expliziter Befolgung der Transsubjektivitätsforderung zustandekommen, sind dort, wo sie im Rekurs auf vorstrukturierte Zwecke vorgenommen werden, von mir den f a k t i s c h e n Willensbildungen zugerechnet worden. Sie werden v o n u n s jedenfalls schon geleistet. Ihre Form ist historischer Entwicklung unterworfen, die Verallgemeinerung des Lebenszusammenhangs, die Ausbildung g l e i c h e r Zweckstrukturierungen, die Ausbildung auch einer gemeinsamen Sprache ("erste Stufe vernünftiger Gemeinsamkeit"¹⁵⁷), ist auf einen gattungsgeschichtlichen Bildungsprozeß zurückzuführen und relativ zu bestimmen. Eine Willensbildung, die v o n u n s als dem Transsubjektivitätsprinzip g e m ä ß bestimmt wird, von denjenigen, die den Willen selbst bilden jedoch (noch) nicht selbst als B e f o l g u n g dieses Prinzip verstanden wird, ist faktisch allgemein, noch nicht an und für sich seiender Wille, nur für sich seiender, überträgt man den Hegelschen kategorialen Rahmen auf den dialogischen Fall. Eine faktische Willensbildung ist an und für sich seiender Wille, i n s o f e r n sie in B e f o l g u n g jener Forderung, stets Inhaltsrealisierungen vorgängig Willen zu bilden, vorgenommen wird. In der bürgerlichen Gesellschaft: Das abstrakte Recht als p o s i t i v g e l t e n d e s, historisch nach Hegel spätestens seit der Französischen Revolution, ist ein Normensystem für Willensbildungen, bezüglich dessen eine e x p l i z i t e Übereinkunft von dessen Anerkennung und Befolgung besteht. Insofern ist es an und für sich seiender Wille, mag auch die Begründung für dessen Befolgung noch im Rekurs auf vorstrukturierte Zwecksysteme der Subjekte (bei allen tendenziell gleichen) erfolgt sein. Nur

157) Vgl. Lorenzen/Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, a.a.O, S.115

in einer "abstrakten" Rücksicht¹⁵⁸⁾ ist das die bürgerliche Gesellschaft definierende Recht, unter Absehung von den besonderen Zwecken der Subjekte, unter Absehung also vom zugrundeliegenden Prinzip der Besonderheit, an und für sich seiender Wille.

Faktische Willensbildungen sind so - dies definiert sie - nur in einer abstrakten Rücksicht an und für sich seiender Wille, "daseiende" defiziente Sittlichkeit.

Mit der Auszeichnung der elementaren Bedürfnisbefriedigung als oberstem Zweck ist die Grenze der Willensbildung bestimmt, die Grenze der Transsubjektivität. Wo sie gefährdet wird, dort hört Allgemeinheit aus jener vorn angeführten elementaren Einsicht heraus, auf. Unhintergebar wird an der elementaren Bedürfnisschicht die Vorgegebenheit der Inhalte, die bloße Faktizität, die Subjektivität - jedenfalls im Kontext der Willensbildung, die im Übergang von subjektiver zu transsubjektiver Willensbildung besteht¹⁵⁹⁾.

158) Vgl. hierzu vorn die in Kapitel 1 explizierten Unterscheidungen von "Besitz" und "Eigentum", "Person" und "Subjekt". Vgl. auch den Übergang vom "Vertrag" zum "Unrecht" (VII, 141 f.): die Durchbrechung des Vertrags hat ihren Grund darin, daß die im methodischen Aufbau des abstrakten Rechts bislang ("abstrakt") ausgeklammerte "Besonderheit" sich geltend macht - in die Betrachtung mit einbezogen wird - deren Ansprüche (Recht) nicht mehr Thema des "abstrakten Rechts" sind. Sie sind Thema des Kapitels über die Moralität und werden lebensmäßig in Vermittlung mit dem abstrakten Recht durch die "Polizei und Korporation" (vgl. VII, 310 ff.), wo sie nicht selbstverständlich sich erfüllen, durchgesetzt. Vgl. auch über den Mangel des "Rechtlichen" VII, 225.

159) Zu unterscheiden ist terminologisch die moralisch relevante bzw. moralische Willensbildung, die den Übergang von der Subjektivität (Besonderheit) zur Allgemeinheit bezeichnet, von der sittlichen Willensbildung, die darin besteht, daß allgemeiner Wille

Konflikte, wie sie unserem Leben zunächst eigentümlich sind, sind letztlich solche zwischen Zwecken, die durch vorgegebene Inhalte bestimmt sind. Sie werden beratungsmäßig durch den Rekurs auf vorstrukturierte Zwecksysteme, die ihrerseits durch vorgegebene Inhalte - letztlich die elementare Bedürfnisbefriedigung - bestimmt sind, vermieden. Die Auszeichnung der Willensbildung als Zweck ist *M i t t e l* zur Erfüllung dieser ihrem Inhalt nach vorgegebenen Zwecke, die hergestellte Allgemeinheit so "formell".

"Formell" bleibt jede Allgemeinheit, die auf Subjektivität gründet. Es bleibt dabei gleichgültig, ob die Auszeichnung des Allgemeinen als Zweck geschieht hinsichtlich des zugrundeliegenden individuellen "Wohls" oder aber auch hinsichtlich nur dieser Allgemeinheit selbst (Kant)- letzteres Thema im Abschnitt über das "Gute und das Gewissen". Stets geht die Allgemeinheit des Willens auf subjektive Entscheidung zurück und hat an ihr ihre Grenze.- so Hegel.

Konfliktvermeidung im Kontext des bedürfnisgebundenen Lebens hat ihre Grenze an subjektiven Zwecken, sie ist

allgemeinen Willen zum Inhalt hat.

Letztere Willensbildung hat die oben angezeigte Grenze nicht - der Hegelsche Staat. Die allgemeine Willensbildung besteht auch dann, wenn Individuen gegenbenfalls ihre Bedürfnisbefriedigung versagt wird, ihr Leben. Hegels Überzeugung, daß das Individuum, wenn der Staat es fordert, sein Leben zu geben habe (VII,128) - er sieht hierin einen sittlichen Akt - ist totalitär. Mit dieser Forderung tritt der Staat aus dem sittlichen Verhältnis zum Individuum aus, er nimmt es nur als *M i t t e l*. Er verletzt, sei es auch unter Zwang (*necessita*), das "Recht der Besonderheit", seine Befriedigung im allgemeinen Leben zu finden. Die Opferung aber eines "Rechts", das auch auf den Begriff des freien Willens gründet, zugunsten eines anderen, sei es auch eines höheren, wie Hegel sagt, ist ein im besten Falle aus Not erfolgreicher, jedenfalls kein freier Akt.

m o r a l i s c h und so nur defizient sittlich.

Solange invariant zu bestehenden ungleichgewichtigen Handlungsdispositionen gesprochen wird, zu ungleichen Eigentumsverteilungen, ist die Befolgung des Prinzips, die Willensbildung, die im Rekurs auf vorstrukturierte Zwecksysteme stattfindet, ihrerseits als Zweck auszuzeichnen, ist die Befolgung des Transsubjektivitätsprinzips, ausreichend. Das Transsubjektivitätsprinzip reicht dann zur Konfliktvermeidung nicht, wenn die Ungleichgewichtigkeit der Handlungsdispositionsverteilung, wie sie sich wildwüchsig im Verlaufe der Geschichte ergeben hat, in Willensbildung^{en} eine Ungleichgewichtigkeit in der Zweckerfüllung zur Folge hat. Zwar findet eine Transzendierung der Subjektivität in Willensbildungen auch dann noch statt, jedoch ungleich¹⁶⁰⁾ unter Maßgabe ungleichgewichtiger Verfügung über Zweckerfüllungen.

Bleibt die Konfliktvermeidung, bleibt der Vorbegriff leitend, so ist nun die Frage zu stellen, w e l c h e Zwecke denn erfüllt werden s o l l e n und welche nicht - es ist die Frage nach einem Prinzip m o r a l i s c h e r Willensbildung zu stellen.

In unserer Situation, bei unserem von Hegel abweichenden Verständnis von deren Konfliktbestimmtheit, gilt das Interesse zunächst der moralischen Willensbildung, der g e r e c h t e n ("guten") Transzendierung von Subjektivität. Dem Hegelschen Verständnis nach ist die moralische Willensbildung kein philosophisches Problem, sie ist durch die Institutionen der Rechtspflege und die Polizei und Korporation dort, wo sie nicht schon durch den Lebensvollzug der bürgerlichen Gesellschaft (System der Bedürfnisse) unmittelbar geleistet wird, vollbracht. Hegels Thema ist ja die Rekonstruktion

160) Ungleiche Transzendierung hei/ßt: Im strukturierten Zwecksystem reduziert ein Subjekt sich auf elementarere Begehren als ein anderes.

des sittlichen Lebens, das jenseits moralischer Vollzüge, denen die Differenz von Sein und Sollen - "Begriff" und "Realität"¹⁶¹⁾ noch eignet, stattfindet.

Das sittliche Leben, das durch die allgemeine Auszeichnung des Willens als Zweck definiert wird, das "kommunikative Handeln" als "Idee", das sich in seinem Vollzug, wie man rekonstruierend sagen mag, als Zweck realisiert, ist frei von jenen Konflikten, die auf der unhintergehbaren Vorgegebenheit von Zweckinhalten gründen - die Differenziertheit des sittlichen Lebens, die Auseinanderlegung der staatlichen Institutionen und deren keineswegs rein affirmatives Verhältnis zueinander, fällt nicht unter den Konfliktbegriff, von dem der Vorbegriff seinen Ausgang nimmt. Das sittliche Leben - der emphatische politische Lebensvollzug - ebenso wie erst recht das betrachtende und begreifende Leben (Kunst, Religion und Philosophie) finden statt dort, wo die Bedürfnisse schweigen - wo sie "objektiv" geworden sind¹⁶²⁾. Zur Objektivierung des Bedürfnisses aber gehört die Überwundenheit der Konfliktbestimmtheit der bedürfnisgebundenen Praxis.

An der Ermöglichung der Realisierung eines sittlichen Lebens, an der Ermöglichung "herrschaftsfreier Kommunikation", der Auszeichnung der Willensbildung insgesamt als leitenden Zweck, hat die m o r a l i s c h e Willensbildung so ihr negatives Kriterium.

An dieser Stelle kann das Hegelsche Verständnis des Verhältnisses von bürgerlicher Gesellschaft und Staat näher bestimmt werden. Die bürgerliche Gesellschaft

161) Vgl. zu dieser Differenz etwa VII,223

162) Vgl. IV,22

sorgt für die Konfliktfreiheit im Kontext bedürfnisgebundenen Handelns. Sie garantiert durch das sie bestimmende abstrakte Recht und durch die Polizei und Korporation die konfliktfreie gerechte Befriedigung der Bedürfnisse. Auf dieser Konfliktfreiheit aufbauend - bei gleichzeitiger Vorsorge für die Stabilisierung der Konfliktfreiheit - erhebt sich der allgemeine Wille, der lebensvollzugmäßig allgemeinen Willen zum Gegenstand hat, eine rein interaktionsbestimmte Praxis. Hier ist die "Vereinigung als solche ... selbst der wahrhafte Inhalt und Zweck, und die Bestimmung der Individuen ist ein allgemeines Leben zu führen; ihre weitere besondere Befriedigung, Tätigkeit, Weise des Verhaltens (insbesondere der Kontext bedürfnisbefriedigenden Handelns e.A.) hat dies Substantielle und Allgemeingültige zu seinem Ausgangspunkte und Resultate"¹⁶³⁾.

Ein p o s i t i v e s Kriterium für die m o r a l i s c h e Willensbildung in dem von mir angesprochenen Sinne, dafür w e l c h e ihrem Inhalt nach vorgegebene Zwecke erfüllt werden sollen, findet sich bei Hegel nicht. -

Hegel kommt über den Standpunkt der liberalistischen politischen Ökonomie seiner Zeit nicht hinaus. Er ist der Meinung, daß die bürgerliche Gesellschaft aus sich heraus - wildwüchsig - "das richtige Verhältnis i m G a n z e n von selbst herstellt" und daß es nur einer letztlich beiherlaufenden Regulierung durch die Polizei, die Korporation und die organisierte Kolonisation¹⁶⁴⁾ bedürfe, um Fehlentwicklungen - die eintretende Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft -

163) VII, 329

164) Vgl. VII, 312 ff.

stillezustellen. Diesen Prozeß der Selbstregulierung, der das Problem "wie der Armut abzuhelpen sei" - "eine vorzüglich die modernen Gesellschaften bewegende und quälende (Frage)"¹⁶⁵⁾ löst, sieht Hegel in hinreichender Tätigkeit. Der weiteren Realisierung des sittlichen Lebens - der Expansion des "modernen Staats" - steht eine bedürfnisbestimmte - gesellschaftliche - Schranke nicht im Wege.

Seinen Grund hat diese Hegelsche Sicht in der Einschätzung des abstrakten Rechts, insbesondere in der Einschätzung der Rolle des Privateigentums. Hegel sieht, daß die Ungleichgewichtigkeit der Inhaberschaft von individuellen Handlungsdispositionen für jene Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft verantwortlich ist. Aber das Eigentum ist "erstes Dasein des freien Willens" und als solches im Prinzip unantastbar.

Eine Einschränkung des Eigentums läßt Hegel, der Text läßt die Interpretation^{zu} widerstrebend, zu. Dort, wo es zu einer Kollision zwischen dem Eigentum des einen und der elementaren Bedürfnisbefriedigung eines anderen kommt, hat letzterer ein "Notrecht"¹⁶⁶⁾.

"Das Leben, als Gesamtheit der Zwecke, hat ein Recht gegen das abstrakte Recht. Wenn es z.B. durch Stehlen eines Brotes gefristet werden kann, so ist dadurch zwar das Eigentums eines Menschen verletzt, aber es wäre Unrecht, diese Handlung als gewöhnlichen Diebstahl zu betrachten. Sollte dem am Leben gefährdeten Menschen nicht gestattet sein, so zu verfahren, daß er sich erhalte, so würde er als rechtlos bestimmt sein, und indem ihm das Leben abgesprochen würde, wäre seine Freiheit negiert."¹⁶⁷⁾

Ein Recht hat das besondere Leben gegen das Eigentum nur dann, wenn die Gerechtigkeit

165) VII, 319

166) VII, 186

167) ebda

des Eigentums von ihm prinzipiell anerkannt wird. Die Verletzung des Eigentums darf nur ein Grenzfall sein, sie darf nur bezüglich der elementarsten bedürfnisbestimmten Zwecke des Individuums - im "Notfalle" - stattfinden, "wobei zugleich das Recht als solches und die Rechtsfähigkeit des nur in d i e s e m Eigentum Verletzten anerkannt wird"¹⁶⁸⁾.

Über die elementare Bedürfnisbefriedigung hinaus besteht k e i n Recht. Es besteht insbesondere kein a l l g e m e i n e s Recht auf eine differenzierte Weise bedürfnisgebundenen Lebens.

In Konsequenz ist der Einsatz von Argumenten, die den Hinweis auf die Übergewichtigkeit eigener Handlungsdispositionen über die eines anderen enthalten - zum Zwecke eines einseitig differenzierten bedürfnisbestimmten Lebens durch den, der dies Argument vorbringt - nicht unmoralisch. Der Unterschied von "Reichtum" und "Armut" ist nur dort als moralisches Problem diagnostiziert, wo die Armut durch den Mangel an e l e m e n t a r e n Subsistenzmitteln definiert wird. Die "soziale Frage" ist Hegel so nur am Rande ein moralisches Problem.

Die Ungleichgewichtigkeit der Inhaberschaft von Handlungsdispositionen wird nicht in Frage gestellt. Der g e s e l l s c h a f t l i c h e Konflikt zwischen den Klassen wird zwar gesehen, jedoch nicht als Hindernis zur Realisierung eines sittlichen Lebens genommen. Schon garnicht wird er als ein ^Herrschaftsphänomen gedeutet. Hätte Hegel die entsittlichenden Wirkungen der Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft ernst genommen, er hätte sehen müssen, daß sie selbst jenem negativen Kriterium moralischer Willensbildung

¹⁶⁸⁾ ebda

schon widerstreitet.

Weder findet sich so bei Hegel ein Willensbildungsprinzip, daß die Geltendmachung der Ungleichgewichtigkeit der Inhaberschaft von Handlungsdispositionen in praktischen Argumentationen ausschließt - ein Mittel hierzu ist die Beseitigung des Privateigentums (kommunistische Variante), oder die Gleichmachung der Inhaberschaften (Bildung gleichen Kleineigentums, anarchistische Variante - so auch Fichte) - noch findet sich ein Willensbildungsprinzip, daß - bei Bestehen ungleichgewichtiger Handlungsdispositionen - im Anklang an die Formulierung des an und für sich seienden Willens zum Zwecke der Erreichung der Konfliktvermeidung im Kontext bedürfnisgebundenen Handelns vorschreibe, das "Wohl" der je anderen allgemein um ihrer selbst willen als Zweck auszuzeichnen (Liebesvariante) - die Auszeichnung des Wohls des anderen jedenfalls nicht n u r als Mittel zur Erfüllung des eigenen zu verstehen¹⁶⁹⁾.

Das Prinzip des freien Willens ist bei Hegel Beurteilungsprinzip für die fertig gewordene Welt. Es dient dem Aufweis, d a ß die bestehenden Lebensvollzüge als Realisate des Begriffs zu begreifen sind. Die bürgerliche Gesellschaft, das zeigt Hegel die Anwendung dieses Prinzips, widerstreitet dem sittlichen Leben nicht.

169) Wenn Hegel sagt, daß die Frage nach der "Pflicht" dahingehend iedenfalls beantwortet sei, daß (1) das Recht (das "abstrakte") realisiert werden solle und für das (2) eigene wie das der anderen (3) Wohl zu sorgen sei (VII,193), so hat er die letztere (3) Bestimmung nur in ihrer Mittelfunktion für das eigene Wohl (2) im Blicke. Das Wohl der anderen ist nicht um ihrer selbst willen Zweck. Das Liebesprinzip. noch in seinen Jenenser Schriften formuliert, es findet sich in der Rechtsphilosophie nur noch im Kapitel über die Familie, findet auf das bedürfnisgebundene Leben keine Anwendung.

Die Gesellschaft ist per definitionem, wegen der Vor-
gegebenheit ihrer Zweckinhalte, niemals vollgültiger
sittlicher Vollzug. Das gesellschaftliche Leben hat
so dahingehend eingerichtet zu sein, daß die Zwecke
der Besonderheit der Realisierung des sittlichen Le-
bens nicht widerstreiten. Die Gesellschaft ist die
Spielwiese der letztlich einander aufhebenden sub-
jektiven Interessen. Sie besorgt die Stillstellung
der Naturgeschichte des Menschen und stellt ihn für
das "wahrhaft Allgemeine" frei.

So kommt dem gesellschaftlichen Leben, dem Werden
von Transsubjektivität im Kontext bedürfnisbefriedi-
genden Handelns, in Hegels Geschichtsphilosophie auch
nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Rekonstruiert
wird das Werden des "modernen Staats", den Hegel ja
als gesellschaftsüberhoben begreift. Die Geschichts-
philosophie wendet sich so eingeschränkt der poli-
tischen Geschichte zu - Gesellschaft ist gewissermaßen
Vorgeschichte.

Widerstreitet die Gesellschaft aber noch - und dies
ist unser von Hegel abweichendes Verständnis - einem
emphatischen menschlichen Lebensvollzug, dann ist
sie noch einmal zum Thema der Philosophie zu machen.
Die Lösung der "sozialen Frage" - so sagt das an Hegel
anschließende 19. Jahrhundert - hat erst in Angriff
genommen zu werden. Es gilt die Bedingungen für ein
freies Leben erst noch zu schaffen. So bekommt die
Philosophie eine handlungsanweisende Funktion - prak-
tische Relevanz. Die Philosophie nach Hegel hat sich
der gesellschaftlichen Praxis noch einmal zugewendet¹⁷⁰⁾.

170) Vgl. hierzu etwa Lorenz v. Stein, Geschichte der
sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis in
unsere Tage, Darmstadt 1959, Bd.I, S.13-138.

7. Moralität

Die bürgerliche Gesellschaft hat in ihrem B e s t e -
h e n die ausgebildete S u b j e k t i v i t ä t
zu ihrer Bedingung. Ihrer Rekonstruktion dient das
Kapitel über die Moralität in der Rechtsphilosophie.
Subjektivität wird als individueller Wille rekonstru-
iert, der die Realisierung von Inhalten von einer vor-
gängigen Willensbildung - hinsichtlich des "Wohls" -
abhängig macht. Subjektivität wird als individuelle
Realisation an und für sich seienden Willens ent-
wickelt¹⁾ und da letzterer seine vollgültige Realisie-
rung nur als a l l g e m e i n e r W i l l e er-
fährt, so wird Subjektivität als defiziente Idee des
an und für sich seienden Willens bestimmt, als Wille,
der seine Grenze zum einen an der Naturbestimmtheit
seiner zugrundeliegenden Zweckinhalte hat - an den
Bedürfnissen - zum anderen an den vorgegebenen ge-
schichtlich tradierten Institutionen der bürgerlichen
Gesellschaft und des Staats.

In der Gliederung der Rechtsphilosophie folgt Hegel
dem in der Begriffslogik entwickelten Schema der Auf-
einanderstufung von "Allgemeinheit", "Besonderheit"
und "Einzelheit" ("konkrete Allgemeinheit", Leben,
das in seinem Vollzug als Einheit von Allgemeinem
und Besonderem zu rekonstruieren ist). Das abstrakte
Recht steht für die Stufe der Allgemeinheit, die
Moralität für die der Besonderheit, die Sittlichkeit
für das beide Momente vermittelnde Leben.

Das abstrakte Recht nimmt seinen Ausgang von der "ab-
strakten Person", vom handelnden Subjekt also in e i -
n e r seiner Bestimmungen - Inhaber nämlich von Hand-
lungsdispositionen zu sein, mit deren Hilfe es sich
in ein Verhältnis zu anderen bringt. Das im abstrakten

1) Vgl. VII, 162 f.; 164 (§ 105)

Recht nur einseitig betrachtete Subjekt wird im Kapitel über die Moralität in seiner vollen Bestimmung - als explizit sein Wohl verfolgendes Individuum - zum Gegenstand des philosophischen Zugriffs.

In einer g e n e t i s c h e n Betrachtung - in einer Philosophie der Geschichte - wäre die Ausbildung von Subjektivität der über das Recht vorzuordnen. Auf die Rekonstruktion dessen, w i e das verallgemeinerte bestehende Leben geworden ist, ist das obige methodische Schema kaum anwendbar. Hegel verweist denn auch in der Geschichtsphilosophie und in der Geschichte der Philosophie, wo er auf die Sophistik und Sokrates zu sprechen kommt, lange ehe er über das Recht spricht, auf den Einbruch der Subjektivität in die alte Ordnung - die unmittelbar sittliche. Zu diskutieren ist die Frage, ob ein methodischer Zwang besteht, das Hegelsche Schema der Begriffslogik, für die Rekonstruktion des B e s t e h e n d e n, für das Begreifen dessen w a s i s t zugrunde zu legen. Im b e s t e h e n d e n Lebenszusammenhang bildet sich Subjektivität und orientiert sie sich schon im Kontext und im Kontrast vorfindlicher allgemeiner - rechtlicher - Bezüge. G e - n e t i s c h bildet sich in der Geschichte Subjektivität aufgrund sich ausbildender individueller Inhaberschaften von Handlungsdispositionen und der sich dabei einstellenden Orientierung an j e e i g e n e n Zwecken. Die Ausbildung von Transsubjektivität und so auch das Recht ist im genetischen Gange an die vorgängige Ausbildung von Subjektivität gebunden. Schaut man dagegen - wie Hegel dies in der Rechtsphilosophie tut - auf die Bedingungen des schon bestehenden verallgemeinerten Lebens, dann mag die schon ausgebildete Transsubjektivität z u n ä c h s t namhaft gemacht werden, ehe auf deren Grenze an der ausgebildeten B e s o n d e r h e i t - bei Hegel im das abstrakte

Recht abschließenden Abschnitt über das "Unrecht"²⁾ verwiesen wird.

Meines Erachtens läßt sich für die Beantwortung der Frage nach den Bedingungen des **B e s t e h e n s** verallgemeinerten Lebens und für dessen **B e u r - t e i l u n g** das Verhältnis von Moralität und abstraktem Recht auch umkehren. Für die Rekonstruktion und die Beurteilung dieser Bedingungen geht m.E. trotz der Durchbrechung des Hegelschen methodischen Schemas nichts verloren. Für eine solche Umkehrung spricht, daß zu Beginn des Aufbaus des abstrakten Rechts dann, wenn die ausgebildete Subjektivität schon methodisch entwickelt ist, schon bestimmt werden kann, was Abstraktheit der Person heißt. In der Rechtsphilosophie wird bei der Bestimmung der abstrakten Person schon negativ auf die Subjektivität - die "konkrete Person" - Bezug genommen, die ja erst im Kapitel über die Moralität dann näher bestimmt wird³⁾, es wird darauf hingewiesen, daß von der Besonderheit der Zwecke des Individuums **a b g e s e h e n** wird. Abjektion jedoch setzt die vorgängige Bestimmung dessen, wovon abjektiert wird, methodisch voraus.

Der methodische Übergang vom abstrakten Recht zur Moralität gelingt nur deshalb, weil **n a c h** dessen Entwicklung das abjektierende Verfahren aufgegeben wird, Subjektivität wird - nur hierdurch wird etwa das "Unrecht" bestimmbar - nun vollgültig in die Betrachtung erst mit aufgenommen.

Ein Aufbau derart, daß zunächst die Subjektivität voll bestimmt würde und anschließend entwickelt würde, daß

2) Vgl. VII, 142 ff.

3) Vgl. vorn Kapitel 1

das Subjekt zwar für sich sich aufgrund seiner Orientierung am Wohl in Verhältnisse begibt, daß es aber **G e l t u n g** für andere nur aufgrund **e i n e r** seiner Qualitäten, **d e r** nämlich, Inhaber von Handlungsdispositionen zu sein, gewinnt, daß die Transsubjektivität sich über **d i e s e** (abstrakte) Qualität - "daseiender Wille" zu sein - herstellt, würde die Hegelschen Intentionen einerseits nicht verfehlen und andererseits die pragmatische methodische Ordnung eines terminologischen Aufbaus nicht verletzen. Diese pragmatische Ordnung ist bei Hegel verletzt, wenn er Termini zur Bestimmung des abstrakten Rechts schon - wenn auch nur negativ - verwendet, wie bei der Bestimmung der Abstraktheit der Person und der des Unrechts - die er erst späterhin einführt.

Bei Hegel schließt denn auch das Kapitel über die Moralität noch einmal - unter Übergehung der Explikationen des abstrakten Rechts - unmittelbar an die Philosophie des subjektiven Geistes und die Einleitung zur Rechtsphilosophie an, was zeigt, daß selbst in **s e i n e m** Aufbau die Vorordnung jener abstrakten Betrachtung nicht erforderlich ist. Mit dem unmittelbaren Anschluß an die Philosophie des subjektiven Geistes jedoch macht er sich jener subjektivistischen Verkürzung schuldig, von der ich weiter vorn schon gesprochen habe, daß nämlich Subjektivität im Kontext schon gemeinsamen - wenn auch noch nicht abstrakt rechtlich organisierten - Lebens sich bildet, daß die Bedingungen für die Ausbildung und des Bestehens von Subjektivität im schon allgemeinen - sprachlich vermittelten - Leben liegen.

Termini wie "Wille" und "Zweck" wären methodisch im Rekurs auf dialogische Situationen einzuführen, ebenso der Terminus "Handlung". Hegel bestimmt den Terminus "Handlung" ebenso wie jene beiden anderen jedoch im Rekurs auf eine monologische Situation und zwar im Kapitel

über die Moralität. Für eine systematische Einführung des Terminus "Handlung" wäre diese monologische Reduktion dialogisch zu rekonstruieren.

Die bürgerliche Gesellschaft hat ihre Bedingung an der Ausgebildetheit i n d i v i d u e l l e n Handelns, das zu individuellen Zwecken geleistet wird. Unterschieden wird von Hegel das (1) "vorsätzliche", das (2) "absichtliche" und das (3) "gute Handeln". Hier, wo es mir auf die Bedingungen der Rekonstruktion faktischer Willensbildungen, wie sie für die bürgerliche Gesellschaft konstitutiv sind, ankommt, zudem - wie vorn bemerkt - das "gute Handeln" für den weiteren Aufbau der Rechtsphilosophie bei Hegel bedeutungslos ist ⁴⁾, möchte ich mich auf die beiden ersten (1)(2) Handlungstypen beschränken. Zunächst jedoch möchte ich kurz zwei für das Kapitel über die Moralität grundlegende Aufsätze diskutieren.⁵⁾

J. Derbolav weist zu Recht darauf hin, daß Hegel, indem er das Gewicht in seinem moralphilosophischen Teil auf den Begriff der Handlung legt, den einseitigen Reflexionsstandpunkt der Kantischen Moralphilosophie überwindet ⁶⁾. Nicht nur die innere Bestimmung des Willens, sondern auch und insbesondere die Ausführung und Wirkungen der Willensbestimmungen, sind für die B e u r t e i l u n g in Betrachtung zu ziehen. Mit dieser über Kant hinausgehenden Akzentuierung wird das Subjekt von vornherein in seinem "Recht" in den Kontext des allgemeinen Lebens mit einbezogen, sein Stand in der Welt bestimmt seine

4) Vgl. vorn S. 55, insbesondere Anm. 27

5) J. Derbolav, Hegels Theorie der Handlung. In: Hegel-Studien, Bd. 3, S. 209-223, Bonn 1965; J. Ritter, Moralität und Sittlichkeit. In: ders., Metaphysik und Politik, a.a.O., S. 281-309.

6) Derbolav, a.a.O., S. 209

Moralität: "Das individuelle Handeln steht ... für Hegel ... in einem allgemeinen Normhorizont"⁷⁾. Die "Freiheit" des Subjekts gewinnt an seinen H a n d - l u n g e n ihr "Dasein". Konsequenterweise geht Derbolav denn auch auf die in der Einleitung der Rechtsphilosophie entwickelten Überlegungen zurück, er weist darauf hin, daß der dort entwickelte "allgemeine Wille ... das Normprinzip (Beurteilungsprinzip e.A.) des besonderen Willens"⁸⁾ ist, daß sich von dem in der Einleitung entwickelten "Begriff" des an und für sich seienden Willen her auch die Defizienz individueller Freiheitsrealisierung erweist. Zu Recht auch macht Derbolav darauf aufmerksam, daß die Hegelsche Untersuchung über die "Absicht und das Wohl" "noch nicht unter den Normhorizont des sittlichen Gewissens"⁹⁾ fällt. Er sieht hierin einen Mangel und empfiehlt eine "ernsthafte Korrektur an Hegels Handlungstheorie"¹⁰⁾ derart, daß die "substanziellen Zwecke", wie sie Gegenstand des Abschnitts über das "Gute und das Gewissen" sind, schon als Voraussetzungen des Abschnitts über die Absicht und das Wohl zu entwickeln wären. Auf die Isoliertheit des dritten Abschnitts des Kapitels über die Moralität macht Derbolav aufmerksam. Nur von letzterem her ließe sich das "Recht der Absicht" begründen.¹²⁾

Mit der Entwicklung der Absicht und des Wohls wird m.E. das Subjekt definiert, wie es Bedingung für das Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft ist. Das "Recht der Absicht" wird im Rückgriff auf den in der Einleitung formulierten "Begriff" begründet - auf "Absicht"

7) ebda, S.214 8) ebda

9) ebda, S.217 10) ebda, S.219

11) ebda, S.220 12) ebda, S.222

ausgerichteter Wille - individueller - ist Wille, der Inhalte nur als gewollte will, also - wenn auch defizienter - an und für sich seiender Wille. Der Reflexion auf die substanziellen Zwecke bedarf es bei der Bestimmung dieses defizienten Rechts noch nicht. Der Abschnitt über das Gute und das Gewissen hat das emphatische Recht des Subjekts zum Gegenstande, nur zu tun, was es mit seinem selbst gegebenen Gesetz in Einklang weiß. Dieses Recht aber, es wird ebenfalls im Hinblick auf den an und für sich seienden Willen begründet, dieses Recht, das Hegel verbal nicht müde wird anzuerkennen - seine Anerkennung definiert den "modernen Staat" geradezu - wird in der Rechtsphilosophie - und hierin liegt m.E. das legitime Unbehagen Derbolavs begründet - bei der Diskussion des "höheren Rechts" allgemeiner Sittlichkeit - des Staats - dem "mediatisierenden Anspruch des Allgemeinen"¹³⁾ einfach hin unterworfen. Hegel gelingt die Einbringung des durch den "Begriff" begründeten "subjektiven Rechts" in die allgemeine Ordnung - die bei ihm unter der Hand zur totalitären gerät - nicht¹⁴⁾. Der Abschnitt über das "Gute und das Gewissen" erhebt in der Rechtsphilosophie einen Anspruch, der im Kontext des Entwurfs des allgemeinen Lebens nicht eingelöst wird. Sein Fehlen würde nichts Prinzipielles an der Hegelschen Rechtsphilosophie ändern, sehr wohl aber das Fehlen des Abschnitts über die "Absicht und das Wohl". Gegen jene Unterwerfung von Subjektivität unter den "mediatisierenden Anspruch des Allgemeinen" hilft nicht eine andere Bestimmung emphatischer Subjektivität - die durch eine Umstellung innerhalb des Kapitels über die Moralität intendiert wäre - sondern eine andere (poetischere) Konstruktion "konkreter Allgemeinheit", eine andere Konstruktion eines sittlichen Lebens.

13) ebda, S.219

14) Vgl. vorn S.55 (Anm. 27)

J. Ritter geht bei der Diskussion des Moralitätskapitels ebenfalls auf Kant zurück. Dessen Unterscheidung von Moralität und Legalität kehre in der Hegelschen Rechtsphilosophie als die Explikation von abstraktem Recht und Moralität wieder^{15) 16)}. Hegel bleibe jedoch bei der bloßen Gegenüberstellung beider Sphären nicht stehen, sondern vermittele sie im Rückgang auf die vorkantische - insbesondere im Anschluß an Aristoteles formulierte - politisch-ethische Philosophie durch seine Bestimmung des "modernen Staats" miteinander¹⁷⁾. Der moderne Staat werde gerade dadurch definiert, und dies ist die differentia specifica zum alten Staat, daß er das "Recht der Subjektivität" für unantastbar nimmt¹⁸⁾ und dennoch eine allgemeine Ordnung darstelle.

"Diese Einheit der Subjektivität mit der von ihr unterschiedenen Wirklichkeit von Gesellschaft und Staat macht Hegels Rechtsphilosophie zu ihrem Gegenstand."¹⁹⁾

Der kantische "Dualismus der inneren Moralität und der ihr gegenüberstehenden Wirklichkeit"²⁰⁾, der historisch auf die Trennung von Ethik hier und Rechts- und Staatstheorie dort hinausgelaufen sei, sei bei Hegel im Blick auf den Vollzug des modernen Staats rückgängig gemacht, dieser Dualismus sei, so habe Hegel erkannt, "aufgehoben" im differenzierten sittlichen Lebensvollzug der Moderne. Kurz: Hegels Verdienst bestehe darin, daß er die Moralität, jenes

15) Ritter, a.a.O., S.282

16) Bei Kant wird die Entwicklung der legalen Sphäre der moralischen methodisch nachgeordnet, Hegel kehrt seinem oben genannten Schema folgend dies Verhältnis m.E. nicht zwingend um.

17) Ritter, a.a.O., S.294 ff. 18) ebda, S.283

19) ebda, S.288

20) ebda

der Moderne allein eigentümliche Problem, in die philosophische Politik einführe²¹⁾).

K.H. Ilting hat zu Recht darauf hingewiesen, daß eine Beschäftigung mit der Rechtsphilosophie zum Ausgang zu nehmen habe, daß bei Hegel "die antike Idee der substantiellen Sittlichkeit und der neuzeitliche Gedanke der Subjektivität und des Willens ~~vvv~~ in seinem Staatsbegriff aufgehoben²²⁾ sei. Diese Aufhebung sei "das treibende Motiv in Hegels zahlreichen Entwürfen eines Systems der politischen Philosophie gewesen ... bis es endlich in der Rechtsphilosophie seine abschließende Lösung erhielt". Ritter nimmt diese Synthese zu seinem Ausgang und unterstellt sie als gelungen. Er anerkennt zwar²³⁾, daß e i n i g e Formulierungen Hegels die Interpretation nahelegen, daß er die "politische Macht und Gewalt als Höheres" gegen das "moralische Selbstsein"²⁴⁾ zur Geltung kommen lasse, daß jedoch im Prinzip bei ihm der Subjektivität ihr Recht absolut - auch im Staate - gewährleistet bleibe, daß sie im Allgemeinen aufbewahrt bliebe. Nach dieser Aufbewahrung aber und nach dem Anspruch auf die Gelungenheit der Synthese ist m.E. noch einmal - über die Hegelschen Thesen hinaus - zu fragen.

Hegel konstatiert die Ausbildung von Subjektivität und deren Anerkenntnis in der Moderne. Das sittliche Allgemeine ist nur lebensfähig dann, wenn es die Subjektivität nicht ausschließt²⁵⁾. Der Nichtausschluß der Subjektivität aber heißt nicht - bei Hegel nicht - daß der Staat - und es ist festzuhalten, daß Hegel dem bestehenden als "sittliche Idee" behauptet - an der Subjektivität und dem durch es gegebenen allgemei-

21) ebda, S.296

22) K.H.Ilting, E.Fleischmann: La philosophie politique de Hegel (Bspr.). In: Hegel-Studien, Bd.3, S.391, Bonn 1965

23) Ritter, a.a.O., S. 301 24) ebda, S.300

25) Vgl. die zentrale Stelle VII,337 ff. (insbes. Zus.)

nen Gesetze (das "Gute und das Gewissen"), das immerhin sich am Begriffe der Freiheit orientieren mag, ein Korrektiv habe, daß Recht der Subjektivität heiße, sich gegen ein Allgemeines - den faktisch sich im Vollzug befindlichen Staat - zur Geltung bringen zu können. Einen Gerichtshof praktischer Vernunft über den faktischen Staat hinaus kennt Hegel nicht. Recht der Subjektivität heißt bei ihm, Recht auf Assimilation an's Allgemeine.²⁶⁾

Das sittliche Allgemeine lebt nur dann, wenn die Assimilation des Subjekts gelungen ist, wenn das Subjekt zum individuellen Träger der Zwecke des Allgemeinen geworden ist. Unter der Voraussetzung nun, daß der faktisch im Vollzug seiende moderne Staat "Idee der Sittlichkeit" ist, bleibt dem Subjekt in der Tat nur diese Assimilation, wenn es sich am Begriff der Freiheit orientiert. Gibt man aber, gezwungen durch den bestehenden Weltzustand, die Ineinsetzung von faktisch bestehendem Staat und voll realisierter Sittlichkeit auf, zeigt sich, wie Marx es in seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts nachgewiesen hat, daß der Hegelsche Staat seinem Anspruche, realisierte Freiheit zu sein, nicht genügt, sondern selbst unter die Kategorie des "Not- und Verstandestaats" fällt, dann ist nach dem Recht der Subjektivität gegen das allgemeine Faktische noch einmal zu fragen, ein Recht, das sehr wohl im Namen des Begriffs der Freiheit erhoben worden sein kann. Diese Frage, das versteht sich aufgrund des Hegelschen Ansatzes, der von der Vernünftigkeit des Bestehenden ausgeht, fehlt bei Hegel. Die linkshegelianische Kritik bis hin zu Kierkegaard lebt von dieser Frage, lebt vom bei Hegel desavouierten Geltungsanspruch von Subjektivität.

26) Vgl. vorn S. 55 (Anm. 27).

Aber selbst dann, wenn man einmal unwidersprochen hin-
nimmt, das der moderne Staat jene realisierte Freiheit
emphatisch schon sei, ist die Frage nach dem Status
jener Aufhebung des Besonderen im Allgemeinen noch
einmal zu fragen. Hierbei kann man immanent Hegel
folgend auf einen anderen Hegelschen Text zurück-
greifen - die "Ästhetik". Dort nämlich wird die mo-
derne Welt - und dies betrifft sowohl die Gesellschaft
als auch den Staat - unter die Kategorie des "prosa-
ischen Weltzustands" subsumiert²⁷⁾. Die Prosaisität
aber des Lebens wird gerade durch die "Entzweiung"
von Besonderheit und Allgemeinheit definiert und
zwar die lebensmäßige. In seinem Lebensvollzug ver-
mag das Individuum - auch im modernen Staate - danach
nicht mehr in Einheit mit dem Allgemeinen sich zu
gestalten,^{27a)} es übernimmt - etwa als Beamter - nur
eine bestimmt begrenzte, wenn auch für den allgemeinen
Vollzug unverzichtbare R o l l e. Nur im Gedanken
- "ideell" - vermag das Individuum durch Einsicht
in diese Unverzichtbarkeit seines Beitrags, durch
Einsicht in seine Verwobenheit ins Allgemeine noch,
seine Einheit mit diesem zu erfassen, lebensmäßig
- "reell" - ist sein Vollzug prosaisch. Und auch der
Staat hat seine Einheit mit dem Besonderen nur "ab-
strakt", hinsichtlich nur einer abjektierten indivi-
duellen Eigenschaft, nämlich der, Rollenträger zu
sein, die anderen besonderen Eigenschaften überläßt
er dem wildwüchsigen Ablauf in der Gesellschaft.

Eine ideelle Einheit ist nur unvollkommen. Was ist
das für eine Sittlichkeit, in der das Individuum im
Grenzfall etwa dem Allgemeinen einfachhin lebensmä-
ßig geopfert wird,²⁸⁾ jenem "höheren Recht", in der das
Individuum ideell nur, in der E i n s i c h t i n

27) Vgl. XII, 264 (27a) "der wahrhaftige Gehalt des Lebens
(geht der Subjektivität ab)" (XII, 247)

28) Vgl. vorn S. 315 (Anm. 159)

die Erforderlichkeit seines Opfers, seine Einheit mit einer höheren Weltordnung erfährt ? - Was ist das für ein L e b e n, das n u r noch im G e - d a n k e n sich vollbringt ? - Und Hegel sieht das Fehlen lebensmäßiger "individueller Selbständigkeit" selbst, die Prosaität des Lebens, als einen Mangel, er sieht die Fragwürdigkeit m.E. der von ihm behaupteten sittlichen Synthese von Allgemeinem und Be- sonderem, wenn er schreibt:

"Das Interesse nun aber und Bedürfnis solch einer wirklichen individuellen Totalität und lebendigen Selbstständigkeit wird und kann uns nie verlassen, wir mögen die Wesentlichkeit und Entwicklung der Zustände in dem ausgebildeten bürgerlichen und politischen Leben als noch so ersprießlich und vernünftig anerkennen."²⁹⁾

Handlung: Die H a n d l u n g ist nach der Hegel- schen Definition das "Tun des d e n k e n d e n M e n - schen"³⁰⁾. Was eine Handlung des näheren ist, ist abhängig von der Bestimmung (1) des T u n s - das genus proximum der Definition - oder wie Hegel auch sagt: der T a t und es ist abhängig (2) von der Bestimmung des D e n k e n s.

Hegel gibt folgende Gebrauchsfestlegungen bezüglich des Wortes "Tat".

"Die T a t setzt eine Veränderung an diesem vor- liegenden Dasein ..."³¹⁾

"Die T a t ist überhaupt die hervorgebrachte Ver- änderung und Bestimmung des Daseins."³²⁾

"Zur T a t gehört der g a n z e U m f a n g von Bestimmungen, die mit einer hervorgebrachten Veränderung des Daseins in unmittelbarem Zusammen- hang stehen."³³⁾

29) XII, 266

30) Hegel, Rechtsphilosophie (Ausgb. Hoffmeister), S. 385
(Randbemerkung zu § 119)

31) VII, 173 32) III, 27 33) III, 216

Nimmt man den Ausdruck "Veränderung" einmal für unproblematisch³⁴⁾, dann gilt es noch des näheren zu bestimmen, was "gesetzt" und "hervorgebracht" in diesem Kontext heißen soll³⁵⁾.

Offenbar kann "gesetzt" bzw. "hervorgebracht" ja nicht einfach durch die Wendung: durch "Denken vorbereitet und kontrolliert" ersetzt werden, denn dann wäre der Definition Hegels folgend Tat und Handlung dasselbe. Der Verweis auf die Hervorgebrachtheit einer Veränderung soll ja wohl eine durch den Menschen aufgrund eines ihm eigentümlichen Vermögens bewirkte Veränderung von einer naturwüchsig sich ereignenden abgrenzen; - und der Unterschied von Tat und Handlung, der für Hegels Kapitel über die Moralität bedeutsam ist, ist wohl darin zu suchen, daß er "hervorgebrachte Veränderung" allgemeiner faßt als "hervorgebrachte Veränderung (das ist ja die Tat) des denkenden Menschen". Was aber ist ein Hervorbringen, von dem zu sagen ist, daß es nicht durch Denken vermittelt ist? Da sich bei Hegel keine Gebrauchsfestlegungen bezüglich dieses Wortes finden, muß es erlaubt sein, durch eine eigene Überlegung die terminologische Lücke zu füllen. Ich will, den Hegelschen Text allerdings in seinem Fortgange im Auge, in einem Rückgang auf dialogische Verhältnisse jenen Unterschied von T a t und H a n d - l u n g kurz rekonstruieren, um dann mit Hilfe einer monologischen Reduktion den Hegelschen Text selbst erneut einzuholen.

Elementare Verhältnisse zwischen Menschen werden durch A u f f o r d e r u n g e n begründet. Im einfachsten Fall führt die aufgeforderte Person die zur Aufforderung passende Tätigkeit aus, sie b e f o l g t

34) Vgl. z.B. vorn S. 214

35) Man achte im folgenden auf die Differenz zu den von mir in Kapitel 4 eingeführten Bestimmungen.

die Aufforderung. Es sei zusätzlich angenommen, daß die aufgeforderte Person die Aufforderung verstanden hat und sie aufgrund dieses Verständnisses befolgt. Verstehen heißt hier Wortverstehen, das dann als gegeben angenommen werden darf, wenn (1) die aufgeforderte Person schon in anderen Situationen Aufforderungen befolgt hat, in denen die in der nun aktuell ergangenen Aufforderung enthaltenen Wörter selbst schon enthalten gewesen sind - was ein bloße Dressur allerdings noch nicht völlig ausschließt deshalb: (2) darf das Wortverstehen dann angenommen werden, wenn zu dieser ersten Bedingung zusätzlich noch tritt: die aufgeforderte Person hat in anderen Verhältnissen selbst schon mit Hilfe der in Frage stehenden Wörter aufgefordert.

Derjenige nun, der eine an ihn ergangene und ihm verständliche Aufforderung befolgt, vollbringt eine T a t.

Reden, die aufgrund einer - unter Umständen nur aufgeschobenen - Nichtbefolgung einer Aufforderung geführt werden, sind Beratungen. Sie sind elementar und rudimentär, wenn die auffordernde Person nach einer Nichtbefolgung erneut - unter Umständen modifiziert - auffordert. Beratungen sind auch dann rudimentär, wenn die aufgeforderte Person statt einer Befolgung der an sie ergangenen Aufforderung nun ihrerseits unmittelbar auffordert. Rudimentär sind allgemeiner all jene Beratungen, denen ein nichtproblematisierter Zweckkontext zugrundeliegt, auf den hin eine Veränderung vorgenommen werden soll. Die sich gegenseitig auffordernden Personen blicken dabei auf einen eingeübten Praxiszusammenhang zurück, der unmittelbar entscheidungsrelevant wird. Über die Aufforderungen und Gegenaufforderungen hinaus werden in rudimentären Beratungen keine Reden geführt. Der Beschluß, diese oder jene Aufforderung zu befolgen ist ebenfalls rudimentär.

Beratungen sind dann nicht mehr rudimentär, wenn zusätzlich zu den Aufforderungen bzw. Gegenaufforderungen und im höherstilisierten Falle, wenn zusätzlich zu den Vorschlägen und Gegenvorschlägen noch begründende Reden geführt werden. Begründende Reden werden in Hinsicht auf das Ziel geführt, bestimmte Vorschläge in den Status eines Beschlusses zu überführen oder sie aus der Beschlußfassung zu eliminieren.

Die wesentlichen Schritte zur Bestimmung des Wortes "Handlung" sind gegangen worden. Von einer Handlung wird in Bezug auf d e n Bereich einer Tat gesprochen, der, sei es nun komplex oder auch nur rudimentär b e - r a t e n worden ist.

Einem Mißverständnis ist zu begegnen. Wir werden nicht nur dann von einer Tat bzw. einer Handlung reden, wenn ihr vorgängig a k t u e l l beraten bzw. beschlossen worden ist. Wir werden in Bezug auf eine Veränderung auch dann von einer Tat oder einer Handlung sprechen, wenn wir aufgrund unserer Kenntnis von der Sprachmächtigkeit des Verändernden annehmen dürfen, daß verändert wird, als ob aktuell beraten worden sei. So gehört traditionales Handeln etwa zu denjenigen Hervorbringungen, die nicht stets erst erneut beraten werden. Eine explizite Beratung liegt allenfalls in der Ursprüngen des ausgeführten Tuns. Liegt keine aktuelle Beratung zugrunde, dann sagen wir: W i r können die in Frage stehenden Veränderungen als Befolgung einer Aufforderung bzw. im Anschluß an eine Beratung geleistet v e r s t e h e n - f ü r u n s ist sie eine Tat bzw. Handlung. Bedingung für die Legitimation dieses Vorgehens ist allerdings, daß die verändernden Menschen selbst einer die Veränderung begleitenden Sprache prinzipiell mächtig sind, ihre Sprache muß ihre Hervorbringungen a k t u e l l begleiten können.

Individuen lernen aufgrund von Reden miteinander mit sich selbst zu reden - zu denken. Die Hegelsche monologische Reduktion besteht darin, von Handlung nur in Bezug auf das Tun eines derart mit sich selbst redenden Individuums zu sprechen.

Der durch eine Tat veränderte Zustand ist eine Wirkung was heißt: ohne die Ausführung der Tat wäre der Komplex der Zustandsänderung, mag er immerhin auch in bestimmten Bereichen eine Folge von anderen externen - natürlichen - Faktoren sein, nicht eingetreten.

Wird eine Aufforderung befolgt oder wird aufgrund einer Beratung ein Beschluß gefaßt, dann soll gesagt werden: der in der Aufforderung bzw. im Beschluß enthaltene Sachverhalt wird gewollt. Der gewollte Zustand ist der Zweck "... Wille, (der) etwas will"³⁶⁾. "Subjektiv" ist der unerfüllte Zweck: "... der Zweck ist zunächst nur ein mir Innerliches, Subjektiv - v e s, aber er soll auch objektiv werden"³⁷⁾. Der "objektive Zweck" ist der erfüllte subjektive³⁸⁾ oder genauer: Von denjenigen Sachverhalten, die als noch nicht bestehende den Inhalt des subjektiven Zwecks ausgemacht haben und von denen nach der Ausführung der Handlung gesagt werden darf, daß sie nun bestehen, ist als vom objektiven Zweck zu sprechen. In der Regel ist zu erwarten, daß nicht alle subjektiven Zwecke objektiv werden.

Die Handlung ist die Übersetzung des subjektiven - zunächst nur "innerlichen" und "vorgestellten" Sachverhalts - in die Objektivität.

36) VII, 58

37) VII, 61

38) Vgl. zu den "Formen des Willens" vorn Kapitel 6.4.2.1

O b j e k t i v e r Zweck und Handlungswirkung sind nun in der Regel keineswegs dasselbe.

"Die Handlung hat mannigfaltige F o l g e n. Die Folgen, als die G e s t a l t, die den Z w e c k der Handlung zur S e e l e hat, sind das Ihrige (das der Handlung Angehörige), zugleich aber ist sie, als der in die Ä u ß e r l i c h k e i t gesetzte Zweck, den äußerlichen Mächten preisgegeben, welche ganz Anderes daran knüpfen, als sie für sich ist und sie in entfernte, fremde Folgen fortwälzen."39)

Und so läßt sich nun mit Hilfe des erarbeiteten Vokabulars und im Rekurs auf die angezeigte Diskrepanz von objektivem Zweck und ihn überschreitender Handlungswirkung der Unterschied von Tat und Handlung noch näher bestimmen. Die T a t ist die Gesamtheit a l l e r Hervorbringungen, die aufgrund von Aufforderungsbefolgungen bzw. Beschlußrealisierungen zustandekommen. Der Tat ist nicht nur der in der Aufforderung oder im Beschluß enthaltene Sachverhalt - der nun unter Umständen realisierte subjektive Zweck - zuzurechnen, sondern auch all jene Wirkungen, die nicht befolgungsvorgängig als subjektiver Zweck schon eine Formulierung fanden. So ist eine Handlung in der Regel über ihren Bereich hinaus bloße Tat, sofern ihr Wirkungen zukommen, die nicht schon handlungsvorgängig subjektiver Zweck gewesen sind. Die Tat schließt die Gesamtheit aller handlungsvorgängig intendierten und realisierten Wirkungen und aller aufgrund der Aufforderungsbefolgung bzw. Beschlußrealisierung eintretenden F o l g e n, die ja in einem übertragenen Sinne wiederum Wirkungen sind, ein. Die derart eintretenden Wirkungen sind die "Schuld" der Tat. Man mag auch sagen, die derart eintretenden Wirkungen sind dem Tätigen zuzusprechen, er ist an ihrem Eintreten schuldig.

39) VII, 175

Vorsatz und Schuld: Hegel spricht in zweierlei Weise von "Schuld". (1) der tätigen Person ist "abstrakt" die Schuld am Eintreten a l l e r ursächlich auf ihr Tun rückführbaren Wirkungen zuzusprechen⁴⁰⁾ - ihre Schuld umfaßt die ganze "Objektivität der Tat"⁴¹⁾. (2) Der tätigen Person ist die Schuld - Hegel sagt näher: die "wahrhafte Schuld"⁴²⁾ - nur am Eintreten der von ihr tatvorgängig gewußten und nun eingetretenen Wirkungen zuzusprechen. Sie ist Schuld am objektiven Zweck, an jenem Teil der Tat, der Handlung ist. Die Schuld in diesem Sinne wird einer Person in Hinsicht auf diejenigen eingetretenen Wirkungen zugesprochen, die der Tat vorgängig Inhalt des subjektiven Zwecks gewesen sind oder - was dasselbe ist - und hiermit wird ein zentraler Terminus des Kapitels über die Moralität terminologisch eingeholt: die im "Vorsatze" gelegen haben.

"Ich bin aber nur, was in Beziehung auf meine Freiheit ist, und die Tat ist nur Schuld meines Willens, insofern ich darum weiß."⁴³⁾

So kann methodisch die Rede über die Tat bzw. die Handlung unter Zugrundelegung der Hegelschen Normierungen näher präzisiert werden. Von Tat zu sprechen, das heißt über Hervorbringungen ohne Berücksichtigung des Wirkungswissens der sie leistenden Personen zu reden. Wird die Tat im Hinblick auf das Wirkungswissen der Tätigen hin bestimmt und wird über den Teil der "Objektivität der Tat" gesprochen, der tatvorgängig Bestandteil des Wirkungswissens der Tätigen gewesen ist, dann betrifft die Rede näher Handlungen. Wird beim Reden über Handlungen nur berücksichtigt, daß ein Wirkungswissen des Tätigen vorliegt, und bleibt

40) Vgl. VII, 173 (§ 115) 41) Vgl. diese Wendung VII, 180

42) Vgl. diese Wendung VII, 174 43) ebda

der Zweck, die Genese ("Bildung") und der Umfang dieses Wissens außer Betrachtung, dann wird von "vorsätzlichem Handeln" gesprochen. So ist jegliches Handeln - aufgrund der Einführung dieses Wortes - jedenfalls **v o r s ä t z l i c h**. Die Hereinnahme jener Aspekte (Zweck, Genese, Umfang) spezifiziert die Rede über Handlung, und es wird des näheren - mit Hegels Worten - über "absichtliches Handeln" gesprochen. Mit dem "absichtlichen Handeln" ist die Hegelsche Bestimmung, daß die Handlung das Tun des denkenden Menschen sei, voll eingeholt. Hegel vermerkt: Die "Absicht gehört zur Vollständigkeit der Handlung"⁴⁴).

Heroisches Selbstbewußtsein: Bevor ich dem Hegelschen Text folgend auf die "Absicht" eingehe, möchte ich kurz auf einen anderen Handlungstyp als den moralischen zu sprechen kommen, auf das **ä s t h e t i s c h e** Handeln. Hegel bestimmt das ästhetische Handeln im Anschluß an die Bestimmung des Vorsatzes und spricht es dem "heroischen Selbstbewußtsein" zu.

In Hegels ästhetischer Theorie wird der **p o e t i s c h e** Weltzustand, das Kunstwerk wird durch seine handlungsmäßige Darstellung definiert, durch das Bestehen heroischer Subjektivität, wie der **p r o s a i s c h e** Weltzustand durch das Bestehen moralischer Subjektivität bestimmt⁴⁵). Poetisch ist der Weltzustand dadurch, daß die Entzweiung von Besonderheit und Allgemeinheit nicht zu konstatieren ist, daß das Individuum - Exemplar ist hier zumeist Herakles - in seiner individuellen Tat unmittelbar die allgemeine Ordnung repräsentiert, die es individuell setzt, die - dies kennzeichnet patriarchale Ordnungen - unmittelbar auch an es gebunden bleibt. Die heroische Indivi-

⁴⁴) Vgl. Hegel, Rechtsphilosophie (Ausgabe Hoffmeister) S.385 (zu § 119)

⁴⁵) Vgl. XII,245 ff.

dualität ist u n m i t t e l b a r und lebensmäßig, ganz im Unterschied zur moralischen, die es nur v e r - m i t t e l t und "ideell" ist, Einheit von Besonderem und Allgemeinem.

"Die wahre Selbständigkeit ... besteht allein in der Einheit und Durchdringung der Individualität und Allgemeinheit, indem das Allgemeine durch die Einzelheit sich ebenso sehr ein konkretes Dasein gewinnt, als die Subjektivität des Einzelnen" und Besondern im Allgemeinen erst die unerschütterliche Basis und den echten Gehalt für seine Wirklichkeit findet."⁴⁶⁾

N o c h n i c h t geht, wie im prosaischen Weltzustande, der "Subjektivität ... der wahrhaftige Gehalt des Lebens ab (...), so daß diese Mächte und Substanzen (sc. die Allgemeinheit) außerhalb ihrer für sich selbst dastehen, und dem Subjekt und seinem Innern ein fremder Inhalt bleiben", durch welches das - hier moralische - Selbstbewußtsein "den Standpunkt inhaltsvoller Selbständigkeit und Freiheit (verliert)"⁴⁷⁾. die unmittelbare Selbständigkeit aber verliert das Subjekt durch das "Denken"⁴⁸⁾, durch das Handeln aus "Absicht", das seine Vorbereitung und seinen Übergang auf der Stufe schon des "Vorsatzes", in der Unterscheidung von "abstrakter" und "wahrhafter Schuld" hat.

In Hegels Randnotizen zur Rechtsphilosophie⁴⁹⁾ finden sich im Anschluß an die ersten Bestimmungen moralischer Subjektivität - erste Bestimmung ist die Selbstunterscheidung von abstrakter und wahrhafter Schuld - in negativer Abgrenzung Bemerkungen zur ästhetischen Theorie.

46) XII, 247

47) ebda

48) XII, 247

49) Vgl. Hegel, Rechtsphilosophie (Ausgabe Hoffmeister), S. 381 ff.

Bisher ist nur gewissermaßen von außen - "für uns" - der Unterschied von Tat und Handlung, von Schuld im allgemeinen und wahrhafter Schuld gemacht worden. Noch war nicht die Rede davon, daß die handelnden Individuen selbst - erst hierdurch werden sie an und für sich seiender Wille, indem sie sich zuerkennen nur, was sie auch gewollt haben - (epipraktisch) jenen Unterschied machen - durch letztere Denkleistung werden sie m o r a l i s c h.

"Das h e r o i s c h e Selbstbewußtsein (wie in der Tragödien der Alten, Ödipus usf.) ist aus seiner Gediegenheit noch nicht zur Reflexion des Unterschieds von T a t und H a n d l u n g, der äußerlichen Begebenheit und dem Vorsatze und Wissen der Umstände, so wie zur Zersplitterung der Folgen fortgegangen, sondern übernimmt die Schuld im ganzen Umfange der Tat."⁵⁰⁾

Daß das heroische Selbstbewußtsein seine Praxis nicht in der angegebenen Weise problematisiert und hinsichtlich seiner Schuld differenziert, "für sich" keinen Unterschied zwischen Tat und Handlung macht, heißt nun aber nicht, daß es nicht h a n d e l t (für uns) und näher individuell, seinen eigenen und von anderen unterscheidbaren Zwecken folgend, handelt - die es dann allerdings zu allgemeinen zu stilisieren in der Lage ist. Hegel bestimmt die Handlung als denkendes Tun, und das heroische Selbstbewußtsein denkt auch. Es macht sich (1) Zwecke explizit - Herakles will den Stall des Augias ausmisten - es nimmt sie allerdings als vorgegeben hin und ist nicht bereit sie zu problematisieren, was nichts anderes heißt als: das heroische Selbstbewußtsein handelt noch nicht "absichtlich", in Hinsicht auf das "Allgemeine der Handlung" - deren weitgespanntes Wirkungsfeld - und ⁱⁿ Hinsicht auf das

50) VII, 176

"Wohl", auf ein Ganzes strukturierter Zwecke. Und (2) über das Explizitmachen der Zwecke hinaus handelt das heroische Selbstbewußtsein auch in einer gewissen ihm expliziten Kenntnis von Wirkungen seines Handelns. Es denkt in technischer Hinsicht, wenn auch restringiert. Diese Unterscheidungen jedoch tragen **w i r** an das heroische Selbstbewußtsein heran, es selbst hat noch kein epipraktisches Vokabular zur Verfügung.

Dem heroischen Selbstbewußtsein ist der Eintritt von Wirkungen im Gefolge seines Handelns ununterschieden **s e i n e** Wirkung. Individuen, die nun derart "abstrakt" die Schuld auf sich nehmen, sind für Hegel "edel"⁵¹⁾. Fragt man danach, wie etwa in der Ethnologie, in der solche Individualitäten ja zum alltäglichen Gegenstandsbereich gehören, woran es liegt, daß Gruppen oder Individuen dieser Art ununterschieden eine Schuld auf sich nehmen, dann wird man zum Zwecke der Erklärung auf deren unvollkommenes Handlungswirkungsweise aufmerksam machen und auf gewisse Unzulänglichkeiten in den umgebenden Umständen verweisen, man wird aber kaum behaupten - wie Hegel dies tut - daß diese Individualitäten "dessen schuldig sein **w o l l e n** (Sperrung von mir) **was sie getan ...**"⁵²⁾. Man käme wohl zu dem Ergebnis, daß sie es eben nicht besser **w i s s e n** und sich zurechnen, was im Nachhinein zur Tat eintritt. Da diese Individuen den Unterschied zwischen Schuld im allgemeinen und wahrhafter Schuld nicht kennen, kann auch keine Rede davon sein, daß sie die ganze Schuld auf sich nehmen "wollen" oder man legt einen anderen Willensbegriff als den eingeführten zugrunde. Weder für sich noch für uns sind die in Frage stehenden Individuen "edel" und "heroisch", sie sind es allenfalls unter bestimmten Zwecksetzungen in der "Kunst", die einzelne Züge ("ab-

51) Hegel, Rechtsphilosophie (Ausgabe Hoffmeister), S.383 zu § 118

52) ebda, S.382 f.

strakt") hypostasiert und sie als "Ideal" nimmt, das es im Kunstwerk darzustellen gilt, oder sie der Prosa des Lebens des Zeitalters, in der sie gemacht wird, gegenüberstellt.

Absicht und Wohl: Der im subjektiven Zweck intendierte Sachverhalt stimmt nicht unbedingt mit den faktisch eintretenden Handlungswirkungen überein. Die - so Hegel - in die "Äußerlichkeit" tretende Handlung wird ihr äußerlichen Gesetzen unterworfen, sie tritt in ein Verhältnis zu auf sie einwirkenden "äußerlichen Mächten"⁵³⁾. Ü b e r h a u p t zu handeln schließt so die Inkaufnahme nicht intendierter Wirkungen schon mit ein, die man zwar materiell noch nicht zu explizieren weiß, die aber "formell" der Handlung zugehören. Und hat man schon Erfahrungen damit gemacht, daß nicht intendierte Wirkungen eintreten und sich diese Erfahrungen auch schon vergegenwärtigt, dann ist die Möglichkeit des Eintritts solcher Wirkungen in den handlungsvorgängigen Beratungen schon Argument. So wird man bei der Begründung der Nichtbefolgung einer Aufforderung etwa auf das zu große Risiko hinweisen, das mit der Handlung verbunden ist usw.

"Ein altes Sprichwort sagt mit Recht: der Stein, der aus der Hand geworfen wird, ist des Teufels. Indem ich handle, setze ich mich selbst dem Unglück aus: dies hat also ein Recht an mich, und ist ein D a s e i n m e i n e s e i g e n e n W o l l e n s."⁵⁴⁾

Wird nun in Kenntnis dessen gehandelt, daß unvorhergesehene Wirkungen eintreten können, dann darf von den Handelnden gesagt werden, daß sich ihre wahrhafte Schuld auch auf die Möglichkeit eines derartigen Eintretens nicht antizipierter Handlungswirkungen ausweitete. Ihr Vorsatz befaßt nun bestimmte Sachverhalte material, formell aber auch den möglichen Eintritt

53) VII,175

54) VII,178

von nicht intendierten Sachverhalten. Die "Objektivität der Tat", so kann auch gesagt werden, ist formell objektiver Zweck.

Dieser Sachverhalt ist aus den alltäglichen Praxiszusammenhängen her geläufig. Teils verzichtet man explizit auf die Ausführung einer bestimmten Handlung und damit auf die Erfüllung eines Zwecks, weil man die möglichen Handlungswirkungen nicht voll übersieht. Teils führt man eine bestimmte Handlung trotz des Wissens um die Möglichkeit des Eintritts von nicht explizit intendierten Handlungswirkungen aus. Die Gefährdungshaftung im modernen Schuldrecht bezieht sich auf den letzteren Sachverhalt, allerdings nicht auf die mögliche Konsequenz von Handeln überhaupt, sondern eingeschränkt auf bestimmte, von vornherein - mit Nutzen für den Handelnden selbst verbundene - besonders gefährliche Handlungen.

Zwei Gründe macht Hegel für die eintretende Diskrepanz von subjektiv intendiertem Sachverhalt und eintretender Handlungswirkung namhaft: (1) einen "subjektiven" - ein mangelndes Handlungswirkungswissen - und (2) die "Natur der endlichen Tat" selbst⁵⁵⁾. Nehmen wir nun an, daß es ein prinzipieller und leitender Zweck der Handelnden ist, den Bereich der wildwüchsig auftretenden Handlungswirkungen einzuengen, an diesem Zweck wird im übrigen bei Hegel der Bezugspunkt der Absicht - das "Wohl" - bestimmt, nehmen wir also einen derartigen Zweck an, dann wird die Beratung in Hinsicht auf jene möglichen Handlungswirkungen, mit dem Ziel sie material zu bestimmen, zu führen sein. Eine derartige Beratung ist technischer Natur. Ein Handeln dann derart im erarbeiteten Wissen um ein Ganzes von Wirkungen ist "absichtliches" Handeln.

55) VII, 178 (§ 119)

"Der Übergang vom Vorsatze zur Absicht ist nun, daß ich nicht bloß meine einzelne Handlung, sondern das Allgemeine, das mit ihr zusammenhängt, wissen soll. So auftretend ist das Allgemeine das von mir Gewollte, meine A b s i c h t."⁵⁶⁾

Und so tritt die Genese und der Umfang jenes tatvorgängigen Wissens um die Handlungswirkungen zusätzlich zu seinem bloßen Bestehen, das bei der Bestimmung des vorsätzlichen Handelns ausschließlich Berücksichtigung fand, in den Blick.

Zu welchem Zweck wird der Bereich der wildwüchsig eintretenden Handlungswirkungen eingeschränkt? In einem ersten Schritt (1) gelten die technischen Überlegungen der Realisation des im Vorsatze liegenden Zwecks. Externe Einflüsse werden in Hinsicht auf diesen Zweck hin beurteilt und unter verschiedenen Handlungen wird diejenige gewählt, die jenen Zweck am adäquatesten zu erfüllen verspricht; andere, für die Realisation d i e s e s Zwecks irrelevante Wirkungen bleiben außer Betracht. Komplexer (2) dagegen gestalten sich die Überlegungen aber im Hinblick auf ein Vielfältiges von - dem aktuellen Vorsatze - vorgängig schon nach Über- und Unterordnung strukturierter Zwecken. Und erst hier erreichen wir vollgültig unsere geschichtlich vermittelte Praxis selbst, indem wir den Grund, das Prinzip, des absichtlichen Handelns explizit machen. Handeln wir doch nicht unabhängig von uns allen durch unsere Natur und durch unsere Gattungs- oder auch Individualgeschichte vorgegebenen Inhalten, die wir für uns selbst jeweils schon als Zwecke ausgezeichnet haben. Und diese Zwecke sind von uns, da nicht alle miteinander erfüllbar, nach unterschiedlicher Präferenz strukturiert, so daß wir bei der Gefährdung eines im strukturierten Zwecksystem übergeordneten Zwecks die Verfolgung eines untergeordneten Zwecks aufgeben, wenn dieser die Gefährdung bewirkt. Wir fügen also auch unsere Vorsätze eh immer

schon in ein Präferenzgefüge ein und fragen danach, inwiefern die je aktuelle Verfolgung eines Zwecks andere, unter Umständen übergeordnete, Zwecke in ihrer Erreichung verhindert. Wenn nun also danach gefragt wird, zu welchem Zweck wir uns bemühen, absichtlich zu handeln, dann ist auf jenes vorgängig strukturierte Präferenzsystem von Zwecken zu verweisen. Neben der Sicherung der Erreichung des im Vorsatze liegenden Zwecks gilt die Ausweitung unseres Handlungswirkungswissens der Sicherung der Erfüllung von uns aus unserer ersten und zweiten Natur jeder aktuellen Tat vorgegebenen Zweckes⁵⁷⁾.

Gegenüber den vielfältigen gewußten und damit als Zweck ausgezeichneten Wirkungen des Tuns ist die Handlung ein M i t t e l. Sie wird zum Zwecke der Realisierung der in der Absicht liegenden Inhalte geleistet. Sinnvollerweise wird der Ausdruck "Mittel" - wie Hegel dies auch tut - in Bezug auf einen komplexen Handlungswirkungszusammenhang eingeführt, der näher dadurch bestimmt ist, daß e i n e Handlung vielfältige Wirkungen zeitigt, die als Inhalte der Zwecke nach Über- und Unterordnung strukturiert sind (werden) bzw. der dadurch bestimmt ist, daß e i n Zustand Wirkung voneinander unterscheidbarer Handlungen sein mag.

"Gegen diesen Zweck, die A b s i c h t d e m I n h a l t e nach, ist das Unmittelbare der Handlung in ihrem weiteren Inhalt zum Mittel herabgesetzt."⁵⁸⁾

57) Derbolav vermerkt in seinem Aufsatz zu Hegels Theorie der Handlung, a.a.O., S.217 zu Recht, daß Hegel mit dem Kapitel über die Absicht und das Wohl den "weltgeschichtlichen I n d i v i d u u m" (Sperrung von mir) - also dem "bürgerlichen Subjekt" - seinen "begrifflichen Ort" gibt.

58) VII, 180

Die Handlung wird zum Zwecke der Realisierung bestimmter - in der Absicht liegender - Inhalte ausgeführt.

"Durch dies Besondere (das Ganze von vielfältigen unterschiedenen oder/und zusammenhängenden Zwecken e.A.) hat die Handlung subjektiven Wert, Interesse für mich." 59)

Oder was dasselbe ist: Die Handlung fügt sich als Mittel in das Strukturgefüge des Zwecksystems ein, sie ist selbst Zweck (Unterzweck).

Im elementaren Falle, den Hegel zunächst in dem Abschnitt über die Absicht und das Wohl in den Blick rückt, sind die Inhalte, zu deren Realisierung absichtlich gehandelt wird, vorgegeben und - sofern eben der terminologischen Festlegung folgend von Handlung überhaupt geredet werden darf - durch willensbildende Rede zwar hindurchgegangen aber nur "gesetzt" - "keine wahren Bestimmungen der Freiheit"⁶⁰⁾. Die Zwecke entstammen nämlich ihrem Inhalt nach im besagten elementaren Fall dem unhintergehbaren Reproduktionsprozeß des Lebens, sie "beruhen (darauf), daß das Subjekt ein Lebendiges ist ..." ⁶¹⁾. Mit anderen Worten: Der Zweckinhalt ist durch die Bedürfnisse bestimmt. Es sind dies weiter Zwecke, die individuell zu befriedigen sind, weil die Zweckinhalte dem individuellen Leben entstammen. Die Befriedigung dieser Zwecke in ihrer Gesamtheit ist in Hegelscher Terminologie das "Wohl". Wer seine Zwecke bedürfnisorientiert strukturiert, der verfolgt sein "Wohl". Am Wohl wird als dem Prinzip des subjektiven Handelns das individuelle aktuelle Handeln jeweils sich orientieren. Dies Handeln aber ist im vergesellschafteten Zusammenhang bedürfnisgebundener und bedürfnisbefriedigender Praxis die "Arbeit" ⁶²⁾.

59) ebda 60) VII, 181 61) ebda

62) Vgl. VII, 270 ff.

Der Handlungsbegriff wird wie schon bemerkt von Hegel zunächst ausschließlich im Hinblick auf eine individuelle Tätigkeit eingeführt. Die "Gesamtheit der Zwecke"⁶³⁾, deren Befriedigung das Wohl des Subjekts ausmacht, "die Besonderheit der Interessen des natürlichen Willens in ihre einfache Totalität zusammengefaßt, ist das persönliche (Sperrung von mir) Dasein als Leben"⁶⁴⁾. Kurz: Die aufs Wohl ausgerichtete Handlung geht auf den individuellen Lebenszusammenhang und dessen Erhaltung.

Die Inhalte, zu deren Erfüllung gehandelt wird, sind im elementaren Falle vorgegeben und durch Willensbildung nur nachträglich zu ihrer auch schon geleisteten Erfüllung nur "gesetzt" und damit - wie Hegel sagt - keine "wahren Bestimmungen der Freiheit". Die Zwecke entstammen ihrem Inhalt nach, und hierin liegt die Elementarität der Praxis begründet, dem unhintergehbaren Reproduktionskontext des Lebens, "sie beruhen (darauf), daß das Subjekt ein Lebendiges ist". Die so bestimmten Zwecke sind individuell zu befriedigen und so prinzipiell egoistisch; mögen auch viele Menschen Hunger haben, so ist dies doch kein gemeinsamer Hunger, sondern der von vielen Individuen. Und da die Bedürfnisse sich im kulturellen Gange sehr verfeinert haben, gewisse Weisen ihrer Befriedigung unhintergebar bleiben, auf andere Weisen dagegen sehr wohl Verzicht geleistet zu werden vermag, bestimmen die bedürfnisbestimmten Zwecke ein strukturiertes Zwecksystem.

Recht der Absicht: Auf dem Hintergrund des Begriffs von an und für sich seiende Willen formuliert Hegel das "Recht der Absicht". Ein Handeln, das als Realisat dieses Begriffs verstanden werden kann ist gerechtfertigt. Absichtlich es Handeln ist individu-

63) VII, 186

64) ebda

65) VII, 181

elles gerechtfertigtes - wenn auch, weil zu vorgegebenen Inhalten und nur individuell geübt, defizientes, nur "formelles" - Handeln. W e i l absichtliches Handeln gerechtfertigt ist, ist, was es hindert, ungerechtfertigt und so hat das Individuum ein Recht auf Einsicht in Handlungswirkungszusammenhänge.

"Das R e c h t d e r A b s i c h t ist, daß die a l l g e m e i n e Qualität der H a n d l u n g nicht nur a n s i c h sei, sondern von dem Handelnden g e w u ß t werde, somit schon i n seinem subjektiven Willen gelegen habe; ..." ⁶⁶⁾

Hier findet sich ein individuelles Recht auf Bildung formuliert.

Aus dem Begriffe des freien Willens folgt über obiges Recht hinaus die "Pflicht" für das Individuum, sich die Einsicht in den Handlungswirkungszusammenhang auch zu verschaffen, eine Pflicht zur Bildung. " ... das Recht der O b j e k t i v i t ä t der Handlung ... ist, sich vom Subjekt als D e n k e n d e m als gewußt und gewollt zu behaupten" ⁶⁷⁾. Das Individuum hat kein Recht, sich aufgrund eines selbstverschuldeten Nichtwissens der Schuld zu entschlagen.

Oder dasselbe in Hinsicht auf das Wort "Absicht" formuliert: Das Individuum hat ein "Recht" darauf absichtlich zu handeln und die "Pflicht dies zu tun. Das Individuum in dieser Weise zu betrachten heißt für Hegel, es seinem Begriffe gemäß, " ... nach der Ehre, ein Denkendes und ein Wille zu sein, zu nehmen" ⁶⁸⁾ - als m o r a l i s c h e s S u b j e k t.

Bedürfnisbestimmtes, sittliches, ästhetisches Handeln:

Es lassen sich nun drei Typen von Handlungen, nämlich

66) VII, 178; vgl. 67) ebda 68) VII, 179
auch X, 393

bedürfnisbestimmtes, sittliches und ästhetisches Handeln und insbesondere der Unterschied von heroischem und moralischem Selbstbewußtsein noch näher bestimmen.

Ich spreche zunächst über den Unterschied von bedürfnisbestimmter und sittlicher Praxis. Hegel nimmt in der Bestimmung jenes elementaren Zweckkontextes, im Hinblick auf den er vom Wohl spricht, seinen Ausgang von den Bedürfnissen. Die Zwecke sind damit individuelle. Hegel hat im Kapitel über die Moralität ein individuelles vorsätzliches bzw. absichtliches Handeln vor Augen, das Mittel zur Erfüllung jener Zwecke ist. Als solche zu egoistischen Zwecken individuell handelnde Subjekte treten die Menschen in den gesellschaftlichen Kontext - die "Allgemeinheit"-ein. Der zugrundeliegende Zweckinhalt für die Vergesellschaftung bleibt die "Besonderheit der Zwecke". Jenes Allgemeine ist nur Mittel zur adäquateren Erfüllung und zur Verfeinerung der egoistischen Zwecke der Individuen.

"Meinen Zweck befördernd, befördere ich das Allgemeine, und dieses befördert wiederum meinen Zweck." ⁶⁹⁾

Eine sittliche Praxis ist Realisierung von aus Freiheit hervorgebrachten Zwecken, eine bedürfnisbestimmte Praxis ist Realisierung von durch Freiheit gesetzten Zwecken.

Sittliche Praxis ist nach Hegel näher institutionalisiertes interaktionsgebundenes Handeln, das nicht mehr als Mittel zur Erfüllung der Zwecke der Besonderheit zu verstehen ist. Es ist ein Handeln, das gemeinsam um gemeinsamer Zwecke willen geleistet wird.

Die bürgerliche Gesellschaft ist ein Praxiszusammenhang, in dem das Wohl der zugrundeliegende Zweckinhalt bleibt und Allgemeinheit nur als Mittel verstanden wird. Die sittliche Komponente, daß Allgemeinheit als Zweck ausgezeichnet wird - Interaktion - ist in der bürgerlichen Gesellschaft nur "formell". Der Staat dagegen ist nach Hegel ein Praxiszusammenhang, in dem das Allgemeine um seiner selbst willen getan ^{wird} und ausschließlicher Zweck des Handelns ist.

Mag sittliche Praxis nun aber Faktum sein oder auch nicht; um ein Prinzip auszugrenzen, das wie das Hegelsche Willensfreiheitsprinzip dazu geeignet ist, Praxis zu b e u r t e i l e n, reicht der Rekurs auf die Bedingungen von unzweifelhaft geglückter Praxis. Und eine solche geglückte Praxis, in welchem minimalen Umfang auch immer, liegt in unserer geschichtlich vermittelten bedürfnisbestimmten Praxis jedenfalls vor. Unsere Bedürfnisse befriedigen wir nur, weil wir Allgemeinheit - zumindest auch - als Zweck ausgezeichnet haben. Wir haben sogar Institutionen begründet, die für dieses Allgemeine eintreten, ihr B e s t e h e n zeigt, mögen sie auch ihre Funktion an besonderen Zwecken haben, die Realisation von Vernunft in der Geschichte an. Deshalb Hegels Blick auf die Institutionen.

Die Universalisierung der Bedingungen geglückter Praxis, die Rekonstruktion genauer von deren Geglücktheit, sie ist auf menschliche willensmäßige H e r v o r b r i n g u n g allein zurückzuführen, führt zur Formulierung schon jenes Prinzips⁷⁰⁾. Für die Formulierung dieses Prinzips ist der Rekurs auf eine rein interaktionsgebundene Praxis - auf deren Faktum - nicht vonnöten, es reicht der Rekurs auf das a u c h interaktionsgebundene Leben.

70) Vgl. unten Kapitel 5.2

Für Hegel jedenfalls ist jene rein sittliche Praxis ein Faktum im Staat. Handlung und Zweck fallen in ihr zusammen. Gedacht ist an einen sich selbst erhaltenden und stilisierenden Zusammenhang kommunikativen Handelns.

Bei der Bestimmung der bedürfnisgebundenen Praxis wird der Ausgang von einer "Kollision" oder "Entzweiung" genommen, die zwischen bedürfnisbestimmten Zwecken und deren Befriedigung besteht, die außerdem, da das Bedürfnis stetig wiederkehrt, auch stets sich erneuert. Der bedürfnisbestimmten Handlung liegt eine perennierende Differenz von "Sein" (Bedürfnis) und "Sollen" (Befriedigung), eine von faktisch bestehendem Zustand und Wohl zugrunde. Sie ist auf ihrer elementaren Stufe als eine "natürliche" Differenz zu bestimmen, weil ihr Eintritt nur "formell" in der Verfügung der Handelnden liegt. Ist dagegen eine Kollision in ihrer Genese auf aus Freiheit hervorgebrachte Zweckinhalte zurückzuführen, dann verfügen die Handelnden auch über das Entstehen der Differenz. In Hinsicht auf die zuletzt genannten Kollisionen, sie mögen **K o n f l i k t e** genannt werden, sind Konfliktvermeidungsstrategien entwerfbar. Mit anderen Worten: Tritt die Kollision an der elementaren Bedürfnisschicht auf und ist das Wohl leitend, sind Konfliktvermeidungsstrategien sinnlos. In dem Maße, wie die elementare Bedürfnisschicht verlassen ist, in dem ^{Maße}, wie unser Leben interaktionsvermittelt ist, steigt die Chance für ein konfliktfreies Leben.

Nimmt man einmal an, daß eine rein sittliche Praxis Faktum sei, dann treten Kollisionen der angezeigten Art, die in ihrem Entstehen sich der Verfügung entziehen, nicht mehr auf. Dennoch kennt Hegel auch hier gewisse Entzweiungen, nur sind sie nach ihm in das sich selbst reproduzierende Allgemeine integriert, sie machen dessen Leben aus - das Leben des

Staats. Die Kollision im sittlichen Leben wird bei ihm durchgängig affirmativ gedeutet und in Abänderung einer Rede Feuerbachs über Hegels läßt sich sagen, daß die "Idee" (hier der "Freiheit") bei diesen Kollisionen mit sich selber "spielt"⁷¹⁾. Die auftretenden Kollisionen sind Momente des Allgemeinen. In Hegels Ästhetik⁷²⁾, dort, wo die "Bestimmtheit des Ideals" angegeben wird, findet sich die gleiche Konstruktion integrierter Kollision⁷³⁾. Nur hier auf einer vor-moralischen Stufe, dort auf einer nachmoralischen.

Und so läßt sich noch einmal das moralische Selbstbewußtsein näher bestimmen, negativ in seinem Kontrast zum heroischen und positiv im Rekurs auf das Wohl und die durch es geleitete Absicht.

Die heroische Subjektivität macht den Unterschied von Schuld im allgemeinen und wahrhafter Schuld nicht, von Wirkungen seines Tuns, die wildwüchsig eintreten und Wirkungen, die tatvorgängig in seinem Vorsatze gelegen haben, mag dieser Unterschied auch für uns machbar sein. Das moralische Subjekt macht für sich diesen Unterschied. Nun, im Anschluß an die Unterscheidung von bedürfnisbestimmter Praxis einerseits und sittlicher andererseits, läßt sich über das moralische Subjekt positiv noch mehr aussagen, es wird nämlich in seinem Verhältnis zu anderen moralischen Individuen und damit auch zum Allgemeinen bestimmbar. Sein Wohl ist ihm explizit leitender Zweck; tritt es in einen allgemeinen Zweckzusammenhang ein, dann versteht es sich explizit nicht als dessen integrierter Bestandteil, sondern es "v e r h ä l t" sich zum Allgemeinen⁷⁴⁾. Erfüllt es dessen Zwecke mit, dann ist

71) Vgl. Feuerbach, Werke, a.a.O., Bd. II, S. 181

72) Vgl. XII, 241-329 73) Insbesondere XII, 278 ff.

74) VII, 189

sein Handeln "gut"⁷⁵⁾. Das gute Handeln ist subjektives Handeln, das in seinem Vollzug das Allgemeine und dessen Zwecke erfüllt⁷⁶⁾. Es ist damit **emphatisch moralisch**, weil es "die wesentliche Beziehung auf den Begriff als ein Sollen"⁷⁷⁾ enthält.

"Für den subjektiven Willen ist das Gute ebenso das schlechthin Wesentliche und er hat nur Wert und Würde, insofern er ¹⁸⁾ seiner Einsicht und Absicht demselben gemäß ist"

Am Begriffe des an und für sich seienden Willens hat, so habe ich vorn gesagt, die moralische Willensbildung ihr negatives Kriterium, ein positives, konkret handlungsanweisendes, fehlt bei Hegel.

Das moralische Subjekt **verhält sich** zum Allgemeinen heißt: Letzteres tritt ihm als selbständige Macht gegenüber, sei es nun als "Sitte", sei es auch als "Rechtsordnung".⁷⁹⁾ Das moralische Subjekt bestimmt **sich selbst** als im Kontrast zum Allgemeinen. In dem Maße, wie das Individuum sich aus einer ursprünglichen allgemeinen Ordnung löst - emanzipiert - in dem Maße, wie es sich zum Subjekt heranbildet, meint es den Maßstab dafür, was zu tun sei, in sich selber - an seinem Wohl zunächst - zu haben, es wendet sich gegen die "Sitte", begeht "Unrecht", wenn es sich gegen die bestehende Rechtsordnung stellt. So definiert die ¹⁸⁾ Herausbildung moralischer Selbständigkeit den prosaischen Weltzustand.

Das Auseinanderfallen von Besonderem und Allgemeinem - von Moralität und Sittlichkeit - tritt nach Hegel

75) Vgl. hierzu den Abschnitt über das Gute und das Gewissen VII, 187 ff.

76) Vgl. VII, 188

77) VII, 170 f.

78) VII, 188

mit der bürgerlichen Gesellschaft ins "Dasein".

In dem Maße, wie die subjektive Orientierung expandiert, tritt jene Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft, der Auseinanderfall in Klassen ein. Für die Abwehr der Destruktion der allgemeinen Verhältnisse durch die Durchsetzung des Prinzips der Besonderheit kennt Hegel nur die gruppenmäßige Solidarität (Korporation), den polizeilichen Eingriff und den Export gesellschaftlich erzeugten Armut durch die koloniale Expansion. Gesellschaftsinterne Willensbildungen, die Schaffung der Bedingungen für solche, liegen außerhalb des Hegelschen Horizonts.

79) Als Sitte tritt das Allgemeine der moralischen Selbständigkeit in der attischen Polis gegenüber. Die Sophistik und Sokrates problematisieren vom aufgeklärten Standpunkt moralischer Selbständigkeit die überkommene Ordnung. Als Rechtsordnung tritt im bestehenden allgemeinen Leben der Moderne das Allgemeine dem Subjekt gegenüber.

8. Faktische Willensbildung

"Moralisch" (zum Hegelschen Wortgebrauch): "Moralisch" handelt ein Individuum nach Hegel dann, wenn es "vorsätzlich", "absichtlich" bzw. "gut" handelt. "Gutes", nach einem selbsthervorgebrachten Prinzip, aufs Allgemeine sich ausrichtendes Handeln, hat zur Bedingung die Ausbildung der "Absicht", wie letztere durch den "Vorsatz" schon definiert wird.

So bestimmen sich bei Hegel verschiedene Modi der Moralität, defiziente sind von einem emphatischen zu unterscheiden. Defizient moralisch handelt ein Individuum, wenn es noch nur vorsätzlich oder absichtlich handelt: ich habe dieses Handeln und die ihm zugrundeliegende Willensbildung näher m o r a l i s c h - r e l e v a n t genannt. Emphatisch moralisch handelt ein Individuum, wenn es sich in ein h e r v o r g e b r a c h t e s, dem Freiheitsprinzip gemäßes, "Verhältnis" zum Allgemeinen gebracht hat: ich nannte die hier zugrundeliegende Willensbildung m o r a l i s c h im engeren Sinne.

Der bestehende gesellschaftliche Lebenszusammenhang ist als durch m o r a l i s c h - r e l e v a n t e Willensbildung hervorgebracht und sich in seinem Bestehen durch moralisch-relevante Willensbildung erhaltend rekonstruierbar. Aufgrund ihrer Fähigkeit absichtlich zu handeln wird von den Subjekten eine allgemeine Lebensordnung, werden a l l g e m e i n e V e r h ä l t n i s s e, begründet. Die explizite Ausrichtung am "Wohl" ist Grund dafür, daß sie sich in das System der Bedürfnisse einfügen und die Rechtsordnung - das dem System der Bedürfnisse zugrundeliegende allgemeine Verhältnisschema, das positiv geworden ist - realisieren. Ihre Ausrichtung am Wohl ist der

Grund dafür, daß sie **a n e r k e n n e n**. Ihre Eigenschaft Inhaber von Handlungsdispositionen zu sein - "abstrakte Person" - ist der Grund dafür, daß sie **a n e r k a n n t** werden. Beides, bedürftiges und seine Bedürftigkeit als Zweck auszeichnendes Wesen einerseits **u n d** Inhaber von Handlungsdispositionen zu sein andererseits, konstituiert die moralisch-relevante Willensbildung, die in ihrer vollen Ausprägung den **b e s t e h e n d e n** gesellschaftlichen Lebenszusammenhang begründet. Diese Willensbildung wird jedenfalls **v o n u n s** schon geleistet und ist so **f a k t i s c h**. Sie zu rekonstruieren heißt faktisch realisierte und sich perpetuierend realisierende Transsubjektivität zu bestimmen. Aus **s y s t e m a t i s c h e n** Gründen möchte ich die allgemeine Struktur **d i e s e r** faktischen Willensbildung bestimmen.

8.1 "Besonderheit"

Die Entstehung der Entzweiung wird von Hegel auf die Besonderheit von "Trieben", "Neigungen" oder "Bedürfnissen" zurückgeführt¹⁾. Die Besonderheit von Zwecken führt dann zu einem Konflikt, wenn die Wirkungen der Handlungen, die zu deren Realisierung zu üben sind, einander ausschließen **u n d** wenn ein Bildungsprozeß des Willens bezüglich der derart einander ausschließenden Zwecke nicht stattfindet. Die Frage nach der Entstehung von Konflikten führt so zu der Frage nach der Besonderheit der Zwecke, dem Konfliktgrund. Zwei Bedingungen führt Hegel für das Bestehen der Besonderheit an: (1) Ihrem Inhalt nach sind die Zwecke individuell vorgegeben - bedürfnisbestimmt, und (2) die Individuen haben gelernt individuell - aufgrund von Denken - diese vorgegebenen Inhalte **f ü r s i c h** selbst als Zweck - positiv oder negativ - auszuzeichnen.

1) Vgl. hierzu die - in monologischer Reduktion allerdings vorgetragenen - Überlegungen Hegels VII, 69 f.

Der i n d i v i d u e l l gefaßte E n t s c h l u ß konstituiert die Besonderheit der F o r m nach, dem Inhalt nach gründet sie auf Vorgegebenheit. Beide Momente (1,2) zusammen begründen erst die ausschließende Besonderheit, denn daraus etwa allein, daß ein Individuum individuell vorgegebene Bedürfnisse hat, folgt ja noch nicht, daß es sie auch i n d i v i d u e l l zur Geltung bringt.

Auf die Vorgegebenheit der Zweckinhalte verweist Hegel mit Wendungen wie: "durch die Natur gegeben", "durch Anderes (bestimmt)", "von Natur bestimmt", "natürliche Besonderheit" und ähnlich²⁾. Daß der Mensch an diese Inhalte n i c h t gebunden ist, daß er sie aufgeben, ändern, setzen kann, darauf verweist Hegel in §§ 5-7 der Rechtsphilosophie.

"Der Trieb ist in der Natur, aber daß ich ihn in dieses Ich setze, hängt von meinem Willen ab, der sich also darauf, daß er in der Natur liegt, nicht berufen kann."³⁾

Konfliktvermeidende Reden hier geführt sind verstehbar als M i t t e l zur Befriedigung von je besonderen Zwecken. Ein gemeinsam gebildeter Wille - Transsubjektivität - ist M i t t e l zur Realisierung der Zwecke der Besonderheit - "formelle Allgemeinheit". Unsere faktische Willensbildung erreicht jedenfalls "formelle Allgemeinheit" schon, bei ihrer Rekonstruktion gehen wir von in ihrem Inhalt durch die Bedürfnisse bestimmten Zwecken aus.

8.2 Argumentieren

Reden, die zum Zwecke der Beseitigung bzw. Vermeidung von Konflikten geführt werden, mögen p r a k t i s c h e

2) Vgl. etwa VII,56,59,63,200 ff.,310 und Rechtsphilosophie (Ausgabe Hoffmeister) S.313

3) VII,64

A r g u m e n t a t i o n e n genannt werden. Konflikte werden dann jedenfalls ausgeräumt - ich lege hier den dialogischen Fall zugrunde⁴⁾ - wenn bestimmte Aufforderungen zugrundeliegende Begehren geändert oder aufgehoben werden. Praktische Argumentationen haben also Begehrensänderungen bzw. Begehrensaufhebungen zum Zwecke^{5) 6)}.

Vorschlägen, die gemacht werden, liegen gewisse Zwecke $Z_1, \dots, Z_k$ zugrunde. Zweck der Argumentation ist die Aufgabe der Verfolgung dieser Zwecke. Es werden zur Erreichung dieses Zweckes Zwecke $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ angegeben, die d a n n nicht erfüllt werden, wenn $Z_1, \dots, Z_k$ verfolgt werden. $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ sind dabei Zwecke, deren Erfüllung die Vorschlagenden von $Z_1, \dots, Z_k$ gegenüber $Z_1, \dots, Z_k$ auszeichnen. Es tritt hier eine Metastufung ein: $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ ist - im Kollisionsfalle - gegenüber $Z_1, \dots, Z_k$ z w e c k, unter der Bedingung der Kollision wird vom Vorschlagenden $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ gegenüber $Z_1, \dots, Z_k$ als Zweck ausgezeichnet oder was dasselbe ist: $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ haben eine höhere P r ä f e r e n z als $Z_1, \dots, Z_k$ (der Stern + steht für diese höhere Präferenz). Zwecke $Z_1, \dots, Z_k$ werden dann aufgegeben, wenn es Zwecke $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ gibt, deren Erfüllung bei Verfolgung von $Z_1, \dots, Z_k$ ausgeschlossen wird. Im Grenzfalle wird die Erfüllung von Zwecken $Z_n^{++}, \dots, Z_p^{++}$ - sie sind in unserem Falle ihrem Inhalt nach durch die elementaren Bedürfnisse bestimmt⁷⁾ - gegenüber a l l e n Zwecken $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ und $Z_1, \dots, Z_k$ im Kollisionsfalle ausgezeichnet.

-
- 4) Hegel hat seinem monologischen Aufbau folgend von vornherein den Konflikt "in einem Subjekt" vor Augen (vgl. etwa X, 375). Ich werde diesen Konflikt in diesem Kapitel unter dem Titel "innerer Konflikt" behandeln.
 - 5) Da eine Begehrensänderung stets eine - unter Umständen partielle - Begehrensaufgabe einschließt, spreche ich im folgenden stets allgemeiner nur von A u f g a b e.
 - 6) Reden, die der Durchsetzung eines Begehrens dienen, sind leicht nach der angegebenen Struktur zu bilden.
 - 7) Dies aufgrund der vorn namhaft gemachten praktischen Grundeinsicht.

$Z_1, \dots, Z_k, Z_1^+, \dots, Z_m^+, Z_n^{++}, \dots, Z_p^{++}$ bilden ein System Σ_Z von Zwecken, das nach Über- und Unter- auch Nebenordnung strukturiert ist. Eine gewisse komplementäre Kenntnis solcher Strukturierung ist Bedingung für praktisches Argumentieren.

$Z_n^{++}, \dots, Z_p^{++}$ werden ihrem Inhalt nach durch die elementaren Bedürfnisse bestimmt. Neben anderen weiteren Bestimmungen werden $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ und $Z_1, \dots, Z_k$ jeweils ebenfalls durch zumindest ein elementares Bedürfnis, durch einen Zweck von $Z_n^{++}, \dots, Z_p^{++}$ definiert. $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ und $Z_1, \dots, Z_k$ sind ihrem Inhalt nach - so möchte ich sagen - bestimmte Weisen von Bedürfnissen, sie werden durch differenzierte Bedürfnisse ihrem Inhalt nach bestimmt, sie sind ihrem Inhalt nach Bedürfnisse.

Das System von Unter- und Überordnung umfaßt - dies ist die horizontale Ordnung - auch einander disparate Zwecke, das heißt es werden nicht nur bestimmte Weisen der Befriedigung eines und desselben Bedürfnisses zugunsten überhaupt einer Befriedigung desselben Bedürfnisses aufgegeben - dies wäre die vertikale Ordnung - sondern es wird auch auf eine bestimmte Weise der Befriedigung eines bestimmten elementaren Bedürfnisses zugunsten von Weisen der Befriedigung eines anderen Bedürfnisses im Kollisionsfalle Verzicht geleistet.

Ein Konflikt zwischen Zweckverfolgungen verschiedener Subjekte wird von ihnen oder zumindest - dies der einseitige Fall - von einem von ihnen auf folgende Weise ausgeräumt: Zugunsten der je übergeordneten Zwecke $Z_n^{++}, \dots, Z_p^{++}$ bzw. $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ werden die je untergeordneten Zwecke $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ bezüglich $Z_n^{++}, \dots, Z_p^{++}$ und $Z_1, \dots, Z_k$ bezüglich $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ bzw. $Z_n^{++}, \dots, Z_p^{++}$, wenn deren Erfüllung durch die Verfolgung der je untergeordneten

Zwecke verhindert wird, aufgegeben.

Ein Konflikt wird dann nicht ausgeräumt werden können, wenn durch die Verfolgung der einander ausschließenden Zwecke keine in Σ_Z über - oder wenigstens nebengeordneten Zwecke in ihrer Erfüllung verhindert werden.

Über die spezielle Strukturierung, die das einzelne, dann in die Willensbildung eintretende, Subjekt Σ_Z gibt, können letztlich methodisch nur Spezialwissenschaften und schließlich - was die letzten Strukturen betrifft, die Feinstruktur - individuumsgewendete Analysen Auskunft geben. In unserem alltäglichen Lebenhorizont greifen wir auf gewisse Erfahrungen zurück, zumeist können wir auf in ihrer Grundstruktur bei allen gleichen Strukturierungen zurückgreifen. Durch die praktische Grundeinsicht, die wir in unserer Situation allgemein voraussetzen können, wird eine erste allgemeinverbindliche Struktur festgelegt, weitere lassen sich aus Bedingungsverhältnissen der Bedürfnisdifferenzierung erschließen. Weitere Strukturierungen ergeben sich aus der Individual- bzw. Gruppengenes (Erziehung, Geschichte usw.). Die Erlangung der Kenntnis von Zweckstrukturierungen ermöglicht allererst Willensbildungen der angezeigten Art, sie ermöglicht auch allererst die Bildung eines Verständnisses von schon geleistetem Handeln, erlaubt sie doch erst die Rekonstruktion jeweils zugrundeliegender Willensbildung.

Zur Terminologie: Argumentiert wird in - in unter Umständen recht ungesicherter - Kenntnis der Wirkungen vorgeschlagenen Handelns. So kann man gegebenenfalls durch verschiedene Handlungen einen Zustand erreichen, den man etwa als Zweck auszeichnet. Diese verschiedenen Handlungen haben jedoch, sei es im Durchgang durch verschiedene Zwischenzustände, das sind Wirkungen von Teilen der Handlung - Teilhandlungen - sei es auch als Endzustand, unter Umständen Wirkungen,

die nicht ihrerseits schon von vornherein als Zweck ausgezeichnet worden sind. Sie mögen Nebenwirkungen heißen. Absichtliches Handeln ist wie vorn ausgeführt dadurch ausgezeichnet, daß es Nebenwirkungen auszuschließen sucht, das heißt jede Wirkung schon zur Kenntnis zu bringen sucht, die in Form des Zwecks - positiv oder negativ - tatvorgängig schon formuliert wird.

In komplexen Lebenszusammenhängen ist es die Regel, daß Handlungen den gewollten Zustand nicht auf einmal erreichen. Es werden zunächst durch bestimmte Teilhandlungen Zwischenzustände erreicht, von denen ausgehend neue Handlungen den gewollten Zustand erreichen. Gibt es mehrere Handlungen, die einen Zustand erreichen, dann gibt es auch mehrere Zwischenzustände, die voneinander unterschieden werden können. Bei der Prüfung, welche von den verschiedenen Handlungen ausgeführt werden sollen, wird die Beurteilung, welche dieser Zwischenzustände als Zweck ausgezeichnet werden können - neben der Beurteilung der neben der Endzweckerfüllung noch außerdem eintretenden Wirkungen der Gesamthandlung - eine Rolle spielen. Diese Beurteilung wird ebenfalls im Rekurs auf das zugrundeliegende Zwecksystem vorgenommen. Werden Zwischenzustände explizit als Zweck ausgezeichnet, dann soll von ihnen als von Unterzwecken gesprochen werden⁸⁾. Sie stehen unter Umständen untereinander in differenzierter Stufung in einer Ober-

8) Zur genaueren Differenzierung sollen noch Neben-zwecke von Unterzwecken unterschieden werden. Unterzwecke sind ihrem Inhalt nach diejenigen bekannten Wirkungen von Teilhandlungen, die als Zwischenzustände zur Erfüllung von bestimmten Zwecken erreicht werden. Sie mögen dabei unter Umständen außerhalb des Gesamthandlungszusammenhangs, der zu einer bestimmten Zweckerfüllung geübt wird, ruhig auch nicht als Zweck ausgezeichnet werden. Neben-zwecke

Unterzweckrelation. D e r Zweck, dessen Erfüllung die Ausführung der Gesamthandlung leitet, ist der O b e r z w e c k zu allen anderen im Handlungskontext als gewollt ausgezeichneten Zwischenzustände. Bedingen die Erreichung bestimmter Zustände einander wechselseitig, dann soll im Falle, daß sie als Zweck ausgezeichnet werden, gesagt werden, daß sie sich zueinander wechselseitig in einer Ober-Unterzweckrelation befinden. In komplexeren Zusammenhängen, in denen es zu Rückkopplungseffekten von auch schon erfüllten Oberzwecken auf immer noch zu erfüllende Unterzwecke kommt, tritt dieser Fall auf - z.B. im Verhältnis von Familie und bürgerlicher Gesellschaft.

Die U n t e r z w e c k - O b e r z w e c k r e l a -
t i o n e n sind von Relationen der U n t e r - und
Ü b e r o r d n u n g von Zwecken in $\mathcal{Z}$ zu unter-
scheiden. Letztere betrifft Präferenzgesichtspunkte,
erstere zeichnet Handlungswirkungszusammenhänge nach.
Ist eine Zweckerfüllung Z^+ im Kollisionsfalle nur
durch die Aufgabe einer relativ zu ihr untergeord-
neten (vertikal oder horizontal) anderen Zweckerfüllung
 Z zu erreichen, dann ist die Handlung: "Aufgabe von
 Z " ein M i t t e l zur Erfüllung der n u n als
Oberzweck ausgezeichneten übergeordneten Zweckerfüllung

sind gewollte Zustände, die zwar ebenfalls Wirkungen von Teilhandlungen sind, die die zur Erfüllung des zugrundeliegenden Zwecks dienlichen Zustände erreichen, jedoch selbst zur Erreichung jenes Endzustandes nichts mehr beitragen, das heißt sie sind keine Bedingungen für dessen Erreichung. Nennt man den dem ganzen Handlungskomplex zugrundeliegenden Zweck einen O b e r z w e c k, dann können diejenigen eintretenden Wirkungen der Gesamthandlung, die ihrerseits nicht als O b e r z w e c k die Handlung leiten, N e b e n o b e r z w e c k e genannt werden, wenn sie - unter Umständen sogar auch erst nachträglich zu ihrem Eintritt in schon b e s t e h e n d e n Lebenszusammenhängen - als gewollt ausgezeichnet werden. Diese Nebenoberzwecke sind, was hier nicht näher ausgeführt werden soll, für den Bedürfnisdifferenzierungskontext und dessen Fortschreiten, überhaupt für Praxisdifferenzierung bedeutsam.

Z^+ . Auf diese Weise treten Unterzweck-Oberzweckrelationen in das Argumentationsgefüge, das an Über- und Unterordnungen von Zwecken sich orientiert, ein.

Gründe: Wie sehen Argumentationen der angezeigten Art des näheren aus? Zwei Weisen von Reden sind zu unterscheiden: (1) diejenigen, die unter Bezug auf ein fixiertes Zwecksystem Σ_Z geführt werden und (2) diejenigen, die die Strukturierung selbst zum Gegenstand haben.

(1) Bei einer gegebenen fixierten Strukturierung von Zwecksystemen von sich in einem Lebenszusammenhang befindenden Subjekten werden Konflikte dadurch ausgeräumt, daß auf die Verfolgung untergeordneter angemeldeter Zwecke zugunsten übergeordneter, durch die Verfolgung der untergeordneten Zwecke in ihrer Erfüllung verhinderter, Zwecke Verzicht geleistet wird. In den Reden sind dabei Behauptungen dahingehend enthalten, daß die Verfolgung von Zwecken $Z_1, \dots, Z_k$ die Erfüllung der - vom Adressaten der Präferenz nach höher eingestuften - Zwecke $Z_1^+, \dots, Z_m^+$ in Wirkung jener Verfolgung verhindert. Wenn der Adressat der Reden erwartet, daß die in den Reden bezüglich Σ_Z dargestellten Sachverhalte bestehen, das heißt, wenn er erwartet, daß die Erfüllung der angeführten übergeordneten Zwecke verhindert (ist) wird, falls die untergeordneten Zwecke verfolgt werden, dann soll von diesem Sachverhalt als von einem Grund für eine Begehrensänderung gesprochen werden. Ob ein dargestellter Sachverhalt ein Grund ist, das hängt so zunächst einmal von der jeweiligen Struktur des Zwecksystems des Adressaten der Rede ab.

(2) Sachverhalte können dann, wenn es gelingt das Zwecksystem eines Redeadressaten entsprechend umzustrukturieren, zu Gründen werden. Dies ist gleichfalls Gegenstand praktischer Argumentation, die Zwecksystemumstruk-

wird gleichfalls - als Zwischenschritt - zum Zwecke der Konfliktausräumung vorgenommen.

Die Struktur eines Zwecksystems Σ_Z wird dadurch geändert, daß bezüglich einiger in einem bestimmten Subordinationsverhältnis strukturierten Zwecke diesen übergeordnete Zwecke genannt werden- im Grenzfall die durch die elementaren Bedürfnisse bestimmten - deren Erfüllung/edenfalls gegenüber diesen ausgezeichnet wird und deren Erfüllung bei Beibehaltung der faktisch schon gegebenen Strukturierung verhindert wird. Die in einer bestimmten Weise schon strukturierten Zwecke, um deren Umkehrung im Subordinationsverhältnis es geht, sind dabei insgesamt ~~dem~~ genannten übergeordneten Zweck gegenüber der Präferenz nach untergeordnet.

Im Anschluß an die erfolgte Umstrukturierung können dann - Sachverhalte werden ja zu Gründen - die begehrens-ändernden Reden (1) geführt werden.

Auch die in den Behauptungen über Zweckverhinderungen bei Beibehaltung einer bestimmten Zweckstruktur dargestellten Gründe sind, falls für den Adressaten der Rede b e s t e h e n d, G r ü n d e.

Für Argumentationen der angezeigten (1,2) Art ist eine gewisse faktische Strukturierung von Zwecken, die konsistent Willensbildungen zugrundegelegt wird, unhintergebar. Sie ist als Ergebnis eines gattungsgeschichtlichen Bildungsprozesses allgemein zu rekonstruieren.

Hegel führt den Prozeß derart faktisch sich bildender Allgemeinheit nicht im Einzelnen aus. Er erwähnt ihn jedoch, wenn er auf die Subordinationsverhältnisse von "Trieben und Neigungen" verweist⁹⁾ und die auf diese sich wendende "Reflexion".

Konflikte entstehen aufgrund der Zweckbesonderung. Die Verträglichkeit von Zwecken verschiedener Subjekte ist Mittel zur Erfüllung von deren besonderen Zwecken und zwar wird genauer die Verträglichkeit zwischen bestimmten Zweckverfolgungen hergestellt zugunsten der gesicherten Erfüllung von diesen übergeordneten Zwecken. In Verfolgung so egoistischer Oberzwecke - im Kapitel über die Moralität wird die sie verfolgende Subjekt entwickelt - kommt es aufgrund der subjektiven Zweckstrukturierungen zu allgemeinen Willensbildungen, die von den Subjekten jedoch zugleich nur so weit und insofern als ihre eigenen (subjektiven) ausgezeichnet werden, wie deren Realisierung zugleich auch eine Erfüllung von im jeweiligen Zwecksystem $\sum_Z$ übergeordneten Zwecken nicht verhindert¹⁰⁾. An der Besonderheit, durch die sie einerseits begründet wird, hat die "formelle Allgemeinheit" so auch wiederum ihre Grenze.

9) Vgl. VII, 69 (§ 17). Erreicht wird durch die angezeigte Reflexion jene formelle Allgemeinheit, die im geschichtlich ausgebreiteten Leben die bürgerliche Gesellschaft definiert, in der begründende Reden der angezeigten Art zur institutionellen Fixierung des "Vertrags" führen.

10) So wird aufgrund gegenseitiger "Anerkennung", die in Verfolgung egoistischer Oberzwecke als das Resultat eines "Kampfes" verstanden werden kann, in dem das "Herr-Knecht"-Verhältnis eines der Durchgangsstadien ist, das Vertragsverhältnis hervorgebracht, das heißt ein "allgemeiner Wille" bezüglich "Sachen" gebildet. "Im Verträge ... das Verhältnis zweier Willen, als eines gemeinsamen. Dieser identische Wille ist aber nur relativ allgemeiner, gesetzter allgemeiner Wille, und somit noch im Gegensatz gegen den besonderen Willen ... Im Verträge behalten die Übereinkommenden noch ihren besonderen Willen, der Vertrag ist also aus der Stufe der Willkür noch nicht heraus, und bleibt somit dem Unrecht preisgegeben". (VII, 141 f.)

Die Rede über Konflikte ist zu differenzieren. Bisher wurde von Konflikten zwischen Subjekten gesprochen, die einander ausschließende Zwecke verfolgen. Ein derartiger Konflikt ist näher ein **ä u ß e r e r K o n - f l i k t**.

Ä u ß e r e K o n f l i k t e sind von **i n n e r e n K o n f l i k t e n** zu unterscheiden. Sie entstehen bei denen, die aufgrund von bestimmten Erfahrungen mit äußeren Konflikten gelernt haben, sich bei sich selbst einen Willen zu bilden. Innere Konflikte sind dem moralischen Subjekt erst eigen. Innere Konflikte sind als aus äußeren entstanden rekonstruierbar. Sie entstehen bei einem Subjekt S_1 unter folgenden zwei Bedingungen: (1) Aufgrund der faktischen Strukturiert-heit des Zwecksystems Z von S_1 wird von einem Subjekt S_2 begründend argumentiert. (2) Die als Sachverhalt auf-
gewiesenen Verhinderungen von in der Präferenz höher eingestuft^{en} Zweckerfüllungen des Zwecksystems Z beim Adressaten der Rede sind ursächlich auf zu erwartende Handlungen der Reden^{den} zurückzuführen, die die Verhinderung explizit zum Zwecke haben - sie liegen in dessen **V e r - f ü g u n g**. Diese Verfügung kommt aufgrund der Inhaberschaft von Handlungsdispositionen zustande¹¹⁾, die dazu geeignet sind, Zweckerfüllungen anderer zu ver-
hindern.

Liegt der Eintritt der in der Argumentation aufgewie-
senen Verhinderung von Zweckerfüllungen in der Verfü-
gung der Redenden **u n d** wird bei Nichtbeachtung
der **B e g r ü n d u n g** die Zweckerfüllung auch ver-
hindert, dann wird **G e w a l t** geübt.

Daß der Adressat Reden, in denen vom Redenden auf sei-
ne Verfügung über Zweckerfüllungen hingewiesen wird,
unter Umständen nicht befolgt, das heißt dennoch auf
seiner angemeldeten Zweck~~erfüllung~~alisierung besteht, kann

11) Vgl. hierzu vorn Kapitel 1

mehrere Gründe haben. So mag sich etwa der Redende in seiner Einschätzung der Strukturiertheit von $\sum z$ des Adressaten täuschen. Er hält aufgrund seiner Kenntnisse einen Sachverhalt für einen Grund, der für den Adressaten keiner ist. Die Nichtbefolgung kann ihren Grund auch in einer Fehleinschätzung bezüglich der Verfügungsmittel des Redenden durch den Adressaten haben. Er hält aufgrund eines unzureichenden Kausalwissens einen aufgewiesenen Sachverhalt für nicht bestehend. Auch der Redende mag seine Verfügung fehleinschätzen. Er hält einen von ihm aufgewiesenen Sachverhalt nur für bestehend.

Für Nichtbefolgungen von Reden durch den Adressaten lassen sich noch weitere Gründe anführen. Nichtbefolgungen haben - besteht der Sachverhalt - die Aktualisierung der Gewalt zur Wirkung.

Reden, in denen vom Verfügenden auf die angezeigte Verfügung über Zweckerfüllungen hingewiesen wird, sind A n d r o h u n g e n von Gewalt. Die Redesituation ist näher allgemein eine, in der Gewaltandrohung ein G r u n d ist.

Ist Gewaltandrohung ein Grund für den Adressaten der Rede, auf seine angemeldete Zweckerfüllung zu verzichten, dann wird der ä u ß e r e Konflikt ausgeräumt, jedoch in einen i n n e r e n bei Adressaten transformiert.

Der innere Konflikt kommt aufgrund dessen zustande, daß das Individuum gelernt hat, für sich selbst - unter Umständen im Kontrast zu seinen mit anderen geführten Reden - s e i n e Zwecke zu artikulieren. Von einem inneren Konflikt soll dann gesprochen werden, wenn der Adressat der Gewaltandrohung f ü r s i c h an seiner angemeldeten Zweckerfüllung noch festhält,

in seinen Verbalisierungen und Handlungen jedoch auf deren Verfolgung verzichtet¹²⁾.

Keineswegs j e d e Ausräumung äußerer Konflikte hat bei denen, die aufgrund von Reden auf Zweckerfüllungen Verzicht leisten, innere Konflikte im Gefolge. So entsteht kein innerer Konflikt, wenn die Erfüllung bzw. Nichterfüllung der den vorgebrachten Zweckerfüllungen übergeordneten Zweckerfüllung n i c h t in der Verfügung der die Gründe vortragenden Subjekte liegen, in welcher Absicht auch immer sie diese Gründe vortragen.

"... denn die Ohnmacht gegen Menschen, nicht die Ohnmacht gegen die Natur, schafft die desparatete Verbitterung gegen das Dasein."¹³⁾

D r o h u n g e n sind Redeweisen, die weitere Reden ausschließen. Es bleibt dabei gleichgültig, ob sie nach einem bereits geleisteten Stück gemeinsamer Rede oder von vornherein geäußert werden. Drohungen, verweisen sie für den Redeadressaten auf bestehende Sachverhalte, verwandeln äußere in innere Konflikte und zwar bei den bedrohten Subjekten. Die Drohenden selbst können sagen, daß für sie selbst nun der Konflikt insgesamt ausgeräumt ist. Der innere Konflikt

12) So läßt sich das Vertragsverhältnis als eines des inneren Konflikts, wenn auch unter Umständen als eines sich bei den Beteiligten komplementär aufhebenden, rekonstruieren. (Vgl. etwa VII, 141 (§ 81 Zus.) Der Vertrag ist gemeinsamer Wille, jedoch noch nicht emphatisch an und für sich seiender Wille (VII, 131). Er kommt aufgrund der Erfahrung des Kampfes um Anerkennung zustande und ist ein ganz "untergeordnetes Verhältnis", auf dem Sittlichkeit und man darf ergänzen emphatische Moralität sich nicht begründen lassen (vgl. etwa VII, 330 f.). Das "Unrecht", der Vertragsbruch, ist aufgrund des Bestehens des inneren Konflikts der Subjekte, in ihm selbst schon enthalten (VII, 141; X, 387 f.)

13) F. Nietzsche, Werke, hg. v. K. Schlechta, München, 1960² Bd. III, S. 854

besteht bei den Bedrohten. Im strengen Sinne bewirkt Androhung von Gewalt also keine dauernde Konfliktbeseitigung bzw. -vermeidung, sie hindert lediglich die Berücksichtigung von bestimmten Zwecken bei der gemeinsamen Willensbildung.

Zum moralischen Problem jedenfalls wird die Androhung von Gewalt, wenn sie aufgrund der Ungleichgewichtigkeit bestehender Handlungsdispositionen ungleichgewichtig sich auf Zwecke des nach Präferenz strukturierten Zwecksystems $\sum Z$ bezieht. Hegel hat sie nur als Problem anerkannt - im Kapitel über die bürgerliche Gesellschaft - wenn sie die elementare Bedürfnisschicht betrifft.

Von den inneren Konflikten - dies aus Gründen der Vollständigkeit noch angeführt - die dadurch charakterisiert sind, daß die Betroffenen den Widerstreit des Begehrens sich für sich noch explizit machen, sind die *verinnerlichten Konflikte* zu unterscheiden, von denen etwa die psychoanalytische Theorie spricht. Bei letzteren wird der Konflikt nicht mehr vom Subjekt für sich formuliert¹⁴⁾, sondern ist nur von außen - von uns (dem Arzt etwa) - diagnostizierbar. Für die methodische Begründung der psychoanalytischen Theorie (Tiefenhermeneutik) lassen sich durch kontrollierte Rede hier erste Termini gewinnen.

Die Verinnerlichung, die als ein der sprachlichen Artikulation nicht mehr zugänglicher Prozeß gedeutet wird (Unbewußtwerdung), ist eine Verhaltensweise, die als Mittel zum Zwecke der Beseitigung *innerer Konflikte* verstanden werden kann. Der innere Zustand "innerer Konflikt" wird von den durch ihn definierten Subjekten nicht positiv als Zweck ausgezeichnet. Innere Konflikte können (1)

14) Vgl. J. Habermas, Erkenntnis und Interesse, a.a.O., S. 273 f.; s.a. S. 293, 298.

durch eine erneute V e r ä u ß e r l i c h u n g oder (2) durch den angedeuteten Vorgang der V e r - i n n e r l i c h u n g ausgeräumt werden. Dauert ein innerer Konflikt an, das heißt ändert sich die Situation nicht, die durch bestimmte Verfügungen über Zweckerfüllungen bestimmt ist - etwa der des Vaters über die Kinder - dann bleibt der Weg einer V e r ä u ß e r - l i c h u n g und einer damit "rationalen", weil expliziten Bewältigung des nicht gewollten inneren Konflikts verschlossen. Der Vorgang der Verinnerlichung - von der psychoanalytischen Theorie als von egoistischen Oberzwecken ("Lustprinzip") geleitet verstanden - bleibt als Ausweg. Zur näheren Beschreibung dieses Vorgangs wird als M o d e l l die Struktur der Transformierung des äußeren in den inneren Konflikt verwendet. Der innere Konflikt besteht beim Bedrohten, für den Drohenden ist der Konflikt durch die Zuschreibung des inneren zum anderen Subjekt ausgeräumt. Die Verinnerlichung wird - nun in e i n e m Subjekte - auf gleiche Weise vollzogen. Das den inneren Konflikt erleidende Subjekt "identifiziert sich mit dem Angreifer" - in der psychoanalytischen Theorie ist Paradigma für diesen Fall die ödipale Situation und die Identifikation mit dem drohenden Vater (Über-Ichbildung) - wendet G e w a l t gegen sich selbst und zwar in einer Wiederholung und Identifizierung mit der andauernd angedrohten äußeren Gewalt. Dieser Vorgang würde, wenn vollgültig durch Sprache begleitet, wenn also g e w o l l t, den inneren Konflikt nicht beseitigen, sondern ihn nur vertiefen. Aus der psychoanalytischen Praxis liegt nahe - die Deutung etwa des Übertragungsphänomens ergibt dies - daß dieser Vorgang "unbewußt" abläuft, sprachlich nicht vollgültig begleitet und kontrolliert. Sprachlich zur Geltung kommt nur die innere Gewaltandrohung, nicht die Gegeninstanz. Nur dadurch, daß die Gegeninstanz nicht sprachlich zur Geltung mehr kommt, ist der Zweck, die Ausräumung des inneren Konflikts, überhaupt erreichbar.

Innere und erst recht verinnerlichte Konflikte stehen unter der Bedingung des Bestehens ausgebildeter Subjektivität - individuell ausgeprägter Sprachmächtigkeit. Eine Moralphilosophie, deren Ziel durch den Vorbegriff bestimmt ist, dessen methodische Ausformulierung zum moralischen "Begriff" zu erfolgen hätte, hat sich aufgrund unseres erarbeiteten Verständnisses von unserer Situation auf eine Theorie jener inneren Konflikte einzulassen und Anweisungen für deren Vermeidung zu geben. "Bürgerliche Subjekte" werden - das zeigt jeder erste deutende Blick auf die vergesellschafteten Individuen - durch die Verinnerlichung des Lebens und so auch der Konflikte geradezu definiert. Unser Vorverständnis von unserer Situation als einer konfliktbestimmten erweitert sich zum Verständnis um die i n n e r e Konfliktbestimmtheit der Individuen.

Ist die Ausbildung einer eigenen Sprache, die individuell bezogene Sprachmächtigkeit, geschichtsphilosophisch als ein "Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit" zu rekonstruieren - wie Hegel dies tut - ist die Ausgebildetheit moderner Subjektivität für sich dem "Begriffe" des an und für sich seienden Willens gemäß, so ist negativ die bestehende Ungleichgewichtigkeit von Handlungsdispositionen, die in Argumentationen in Form von Gewaltandrohung sich geltend macht und insofern sie sich geltend macht, noch einmal moralphilosophisch zu hinterfragen und positiv ist ein Prinzip zu artikulieren, das die Strukturierung der Zwecke leitet. Die Ungleichgewichtigkeit von Handlungsdispositionen ist in Hegels Eigentumslehre kein Problem, in der bürgerlichen Gesellschaft wird dem Subjekt nur ein "Notrecht" an der elementaren Bedürfnisschicht eingeräumt. Erst recht fehlt der Hegelschen Philosophie, die ja von der fertig und gerecht gewordenen Welt schon ihren Ausgang nimmt, positiv ein Prinzip, das bestehende Ungleichgewichtigkeiten von Zweckerfüllungen

und Fehlstrukturierungen von Zwecken zu korrigieren in der Lage wäre. Streng genommen kennt Hegel nur die vorn skizzierte faktische Willensbildung und geht von ihr aus unmittelbar zum sittlichen Leben, von dem - weil die moralische Willensbildung im emphatischen Sinne fehlt und allenfalls die elementare Bedürfnisschicht erfaßt - ganze Klassen ausgeschlossen bleiben, über. Er hält die faktisch gewordene Transsubjektivität, wie sie sich als faktische Willensbildung unter Geltung der Androhung von Gewalt als Grund rekonstruieren läßt, er hält - mit anderen Worten - die bürgerliche Gesellschaft in ihrer faktischen Gestalt für die beste der moralischen Welten. Übersritten wird diese vom sittlichen Leben, das um deren Probleme - so jedenfalls der Hegelsche, von Marx allerdings in seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts stringent widerlegte Anspruch - nicht mehr sich kümmert und zu kümmern braucht.

9 Methode

Hegels Bemerkungen zur M e t h o d e der Rekonstruktion objektiven Geistes sind in der Rechtsphilosophie spärlich¹⁾ und zumeist mit einem Verweis auf seine "Logik"²⁾ verbunden. Ein Rekurs auf die "Logik" nun seinerseits kann hier nur andeutungsweise erfolgen, bedürfte doch eine Einholung der dort verwendeten Termini und des dort vorgelegten Argumentationsgangs eines Aufwandes, den ich unter der hier eingeschränkten Fragestellung nicht zu leisten vermag.

Die "Logik" ist dem Hegelschen Bekunden nach Reflexion der Philosophie auf ihr eigenes Tun, sie ist Reflexion auf die sprachlichen und methodischen Mittel, mit der die Philosophie dann - in ihrem erkennenden Gange - die Welt als Natur (Philosophie der Natur) und als Geist (Philosophie des Geistes) rekonstruiert und defizient selbst schon Geist reflektierende Geistformen (Weltanschauung=Kunst; Weltvorstellung=Religion) bestimmt (Philosophie der Kunst; Philosophie der Religion). Eine erste, allerdings erst noch sehr vorläufige, Rekonstruktionsmaxime für die Hegelsche Logik könnte einer Einteilung, die die Erkenntnistheorie bzw. Wissenschaftstheorie trifft, entnommen werden. Danach wäre die Seinslogik daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie methodische Reflexion auf die Deskription ist, die Wesenslogik daraufhin, inwieweit sie methodische Mittel für die Erklärung und das Verständnis bereitstellt und die Begriffslogik daraufhin, inwieweit sie die Prinzipienbildung und die Anwendung der Prinzipien zum Gegenstande hat. Ein erster Blick zeigt allerdings schon die Brüchigkeit eines derartigen Zu-

1) Sie finden sich neben vereinzelt anderen Bemerkungen vor allem in der Vorrede und §§2,4,31 f., 258.

2) Explizite Ausführungen zur Methode vgl. V, 329 ff.

griffs und die Erforderlichkeit starker Differenzierungen, enthält ja z.B. die Begriffslogik neben der herkömmlichen "formalen Logik" auch Teile, die der Erklärungs- bzw. Verständnisbildung zuzurechnen wären - unter dem Titel "Die Objektivität".

Die Rechtsphilosophie hat die Rekonstruktion der Geistigkeit b e s t e h e n d e n Lebens zum Gegenstande. Die Geschichtsphilosophie, sie ist im letzten Abschnitt der Rechtsphilosophie in Zusammenfassung, breiter in den Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, enthalten, betrifft das W e r d e n jener durchgeistigten bestehenden Lebensvollzüge. Die Rechtsphilosophie ist Explikation objektiven Geistes, die Geschichtsphilosophie dessen genetische Entwicklung, jene rekonstruiert b e s t e h e n d e Einheit von Allgemeinem und Besonderem, realisierte Freiheit in der geschichtlich gewordenen und v o l l b r a c h t e n Welt, diese das Werden dieser Einheit, die Durchsetzung von Freiheit als zeitlich auseinandergelegten Prozeß.

Festzuhalten ist hier, daß beide Betrachtungen übereinkommend eine Rekonstruktion objektiven Geistes zum Zwecke haben, daß sie dies different jedoch in einem verschiedenen Blickwinkel tun, im Blick auf dessen Genese einmal und im Blick auf's Bestehende das andere mal.

Ich habe vorn schon vereinzelt³⁾ auf den Unterschied von Verständnisbildung und begreifenden Zugriff in Bezug auf die Rechtsphilosophie aufmerksam gemacht und die erstere nahe an ein historisch (genetisch)-methodisches Verfahren gerückt, den letzteren dem normativ-methodischen Vorgehen zugeordnet. Hier sind

3) Vgl. etwa S.64 f.; 71 ff.; 277; 325 f.

nun unter dem Gesichtspunkt einer nicht mehr an je bestimmte Inhalte nur gebundenen Fragestellung, sondern im Hinblick auf allgemeine methodologische Überlegungen, Differenzierungen vorzunehmen.

Dialektik: Ich unterscheide allgemein ein (1) g e - n e t i s c h - m e t h o d i s c h e s von einem (2) s t r u k t u r e l l - m e t h o d i s c h e n Vorgehen⁴⁾ im Rekonstruktionsverfahren objektiven Geistes, wobei das erstere auf die Auseinanderlegung und Entwicklung objektiven Geistes "in der Zeit" geht - wie Hegel sagt - das letztere auf die Rekonstruktion objektiven Geistes im b e s t e h e n d e n L e b e n s - v o l l z u g⁵⁾.

4) Den Ausdruck "strukturell" für die allgemeine Bestimmung dieses methodischen Vorgehens entnehme ich J. Zelený, Die Wissenschaftslogik und "Das Kapital", Frankfurt/M. 1962 (Teil I). In anderer wissenschaftstheoretischer Literatur findet sich auch "strukturell funktional" oder auch nur "funktional", "logisch-systematisch" oder auch nur "logisch". Der Ausdruck "strukturell" steht hier für ein Rekonstruktionsverfahren bestehender L e - b e n s v o l z ü g e, er ist deshalb nicht statisch zu nehmen - er bezeichnet nicht einfachhin einen B e z u g s r a h m e n. Er bestimmt - d y n a - m i s c h - ein lebendiges S y s t e m von Bezügen im Hinblick auf dessen B e s t e h e n. Man mag deshalb den Ausdruck "strukturell" mit dem Ausdruck "dynamisch" verbinden.

5) Zelený konstatiert für Marx eine Einheit des genetischen und des strukturellen Aspekts und bestimmt die Methode, der "Das Kapital" folgt, als "strukturell-genetisch". Auch bei Hegel stehen beide methodische Vorgehensweisen nicht unabhängig nebeneinander, es bedarf beider bei der Rekonstruktion objektiven Geistes sowohl im Blick auf die G e - s c h i c h t e als auch im Blick auf das b e - s t e h e n d e Leben, wird doch letzteres etwa durch seine Gewordenheit definiert - bestehender Geist ist geschichtlich vermittelt, nur bestimmbar durch den Blick auf seine Genese - und geht doch die Geschichte in ihrem Entwicklungsgang auf das nun bestehende Leben als ihren "objektiven Zweck" (vgl. zu "objektiver Zweck" unten S. 270 ff., ins-

An jeder der beiden Verfahrensweisen ist ein auf's Faktische bezogener und ein normativ bezogener - ein auf's V e r s t ä n d n i s gerichteter und ein auf's B e g r e i f e n gerichteter - Aspekt zu unterscheiden, sodaß methodologisch ein (1.1) f a k - t i s c h - g e n e t i s c h e s von einem (1.2) n o r m a t i v - g e n e t i s c h e n und ein (2.1) f a k t i s c h - s t r u k t u r e l l e s von einem (2.2.) n o r m a t i v - s t r u k t u r e l l e n methodischen Verfahren zu unterscheiden ist.

In Form eines Schaubilds ergibt sich:

Zweck des Ver-
fahrens

Methode

	g e n e t i s c h	s t r u k t u r e l l
Verstehen	faktisch	faktisch
Begreifen	normativ	normativ

Die Methoden finden Anwendung unter der Zwecksetzung der Erreichung eines adäquaten Verständnisses von Geschichte bzw. bestehendem Leben einerseits und der Erreichung einer normativen Beurteilung von Geschichte bzw. bestehendem Leben andererseits.

besondere die methodologischen Überlegungen hierzu S. 276-281), von welchem aus sie überhaupt in der Differenziertheit ihres Ablaufs in den Blick gerät. Eignet jeder der beiden methodischen Vorgehensweisen für sich (immanent) eine "Dialektik" (vgl. das folgende), so der Verwiesenheit beider aufeinander ebenfalls.

D i a l e k t i s c h sollen bestimmte methodische Verfahren heißen, die bei der Rekonstruktion von geistigen Gebilden Anwendung finden⁶⁾.

Im einsinnig-methodisch ausgerichteten Verfahren - es ist den Naturwissenschaften im weitesten Sinne eigentümlich - wird der je nächste theoretische Begründungsschritt durch die vorhergehenden allein bestimmt. Vorgriffe auf noch nicht Geleistetes finden nicht statt. Es besteht eine einsinnige pragmatische Ordnung des Nacheinanders der Schritte, die keine Durchbrechung erfährt. Im dialektisch-methodischen Verfahren ist der je nächste theoretische Begründungsschritt ebenfalls nur aufgrund eines schon vorgängig geleisteten Begründungsschritts zu gehen - das einsinnig-methodische Verfahren ist so integrierter Bestandteil des dialektischen - der je nächste theoretische Begründungsschritt leistet jedoch für ihm vorgängige seinerseits - sozusagen in Rückkopplung - eine theoretische Begründung. Man mag auch so sagen: der je nächste theoretische Begründungsschritt wird im Vorgriff auf je übernächste gemacht und so weitere. Schließt sich das Verfahren nicht zum Kreis,⁷⁾ so ist die theoretische Begründung vollgültig nicht zu leisten, uneinholbar ein Verfahren auf Borg - "schlechte Unendlichkeit". Schließt sich das Verfahren jedoch zum Kreis, schließt der letzte Begründungsschritt an den ersten wiederum an, so findet der erste Begründungsschritt seine volle theoretische Begründung schließlich und zwar durch alle weiteren gegangenen, deren Begründung er seinerseits mit leistet in dem Maße, in dem er selbst seine Be-

6) Hegel weitet die Dialektik auch auf die Bestimmung und Erkenntnis von natürlichen Gebilden aus.

7) H. Rickert hat in seiner Hegelkritik diese, wie ich sagen möchte, dann relationale Dialektik vor Augen (vgl. H. Rickert, Das Eine, die Einheit und die Eins, Tübingen 1924²). Das Bild des Kreises bei Hegel vgl. z.B. V, 350 f.

gründung fortschreitend erhält; so ist das Verfahren nicht einfachhin zirkulär, sondern aufstufend, erfährt doch der je nächste Schritt und damit der ganze methodische Gang durch den ihm vorhergehenden seinerseits eine theoretische Begründung - hier tritt das einsinnig-methodische Verfahren ein⁹⁾. P.Lorenzen hat für die Verschränkung von Zirkularität und Einsinnigkeit metaphorisch von der "dialektischen Spirale" gesprochen¹⁰⁾.

In Bezug auf die vorn bestimmten unterschiedlichen methodischen Verfahren lassen sich verschiedene Dialektiken näher bestimmen. (1) Jedem der Verfahren (1.1;1.2;2.1;2.2) ist immanent für sich, in Bezug auf die in ihm allein zu gehenden Schritte eine Dialektik eigentümlich. So findet die dialektische Spiralbewegung im faktisch-genetischen auf das Verständnis ausgerichteten Verfahren ihren Ausdruck bei der Aufstufung von bloßer Beschreibung, verallgemeinerter Betrachtung und Deutung und bei der Adäquanzversicherung des Verständnisses¹¹⁾. Horizontal (genetisch-strukturell) ist auf der Stufe der Verständnisbildung allein bzw. der Bildung des Begreifens allein - also zwischen faktisch-genetischem und faktisch-strukturellem Verfahren einerseits bzw. zwischen normativ-genetischem und normativ-strukturellem Verfahren andererseits

-
- 9) Kommunikation und so geistigen Prozessen insgesamt eignet diese aufstufende Zirkularität, die Rückkopplung auf's je schon Vollbrachte und damit dessen Neubegründung und so auch den Gebilden, die Gegenstand des Verfahrens überhaupt sind, da sie sich auf kommunikatives Handeln gründen.
- 10) Vgl. P.Lorenzen, Szientismus versus Dialektik, a.a.O., S.71 f.; vgl. auch S.Blasche/O.Schwemmer, Methode und Dialektik, a.a.O., S.483.
- 11) In der Philosophie der Geschichte finden sich Überlegungen Hegels hierzu unter den Titeln "ursprüngliche" und "reflektierende Geschichte" (XI, 25-33). O.Schwemmer und ich haben in dem oben genannten Beitrag den Versuch gemacht, diese zunächst immanent bleibende dialektische Aufstufung im faktisch-genetischen Verfahren näher zu bestimmen (vgl. a.a.O., S.466-477). Fin-

ebenfalls eine Dialektik bestimmbar¹²⁾. Es kommt zu Vorgriffen des einen Verfahrens auf das jeweils andere. (3) Vertikal (Verstehen-Begreifen), zwischen faktisch-genetischem und normativ-genetischem Verfahren einerseits bzw. faktisch-strukturellem und normativ-strukturellem Verfahren andererseits findet die dialektische Spiralbewegung ebenfalls statt - es ist dies näher die Dialektik von Verstehen und Begreifen¹³⁾.

Ich möchte hier darauf verzichten durch den Aufweis schon in den Einzelwissenschaften geübter Verfahrensweisen und dort vorgenommenen Methodenbestimmungen die von mir bestimmten Verfahren näher zu präzisieren. So findet etwa in der Geschichtswissenschaft die genetisch-faktische Methode Anwendung, eine Theorie des historischen Wissens hat sie zum Gegenstand. In den Sozialwissenschaften finden sich strukturelle Methoden (Funktionalismus, Systemtheorie) teils im faktischen, teils im normativen - häufig auch nur pseudonormativen¹⁴⁾ Sinne - es finden sich dort auch normativ-genetische Betrachtungen (in der an Marx sich orientierenden Sozio-

det sich in der Einleitung zur Philosophie der Geschichte dieser Verweis auf das faktisch-genetische methodische Verfahren, Hegel selbst verweist auf dessen Durchführung bei anderen Autoren, so findet sich das normativ-strukturelle Verfahren und die ihm eigentümliche Dialektik in der Rechtsphilosophie und das normativ-genetische Verfahren und dessen Dialektik in der Geschichtsphilosophie.

- 12) Auf sie habe ich in Anm. 5 dieses Kapitels schon allgemein hingewiesen. In Bezug auf Hegel ist hier auf die dialektische Bezüglichkeit von Geschichts- und Rechtsphilosophie zu verweisen, jede wird im Kontrast teils, teils in Koinzidenz zur anderen entwickelt.
- 13) Vgl. zu dieser Dialektik von Verstehen und Begreifen im Anschluß an P. Lorenzens Bestimmung einer "normativen Genese" (vgl. P. Lorenzen, Szientismus versus Dialektik, a.a.O., S. 69 ff.) S. Blasche/O. Schwemmer, a.a.O., S. 481 ff. Diese Dialektik fällt bei Hegel seiner endgeschichtlichen Grundüberzeugung wegen aus.
- 14) Pseudonormativ dann, wenn der "Begriff" selbst, mit dessen Hilfe rekonstruiert und beurteilt wird, der Begründung entzogen wird.

logie). Diese Verfahren wären näher Gegenstand einer Theorie des praktischen Wissens und dort wissenschaftskritisch zu explizieren¹⁵⁾.

Die Rekonstruktion objektiven Geistes insgesamt - hier ließe sich ein System der Geisteswissenschaften begründen, in dem jeder speziellen Geisteswissenschaft ein Platz zugewiesen werden kann - hat sich des Gesamts der angeführten Methoden zu bedienen, um festzustellen: was ist, wie was ist geworden ist und wie was auf diese Weise fixiert wird zu beurteilen ist. An die Rekonstruktion objektiven Geistes schließt dann die Beantwortung der Frage, was n u n zu tun sei, an.

Ich habe schon des öfteren bemerkt, daß bei Hegel die Verständnisbildung weitgehend ausfällt, daß er sich das V e r s t ä n d n i s dessen was ist weitgehend durch die Nationalökonomie und das Naturrecht seiner Zeit vorgeben läßt. Eigene Exkurse, die auf die Verständnisbildung gingen, die insbesondere Kriterien für die Adäquanzsicherung des Verständnisses bereitstellten, fehlen, allenfalls wird negativ und abgrenzend auf sie Bezug genommen. Auf derartige Abgrenzungen, die teils methodologisch, teils inhaltlich selbst - in Argumentation z.B. gegen bestimmte andere Autoren - vorgenommen werden, möchte ich zunächst eingehen. Ich werde sodann auf die Gründe dafür eingehen, daß bei Hegel eine dialektische Methodenlehre bezüglich der Verständnisbildung weitgehend fehlt, warum bei ihm insbesondere eine Dialektik von Verstehen und Begreifen ausfällt.

15) Eingehendere methodologische Überlegungen, deren Referierung ich hier ausspare, finden sich unter dem Titel "Wissenschaftstheorie" bei P.Lorenzen/O.Schwemmer, Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, a.a.O.

Unter den Titel "ursprüngliche Geschichte" und "reflektierte Geschichte" - gedacht ist an unterschiedliche Weisen der Geschichtsbetrachtung - spricht Hegel in der Einleitung zu seinen Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte über die faktisch-genetische Vorgehensweise und deren verschiedene Stufungen, ohne jedoch auf die dialektische Bezüglichkeit dieser Stufungen näher zu sprechen zu kommen.

Von Geschichtsbetrachtung überhaupt ist erst dann zu sprechen, wenn der Boden der mythischen Überlieferung und Geschehnisdeutung verlassen ist, "denn die sind noch trübe Weisen, und daher den Vorstellungen trüber Völker eigen"¹⁶⁾. Die erste Stufe ist die Schilderung von Zeitgenossen und zwar von "ihnen gegenwärtigen Begebenheiten, Taten und Zustände(n)" - der "Geist des Verfassers und der Geist der Handlungen, von denen er erzählt, ist e i n e r u n d d e r s e l b e"¹⁷⁾. Erzählt wird einfachhin, ohne den expliziten Reflex auf Relevanz der dargestellten Ereignisse für einen allgemeineren die Zeit überschreitenden Rahmen¹⁸⁾; erzählt werden individuelle Begebenheiten. Die zweite Stufe der Geschichtsbetrachtung ist schon "reflektierte Geschichte". Die dargestellten Begebenheiten stehen explizit unter allgemeinen Gesichtspunkten ("allgemeine Geschichte"¹⁹⁾), erzählt wird etwa eine Volks-Landes-oder Weltgeschichte. Der Geist der Handelnden ist unterschieden von dem des Darstellers der Handelnden, die Auswahl und Anordnung des Dargestellten verdankt sich den Kriterien, die der Darstellende einbringt; individuelle Begebenheiten werden zu allgemeinen zusammengezogen. Die dritte Stufe der Geschichtsbetrachtung - die "pragmatische Geschichte"²⁰⁾ - geht auf die erste Bestimmung geschichtlich wirksamer Gesetzmäßigkeit und so auf Verallgemeinerung der Erfahrung, die allerdings - hier die vierte Stufe der

16) XI,26 17) ebda 18) vgl.XI,27

19) XI,28 ff. 20) XI,30 ff.

Geschichtsbetrachtung ("kritische Geschichte")²¹⁾ - der Kritik und Objektivierung erst noch bedarf. Eine fünfte Stufe des faktisch-genetischen Vorgehens ist erreicht, wenn der leitende Gesichtspunkt selbst ein allgemeiner ist ("Begriffsgeschichte")²²⁾, wenn Geschichte unter dem Gesichtspunkt der Realisierung bestimmter in ihr wirksamer Prinzipien betrachtet wird, die dann zusammengekommen ein adäquates Verständnis des Ablaufs ergeben. Die "innere leitende Seele der Begebenheiten und Taten" zu bestimmen ist Ziel dieser letzten Stufe faktisch-genetischen Vorgehens. Das faktisch-genetische Verfahren insgesamt ist aufstufend sich verallgemeinernder - "abstrahierend"²³⁾ - nimmt seinen Ausgang vom Empirischen und sucht die Prinzipien des Ablaufs von hier aus. Der "Begriff", der so gefunden wird, ist "empirischer Allgemeinbegriff" wie Kant sagen würde, ihm kommt keine normative Kraft zu.²⁴⁾ Aus ihm ergibt sich allenfalls die Erkenntnis der Tendenz weiterer Geschichtsentfaltung, nicht deren Beurteilung; zwar ist diese Erkenntnis - das Verständnis - notwendige Bedingung für die Beantwortung der Frage, was hätte getan werden sollen oder was nun zu tun sei, jedoch noch keine hinreichende Bedingung für sie.

Die "innere leitende Seele" des bestehenden Lebensvollzugs, "die einfachen Prinzipien der Sache, den in ihr wirksamen und sie regierenden Verstand"²⁵⁾, zu finden, ist die Aufgabe des faktisch-strukturellen Verfahrens, auf das Hegel in der Rechtsphilosophie, ohne sich jedoch des weiteren darüber auszulassen, verweist. Die "Staats-Ökonomie" etwa ist eine Wissenschaft,

21) XI,32 f. 22) XI,33 23) ebda

24) Ausführungen über das faktisch-genetische Verfahren, insbesondere über dessen Abgrenzung gegen das normativ-methodische finden sich auch VII,43 ff., 329 ff.

25) VII,271

die die leitenden Prinzipien "aus der unendlichen Menge von Einzelheiten" für einen bestimmten Gegenstandsreich erarbeitet. Über die faktisch-strukturelle Methode und so auch über deren Verschränkung mit der faktisch-genetischen²⁶⁾ finden sich keine weiteren methodologischen Ausführungen, und so finden sich in Konsequenz auch keine Ausführungen Hegels zur Dialektik von Verstehen und Begreifen.

Was nicht heißt, daß in der Rechtsphilosophie - sie folgt der normativ-strukturellen Methodik - nicht doch und zwar an entscheidenden Stellen faktisch-strukturelle Argumentationszüge enthalten wären und zwar teils in Grundlegung, teils in Abgrenzung zum normativ-methodischen Aufbau. Auf den relevantesten faktisch-strukturellen Argumentationszug in der Rechtsphilosophie habe ich aus Anlaß der Bestimmung des Unterschieds von "Besitz" und "Eigentum" im 1. Kapitel schon hingewiesen. Das Bestehen von ausschließenden Handlungsdispositionen auf der Grundlage bedürfnisbestimmter Orientierung macht den "Besitz" aus²⁷⁾. Geblickt wird auf's faktisch Bestehende,

26) Faktisch-strukturell erfolgt, wie ich gleich ausführe, die erste Bestimmung des "Besitzes" in der Rechtsphilosophie; als faktisch-strukturell bestimmt kann auch der bedürfnisbestimmte Lebensvollzug in seinem Bestehen - die bürgerliche Gesellschaft - verstanden werden. So gehen faktisch-strukturelle Argumentationszüge in die Rechtsphilosophie ein. Faktisch-genetische - etwa "begriffsgeschichtliche" (s.o.) - die Bestimmung etwa dessen, wie der Besitz sich herausgebildet hat, wie das System der Bedürfnisse sich etwa zu seiner gegenwärtigen Gestalt gebildet hat, sei es auch sehr allgemeine Ausführungen finden sich in Hegels Geschichtsphilosophie nicht gleichermaßen. Der Vorwurf einer normativistischen Überhöhung trifft deshalb die Geschichtsphilosophie noch stärker als die Rechtsphilosophie. Die Geschichtsphilosophie hat fast ausschließlich nur die Ausbildung des "modernen Staats" im Blicke, sie geht auf die Ausbildung von dessen Bedingungen, nicht auf die Ausbildung etwa des modernen faktischen familialen oder gesellschaftlichen Vollzugs.

27) Vgl. VII,99 (§ 45)

konstatiert wird, wenn auch nicht näher entwickelt und zwar weder faktisch-genetisch noch faktisch-strukturell, die Eigenschaft von Individuen, Besitzer zu sein; der Besitz ist Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse, was noch nicht eine normative Beurteilung des Besitzes einschließt. In der normativ-strukturellen Betrachtung wird der Besitz, insofern er "Eigentum" ist - "Besitz, welcher Eigentum ist"²⁸⁾ - als ein "Recht" aufgewiesen. Er wird auf seine Begriffsgemäßheit (Begriff des freien Willens) hin beurteilt, er ist "Dasein" des individuellen "freien Willens", der in eine "Sache" gelegte Wille - insofern ist er in dieser isolierten, in dieser vom Bedürfnis zunächst noch isolierten ("abstrakten"), Betrachtung als Eigentum gerechtfertigt. Oder: Der Besitz wird auf dieser ersten Stufe des strukturellen Verfahrens ("abstraktes Recht") gerechtfertigt in seiner isolierten Bestimmung Eigentum zu sein. Seine volle Rechtfertigung erfährt der Besitz erst dann, wenn das Bedürfnis, zu dessen Befriedigung er ein Mittel ist, selbst ebenfalls normativ-strukturell seine Rechtfertigung erfährt - im Kapitel über die "Moralität". Oder mit anderen Worten: auf einer ersten Stufe wird faktisch-strukturell das Bestehen von Besitz konstatiert und auch der Zweck angegeben, zu dessen Erfüllung er besteht. Auf einer zweiten Stufe wird normativ-strukturell der Besitz als Inhaberschaft von Handlungsdisposition ("Eigentum") gerechtfertigt - als in eine Sache gelegter selbstgewisser Wille. Er wird auf einer dritten Stufe dort, wo das Bedürfnis selbst der Gegenstand des normativ-strukturellen Verfahrens ist, als Mittel gerechtfertigt. Im Lebensvollzug dann - in der bürgerlichen Gesellschaft - treten die Besitzer (konkrete Personen) im System der Bedürfnisse einander gegenüber. Die Rechtspflege hat die Garantierung des Besitzes, insofern er Eigentum ist, und dessen Sicherung zum Zwecke, die Polizei und Korporation die Garantierung und Sicherung des "Rechts der Besonderheit"

28) VII,92

auf die Befriedigung seiner - bei Hegel allerdings nur elementaren - Bedürfnisse. Und so ist, folgt man dem Hegelschen Gedanken - (1) die erste Bestimmung des Besitzes in einem faktisch-strukturellen Verfahren erfolgt und (2) seine Beurteilung Gegenstand des normativ-strukturellen Verfahrens. Implizite gibt es so in der Rechtsphilosophie eine Dialektik von Verstehen und Begreifen.

Ich habe im Exkurs über die Familie zeigen wollen, inwiefern bestimmte Ergebnisse eines faktisch-strukturellen Verfahrens von Hegel - meines Erachtens kurzgeschlossen - normativistisch überhöht werden.

Der Abschnitt über die bürgerliche Gesellschaft kann als ein Stück ausgeführter faktisch-strukturell vorgehender Analyse - insbesondere was das System der Bedürfnisse betrifft - gelesen werden und zwar dann, wenn man die normativ-strukturellen Überlegungen, die im "abstrakten Recht" und in der "Moralität" vorliegen, einmal ausblendet. Das System der Bedürfnisse ist mit Hilfe eines streng durchgeführten faktisch-strukturellen Verfahrens gleichlautend bestimmbar. Es ist *v e r - s t e h b a r* als Realisierung eines Normensystems wie es im "abstrakten Recht" von Hegel vorgelegt wird. Indem das abstrakte Recht nun seinerseits normativ-strukturell angegangen wird, erfährt es und damit auch das System der Bedürfnisse seine normative Beurteilung. Insofern findet sich auch hier implizite eine Dialektik von Verstehen und Begreifen.

Die Frage nun, warum bei Hegel die Verständnisbildung und die Dialektik von Verstehen und Begreifen unproblematisiert bleiben, ist relativ kurz zu beantworten. Auf das endgeschichtliche Dogma Hegels von der fertiggewordenen Welt habe ich schon hingewiesen²⁹⁾. Dies Dogma

29) Vgl. vorn Kapitel 5

beinhaltet, daß die Welt insofern auch fertiggeworden ist, als die Handelnden ein Wissen von dem was sie tun schon haben - ein adäquates Selbstverständnis, daß sie insgesamt und vollgültig schon ihre Leben *w i l l e n t l i c h* gestalten.³⁰⁾ Die Philosophie ist ja nach Hegel erst dann in der Lage, den "Begriff" zu formulieren, wenn die Welt in dieser Weise schon sich fertig gemacht hat, sie ist nach ihm erst dann begreifbar, wenn sie durch ein adäquates Selbstverständnis schon definiert ist. So genügt es Hegel auf das "gebildete" Selbstverständnis der Zeit (Nationalökonomie und Naturrecht) zu rekurrieren und sich dem normativen Geschäfte - dem Begreifen - isoliert zuzuwenden. Fällt aber jenes Dogma, so wird die Verständnisbildung wieder zum Problem; der Normativismus³¹⁾, den man der Hegelschen Philosophie vorzuwerfen hat, verdankt sich deren endgeschichtlichem Ausgang.

Auf einen wesentlichen Unterschied zwischen faktisch-methodischem und normativ-methodischem Verfahren ist aufmerksam zu machen. Das normativ-methodische Verfahren nimmt das ihm vorweg schon entwickelte bzw. bestimmte "Allgemeine" - den "Begriff"-zu seinem Ausgang. Es wendet sich dann dem "Besonderen" zu, dessen Entwicklung und Bestimmung dem faktisch-methodischen Verfahren zu verdanken ist - der "Realität". Zweck des normativ-metho-

30) So wird die bürgerliche Gesellschaft etwa von Hegel in der Gestalt genommen, in der sie das leitende Normensystem explizit gemacht und als positives Recht gesetzt hat.

31) Für den "späten" Hegel der Rechtsphilosophie und insbesondere der Geschichtsphilosophie trifft, was G.Göhler in seinem eingehenden und differenzierten Kommentar zu Hegels frühen politischen Systemen feststellt, daß Hegel "(in der philosophischen Reflexion) die normative und die empirische Komponente gleichermaßen zur Einheit" bringe, nicht zu. (Vgl.G.Göhler, Dialektik und Politik in Hegels frühen politischen Systemen. Kommentar und Analyse. In: ders. (Hrsg.), G.W.F.Hegel, Frühe politische Systeme, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1974, S.346

dischen Verfahrens ist die Beurteilung der Realität auf ihre Begriffsgemäßheit hin, die Explikation - mit Hegel ausgedrückt - von "Ideen" u n d (über Hegel hinaus) von begriffsmäßiger bloß faktischer Realität - an letztere schließt dann eine neue - begriffsgemäße - Realität vorbereitende (moralphilosophische) Reflexion an. Im normativ-methodischen Verfahren findet sich so das von Hegel in seiner Begriffslogik ausgeführte Triplizitätsschema von Allgemeinheit, Besonderheit und Einzelheit. Das faktisch-methodische Verfahren geht isoliert auf die Bestimmung des "Besonderen". Fällt das endgeschichtliche Dogma Hegels, besteht von Anbeginn die Vermutung - als Vorverständnis und Vorbegriff - daß die Welt noch nicht in der angegebenen Weise zu ihrem Selbstverständnis gekommen ist, so ist a u c h für die Philosophie der Anfang mit der Besonderheit zu machen, ist ihre Aufgabe ja gerade nicht isoliert auf das normative Geschäft positiver Beurteilung beschränkt. Im Vordergrund des Interesses liegt ja gerade nicht die Bestimmung von "Ideen", sondern die Bestimmung begriffsmäßiger Realität in Hinsicht auf die Gestaltung einer zur "Idee" erst noch zu werdenden Welt. Das normative Geschäft hat nach dem Fallen von Hegels unbegründeter endgeschichtlicher Grundüberzeugung wiederum ein Interesse an der "Besonderheit".

Das normativ-methodische Verfahren hat seine eine Bedingung an der entwickelten - verstandenen - Besonderheit. Hier hat das faktisch-methodische Verfahren eine Hilfsfunktion. Seine andere Bedingung ist der formulierte und eigens begründete "Begriff", der das Kriterium für die Beurteilung ist. Ich habe vorn³²⁾ darauf verwiesen, daß Hegel den "an und für sich seienden Willen" als Beurteilungsprinzip formuliert. Dieser Begriff ist

32) Vgl. Kapitel 6.5

bei ihm gleichermaßen leitend im normativ-genetischen (Geschichtsphilosophie) und im normativ-strukturellen (Rechtsphilosophie) Verfahren.

Ehe demgemäß an das normative Geschäft überhaupt herangegangen werden kann, ist eine Leistung zu erbringen, die ihrerseits sich weder diesem noch dem faktisch bezogenen verdankt, ist sie doch geradezu die Bedingung des normativ- und faktisch-methodischen Zugriffs. Die zu erbringende Leistung ist die **B e g r i f f s b e - s t i m m u n g**.

Die Begriffsbestimmung erfolgt in einem methodischen Verfahren, das jenen anderen vorgeordnet ist.

Der Zweck der vorliegenden Arbeit ist nicht die Vorlage einer Grundlegung einer praktischen Philosophie insgesamt und auch nicht die eingehende Diskussion der Methodenlehre. Wenn sie sich dennoch einer solchen zuwendet, so kann der Zweck mehr nur ein programmatischer sein, der Aufweis mehr von dem, was teils anderweitig - etwa in der tradierten Philosophie etwa - schon geleistet ist, was teils auch erst zu leisten wäre. Hegels Vorgehen kann hier eine Orientierung sein. -

Beide normativ-methodische Verfahren haben die geleistete Verständnisbildung und die geleistete Begriffsbestimmung zur Bedingung. Indem die Verständnisbildung in einem dialektischen Bezug zum Begreifen steht und von diesem her selbst eine Begründung erfährt, steht sie selbst auch schon unter der Bedingung des Begriffs - er definiert, wie man auch sagen mag, deren Erkenntnisinteresse.

Hegels Bemerkungen zur Methode in der Rechtsphilosophie lassen sich einteilen in die, in denen über die Begriffsbestimmung gesprochen wird³⁴⁾ und die, in denen über

34) Vgl. VII,39 ff; VII,50 ff.; VII,330.

das normativ-strukturelle Verfahren gesprochen wird.³⁵⁾

Begriffsbestimmung:

"In Ansehung des Aufsuchens dieses Begriffs hat R o u s s e a u das Verdienst gehabt, ein Prinzip, das nicht nur seiner Form nach, (wie etwa der Sozialitätstrieb, die göttliche Autorität) sondern dem Inhalte nach G e d a n k e ist und zwar das D e n k e n selbst ist, nämlich den Willen als Prinzip des Staats aufgestellt zu haben."³⁶⁾

An diesem von Rousseau formulierten Begriffe kritisiert Hegel, daß der Wille nur in seiner individuellen Gestalt gefaßt worden sei und Allgemeinheit nur als Gemeinschaftlichkeit der individuellen Willen in den Blick komme. Rousseau komme deshalb auch nur bis zum Verträge. Zwar nehme Rousseau den Willen als Rekonstruktionsprinzip objektiven Geistes, jedoch ihn nur in einer defizienten Gestalt, ihn nur als "reflektierenden"³⁷⁾, Inhalte, und zwar ihm letztlich vorgegebene, nur "formell" setzenden. Die höchste Stufe des Willens sei so auch nur die "formelle Allgemeinheit". Vom Willen aber in seiner vollendeten Gestalt zu reden heiße, daß er nicht mehr auf vorgegebene Inhalte gehe und diese nicht nur "reflektiere", sondern daß er sich auf sich selbst als auf seinen Inhalt beziehe, auf das durch ihn schon Hervorgebrachte und so als Geist schon selbst rekonstruierbare.

Individueller Wille hat unhintergebar einen vorgegebenen Inhalt an der "ersten" und "zweiten Natur". Der "wahrhaft allgemeine Wille" wird durch seine Naturüberhabenheit definiert - der "formell allgemeine" Wille hat an der ersten Natur noch eine Schranke - er trifft, konfrontiert mit der "zweiten Natur", auf sich selbst, denn sie ist seine eigene Gestaltung. Wie er sie gestaltet hat, so ist er auch vermögend sie umzugestalten.

35) VII, 81 ff. 36) VII, 330 37) Vgl. vorn Kapitel 6

Der Begriff des Willens wird systematisch zum Zwecke der Rekonstruktion der Geistigkeit von Gebilden eingeführt. Insofern dient er zunächst der Verständnisbildung. Er ist zugleich in seiner Vollbestimmung jenes emphatische das Begreifen leitende Prinzip. Ein Gebilde ist als geistig gänzlich zu bestimmen, das allein dem praktisch gewordenen Denken sich verdankt, das ist - wie Hegel sagt - der seiner selbst gewisse und sich selbst zum Gegenstande habende Wille. Die Willensbildung selbst ist als ein geistig völlig zu bestimmendes Gebilde zu rekonstruieren.

Das normativ-strukturelle Verfahren - die Rechtsphilosophie - setzt den formulierten Begriff schon voraus.

"Der Begriff des Rechts fällt ... seinem W e r - d e n nach außerhalb der Wissenschaft des Rechts, seine Deduktion ist hier vorausgesetzt und er ist als g e g e b e n aufzunehmen." ³⁸⁾

Die Deduktion dieses Begriffs erfolgt nun Hegel zufolge ³⁹⁾ in der Philosophie des subjektiven Geistes im Teil "Psychologie". Hier werde gezeigt, "d a ß der Wille frei und w a s Wille und Freiheit ist" ⁴⁰⁾. Hier mag es genügen, auf diesen Teil von Hegels Geistphilosophie nur zu verweisen.

Begreifen: Für das normativ-strukturelle Verfahren ist der formulierte Begriff ("Allgemeines") u n d die Bestimmung dessen was ist ("Besonderes") Bedingung. Hegels Vorgehen in der Rechtsphilosophie ist einseitig normativistisch, es nimmt einen unausdrücklichen Bezug auf das Verständnis dessen was ist, eskamotiert diesen Bezug, gibt vor, nur aus dem "Begriffe" allein unter Anwendung der dialektischen Methode ^{weitere} Begriffe ("Besonderungen" des Begriffs dann) zu entwickeln, die d a n n als

38) VII,39

39) VII,53

40) ebda

Bestimmungen dessen was ist auch sich erweisen lassen. Ja Hegel geht in seinem normativistischen Anspruch noch weiter: daß die - "formal", wie man sagen mag, entwickelten - Begriffe sich in der Realität durchsetzen und dort b e s t e h e n, das läßt sich ebenfalls aus dem Begriffe allein dialektisch-methodisch entwickeln.

Hegels Vorgehen ist normativistisch, weil es vorgibt als "Werden des Begriffs" entwickeln zu können - gedacht ist in der Rechtsphilosophie an die weiteren Rechtsbestimmungen (z.B. Eigentum, Vertrag, Unrecht usw.) - was nur im dialektischen Rekurs auf den jeweiligen Weltzustand, auf das Leben selbst, jeweils zu bestimmen ist. Dort, wo er selbst dann die weiteren Begriffe entwickelt, nimmt er unausdrücklich Bezug auf das was ist, das "Werden des Begriffs" verdankt sich auch bei ihm - allerdings eben unausdrücklich und versteckt - dem Rekurs auf seinerseits nicht "formal" Entwickeltes.

Insofern das Leben als geistig zu rekonstruieren ist, ist es realisierter Begriff. Angenommen es ließen sich weitere Begriffe "formal" entwickeln, angenommen auch, Hegels These von der fertiggewordenen Welt wäre begründet, dann hätten a l l e derart bestimmten Begriffe ein Dasein. Unter diesen genannten Hegelschen Voraussetzungen ist dann folgendes Zitat verstehbar:

"Die B e s t i m m u n g e n in der Entwicklung des Begriffs sind einerseits selbst Begriffe, andererseits, weil der Begriff wesentlich als Idee ist, sind sie in der Form des Daseins, und die Reihe der sich ergebenden Begriffe ist damit zugleich eine Reihe von G e s t a l t u n g e n; 41) so sind sie in der Wissenschaft zu betrachten." 41)

Auf Hegels These von der fertiggewordenen Welt bin ich

41) VII, 82

schon eingegangen. Mag der methodische Ausgang immerhin davon genommen werden, daß das bestehende Leben als "objektiver Zweck"⁴²⁾ - als willensmäßig geworden und bestehend rekonstruierbar - genommen wird, so heißt das nicht, daß es als insgesamt begriffsgemäß sich erweist. Keineswegs hieße dies, selbst wenn Hegels formales Entwicklungsverfahren gelänge, daß sämtliche derart gewonnenen weiteren Begriffe auch schon ihr Realisat in der Welt hätten; darauf, daß Hegel allerdings meint, daß der Begriff erst in der fertiggewordenen Welt wie die "Eule der Minerva" erscheint, bin ich ich ebenfalls schon zu sprechen gekommen.

Hegel selbst - und von hier aus ergibt sich jeweils überhaupt der Fortgang der Dialektik - macht unausdrücklich selbst Anleihen an einem "formal" nicht abgeleiteten sondern einfachhin material vorhandenen Dasein, das teilweise dann sich als "Idee" selbst erweisen mag, das im ersten Begründungszug jedoch stets die je andere noch nicht begriffsgemäße Realität ist. So findet der Wille, ich folge hier Hegel im weiteren vorgeblich "formalen" Entwicklungsgang, eine ihm nicht gemäße Realität vor, in die hinein er sich bildet, die er sich als "Eigentum" aneignet. Er findet anderen aneignenden Willen vor, den er anerkennt ("Vertrag"). Er findet sich selbst als natürlich bestimmt - als bedürftiges Wesen - vor und verstößt deshalb gegen das Recht des Vertrags und des Eigentums ("Unrecht"). Was der Wille so jeweils näher ist und welches Recht er begründet, das hängt so nicht allein von ihm selbst ab, ist nicht allein aus seinem Begriffe zu entwickeln, es ist zu bestimmen im Rekurs auf's je zugrundeliegende Leben.

Eine bestehende Welt ist strukturell und normativ beurteilt, wenn sie in ihren Einzelvollzügen und in deren

42) Vgl. vorn die methodische Bemerkung S.277 f.

Verhältnissen zueinander bezüglich ihrer Begriffsgemäßheit bestimmt ist. Ergibt die Beurteilung - gemessen am Begriffe - die Defizienz der Welt, dann tritt die Frage danach, was zu tun sei, im Hinblick auf einen "zukunftsvollen Fortschritt" wieder ein.

Literaturverzeichnis

- | | |
|-------------------------|---|
| Adorno, Th.W. | Negative Dialektik, Frankfurt/M. 1966 |
| Arendt, H. | Vita activa, Stuttgart 1960 |
| Aristoteles | Eudemische Ethik, übers. v. F.Dirlmeier, Berlin 1962 (S.8) (1215 a 27,32)

Nikomachische Ethik, übers. v. F. Dirlmeier, Berlin 1956 (S.8 f.) (1095 b 16)

Politik, hg. v. N.Tsouyopoulos und E. Grassi, Hamburg 1965 (S.8o ff.)(1275 ff.) |
| Blasche S./Schwemmer O. | Methode und Dialektik. Vorschläge zu einer methodischen Rekonstruktion Hegelscher Dialektik. In: Riedel M.(Hg.) Rehabilitierung der praktischen Philosophie, Freiburg 1972, S.457-488 |
| Bloch, E. | Über die Besonderheit bei Hegel. In: Über Methode und System bei Hegel, Frankfurt/M. 1970 (S.93) |
| Brunner, O. | Adeliges Landleben und europäischer Geist, Salzburg 1949

Das ganze Haus. In: Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, Göttingen 1968, S.103-128

Hausväterliteratur (Art.). In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, Bd.V,S.92 f. |
| Bücher, K. | Die Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen 1919 ¹ , S.92 ff. |
| Derbolav, J. | Hegels Theorie der Handlung. In: Hegel-Studien, Bonn 1965, Bd.3,S.209-223 |
| Descartes, R. | Meditationes de prima philosophia.In: Ouvres de Descartes, hg. v. Ch.Adam und P.Tannery, Paris 1897-1913, Bd.VII, S.28;176

Principia philosophiae. In: Ouvres ..., a.a.O., Bd. VIII,S.7

Recherche de la verité. In: Ouvres ..., a.a.O., Bd. X, S.521 |

- Duden Der große, Mannheim 1964, S.136
- Euchner, W. Eigentum und Herrschaft bei Hegel. In: Politische Vierteljahresschrift, XI. Jg., 1970 (S.532)
- Naturrecht und Politik bei J.Locke, Frankfurt/M. 1969 (S.10;14 ff.)
- Ferguson, A. Abhandlung über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Jena 1923, S.1-102
- Fetscher, I. Hegels Lehre vom Menschen, Stuttgart-Bad Cannstadt 1970
- Feuerbach, L. Kritik der Hegelschen Philosophie. In: ders., Sämtliche Werke, hg.v. F.Jodl und W.Bodin, Stuttgart 1903-11 (Bd.II, S.169;181)
- Vorläufige Thesen zur Reform der Philosophie. In: Sämtliche ...,a.a.O., (Bd.II,S.242)
- Fichte, J.G. Das System der Sittenlehre nach Prinzipien der Wissenschaftslehre. In: ders., Sämtliche Werke, hg.v.I.H.Fichte, Berlin 1845 (Bd.IV,S.219)
- Grundlage des Naturrechts nach Prinzipien der Wissenschaftslehre. In: Sämtliche ...,a.a.O. (Bd. III,S. 1-56, insbesondere S.39)
- Aus einem Privatschreiben (1800). In: ders., Ausgewählte Werke, hg.v.F.Medicus, Leipzig 1908 ff. (Bd.III,S.247)
- Fleischmann,E. La Philosophie politique de Hegel, Paris 1964
- Forsthoff, E. Einleitung zu Montesquieu, Geist der Gesetze, Tübingen 1951 (Bd.I,S.XVIII)
- Fromm, E. Studien zu Autorität und Familie (sozialpsychologischer Teil), Paris 1936
- Fulda, H. Das Problem einer Einleitung in Hegels Wissenschaft der Logik, Frankfurt/M. 1965
- Gabriel, G. Definitionen und Interesse, Stuttgart 1972
- Göhler, G. Dialektik und Politik in Hegels frühen politischen Systemen. In:ders. (Hg.) G. W.F.Hegel, Frühe polit.Systeme, Frankfurt-Berlin-Wien 1974 (S.346)

- Goode, W.J. Die Struktur der Familie, Köln-Op-
laden 1960 (S.78 f.)
- Habermas, J. Arbeit und Interaktion. In: Technik
und Wissenschaft als "Ideologie",
Frankfurt/M. 1968
- Erkenntnis und Interesse. In: Technik ...,
a.a.O. (S.164)
- Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M.
1968
- Hegels Kritik der Französischen Revo-
lution. In: ders., Theorie und Pra-
xis, Neuwied 1969, S.89-107
- Legitimationsprobleme des Spätkapi-
talismus, Frankfurt/M. 1973 (S.23)
- Strukturwandel der Öffentlichkeit,
Neuwied 1962
- Hegel, G.W.F. Sämtliche Werke, hg. v. H. Glockner
(Jubiläumsausgabe) 20 Bde, Stuttgart
1927 ff.
- Briefe von und an Hegel, hg.v.J.Hoff-
meister, 3 Bde., Hamburg 1952
- Einleitung in die Geschichte der Philo-
sophie, hg.v.J.Hoffmeister, Hamburg
1940 (S.286)
- Rechtsphilosophie, hg.v.J.Hoffmeister,
Hamburg 1955
- Rechtsphilosophie (Nachschrift C.G.
Homeyer). In: Hegel, Rechtsphilosophie,
Edition Ilting, Stuttgart-Bad Cann-
stadt 1973 (S.231 ff.)
- Jenenser Realphilosophie, hg.v. J.
Hoffmeister, Hamburg 1931 (S.179 ff.)
- Henrich, D. Selbstbewußtsein. In: Hermeneutik
und Dialektik, Festschrift für H.-G.
Gadamer, Tübingen 1970 (Bd.I, S.281)
- Hoffmeister J. Einleitung zu Hegel, Phänomenologie
des Geistes, Hamburg 1952⁶, S.XV
- Horkheimer, M. Studien über Autorität und Familie
(Allgemeiner Teil) Paris 1936. Wieder-
abdruck in ders., Kritische Theorie,
hg.v.A.Schmidt, Frankfurt/M. 1968,
Bd.I, S.277-360

- Humboldt, W.v. Theorie der Bildung des Menschen. In: ders., Werke, Darmstadt 1960 (S.234 ff.)
- Über das Verhältnis der Religion und der Poesie zur sittlichen Bildung. In: ders., Werke ..., a.a.O. (S.562)
- Ilting K.H. E.Fleischmann, La Philosophie politique Bspr.In:Hegel-Studien, Bonn 1965 (Bd.III, S.391)
- Jacoby, F.H. Über den transzendentalen Idealismus. In: ders., Werke, Darmstadt 1968 (Nachdruck) (Bd.II, S.310)
- Kamlah W./Lorenzen P. Logische Propädeutik, Mannheim 1967
- Kant, I. Werke in sechs Bänden, hg.v. W.Weischedel, Darmstadt 1956 ff.
- Handschriftlicher Nachlaß. In: ders. Gesammelte Schriften, Berlin 1902 ff. (Akademieausgabe) (Bd. XVIII, S.72, R 5049)
- Kelsen, H. Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, Tübingen 1923 (S.3-33)
- König, R. Desintegration und Desorganisation der Familie. In: Materialien zur Soziologie der Familie, Köln 1955
- Familie (Art.). In: Soziologie (Fischerlexikon), hg.v.R.König, Neuausgabe Frankfurt/M. 1967 (S.78)
- Soziologie der Familie. In: Soziologie, hg.v.A.Gehlen und H.Schelsky, Düsseldorf-Köln 1955
- Krempel, H. Zur Moralphilosophie Hegels, Berlin 1972 (S.105)
- Leclercq, D. Die Familie, Freiburg 1955⁴
- Leibniz, G.W Philosophische Schriften, hg.v.C.I. Gerhardt, Berlin 1875 ff. (Bd.II, S.47 f.; Bd.V, S.121; Bd.VI, S.600, 611 ff.)
- Le Play, F. Les ouvriers européens, Paris 1855
- Locke, J. Über den menschlichen Verstand, Hamburg 1962 (Bd.I, S.419)
- Löwith, K. Die Hegelsche Linke (Einleitung), Stuttgart-Bad Cannstadt 1962 (S.9)

- Löwith, K. Von Hegel zu Nietzsche, Frankfurt/M. 1969
- Lorenz, K. Elemente der Sprachkritik, Frankfurt/M. 1970
- Lorenz K./Mittelstraß J. Die Hintergebarkeit der Sprache. In: Kant-Studien 58, 1967, S.187-208
- Lorenzen, P. Methodisches Denken, Frankfurt/M. 1968
- Normative Logic and Ethics, Mannheim 1969
- Szientismus versus Dialektik. In: Hermeneutik und Dialektik, Festschrift für H.-G. Gadamer, Tübingen 1970, Bd.II, S.57-73
- Lorenzen, P./Schwemmer O. Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie, Mannheim 1973
- Marx, K. Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern. In: Marx/Engels Werke (MEW), Berlin 1958 ff., (Bd. I, S.345 f.)
- Deutsche Ideologie. In: MEW, a.a.O., (Bd. III, S.32)
- Das Kapital. In: MEW, a.a.O. (Bd. XXIII, S.514)
- Maurer, R.K. Der fast integrierte Hegel. In: Philosophische Rundschau, Jg. XIV, S.208 ff.
- Meister Eckhardt Anweisung zum schauenden Leben. In: ders., Schriften und Predikten, hg.u.übers. von H.Büttner, Jena 1923 (Bd. I, S.71)
- Mittelstraß J. Die Prädikation und die Wiederkehr des Gleichen. In: Das Problem der Sprache, hg.v.H.-G.Gadamer, München 1967 (S.94 ff.)
- Neuzeit und Aufklärung, Berlin 1971 (S.422)
- Münke, St. Familie (Art.). In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961 (Bd. III, S.472)
- Nietzsche, F. Aus dem Nachlaß der Achtzigerjahre. In: ders., Werke, hg.v.K.Schlechta, München 1957 (Bd. III, S.854)
- Pannenberg, W. Person (Art.). In: Die Religion in Geschichte und Gegenwart (RGG), 1957 ff.³ (Bd. V, S.230 ff.)

- Pufendorf, S. De jure nature et gentium libri octo, Francoforti ad Moenum, 1684² (S.208 ff.)
- Rickert, H. Das Eine, die Einheit und die Eins, Tübingen 1924²
- Riedel, M. Bürger (Art.).In: Geschichtliche Grundbegriffe, hg.v.O.Brunner, W.Conze, R.Koselleck, Stuttgart 1972, Bd.I (S.672 ff.)
- Die dialektische Begründung des Fortschritts in Hegels Geschichtsphilosophie. In: Hegeljahrbuch 1968/69, hg.v.W.R. Beyer, Meisenheim am Glan
- Objektiver Geist und praktische Philosophie. In: ders., Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt/M. 1969
- Riesman, D. Die einsame Masse, Hamburg 1958
- Ritter, J. Hegel und die französische Revolution. In: ders., Metaphysik und Politik, Frankfurt/M. 1969, S.183-255
- Moralität und Sittlichkeit. Zu Hegels Auseinandersetzung mit der kantischen Ethik. In: ders., Metaphysik ..., a.a.O., S.281-309
- Roeder, P.M. u.a. Sozialisation und Schulerfolg, Heidelberg 1965
- Rolff, H.-G. Sozialisation und Auslese durch die Schule, Heidelberg 1967
- Rosenkranz, K. Vorwort zur Herausgabe der Hegelschen Philosophischen Propädeutik. In: G.W.F. Hegel, Sämtliche Werke, a.a.O., Bd.III (S.5)
- Rotteck C.v. Familie (Art.). In: Staatslexikon, hg. v.C.v.Rotteck und C.Welcker, 1864, Bd.4 (S.606)
- Schiller, F. Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen. In: ders., Philosophische Schriften, Großherzog Wilhelm Ernst Ausgabe, Bd.4, S.371-475
- Schneider, H. Historische und systematische Untersuchungen zur Abstraktion (Diss.), Erlangen-Nürnberg 1970
- Schwägler, G. Soziologie der Familie. Ursprung und Entwicklung, Tübingen 1970

- Schwemmer, O. Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1971
- Simmel, G. Einleitung in die Moralwissenschaft, Berlin 1892 (S.1 ff.)
- Sombart, W. Der Bourgeois, Leipzig-München 1923³ (S.310)
- Stein, L.v. Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis in unsere Tage, Darmstadt 1959 (Bd.I, S.13-138)
- Stifter, A. Nachsommer, Darmstadt 1963
- Thomas v.Aquino Summa theologica, Salzburg-Leipzig (Bd.6, S.192 ff. (I, qu.79, art.13)
- Des hl.Th.v.Aqu. Untersuchungen über die Wahrheit, übers.v.E.Stein, Breslau 1932 (Bd.II, S.87 ff.(qu.XVII, art.1)
- Walter, E.J. Kritik einiger familiensoziologischer Begriffe im Lichte der politischen Arithmetik des 18.Jahrhunderts. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1961, Jg. 97, S.64-75
- Weber, M. Die protestantische Ethik und der Geist des Protestantismus, hg.v.J. Winckelmann, München-Hamburg 1965 (S.95)
- Wirtschaft und Gesellschaft (Studienausgabe), Erster Halbband, Köln-Berlin 1964 (S.16)
- Welzel, H. Die Naturrechtslehre S.Pufendorfs, Berlin 1958
- Wittgenstein L. Philosophische Untersuchungen. In: ders., Schriften, Frankfurt/M. 1960 (S.335 (§88))
- Wolf, Chr. Vernünftige Gedanken ... (§ 927) Zitiert bei F.Mauthner, Wörterbuch der Philosophie, München-Leipzig 1910, Bd.II, S.239
- Zapf, W. Wandlungen in der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-61, München 1965
- Zelený, J. Die Wissenschaftslogik und "Das Kapital", Frankfurt/M. 1962 (Teil I)

Lebenslauf

Ich wurde am 7. Juli 1939 in Sommerfeld/Krs. Crossen a.d. Oder als Sohn des Reichsbahnsekretärs August Blasche und seiner Ehefrau Frieda Blasche, geb. Paulig geboren. Von 1945 bis 1948 besuchte ich in Wurzbach/Krs. Schleiz und von 1948 bis 1953 in Erfurt die Volksschule. Meine Reifeprüfung legt ich am 29. Juni 1957 an der Theo-Neubauer-Oberschule in Erfurt ab. Im September 1957 übersiedelte ich in die Bundesrepublik Deutschland, war ein halbes Jahr als Hilfsarbeiter tätig und besuchte von April bis Oktober 1958 das Lessing-Gymnasium in Frankfurt/M., wo ich das Ergänzungsabitur ablegte. Zum Wintersemester 1958/59 nahm ich das Philosophiestudium an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt/M. auf. Vom Wintersemester 1959/60 an studierte ich an der Freien Universität Berlin, die ich mit dem Sommersemester 1961 wieder verließ. Die folgenden Semester war ich wieder an der Frankfurter Universität immatrikuliert. Vom Sommersemester 1962 bis zum Wintersemester 1965 hatte ich am dortigen Philosophischen Seminar die Vertretung einer wissenschaftlichen Assistentenstelle inne. Im Sommer 1965 volontierte ich in der Kulturredaktion des Senders Freies Berlin in Berlin und war dort anschließend als freier Mitarbeiter tätig. 1966 übersiedelte ich nach Osnabrück. Zum Wintersemester 1968/69 kam ich nach Erlangen und nahm mein Studium wieder auf. Seit dieser Zeit bin ich Mitarbeiter am Philosophischen Seminar der Friedrich Alexander Universität Erlangen-Nürnberg. Während meines Studiums habe ich schwerpunktmäßig Philosophie (Hauptfach), Soziologie, Politikwissenschaft und Alte Geschichte studiert.

